1923

Inhaltsverzeichnis

14.08.1923: Regierungserklärung 2

22.08.1923: Rede vor dem Schutzkartell für die notleidende Kulturschicht Deutschlands 14

24.08.1923: Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag 18

02.09.1923: Rede anläßlich eines Besuchs in Stuttgart 36

06.09.1923: Rede vor dem Verein der ausländischen Presse in Berlin 45

12.09.1923: Rede beim Empfang des Reichspressechefs in Berlin 51

06.10.1923: Regierungserklärung 61

08.10.1923: Reichstagsrede 97

11.10.1923: Erklärung im Reichstag 119

24.10.1923: Rede in einer Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder in der Reichkanzlei 121

25.10.1023:
a) Rede bei einer Besprechung mit den Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen 147

b) Rede in Hagen 178

05.11.1923: Redebeitrag in der Reichstagsfraktion der DVP 192

06.11.1923: Redebeitrag in der Reichstagsfraktion der DVP 195

11.11.1923: Rede in Halle 199

18.11.1923: Rede im Zentralvorstand der DVP 206

22.11.1923: Reichstagsrede 219

23.11.1923: Rede vor ausländischen Pressevertretern 280

16.12.1923: Rede vor dem Verein Berliner Presse 284

Regierungserklärung vom 14. August 1923[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11839–11841. – Druck in Auszügen auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 90–91; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 172–174; SCHULTHESS 64 (1923), S. 153–155; STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 5–6 (unter dem falschen Datum 13. August 1923).

Erläutert die Zusammensetzung und die Ziele des neuen Kabinetts der Großen Koalition. Einigkeit in Deutschland ist die Voraussetzung für Erfolg. Angriffen gegen den Staat und die Verfassung wird die Regierung entschieden entgegentreten. Hofft auf die Wirkung der letzten englischen Note zur Ruhrbesetzung. Innenpolitische Ziele zur Konsolidierung von Währung und Wirtschaft.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Nachdem ich zum Reichskanzler ernannt wurde[2] und darauf die Kabinettsbildung erfolgt ist, – –

(andauernde Zurufe von den Kommunisten)

Präsident[3]: Ich bitte jetzt um Ruhe, meine Herren!

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: habe ich die Ehre, Ihnen das **neuernannte Kabinett** vorzustellen. Außer dem Reichskanzler gehören ihm an: Herr Reichstagsabgeordneter Sollmann[4] für das Reichsministerium des Innern, Herr Dr. Hilferding[5] für das Reichsfinanzministerium, Herr v. Raumer[6] für das Reichswirtschaftsministerium, Herr Dr. Brauns[7] für das Reichsarbeitsministerium, Herr Dr. Radbruch[8] für das Reichsjustizministerium, Herr Dr. Geßler[9] für das Reichswehrministerium,

---

[1] Der Entwurf der von Stresemann vorgetragenen Regierungserklärung war zuvor in der morgendlichen Kabinettssitzung diskutiert und „auf Anregung verschiedener Reichsminister in einzelnen Punkten modifiziert“ worden (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 2 mit Anm. 5).

[2] Die Ernennung Stresemanns zum Reichskanzler durch Reichspräsident Ebert erfolgte am 13. August 1923 (Faksimile der Ernennungsurkunde in STRESEMANN, Vermächtnis I, nach S. 88). Am Tag zuvor war er von Ebert mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt worden.

[3] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932.

[4] Wilhelm Sollmann (1881–1951), Reichsinnenminister 13. August – 3. November 1923; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

[5] Rudolf Hilferding (1877–1942), Reichsfinanzminister 13. August – 6. Oktober 1923 und 28. Juni 1928 – 21. Dezember 1929; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1933 (für die SPD).

[6] Hans von Raumer (1870–1965), Reichsschatzminister 1920–1921; Reichswirtschaftsminister 13. August – 6. Oktober 1923; Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DVP).

[7] Heinrich Brauns (1868–1939), Reichsarbeitsminister 1920 – 29. Juni 1928; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum).

(Zuruf von den Kommunisten)

Herr Oeser[10] für das Reichsverkehrsministerium, Herr Dr. Luther[11] für das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Herr Schmidt[12] für das Ministerium für Wiederaufbau, zugleich beauftragt mit der Stellvertretung des Reichskanzlers.

(Erneute Zurufe von den Kommunisten.)

Das Reichsministerium des Auswärtigen wird vom Reichskanzler verwaltet. Die Ernennung des Außenministers wird ebenso wie die des Reichspostministers noch erfolgen[13].

(Andauernde Zurufe von den Kommunisten. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich muß jetzt aber doch ernstlich bitten, den Herrn Reichskanzler nicht fortwährend zu unterbrechen!

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: – Soviel ich weiß, gehört zum Begriff der Demokratie auch das Anhören von Meinungen, die nicht erwünscht sind. Vielleicht haben Sie die Güte, den Appell an die Demokratie, den Sie vorhin an das hohe Haus richteten[14], auch einmal an Ihr eigenes Gewissen zu richten.

(Lebhafter Beifall.)

Als Minister ohne Portefeuille gehört dem Kabinett Oberpräsident Fuchs[15] an.

---

[8] Gustav Radbruch (1878–1949), Reichsjustizminister 1921–1922 und 13. August – 3. November 1923; Mitglied des Reichstags 1920 – Mai 1924 (für die SPD).

[9] Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die DDP).

[10] Rudolf Oeser (1858–1926), Reichsinnenminister 1922 – 12. August 1923; Reichsverkehrsminister 13. August 1923 – 11. Oktober 1924; Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn 1924–1926; Mitglied der DDP.

[11] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos, ab 1927 Mitglied der DVP.

[12] Robert Schmidt (1864–1943), Reichsernährungsminister 1919–1920; Reichswirtschaftsminister 1919–1920 und 1921–1922; Reichsminister für Wiederaufbau 13. August – 3. November 1923; Vizekanzler 13. August – 6. Oktober 1923; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1893–1898, 1903–1930 (für die SPD).

[13] Unter Stresemann als Reichskanzler wurde tatsächlich kein anderer Außenminister ernannt, so daß Stresemann dessen Geschäfte mitführte. – Anton Höfle (1882–1925) wurde am 30. August 1923 das Amt des Postministers übertragen, das er bis zum 15. Januar 1925 innehatte; zusätzlich mit der Leitung des Ministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt 30. November 1923 – 15. Januar 1925; Mitglied des Reichstags 1920–1925 (für das Zentrum).

[14] Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der Abgeordnete Koenen (KPD) in einer Wortmeldung zur Geschäftsordnung u.a. beantragt, die Außerkraftsetzung der Notverordnung vom 10. August 1923 auf die Tagesordnung zu setzen; wer dies nicht unterstütze, wolle „keine Demokratie, sondern bürgerliche Diktatur“ (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11838). – Der Antrag wurde vom Reichstag abgelehnt (ebd.).

[15] Johannes Fuchs (1874–1956), Reichsminister für die besetzten Gebiete 13. August – 30. November 1923 (bis zur Errichtung des betr. Ministeriums vom 24. August mit dieser Aufgabe „betraut“);

(Andauernde Unterbrechungen von den Kommunisten.)

– Demokratie heißt jedenfalls Herrschaft der Mehrheit und heißt nicht Diktatur einer Minderheit durch Lärmen gegenüber der Mehrheit.

(Stürmischer Beifall. Wiederholte Zurufe von den Kommunisten.)

Zu den Obliegenheiten des Ministers Fuchs gehört die Sorge für die besetzen Lande an Rhein und Ruhr. Das Rheinland soll wissen, daß seine Interessen bei der Reichsregierung stets besondere Pflege finden.

(Wiederholter Beifall.)

Ehe ich mich den Aufgaben des gegenwärtigen Kabinetts zuwende, möchte ich der Arbeit gedenken, die von meinem Amtsvorgänger[16] und den Mitgliedern seines Kabinetts geleistet ist.

(Zurufe von den Kommunisten.)

Der Herr Reichskanzler Dr. Cuno hat Gegner seiner Politik, aber er hat keinen persönlichen Feind gehabt.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten).

Er war eine der wenigen Persönlichkeiten des praktischen Wirtschaftslebens, die dem jungen republikanischen Deutschland ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben. Die Kritik der Gegenwart an den Leistungen seines Kabinetts darf nicht vorübergehen an der Tatsache, daß bisher jede Politik zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse von außen unmöglich gemacht wurde.

(Lebhafte Zustimmung.)

Der Herr Reichskanzler Cuno hat in der Begründung für die Niederlegung seines Amtes[17] zum Ausdruck gebracht, daß er den Weg freimachen wolle für ein Kabinett auf großer parlamentarischer Grundlage zur Zusammenfassung aller Volkskräfte. Damit wollte er dem Reich innere Kämpfe ersparen. Ich möchte mein Amt nicht antreten, ohne dem **geschiedenen Reichskanzler** und **seinen Mitarbeitern,** die nur das Beste für das Land und für das Volk erstrebt haben, auch von dieser Stelle aus aufrichtigen **Dank** zu sagen.

Oberpräsident der Rheinprovinz 1922–1933 (1923–1924 durch die Besatzungsbehörden ausgewiesen); Mitglied des Zentrums.

[16] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. – Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag.

[17] Zum Rücktrittsgesuch Cunos vom 12. August vgl. SCHULTHESS 64 (1923), S. 152.

(Lebhafter Beifall. – Zurufe von den Kommunisten.)

Der **Charakter des neuen Kabinetts** ist durch seine Entstehung gegeben: es ist aufgebaut auf parlamentarischer Basis, entstanden in einer außergewöhnlichen und verantwortungsreichen Zeit. Wir stehen innen- und außenpolitisch vor großen Spannungen und vor großen Entscheidungen. Diese Entscheidungen verlangen den Zusammenschluß aller den verfassungsmäßigen Staatsgedanken bejahenden Kräfte. Es ist völlig müßig, darüber zu streiten, ob dieses Kabinett mehr nach der einen oder anderen parteipolitischen Seite hin beeinflußt werde. Den Ansturm von außen und innen wird der Staat nur bestehen können, wenn Regierung und eine staatsbejahende Opposition sich in der Sorge um die deutsche Zukunft zusammenfinden.

Das Ausland möge nicht glauben, daß der Kabinettswechsel etwa ein Zeichen deutscher Schwäche sei. Dieses Kabinett, das auf der breitesten parlamentarischen Grundlage aufgebaut ist, breiter als je ein Kabinett seit dem Bestehen der deutschen Republik, will nun auch das stärkste Kabinett gegen jeden Gedanken der Vergewaltigung Deutschlands sein.

(Lebhafter Beifall.)

Ob es dieses Ziel erreicht, das wird von dem Zusammenwirken des Reichs mit den Ländern, vom Zusammenwirken mit dem gesamten Volke abhängen. Das Reichskabinett hat volles Verständnis für den Drang nach Eigenleben in den deutschen Ländern.

(Aha! bei den Kommunisten.)

Die Einfügung dieser Eigenart – –

(Zurufe von den Kommunisten: Konterrevolution!)

– Ich habe bisher noch nicht gefunden, daß der Drang nach Eigenleben in den Ländern, das sich wohl verträgt mit dem deutschen Reichsgedanken, irgendwie diejenige Auslegung zu erfahren brauchte, die Sie ihm geben zu können glauben.

(Sehr gut! bei der deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Die Einfügung dieser Eigenart in das Reichsganze war aber auch zu keiner Zeit mehr geboten als in der Gegenwart. Dasselbe Bekenntnis zum Reichs- und Staatsgedanken, vor allem zu staatlichem Denken, muß vom Volke ausgehen. Wir sind weit davon entfernt, die parlamentarische Stärke dieses Kabinetts für das allein Maßgebende anzusehen. Parteien allein versinnbildlichen nicht das deutsche Volk. Neben den

Parteien bestehen die reichen Kräfte des Volkslebens auf der Grundlage beruflicher Zusammenfassung, auf der Grundlage der Stammeseigenart.

(Zuruf von den Kommunisten: Die Verbeugung vor Stinnes[18]! – Lachen rechts und links.)

– Meine Herren (zu den Kommunisten), ich finde, ihre Geistlosigkeit fängt allmählich an, Orgien zu feiern!

(Sehr gut!)

Alle diese Kräfte brauchen wir zur Stützung des Staatsgedankens. Wer aber in der heutigen Zeit glaubt, daß die Verhältnisse ihm das Recht geben, mit Gesinnungsgenossen sich zusammenzutun, um gewalttätige Angriffe gegen den Staat und seine Verfassung zu richten, der wird, wo immer er stehen möge, auf den unbeugsamen Willen der Reichsregierung stoßen, dieser Gewalttätigkeit mit allen Kräften entgegenzutreten.

(Lebhaftes Bravo.)

Die Reichsregierung hat den Willen, dies zu tun; sie hat die Machtmittel, dies zu tun.

(Zurufe von den Kommunisten.)

Sie hat die Absicht, diese Machtmittel einzusetzen, gegen jeden, der sich anmaßt, den Staat und seine Verfassung unterminieren zu wollen.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Wir hoffen, daß die öffentliche Meinung die Regierung bei ihrem Bestreben, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, unterstützen wird. Im heutigen demokratischen Zeitalter können alle Kämpfe nur mit der öffentlichen Meinung des Landes gewonnen werden.

(Sehr richtig!)

Das gilt wie im Innern auch von dem **Kampfzustand an Ruhr und Rhein.** In diesen Kämpfen hat sich bisher die gesamte öffentliche Meinung Deutschlands mit Entschiedenheit gegen die Vergewaltigung deutscher Rechte aufgebäumt. Ob Frankreich und Belgien sich auf dieselbe öffentliche Meinung stützen können? Wie stark muß die Empfindung des an Deutschland verübten Unrechts sein, wenn die engli-

[18] Hugo Stinnes (1870 – 10. April 1924), Großindustrieller; Mitglied des Reichstages 1920–1924 (für die DVP).

sche Note an Frankreich[19] trotz der engen Beziehungen der Alliierten untereinander der Weltöffentlichkeit dieses Unrecht vor Augen führt!

(Sehr richtig!)

Der **passive Widerstand** der deutschen Bevölkerung hat tiefste Wurzeln in einem festen Bewußtsein des guten deutschen Rechts.

(Lebhafte Zustimmung.)

Unzweideutig wird dieses gute Recht nunmehr auch von der britischen Regierung anerkannt. Wenn von den Ausführungen der englischen Note über die Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung auch nicht ohne weiteres die Lösung der Rhein- und Ruhrfrage zu erwarten ist, so dürfen wir doch annehmen, daß die Kundgebung der britischen Auffassung auch in Frankreich und Belgien nicht ohne Widerhall bleiben wird. Die Reichsregierung ist auch ihrerseits damit einverstanden, daß die Frage der Recht- oder Unrechtmäßigkeit der Ruhraktion einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet wird. Wir zweifeln nicht daran, daß jede unparteiische Entscheidung uns die Verfügung über das Ruhrgebiet wiedergeben wird.

(Sehr richtig!)

Man nannte das deutsche Volk einst das Volk der Arbeit. Nirgend klang der Rhythmus unterunterbrochener Arbeit stärker als an der Ruhr. Man redet uns heute zu, wir sollten an der Ruhr zur Arbeit zurückkehren. Wir sehnen uns danach, daß das Ruhrgebiet zur Arbeit zurückkehrt.

(Sehr richtig!)

Aber Arbeit und Freiheit sind für das Ruhrgebiet identische Begriffe.

(Erneute Zustimmung.)

An dem Tage, an dem uns die Verfügung über das Ruhrgebiet zurückgegeben wird, werden alle Kräfte sich regen, um die unerträgliche Stillegung der Schlagader der deutschen Wirtschaft zu beenden.

(Sehr richtig!)

---

[19] Gemeint ist die britische Note vom 11. August 1923, die an Frankreich und Belgien ging und in der die weitere Beratung der Reparationsfrage durch einen Sachverständigenausschuß angeregt sowie die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung in Zweifel gezogen und ggf. als Frage für den Internationalen Gerichtshof beschrieben wird; Text in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,21, S. 467–482; in ihrer ursprünglichen englischen Fassung und in deutscher Übersetzung auch im Weißbuch NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 124–140 (vollständiger Wiederabdruck des Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); eine Paraphrase in SCHULTHESS 64 (1923), S. 413–415.

In Übereinstimmung mit dem, was der frühere Herr Außenminister[20] und was ich selbst als Mitglied dieses hohen Hauses am 8. August ausgeführt habe[21], betone ich auch heute: das deutsche Volk hat den passiven Widerstand für die Erreichung ganz bestimmter Ziele aufgenommen. Wenn uns die freie und unabhängige Verfügung über das deutsche Ruhrgebiet wieder gewährleistet ist, wenn sich die Rheinlande in dem international garantierten vertragsmäßigen Zustand befinden, wenn jeder vergewaltigte Deutsche von Ruhr und Rhein der Freiheit und der Heimat wiedergegeben wird, dann werden wir nach einer uns zu gewährenden Atempause unter Aufbietung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes auch die Mittel für eine Regelung der Reparationsfrage aufbringen können, sofern die uns auferlegten Lasten uns bei harter Arbeit die Existenz unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens und die Weiterentwicklung unseres Volkes gewährleisten, ohne die die sittlichen Kräfte zu einer Erziehung stärkster Leistungen nicht aufgebracht werden können.

(Lebhaftes Bravo.)

Die Konsolidierung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist auch die Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Sachlieferungen, die infolge der durch die Ruhrbesetzung herbeigeführten wirtschaftlichen Zerrüttung in unserem Vaterlande unterbrochen werden mußten[22].

Ich verlasse damit das Gebiet der Außenpolitik, zumal ich es ausführlicher in einer Rede, die ich als Mitglied dieses hohen Hauses hielt, behandelt habe[23] und wende mich mit wenigen Worten der **inneren Lage** zu.

Nichts wäre falscher als etwa die Tatsache der englischen Note zur Grundlage für eine politische Lethargie zu machen.

(Sehr richtig!)

---

[20] Frederic von Rosenberg (1874–1937), Reichsaußenminister 22. November 1922 – 12. August 1923; parteiloser Diplomat.

[21] Reichstagsreden Rosenbergs und Stresemanns vom 8. August 1923 sind in den Reichstagsprotokollen nicht zu ermitteln; vermutlich sind die Reden vom 9. August 1923 gemeint: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11788–11791 (Rosenberg) und S. 11771–11778 (Stresemann); die von Stresemann angesprochene Passage seiner Rede: S. 11772.

[22] In Reaktion auf die Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 hatte die Reichsregierung erklärt, keinerlei Barzahlungen und Sachlieferungen aus den Reparationsverpflichtungen an Frankreich und Belgien mehr zu leisten (vgl. die Runderlasse Rosenbergs vom 10. und 15. Januar 1923 in Akten zur deutschen auswärtigen Politik AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A VII, S. 43–44 u. 54–55). – Am 8. August 1923 teilte Rosenberg auch den übrigen Reparationsgläubigerstaaten mit, die Reichsregierungen müsse vorübergehend auch ihnen gegenüber die Sachlieferungen einstellen, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern (ebd., A VIII, S. 246–249).

[23] Bezieht sich vermutlich auf die in Anm. 21 genannte Reichstagsrede Stresemanns vom 9. August 1923, die letzte Rede als Abgeordneter vor der Ernennung zum Reichskanzler.

Wir wissen nicht, welche politischen Folgerungen von dieser Note ausgehen werden, wir wissen nicht, ob und wann sie sichtbar werden.

(Sehr richtig!)

Man verlangt von uns außenpolitische Aktivität. Die beste außenpolitische Aktivität, die wir entfalten können, ist die Ordnung der deutschen Verhältnisse im Lande.

(Sehr gut!)

Wir haben verheißungsvolle Anfänge dazu gerade in der Arbeit der letzten Tage gemacht. Ich erinnere an die Verabschiedung der Steuervorlage[24], die getragen war von dem Verantwortungsgefühl aller Parteien im Hause. Wir stehen vor der Bewilligung der **Goldanleihe,** die jetzt aufgelegt worden ist[25]. An alle Schichten des Volks richten wir die Aufforderung, diese deutsche Goldanleihe auf das kräftigste zu unterstützen. Sie soll und muß eines der Mittel sein, um die Geldinflation[26] zurückzudämmen, die Verhältnisse geschaffen hat, unter denen weite Volksschichten in Deutschland kaum noch über die notwendigsten Subsistenzmittel verfügen.

Die Goldanleihe ist nicht das einzige Mittel zur Bekämpfung der Papierflut; aber sie soll der Anfang zur Gesundung der Verhältnisse sein. So wie die Goldanleihe in einzelnen ihrer Abschnitte ein wertbeständiges Zahlungsmittel sein kann, halten wir es für die Pflicht der Reichsregierung, das Bedürfnis nach Wertbeständigkeit, das in der gesamten Volkswirtschaft vorhanden, mit aller Beschleunigung und soweit als möglich zu befriedigen.

(Bravo!)

Wir halten das schon deshalb für notwendig, um in der Bewegung der Lebensmittel nach den Großstädten die unerträglichen Störungen beseitigen zu können.

Die **Währungsfrage** rüttelt die größten volkswirtschaftlichen und finanziellen Probleme auf. Wir richten den dringenden Appell an alle Parteien, an dieser für unser Volk so entscheidenden Fragen mitzuarbeiten. In dieser Frage gibt es keine Parteimeinungen. In dieser Frage ist die positive Mitarbeit jedes, der die Verhältnisse zu bessern vermag, vaterländische Pflichterfüllung, die wir dankbar begrüßen. Der Wäh-

---

[24] Am 10. August 1923 waren im Reichstag umfangreiche Steuervorlagen verabschiedet worden (zu den Beratungen und zur Abstimmung vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11798–11834; dazu die halbamtliche Veröffentlichung der wesentlichen Gesetzesinhalte in SCHULTHESS 64 [1923], S. 150–151).

[25] Vgl. unten Anm. 29.

[26] Eine tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Inflation und ausgewählter Preise in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

rungsverfall hat der gesunkenen deutschen Wirtschaft die Grundlage entzogen. Ihn zu bekämpfen, heißt mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau beginnen. Wir richten einen besonderen **Ruf** zur tätigen Mithilfe **an die deutsche Landwirtschaft.**

(Lebhafte Zurufe von den Kommunisten.)

Wir sind weit davon entfernt, die landwirtschaftliche Frage nur vom Konsumentenstandpunkt aus anzusehen. Ohne Produktionssteigerung in Landwirtschaft und Industrie werden wir aus der Verarmung des ganzen Volkes nicht herauskommen.

(Sehr richtig! – Wiederholte erregte Zurufe von den Kommunisten. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich lasse Zwischenrufen die größtmögliche Freiheit. Aber die übrigen Abgeordneten wollen doch die Rede des Herrn Reichskanzlers hören.

(Lebhafte Zustimmung.)

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Aber Kampf müssen wir jedem ansagen, der die jetzige Lage der Ernährung des deutschen Volkes und die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse erschwert. Wer in Produktion und Handel landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Gewinnrücksichten zurückhält, versündigt sich am deutschen Volke.

(Zuruf von den Kommunisten: Da gibt es viele Sünder!)

Wer Streiks in der Erntezeit veranlaßt, tut dasselbe.

(Lebhafte Zustimmung und Rufe: Sehr gut!)

Die **Aufgabe der Wirtschaft,** namentlich **der Industrie und des Handels,** besteht darin, die deutsche Regierung bei ihren Bestrebungen zur Sicherung der Ernährungslage und zur Stützung der Währung nach allen Kräften zu unterstützen, namentlich auch in der Zurverfügungstellung von Devisen und in der Übernahme der Garantien für die großen Verbindlichkeiten des Reichs. Wir begrüßen die Bereitwilligkeit, mit der weiteste Kreise führender Wirtschafter sich hierbei bisher zur Verfügung gestellt haben. Wir hoffen und erwarten, daß diese Bereitwilligkeit eine dauernde sein wird, da wir dann um so mehr in der Lage sein werden, da von staatlichen Eingriffen abzusehen, wo die Freiwilligkeit an ihre Stelle zu treten vermag.

Die **Wertbeständigkeit in der Entlohnung** ist eine berechtigte Forderung angesichts der gesamten Entwicklung, der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Wir

warnen aber davor, einfach die Verhältnisse des reichen und blühenden Deutschlands vor dem Krieg in vollem Umfange schematisch zur Grundlage für die Gegenwart zu machen oder gar diese Grundlage als zu gering anzusehen.

(Wiederholte Zurufe von den Kommunisten.)

Eine Überspannung auf diesem Gebiet birgt die Gefahr in sich, daß unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erlischt und damit eine Voraussetzung für eine Aktivität der Handelsbilanz, ohne die an eine Regelung internationaler Verpflichtungen und eine Aufrechterhaltung der Wirtschaft im Inlande auf die Dauer nicht zu denken ist.

(Zwischenrufe auf der äußersten Linken.)

– Ich richte diese Worte nicht an eine einzelne Klasse. Ich richte sie an diejenigen, die sich so viel gesunden Menschenverstand bewahrt haben, um zu wissen,

(erregte Zurufe von den Kommunisten)

daß es überhaupt nur eine Regelung der Reparationsfrage gibt, wenn durch eine Stärkung des Exports uns die Devisen gegeben werden, deren wir außen bedürfen für die Regelung dieser Frage und nach innen für die Ernährung des deutschen Volkes.

(Erneute Zurufe von den Kommunisten.)

– So töricht sind wir nicht, daß wir die Ernährung des deutschen Volkes an Ihren törichten Dogmen etwa scheitern lassen werden.

(Lebhaftes Bravo. – Zwischenrufe bei den Kommunisten.)

– Meine Herren, ich verstehe ja Ihre Erregung über den Zusammenbruch dieses unverantwortlichen Streiks und der Hetze, die Sie in den letzten Tagen getrieben haben[27].

(Stürmische Zustimmung und Händeklatschen rechts, in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten. – Andauernde Zurufe von den Kommunisten. – Erneute stürmische Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)

[27] Die KPD hatte für den 11. August 1923 zum Generalstreik aufgerufen, um das Kabinett Cuno zu stürzen, und entsprechende Aufrufe auch gegen die neue Regierung Stresemann proklamiert; die Streikbewegung brach jedoch in den folgenden Tagen zusammen (Einzelheiten dazu in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 9–10 mit Anm. 1; ein Streikaufruf der KPD vom 12. August 1923 u.a. in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 318–319).

Diese Erregung sollte Sie aber nicht dazu veranlassen, hier die letzten Grundlagen der parlamentarischen Verhandlung zu erschüttern.

(Wiederholte stürmische Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten. – Erregte Rufe von den Kommunisten: Provozieren Sie nur! – Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Koenen[28], ich bitte Sie, die Zwischenrufe etwas einzuschränken.

(Andauernde Zwischenrufe von den Kommunisten.)

Ich muß dem Herrn Reichskanzler unter allen Umständen Gehör verschaffen. Ich tue das auch bei Ihren Rednern. Es geht nicht, daß drei Herren einen Redner überschreien.

(Lebhafte Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten. – Rufe rechts: Geschäftsordnung! – Kundgebungen auf der Tribüne.)

– Die Tribüne bitte ich, alle Kundgebungen zu unterlassen; sonst muß ich die Kundgeber ausweisen.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Ich empfinde die Unterbrechungen, denen ich ausgesetzt bin, nicht als irgendeine Beleidigung des Amtes, das ich vertrete, wohl aber als eine Herabsetzung des Ansehens der Parlaments, das aufrechtzuerhalten wir alle Veranlassung haben.

(Lebhafte Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Ich fahre in der Erklärung der Regierung fort. Eine wichtige Aufgabe zur Unterstützung der Regierung bei ihren wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen steht der **Reichsbank** zu. Die Reichsregierung ist einmütig der Auffassung, daß die Sicherung ihrer Maßnahmen durch die Reichsbank und ihre Leitung gewährleistet werden muß.

(Sehr richtig! rechts, in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)

Die drängende Not dieser Tage verlangt sofortige Arbeit. Deshalb hat die Reichsregierung davon abgesehen, in der Erklärung des Reichskanzlers etwa eine Pro-

[28] Wilhelm Koenen (1886–1963), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die USPD 1919–1920, für die KPD 1920–1932).

grammrede geben zu wollen. Programme helfen uns nicht weiter, wenn nicht schnellstens Maßnahmen zur Heilung getroffen werden. Wir richten an das hohe Haus den dringenden Appell, möglichst in Verbindung mit dieser Aussprache über die Entgegennahme der Regierungserklärung die Verabschiedung des Gesetzes über die Goldanleihe[29] vornehmen zu wollen, um in der Fortführung der gesetzgeberischen Arbeit auf diesem Gebiete keine Verzögerung eintreten zu lassen.

Wir brauchen zu unserer Arbeit Ihr Vertrauen. Bekunden Sie durch dieses Vertrauen nach außen und innen, daß das deutsche Parlament sich in schwerer Zeit eng zusammenschließt. Nur die tatsächliche Bekundung des Lebenswillens der deutschen Nation wird ihr den Weg in die Freiheit bahnen. Verloren ist nur, wer sich selbst aufgibt. Wir haben das Recht, an Deutschlands Zukunft zu glauben, und wir haben die Aufgabe, sie zu sichern.

(Stürmischer Beifall rechts, in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)[30]

[29] Noch in der gleichen Sitzung wurde in 2. und 3. Lesung das schon von der Regierung Cuno eingebrachte „Gesetz über die Sicherung und die steuerliche Behandlung einer wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reichs“ debattiert und mehrheitlich angenommen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11859–11862), so daß noch am 14. August 1923 eine Goldanleihe in Höhe von 500 Millionen Goldmark aufgelegt werden konnte.

[30] In der die Debatte über die Regierungserklärung abschließenden namentlichen Abstimmung des Reichstags sprachen im weiteren Verlauf der Reichstagssitzung bei 342 abgegebenen Stimmen 239 Abgeordnete der Regierung das Vertrauen aus (vgl. ebd., S. 11858–11859 u. 11873).

Rede vor dem Schutzkartell für die notleidende Kulturschicht Deutschlands vom 22. August 1923[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 95–98.

Deutschland muß dem Verlust der Träger seines Kulturlebens entgegenwirken; es muß dafür die Tätigkeit des geistigen Mittelstandes hochschätzen und allgemein den Mittelstand stärken.

Manchmal gewinnt man wohl den Eindruck, als ob die ganzen Probleme, um die sich heute die Welt bemüht, sich auf wirtschaftliche und finanzielle Fragen konzentrieren, und manchmal entsteht auch wohl die Auffassung, als wenn das Zeitalter nach dem Kriege und nach der Revolution infolge der ganzen Lage, in der Deutschland sich befindet, in noch höherem Maße den Charakter eines materiellen Zeitalters trage, als dies leider nach dem Siege Deutschlands von 1871 infolge einer zu raschen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Fall gewesen ist. Wer die Dinge so ansieht, der verkennt, glaube ich, die wirklich treibenden Faktoren im Aufstieg und im Niedergang der Völker. Sie[2] haben von dem Niederbruch dieser Kulturschicht gesprochen. Ich habe vor kurzem im Reichstag an die Adresse Frankreichs den Vergleich gerichtet[3], wer denn wohl **mehr** verloren hätte, ein Volk, das in einer Provinz die Ruinen von Fabriken oder Wohnhäusern zu beklagen hat, die in wenigen Jahren wieder aufgebaut werden können, oder ein Volk, das die Träger seines Kulturlebens so verloren hat, wie das in Deutschland der Fall gewesen ist.

Dieser Verlust der Kulturschicht, zu deren Ersetzung wir sehr viel längere Zeit brauchen als zum Aufbau von Ruinen, ist für uns völlig untragbar. Ich erkenne durchaus die Pflicht des Staates an, diesen Schichten in erster Linie zur Seite zu

---

[1] Der Arbeitsausschuß des neugebildeten „Schutzkartells für die notleidende Kulturschicht Deutschland“ war vom Reichskanzler empfangen worden, und der Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des „Schutzkartells“ Otto Everling hatte Worte an Stresemann gerichtet (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 95). Darauf antwortete Stresemann.

[2] Otto Everling (1864–1945), Theologe und Politiker; Mitglied des Reichstags 1907–1912 u. 1920–1924 (im Kaiserreich als Hospitant der Nationalliberalen Partei, in der Weimarer Republik für die DVP); Vorsitzender des „Schutzkartells für die notleidende Kulturschicht Deutschlands“ bzw. (nach einer kurz darauf folgenden Umbenennung) des „Schutzkartells deutscher Geistesarbeiter“ 1923–1934.

[3] In seiner Reichstagsrede vom 17. April 1923 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 359, S. 10572–10580, insb. S. 10574).

stehen, denn wenn sie ins Elend gekommen sind, so sind sie ins Elend gekommen wegen ihrer Staatsgesinnung.

Sie waren die Träger des Patriotismus, sie waren die Träger der Kriegsanleihen[4], damit vor allem auch die Träger all der Vermögen, die dahingeschwunden sind. Sie waren ferner die Träger der Auffassung des deutschen Lebens, die sich nicht in Spekulationen, sondern in Spareinlagen und Hypothekenanlagen äußerte, und alles, was in Deutschland an Vermögenswerten dahingeschwunden ist, hat diese Schicht getragen, die von der Spekulation nichts wissen wollte, die nichts anderes wollte als eine gesunde Vermögensgrundlage aus dem Ertrag eines arbeitsreichen Lebens.

Wenn der Staat nicht in der Lage war, diesen Währungsverfall[5], die Folge eines verlorenen Krieges und einer brutalen Weitervergewaltigung des deutschen Volkes, die sich bis in die letzten Tage weiter auswirkt, aufzuhalten, so hat der Staat mindestens die Verpflichtung, diejenigen, die in diese Notlage gekommen sind, in erster Linie bei der Gesetzgebung zu berücksichtigen, hindernd und fördernd, hindernd, indem er sie vor weiterer Belastung schützt, oder auch fördernd in der Wiedererlangung ihrer Stellung. Das ist aber nicht das einzige Problem. Soweit wir die Dinge zu übersehen vermögen, haben sich bei uns in Deutschland infolge der Entwicklung Anschauungen eingebürgert, die nicht gesund sind, und die verschwinden müssen. Man hat zwischen **werktätiger** und **geistiger** Arbeit eine Differenzierung nicht mehr anerkennen wollen. Vielfach sind die Dinge einfach gegenüber früher umgekehrt worden. Man unterscheidet überhaupt nicht mehr nach qualitativem Wirken und einfacher Handarbeit. Aber die Menschen sind nicht gleich. Die Menschen sind differenziert, die geistigen Kräfte der Menschen sind verschieden. Aus dem Volke heraus streben die Kräfte, die nach oben wollen. Ein Niederhalten der Kräfte, die aus dem Volke herausragen, die zur Führung bestimmt sind, ist eine Nivellierung, die wir nicht ertragen können. Nur wenn wir geistig mehr leisten als andere, werden wir wieder einbringen können, was der verlorene Krieg uns genommen hat.

Dann ein Drittes: Wir sehen in unserer Entwicklung heute Symptome, die mir außerordentlich bedenklich erscheinen. Infolge unseres Währungsverfalles sehen wir auf der einen Seite eine immer größere Zusammenfassung der ganz starken Kräfte und auf der anderen Seite eine immer größer werdende Zahl der abhängigen Exis-

---

[4] Deutschland hatte einen Großteil der Kosten des Ersten Weltkriegs durch neun Kriegsanleihen aufgebracht. Die bereits während des Krieges einsetzende Inflation und schließlich die Hyperinflation des Jahres 1923 machten diese Anleihen wertlos.

[5] Eine tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Inflation und ausgewählter Preise in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

tenzen. Ich würde mich nicht glücklich fühlen in einem Lande, in dem es nicht zwischen den großen Schichten und **wenigen Kapitalgewaltigen** eine große Mittelschicht gibt, nicht nur eine kulturelle, sondern auch eine gewerbliche. Wenn ich auch der Meinung bin, daß nicht allein aus den Hütten das Gute kommt, so wünsche ich doch eine gesunde Mischung, wie wir sie früher hatten, daß aus kleinen Verhältnissen heraus sich der Junge emporarbeitet zu einer Stellung, die seinem Vater nicht beschieden war. Die Hochachtung vor dem geistig Gebildeten, die wir früher hatten und die der Reichtum vor dem geistig Gebildeten hatte, müssen wir wiedererhalten. Eine starke geistige Mittelschicht in Deutschland ist auch ein Aktivposten in unserer auswärtigen Politik, in einer Zeit, wo wir den Aktivposten einer politischen Macht oder einer deutschen Armee nicht mehr besitzen.

Wer sieht heute noch in Deutschland den geistigen Mittelstand? Das Ausland sieht das Hasten in unsern Großstädten, den neuen Reichtum, und fragt sich: Was hat sich in Deutschland geändert? Da erinnere ich an das Dichterwort: „Die Welt hat keine Seele, hat sie kein Deutschland mehr!“[6] Auf das geistige Deutschland müssen wir die Aufmerksamkeit der andern Länder lenken und nicht immer nur von Eisen, Kohle, Baumwolle und ähnlichen Dingen sprechen. Schon einmal haben wir schwere Zeiten erlebt, nach dem Zusammenbruch Preußens nach dem Frieden von Tilsit[7]. Mir scheint die Zeit von 1807 bis 1813 die größte Zeit eines Volkes gewesen zu sein, nicht die Zeit der Erhebung selbst. Preußen war ebenso ausgeraubt wie wir, hatte eine Besetzung bis in die letzten Städte hinein. Und in dieser Zeit gab Preußen der Welt ein großes Beispiel durch die Gründung der Universität Berlin inmitten des tiefsten wirtschaftlichen und finanziellen Elends. Sie wurde eingeweiht mit dem wundervollen Wort eines preußischen Königs[8]: „Der Staat muß durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat.“ Ich will kein bitteres Wort über das Berlin von heute sprechen. Vielleicht haben wir an Ansehen verloren, weil die Menschen, die zu uns kommen, die Empfindung haben, daß wir nicht einmal unser Unglück sitt-

---

[6] Ein leicht abgewandeltes Zitat aus dem 1889 verfaßten Gedicht „Deutschland und die Welt“ des Schriftstellers Ernst von Wildenbruch (1845–1909), das korrekt lautet: „Die Welt hat keine Seele, Sie hat kein Deutschland mehr!“ (in: Ernst von Wildenbruch: Ausgewählte Werke. Bd. 1. Berlin 1919).

[7] Der französisch-preußische Friedensvertrag von Tilsit vom 9. Juli 1807 am Ende des Vierten Koalitionskriegs hatte den Charakter eines Diktatfriedens und stufte Preußen zur Mittelmacht zurück. U.a. sah er hohe Kriegskontributionen und eine vorübergehende französische Besatzung in Preußen vor. Text des Vertrags in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 59, S. 255–263.

[8] Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), König von Preußen 1797–1840, soll mit diesen Worten vom August 1807 die Gründung der 1810 eröffneten Berliner Universität initiiert haben; vgl. Hans-Christof Kraus: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. München 2008 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 82), S. 23.

lich ertragen können, sondern in einem Rausch von unedlen Vergnügungen aufgehen. Wenn Ihr Ausschuß darauf hinwirkt, daß in dieser Zeit tiefen deutschen Niedergangs – und diese Zeit wird noch lange währen – sittliche Triebkräfte der Nation geweckt werden, daß man sich wieder der Bedeutung des Geistigen bewußt wird, so werden Sie die Grundlage zu einem deutschen Wiederaufbau legen.

Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag vom 24. August 1923[1]

Nach WILLE ZUR VERSTÄNDIGUNG S. 2–16. – Druck (mit minimalen Abweichungen) auch in RUHREINBRUCH S. 100–114. Teildruck in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 541–543. Kurzer Auszug in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 98–99. Mischung aus Teildruck und Paraphrase in SCHULTHESS 64 (1923), S. 158–160.

Wichtiger als das Überleben einzelner Wirtschaftsunternehmen muß die weitere Existenz des Staates sein. Zur finanziellen und wirtschaftlichen Gesundung muß Deutschland selbst und muß auch die deutsche Wirtschaft beitragen. Voraussetzung ist allerdings die Anerkennung der Souveränität des Reiches, auch über seine Wirtschaft. Widerspricht der französischen Behauptung, Deutschland habe bisher keine beachtenswerten Reparationsleistungen erbracht, und verweist auf die deutschen Angebote; die Aufgabe des Rheinlands kommt allerdings nicht in Frage. Die derzeitige Situation Deutschlands schadet allen Staaten.

Meine sehr verehrten Herren, insonderheit sehr verehrter Herr Geheimrat Duisberg[2]! Lassen Sie mich Ihnen meinen verbindlichsten Dank dafür aussprechen, daß Sie mir Gelegenheit geben, sobald nach meinem Amtsantritt[3] hier mit Ihnen zusammen zu sein und die Grundlinien der deutschen Innen- und Außenpolitik vor Ihnen zu entwickeln.

Sie dürfen des einen versichert sein, daß wir uns klar darüber sind, daß ohne einen starken Glauben an die deutsche Zukunft die Dinge nicht zu meistern sind, vor denen wir stehen, und daß man diesen Glauben an die Zukunft nicht betätigen kann in irgendeiner Lethargie, in irgendeinem Gehenlassen, sondern nur in der Energie, die glaubt, die Dinge zu meistern, und die damit die Voraussetzung schafft, daß sie

---

[1] Stresemanns Rede wurde am 25. August 1923 als WTB-Meldung halbamtlich veröffentlicht (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 299, Anm. 4). – Der Auszug in SCHULTHESS 64 (1923), S. 158–160, nennt als äußeren Anlaß für die Rede ein „Frühstück des ‚Deutschen Industrie- und Handelstages'" (S. 158).

[2] Carl Duisberg (1861–1935), Industrieller; zu der Zeit stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Industrie- und Handelstages; Generaldirektor der Farbenfabrik Bayer 1912–1925, Aufsichtsratsvorsitzender der I.G. Farbenindustrie 1925–1935, Vorsitzender des Reichsverbands der Deutschen Industrie 1925–1931. – Von dem Treffen des Deutschen Industrie- und Handelstages, bei dem Stresemann diese Rede hielt (vgl. die vorangehende Anm.), ist, soweit ersichtlich, neben der Rede nichts in gedruckter Form dokumentiert; es darf aber wohl aus Stresemanns Anrede geschlossen werden, daß Duisberg den Reichskanzler zuvor begrüßt hatte. – Ob auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Franz von Mendelssohn (1865–1935), der dieses Amt 1921–1931 innehatte, anwesend war, konnte nicht ermittelt werden.

[3] Stresemann war am 13. August 1923 vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ernannt worden.

überhaupt zu meistern sind. Sie werden das eine aus unserer gesamten Lage ersehen haben, daß wir sehr bald vor **schwere Entscheidungen** gestellt sind. Dazu brauchen wir Ihre tätige Mitarbeit, dazu müssen wir an Sie herantreten wegen der Übernahme großer Lasten, die wir Ihnen zumuten. Sie können diese Lasten nur übernehmen, wenn auf der einen Seite die Intensität der Arbeitsleistung im Innern und auf der andern Seite die Anspannung aller Beziehungen nach außen zusammenwirkt, um unsere deutsche Volkswirtschaft zu erhalten und weiter zu entwickeln. Darin allein, in dem gleichzeitigen Zusammenwirken dieser beiden Faktoren, liegt die Möglichkeit, uns die deutsche Volkswirtschaft als Grundlage der Kraft zu erhalten, die wir brauchen, um die Widerstände nach innen und außen zu überwinden.

Sie haben in der Erklärung des neuen Kabinetts, in der ersten Regierungserklärung, mit der wir vor die Öffentlichkeit traten[4], den Satz gehört, daß wir als die beste aktive Außenpolitik **die Ordnung der Dinge im Innern** ansehen. Aus diesem Gedanken heraus sind wir gezwungen gewesen, auch ohne offizielle parlamentarische Mitwirkung mit einer Notverordnung[5] herauszutreten und der Regierung den Devisenfonds zu schaffen, dessen sie bedarf, um zunächst einmal die Wirkungen zu beseitigen, die sich aus den heutigen Verhältnissen ergeben haben. Wir bedürfen seiner einmal, um die Ernährung des Volkes sicherzustellen; wir bedürfen seiner weiter, um eine gewisse Stabilität der Wirtschaftsverhältnisse sicherzustellen, die nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die ganze politische Psychologie unseres Volkes von geradezu entscheidender Bedeutung ist. Ich glaube, wir müssen zurück zu einer soliden Grundlage für die Wirtschaft selbst, einer soliden Grundlage, die mehr und mehr ins Wanken gekommen ist. Das ist der Punkt, wo bei Ihnen die besten Instrumente seit Jahren nicht mehr mit der Genauigkeit spielen, wie wir das früher bei dem soliden deutschen Kaufmann gewohnt waren. Wir müssen auch etwas dabei bedenken. Sie haben in allen ihren Betrieben die Unsicherheit als Wirkung dieser Unstabilität der Währung[6] gesehen. Viele von Ihnen haben sich eingestellt auf das, was unveränderlich bleibt, auf die Goldrechnung. Viele Menschen in Deutsch-

---

[4] Gemeint ist die Regierungserklärung Stresemanns vom 14. August 1923.

[5] Am 25. August 1923 erließ der Reichspräsident auf der Grundlage des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung eine Notverordnung „über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände“, mit der in Form einer Zwangsanleihe Devisen aus der deutschen Wirtschaft beschafft werden sollten (Text in REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 833–835). – Zur ausführlichen Vorberatung im Kabinett vgl. u.a. das Protokoll des Kabinettsrats vom 20. August 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 42–52.

[6] Eine tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Inflation und ausgewählter Preise in den Monaten August – November 1923 ebd., Stresemann II, S. 1218–1223.

land haben sich aber nicht darauf einstellen können; unendlich viele sind einer Expropriation verfallen, die das schwerste Opfer ist, das je ein Volk nach einem verlorenen Krieg gebracht hat. Unendlich viele Menschen sind in Not und Hunger gekommen, und Not und Hunger sind immer die Triebkräfte gewesen für alles Extreme in der Politik. Ich behaupte, daß unser Volk an sich durchaus nicht zum Extremen in der Politik neigt. Innerlich liegt in diesem Volke ein tiefes Sehnen nach Ordnung, nach Autorität, nach Ruhe, nach einem Staate, in dem der einzelne nach seinen eigenen, wenn auch eng begrenzten Bedürfnissen, durch Entfaltung seiner Kräfte leben kann. Wenn aber solche außerordentlichen Verhältnisse aufkommen, dann wird das Volk durch Hunger und Not denjenigen zugetrieben, die nicht staatserhaltende Kräfte sind, die den Staat ruinieren wollen, die aus dem Chaos eine Neugestaltung erhoffen, und die auch diejenigen an sich heranziehen, die den Staat jetzt negieren, wenn sie die Hoffnung verlieren, daß der Staat in der Lage sei, dieser Not und diesem Verfall aller Dinge ein Ende zu bereiten.

Deshalb mußten wir, sobald als möglich, in diese Dinge eingreifen. Wir haben darauf hingewiesen – und das ist wiederholt, namentlich im Auslande stark betont worden –, daß hier ein Kabinett die Geschicke Deutschlands lenkt, das die stärkste parlamentarische Basis hat, die jemals ein Kabinett besaß[7]. Geheimrat Duisberg hatte die Güte, darauf hinzuweisen – und ich stimme ihm persönlich darin bei –, daß es vielleicht wünschenswert gewesen wäre, daß diese Zusammenfassung der Kräfte vom ersten Augenblick des Ruhrkampfes an erfolgt wäre. Wir leben nicht in einer Zeit, in der es sich darum handeln kann, Weltanschauungskämpfe des deutschen Volkes auszukämpfen, sondern in einer Zeit, wo jeder Mann seine Pflicht tun muß, um den Staat als solchen zu retten. Darüber, wie wir den Staat einrichten nach politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie wir ihn in normalen Zeiten lenken, darüber mögen wir uns den Kopf zerbrechen, wenn wir wieder normale Zeiten haben. Heute ist nicht die Zeit dafür, darauf zu sehen, ob uns die Gesamteinstellung des Einzelnen paßt; wenn nur der Einzelne den Willen hat, dem Staate zu helfen, muß er willkommen sein jedem, dem an dem Leben dieses Staates etwas liegt. Wir müssen uns darüber klar sein, auch die stärkste parlamentarische Basis

[7] Die Regierung Stresemann stützte sich auf eine Große Koalition. Bei der namentlichen Vertrauensabstimmung im Reichstag am 14. August 1923 hatten ihr bei 342 abgegebenen Stimmen 239 Abgeordnete das Vertrauen ausgesprochen (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11858–11859 u. 11873).

verbürgt nicht die Sicherheit der Regierung. Die Parteien allein sind nicht der Ausdruck der Vielheit der lebenden Triebkräfte unseres Volkes.

Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir praktische Arbeit leisten, die uns vorwärts bringt. Dabei werden wir auch **Anforderungen an die Wirtschaft** richten müssen, Anforderungen, die, darüber bin ich mir vollkommen klar, nicht allein aus dem Einkommen der Wirtschaft geleistet werden können. Was wir von Ihnen, als den Garanten und Mitträgern in außenpolitischen und innerwirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands verlangen, das geht auch an die Substanz der deutschen Wirtschaft. Das Wort, das über dem Schifferhaus in Lübeck steht: „Navigare necesse est, vivere non necesse!“[8] dies Wort, in das harte Deutsch der Gegenwart übersetzt, bedeutet: daß der Staat bestehen bleibt, ist notwendig, daß die einzelne Wirtschaft in ihrer Gesamtsubstanz bestehen bleibt, muß demgegenüber in solchen Zeiten zurücktreten. Sie haben als Unternehmer, Sie haben als Kaufleute Ihre Arbeit aufgebaut auf dem Glauben an die Zukunft und die Unzerstörbarkeit Ihrer Firmen, Ihrer Unternehmungen, Ihrer Werke. Übertragen Sie diesen Glauben auf den Staat als solchen! Wenn der Staat nicht mehr besteht, mir wenigstens würde dann wenig daran liegen, daß meine Wirtschaft besteht. Das Große in einem Menschenleben besteht nicht in dem eigenen Erfolg, sondern in jenem freudigen Stolz, der dem einzelnen gegeben ist, wenn er sagen kann, daß er einem großen, geachteten Volke, einem großen, geachteten Reich angehört. Ich glaube, daß das immer die Auffassung des deutschen Kaufmanns gewesen ist und daß er sie praktisch betätigen muß in einer Zeit, in der wir tatsächlich um den Bestand dieses Staates ringen.

Ich kann hier nicht im einzelnen von dem Wirtschaftsprogramm reden, über das der Herr Reichsfinanzminister[9] im Reichstage gesprochen hat[10] und das sicherlich auch bald in Ausführungen des Reichswirtschaftsministers[11] im einzelnen umrissen

---

[8] Das von Plutarch für Pompeius überlieferte Zitat befindet sich am Haus Seefahrt in Bremen, einer Fürsorgeeinrichtung für ehemalige Seeleute. Für das Haus der Schiffergesellschaft in Lübeck ließ es sich nicht nachweisen.

[9] Rudolf Hilferding (1877–1942), Reichsfinanzminister 13. August – 6. Oktober 1923 und 28. Juni 1928– 21. Dezember 1929; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1933 (für die SPD).

[10] Seit seiner Ernennung zum Minister hatte sich Hilferding im Reichstagsplenum nur einmal kurz geäußert, nämlich in der Sitzung vom 15. August 1923, und dabei versichert, daß die Reichsregierung bei ihren finanzpolitischen Plänen „mit den Berufsständen in enger Fühlung bleiben und sie zur Beratung heranziehen“ werde (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11881). Daher bezieht sich Stresemann hier vermutlich eher auf die Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags vom 23. August 1923, in der Hilferding das finanzpolitische Programm vorstellte (Text seiner Rede in BEUSCH S. 110–113; vgl. auch SCHULTHESS 64 [1923], S. 158; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 540–541).

[11] Hans von Raumer (1870–1965), Reichsschatzminister 1920–1921; Reichswirtschaftsminister 13. August – 6. Oktober 1923; Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DVP).

werden wird. Ich möchte nur auf eins hinweisen. Die Notverordnung über den Devisenfonds ist nicht das einzige Mittel der Regierung, durch das sie glaubt, die Dinge bessern zu können. Wir werden neben der Mark wertbeständige Goldzahlungsmittel schaffen, Goldkonten bei der Reichsbank einrichten und wertbeständige Kredite schaffen müssen. Wir brauchen eine aktive Handelsbilanz, und das bedingt – ich möchte das offen sagen – meiner Auffassung nach wenigstens in der nächsten Zeit eine Beschränkung der Importe auf das, was wirklich lebenswichtig ist. Ich möchte Sie dringend bitten: Leben Sie lieber einmal eine Zeitlang von den Vorräten, als daß Sie mit Anforderungen an uns herantreten, die wir nicht erfüllen können.

Dazu muß eine Förderung der Ausfuhr treten. Ich bin vollständig einverstanden mit Ihrem Herrn Vorsitzenden[12], daß Gesetzesbestimmungen, die in einer Zeit entstanden sind, in der wir die Sorge hatten, daß infolge einer Unterbietung des deutschen Kaufmanns eine Art unfreiwilligen Dumpings in der Welt entstehen könnte, eine Sorge, die uns veranlaßte, Ausfuhrabgaben zu erheben, ihren Sinn und ihre logische Begründung verloren haben in einer Zeit, in welcher diejenigen Unternehmungen froh sind, die nur auf Weltmarktparität liegen und sie nicht überschritten haben, was leider heute schon bei vielen deutschen Unternehmungen der Fall ist.

Wir werden wertbeständige Löhne und Gehälter haben müssen, aber wir werden sie nicht geben dürfen, wenn wir ihre Grundlage feststellen auf der Grundlage des reichen Deutschlands des Friedens, sondern auf der Grundlage des schwer um seine Existenz ringenden Deutschlands der Gegenwart, das neben der eigenen Bilanzierung auch noch unendliche Verpflichtungen gegenüber dem Ausland auf sich genommen hat.

Wir werden auch nicht aus der Verarmung und Verelendung herauskommen, wenn wir nicht zu einer Produktionssteigerung im Innern gelangen, und auch in der Beziehung, glaube ich, wird es notwendig sein, daß wir alle Parteimeinungen und alle Dogmen entschlossen über Bord werfen, daß wir uns lediglich das eine sagen, daß es jetzt für uns darauf ankommt, durch alle diese Mittel einen lebensbejahenden Optimismus der Welt zu zeigen durch das Vertrauen auf die Wirkungen der eigenen Kraft. Denn wir haben kein Recht, auf die Unterstützung der Welt zu hoffen, wenn wir der Welt nicht beweisen, daß wir selber noch an uns glauben, und daß wir in der Lage sind, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

---

[12] Ob hier Stresemann irrtümlich den stellvertretenden Vorsitzenden Duisberg meint oder Franz von Mendelssohn, konnte nicht ermittelt werden (vgl. oben Anm. 2).

Dazu aber ist auch notwendig, daß die Erschütterungen aufhören, die in den Beziehungen der Völker zueinander bestehen. Vier Jahre sind vergangen seit dem offiziellen Friedensschluß[13], und doch leben wir immer noch in dem Kampf um den Frieden. Über uns schwebt immer noch **das Damoklesschwert** der endgültigen Festsetzung unserer Verpflichtungen. Ich brauche Ihnen als Kaufleuten nicht zu sagen, wie lähmend auf jede Initiative es wirken muß, wenn man den Gesamtkomplex seiner Verpflichtungen überhaupt nicht zu übersehen vermag. Was hier für den Wirtschaftler gilt, das gilt auch für den Staat. Seit vier Jahren sehen wir die Staatsmänner auf internationalen Konferenzen sich bemühen, zu einer Regelung für den Frieden zu gelangen, aber bisher stets vergeblich. Man hat versucht, die Vergeblichkeit der Bemühungen damit zu begründen, daß man Angriffe auf die deutsche Politik richtet, und uns dafür verantwortlich macht, daß eine Lösung nicht gefunden werden konnte. Diese Angriffe beruhen vor allen Dingen darin, daß man erklärt, die deutschen Regierungen haben den Währungsverfall absichtlich herbeigeführt, daß man weiter erklärt, alle die deutschen Regierungen hätten übernommene Verpflichtungen nicht ausgeführt, sondern sich ihnen absichtlich entzogen. Lassen Sie mich dazu einige Worte sagen.

Wir sollen den Währungsverfall absichtlich herbeigeführt haben. Meine Herren! Gibt es irgend jemand in der Politik oder in der Wirtschaft, der nicht ein Gefühl tiefer Beschämung und tiefer Depression empfindet, wenn er an unsere Währungsverhältnisse denkt. Wir haben ein minderwertiges Zahlungsmittel, beinahe das minderwertigste in der ganzen Welt[14]. Die große Macht und der Einfluß unserer Finanzinstitute von früher ist heute international kaum noch vorhanden. Um kleine Goldsummen, die wir für Importe, für die Ernährung brauchen, aufzubringen, müssen wir heute Anstrengungen in der ganzen Wirtschaft machen, dort, wo früher eine einzige Bank spielend diese Kredite erledigt hätte. Wir haben gesehen, welche Wirkungen dieser Währungsverfall im Innern mit sich gebracht hat. An Stelle der ehrlichen Kalkulation ist ein unsicheres spekulatives Moment in alle Unternehmungen hineingekommen. Der Kaufmann scheut nicht das Risiko – ein Risiko kann er auf sich nehmen –, aber er scheut die Ungewißheit der heutigen spekulativen Einstellung aller Dinge, die da-

---

[13] Der Versailler Vertrag war am 28. Juni 1919 unterzeichnet worden; er trat allerdings erst am 10. Januar 1920 in Kraft. Text des Vertragswerks im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[14] Der Wert der Reichsmark war alleine vom 19. bis zum 21. August gegenüber dem Dollar erneut drastisch gefallen, und zwar, nach einem Artikel der „Zeit“, von 4,5 Mio. pro Dollar auf 7,7 Mio. pro Dollar (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 43, Anm. 5).

zu geführt hat, daß die kaufmännische Gentry am allermeisten gelitten hat, und das, was an ihrer Stelle gekommen ist, gibt uns keinen Ersatz für das, was wir einst an diesem Kaufmannsstande gehabt haben.

Dazu kommt ein zweites. Jeder Staatsmann muß sich darüber klar sein, welche Verelendung gerade in dem geistigen Deutschland durch diesen Währungsverfall vor sich gegangen ist. Auch die Welt da draußen sollte einmal den Blick auf diese Dinge lenken. Gerade **das geistige Deutschland** hat das nationale Moment immer mit der starken Berührung mit der Welt da draußen zu verbinden gewußt durch die Aufnahme aller geistigen Strömungen des Auslandes und durch ihre Verarbeitung, um sie dann weiter zu tragen zu anderen Völkern. Wir haben mit der Verelendung dieses geistigen Deutschlands den Krieg unendlich schwer bezahlt, und ich glaube, die Ruinen Frankreichs werden sich eher aufbauen lassen als das, was hier vor uns versunken ist, vielleicht für eine Generation, durch diese Expropriation, die der Krieg mit sich gebracht hat. Wenn man also sagt, man hätte den Währungsverfall absichtlich herbeigeführt, so kann ich Ihnen erklären, ich würde einen solchen Staatsmann, der diesen Währungsverfall absichtlich herbeigeführt hätte, für den größten Verbrecher am deutschen Volke halten.

Wenn unsere jetzigen ernsten Versuche, unsere Verhältnisse bei uns im Innern zu konsolidieren, greifbare Erfolge herbeiführen sollen, müssen sie wenigstens aufgebaut sein auf einem Zustande, der die Anerkennung der Souveränität des Reiches in sich birgt, das über die ganzen wirtschaftlichen Kräfte des Landes verfügen kann. Dieser Zustand ist heute nicht gegeben, und ein Mißerfolg oder nur ein Teilerfolg unserer Bemühungen auf diesem Gebiete wäre nicht uns allein zur Last zu schreiben. Die Besetzung des Ruhrgebietes hat die schwersten Erschütterungen mit sich gebracht, die überhaupt über uns kommen konnten. Man kann die Frage aufwerfen, ob der Begriff des Staates überhaupt auf das Deutsche Reich noch zutrifft. Zu den Voraussetzungen des Begriffes „Staat“ gehört mindestens der Begriff **„sichere Grenzen“.** Wo sind diese „sicheren Grenzen“ des heutigen Deutschlands? Zu dem Begriff Staat gehört ferner die Souveränität, gehört ein Beamtentum, das den Weisungen dieses Staates folgt. Heute werden weite Kreise unseres Beamtentums daran gehindert, den Weisungen Ihres Staates zu folgen, und sie werden bestraft, wenn sie es tun[15]. Unsere Souveränität ist weit über das Maß hinaus eingeschränkt, das der Frie-

[15] Infolge der Ruhrbesetzung und des passiven Widerstands hatten die Besatzungsmächte in den alt- und neubesetzten Gebieten u.a. zahlreiche Ausweisungen vollzogen, insbesondere von Beamten,

densvertrag uns auferlegt. Einen Schutz unserer deutschen Behörden können wir in weiten Bezirken nicht ausführen. Die Schlagader unserer deutschen Wirtschaft ist leblos. Dadurch ist eine Finanz- und Wirtschaftszerrüttung herbeigeführt, die sich in denjenigen Verhältnissen auswirkt, die wir im Innern gesehen haben, in jenen Verhältnissen, die die Möglichkeit von Leistungen oder Reparationen immer mehr vermindern und für die Zukunft in Frage stellen.

Man hat auch hier die Frage aufgeworfen, wer an dem Gesamtkomplex der politischen Verhältnisse schuld sei. Ich gehe hier auf politische Fragen der Vergangenheit nicht ein, obwohl es gerade vom deutschen Standpunkt aus sehr verführerisch wäre, die Frage von Recht und Schuld in diesem Zusammenhange nochmals zu erörtern, nachdem sie in der Note der britischen Regierung[16] eine so bedeutsame und durchschlagende Würdigung vor der ganzen Welt gefunden hat. Fragen von Schuld und Recht wird das deutsche Volk dem Urteil unparteiischer Schiedsrichter jederzeit gerne zu unterwerfen bereit sein, weil sein eigenes gutes Gewissen in diesen Fragen es diesem Urteilsspruch ruhig entgegensehen läßt. Gestatten Sie mir, auf die von französischer Seite oft gehörte Behauptung hier einzugehen: Deutschland habe sich seinen Verpflichtungen absichtlich entzogen, Deutschland habe überhaupt bisher keine beachtenswerten Reparationsleistungen gemacht. Es mag sein, daß das Vertrauen in deutsche Erklärungen durch eine Einstellung der Welt gegen uns erschüttert ist, und deshalb will ich nicht damit beginnen, unsere Schätzungen zu nennen. Ich möchte aber das in Ihr Gedächtnis zurückrufen, was Minister v. Rosenberg[17] im Reichstag ausgeführt hat, nämlich daß das **„Institute of Economics“**[18] in Washington, eine amerikanische wissenschaftliche Corporation, ein Kreis von amerikanischen

die Befehle verweigerten; Berechnungen gehen von bis zu 150 000 betroffenen Personen (einschließlich der Familienmitglieder) aus.

[16] Gemeint ist die britische Note vom 11. August 1923, die an Frankreich und Belgien ging und in der die weitere Beratung der Reparationsfrage durch einen Sachverständigenausschuß angeregt sowie die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung in Zweifel gezogen und ggf. als Frage für den Internationalen Gerichtshof beschrieben wird; Text in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,21, S. 467–482; in ihrer ursprünglichen englischen Fassung und in deutscher Übersetzung auch im Weißbuch NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 124–140 (vollständiger Wiederabdruck des Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); eine Paraphrase in SCHULTHESS 64 (1923), S. 413–415.

[17] Frederic von Rosenberg (1874–1937), Reichsaußenminister 22. November 1922 – 12. August 1923; parteiloser Diplomat.

[18] Rosenberg hatte sich in seiner letzten Reichstagsrede als Außenminister vom 9. August 1923 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11788–11791, insb. 11789) auf eine Veröffentlichung des Institute of Economics und auf die im folgenden von Stresemann genannten Zahlen bezogen und hatte damit die deutsche Gesamtleistung auf 45 Milliarden Goldmark beziffert. Bei der genannten Veröffentlichung handelt es sich vermutlich um die 1923 in der Reihe der „Publications of the Institute of Economics“ erschienenen Studie von Harold G. Moulton u. Constantine E. McGuire: Germany’s Capacity to Pay: A Study of the Reparation Problem.

Gelehrten, Angehörigen eines Volkes, das im Kriege gegen uns in Waffen stand, in einer offiziellen und sehr ausführlichen und sorgfältigen Veröffentlichung erklärt hat, daß Deutschland vom Tage des Waffenstillstandes an bis zum 30. September 1922 mindestens 25 bis 26 Milliarden Goldmark in greifbaren Werten an seine Gläubiger abgeliefert hätte, und daß das Votum dieser amerikanischen Instanz darauf hinauskommt, daß es vom deutschen Standpunkte aus gerechtfertigt sei, noch erhebliche weitere Posten den deutschen Leistungen hinzuzuzählen. Die deutsche Regierung selbst beziffert die deutschen Gesamtleistungen auf Grund sorgfältiger und eingehender Untersuchungen auf über 42 Milliarden Goldmark.

Wem die einzelnen Ziffern nicht genug sagen, dem möchte ich in die Erinnerung zurückrufen, was es für ein Land wie Deutschland, das einst an der zweiten Stelle der Weltschiffahrt stand, bedeutet, daß es bis auf Fahrzeuge, die kaum Küstenfahrzeuge genannt werden können, seine ganze Handelsflotte restlos ausgeliefert hat[19]. Ich glaube nicht, daß seit dem zweiten punischen Kriege[20] es überhaupt jemals eine derartige Übereignung lebenswichtiger Sachwerte an ein anderes Volk gegeben hat, wie sie das deutsche Volk hergegeben hat. Ich darf darauf hinweisen, was es für ein Land wie Deutschland bedeutet, das an der zweiten Stelle in der Weltwirtschaft stand, das die größten Niederlassungen in der ganzen Welt sein eigen nannte, das zwei Generationen im Auslande aufgebaut hatte, was dem deutschen Fleiß möglich war, wenn es sein ganzes deutsches Eigentum im Auslande zur Verfügung stellen mußte[21]. Ich darf feststellen, was darüber hinaus an Lieferungen von Kohle, Holz, chemischen Produkten und Vieh Jahr für Jahr, Monat für Monat und Woche für Woche hinausgegangen ist aus einem Lande, das wirtschaftlich so geschwächt war wie das deutsche. Für die Höhe der Sachlieferungen nur eine einzige Zahl: im Jahre 1922 haben allein die Sachlieferungen annähernd 700 Goldmillionen betragen. Wie kann Frankreich, das jetzt selbst spürt, was das Ausbleiben deutscher Kohle bedeutet[22], das wichtige Teile seiner Wirtschaft auf den deutschen Sachlieferungen aufge-

[19] Laut Versailler Vertrag, Teil VIII, Anl. III, § 1, war Deutschland zur Auslieferung aller Handelsschiffe über 1600 Bruttotonnen und eines großen Teils der kleineren Handelsschiffe verpflichtet.

[20] Der Zweite Punische Krieg zwischen Rom und Karthago (218–201 v.Chr.) endete mit einem drakonischen Frieden, bei dem Karthago u.a. alle seine Besitzungen außerhalb Nordafrikas und fast seine komplette Kriegsflotte ausliefern mußte. Der Inhalt des Friedensdiktats ist u.a. beim römischen Schriftsteller Titus Livius im 30. Buch seiner Römischen Geschichte überliefert.

[21] Der Art. 297 des Versailler Vertrags gab allen zuvor im Krieg mit Deutschland befindlichen Staaten das Recht, die auf ihrem Staatsgebiet vorhandenen „Güter, Rechte und Interessen“ deutscher Staatsbürger zu liquidieren und die Entschädigung nach den landeseigenen Gesetzen festzulegen.

[22] In Reaktion auf die Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 hatte die Reichsregierung erklärt, keinerlei Sachlieferungen, also auch keine Kohle aus den Repa-

baut hat, versuchen, die Dinge so hinzustellen, als wenn hier nicht die größten Anstrengungen tatsächlich gemacht und Leistungen übernommen worden wären, die, was bis jetzt wohl kein Kenner der Geschichte und der Volkswirtschaft bestritten hat, das größte darstellen, was überhaupt jemals ein Volk nach einem verlorenen Kriege seinen Gegnern dargeboten hat. Wenn mit dieser Behauptung aber die nicht restlose Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus dem Londoner Ultimatum[23] gemeint ist, so muß dem entgegengehalten werden, daß auch im Staatsleben wie im Leben der Menschen der Satz gilt: Ultra posse nemo tenetur[24]!

Lassen Sie mich hier ein Beispiel für die Beurteilung unserer Zahlungsfähigkeit anführen. Vergleichen Sie das England der Gegenwart mit dem Deutschland der Gegenwart. England hat den Krieg nicht verloren, es hat den Krieg gewonnen. England ist aus dem Kriege hervorgegangen mit einem großen Plus an politischer Macht, in voller Freiheit aller seiner Weltbeziehungen, in größerer Kraft gegenüber dem an Händen und Füßen gebundenen Deutschland als jemals zuvor. England hat seine Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, Verpflichtungen, die nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was wir leisten sollen, auf einen Zeitraum von 62 Jahren verteilen müssen[25]. England hat sich ferner ausbedungen, daß seine Verpflichtungen mit einem ganz geringen Zinsfuß verzinst werden. Gewiß, man könnte mir entgegnen: Du darfst nicht den Sieger vergleichen mit dem Besiegten, der größere Lasten auf sich zu nehmen hat. Aber auch die Politik findet da ihre Grenze, wo die Leistungsfähigkeit eines Volkes aufhört, nutzbar gemacht werden zu können. Wenn ich mir als Volkswirtschaftler vorstelle, daß dieses Deutschland der Gegenwart, das die Kohlengruben an der Saar, das die großen Kohlenlager in Oberschlesien, die Kalilager im Elsaß und die großen Erzvorkommen verloren hat, die es einst

---

rationsverpflichtungen, an Frankreich und Belgien mehr zu leisten (vgl. die Runderlasse Rosenbergs vom 10. und 15. Januar 1923 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A VII, S. 43–44 u. 54–55).

[23] Mit dem Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 forderten die alliierten Mächte die Reichsregierung auf, den von ihnen im April 1921 aufgestellten Reparationsplan in der Gesamthöhe von 132 Milliarden Goldmark zu akzeptieren. (Druck in englischer und französischer Originalsprache sowie deutscher Übersetzung im Weißbuch AKTENSTÜCKE ZUR REPARATIONSFRAGE S. 7–24 [Wiederabdruck des Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 372, Anlage Nr. 4140 (mit der Seitenzählung des Weißbuchs)]). Nach dem Rücktritt der Regierung Fehrenbach wurde das Ultimatum von der neugebildeten Regierung Wirth am 11. Mai 1921 angenommen.

[24] In dieser Formulierung oder in der Formulierung „Ultra posse nemo obligatur“ ein Grundsatz des Römischen Rechts, daß niemand über seine Leistungsfähigkeit hinaus verpflichtet werden könne.

[25] Am 3. Februar 1923 war ein Vertrag zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten über die Rückzahlung der britischen Kriegsschulden abgeschlossen worden, aus dem sich die von Stresemann genannten Angaben errechnen lassen; vgl. SCHULTHESS 64 (1923), S. 388.

besaß[26], heute Leistungen auf sich nehmen soll, die ein Vielfaches von dem ausmachen, was das siegreiche England zu übernehmen sich getraut, dann erkläre ich das für eine Unmöglichkeit, die jeder einsehen muß, der die Dinge im Licht der Wirklichkeit betrachtet. Das geschwächte Deutschland kann nicht leisten, was das wirtschaftlich stärkste Volk der Welt für sich für unmöglich erachtet. Das sind die Dinge, die Fragen, die uns so außerordentlich bedauern lassen, daß der Vorschlag, Sachverständige zu ernennen, die die wirkliche Leistungsfähigkeit Deutschlands feststellen sollen, nicht bei allen Alliierten Zustimmung gefunden hat[27]. Wolle man sich doch auch darüber klar sein, daß es auch vom Standpunkte dieser Alliierten aus unrichtig ist, durch eine Politik, die Deutsehland so schwächt, daß es nicht mehr bestehen kann, Verhältnisse in Deutschland herbeizuführen, die weit über die deutschen Grenzen hinaus auch andere Länder nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und sozial in der verhängnisvollsten Weise würden beeinflussen können.

Was die Welt von den Staatsmännern der Welt erwartet, ist nicht unfruchtbare Polemik über vergangene Zeiten, sondern ist der Weg in die Zukunft, der ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen gestattet, der an die Stelle des Währungschaos wieder zu den ungeschriebenen Gesetzen des Welthandels zurückführt, auf denen sich einst der Wirtschaftsverkehr der Weltvölker aufbaute. Höchst beachtenswerte Gedanken, welche die Aussicht haben, eine solche praktische Lösung zu eröffnen, finden wir in der letzten amtlichen Veröffentlichung der britischen Regierung[28]. Auch der französische Ministerpräsident[29] hat in Charleville[30] eine praktische Lösung als

---

[26] Stresemann bezieht sich hier auf direkte (die Rückgabe Elsaß-Lothringens, die auf 15 Jahre befristete Unterstellung des Saargebiets unter den Völkerbund mit dem Recht Frankreichs, die dortigen Kohlebergwerke auszubeuten) bzw. indirekte (Volksabstimmung in Oberschlesien mit der Folge der Teilung des Gebiets zwischen Deutschland und Polen) Folgen des Versailler Vertrags.

[27] Der amerikanische Außenminister Charles Evans Hughes hatte am 29. Dezember 1922, also noch vor der französisch-belgischen Ruhrbesetzung, in einer Rede in New Haven den Vorschlag gemacht, die weitere Behandlung der Reparationsfrage einem internationalen Sachverständigenausschuß zu übertragen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 109, Anm. 8). Der Vorschlag war jedoch bereits im Vorfeld der Rede, nach einer Sondierung Hughes gegenüber Jean Jusserand, dem französischen Botschafter in Washington, von Poincaré am 23. Dezember 1922 zurückgewiesen worden (vgl. DOCUMENTS DIPLOMATIQUES FRANÇAIS 1922, II, S. 616–618).

[28] Welche amtliche Veröffentlichung Stresemann hier meint, konnte nicht zweifelsfrei ermittelt werden. Möglicherweise bezieht er sich auf die britische Note vom 11. August 1923 (vgl. oben Anm. 16), deren Inhalt bereits am Tag darauf öffentlich bekannt wurde (vgl. z.B. den Bericht Wiener REICHSPOST, Nr. 221 vom 13. August 1923, S. 1–2).

[29] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[30] Anläßlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Charleville hatte Poincaré am 19. August 1923 eine Rede gehalten, in der er u.a. Großbritannien indirekt vorwarf, Streitigkeiten unter den Verbündeten zu entfesseln, und in der er rhetorisch fragte, ob es nicht besser sei, statt dessen „praktische Lösungen für Probleme zu suchen, an denen jeder von uns interessiert sein muß“ (Text der Rede in DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 39,2 [1923], S. 59–62; das Zitat: S. 60).

Ziel seiner Politik bezeichnet. Der Weg der praktischen Lösung soll nach dem französischen Gelbbuch[31] beschritten werden durch die **Erfassung positiver Pfänder** für später eingehende Leistungen an die Alliierten. In ihren [!] Instruktionen an die französischen Botschafter in London[32] und Brüssel[33] vom 10. und 12. Juni d.J.[34] sind unter anderen drei solcher positiven Pfänder angegeben:

1. eine Ausbeutung deutscher Eisenbahnen,
2. unmittelbare Leistungen aus der deutschen Wirtschaft und
3. die Inanspruchnahme deutscher Zolleinnahmen.

Garantien, gegeben durch deutschen Reichsbesitz in bezug auf die deutsche Reichsbahn, Garantien, gegeben durch eine hypothekarische Belastung der gesamten deutschen Wirtschaft und Garantien, gegeben durch die Inanspruchnahme deutscher Zölle auf Luxuseinfuhr und der deutschen Verbrauchsabgaben finden sich aber auch als Hauptteil in dem Memorandum der deutschen Reichsregierung vom 7. Juni d.J.[35], jenem Vorschlag, der zu unserem Bedauern bis heute keine Antwort seitens der Alliierten oder seitens einer alliierten Macht gefunden hat. Wir sind uns bewußt, mit diesem Memorandum eine grundsätzliche Entscheidung getroffen zu haben, die deshalb als eine äußerste Kraftanstrengung des deutschen Volkes bezeichnet werden muß, weil sie über die Pfandnahme des Versailler Vertrages hinausgeht und die uns verbliebene Kraftquelle auch der privaten deutschen Wirtschaft unmittelbar in den Dienst der Garantien der deutschen künftigen Leistungen hineinzieht. Über der Kritik, die an den Voraussetzungen des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“ für eine freiwillige Garantieübernahme der deutschen Wirtschaft[36] in der Öffentlichkeit seinerzeit geübt worden ist, ist völlig die einzig dastehende Tatsache verlorengegangen, daß die Wirtschaft sich über den Vertrag von Versailles hinaus dem Volke zur Verfügung gestellt hat, um die Freiheit des deutschen Volkes zu sichern.

---

[31] Wenige Tage zuvor hatte das französische Außenministerium ein Gelbbuch mit diplomatischen Aktenstücken zur Reparationsfrage veröffentlicht: DOCUMENTS RELATIFS AUX NOTES ALLEMANDES.

[32] Auguste Félix Charles de Beaupoil, comte de Saint-Aulaire (1866–1954), französischer Botschafter in London 1920 – Dez. 1924.

[33] Maurice Herbette (1871–1929), französischer Botschafter in Brüssel 1922–1929.

[34] Die beiden Erlasse Poincarés in DOCUMENTS RELATIFS AUX NOTES ALLEMANDES S. 35–37, 38–40.

[35] Das deutsche Memorandum vom 7. Juni 1923, das von den deutschen diplomatischen Vertretern bei den Siegermächten übergeben wurde, u.a. im Weißbuch NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 29–30 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]).

[36] Zu den Voraussetzungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vgl. dessen Schreiben an Reichskanzler Cuno vom 25. Mai 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 508–513). – Zur Ablehnung dieser Bedingungen z.B. durch die Sozialistischen Gewerkschaften vgl. deren Schreiben an Reichskanzler Cuno vom 1. Juni 1923 (ebd., S. 537–539).

Die Bedeutung der deutschen Wirtschaft wird gerade in dem französischen Gelbbuch sehr stark hervorgehoben. Man spricht davon, daß zwar das Deutsche Reich arm, der deutsche Reichtum aber unzerstört sei. Ich glaube, Sie erkennen alle die Überschätzung der deutschen Wirtschaftskraft, die darin liegt, und nichts kennzeichnet dies so stark wie die Tatsache, daß kürzlich – irre ich mich nicht, bei einer Generalversammlung der Deutschen Bank[37] – ein Aktionär darauf hinwies, daß die Dividende, die die größte Bank Deutschlands auszahlt, nicht den Betrag einer Straßenbahnfahrt in Berlin ausmacht. Aber wohlan, wenn in der deutschen Wirtschaft Zukunftsmöglichkeiten, Zukunftsentwicklungen liegen – und ich gebe zu, daß sie in der deutschen Wirtschaft liegen, wenn wir endlich zur Ruhe nach außen und zur Konsolidierung nach innen kommen –, so bedarf es für die Alliierten nur des Eingehens auf die Grundsätze des Memorandums der deutschen Regierung, um mit uns gemeinsam einen Weg zu finden, der diese letzte uns verbliebene Kraftquelle zum Träger der Garantie deutscher Reparationsverpflichtungen macht. Wir haben schon unter der Regierung meines Amtsvorgängers[38] Gesetzentwürfe vorbereitet, die im Anschluß an das Memorandum vom 7. Juni die Grundgedanken dieser Pfandgabe in gesetzliche Formen bringen, in der Überzeugung, daß das Memorandum nicht nur eine Deklaration sein soll, sondern daß es auch zu einer Verständigung führen müßte, für die wir schon die Vorbereitungen getroffen hatten und zu der wir die Zustimmung der Gesetzgebung zu geben bereit sind. Die jetzige Regierung hält an dem Angebot der vorigen Regierung fest.

Für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Bewahrung unserer Souveränität, für die Konsolidierung unserer Verhältnisse sieht sie das Opfer als nicht zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten.

Die Bedeutung eines solchen Opfers sehe ich als ebenso groß an wie einst die Reformversuche, mit denen eine Persönlichkeit wie Freiherr vom Stein[39] dem zusammengebrochenen Preußen neue Ideen zuführte, die weit mehr auf den anfäng-

---

[37] Der „53. Geschäftsbericht des Vorstands der Deutschen Bank für das Jahr 1922, [o.O., 1923]“ S. 24, mit dem zur Generalversammlung der Deutschen Bank am 28. Juli 1923 eingeladen wurde, weist nicht die absolute Summe pro Aktie aus, die als Dividendenzahlung der Generalversammlung vorgeschlagen wurde, sondern lediglich eine Erhöhung auf 300%; gemeint ist damit wohl die dreifache Summe des extrem gefallenen Kurswertes oder des Nominalwertes. – Über den Verlauf der Generalversammlung konnte nichts ermitteln werden.

[38] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. – Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag.

[39] Karl Freiherr vom und zum Stein (1757–1831), preußischer Politiker und Reformer; Finanz- und Wirtschaftsminister 1804–1807, Staatsminister 1807–1808.

lich gesunden Ideen der französischen Revolution sich bewegten, als daß er ein Vertreter des feudalen Junkertums gewesen wäre, wie der französische Ministerpräsident von ihm behauptet[40]. Er hat auch Napoleon[41] nicht als den Sohn der französischen Revolution bekämpft; Napoleon war nicht nur der Sohn der französischen Revolution, er war auch der Bändiger und der Erbe der Revolution, und Stein hat sich gegen den Herrscher Frankreichs aufgelehnt, der, aus der Revolution kommend, trotzdem dem Imperialismus unterlag und durch diesen Imperialismus seinen Untergang gefunden hat. Jeder Imperialismus findet seine Grenze an den imponderabilen Seelenregungen, die auch in der Politik und im Leben der Völker ein Faktor sind, den kein Staatsmann jemals außer Rechnung lassen sollte.

Wenn die französische Regierung aufrichtig von dem Gedanken ausgeht, positive Pfänder für die deutschen Lieferungen nach Ablauf eines Moratoriums zu erhalten, so könnte sie wohl einen Weg der Verständigung mit uns finden. Aber dieser Weg darf nicht über die Differenzierung zwischen Rheinland und Ruhr einerseits und Deutsches Reich anderseits gehen. Die, wenn auch nur vorübergehende Verpfändung des Ruhrgebietes selbst, die Übereignung der rheinischen Bahnen, die Übereignung einzelner Bergwerke und Besitztümer an Rhein und Ruhr, ihre Übertragung noch dazu an alliierte Gesellschaften, an deren Verwaltung auch „die Rheinländer" teilnehmen könnten, wie sie in den Dokumenten 23 und 25 des französischen Gelbbuches[42] in die Debatte geworfen wird, kann von uns nicht als Grundlage der Lösung der Reparationsfrage betrachtet werden. Diese speziell auf das Rheinland und auf das Ruhrgebiet abgestellte Reparationslösung wirft zugleich alle politischen Fragen auf, die sich in der Besetzung des Ruhrgebietes, und die sich in der Rheinlandfrage für die internationalen Beziehungen der Völker ergeben. Demgegenüber möchte ich ebenso klar, wie ich mich hier zu der Politik der positiven Pfänder für die Reichsregierung bekannt habe, auch das eine ausführen: für uns gibt es keine Rheinlandsfrage [!], die international zu lösen ist. Für uns gibt es nur eine Rheinlandsfrage [!] in-

[40] In Replik auf die Reichstagsrede Stresemanns vom 9. August 1923 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11771–11778, insb. S. 11773), in der dieser Frankreichs aktuelle Politik mit derjenigen Napoleons und dem Haß, den der Kaiser in Deutschland hervorgerufen habe, sowie seiner schließlichen Niederlage verglichen hatte, sagte Poincaré in der oben (vgl. Anm. 30) erwähnten Rede in Charleville: „In Wirklichkeit war es der Geist der Revolution, den Preußen stets in uns zu bekämpfen suchte. Von dem Tage an, wo Stein dem nationalen Geist Deutschlands die preußische Militärkraft als Gärstoff gab, konnte Deutschland in Frankreich kein Verständnis mehr finden." (DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 39,2 [1923], S. 61).

[41] Napoleon I. (1769–1821), Kaiser der Franzosen 1804–1814/15.

[42] Gemeint sind die in Anm. 34 nachgewiesenen Erlasse Poincarés vom 10. und 12. Juni 1923.

nerhalb des Deutschen Reiches. Die Verfassung des Deutschen Reiches[43] gibt jedem deutschen Volksstamme, auch den Rheinländern, das Recht, nach ihrem eigenen Willen und Wunsch zu entscheiden, in welcher Form sie innerhalb des Deutschen Reiches ihr Leben zu führen gedenken, und bis zur Stunde liegen uns nur die Erklärungen sämtlicher deutschen Parteien im Rheinland vor, daß sie nicht den Wunsch haben, ihr Treueverhältnis zum Reich und Preußen, das geschichtlich in ihrer inneren Einstellung begründet ist, im geringsten zu ändern[44].

Meine Herren! Ich habe in meinen Ausführungen schon wiederholt zum Ausdruck gebracht, als Abgeordneter und Reichskanzler – und ich bin deswegen manchmal angegriffen worden –, die Frage, welche Lasten wir übernehmen, ist eine Frage der Verhandlungen und der Kompromisse; ist auch eine Frage, in bezug auf die ich mich auf eine Grenze in keiner Weise festlege, zumal diese Grenzen nicht zu übersehen sind. Das ist eine Frage, in der wir in unseren Zugeständnissen weitgehen können und weitgehen werden, wenn es gilt, uns **die Freiheit** zu sichern. Aber mit derselben Entschiedenheit müssen wir auch betonen: die Rheinlandfrage ist keine Frage von Kompromissen, die Rheinlandfrage ist eine Lebens- und Herzensfrage des deutschen Volkes, in der es für jede Partei, in der es für jeden Deutschen nur eine Lösung geben kann: den freien deutschen Rhein in unserem eigenen Deutschland. Das möge man in der Welt hören, das möge man in der Welt auch in dem Sinne betrachten, wie es von jedem Deutschen angesehen wird.

Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten, daß er, daß Frankreich weder politische Ziele verfolge noch annexionistische Gedanken hege – Erklärungen, die er gegenüber anderen Regierungen in feierlichen Dokumenten niedergelegt hat[45] –, begrüßen wir mit Genugtuung. Mit diesen Erklärungen sind aber die französischen Vorschläge zur Pfänderfrage nicht vereinbar, denn die Lösung durch Rheinlandeisenbahnen und Ruhrbergwerke schafft die Voraussetzung für Bestrebungen auf politischem Gebiete, die wir zurückweisen. Erst wenn die politischen Ziele, die diesen Vorschlägen innewohnen, zurücktreten gegenüber wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten, an denen das Reich mit der Gesamtheit seiner Wirtschaft teilnehmen kann,

[43] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 ist u.a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

[44] Die betr. Erklärungen konnten nicht ermittelt werden.

[45] Beispielsweise in den in Anm. 34 nachgewiesenen beiden Erlassen Poincarés nach London und Brüssel vom 10. und 12. Juni 1923.

wird der Weg zu einer praktischen Lösung, von der der französische Ministerpräsident in Charleville sprach, offen sein.

An einer anderen Stelle ist auf Österreich als Beispiel verwiesen worden, das sich aus eigener Kraft vom Währungsverfall gerettet habe[46]. Wir können das Beispiel akzeptieren. Österreich hat starke internationale Goldkredite und weitgehende Erleichterungen in seiner Reparationslast erhalten. Wenn man uns von der Besatzung befreit, uns internationale Goldkredite zur Verfügung stellt, wenn man uns alle die anderen Erleichterungen wie Österreich gewährt, dann wird auch für uns der Tag kommen, an dem wir in der Lage sind, unser Budget in Ordnung zu bringen, und der Tag, an dem die Notenpresse stillgelegt werden kann, wird der erste Freudentag des deutschen Volkes sein. Hier möge man nicht Ungleiches miteinander vergleichen oder aber die Konsequenzen aus diesem Vergleich auch uns gegenüber ziehen.

Da man uns ja alles Böse zutraut, so spricht man auch in den Kundgebungen der Alliierten mindestens von einer Seite davon, daß wir durch Intrigen darauf hinarbeiteten, einen Zwiespalt zwischen den alliierten Mächten hervorzurufen, um daraus Nutzen zu ziehen. Ich würde mich für einen politischen Dilettanten halten, wenn ich meine Politik auf die Erregung des Zwiespaltes unter den Alliierten einstellte, denn die Regierung ist sich darüber klar, daß dieses ganze Reparationsproblem nur in gemeinsamer Verhandlung der Alliierten untereinander und dann später mit Deutschland gelöst werden kann. Wir haben kein Interesse daran, daß die Alliierten in Unfrieden untereinander geraten. Man muß sich aber auch darüber klar sein, daß eine Lösung ohne Deutschland und ohne Deutschlands freiwillige Mitarbeit an der Durchführung der Lösung nicht möglich ist. Ob wir uns lieben oder hassen, wir sind in einer **Schicksalsgemeinschaft** miteinander, und irgendwelche Methoden, die nicht getragen werden von dem Willen des deutschen Volkes, werden keine Erträgnisse haben, weder für Deutschland noch für irgendeine französische Regie[47], welcher Art sie auch sein möge. Wäre es nicht verständiger, wenn man auch einmal in den anderen Ländern sich darüber klar würde, was weitsichtige englische Staats- und Wirt-

[46] Österreich war im Oktober 1922 durch eine Völkerbundanleihe vor dem drohenden Staatsbankrott gerettet worden. Ausführliche Dokumentation dazu in: AUSSENPOLITISCHE DOKUMENTE DER REPUBLIK ÖSTERREICH IV.

[47] Am 2. März 1923 hatten die französische und die belgische Besatzungsmacht unter dem Namen „Régie des chemins de fer des Territoires occupés“ (und in deutscher Abwandlung: Regiebahn) in Reaktion auf den passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung auch der deutschen Eisenbahner das Eisenbahnwesen in ihren eigenen Besatzungszonen übernommen und betrieben (vgl. SCHULTHESS 86 [1923], S. 43). Der hier von Stresemann verwendete Begriff „Regie“ dürfte darauf anspielen, also einen von Frankreich in den besetzten Gebieten übernommene Kontrolle irgendeines deutschen Staats- oder Privatunternehmens meinen.

schaftspolitik längst erkannt hat, daß auch die Kriege und die Veränderungen der letzten Jahre an den wirtschaftlichen Grundbedingungen der Völker nichts ändern können. Die wirtschaftlichen Grenzen gehen nicht konform mit den politischen Grenzen. Wird in dem Wirtschaftsbilde [!] Europas, das die Alliierten und uns gemeinsam umfaßt, ein Glied krank und zum wirtschaftlichen Sterben verurteilt, so wird sich der Brand an dem ganzen Körper weiterfressen. Der französische Ministerpräsident hat davon gesprochen, daß Frankreich ein Recht auf Leben hat[48]. Aber dasselbe Recht auf Leben nehmen wir für uns in Anspruch, und die Mißachtung eines solchen Rechtes auf Leben ist noch immer die größte Gefahr für die Gesamtheit aller Völker gewesen.

Aber es scheint mir Zeit, daß man aus den theoretischen Erwägungen der Lösung dieser Fragen herauskäme, und es scheint mir Zeit, die Lösung dieser Fragen praktisch anzupacken. Vielleicht gibt es irgendwo auch eine politische Genugtuung über den deutschen Wirtschaftsverfall. Ich würde eine solche politische Genugtuung nicht verstehen, denn der Verfall der deutschen Wirtschaft ist auch der Verfall von allen Garantien für die Leistung von Reparationen. Gleichzeitig ist er aber auch der Herd für Bewegungen, die Staat, Kultur und Gesellschaftsordnung unterhöhlen. Soll sich die kulturelle und wirtschaftliche Stellung Europas noch einmal in alter Weise in der Welt geltend machen, oder soll dieses Europa, das aus so vielen Wunden blutet, aufhören, die Stellung einzunehmen, die es früher in der Welt besaß? Das ist eine Frage, die nicht nur für uns in Betracht kommt, sie kommt auch in Betracht, wie die einsichtige Art der englischen Auffassung zeigt, für die Beziehungen aller Völker zueinander. Sie ragt auch, glaube ich, über den Begriff Europa hinaus, nach dem anderen Kontinent, nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Ich hatte vor einigen Monaten Gelegenheit, einen der hervorragendsten Amerikaner[49] zu sprechen. Er sagte mir: „Ob Deutschland wirtschaftlich in Blüte steht oder verfällt, ist für uns keine Lebensfrage. Aber zum mindesten ist es auch für Amerika die Frage von Prosperität oder von Stagnation. Unsere Prosperität und weitere Entwicklung kann nur im Zusammenhang mit einem gesunden, nicht mit einem hinsiechenden Europa erfolgen.“

Aber ganz abgesehen von diesen materiellen oder wirtschaftlichen Erwägungen scheint es mir auch eine Notwendigkeit zu sein, zu betonen, daß ein Staat und ein Volk, das in entscheidender Weise den Krieg und die Bedingungen des endgültigen

[48] Falls sich Stresemann hier auf eine konkrete Rede Poincarés bezieht, konnte diese nicht ermittelt werden.

[49] Sein Name und das betreffende Gespräch wurden nicht ermittelt.

Friedens mitentschieden hat, auch die Verpflichtung hat, an der Herbeiführung des endgültigen Friedens mitzuwirken und sich nicht berechtigt zu halten, davon sich auszuschließen.

Meine Herren! Ein sehr trübes Bild ist es, das ich Ihnen hier entwerfen mußte, und bei diesem trüben Bilde ist es nur ein geringer Trost, daß wir nicht die einzigen sind, die unter diesen Verhältnissen leiden. So wie wir unter dem Niedergang unserer Währung leiden, leiden andere Länder unter dem Hochstand ihrer Währung. So wie wir leiden durch die Abschnürung des Ruhrgebietes von dem übrigen Deutschland, so leiden auch uns eng benachbarte Länder darunter, daß eine der wichtigsten großen Kräfte der europäischen Wirtschaftsproduktion stillgelegt ist.

Höre man doch auch in den Kanzleien der alliierten Staatsmänner einmal auf das dumpfe Rollen, das gegenwärtig durch alle Völker geht. Wir leben nicht in einer Zeit der Konsolidierung der Völkerverhältnisse, wir leben in einer Zeit der allergrößten Entscheidungen auf politischem, sozialem und geistigem Gebiete; Entscheidungen, die noch nicht ausgekämpft sind, die in ihren Ergebnissen davon abhängen, welchen Weg die Völker in der nächsten Zeit gehen werden. Die große Gärung, die vielfach alte Anschauungen zu Boden geworfen hat, die einen ungestümen revolutionären Charakter in sich trägt, hat ihren Nährboden in der Unsicherheit aller Weltverhältnisse, die gegenwärtig noch besteht. Gibt es noch eine Gemeinschaftlichkeit des Völkergedankens wie er gerade als Ergebnis des gegen uns gewonnenen Krieges von denen, die den Krieg gewonnen haben, in den Vordergrund gestellt worden ist, so müßte es doch die erste Aufgabe sein, die Welt vor neuen Erschütterungen zu bewahren, dann müßte es doch wohl die erste Aufgabe sein, ein Neben- und Miteinanderleben der Nationen auf die Dauer zu sichern. Das deutsche Volk – ich sagte es schon in meinen einleitenden Worten – hat ein tiefes Sehnen nach Frieden, Freiheit und Ordnung. Wir tun das Unsere dazu, um hier den Weg zu bahnen, wir schrecken vor den größten Opfern nicht zurück; möge aber der Ruf an die Staatsmänner, die mächtiger sind als wir, auch für die Dauer diese Verhältnisse zu sichern, nicht ungehört verhallen. Das ist eine Frage, die nicht nur unser Leben und Sterben angeht, sie geht auch Europa an: es ist die Entscheidung zwischen Frieden, Wohlfahrt und Gesittung oder Niedergang und Chaos!

Rede anläßlich eines Besuchs in Stuttgart vom 2. September 1923[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 406 vom 3. September 1923. – Teildrucke auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 100–101; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 191–192[2]; VI, 311. Mischung aus Paraphrase und Teildruck in SCHULTHESS 64 (1923), S. 162–164.

Die früheren deutschen Vorschläge zur Lösung der Reparationsfrage können erweitert werden, wenn brauchbare Vorschläge gemacht werden. Eine stärkere wirtschaftliche Verbindung in Europa wäre wünschenswert, die neben der Beendigung des Ruhrkonflikts Voraussetzung für eine Anleihe an Deutschland wäre, mit der es die Reparationslasten tilgen könnte. Deutschland ist auch bereit, dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegenzukommen. Notwendig für die Rettung des Staates, die über alles geht, sind aber auch Opfer aller Gruppen. Grüßt die Auslandsdeutschen.

Den Worten, die Sie an mich gerichtet haben[3], Herr Staatspräsident[4], möchte ich wünschen, daß sie weit hinausdringen in das Land und daß sie die Hoffnungen aller jener zerstören, die da glauben, etwas aufbauen zu können auf dem von ihnen selbst **konstruierten Gegensatz zwischen Süd und Nord,** und daß sie dazu beitragen möchten, diejenigen zur Besinnung zu bringen, die da glauben, daß in dieser Zeit äußersten Ernstes irgendwelche **Verfassungskämpfe,** irgendwelche innenpolitischen Kämpfe etwas anderes wären als ein Verbrechen an der Nation.

Stark ist der außenpolitische Druck, der auf uns lastet. Unser größtes Wirtschaftsgebiet ist unproduktiv geworden. **Rhein und Ruhr** sind abgetrennt von deutscher Souveränität, deutscher Verwaltung und ohne deutsche Arbeit. Jede Außenpolitik des Deutschen Reiches kann nur das Ziel haben, diesen schwerbedrängten deut-

---

[1] Stresemanns Rede wurde noch am gleichen Tag als WTB-Meldung halbamtlich veröffentlicht (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 317, Anm. 2). – Zur Intention der Rede vgl. auch das Protokoll der Kabinettssitzung vom 30. August 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 155–169) und dort insb. eine Bemerkung Stresemanns (S. 159).

[2] In URSACHEN UND FOLGEN V fälschlich als „Rede […] vor Pressevertretern“ überschrieben. – Der Fehler erklärt sich wohl daher, daß Stresemann laut der DEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG, Nr. 406 vom 3. September 1923, vormittags vor Pressevertretern gesprochen hatte.

[3] Ebd. wird erläutert, daß Stresemann bei seinem Besuch in Stuttgart in einer Versammlung von württembergischen Vertretern von Handel und Industrie zunächst vom Staatspräsidenten begrüßt worden sei und sich nachfolgend mit der hier wiedergegebenen Rede an die Versammelten gewandt habe. – Die in der Zeitung gebotenen Zwischenüberschriften werden hier fortgelassen.

[4] Johannes Hieber (1862–1951), württembergischer Staatspräsident 1920 – 5. April 1924; Mitglied des Reichstags 1921 – Mai 1924 (für die DDP).

schen Volksstämmen die Freiheit, **Deutschland die Souveränität und die Verfügung** über dieses Gebiet zu geben. Unfruchtbare Polemik über die Vergangenheit bringt uns nicht weiter. Es gilt einen Weg zu finden, der uns ins Freie führt. Daß wir bereit sind, auch die schwersten materiellen Lasten auf uns zu nehmen, um zu diesem Ziele zu gelangen, ist bekannt.

Die Alliierten verlangen von uns Garantien tatsächlicher deutscher Leistung. Wir sind **bereit,** auf den Boden der **Stellung produktiver Pfänder** zu treten. Reichsbesitz und Privatbesitz sind die Pfänder, die wir dargeboten haben[5]. Liegen in der deutschen Wirtschaft, der einzigen Kraftzelle, die uns geblieben ist, wie man so oft behauptet, noch ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten, so liegt es um so näher, sie zur Grundlage unserer faktischen Reparationsleistungen zu machen.

Der „Temps“ vermißt in der Kritik[6] meiner letzten Rede[7] neue Ideen, und er behauptet, daß mein Vorschlag keine gleichwertige Lösung wäre gegenüber denjenigen Forderungen, die Frankreich aufgestellt hat. **Was will Frankreich?** Seine Pfänderpolitik bezieht sich auf die **Schaffung einer internationalen Bahngesellschaft am Rhein,** auf die **Uebereignung deutscher Bergwerke** an der Ruhr. Wenn Frankreichs Ziele nicht politische Ziele sind, sondern auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete liegen, so stimmt es nicht, daß die Garantie des deutschen Eisenbahnbesitzes und der gesamten deutschen Wirtschaft dem Herausreißen einzelner Teile aus diesem Gesamtkomplex nicht mindestens gleichwertig sei. In der **Antwortnote der belgischen Regierung** an England[8] liegen im übrigen Gedanken, die sich mit meinen Darlegungen vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag insofern **decken,** als auch dort ausgesprochen ist, daß die Ruhrbesetzung nur bis zu dem Augenblick fortgesetzt zu werden brauchte, in dem die produktiven Pfänder Deutschlands in bezug auf ihre Leistungen effektiv werden. Auch die Stellung der **englischen** Oeffent-

---

[5] In dem deutschen Memorandum vom 7. Juni 1923, das von den deutschen diplomatischen Vertretern bei den Siegermächten übergeben wurde; Druck in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 29–30 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]).

[6] Bezieht sich wohl auf einen Leitartikel der Pariser Tageszeitung „Le Temps“ vom 26. August 1923, in der die Rede Stresemanns vom 24. August 1923 kritisch geprüft und moniert wurde, die deutschen Angebote entsprächen nicht den französischen Forderungen.

[7] Gemeint ist die Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag vom 24. August 1923; zum Text vgl. diese Edition.

[8] Gemeint ist die belgische Antwort vom 27. August auf die britische Note vom 11. August 1923. Beide sind in ihrer ursprünglichen Fassung und in deutscher Übersetzung abgedruckt in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 124–140 bzw. 196–211 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]).

lichkeit zu den deutschen Darlegungen läßt ebenso wie die Aeußerungen der **italienischen** Presse durchaus die Möglichkeit, hier in gemeinsamem Wirken ein Ergebnis herbeizuführen, welches das Reparationsproblem der Lösung zuführt. Gewiß sind mit den Grundlagen des deutschen Memorandums[9] und der Interpretation, die ich gegeben habe, die **Lösungsmöglichkeiten nicht erschöpft.** Jede Fortführung der Diskussion und neue Ideen, die brauchbar sind, würden wir dankbar begrüßen. Meiner Auffassung nach wird aber das Reparationsproblem nicht gelöst werden können durch Aufstellung von Leistungen Deutschlands an die Alliierten, bei denen der Gegensatz zwischen Forderung und Leistungsfähigkeit schwer zu leisten sein würde. Dieser Gegensatz wird nur überbrückt werden können durch eine **wirtschaftliche Verbundenheit der Völker,** die in ihren Verhältnissen der Industrien aufeinander angewiesen sind und die dann gemeinsam um so leistungsfähiger sein werden und können, je mehr sie sich auch wirtschaftlich zu erhöhter Leistungsfähigkeit vereinigen. Ein solches Verfahren der Zusammenarbeit wird auch allein die Möglichkeit geben, daß **diejenige große Nation,** die dem zerfleischten Europa teilnahmslos gegenübersteht, die **Teilnahmslosigkeit überwindet.**

Deutschland braucht ein **Moratorium** für seine Leistungen, Deutschland kann seine Reparationsverpflichtungen zunächst nur als **Zinsverpflichtungen** aufnehmen. Will man diese Zinsverpflichtungen kapitalisieren, will man den Ländern, die ihre Kriegsverpflichtungen schneller abdecken wollen, große Summen auf einmal zur Verfügung stellen, so kann das nur auf dem Wege einer **internationalen Anleihe** geschehen, für die die deutschen produktiven Pfänder haften. Deutschland wird im heutigen Wirtschaftsverfall solche Anleihen kaum in nennenswertem Maße erreichen. Erst wenn die Welt sich darüber klar sein wird, daß die Beendigung des Ruhrkonfliktes gleichzeitig der Anfang einer neuen Friedensära ist und daß eine **wirtschaftliche Verbundenheit der Völker** an die Stelle der heutigen Zerfleischung tritt, werden die Alliierten im Verein mit Deutschland die Frage der Anleihe lösen können, die zur Befriedung Europas vielleicht erhältlich, zur Fortführung eines Zerstörungswerkes niemals zur Verfügung stehen wird.

Französische Stimmen sprechen davon, daß die Lösung zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur auf materieller, sondern auch auf politischer Basis erfolgen muß, durch **Gewährung von Sicherheiten,** die Frankreich gegenüber einem wieder kräftig werdenden Deutschland genügen. Auch in der belgischen Antwortnote an

[9] Vom 7. Juni 1923 (vgl. oben Anm. 5).

England spielt diese Frage der Sicherheiten eine Rolle. Daß **Deutschland bereit** ist, auf diesen Boden zu treten, hat es **bei früheren Gelegenheiten** schon zum Ausdruck gebracht.

Wenn es sich darum handelt, daß die am Rhein interessierten Staaten sich vereinigen sollen, um die **Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes** auf eine zu bestimmende Zeit sich gegenseitig zu sichern, so wird Deutschland jederzeit bereit sein, einem solchen Bündnis beizutreten, um der Gefahr entgegenzuwirken, die erneute Zusammenstöße, insbesondere ein erneutes Verbluten der Volkskraft bringt[10]. Ein **wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland** wird für die Durchführung einer solchen Friedensidee die denkbar größte Friedenssicherheit bieten. Eine Zerstückelung Deutschlands, der Versuch der Abtrennung deutscher Gebiete oder der Versuch einer wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Beherrschung seiner Grenzbezirke würde dem Geiste eines solchen Abschlusses dauernd entgegenwirken.

Frankreich versichert, daß es von Deutschland **keine Annexionen** will, daß es ihm fernstehe, Deutschland zu zerstören, daß es nichts anderes suche als die **Garantie für Leistungen aus dem Friedensvertrage,** für die nach dem Wortlaut des Friedensvertrages[11] selbst die abgeschätzte Leistungsfähigkeit Deutschlands die Basis bildet[12]. Ist dies die Auffassung der französischen Staatsmänner und des ganzen französischen Volkes, dann haben sie die Möglichkeit, diese Auffassung in die Wirklichkeit umzusetzen.

Man will die Eröffnung offizieller Verhandlungen abhängig machen von der Wiederherstellung der Arbeit im Ruhrgebiet. Jeder ehrliche Mensch im Ruhrgebiet und am Rhein sehnt sich nach der Stunde, in der diese blühenden deutschen Lande der eigenen regen wirtschaftlichen Tätigkeit wiedergegeben werden. Diese Stunde wird gekommen sein, wenn wir die Sicherheit haben, daß auf der Grundlage dieser **deutschen produktiven Pfandleistung** die Lösung des Konfliktes möglich ist, die der

---

[10] Die hier von Stresemann gebrauchte Formel über die „am Rhein interessierten Staaten“ und die „Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes“ greift, wenn auch in stark abgewandelter Form, den Vorschlag auf, den Reichskanzler Cuno am 13. Dezember 1922 nach Washington übermittelt hatte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 559–560). – Zur hier verwendeten Formel, die offenbar auf Stresemanns Anforderung hin von Friedrich Wilhelm Gaus, dem Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, entworfen worden war, vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 169.

[11] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[12] Die Bestimmungen über Deutschlands Reparationsverpflichtungen finden sich in Art. 232–263 des Versailler Vertrags und den zugehörigen Anlagen (ebd., S. 210–271).

Sinn unseres passiven Widerstandes war. Denn dieser war niemals Uebermut oder Selbstzweck, sondern er sollte nur dazu dienen, uns den Zustand der Freiheit des Ruhrgebiets wieder zu verbürgen. Wir sind **bereit zu schweren materiellen Opfern,** aber wir sind **nicht bereit, die Freiheit deutschen Bodens irgend jemand gegenüber preiszugeben!** (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte gar kein Hehl daraus machen, daß wir in einem Zustand **heftiger finanzieller Bedrängnis,** in einem Zustand **höchster wirtschaftlicher Not** sind. Die Ausgaben durch Reichseinnahmen sind nur zu einem sehr geringen Prozentsatz gedeckt gewesen. Da ist es selbstverständlich, daß zuletzt eine **ungeheure Inflation** und infolge der Noteninflation eine Verschlechterung der Währung[13] kommen mußte. Wir sind heute **abgedrängt von Rhein und Ruhr,** in einen **wirtschaftlichen Verfall** gekommen, der dazu geführt hat, daß unsere Ausfuhr in wenigen Monaten von 600 Millionen Goldmark auf 105 Millionen Goldmark zurückgegangen ist. Wenn Sie sich vorstellen, daß wir vor dem Kriege eine Ausfuhr von 10 Milliarden Goldmark gehabt haben, so sehen Sie, was uns von der einstigen Stärke des Friedens geblieben ist.

Ein **Deutschland ohne Ruhr und Rhein** ist eben **nicht lebensfähig,** ein Deutschland ohne die Verfügung über Ruhr und Rhein ist außerstande, irgendwelche Reparationsleistungen zu vollbringen. (Sehr gut!) Ist die Grundlage zerstört, auf der die ganze Wirtschaft eines Volkes aufgebaut ist, aus der der Staat und die Staatsbedürfnisse gedeckt werden, dann besteht für den Staat keine Möglichkeit andere Staatsbedürfnisse in Form von Kriegsentschädigungen zu befriedigen.

Was brauchen wir demgegenüber? Welche Aufgaben stehen vor uns? Wenn ich von einem Kriegszustand sprach – und unzweifelhaft ist der Zustand an Rhein und Ruhr kein Friedenszustand – dann, glaube ich, brauchen wir auch eine Wehrpflicht: eine **Wehrpflicht des Besitzes,** oder auch eine **Wehrpflicht der Arbeit.** Wir brauchen auch eine **Wehrpflicht des Beamtentums** gegenüber dem Reiche und gegenüber dem Staat.

Es ist das eigene Interesse des **Besitzes,** daß er nicht darüber murrt, wenn von ihm Opfer verlangt werden, die in normalen Zeiten nicht verlangt werden, aber **in anormalen Zeiten eine Notwendigkeit** sind. Wir werden zu starken Eingriffen kommen. Wir müssen das, was an wirtschaftlicher Kraft in Deutschland ist, soweit für den

[13] Eine tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Inflation und ausgewählter Preise in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

Staat in Anspruch nehmen, daß seine außenpolitischen und innenpolitischen Bedürfnisse dadurch gedeckt werden.

Wenn ich an den Verhältnissen des Ruhrgebietes eines am meisten bedauere, dann ist es die **erzwungene Arbeitslosigkeit.** Wir brauchen, soweit wir in der Lage sind, normale Verhältnisse wiederherzustellen **Liebe zur Arbeit.** Wir brauchen da, wo lebenswichtige Notwendigkeiten des Staates vorliegen, auch die **Ueberarbeit für das allgemeine Wohl.**

Drittens aber ist notwendig die Hingabe des **Beamtentums** an den Staat. Ich höre aus allen Ecken und Enden des Deutschen Reiches Anklagen gegen den Staat, daß er in **wohlerworbene Rechte der Beamten** eingreift[14]. Da, wo es technisch und materiell nicht möglich ist, wohlerworbene Rechte aufrechtzuerhalten, weil sonst das Gefüge der Währung in Unordnung kommt, kommt **in erster Linie der Staat** und ihm haben sich die anderen Notwendigkeiten unterzuordnen.

Was wir zu geben haben als Staat, das ist die **Sicherheit für den Bürger, für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung,** der Verhältnisse im Innern**,** der Wirtschaft des Lebens. Wenn schwere und stürmische Zeiten kommen, mögen Sie sich an mein Wort erinnern: **Wir lassen mit der Staatsautorität nicht Schindluder treiben!** Wir werden die Staatsautorität durchsetzen gegenüber jedem, der da glaubt, sich über sie hinwegsetzen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Ich weiß wohl, wie **hart die Steuern** treffen, die der letzte Reichstag doch beinahe einstimmig bewilligt hat[15]. Wenn wir auch Rücksicht nehmen auf die Ausführung im einzelnen, so ist doch an der Idee als solcher, **daß die Steuern durchgeführt werden müssen, nicht im geringsten zu rütteln.** Und ich möchte diejenigen, die ihre Einstellung zu diesen Steuern in der letzten Zeit geändert haben, doch daran erinnern: man bewilligt die Steuern **nicht einem Kabinett,** man bewilligt sie **dem Staat,** man bewilligt sie dem Reich, damit das Reich bestehen bleibt, und man kann die Zustimmung zu dem, was man beantragt und durchgeführt hat, nicht in Opposition verwandeln, wenn das äußere Antlitz des Staates sich geändert hat. Der Staat als solcher muß erhalten und weitergeführt werden! (Sehr lebhafter Beifall.) – Es geht nicht,

---

[14] Am 23. August 1923 war vom Reichsfinanzminister der Staatskanzlei ein Gesetzesentwurf für den Beamtenabbau zugeleitet worden, der in der Folgezeit vom Kabinett diskutiert wurde; vgl. ebd., Stresemann I, S. 230, Anm. 39.

[15] Gemeint sind die umfangreichen Steuervorlagen, die im Reichstag unter der letzten Regierung (und nicht vom „letzte[n] Reichstag“) verabschiedet wurden, nämlich am 10. August 1923 (zu den Beratungen und zur Abstimmung vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11798–11834; dazu die halbamtliche Veröffentlichung der wesentlichen Gesetzesinhalte in SCHULTHESS 64 [1923], S. 150–151).

daß irgendwo dazu aufgerufen wird, die Steuern nicht zu bezahlen und daß Aufrufe erlassen werden an solche, die an sich gar nicht ausgesprochen haben, daß sie sich der Steuern entziehen wollen. Wer in dieser Zeit eine Sabotierung der Steuern organisiert oder gar dazu aufruft[16], der gehört nach meine Meinung hinter Schloß und Riegel! (Sehr lebhafter Beifall.)

Sie können aber mit vollem Recht verlangen, daß die **Steuern vereinfacht und übersichtlich** gemacht werden. Durch eine stärkere Selbständigkeit der Steuergesetzgebung der Länder und Gemeinden werden, glaube ich, auch die **Beziehungen zwischen den Ländern und dem Reich,** die manchmal vielleicht besserungsbedürftig sind, sich besser gestalten können.

Was uns auf dem Gebiete der Finanzen vor allem als Aufgabe vorschwebt, das ist die **Bekämpfung des Verfalls der deutschen Währung.** Wir müssen mindestens alle Einrichtungen treffen, um den psychologischen und moralischen Folgen des Währungsverfalls entgegenzutreten. Wir haben die Absicht, und das ist unsere nächste Aufgabe, deutlich gesagt, die übernächste – ein **wertbeständiges Geld** in Deutschland zu schaffen. Wir wollen die **Goldmark** schaffen[17] in der Hoffnung, daß man dann den Goldpfennig auch wieder ehren lernt in Deutschland. Die **Devisen** gehören dann dem Reiche, das der Wirtschaft das Notwendige zur Verfügung stellt.

Noch einige andere Fragen der Gegenwart lassen Sie mich auch hier kurz berühren. Wir stehen **vor einer großen Arbeitslosigkeit** in Deutschland. Sie wird uns neue finanzielle Lasten bringen, neue finanzielle Lasten in der Erwerbslosenfürsorge. Es darf meiner Meinung nach nur eine **produktive Erwerbslosenfürsorge** geben. (Bravo!). Wir geben dem Einzelnen das Recht auf Unterstützung des Staates, er muß uns aber auch das Recht geben, ihm **die Arbeit** zuzuweisen, **deren wir bedürfen.** (Bravo!) Nur auf diesem Wege lassen sich in den schweren Zeiten, in denen wir stehen, diese Dinge meistern[18]. Der Ruf zur **Produktionssteigerung** dort, wo es möglich ist, kann aktueller werden in dem Augenblick, wo wir durch Unterstützung des Exports, den wir zu Heranziehung von Devisen brauchen, und wo wir zur Her-

---

[16] Die Landesverbandsvorsitzenden der DNVP hatten in einem Forderungskatalog vom 29. August 1923 u.a. „die Undurchführbarkeit und die Untragbarkeit der übereilt beschlossenen Steuern“ moniert und „eine sofortige Nachprüfung der Steuergesetze, […] umfassende Stundung“ u.ä. gefordert (URSACHEN UND FOLGEN V, S. 184–185; die Zitate S. 185).

[17] Zu den letzten Beratungen des Kabinetts über finanz- und währungspolitische Angelegenheiten vor der hier wiedergegebenen Rede vgl. die Protokolle der Kabinettssitzungen vom 30. August und 1. September 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 155–168 u. 173–175.

[18] Zu den im August 1923 rasant gestiegenen Belastungen durch die Erwerbslosenfürsorge vgl. etwa – in bezug auf die preußischen Teile des besetzten Gebiets – das Schreiben des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt an den Reichsarbeitsminister vom 4. September 1923 (ebd., S. 189–193).

beischaffung von Kohle für den Winter auch an diese Mehrarbeit appellieren können. Wäre es nicht etwa sozial ausgleichend, **eine Ueberstunde im Bergbau** zu leisten und gleichzeitig das Erträgnis daraus denjenigen, die Bezieher sind, **als Kohlen für den Winter** zu geben, damit wir einmal in dieser Beziehung dem Volke etwas geben und uns nicht irgendwo Geld zu leihen brauchen, um aus dem Auslande Kohlen einzuführen, die bei einigem guten Willen in Deutschland selbst mehr gefördert werden können als sie gegenwärtig gefördert werden. (Beifall.)

Schützen Sie auch unser Volk vor den **Parasiten,** die jetzt alles ausrauben, was dem Einzelnen noch geblieben ist!

Lassen Sie mich auch ein Wort von Staatspolitik und von Parteipolitik sprechen. Auch hier muß der **Staat** verlangen, daß ihm das <Prio[ra]t> gebührt. Gibt es denn auf Erden eine größere Idee als Volk und Staat? Der Menschheit wird nur dienen, wer zunächst seinen eigenen Staat und sein eigenes Volk zur Höhe führt. Es darf **nur ein einziges Programm** geben, **das Programm zur Rettung des deutschen Staates,** und ich glaube, daß darin die meisten Parteien mit uns einig sind.

Was ist deutsch? Was ist national? **Deutsch sein,** so sagt uns ein großer Deutscher[19], heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun, das bedeutet gerade nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten aus zu den Dingen Stellung zu nehmen. **Und was ist national?** Was ist national gerade in diesem Augenblick? Ich meine national sein heißt gerade in dieser Gegenwart Hand anlegen, um den Karren aus dem Dreck herauszuziehen, **und jedem die Hand zu reichen als Bruder,** der bereit ist mit seiner Hilfe den Rädern in die Speichen zu fallen und ihn wieder herauszuziehen, und nicht zu fragen, welche Farben sein Rock trägt. (Lebhafter Beifall.)

Zur Partei uns zu bilden, das ist leicht, zur Nation uns zu bilden, muß erst gelungen sein und wird nur gelingen, wenn man lernt, **die Partei ganz klein und den Begriff Vaterland ganz groß** anzusehen. (Lebhafter Beifall.)

Wir müssen **das Volk der Arbeit** sein oder wir müssen untergehen! Ich rufe Sie auf zum **Kampfe gegen den Pessimismus** aller derjenigen, die da sagen: es gelingt ja doch nicht mehr! Wir werden sterben nur, wenn wir nicht die Kraft haben, leben zu wollen! Wir werden leben und nicht sterben, wenn wir die Opfer nicht scheuen, die notwendig sind, um den Staat am Leben zu erhalten. (Lebhafter Beifall.)

---

[19] Richard Wagner (1813–1883), deutscher Komponist und Dramatiker. – Auf ihn wird das nachfolgende Zitat zurückgeführt; in seiner Schrift Deutsche Kunst und Deutsche Politik. Leipzig 1868, S. 82, formuliert Wagner – in Abgrenzung zum „Nützlichkeitswesen“, das er als „undeutsch“ charakterisiert –, „was Deutsch sei, nämlich: Die Sache, die man treibt, um ihrer selbst und der Freude an ihr willen treiben“.

Und nun ein Letztes. Wir stehen, so sagte neulich ein Blatt der schärfsten Opposition[20], **vor Entscheidungen von ungeheurem Ernst.** Die Blicke aller Deutschen auf dem ganzen Erdenrund richten sich jetzt auf uns. Hier, am Sitze des Auslandsinstituts[21], möchte ich auch einen **Gruß** richten **an die Auslandsdeutschen** in der Welt draußen. Sie waren und sie sind die Pioniere des deutschen Geistes und der deutschen Wirtschaft. Sie waren auch die Träger unvergeßlicher Taten in unseren deutschen Kolonien in der Vergangenheit. Im Unglück erst zeigt sich, daß ein Volk wirklich Nation ist. Hurra zu rufen in Zeiten des Glücks, in dem Gedanken an den Glanz, der von eine Lande ausgeht, das ist leicht. **Treue zu halten,** wenn Opfer gefordert werden, das ist schwer, aber **da beginnt erst das Nationale.** – Lassen Sie mich enden mit einem Wort, das aus dem Auslande gekommen ist, mit einem Spruch, den die Auslandsdeutschen ihrer armen Heimat der Gegenwart sandten[22]:

Deutschland, Deutschland über alles, und im Unglück nun erst recht,
Erst im Unglück läßt's sich sagen, ob die Liebe frei und echt.
Und so soll es weiter klingen von Geschlechte zu Geschlecht:
Deutschland, Deutschland über alles und im Unglück nun erst recht!

(Tosender Beifall und Händeklatschen.)

[20] Die betreffende Zeitung und der betreffende Artikel waren nicht zu ermitteln.

[21] Das 1917 gegründete und in Stuttgart ansässige Deutsche Ausland-Institut hatte die Aufgabe der Dokumentation und Betreuung der deutschen Volksgruppen im Ausland; vgl. dazu ausführlich Ernst Ritter, Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917–1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen. Wiesbaden 1976 (Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 14); zu Gründung und satzungsgemäßen Aufgaben S. 33.

[22] Mit leichter Abwandlung handelt es sich dabei um die nach dem Ersten Weltkrieg von dem Schriftsteller und Redakteur Albert Matthäi (1855–1924) geschriebene „4. Strophe" des Deutschlandlieds, die vermutlich zuerst in der auslandsdeutschen Zeitung „Deutsche Post" in Brasilien veröffentlicht wurde (vgl. Georg Büchmann: Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Fortges. v. Walter Robert-tornow [u.a.]. 35. Aufl. Frankfurt a.M. [u.a.] 1981, S. 161).

Rede vor dem Verein der ausländischen Presse in Berlin vom 6. September 1923[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 424 vom 7. September 1923[2]. – Eine andere Passage der Rede in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 419 vom 7. September 1923[3]. – Teilveröffentlichung in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 107–108.

---

[1] Nach der Berichterstattung des BERLINER TAGEBLATTS (s. unten Anm. 3) fand die Rede anläßlich eines Abendessens im Hotel Adlon statt, das der Verein der ausländischen Presse zu Ehren Stresemanns gab.

[2] Der Artikel in der VOSSISCHEN ZEITUNG ist überschrieben „Der Kanzler an die Auslandspresse. Das geistige Bindeglied der Nationen“ und eingeleitet mit der Passage: „Reichskanzler Dr. Stresemann führte gestern in seiner Rede vor dem Verein der ausländischen Presse, anknüpfend an die Erdbebenkatastrophe, die Japan betroffen hat [vgl. die nachfolgende Anm.], noch aus“.

[3] Laut BERLINER TAGEBLATT, Nr. 419 vom 7. September 1923, das sich auf eine WTB-Meldung stützt, sagte Stresemann (wohl in der Redenpassage vor dem hier wiedergebenen Text): „Seltsam verengt haben sich die Beziehungen der Völker, seitdem große Kriege die Nationen erschüttert haben. Die Zahl der Menschen, die durch Reisen von einem Lande in das andere die Beziehungen der Nationen zueinander verkörpern, sind kleiner geworden, fast scheint es, als wenn der Gedanke der Universalität der Menschheit durch den Gedanken eines eng begrenzten Nationalismus der Gegenwart ersetzt werden soll. In einer solchen Zeit ist es mir besonders angenehm, in einem Kreise von Persönlichkeiten zu sprechen, die diese Universalität der Völker verkörpern und die hier in der Hauptstadt eines großen Landes gleichzeitig den Zusammenstrom der Meinungen der Völker in sich versinnbildlichen, und den Blick weit hinauslenken über die Geschicke des eigenen Volkes zu Ereignissen, die alle Menschen bewegen. Darf ich hier eingehen auf das, was diesem Tage ein besonderes Gepräge gibt, so gestatten Sie mir auch hier an dieser Tafel dessen zu gedenken, was unsere holländischen Freunde an diesem Tage bewegt, daß sie des fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläums ihrer Königin [Wilhelmina] gedenken. In den Zeiten des Weltkrieges, als die Völker sich feindlich gegenüberstanden, war Holland eine Insel innerhalb des aufgeregten Meeres.

Damals, als Feinde sich gegenüberstanden, fanden diejenigen, die Gegner im Kampfe waren, gleichgültig, auf welcher Seite, eine Aufnahme, die unter dem Protektorat und der Schutzherrschaft der hohen Dame stand, die heute auf ein Menschenalter, geliebt von ihrem Volke und auch geachtet und hoch geehrt bei allen anderen Völkern, zurückblickt auf ein Menschenalter der Liebe und der Wohltat und des nationalen Wirkens für ihr eigenes Volk. Daß auch unser deutsches Volk diesen Tag mitfeiert, das ist ein Gedenken der Freude und ein Gedenken des Mitempfindens und Mitfühlens.

Sollte dieser Gedanke nicht auch unseren Blick auf andere Länder lenken lassen? Wir sind Miterlebende eines Ereignisses, das, ich glaube – so oft das Wort auch mißbraucht worden ist – die Welt noch nicht gesehen hat, des furchtbaren Unglücks [eines Erdbebens], das über Japan gekommen ist. Ich finde keine Worte, um auszudrücken, wie furchtbar das Geschick ist, das hier ein Volk betroffen hat. Aus alter Zeit der Menschheit klingt ein Wort zu uns herüber, aus dem alten Griechenland, das den Menschen preist als die Krönung der Schöpfung: Vieles Gewaltige lebt, doch nichts, was gewaltiger ist als der Mensch. Wie klein kommt uns dieser Mensch vor, gemessen an dem Geschick, das über Japan hereinbricht. Was sind Menschen, was ist Volk, was ist Staat, was ist ein Teil der Erde und der Menschheit, wenn ein Erdstoß alles zusammenbrechen läßt, was hier Jahrzehnte, was hier Jahrhunderte geschaffen haben. Was sind die Hoffnungen, was sind die Entwürfe des Menschengeschlechtes angesichts dieser Ereignisse! Es gibt ein Höheres, ein für uns Unerforschliches, das da eingreift in die Dinge, und der sich so stolz dünkende Mensch, der da glaubt, der Gewaltigste zu sein auf dieser Erde, sieht mit einem Male seine Kleinheit angesichts dieser Dinge. Vielleicht regt es den einen oder den anderen an, sich zu fragen und sich zu erinnern, ob wir nicht angesichts dessen, war hier an Menschenwerk zerstört ist, wenigstens erhalten sollten alles Menschenwerk da, wo das Schicksal noch in unsere Hand gegeben ist.“ – In SCHULTHESS 64 (1923), S. 398–399 findet sich unterm 1. September ein kurzer Bericht über das Erdbeben „in Tokio und Umgebung“, dem „mehrere hunderttausend Menschen“ zum Opfer gefallen sein sollen.

Derzeit herrscht ein Zeitalter der Revolution, und Deutschland wartet – wie nach den Napoleonischen Kriegen – auf den Frieden. Die internationale Presse soll darlegen, wie Deutschland behandelt wird, das doch zu Nachgiebigkeit bereit ist, aber nicht deutschen Boden aufgeben kann.

In einem sind wir Herren unseres Schicksals: das ist das Verhältnis der Völker zueinander; dieses Verhältnis der Völker, das auch durch das Erdbeben eines großen Weltkrieges erschüttert worden ist, das aber heute uns noch seine Stöße fühlen läßt. Wenn wir ihrer nicht in der Lage sind Herr zu werden, der Nachwirkungen, die aus diesen großen Zerstörungen der Menschheit zurückgeblieben sind, – ich meine, diejenigen würden sich vollkommen irren, die da glauben, daß wir in Zeiten ruhiger normaler Entwicklung der Völker leben. Mich dünkt, als wenn die Zeit, in der wir leben, nur einer Zeit in der Weltgeschichte vergleichbar ist, nämlich der Zeit von der französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß, die mit der Revolution begann und über den Weltkrieg zum Frieden führte. Diesmal war die Evolution anders. Mit dem Balkankrieg[4] begann die große militärische Explosion eines Zeitalters, sie führte zur Revolution, und vor uns steht das **Fragezeichen: Wann kommt nach Krieg und Revolution der Friede?** Soll es abermals 25 Jahre dauern, ehe die Welt sich wieder zusammenfindet zur friedlichen Entwicklung des Menschengeschlechtes, oder sollen wir alle lediglich Objekte der großen Erschütterung bleiben, die über Europa hinaus unser soziales, unser politisches und unser geistiges Leben leitet?

Täuschen wir uns nicht darüber! Das Zeitalter, in dem wir leben, ist **ein Zeitalter der Revolution,** ein Zeitalter der sozialen Revolution. Nie wurde so in der Menschheit gerungen um die Gedanken der Staatsform und der Staatsführung, nie haben die Klassen so miteinander gerungen. Wir sahen alte Klassen verschwinden, die so hoch standen wie auf einem Chimborasso[5], und die jetzt daniedergesunken sind. Wir sehen den Kampf, in dem **eine Klasse versucht, allein zu regieren,** entgegen dem Gedanken, daß die Kultur der Völker sich nur aufbauen kann auf dem **Zusammen-**

---

[4] Ob Stresemann hier den Ersten Balkankrieg meint, den Griechenland, Serbien, Bulgarien und Montenegro 1912/13 gegen das Osmanische Reich führten, oder den Beginn des Ersten Weltkriegs, der mit der Kriegserklärung Österreichs an Serbien, also ebenfalls mit einem „Balkankrieg“, vom 28. Juli 1914 begann, ist nicht eindeutig zu entscheiden.

[5] Der Chimborazo ist mit ca. 6300 m Höhe einer der höchsten Berge Südamerikas. Er galt bis zur genaueren Vermessung des Himalaya als höchster Berg der Welt und wurde schon von Alexander von Humboldt beschrieben, was Stresemann möglicherweise zur Verwendung dieser Metapher geführt hat.

wirken aller Klassen. Wir sehen den Kampf zwischen Demokratie und Aristokratie. Wir sehen den Kampf zwischen dem Bolschewismus hier und hören den Ruf nach der Diktatur auf der anderen Seite. Nie war ein Zeitalter so gärend, sich so sehnend nach dem Neuen, wie dieses Zeitalter, in dem wir leben. Wo sind die Staatsgrenzen fest geblieben, wie sie einst waren, wo ist der Friede, der eine lange Entwicklung der Völker gewährleistet, auf den jedermann fest bauen könnte, so daß er sagen könnte: ich weiß, ich werde die nächsten zehn Jahre in Frieden leben? Dieses Zeitalter gleicht jenem, das Goethe[6] in dem letzten Gesange von „Hermann und Dorothea“[7] besungen hat, wo der Besitz sich trennte vom alten Besitzer, wo er davon spricht, daß die Grundgesetze sich lösen der festesten Staaten, und die Frage aufwirft, ob auch der Deutsche dieser fürchterlichen Bewegung folgen werde.

Für das deutsche Volk lassen Sie mich sprechen, für das deutsche Volk, dessen politischer Führer zu sein ich in dieser Zeit berufen bin. Ich habe zu Ihnen schon einmal sprechen können an dem Tage, an dem ich das Kanzleramt übernahm[8]. Da habe ich denen von Ihnen, die vielleicht nur das neue Deutschland kennen, und nicht auch das alte, vor Augen geführt die Mahnung uns zu sehen, wie wir waren und wie wir sein können und uns nicht nur zu sehen so, wie wir jetzt sind, unter all den Schwierigkeiten, die wir acht Jahre hindurch haben ertragen müssen. Dieses deutsche Volk der Gegenwart hat unendlich viel in sich aufgenommen an Schmerzen und Leiden so wie kaum je ein anderes Volk auf Erden. Und es denkt an seine große Vergangenheit, und es hat ein Recht dazu, denn schämen würde ich mich als Deutscher, wenn ich nicht **stolz wäre auf die Vergangenheit meines Volkes.** Wer mir zumutet, die große Vergangenheit meines Volkes zu schmähen und ihr die Größe nicht zuzugestehen, den würde ich ansehen als jemand, der mir zumutet, meine Eltern zu verleugnen und mich nicht dessen zu freuen, was in meinem Blut, in meiner Familie, in meinem Namen an Großem ist. Wenden Sie sich nicht an diejenigen, die Deutsche sind und die keine Ehre als Deutsche im Leibe haben. Sie können als Vertreter anderer Nationen nur dann Deutsche richtig verstehen, wenn diese das Natio-

---

[6] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter.

[7] „Hermann und Dorothea“ ist ein Epos Goethes, das 1797 erstmals veröffentlicht wurde und die Flucht linksrheinischer Deutscher auf die rechte Rheinseite vor den Truppen der französischen Revolutionsarmee thematisiert. Die folgende Paraphrase ist aus dem 9. und letzten Gesang „Urania“ (Text von „Hermann und Dorothea“ in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 2. 9. Aufl. München 1972, S. 502–514; der paraphrasierte Text: S. 512).

[8] Stresemann bezieht sich vermutlich auf eine Erklärung vor der Presse vom 13. August 1923, die er unmittelbar nach der Beauftragung zur Regierungsbildung durch Reichspräsident Ebert, aber vor der Ernennung zum Reichskanzler abgegeben hatte (Text in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 380 vom 13. August 1923).

nalgefühl verkörpern, als Vertreter eines heute schwachen, eines ohnmächtigen, eines machtlosen Deutschlands. Gewiß, wohl gibt es da viele Deutsche, die tief niedergedrückt sind, die da denken an die Worte, die heute vielleicht klingen, als wären sie für Deutschland gesprochen, in denen es heißt, daß die Götter ihr segnendes Auge von ganzen Geschlechtern wenden, weil sie im Enkel die forterbenden Züge des Ahnherrn zu sehen vermeinen[9]. In diesen forterbenden Zügen des Ahnherrn liegt deutsche Kultur, liegt deutscher Geist, liegt deutsches Staatsleben, liegt deutsche Hingabe an die Autorität in ihrer Eigenart, die für die Menschheit unbedingt ebenso notwendig ist, wie die Eigenart anderer Völker. Heute, wo es uns manchmal vorkommt, als drängten auch bei uns **große revolutionäre Bewegungen** an die Oberfläche, die uns auch zu Entwicklungen hinführen, die nicht nur für Deutschland verderblich wären, sondern die ihre Verderblichkeit **auch über unsere Grenzen hinausführen** würden –, heute handelt es sich für das deutsche Volk darum, ob es endlich zu wirklichem Frieden kommen kann, oder ob **für das deutsche Volk der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln** sein soll. Ich glaube, was wir über die Aufgaben des deutschen Volkes in dieser Gegenwart denken, habe ich klar und deutlich in der Erklärung des Kabinetts im Reichstag[10], in der Rede vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag[11] und in der Rede in Stuttgart[12] zum Ausdruck gebracht. Es hier zu wiederholen, dessen bedarf es nicht, da Sie selbst mit so freundlicher Anteilnahme dieser Reden gedacht und ihnen ein weitgehendes Echo gegeben haben. Schließlich löst sich alle Politik in wenige große Grundgedanken und Grundsätze auf.

Nachgiebigkeit bei großem Willen!

Wenn ich noch einmal in diesem Augenblicke auf Goethe hinweisen darf, so denke ich da an ein Wort, das er einst in einem großen Kriege geschrieben hat, an das kleine Werk „Des Epimenides Erwachen“[13]. Dort heißt es: „Nachgiebigkeit bei großem Willen.“ – **Nachgiebigkeit bei großem Willen!** – Das möchte ich hinstellen als das **Sinnbild der Politik, die ich zu führen habe.** Nachgiebigkeit in allen **materiel-**

[9] Stresemann paraphrasiert hier aus Goethes „Iphigenie auf Tauris“ aus dem Jahr 1779, wo im 4. Aufzug das „Lied der Parzen“ an die gnadenlose Rache der Götter erinnert (Text in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 5. 9. Aufl. München 1981, S. 54–55).

[10] Gemeint ist Stresemanns Regierungserklärung vom 14. August 1923 (vgl. diese Edition).

[11] Die betreffende Rede hielt Stresemann am 24. August 1923 (vgl. diese Edition).

[12] Vom 2. September 1923 (vgl. diese Edition).

[13] Die anläßlich des Sieges in den Befreiungskriegen geschriebene Festdichtung „Des Epimenides Erwachen“ wurde 1815 uraufgeführt. Das betreffende Zitat findet sich im 10. Auftritt des 2. Aufzugs (Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 5. 9. Aufl. München 1981, S. 397).

len Dingen. Nicht dadurch ist ein Volk groß, daß es reich und begütert ist, daß es hungert, und im Elend ist, groß ist ein Volk durch die sittlichen Kräfte, die es aufbringt. Nachgiebigkeit in materiellen Dingen, aber Unnachgiebigkeit in der Verteidigung des deutschen Bodens, die nicht einen Stein von deutschem Boden lassen wird – diese Nachgiebigkeit auf der einen und die Unnachgiebigkeit auf der anderen Seite, das ist die Politik, die ich will, zu der ich mich bekenne. Wenn Deutschland die Grenzen behält, auf die wir ein Recht haben, die Souveränität, die uns verbürgt ist, dann wird es auch bereit sein, dasjenige zu leisten, was man billigerweise von uns verlangen kann. Wenn die Welt sich den Frieden wiedergeben will, wenn sie sich darüber klar ist, daß es schließlich in diesem großen Zeitalter nicht nur geht um die Beziehungen von einem Volk zum anderen, sondern schließlich um eine Idee, die mehr ist als die Phrase, um eine Idee europäischer Kultur, um eine Idee der Menschheitsentwicklung, dann werden die Staatsmänner, die ihre Zeit begreifen und wissen, um was es sich handelt, auch schließlich, diesen großen Gedanken sich zuneigend, sich verpflichtet fühlen, ihrerseits die Hand dazu zu bieten, den endgültigen Frieden zu schließen, zu dem wir bereit sind, den herbeizuführen ich als die erste Aufgabe des Kabinetts betrachte, das meinen Namen trägt.

In diesem Bestreben und in diesem Kampfe, einen Frieden herbeizuführen, der über die Beziehungen, die zwischen uns und anderen Ländern, die einst nicht von Haß und nicht von Neid erfüllt waren, hinaus europäische und Menschheits-Ideen in sich faßt, erbitte ich Ihre Unterstützung. Ich darf mich dieser Unterstützung rühmen nach der freundlichen Aufmerksamkeit, die Sie den Kundgebungen zugewandt haben, die ich als Kanzler des Deutschen Reiches in meinen Reden zum Ausdruck bringen konnte. Ich darf Sie bitten, dieses freundliche Interesse dem Deutschen Volke, der Deutschen Regierung und mir zu erhalten. Ich bitte Sie nicht um einen Verzicht auf Kritik, ich bitte Sie nur um Objektivität, um ein objektives Erkennen dessen, was hier in diesem Mitteleuropa, in diesem Deutschland vor sich geht, ohne das und gegen dessen Willen schließlich diese ganze Entwicklung nicht vor sich gehen kann. In einer Zeit, in der die Beziehungen der Völker sich verengt haben, in der die Zahl der Menschen, die fremde Sonnen sehen, kleiner ist als früher, fällt Ihnen eine ganz besonders wichtige Aufgabe zu. Sie sind **das geistige Bindeglied,** Sie sind die große Zentrale der Uebermittlung geistiger Gedanken, die eine Brücke schlagen über die Landesgrenzen und über den Ozean, jetzt, wo nicht mehr dem Einzelnen, wie das früher der Fall war, die Möglichkeit gegeben ist – wenigstens für uns trifft das zu

– die Grenzen zu überschreiten und die Brücken zu betreten. Und darüber, was die Presse in dieser Zeit tut, ob sie den Frieden der Welt herbeiführt oder den Haß der Welt verewigt, darüber wird einst die Geschichte richten und dafür wird das Wort gelten: der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben, bewahret sie[14]!

[14] Ein Zitat aus dem 1788 verfaßten Gedicht „Die Künstler“ des deutschen Dichters Friedrich Schiller (1759–1805). Vgl. Schillers Werke. [Nationalausgabe.] Bd. 1. Weimar 1943, S. 201–214, das Zitat S. 213.

Rede beim Empfang des Reichspressechefs in Berlin vom 12. September 1923[1]

Nach DIE ZEIT, Nr. 112 vom 14. September 1923. – In einzelnen Passagen abweichende Teildrucke in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 118–120; SCHULTHESS 64 (1923), S. 168–170.

Der Blick auf die deutsche Wirtschaft zeigt, daß alle Opfer bringen müssen. Die Errichtung einer Goldnotenbank ist notwendig, um die Währung zu sanieren; ohne die außenpolitische Lösung kann das Währungsproblem jedoch nicht gelöst werden. Erläutert, was er mit der Heranziehung von Reichs- und Privatbesitz meint und wie dieser für die Reparationen und damit für Frankreich fruchtbar gemacht werden könnte. Das vorbildliche deutsche Verhalten im besetzten Frankreich nach dem Krieg von 1870/71 sollte Paris als Beispiel dienen.

Mein sehr verehrter Herr Ministerialdirektor[2]! Darf ich Ihnen namens der Mitglieder der Reichsregierung unseren verbindlichen Dank sagen für die Worte der Begrüßung, die Sie an uns und die Sie an mich insbesondere gerichtet haben. Ich freue mich, daß Sie mir Gelegenheit geben, durch ein Zusammensein mit den Vertretern der deutschen Presse diejenigen Beziehungen weiterzupflegen, die ich vom ersten Tage ab versucht habe, herzustellen. Man hat ja angesichts der öffentlichen Erörterungen der letzten Zeit auch hier und da die Frage aufgeworfen, ob **die großen Probleme,** um die wir gegenwärtig ringen, durch Reden und Aufsätze überhaupt weiterzufördern wären. Reden und Aufsätze allein schaffen gewiß keine Taten. Aber ich glaube, die öffentliche Meinung ist gerade dann ein Machtfaktor, wenn es sich um Zeiten handelt, in denen viel, wenn nicht alles auf das Empfinden und auf den **Willen eines Volkes** ankommt. Deshalb benutze ich gern auch diese Gelegenheit, um über

[1] Nach der Einleitung zum Abdruck der Rede in der ZEIT fand abends in der Presseabteilung der Reichsregierung auf Einladung von deren Leiter ein „Empfang der Presse“ statt, bei dem auch einige Minister sowie „eine große Anzahl hervorragender Regierungspersönlichkeiten“ anwesend waren. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache Kalles ergriff Stresemann das Wort. – Stresemanns Rede wurde am folgenden Tag als WTB-Meldung halbamtlich veröffentlicht (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 366, Anm. 4). – Aus dem Protokoll der Kabinettssitzung vom 10. September 1923 geht hervor, daß Stresemann die hier wiedergegebene Rede ausdrücklich auch als Antwort auf die unten angeführte Rede Poincarés (vgl. Anm. 19) plante (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 222).

[2] Arnold Kalle (1873–1952), Ministerialdirektor in der Reichskanzlei und Pressechef der Reichsregierung 31. August – 23. Dezember 1923.

einige der schwebenden Fragen der innern und äußeren Politik hier vor Ihnen zu sprechen.

Erwarten Sie nicht, daß ich dabei irgendwie die Absicht habe, eine Programmrede zu halten. Was ich über den allgemeinen Stand der Dinge zu sagen habe, das habe ich vor kurzem anläßlich eines Besuches in Stuttgart zum Ausdruck gebracht[3]. Ich kann bezüglich der allgemeinen Richtlinien nur auf das damals Gesagte verweisen.

Meine Herren, wenn wir gegenwärtig die Lage betrachten, so bietet sie **ein Bild äußerster Spannung,** äußerster Spannung auch im Innern. Unsere **Finanzen** sind in einer schlimmen Verfassung. Die Wirtschaft spürt die Folgen einer überstürzten Preis- und Lohnpolitik. Die Preise liegen teilweise schon über den Weltmarktpreisen, die Löhne liegen vielfach über den Friedenslöhnen. Ohne Opfer sind diese Fragen nicht zu lösen. Ein Opfer für das Reich waren die **Steuern,** die unter der Regierung meines Amtsvorgängers[4] vom Reichstag beinahe einmütig bewilligt worden sind[5]. Die Erhebung dieser Steuern fällt in schwierige Zeiten und bringt gewiß manche Unzuträglichkeiten mit sich. Die **Bayerische Staatsregierung** hat an die Reichsregierung den Wunsch gerichtet, daß in eine Prüfung über Erleichterungen, die auf diesem Gebiete zu gewähren seien, eingetreten werde[6]. Diesem Wunsche werden wir willfahren. Ich darf aber darauf hinweisen, daß bereits, bevor dieser Wunsch an uns herantrat, seitens des Reichsfinanzministeriums manches nach dieser Richtung hin geschehen ist. An die Finanzämter sind bereits Anordnungen ergangen, nicht erträgliche Härten zu beseitigen, Stundung und event. Erlaß namentlich für Leute kleiner Vermögens- und Einkommensverhältnisse zu schaffen[7]. Die Wirkung der Steuern wird dauernd überwacht. Wo Abhilfen unabweisbar sind, wird eingegriffen werden.

Aber, wenn das auch geschehen kann, so muß man sich darüber klar sein: wir müssen dem Staate geben, was des Staates ist. Gewiß muß, wenn auf diesem Gebiete hart eingegriffen wird, und bei Regelung der außenpolitischen Fragen wird noch weit stärker in den Besitz und die Wirtschaft eingegriffen werden müssen, dann auch

---

[3] In der Rede in Stuttgart vom 2. September 1923 (vgl. diese Edition).

[4] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. – Vor bzw. nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag.

[5] Am 10. August 1923 waren im Reichstag umfangreiche Steuervorlagen verabschiedet worden (zu den Beratungen und zur Abstimmung vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11798–11834; dazu die halbamtliche Veröffentlichung der wesentlichen Gesetzesinhalte in SCHULTHESS 64 [1923], S. 150–151).

[6] Vgl. das Schreiben des bayerischen (Ministerpräsidenten und) Außenministers von Knilling an den Reichskanzler vom 8. September 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 214–217).

[7] Die betreffenden Anordnungen konnten nicht ermittelt werden.

gefordert werden, daß die Arbeitsleistung gesteigert wird. Das betrifft sowohl die Frage der **Arbeitsintensität,** wie auch die Frage der **Arbeitszeit.** Das Kabinett wird sich in den nächsten Tagen zunächst mit der Frage beschäftigen, wie eine **Erhöhung der bergbaulichen Produktion** im nichtbesetzten Deutschland zu ermöglichen ist. Es ist nicht zu ertragen, wenn in 17 Schächten des Steinkohlenbergbaus im unbesetzten Gebiet die Förderung eminent zurückgeht, anstatt der Mehrförderung, die wir brauchen, und wenn wir durch dieses Zurückgehen der Arbeitsintensität gezwungen sind, unser deutsches Geld hinzugeben, um mit fremden Devisen englische Kohle zu kaufen. Es ist niemand berechtigt, den Staat durch **Minderleistung** in dieser Weise zu schädigen. Die Opfer, die das Reich vom außenpolitischen Gesichtspunkt aus von der Wirtschaft in der Zukunft verlangen muß, können erst recht nicht ohne eine wesentliche Produktionserhöhung geleistet werden.

Der **Währungsverfall** ist bei uns weiter fortgeschritten, im Zusammenhang mit den Verhältnissen der deutschen Reichsfinanzen. Wir haben keine Angst davor gehabt, in Bezug auf währungstechnische Mittel auch drakonische Maßregeln zu ergreifen. Aber damit ist es nicht getan. Nicht allein mit Verboten, mit Bestrafungen kann diese Frage technisch gelöst werden. Es handelt sich darum, daß daneben positive Maßnahmen erfolgen. Ich glaube annehmen zu können, daß innerhalb der nächsten beiden Wochen die Frage des wertbeständigen Geldes gelöst sein wird, damit wir in der Lage sind, namentlich der Landwirtschaft gegenüber die Fortbewegung, die Aufnahme, die Lieferung der Ernährung sicherzustellen.

Man hat der Regierung Vorwürfe gemacht, daß sie diese Fragen nicht schneller gelöst hat. Diese Kritik geht, glaube ich, vorbei an der **großen Schwierigkeit** des **Währungsproblems** überhaupt. Auf keinem Gebiet gehen die Meinungen über die Wirkung irgend einer Maßnahme so auseinander wie auf diesem Gebiet, und gerade in den Kreisen der Sachverständigen sind im engsten Kreise der Befragten die Auffassungen darüber, was der richtig Weg ist, am meisten von einander verschieden. Ich glaube, bei all der drängenden Not der Gegenwart wollen wir doch an dem einen festhalten, daß wir nicht die Richtigkeit durch die Fixigkeit leiden lassen. Wir dürfen nicht die Frage eines wertbeständigen Geldes für Deutschland, von der unendlich viel abhängt, zum Gegenstand eines **unüberlegten Experiments** machen.

Die Frage der Errichtung einer **Goldnotenbank,** der Errichtung irgend einer Währung auf der Basis der Berechnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist für nieman-

den für uns im Kabinett ein Gegenstand parteipolitischer Einstellung gewesen[8]. Es gibt **keine Parteipolitik** in diesen Währungsfragen. Es soll überhaupt keine Parteipolitik in Wirtschaftsfragen geben. Die ganzen Fragen, bei denen es sich um so unendlich bedeutungsvolle Entscheidungen handelt, können nur rein sachlich gelöst werden, sind von uns auch nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten gelöst worden. Wir hoffen, daß durch diese Einrichtung von **Goldkonten** bei der Reichsbank, **wertbeständiger Kredite,** auch dem Wunsche und dem Bedürfnis weiter Wirtschaftskreise nach Sicherheit ihrer Anlagen Rechnung getragen wird.

Aber ich möchte das Eine dabei betonen: Ganz falsch wäre es, diese Maßnahmen so aufzufassen, als wenn die Reichsregierung nun die Mark als solche aufgegeben hätte.

Die Mark muß Zahlungsmittel bleiben, und die ganzen Maßnahmen, die hier erfolgen, gehen von dem Gesichtspunkt aus, dadurch auch irgendeine **Stabilisierung der Mark** wiederherzustellen, und sie gehen nicht etwa davon aus, den Einzelnen zu veranlassen, nun seinerseits die Mark zurückzuweisen und sich nur auf neue Wertmittel einzustellen.

Aber auch positive Mittel, wie die Errichtung einer Goldnotenbank, bringen diese Frage nicht zur Heilung. Offenheit ist besser als Illusion, und deshalb wollen wir es offen aussprechen: **Ohne Lösung des außenpolitischen Konfliktes** ist die **Finanzfrage nicht in Ordnung** zu bringen, der Verfall der Mark[9] nicht aufzuhalten, eine wirtschaftliche Gesundung nicht herbeizuführen. Die Regierung hat sich vom ersten Tage ihres Amtsantritts an[10] die Lösung des Ruhrkonfliktes zur Aufgabe gestellt. Es war klar, daß diese Lösung **nicht allein** durch die Fortsetzung des passiven Widerstandes erfolgten konnte. Machtpolitisch, wie ein führendes reichshauptstädtisches Blatt es darstellt[11], war diese Frage nicht zu regeln. Auch der ehemalige Reichskanzler, Dr. Cuno, hat, wie er wiederholt versichert hat, niemals davon gesprochen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage erst nach Räumung des Ruhrgebietes erfolgen sollten. Das Ziel des passiven Widerstandes konnte nur sein, **das Ruhrge-**

---

[8] Zu den letzten Beratungen des Kabinetts über finanz- und währungspolitische Angelegenheiten vor der hier wiedergegebenen Rede vgl. die Protokolle der Kabinettssitzungen vom 7. und 10. September 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 204–213 u. 222–232.

[9] Eine tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Inflation und ausgewählter Preise in den Monaten August – November 1923 ebd., Stresemann II, S. 1218–1223.

[10] Die Ernennung Stresemanns zum Reichskanzler durch Reichspräsident Ebert erfolgte am 13. August 1923 (Faksimile der Ernennungsurkunde in STRESEMANN, Vermächtnis I, nach S. 88). Die erste Kabinettssitzung fand am 14. August 1923 statt (Protokoll in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 1–3).

[11] Die betreffende Zeitung und der angesprochene Artikel wurden nicht ermittelt.

biet zu befreien. Eine interessante historische Parallele hat **Kronprinz Rupprecht**[12] in **München** anläßlich einer Zusammenkunft eines dortigen Offizierverbandes gezogen[13]. Mit vollem Recht betonte er, daß **Selbstvertrauen nicht Selbstüberhebung** sein dürfe. Er erinnerte daran, daß Friedrich der Große[14] sich die Maxime Richelieus[15] zur Richtschnur gemacht habe, daß dem Krieg zur Seite stets Verhandlungen mit den Feinden laufen müßten, ebenso wie er den Ausspruch des großen Preußenkönigs zitierte: „Bei widrigem Wind muß man die Segel reffen."[16]

Von demselben Gesichtspunkte ausgehend, hat die Regierung gehandelt. Sie würde es sich als das größte Verdienst anrechnen, wenn sie den Ruhrkonflikt soweit als möglich abkürzen könnte. Aber die bisherige Fühlungnahme zeigt zugleich die bestehenden **Schwierigkeiten**[17]**.** Für uns ist entscheidend die Frage der **Souveränität** über das **Rheinland** und die Wiedergewinnung der **Freiheit** des **Ruhrgebiets,** ohne Preisgabe deutscher Hoheitsrechte, ohne Preisgabe eines Fußbreits deutschen Bodens!

Dafür sind wir bereit, **reale Garantien** zu geben. Der französische Ministerpräsident[18] hat kürzlich in einer Rede ausgeführt[19], er zöge die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Hand habe, den schönsten theoretischen Rechten vor. Er beabsichtige nicht, Pfänder gegen allgemeine Garantien auszutauschen, und er hat weiter

---

[12] Rupprecht (1869–1955), ehemaliger Kronprinz von Bayern.

[13] Es handelt sich um die in Biographien des Kronprinzen Rupprecht erwähnte und in Auszügen paraphrasierte Ansprache vor dem „Nationalverband Deutscher Offiziere" vom 8. September 1923 (vgl. Kurt Sendtner: Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern. […] München 1954, S. 517–518; Dieter J. Weiß: Kronprinz Rupprecht von Bayern (1869–1955). Eine politische Biografie. Regensburg 2007, S. 215).

[14] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786.

[15] Armand Jean du Plessis, duc de Richelieu (1585–1642), französischer Kardinal und Staatsmann.

[16] Stresemann bezieht sich hier wohl auf eine Passage in Friedrichs 1739 (noch als Kronprinz) geschriebenen „Antimachiavell", wo es heißt, der Fürst müsse lernen, „sich in die Zeit zu schicken, wie ein gewandter Schiffer alle Segel aufsetzt, wenn die Winde ihm günstig sind, oder beim Winde segelt oder sie einzieht, sowie grobes Wetter ihn dazu nötigt, nur bemüht, sein Fahrzeug in den nächsten Hafen zu steuern, ganz gleich, ob so oder so." (Die Werke Friedrichs des Großen. In deutscher Übersetzung. Bd. 7: Antimachiavell und Testamente. Hrsg. v. Gustav Berthold Volz. Berlin 1912, S. 105.)

[17] Für eine pessimistische Einschätzung der außenpolitischen Lage vgl. das Privatdienstschreiben des Ministerialdirektors Schubert an Hoesch, den Geschäftsträger in Paris, vom 12. September 1923 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 370–371).

[18] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[19] Bezieht sich auf eine Rede, die Poincaré am 9. September 1923 zur Einweihung eines Kriegerdenkmals in Damvillers hielt (Auszug in DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 39,2 [1923], S. 63–64; Zusammenfassung in SCHULTHESS 64 [1923], S. 316–317).

betont, daß die Garantien, die ich in Vorschlag gebracht hätte[20], zu den Hypotheken gehörten, welche der Versailler Vertrag[21] den Alliierten auf den gesamten Besitz des Reiches und der Länder gäbe.

Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten muß ich als **irrtümlich** bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag haftet für die Verbindlichkeiten Deutschlands das **Vermögen des Reiches** und der **Länder[22].** Was ich in meinen Darlegungen vorgeschlagen habe, betraf die unmittelbare **Heranziehung des privaten Besitzes** und geht deshalb in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus. Ebenso ist aber diese Heranziehung des privaten Besitzes ein realisierbares Pfand, während die Sicherheiten des Versailler Vertrages dies derzeit nicht sind. Wenn auf **Reichsbesitz** und **Privatbesitz** der Wirtschaft als Pfandrecht an erster Stelle **Hypotheken zugunsten des Reiches** eingetragen werden, und zwar in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses Besitzes, so könnten diese Hypotheken als ein reales und mobiles Wertobjekt in eine **Treuhandgesellschaft** eingebracht werden, an deren Verwaltung die Reparationsgläubiger beteiligt werden könnten. Die Zinsen aus den Hypotheken würden der Treuhandgesellschaft zufließen. Diese wäre in der Lage, auf Grund der Hypotheken und der Zinsenerträgnisse durch **Ausgabe von Obligationen** Anleihen aufzunehmen. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, auch Frankreich **sofort** in den Besitz **größerer Zahlungen** zu setzen, ebenso wie die Zinsenzahlungen in angemessener Zeit fließend zu machen wären.

Eine derartige Leistung ist sicherlich kein theoretisches Recht und keine allgemeine Garantie, sondern **eine reale Tatsache.** Sie ist frei von jeder Zweideutigkeit. Sie kann Frankreich in den Besitz von Zahlungen setzen, wodurch die von französischer Seite aufgestellten Forderungen für die Räumung des Ruhrgebietes erfüllt wären. Sie bedingt zu ihrer Verwirklichung die **Wiederverfügung Deutschlands über das Ruhrgebiet** und die Wiederherstellung seiner **Souveränität** über das **Rheinland**. Sie ist geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen, wenn man uns

---

[20] Bezieht sich vermutlich u.a. auf Stresemanns Rede in Stuttgart vom 2. September 1923 (vgl. diese Edition). – Zur Reaktion Poincarés auf die zuletzt von Stresemann unterbreiteten Angebote an Frankreich vgl. auch dessen Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter vom 10. September 1923 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 350–353).

[21] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[22] Stresemann bezieht sich hier offenbar auf Art. 248 des Versailler Vertrags, dessen Interpretation allerdings zwischen Deutschland und Frankreich strittig war: „Unter Vorbehalt der von dem Wiedergutmachungsausschuß etwa bewilligten Ausnahmen haften der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiedergutmachung und aller anderen Lasten […]“ (ebd., S. 130).

die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das Ruhrgebiet geräumt wird, und im Rheinland die alten Rechte wieder hergestellt werden. Gibt man uns die Sicherheit, daß jeder, der von Rhein und Ruhr **vertrieben ist[23], frei der Heimat wiedergegeben wird**, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große, einst blühende Wirtschaftsgebiet seiner alten Arbeitsfreudigkeit wieder zurückzugeben.

Ich hoffe auf die **Möglichkeit einer solchen Regelung**. Frankreich hat durch seinen Ministerpräsidenten wiederholt erklärt, daß es keine Annexionen beabsichtige, daß es nicht an der Ruhr zu bleiben gedenke. England befindet sich mit dieser Auffassung sicher in Uebereinstimmung. Belgien würde die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse sicherlich begrüßen, und wir sind überzeugt davon, daß auch die Auffassung Italiens sich in derselben Richtung bewegen wird. Für uns ist die Frage, ob die deutsche Wirtschaft die ihr zugemutete Belastung wird tragen können. Wir wissen, in welcher schweren Zeit wir uns befinden, aber ich darf mit Genugtuung darauf hinweisen, daß dem gegenwärtigen Kabinett **von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Leistungen angeboten** worden sind, die uns die Ausführung der heute von mir vorgeschlagenen Zahlungen ermöglichen wird. Wenn es um die Entscheidung geht zwischen **Freiheit des Landes** oder **Besitz des einzelnen,** so müssen wir hoffen, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht niedriger einschätzt, als jene ostpreußische Landschaft, die einst durch Hingabe ihres Besitzes als Pfand für den Staat Preußen die Abtragung einer großen Kriegsentschädigung ermöglichte[24], und die 100 Jahre gebraucht hat, um diese Verbindlichkeiten zu amortisieren, dafür aber auch **ein leuchtendes Beispiel vaterländischer Pflichterfüllung** gegeben hat. In der von mir vorhin erwähnten Rede des **Kronprinzen Rupprecht** in München findet sich der gute Satz: „Es handelt sich jetzt nicht um dynastische Fragen, es handelt sich um die Existenz von Reich und Land.“ Es handelt sich darüber hinaus auch nicht um Fragen der Parteipolitik, um Einzelinteressen von Berufsständen, sondern um das Leben und Sterben des deutschen Volkes.

---

[23] Stresemann bezieht sich auf die geschätzten 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren.

[24] In Ausführung des französisch-preußischen Friedens von Tilsit vom 9. Juli 1807 wurden Preußen durch den Pariser Vertrag vom 8. September 1808 (Text in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 60, S. 143–180) hohe Tributzahlungen auferlegt; eine Berliner Konvention zwischen Preußen und Frankreich vom 5. November 1808 regelte, daß der Großteil durch „obligations des provinces“ zu erbringen sei (Text der Konvention ebd., S. 149–153). Möglicherweise bezieht sich Stresemann hierauf und auf die anschließend von den Provinzen und den Städten zu erbringenden Verpfändungen.

Irgend eine Verständigung ist allerdings davon abhängig, ob man glaubt, daß eine **Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland** geschaffen werden kann, auf der sich eine solche Verständigung aufbauen läßt. Ob sie möglich ist, ist eine Frage, die ich nur vom deutschen Standpunkt aus beantworten kann, jedenfalls ist sie notwendig. Der französische Ministerpräsident hat in seiner letzten Rede hingewiesen auf die Art und Weise, in der einst **nach dem Kriege 1870–71** die Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland wieder geregelt worden sind[25] und hat mir empfohlen, die Korrespondenzen[26] zwischen Thiers[27] und dem Grafen Saint-Vallier[28] mit dem Generalfeldmarschall von Manteuffel[29] nachzulesen, um daraus Folgerungen für die deutsche Einstellung gegenüber dem **Frankreich der Gegenwart** zu ziehen. Mir ist diese Korrespondenz wohlbekannt, und ich darf darauf hinweisen, daß gerade diese Korrespondenz davon zeugt, daß **Deutschland als okkupierende Macht[30]** nach einem gewonnenen Kriege sich sehr wohl bewußt war, daß ein friedliches Nebeneinanderleben von Nationen auch die Schonung berechtigter Empfindlichkeiten im Verkehr der Nationen in sich trägt. Graf Saint-Vallier schreibt dem Ministerpräsidenten Thiers unter dem 2. März 1873[31], daß er mehr als jemals die **Art und Weise des deutschen kommandierenden Generals** Frankreich gegenüber loben müsse, der ihm von seiner Gesinnung mehr als eine Probe gegeben habe, und der unter starkem Druck seine Truppen trotz gewisser Widerstände in Barackenlagern untergebracht hätte, um **die französische Bevölkerung zu schonen.** Dem deutschen Generalfeldmarschall gebühre, wie Graf Saint-Vallier in einem anderen Briefe vom

---

[25] Vgl. oben mit Anm. 19.

[26] Dies bezieht sich vermutlich auf: Henry Doniol: M. Thiers. Le Comte de Saint-Vallier. Le général de Manteuffel. Libération du territoire 1871–1873. Documents inédits. Paris 1898.

[27] Louis Adolphe Thiers (1797–1877), französischer Staatspräsident 1871–1873.

[28] Charles Raymond de la Croix de Chevrière, duc de Saint-Vallier (1883–1886), französischer Generalkommissar bei der deutschen Besatzungsarmee in Frankreich 1871–1873; Botschafter in Berlin 1877–1881.

[29] Edwin Freiherr von Manteuffel (1809–1885), Oberbefehlshaber der deutschen Besatzungsarmee in Frankreich 1871–1873.

[30] Der Frankfurter Friedensvertrag vom 10. Mai 1871, der den deutsch-französischen Krieg beendete (Text in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 143, S. 163–198), regelte in Art. 7, daß deutsche Truppen solange französisches Territorium besetzt halten würden, bis Frankreich die ihm auferlegten fünf Milliarden Franken Kriegsentschädigung gezahlt hätte, wozu ihm bis 1874 Zeit eingeräumt wurde. Tatsächlich zahlte Frankreich so zügig, daß die letzten deutschen Truppen im September 1873 abzogen.

[31] Stresemann bezieht sich hier vermutlich auf die Paraphrase eines Briefes Saint-Valliers an Thiers vom 2. März 1872 (!), die bei Doniol (vgl. Anm. 26), S. 113 wiedergegeben ist.

23. September 1873[32] versichert, eine Seite **aufrichtiger Dankbarkeit** in den französischen Annalen. Die Art der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen zwei Nationen nach einem furchtbaren Kriege tritt vielleicht noch mehr als in diesem Briefwechsel, in den Memoiren[33] des ersten Botschafters der französischen Republik in Berlin de Gontaut-Biron[34] zutage, der fortgesetzt in der Lage ist, darüber zu berichten, wie sehr Deutschland sich bemühte, der Periode des Krieges **die Aera des Friedens** folgen zu lassen. Bei der Antrittsaudienz des französischen Botschafters beim deutschen Kronprinzen[35] fiel die Aeußerung: „Glücklicherweise ist der Krieg zu Ende. Jetzt gilt es, den Frieden zu erhalten.“[36] „Man will den Frieden“, so klingt es aus den Berichten des Botschafters nach Paris wider, und von dem **Fürsten Bismarck[37]** sagt Thiers in einem Briefe[38] an den französischen Botschafter mit Recht: „daß große Geister stets ein gewisses Maß von Gerechtigkeit besitzen, das bei gebotener Gelegenheit zutage tritt“. Und wenige Tage darauf setzt er diesen Gedanken über die damalige Politik **des deutschen Reichskanzlers** fort mit den Worten: „Danken Sie Herrn von Bismarck, daß er auf unsere Wünsche eingegangen ist. Um zu tun, was er getan, mußte man den Preis im Auge haben, und dieser Preis ist errungen worden. Er besteht in der wesentlichen **Beschwichtigung der nationalen Leidenschaften** als der besten Garantie für den Frieden.“[39] Und ein letztes Zitat aus jener Zeit: Am 20. März 1873 schrieb der französische Außenminister de Remusat[40] an seinen Botschafter in Berlin: „Wir werden nun, soweit wie möglich, in unseren alltäglichen Beziehungen mit Preußen etwas Ruhe eintreten lassen und beweisen, was wir immer ausgesprochen haben, daß die **Räumung des Gebietes** erst den Frieden

---

[32] Ein Schreiben Saint-Valliers vom 23. September 1873 konnte in dem in Anm. 26 genannten Werk von Doniol nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch sein Urteil über Manteuffel in einem Schrieben an Thiers vom 11. Februar 1873 (ebd., S. 318–319).

[33] Vicomte de Gontaut-Biron: Mon ambassade en Allemagne (1872–1873). Paris ^{2}1906; (umfangreichere) deutsche Ausgabe: Meine Botschafterzeit am Berliner Hofe 1872–1877. Berlin 1909.

[34] Anne Armand Elie, vicomte de Gontaut-Biron (1817–1890), französischer Botschafter in Berlin 1871–1877.

[35] Friedrich Wilhelm [als Kaiser Friedrich III.] (1831–1888), preußischer Kronprinz 1861–1888; Deutscher Kaiser 1888.

[36] So in den in Anm. 33 genannten Erinnerungen Gontaut-Birons (deutsche Ausgabe: S. 19; französische Ausgabe: S. 19).

[37] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[38] Tatsächlich handelt es sich um ein Schreiben des Außenministers Rémusat an Gontaut-Biron vom 12. März 1873, das Gontaut-Biron in seinen Memoiren eingefügt hat (vgl. die in Anm. 33 genannten Veröffentlichungen: S. 240 [deutsche Ausgabe] bzw. S. 287 [französische Ausgabe]).

[39] In einem Brief Thiers’ vom 18. März 1873, der ebenfalls in den Memoiren Gontaut-Birons eingefügt ist (ebd., S. 259 [deutsche Ausgabe] bzw. S. 309 [französische Ausgabe]).

[40] Charles-François-Marie, comte de Rémusat (1797–1875), französischer Außenminister 1871–1873.

vollenden und befestigen werde. **Die Okkupation** ist, solange sie andauert, ein **Bild des Krieges.“**[41]

Wenn heute unter anderen Verhältnissen Deutschland, das bereit ist, die Folgerungen aus einem verlorenen Kriege auf sich zu nehmen, dem Frankreich der Gegenwart gegenübersteht, so möchte ich wünschen, daß auch diejenigen Persönlichkeiten, in deren Hand heute mehr als das Geschick Frankreichs liegt, von deren Entschlüssen die Ruhe und die Befriedung Europas abhängt, sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen mögen, daß **es jetzt gilt, den Frieden zu wollen,** den Frieden zu erhalten durch eine Politik der Gerechtigkeit, die geeignet ist, nationale Leidenschaften zu beschwichtigen, und damit die **Garantie für einen wirklichen Frieden** zu geben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

[41] Vgl. die in Anm. 33 genannten Erinnerungen Gontaut-Birons (S. 268 [deutsche Ausgabe] bzw. S. 319 [französische Ausgabe]).

Regierungserklärung vom 6. Oktober 1923[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11933–11943. – Druck auch in POLITISCHE REDEN III, S. 401–436. Teildrucke in STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 58–87 [2. Aufl. S. 261–285]; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 211–221; STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 6. – Mischung aus Paraphrase und Teildruck in SCHULTHESS 64 (1923), S. 186–188. – Eine Rededisposition in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 149–155.

Verteidigt die Aufgabe des passiven Widerstands: Sie geschah zum Wohl Deutschlands, nicht der Gegner. Auf die bisherigen weitgehenden deutschen Angebote zu Verhandlungen sind die Gegner nicht eingegangen, und die Hoffnung, ihre Front zu spalten, ist müßig. Reichs- und bayerischer Ausnahmezustand. Der Putsch in Küstrin. Kündigt Steuererhöhungen an, um die Reichseinnahmen zu erhöhen, und längerfristig eine Reform bei den Aufgaben von Reich, Länder und Kommunen; bis dahin dürfen keine neuen finanziellen Belastungen entstehen. Wirbt um Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz, mit dem die Währungsreform auf den Weg gebracht werden kann.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Die Vorgänge der letzten Tage

(Zurufe von den Kommunisten: Die Kulisse fängt an zu reden! – Unruhe. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe[2]: Meine Herren, ich glaube, es ist für alle Parteien von Wichtigkeit, zu hören, welche Richtlinien der Herr Reichskanzler entwickeln wird.

(Unruhe bei den Kommunisten und Zuruf: Die von Stinnes[3]!)

– Ich bitte um Ruhe.

---

[1] Die Regierungserklärung war bereits am 1. Oktober 1923 ausführlich im Kabinett beraten worden, ehe die Kabinettskrise zur Verschiebung der Erklärung geführt hatte (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 418–431); unmittelbar vor der Reichstagssitzung hatte Stresemann dem Kabinett lediglich kurz skizziert, auf was er eingehen werde (vgl. ebd., Stresemann II, S. 489–492).

[2] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932.

[3] Hugo Stinnes (1870 – 10. April 1924), Großindustrieller; Mitglied des Reichstages 1920–1924 (für die DVP).

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Meine Herren, ich wollte über die Neubildung der Regierung[4] sprechen. Ich kann dem Herrn Zwischenrufer versichern, daß Herr Stinnes mit dieser Neubildung nichts zu tun gehabt hat.

(Heiterkeit.)

Das werden alle diejenigen wissen, die die Verhältnisse tatsächlich kennen. Infolgedessen war sein Vergleich mit der Kulisse, die hier für andere spräche, in diesem Falle sehr wenig angebracht.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Die Vorgänge der letzten Tage haben zu einer **Neubildung der Regierung geführt.** Diese Neubildung hat sich auf der alten parteipolitischen Grundlage vollzogen. Sie hat Veränderungen in der Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums, ferner in der Besetzung des Reichsfinanzministeriums gebracht. Das Reichswirtschaftsministerium wird von Herrn Dr. e. h. Koeth[5] geführt, das Reichsfinanzministerium von dem bisherigen Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Herrn Dr. Luther[6]. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bleibt vorläufig offen. Es ist die Absicht der Regierung, es möglichst mit einer aus der Landwirtschaft stammenden oder mit ihr im engsten Vertrauensverhältnis stehenden Persönlichkeit zu besetzen[7].

(Zurufe von den Kommunisten: Einem Deutschnationalen!)

– Warten Sie über das, was die Deutschnationalen zu diesem Kabinett zu sagen haben, doch lieber die offizielle Erklärung der Deutschnationalen Partei ab! Ich glaube nicht, daß sie sich mit Ihrer Auffassung decken wird.

---

[4] Das 1. Kabinett Stresemann war am 3. Oktober 1923 wegen der Auseinandersetzung zwischen den sozialdemokratischen Ministern und den Ministern der übrigen Parteien über die Ausgestaltung des zu beantragenden Ermächtigungsgesetzes zurückgetreten. Vgl. dazu das Protokoll der Kabinettssitzung vom 3. Oktober 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 459–462. Stresemann, vom Reichspräsidenten erneut mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt, gelang es in den folgenden Tagen, wieder ein Kabinett der Großen Koalition zu bilden, in dem gegenüber der Vorgängerregierung nur die Minister Raumer und Hilferding nicht wieder vertreten waren.

[5] Joseph Koeth (1870–1936), Reichsminister für wirtschaftliche Demobilmachung 1920, Reichswirtschaftsminister 6. Oktober – 30. November 1923; parteilos.

[6] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937; parteilos, ab 1927 Mitglied der DVP.

[7] Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wurde am 22. Oktober 1923 (– 20. Januar 1926) Gerhard Graf von Kanitz (1885–1949), Mitglied des Reichstags 1921–1924 (bis 1923 für die DNVP, danach parteilos).

Die letzten Ereignisse haben eine sehr scharfe Kritik erfahren. Der Verband der Eisen- und Stahlindustriellen sagt mit Bezug auf diese letzten Tage, der **Parlamentarismus habe versagt**[8].

(Sehr richtig, auf der äußersten Rechten.)

Ich werde auf die Bedeutung dieser Kritik, soweit der Parlamentarismus in Betracht kommt, eingehen. Aber gestatten Sie mir hier, an diejenigen Herren, die aus der Wirtschaft heraus Kritik daran üben, daß unter dem parlamentarischen System, unter der Herrschaft der politischen Entwicklung der letzten Jahre eine wirtschaftliche und finanzielle Zerrüttung eingetreten sei, doch einmal eine Gegenfrage zu stellen: Hat denn nicht auch die **Wirtschaft versagt,** indem sie sich in ihren führenden Persönlichkeiten nicht dem Staat zur Verfügung gestellt hat?

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Seit der Zeit, als das Kabinett Fehrenbach[9] sich hier zum ersten Male dem Reichstage vorstellte[10], haben die Bemühungen nicht aufgehört, für die großen Ministerien der Wirtschaft und der Finanzen, für die Ordnung unseres Verkehrs- und Postwesens diejenigen Herren heranzuziehen, die ihrerseits auf Grund einer praktischen Lebenserfahrung stets davon ausgehen, daß das Fehlen dieser Erfahrung wesentlich zu einem Mißerfolg der Verwaltung beigetragen habe. Nun, meine Herren, diejenigen Persönlichkeiten, die sich zur Verfügung gestellt haben, die wir Männer der Wirtschaft nannten, fast immer waren es solche, die aus dem Beamtentum hervorgegangen waren und dann in die Wirtschaft kamen. Das war der Fall bei Persönlichkeiten wie bei dem heutigen Botschafter Dr.Wiedfeldt[11], es war der Fall bei Persönlichkeiten wie dem Reichskanzler Cuno[12] und anderen Persönlichkeiten. Wann aber haben die Herren, die da sagen, daß der Parlamentarismus versage, ihre führenden Köpfe mit ihrer Lebenserfahrung dem Staate zur Verfügung gestellt, um zu zeigen, wie man es

---

[8] Der 1874 gegründete Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller verstand sich als Interessenvertretung der betreffenden Industriebetriebe. Eine entsprechende Erklärung des Vereins konnte nicht ermittelt werden.

[9] Das Kabinett unter dem Zentrumspolitiker Konstantin Fehrenbach (1852–1926) als Reichskanzler amtierte vom 25. Juni 1920 bis zum 4. Mai 1921.

[10] Seine erste Regierungserklärung gab Fehrenbach am 28. Juni 1920 im Reichstag ab (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 344, S. 9–5).

[11] Otto Wiedfeldt (1871–1926), der eine Laufbahn zwischen Verwaltung und Industrie hinter sich hatte, war deutscher Botschafter in Washington 1922–1924.

[12] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. – Vor dem Ersten Weltkrieg war er Regierungsrat im Reichsschatzamt gewesen, vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag.

besser macht, wie man die Reichsverkehrsanstalten kaufmännisch aufzieht, um den Parlamentarismus einmal ad absurdum zu führen?

(Stürmische Zustimmung links. – Zuruf.)

– Verzeihen Sie, Herr v. Graefe[13], ich habe nicht verlangt, daß Sie sich mir zur Verfügung stellen! Sie haben sich auch dem bürgerlichen Kabinett Cuno ja nicht zur Verfügung gestellt und auch nicht dem Kabinett Fehrenbach!

(Wiederholter Zuruf.)

– Ich rechne mich nicht zu denjenigen, die praktische Wirtschaftserfahrung haben! Für mich gilt dasselbe von den Persönlichkeiten, die ich genannt habe.

Den Parlamentarismus führt man nicht ad absurdum mit Resolutionen, sondern dadurch, daß man durch praktische Mitarbeit an führender Stelle zeigt, daß und wie die Dinge zu bessern sind. Das muß ich an dieser Stelle gegenüber der Kritik ausführen.

Meine Herren, eine zweite Frage! Die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen abgespielt haben, geben gewiß auch zu berechtigter Kritik Veranlassung. Aber ich möchte doch auf eines hinweisen. Es ist ein Irrtum, wenn es so hingestellt wird, als ob diese ganzen Vorgänge sich lediglich bezogen auf einen Kampf um die Macht, auf einen Kampf um andere politische Einstellung. Um was handelt es sich denn in der Grundfrage, die hier vorlag?

(Andauernde Unterbrechung von den Kommunisten.)

– Ach, Herr Präsident, ich bitte, doch dafür Sorge zu tragen, daß ich auch in der Lage bin, wenigstens mein Programm zu entwickeln!

(Lebhafte Zustimmung.)

Um was handelte es sich also?

(Wiederholte Zurufe und Unterbrechungen von den Kommunisten.)

– Ich bin gerne bereit, auf sachliche Zwischenrufe sachlich zu antworten. Das, was dort (zu den Kommunisten) geschieht, ist nichts weiter als der Versuch der Sabotage einer Rede.

(Lebhafte Zustimmung.)

---

[13] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (bis 1922 für die DNVP, 1922–1924 für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender, 1924–1928 für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft).

Ich sagte, es handelte sich um eine Grundfrage, die diesem Kampfe der letzten Tage ihre Bedeutung gegeben hat. Weshalb kamen wir dazu, mit den Fraktionen Fühlung zu suchen[14]? Es wurde so hingestellt, als hätte das Kabinett die Führung verloren, als hätte es sie plötzlich an die Fraktionen abgegeben und dadurch die Entscheidung aus dem Kabinettszimmer in das Plenum des Reichstags verlegt. Ich würde ein solches Übergehen der Entscheidung vom Kabinett an das Plenum des Reichstags und die Führung der Fraktionen für einen ganz falsch verstandenen Parlamentarismus und für eine falsch verstandene Demokratie halten.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Hier lagen aber die Dinge so: Wir traten an den Reichstag heran, um ein **Ermächtigungsgesetz**[15] zu erhalten und den Reichstag zu veranlassen, auf verfassungsmäßig ihm zustehende Rechte auf längere Zeit hinaus zu verzichten und dem Kabinett Vollmachten zu geben, die weit hinausgehen über das, was jemals, glaube ich, ein Kabinett, das auf legalem Weg vorgehen will, erbeten hat.

(Lebhafte Zustimmung.)

Für diese verfassungändernden Bestimmungen ist hier im Hause die Annahme durch eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Es war ganz klar, daß bei der Bedeutung dieser Sachlage nicht eine Blankovollmacht verlangt und gegeben werden konnte, sondern daß man sich wenigstens über die Grundlinien dessen klarwerden mußte, was in bezug auf die Wirtschaft, in bezug auf die Finanzen und auf dem Gebiet der Sozialpolitik dann unter späterer Nichtmitwirkung des Reichstags hier geschehen sollte. Dem galten die Verhandlungen, und bei diesem Problem einer Festsetzung, nicht von Prinzipien – denn über Prinzipien wird man sich leicht einigen –, sondern dessen, was hier praktisch geschehen sollte, und angesichts der Bedeutung dieser Frage entstanden die Differenzen, die wir erlebt haben, und die jetzt in der Neubildung der Regierung ihre Erledigung gefunden haben.

Wenn ich nach diesem Ausblick auf die letzten Tage jetzt auf die Gesamtlage eingehe, so gestatten Sie mir, zu beginnen mit dem, was unsere ganze Lage zweifellos am meisten beeindruckt. Es sind das die **außenpolitischen Verhältnisse.** Ich habe

---

[14] Zu den Verhandlungen Stresemanns mit den Fraktionsvorsitzenden vgl. die Aufzeichnung vom 5. Oktober 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 484–485 mit den dortigen Anm.

[15] Der nach der Reichstagsrede Stresemanns im Kabinett verabschiedete Entwurf des Ermächtigungsgesetzes, bei dessen vorheriger Diskussion zwischen den Koalitionsparteien insb. der Acht-Stunden-Tag und Rentenkürzungen kontrovers diskutiert wurden, ebd., Stresemann II, S. 499–500.

mit Bedauern eine Kritik des deutschnationalen Parteiaufrufs[16] gelesen, der da von der Regierung sagt, sie zeige mehr Vertrauen zum Feinde als zum eigenen Volke.

(Pfuirufe bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)

Das bezog sich auf die Aufgabe des passiven Widerstandes[17]. Weiter habe ich eine Kritik der Regierung gelesen, und zwar in einem meiner Partei nahestehenden Blatt im Westen[18], man bedauere – gewiß, ich gebe Ihnen das offen zu –, daß die Regierung bei der Aufgabe des passiven Widerstandes die materiellen Gesichtspunkte sehr in den Vordergrund gestellt habe, die ideellen Gesichtspunkte aber dahinter habe zurücktreten lassen. Eine große und eine weitgehende Kritik spricht davon, daß man einen Mißerfolg mit der **Aufgabe des passiven Widerstandes** gehabt habe, weil die Erfolglosigkeit der außenpolitischen Wirkung klar zutage liege.

Gestatten Sie mir, mich mit diesen Argumenten auseinanderzusetzen, wenn ich von der Phase der Entwicklung spreche, die die wichtigste bisher in dieser außenpolitischen Entwicklung ist, nämlich von der uns aufgezwungenen Aufgabe des passiven Widerstandes. Diese Kritik, die ich dargelegt habe, geht von einer falschen Auffassung aus über die Gründe, die die Regierung zu dieser Maßnahme veranlaßt habe [!]. Wie war die Situation, die das Kabinett vorgefunden hat, als es zur Regierung berufen wurde[19]? Der Ruhrkampf war seit Januar geführt worden, er war geführt worden unter einer unerhörten Bedrückung der gesamten Bevölkerung, unter Gewalttätigkeiten sondergleichen, die eine maßlose seelische Depression ausgelöst hatten, die vielleicht aus dem passiven Widerstand hervorging und hervorgehen mußte. Der Widerstand entsprang so unmittelbar dem Willen der Bevölkerung, daß niemand ihn damals beim Einbruch der Franzosen irgendwie durch Machtmittel hätte zurückhalten können. Beamte, Wirtschaftler und Arbeiter haben zusammengehalten in diesem Widerstande, getragen von nationaler Begeisterung und von Leidenschaften, dieses deutsche Land nicht der Gewalttätigkeit des Einbruchs auszuliefern.

---

[16] Eine kurze Paraphrase eines DNVP-Aufrufs von Ende September 1923 in SCHULTHESS 64 (1923), S. 183; die von Stresemann angesprochene Formulierung findet sich dort jedoch nicht.

[17] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, wozu die grundsätzliche Entscheidung am 24. September 1923 fiel und die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[18] Aus der oben in der Quellenbeschreibung genannten Disposition Stresemanns ergibt sich, daß er die „Kölnische Zeitung“ meint; vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf einen Artikel vom 26. September 1923, in dem die nachfolgenden Formulierungen in ähnlicher Weise zu finden sind (KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 665 vom 26. September 1923, S. 1).

[19] Die Ernennung Stresemanns zum Reichskanzler durch Reichspräsident Ebert erfolgte am 13. August 1923.

Wie war die Idee des Widerstandes? Ich darf darauf hinweisen, daß ich als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses schon in den ersten Monaten, als dieser Widerstand geleistet wurde, darauf aufmerksam gemacht habe, daß der Widerstand nicht etwa Selbstzweck sein und dauernd anhalten könne[20]. Er solle vielmehr durch seine Wirkung die Einbruchmächte dahin bringen, daß sie einsehen, daß die produktive Ausnutzung des Ruhrgebietes ihnen nicht gelänge, daß sie einsähen, daß sie einer ihnen abweisend gegenüberstehenden Bevölkerung gegenüberständen, daß sie durch die Schwierigkeiten des Landes, die ihnen erwüchsen, gezwungen würden, mit uns den Weg der Verhandlungen zu gehen. Diese Verhandlungen sollten die Grundlage bilden für ein freies Rheinland und die Wiederverfügung des Ruhrgebiets. Man hat mir den Ausdruck „Wiederverfügung“ übelgenommen, man hat ihn als eine Einschränkung angesehen. Gewiß, es ist eine Einschränkung der mißverstandenen Formel des früheren Herrn Reichskanzlers Cuno, die man ihm in den Mund gelegt hat, und die er niemals getan hat, daß man sich erst an den Verhandlungstisch mit den Franzosen und Belgiern setzen werde, wenn sie das Ruhrgebiet geräumt hätten. Er hat wiederholt betont, daß er diesen Satz nie ausgesprochen habe. Ich möchte an die Herren von der Rechten, die ebenso wie ich in der Machtpolitik den bewegenden Faktor des Volkslebens sehen, die Frage richten, ob sie glauben, daß die größte Militärmacht der Welt sich zurückziehen werde aus einem okkupierten Lande, wenn Sie aussprechen, daß Sie erst Verhandlungen führen wollen, sobald diese Macht sich aus dem okkupierten Lande zurückgezogen habe. Das würde vollkommen dieser Idee widersprechen, die gerade von seiten dieser Kritik ausgesprochen wurde. Man kann die Frage wohl aufwerfen: Hättet Ihr den passiven Widerstand bedingungslos aufgeben dürfen? Man kann ferner die Frage aufwerfen, ob zu einer früheren Zeit ein Abbruch des passiven Widerstandes uns die Möglichkeit gegeben hätte, Bedingungen durchzusetzen damals, als der passive Widerstand auf der Höhe war, als die Enttäuschung über den bisherigen Mißerfolg beim Gegner das Maximum erreicht hatte, als Herr Poincaré[21] damals in Frankreich den schärfsten Angriffen wegen der

[20] Auf welche Sitzung des Reichstagsausschusses sich Stresemann hier bezieht, konnte nicht zweifelsfrei ermittelt werden. Möglicherweise handelt es sich um die Sitzung vom 27. März 1923, deren protokollartige (Teil-)Mitschrift (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 342–348, insb. S. 346) die betreffende Aussage Stresemanns zwar nicht enthält, jedoch den im folgenden angesprochenen Gedanken, daß sich Frankreich niemals ohne vorherige Verhandlungen über Reparationszahlungen aus dem Ruhrgebiet zurückziehen werde.

[21] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

Ergebnislosigkeit dieser Einbruchspolitik sich ausgesetzt sah[22]. Aber es mußte sich naturgemäß ergeben, daß die Zeit dazu führte, die Wirkung des passiven Widerstandes abzuschwächen. Die moralische Widerstandskraft in einem Volke, das so viel durchgemacht hat wie das deutsche, kann nicht ewig dauern. Wer im Januar gesagt hätte, daß diese Drangsalierungen neun Monate lang getragen würden, den hätte man damals einen Utopisten genannt, weil wir alle der Meinung waren, daß diese Dinge viel früher ihr Ende finden würden. Meine Herren! Diese Widerstandskraft ist erlahmt. Man soll der Bevölkerung daraus keinen Vorwurf machen.

(Abgeordneter von Graefe [Mecklenburg]: Der Bevölkerung nicht, aber der Regierung!)

Es gibt etwas, was über die Grenze dessen hinausgeht, das die Völker ertragen können. – Verzeihen Sie, Herr v. Graefe, mir liegt jede Verdrehung fern, hoffentlich Ihnen auch mit Ihrem Zwischenruf. – Ich sage: Es haben sich im Zusammenhang mit dem Sinken der moralischen Widerstandsfähigkeit auch gewisse Zeichen der Demoralisation gezeigt in einer zu weitgehenden Inanspruchnahme von Reichsmitteln. Ich bringe das in Zusammenhang mit einem Sinken der moralischen Widerstandsfähigkeit, und ich sage Ihnen: Gerade wenn plötzlich ungerechtfertigterweise in der Kritik nur die eine Seite dieses Bildes gezeigt wurde, dann soll man auf die andere hinweisen, auf das, was das Volk erlitten und erduldet hat. Von diesem Gesichtspunkte aus waren meine Ausführungen gerichtet gegen eine in der Öffentlichkeit lautwerdende Kritik, die es gerade so hinstellt, als ob dort überhaupt nur noch Reichsrentner gewesen wären und nicht ein Volk gesessen hätte, das Unendliches für sein Vaterland erduldet hat. Zu dem, was man der Regierung vorwirft, werde ich mich schon äußern. Lassen Sie mich diesen Gedankengang zu Ende führen.

Meine Herren! Die Situation, die wir vorfanden, war die eines nicht mehr auf der Höhe stehenden moralischen passiven Widerstandes. Es war infolgedessen klar, daß angesichts der Ermattung, die eingetreten war, mit diesem Widerstand allein Franzosen und Belgier aus dem Einbruchsgebiet nicht mehr herauszubringen waren. Je schwächer der Widerstand wurde, desto schwerer war es, ihn diplomatisch irgendwie für Deutschland ausnutzen zu können.

[22] Stresemann bezieht sich hier möglicherweise auf die Diskussion in der französischen Abgeordnetenkammer vom 29. Mai 1923, als insbesondere Tardieu die Ruhrpolitik Poincarés wegen ihrer Erfolglosigkeit scharf tadelte (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 305–306).

Die weitere Kritik betraf das Überwiegen des Materiellen in der Auffassung der Reichsregierung[23]. Mir liegt es durchaus nicht, irgendwie in der ganzen Auffassung der Verhältnisse unserer Zeit das materielle Moment in den Vordergrund zu stellen. Ich bin der Meinung: Wenn wir überhaupt an einen Wiederaufstieg Deutschlands glauben, dann kann dieser Wiederaufstieg nur aus dem Sittlichen hervorgehen, und alles, was wir auf materiellem Gebiete tun, wird demgegenüber vollkommen versagen. Unsere finanzielle Not auf materiellem Gebiete erwähne ich hier, weil sie selbstverständlich wie ein Barometer den Einbruchsmächten anzeigt, wie es mit uns stand. Denn wir haben heute ein Barometer, das täglich der ganzen Welt zeigt, wie es mit Deutschlands Finanzkraft bestellt ist. Wenn wir uns fragten, ob wir mit dem passiven Widerstand noch diplomatische Erfolge erringen konnten, mußten wir uns gleichzeitig fragen, ob man denn nicht aus dem fortschreitenden Verfall der Währung[24], den noch keine technische Maßnahme aufzuhalten vermocht hat und der rasende Fortschritte machte, nachdem weite Bestandteile unseres Reichsbankgoldes zu der Stützungsaktion verwandt waren[25], sehen konnte, daß dieses Deutschland finanziell am Erliegen war, und daß damit natürlich die Möglichkeit auch schwand, angesichts dieser der Welt bekannten Tatsache mit dem passiven Widerstand positiv etwas zu erreichen. Dazu kam, daß sich aus dem besetzten Gebiet die Meldungen über den Wunsch der Bevölkerung nach Abbruch dessen, was sie erdulden mußte, häuften. Auch die Ausdauer einer solchen Bevölkerung kann nur begrenzt sein. Heute, nachdem diese Dinge zu Ende sind, darf ich Ihnen sagen, daß ich zwei Tage nach Antritt meines Amtes die Leiter der Ausschüsse, darunter eine Persönlichkeit wie den Herrn Oberbürgermeister Jarres[26], gesprochen und ihnen als erste Frage vorgelegt habe: Wie lange glauben Sie, daß die Bevölkerung diese Dinge noch ertragen kann[27]? Der Widerstand ist fortgeführt worden über diese Periode hinaus, die uns als diejenige

[23] Vgl. oben mit Anm. 18.

[24] Eine tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Inflation und ausgewählter Preise in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

[25] Bereits in einer Besprechung im Reichsfinanzministerium vom 29. August 1923 hatte Einigkeit über die Aussage des DNVP-Abgeordneten Helfferich bestanden, daß eine „Markstützung jetzt nur noch f[ür] Wochen möglich sei“ (ebd., Stresemann I, S. 138).

[26] Karl Jarres (1874–1951), Oberbürgermeister von Duisburg 1914–1923 (während der Ruhrbesetzung von den Besatzungsmächten ausgewiesen) und 1925–1933; Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Mitglied der DVP.

[27] Nähere Hinweise auf ein Gespräch Stresemanns mit den „Leitern der [Abwehr-]Ausschüsse“ und mit Jarres aus den ersten Tagen seiner Kanzlerschaft sind nicht zu ermitteln. In den betreffenden „Tagesnotizen“ in STRESEMANN, Vermächtnis I, gibt es keine entsprechenden Angaben. – Der erste nachweisliche Kontakt zwischen Stresemann nach seiner Ernennung zum Reichskanzler und Jarres fand am 6. September 1923 im Rahmen einer Besprechung des Reichskanzlers mit rheinischen Abgeordneten statt (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 197).

genannt wurde, in der es nichts anderes mehr gebe, als den Widerstand in sich selbst auflösen zu sehen.

Von dem Augenblick an mußten bei uns auch Bemühungen eintreten, eine Formel zu finden, die uns die Möglichkeit gab, **die Aufgabe des passiven Widerstandes** zu **außenpolitischen Ergebnissen** zu benutzen. Diese Aufgabe ist unzweifelhaft nicht gelöst worden. Wir haben in dieser Beziehung einen Mißerfolg erlitten. Ich glaube aber nicht, daß Sie sagen können, daß Menschen oder Parteien an diesem Mißerfolg Schuld getragen haben. Wir waren nicht bereit, den passiven Widerstand bedingungslos aufzugeben. Wir waren bereit, einmal die Formel der englischen Regierung vom 19. Juli[28] anzunehmen, die in ganz anderer Weise die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet regeln wollte, als es das französische Gelbbuch[29] vorsah. Wir waren bemüht, weiter durch eine Politik der Regierung, die die Diskussion über den Grundgedanken des Memorandums vom 7. Juni[30] wiederaufnahm, die aber über die ganzen Gedanken der Garantie der Wirtschaft hinausging, indem sie die mittelbare Haftung gegenüber dem Staat in eine unmittelbare umwandelte, die Grundlage für eine internationale Anleihe und durch diese internationale Anleihe die Möglichkeit zu schaffen, die Besatzungsmächte aus dem Ruhrgebiet herauszubringen. Mit der Idee, Lösegeld für deutsche Freiheit zu zahlen, versuchten wir, eine Atmosphäre zu schaffen, die es möglich machte, die Aufgabe des passiven Widerstandes als ein Opfer bezahlen zu lassen, und zwar mit dem, was uns zunächst am Herzen lag, mit der

---

[28] Gemeint ist vermutlich die „Formel“ in der britischen Note vom 20. Juli 1923 an den französischen Botschafter in London (und die Vertreter der übrigen Siegermächte), in der Außenminister Curzon als Ausweg aus dem Ruhrkampf die Beendigung des passiven Widerstands vorschlug, sofern Deutschland im Gegenzug eine Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit im Hinblick auf die Reparationen und die Erleichterung der Ruhrbesatzung zugesagt werde. Text der Note in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,21, S. 426–432; in ihrer ursprünglichen englischen Fassung und in deutscher Übersetzung auch in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 90–97 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]).

[29] In Beantwortung der in der vorangegangenen Anm. genannten britischen Note hatte Poincaré nach Verständigung mit Belgien seinen Botschafter in London Curzon antworten lassen, daß jede Verhandlung mit Deutschland erst nach Abbruch des passiven Widerstandes erfolgen könne; das betreffende Schreiben an Saint-Aulaire vom 29. Juli 1923 wurde kurz darauf im Gelbbuch DOCUMENTS RELATIFS AUX NOTES ALLEMANDES S. 76–82 veröffentlicht. (Text des Schreibens in seiner ursprünglichen französischen Fassung und in deutscher Übersetzung auch in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 104–110 [vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 (dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs)]).

[30] Das deutsche Memorandum vom 7. Juni 1923, das von den deutschen diplomatischen Vertretern bei den Siegermächten übergeben wurde, in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 29–30 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]).

Freiheit der Gefangenen, mit der Wiedergabe der Heimat an die Vertriebenen[31] und später mit einer unter unserer Mitwirkung erfolgenden Wiederaufnahme der ganzen Arbeit im Ruhrgebiet.

Wir haben nach dieser Richtung Vorschläge unterbreitet, wir haben nach dieser Richtung Besprechungen eingeleitet. Die so hoffnungsvoll begonnenen Unterhaltungen wurden zum Abbruch gebracht durch die von dem französischen Ministerpräsidenten bei anderen Mächten durchgesetzte Forderung der bedingungslosen Aufgabe des passiven Widerstandes. In dieser Frage war eine völlige **Einheitsfront bei den Alliierten** vorhanden. Ich habe Vorwürfe gegen die Regierung nach der Richtung gehört, sie habe einen vollkommenen Kurswechsel vorgenommen, sie sei nicht in der Lage gewesen, den großen moralischen Erfolg der englischen Note vom 11. August[32] auszunutzen.

(Sehr richtig! bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei.)

Ja, es haben sich sogar einige Kritiker erhoben, die den Gedanken zum Ausdruck brachten: Wie konntet ihr erwarten, daß England an euch aktives Interesse nahm, wenn ihr euch selbst so schlapp zeigtet, den passiven Widerstand aufzugeben? Diejenigen, die diese Kritik aussprechen, würde ich doch bitten, einmal die Rede zu lesen, die Lord Curzon[33] gestern in der englischen Reichskonferenz[34] gehalten hat.

(Zurufe von der Deutschvölkischen Freiheitspartei: Ja, jetzt kann er nicht anders!)

– Verzeihen Sie! Sie haben die Rede anscheinend nicht richtig oder überhaupt nicht gelesen; denn Lord Curzon spricht nicht von der englischen Einstellung für jetzt, sondern er spricht – –

---

[31] Stresemann bezieht sich auf die geschätzten 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren, sowie auf die von französischen und belgischen Kriegsgerichten zu Haftstrafen Verurteilten.

[32] Text der britischen Note vom 11. August 1923, die an Frankreich und Belgien ging, in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,21, S. 467–482; in ihrer ursprünglichen englischen Fassung und in deutscher Übersetzung auch in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 124–140 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); eine Paraphrase in SCHULTHESS 64 (1923), S. 413–415.

[33] George Nathaniel, Earl (seit 1921: Marquess) Curzon of Kedleston (1859–1925), britischer Außenminister 23. Oktober 1919 – 22. Januar 1924, Lord President of the Council 1916–1919 und 6. November 1924 – 20. März 1925.

[34] Seit dem 1. Oktober 1923 tagte in London die Reichskonferenz von Vertretern Großbritanniens, der Dominions und der britischen Kolonien; eine Paraphrase der Rede, die Curzon am 4. Oktober 1923 über die Außenpolitik und insbesondere auch die Ruhrbesetzung und den Ruhrkampf hielt, in SCHULTHESS 64 (1923), S. 283.

(Erneute Zurufe von der Deutschvölkischen Freiheitspartei: Aber das kann er doch nicht sagen!)

– Ach du lieber Gott! Welche politische Auffassung! – Ich darf Ihnen noch das eine sagen

(Abgeordneter Ledebour[35]: Die Deutschnationalen hoffen auf den englischen Chauvinismus! Das ist doch Blödsinn! – Große Heiterkeit. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Meine Herren! Ich bitte doch, alle Zwischenrufe zu unterlassen.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: In dieser Rede, die ich zitiere, hat Lord Curzon nicht davon gesprochen, welchen Standpunkt die englische Regierung jetzt einnehme, sondern er hat davon gesprochen, welche Ratschläge die englische Regierung der Regierung Cuno zum Abbruch des passiven Widerstandes gegeben hätte. Ich darf Ihnen versichern, daß gerade in diesen Ideen der Gedanke enthalten war, ein früherer Abbruch des passiven Widerstandes hätte dazu führen können, daß wir ihn nicht bedingungslos abzubrechen brauchten.

(Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)

Darauf bezieht sich auch die ganz harte und zum Teil unparlamentarische Kritik, die Lord Curzon in den Epitheta, die er gebraucht, an die Fortsetzung des Widerstandes über den Zeitpunkt hinaus knüpft, an dem noch mit diesem Widerstand etwas zu erreichen war. Ich glaube, man darf daraus wohl das eine ersehen, daß es unrichtig ist, anzunehmen, wir hätten uns irgendeinen „Sekundanten“ verprellt, und zwar dadurch, daß wir eine einseitige Orientierung vorgenommen hätten.

Ich darf auch auf das hinweisen, was ich wiederholt an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht habe: Jede Idee, in der heutigen internationalen Situation von deutscher Seite aus einen Alliierten gegen den andern auszuspielen, wäre eine politische Dummheit, die sich an uns selber rächen würde.

(Lebhafte Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten. – Abg. von Graefe [Mecklenburg]: Das zu sagen, ist noch eine größere Dummheit!)

– Herr v. Graefe, das ist ein Werturteil, das ich meinerseits nicht unterschreibe.

[35] Georg Ledebour (1850–1947), Mitglied des Reichstags 1920–1924 (für die USPD; auch deren Vorsitzender).

(Zurufe aus der Mitte und von den Vereinigten Sozialdemokraten zu den Abgeordneten der Deutschvölkischen Freiheitspartei: Setzen! – Gegenrufe von der Deutschvölkischen Freiheitspartei: Sind Sie der Präsident! – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Meine Herren! Ich habe die Mitglieder der anderen Parteien bitten müssen, sich auf ihre Plätze zu begeben. Ich darf dasselbe auch in diesem Falle tun. Wenn keine Zwischenrufe erfolgen, kann ich ja dulden, daß die Herren vorne stehen bleiben. Sobald sich aber solche Zwischenrufe ergeben, geht das nicht.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Es ist ganz klar, daß in der gegenwärtigen internationalen Situation – ich wiederhole das – die einzige Möglichkeit der Lösung des Reparationsproblems nur besteht in einer Vereinbarung zwischen den Alliierten auf der einen Seite und Deutschland auf der anderen Seite.

(Zustimmung in der Mitte und links. – Zuruf rechts: Dann können wir lange warten!)

– Herr Graf Westarp[36], darf ich mal fragen: wollen Sie sich mit England allein vereinbaren? Glauben Sie, daß dann die Franzosen aus dem Ruhrgebiet herausgehen?

(Abgeordneter Graf v. Westarp: Ich habe ja gar nichts gesagt!)

– Dann bitte ich um Verzeihung; dann habe ich mich in der Adresse geirrt. Glaubt irgend jemand, daß hier ein Herausnehmen irgendeines Alliierten uns die Möglichkeit gäbe, damit die Ansprüche eines anderen abzutun? Möglich, daß Selbstinteressen der einzelnen Alliierten sie veranlassen könnte [!], sich einer zu starken Schwächung Deutschlands entgegenzustellen? Solche Selbstinteressen gibt es, sie werden sich aber nur im Zusammenwirken der Alliierten geltend machen und um so mehr sich geltend machen, um so weniger wir irgend jemanden anspornen, nach dieser Richtung hin etwas zu tun und damit vor aller Welt als Sekundant Deutschlands etwa zu erscheinen.

(Sehr gut! in der Mitte und links.)

Ich darf damit diesen Gedankengang zu Ende führen.

Ich darf aber dann weiter auf ein Zweites eingehen. Ich habe Ihnen offen zugestanden: es ist kein außenpolitischer Erfolg mit der Aufgabe des passiven Widerstandes erreicht worden. Aber ich verwahre mich dagegen, daß die Aufgabe des

[36] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1925–1928], für die Konservative Volkspartei 1930–1932).

passiven Widerstandes etwa von uns aus in Aussicht genommen wäre, von uns aus den Vertretern der besetzten Gebiete etwa so dargestellt worden sei, daß wir sagten: Wir geben den passiven Widerstand auf, weil wir glauben und wissen, daß dann der Weg ins Freie gegeben ist. Nein, meine Herren! Ehe der Entschluß der Reichsregierung gefaßt war, habe ich in einer Ansprache an die Vertreter der besetzten Gebiete[37] zum Ausdruck gebracht: Ich warne vor jeder Illusion, daß uns im jetzigen Zeitpunkt die Aufgabe des passiven Widerstandes die Erleichterung und Verständigung brächte, die wir wohl alle erhoffen, und ich habe ausgeführt: Ich bin nicht nur skeptisch, ich bin ganz stark pessimistisch nach dieser Richtung, und ich glaube, daß wir ganz schweren Zeiten entgegengehen, ganz schweren neuen Bedrückungen, und daß der Kampf gegen diese Bedrückungen vielleicht seinen Höhepunkt erst erreichen wird, wenn wir in die neue Phase eingetreten sind. – Ich darf darauf später eingehen. Ich verwahre mich deshalb nur dagegen, daß wir dem Gegner mehr getraut hätten als dem eigenen Volke. Wir wissen, was wir dem eigenen Volke zugemutet haben mit dem Abbruch des passiven Widerstandes. Das ist auch in dem Aufruf des Herrn Reichspräsidenten[38] zum Ausdruck gekommen. Wir haben nicht dem Gegner getraut, sondern wir haben den Widerstand aufgeben müssen, weil wir der Meinung waren, daß wir sonst sehenden Auges in den Abgrund in bezug auf unsere eigenen deutschen Verhältnisse hineinkommen würden.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.)

Meine Herren, man kann heute nicht diese materiellen Dinge einfach als quantité négligeable, als etwas Sekundäres auffassen. Wir haben uns wohl überlegt – auch das gestehe ich offen –, ob es nicht Möglichkeiten gäbe, den passiven Widerstand länger fortzusetzen, unter anderen Formen. Denn daß wir ihn Herrn Poincaré zu Liebe aufgegeben hätten, davon ist gar keine Rede: dem deutschen Volke zuliebe haben wir ihn aufgegeben, nicht dem französischen Ministerpräsidenten zuliebe.

(Lebhafte Zustimmung.)

---

[37] Stresemann bezieht sich hier vermutlich auf eine Besprechung mit Parteivertretern und Vertretern des besetzten Gebiets vom 24. September 1923; Protokoll (allerdings ohne die von Stresemann im folgenden genannten Warnungen) in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 334–338.

[38] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925. – Der Text des von Reichspräsident und Reichsregierung gemeinsam unterzeichneten Aufrufs vom 26. September 1923 u.a. in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 203–204; SCHULTHESS 64 (1923), S. 177–178.

Wenn wir mit seiner Weiterführung etwas hätten erreichen können, wenn wir uns gesagt hätten: Wird er weitergeführt, so bringt er uns deutsche Freiheit, dann hätten wir ihn weitergeführt, wenn er auf dieser Basis hätte aufrechterhalten werden können.

Aber so lagen die Dinge nicht! Schon früher ist von der Elastizität des Widerstandes gesprochen worden. Aus dem besetzten Gebiete selbst sagte man, daß die Starrheit des Widerstandes ihn in einzelnen Teilen zerbräche. Gleichzeitig forderten die anderen größere Aktivität. Neun Monate waren vergangen. Der Widerstand war keine Waffe mehr. Gleichzeitig aber brachte er uns in eine finanzielle Zerrüttung, die den Markverfall in seinem Endeffekt gar nicht mehr absehen ließ, so daß wir den Augenblick vor Augen sahen, wo überhaupt die deutsche Mark nicht nur im Auslande, sondern auch im Inlande aufhörte, irgendein Zahlungsmittel zu sein. Wir mußten uns sagen: Infolge **finanzieller Erschöpfung** müssen wir den **Kampf aufgeben,** weil alle die Folgen dieses Währungsverfalls sich dann nicht nur im besetzten, sondern auch im unbesetzten Deutschland geltend machen würden. Ich glaube, daß diese Gesichtspunkte und der Gedanke, daß eine Festung kapitulieren muß, weil sie keinen Proviant mehr hat oder weil die Zuführung von Proviant die Gefahr in sich birgt, daß das ganze Volk nachher nicht mehr in der Lage ist, sich zu ernähren, keine Sache ist, der man sich als nationaler Mann zu schämen hat,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei, in der Mitte und links.)

auch wenn man als nationaler Mann trauert, daß die Verhältnisse dahin gekommen sind.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Wenn deshalb die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt[39], der Kanzler, der das getan hätte, gehöre vor den Staatsgerichtshof, dann erkläre ich hier: ich bin gern bereit, mich vor jedem Staatsgerichtshof wegen dessen zu verteidigen, was ich getan habe!

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum, bei den Demokraten und bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)

[39] Stresemann bezieht sich vermutlich auf einen Kommentar in der RHEINISCH-WESTFÄLISCHEN ZEITUNG, Nr. 535 vom 30. September 1923, S. 1, in dem es in bezug auf die Aufgabe des passiven Widerstandes und konkret auf Stresemann heißt: „Das deutsche Staatsgericht wird, wenn erst das Volk zur Selbstbesinnung kam, sich auch dieses Ministers zu erinnern haben, an den sich hoffentlich kein Rächer voreilig heranmacht wie an [M. Erzberger,] den Unterzeichner von Compiègne und geistigen Vater der Versailler Unterwerfung“.

Ich möchte denjenigen, die diese Angriffe mit ihrer nationalen Gesinnung begründen, sagen: der Mut, die Aufgabe des passiven Widerstandes verantwortlich auf sich zu nehmen, ist vielleicht mehr national als die Phrasen, mit denen dagegen angekämpft wurde.

(Lebhafte Zustimmung und Beifall bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum, den Demokraten und bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)

Ich war mir bewußt, daß ich in dem Augenblick, wo ich das tat als Führer meiner Partei, die nach einer ganz anderen Richtung eingestellt war[40], damit nicht nur vielleicht die eigene politische Stellung in der Partei, ja das Leben auf das Spiel setzte. Aber was fehlt uns im deutschen Volke? Uns fehlt der Mut zur Verantwortlichkeit! Sonst würden die Wirtschaftler die Stellen in der Regierung einnehmen, sonst würde man den Mut haben, auch einmal gegen populäre Strömungen anzukämpfen.

(Stürmischer Beifall.)

Deshalb verwahre ich mich dagegen, daß hier in dieser Weise, wie es geschehen ist, davon gesprochen wird, als wenn alle diese Gründe, die ich hier nur mit Schonung angeführt habe in bezug auf die tatsächlichen Verhältnisse, aus irgendeiner Schlappheit des Willens herausgeboren wären, aus irgendeiner pazifistischen Einstellung, aus irgendeiner Vertrauensduselei gegenüber denen, die uns, weiß Gott, in ihrem Verhalten seit dem Friedensvertrag von Versailles[41] keinen Beweis davon gegeben haben, daß wir ihnen gegenüber irgendwie Vertrauen in ihre Gerechtigkeit haben können.

Wenn ich das hier zum Ausdruck bringe, so darf ich das eine doch sagen gegenüber manchem. Ich knüpfe da an Ausführungen an, die ich vorhin gemacht habe, daß es unrichtig ist, nun nachträglich, weil der Kampf verloren ist – denn er ist verloren, soweit der passive Widerstand in Betracht kam –, nun Kritik zu üben, als wäre der Kampf von vornherein eine falsche Idee gewesen, und etwa die Schuldfrage aufzuwerfen, wer uns in diese Situation geführt hätte.

(Unruhe und Zurufe von den Kommunisten.)

Wir kämpfen für die Idee. Die Idee unterlag der machtpolitischen Einstellung der Verhältnisse. Aber die Idee leuchtet weiter und hat der Welt das eine gezeigt, daß

---

[40] Zu den Vorstellungen in Teilen der DVP, ein Kabinett unter Ausschluß der SPD zu bilden, vgl. u.a. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 437–438, Anm. 10a u. S. 438–439, Anm. 13.

[41] Vom 28. Juni 1919; vollständiger Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

diejenigen die Welt belogen haben, die da sagten, daß im Rheinland ein deutscher Stamm sei, der sich freue, wenn Frankreich zu ihm käme, die da sagten, daß nur die Regierung und die Industrie die Arbeiter verhinderten, sich mit den Franzosen zu verbrüdern; sie hat der Welt gezeigt, daß ein solcher Kampf eines Volkes durch diese Zeit hindurch unter Bedrückungen, die seelisch schwerer zu ertragen sind als der Kampf im offenen Felde, nur von einem Volke geführt werden konnte, das in treuer Liebe auch in Not und Elend zu seinem deutschen Vaterlande steht.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

An dieser Idee, an der Bekundung dieser Ideengänge der Welt gegenüber kann gar nichts ändern, wenn **Separatisten** unter dem Schutz französischer Bajonette irgendeine Kundgebung in rheinischen Landen veranstalten.

(Sehr richtig!)

Was dort in diesen letzten Tagen geschehen ist, das zeigt ja doch gerade, wie wenig selbst diese Not und Zerrüttung des ganzen Lebens und die seelischen Peinigungen an der großen Einstellung des Volkes etwas geändert haben. Und danken möchte ich auch an dieser Stelle den Männern der **Schutzpolizei,** die dort in **Düsseldorf** gegenüber unerhörtester Vergewaltigung ihre Pflicht getan haben[42],

(stürmischer Beifall)

ihre Pflicht gegenüber denjenigen Mächten, die gezwungen gewesen wären, sie zu schützen gegen eine Bande, die von außen herangeführt wurde und die ihr diesen Harm hat angedeihen lassen.

(Lebhafte Zustimmung. – Unruhe und Zurufe von den Kommunisten.)

Nach dieser Richtung wird auch die Aufgabe des passiven Widerstandes nichts ändern. Dieser Beweis ist vor der Welt geliefert. Denen dafür zu danken, die alles erduldet haben, was er mit sich gebracht hat, und was weiter die Verhältnisse mit sich bringen, das ist, glaube ich, eine Pflicht, in der alle Parteien, in der das ganze Volk einig sein sollten.

(Anhaltender Beifall.)

---

[42] Am 30. September 1923 führte ein von Separatisten veranstalteter „Rheinischer Tag“ in Düsseldorf zu ersten bewaffneten Auseinandersetzungen und tödlichen Schießereien zwischen Separatisten, die entgegen dem Waffenverbot nicht von den französischen Besatzungssoldaten entwaffnet wurden, und deutschen Polizisten. Vgl. dazu u.a. die Agenturmeldungen und Korrespondentenberichte in der Wiener REICHSPOST, Nr. 269 vom 1. Oktober 1923, S. 1; Nr. 270 vom 2. Oktober 1923, S. 2; WIENER ZEITUNG, Nr. 224 vom 1. Oktober 1923, S. 3–4; Nr. 225 vom 2. Oktober 1923, S. 4.

Gestatten Sie mir, nach dieser Behandlung der Frage des passiven Widerstandes und seiner Aufgabe als solcher, einen kurzen Blick auf die **gesamte außenpolitische Lage** zu werfen! Wir haben noch keine Antwort auf das **deutsche Memorandum** vom 7. Juni erhalten,

(hört! hört!)

auch nicht von England!

(Hört! hört!)

Einigkeit der Alliierten besteht nicht über die Grundsätze dieser Antwort. Es scheint, daß ebenso wie manchmal die Einigkeit in Fraktionen über Formulierungen und Grundsätze nicht zu erreichen ist,

(Heiterkeit!)

auch sonst im diplomatischen Verkehr einheitliche Schriftstücke sehr schwer zu verfassen sind. Wir haben jedenfalls mit der Tatsache zu rechnen, daß selbst die starke Einstellung Deutschlands auf Gedankengänge, die in England verstanden wurden, daß selbst die bedingungslose Hingabe an die Entscheidung eines internationalen Schiedsgerichts, das weiteste, was man von einem Volk verlangen kann

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

an Selbstaufgabe dessen, was man sonst selbstverständliche Souveränitätsrechte nennt, daß selbst das uns nicht dahin gebracht hat, irgendwie zu einer gemeinschaftlichen Basis der Verhandlungen mit den Alliierten zu kommen.

Die Behandlung, die Deutschland seit dem Friedensvertrag erfahren hat, dauert in ähnlicher Form fort. Sie hat sich auch nicht geändert, seitdem der passive Widerstand aufgegeben worden ist.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wir waren bereit, Verhandlungen aufzunehmen über die Fragen, wie das Leben im besetzten Gebiet wieder hergestellt werden sollte. Wir waren bereit, Verhandlungen über Reparationen wieder aufzunehmen, und ich darf wohl sagen: **unsere Angebote** sind das Weitestgehende, was jemals ein Volk angeboten hat.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Sie gehen hinaus über den Friedensvertrag

(hört, hört! bei den Deutschnationalen)

– gewiß, meine Herren, darüber ist gar kein Zweifel –, sie gehen hinaus über die Bindungen, die der Friedensvertrag uns auferlegt, die lediglich das Vermögen des Reichs und der Länder unmittelbar haftbar machen[43]

(sehr richtig!)

sie haben den ganz großen Gedanken aufgegriffen, auch das Vermögen der Privatwirtschaft haftbar zu machen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und bei den Vereinigten Sozialdemokraten)

um, wenn es sein muß, durch Schuldknechtschaft der eigenen Wirtschaft herauszukommen aus der Knechtschaft des ganzen Volkes.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Trotzdem sind auch diese weitestgehenden Angebote bisher nicht irgendwie Grundlage der Weiterentwicklung der Verhältnisse geworden.

Es gibt kein Buch traurigerer Erinnerungen als die Denkschrift der Reichsregierung über die Angebote Deutschlands an die alliierten Mächte[44].

(Zustimmung und Bewegung.)

Das ist ein Stück Weltgeschichte, bei dem, glaube ich, der Ruhm nicht auf der Seite derjenigen ist, deren Antworten in diesem Buche fehlen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, wir sind auch Vorschlägen anderer Mächte nähergetreten. Insbesondere haben wir die Anregung des **belgischen Graubuchs**[45] wegen Schaffung

---

[43] Stresemann bezieht sich hier offenbar auf Art. 248 des Versailler Vertrags, dessen Interpretation allerdings zwischen Deutschland und Frankreich strittig war: „Unter Vorbehalt der von dem Wiedergutmachungsausschuß etwa bewilligten Ausnahmen haften der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiedergutmachung und aller anderen Lasten […]“ (VERTRAG VON VERSAILLES, S. 130).

[44] Vermutlich meint Stresemann hier das deutsche Memorandum vom 7. Juni 1923, in dem verschiedene deutsche Angebote über Leistungen für Reparationen aufgeführt sind; zum Druckort vgl. oben Anm. 30.

[45] Am 9. Juni 1923 hatte der belgische Außenminister als Anlage zu einem Erlaß an die Botschaft in London einen detaillierten Plan versandt, nach dem Deutschland u.a. durch Schaffung von Konsumgütermonopolen und verschiedene andere Maßnahmen seine Reparationsverpflichtungen erfüllen könnte; das betr. Schreiben wurde regierungsamtlich im Spätsommer im „Graubuch“ (DOCUMENTS DIPLOMATIQUES RELATIFS AUX RÉPARATIONS S. 31–41) veröffentlicht. (Wiederabdruck nach der ursprünglichen französischsprachigen Fassung und in deutscher Übersetzung auch in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 33–56 [und vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 (dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs)]).

von Finanz- und Wirtschafsmonopolen mit großen jährlichen Erträgen von uns aus tätig weiter verfolgt. Man hat sich in der französischen Presse, die sich ja fast Tag für Tag damit beschäftigt – der „Temps“ ist ein reines Lesebuch über deutsche Politik, vom französischen Standpunkt aus gesprochen – ich sage: man hat in der französischen Presse gelesen, Deutschland habe keine Details für diese Vorschläge gegeben. Ich darf doch demgegenüber darauf hinweisen, daß Besprechungen, die sich auf Details bezogen, ihr Ende mit der Erklärung fanden, daß man über Details erst sprechen könnte, wenn der passive Widerstand aufgegeben sei,

(aha! und hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschnationalen)

und daß sich trotzdem gar nichts an dieser Situation dadurch geändert hat. Nein, Frankreich weiß ganz genau, daß es jederzeit in der Lage wäre, von uns die Details zu erhalten, wenn es selbst auf die Details Wert legen würde.

(Sehr gut!)

Meine Herren, wir haben den passiven Widerstand aufgegeben, aber wir haben nicht aufgegeben die Forderung nach der **Aufrechterhaltung der deutschen Souveränität,** die Forderung der **Wiederverfügung über das Ruhrgebiet,** und wir werden niemals aufgeben den **Kampf für die Menschheitsrechte der Vertriebenen und der Gefangenen.**

(Stürmischer Beifall.)

Der Vorwurf der Kapitulation wäre erst dann berechtigt, wenn die Regierung von diesen Grundsätzen abgewichen wäre.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Regierung denkt gar nicht daran, auch nur das Geringste von diesen Grundsätzen ihrerseits aufzugeben.

(Lebhafter Beifall.)

Ob man von diesen Grundsätzen dann, wenn es sich tatsächlich um die Erledigung der politischen Fragen handelt – denn der passive Widerstand war eine innerdeutsche Angelegenheit, über die wir zunächst zu entscheiden hatten –, ob man dann, wenn es sich um die Endentscheidung handelt, hier etwas aufgibt, daran möge man ermessen, ob wir zu einer Kapitulation bereit sind oder nicht;

(Beifall)

nicht aber an der Frage der Aufgabe des passiven Widerstands.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, wir sind noch heute ohne offizielle Antwort auf unsere **Anfrage**[46] wegen gemeinschaftlicher Verhandlungen **über die Wiederherstellung geordneter Zustände im besetzten Gebiet.** Wir werden diese Anfrage wiederholen, um Klarheit zu schaffen. Irre ich nicht, dann geht das Bestreben Frankreichs dahin, von sich aus ohne Fühlungnahme oder Verhandlungen mit der deutschen Regierung die Dinge dort selbst in Ordnung zu bringen. Das zeigen namentlich die Vorgänge in bezug auf die französische Regie[47], in bezug auf die Forderung, die sie bezüglich des Eintritts deutscher Beamter stellt. Es ist allerdings unklar geworden, ob die Mitteilungen, die uns über die **Forderung eines körperlichen Eides** geworden sind, wirklich der Auffassung der französischen Regierung entsprechen. Die „Agence Havas“[48] dementiert offiziös, daß ein derartiger Eid gefordert werden würde. Ich würde es begrüßen, wenn diese offiziöse französische Auffassung die richtige wäre. Denn eines wollen wir doch betonen, gleichgültig, ob wir jetzt in der Lage sind, denen zu helfen, die bis in die letzten Tage hindurch unter weiteren Bedrückungen, Ausweisungen und anderem dulden: unser ist der Boden, unser ist das Land, und unser ist die Hoheit in diesem Lande.

(Stürmischer Beifall.)

Das ist, das bleibt stehen, und das soll bis in alle Zukunft so bleiben.

(Erneuter Beifall.)

---

[46] Stresemann hatte am 27. September 1923 die diplomatischen Vertreter in Berlin über die Aufgabe des passiven Widerstands informiert. „Mit französischem Botschafter ist dabei auch Frage näher besprochen worden, welche Schritte Alliierte nunmehr tun würden.“ (Telegraphischer Runderlaß Maltzans in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 422.) Im Gespräch mit dem französischen Botschafter Margerie am 29. September 1923 wich dieser der Frage über die Aufnahme von Verhandlungen aus: Maltzan gewann den Eindruck, als ob Poincaré „mit Hilfe der Arbeiter und Beamten niederer und mittlerer Kategorien das Ruhrgebiet selber in die Verwaltung nehmen“ wolle (Aufzeichnung Maltzans: ebd., S. 432–434).

[47] Anfang März 1923 hatten die Besatzungsmächte durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) eine eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten an die Stelle der deutschen Eisenbahnverwaltung gesetzt. – Zu dem (vermeintlich oder tatsächlich) geforderten Eid deutscher Eisenbahner beim Eintritt in die Régiebahn vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 419 mit Anm. 7.

[48] Zu dieser Meldung der französischen Nachrichtenagentur „Havas“ vgl. ebd., Stresemann II, S. 489 mit Anm. 3.

Sind die Erklärungen richtig, die der Herr französische Ministerpräsident Herrn Baldwin[49] gegeben haben soll, daß er keine Annexion, daß er keine Beeinträchtigung territorialer Hoheit versuchen würde[50], dann, glaube ich, hat der Herr französische Ministerpräsident die beste Gelegenheit, vor der ganzen Welt diejenigen Zweifler zum Verstummen zu bringen, die an seinen Worten gedeutelt haben, indem er bei den Verhandlungen über Wiederherstellung der Verhältnisse im Ruhrgebiet und im Rheinland zeigt, daß es ihm mit diesen Worten ernst gewesen ist.

(Sehr richtig!)

Man spricht immer davon, **Deutschland** müsse erst seinen **guten Willen** zeigen. Ich darf doch einmal das eine fragen: über das hinaus, was wir angeboten haben, zu leisten und zu erfüllen, in den Angeboten des Memorandums vom 7. Juni, in dem, was ich erwähnt habe, über Finanzmonopol und anderes, was soll denn eigentlich Deutschland, darüber hinaus auch nur theoretisch zu leisten, sich in seiner Phantasie einbilden? Es ist doch das Letzte, was ein Volk überhaupt anbieten kann. Man spricht von unserem guten Willen, den wir zeigen könnten. Ich hätte die Empfindung nach den Verhältnissen der letzten Monate, daß Frankreich einige Veranlassung hätte, zu zeigen, daß es guten Willen hat, hier keine Gewaltpolitik zu treiben, sondern wirklich eine Politik der Verständigung gegenüber der Welt zum Ausdruck zu bringen.

(Sehr gut!)

Unser Wille ist: Verständigung und Frieden. Aber es gibt eine Grenze der Geduld des deutschen Volkes. Das haben diejenigen Erregungen bewiesen, deren Zuckungen wir gerade auch in dieser Zeit erlebt haben, allerdings in Auswirkungen, die wir nicht billigen, die wir verurteilen, die aber niemals hätten entstehen können, wenn nicht die Saat durch die Gewaltpolitik gestreut worden wäre, die gegen Deutschland in den letzten Jahren betrieben worden ist.

---

[49] Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923.

[50] Baldwin und Poincaré waren am 19. September 1923 in Paris zusammengetroffen; von englischer Seite wurde anschließend in einem Kommuniqué die vollständige Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen betont (vgl. die Paraphrase des Kommuniqués in SCHULTHESS 64 [1923], S. 282). Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Hoesch, berichtete telegraphisch, daß er von einem „Gewährsmann“ von der Zusicherung Poincarés an Baldwin erfahren habe, wonach der französische Ministerpräsident „Ruhroccupation nur als Mittel zum Zweck ansehe, Rückkehr zur occupation invisible beabsichtige und nicht auf Zerstückelung Deutschlands hinarbeite“ (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 404–405; Zitat: S. 404). Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf diese Nachrichten. – Eine Aufzeichnung Baldwins über sein Gespräch mit Poincaré, in der entsprechende Zusicherungen nicht enthalten sind, findet sich in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,21, S. 529–535.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich sage, eine nationale Erregung über den Ausgang des Ruhrkampfes ist nur zu begreiflich. Bedauerlich ist die Verkennung des Standpunktes der Regierung, die Verwechslung der Idee der Aufgabe des passiven Widerstandes mit der Aufgabe des Kampfes für Freiheit von Rhein und Ruhr. Es ist aber weiter tief bedauerlich, daß in einer solchen Zeit, die die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert, **subversive Tendenzen** das Reich von innen bedrohen.

(Sehr gut!)

Glaubt man denn wirklich durch derartige Tendenzen, glaubt man denn wirklich auch durch das Hereintragen von Verfassungsfragen, durch das Hereintragen von Ideen der Diktatur, glaubt man wirklich durch tatsächliche Auflehnung, wie wir sie erlebt haben, glaubt man tatsächlich durch tägliche Aufrufe, die man in das Volk hinausschleudert, das schon genug erregt ist durch das, was es an sich sehen muß, glaubt man wirklich dadurch die Zeit zu bändigen, in der wir heute unsererseits leben? Niemals dürften dynastische Fragen, Fragen der Staatsform oder Fragen der Parteien dem Gesamtempfinden ferner stehen als heute, wo das Reich sich in dieser Notlage befindet.

(Zustimmung.)

Meine Herren! Wir sind durch die Verhältnisse, die sich gezeigt haben, in die Notwendigkeit versetzt worden, den **Ausnahmezustand** in schärfster Form zu verhängen[51]. Daß die Verhängung notwendig war, daß sie auch kein Bluff oder eine Geste sein sollte, daß sie nicht etwa irgendein innenpolitischer Versuch der Regierung war, ihre Situation irgendwie zu bessern, sondern daß er [!] ausging von der großen Sorge um die Verhinderung von Vorgängen, die uns in einen Krieg der Bürger gegen die Bürger hineinbrächten, das zeigen doch die blutigen Vorgänge der letzten Tage, auf die ich nachher noch zurückkomme.

[51] In Reaktion auf verschiedene Putschgerüchte und insbesondere in Reaktion auf den im folgenden genannten bayerischen Ausnahmezustand hatte Reichspräsident Ebert am 26. September 1923 auf der Grundlage von Art. 48 der Reichsverfassung eine bereits am Tag zuvor entworfene Verordnung über den Ausnahmezustand im gesamten Deutschen Reich erlassen und die vollziehende Gewalt an den Reichswehrminister übertragen, der sie seinerseits an die Reichswehrkommandeure in den einzelnen Wehrbezirken übertrug; Text der Verordnung u.a. in REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 905–906.

Auch die **bayerische Regierung** hat zur Verhängung des Ausnahmezustandes greifen müssen[52].

(Zuruf von den Kommunisten: Müssen ist sehr gut!)

– Meine Herren, ich glaube, daß die Bewegungen, die in Bayern vor sich gehen und die oft angekündigt haben Märsche von Bayern nach Berlin und alle möglichen andern Dinge, an sich durchaus die Notwendigkeit geben konnten, den Ausnahmezustand zu verhängen, um dieser Bewegung Herr zu werden.

(Fortgesetzte Rufe von den Kommunisten. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Ich bitte, die Unterbrechungen zu unterlassen.

(Erneute Zurufe des Abgeordneten Remmele[53].)

Herr Abgeordneter Remmele, ich rufe Sie zur Ordnung.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Dadurch ist ein Nebeneinander des bayerischen und des deutschen Reichsausnahmezustandes entstanden. Die Rechtslage über das Nebeneinander der beiden Ausnahmezustände kann nicht zweifelhaft sein[54]. Die für das ganze Reichsgebiet erlassene Verordnung des Reichspräsidenten ist Teil des Reichsrechts und geht dem Landesrecht in jeder Form, also auch einer landesrechtlichen Verordnung nach Artikel 48 Absatz 4[55] vor.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das Recht der Landesregierungen nach Artikel 48 Absatz 4, für ihr Gebiet einstweilen Ausnahmen zu treffen, ist nur ein provisorisches Recht und muß nach Sinn und Wortlaut hinter dem allgemeinen und endgültigen Recht des Reichspräsidenten nach Artikel 48 Absatz 2[56] zurücktreten. Wir würdigen die besonderen Verhältnisse der

---

[52] Ebenfalls am 26. September 1923 hatte die bayerische Regierung den Ausnahmezustand für Bayern verhängt und den ehemaligen Ministerpräsidenten von Kahr zum Generalstaatskommissar und Inhaber der vollziehenden Gewalt ernannt; Text der Verordnung u.a. in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 388–389.

[53] Hermann Remmele (1880–1939), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die USPD 1920; für die KPD 1920–1933).

[54] Zur Diskussion des Kabinetts über das Nebeneinander von bayerischem und Reichsausnahmezustand vgl. den betreffenden Teil im Protokoll der Kabinettssitzung vom 27. September 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 380–385).

[55] Art. 48, Abs. 4 der Weimarer Reichsverfassung von 1919 lautet: „Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 [vgl. die folgende Anm.] bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen.“

[56] Art. 48, Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung von 1919 lautet: „Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorüber-

gegenwärtigen Lage in Bayern, die die bayerische Regierung veranlaßt haben, sich stützen zu wollen auf eine Verfügung, die aus bayerischem Recht, aus der bayerischen Landeshoheit selbst hervorgegangen ist. Aus diesem Grunde haben wir unsererseits davon abgesehen, eine Aufhebung der bayerischen Verfügung zu fordern. Wir hoffen, daß ein Nebeneinander der beiden Verfügungen möglich ist, bei der unsere Aufgabe ist, das Recht des Reichs zu schützen, sobald Rechte des Reichs irgendwie dabei in Gefahr kommen, verletzt zu werden.

(Zuruf von den Kommunisten: Glatte Kapitulation!)

– Meine Herren, es ist sehr interessant, daß das Wort Kapitulation bald von der einen, bald von der anderen Seite kommt. Lassen Sie mich doch hier ein allgemeines Wort einmal sprechen. Wir leben in einer Zeit, in der die verschiedenen Länder des Reichs eine ganz verschiedene wirtschaftliche, soziale und politische Struktur zeigen. Das ist nicht nur in bezug auf Bayern der Fall; das ist auch der Fall in bezug auf andere Länder, die ebenso abweichen von der Auffassung etwa, die hier sich in der Gesamtzusammensetzung des Reiches zeigt, wie etwa Bayern in seiner Auffassung abweicht von der Auffassung, die hier ist. Ich würde es für eine ganz falsche Staatskunst halten, hier lediglich das Reich auszuspielen gegen die Länder, sondern ich bin der Meinung, daß hier bis zur Grenze des Rechts Reich und Länder zusammenwirken müssen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nur dann wird das Reich bestehen, nur dann wird das Reich sich stützen können auf diejenigen föderalistischen Kräfte, die auch notwendig sind, um das Reichsganze zu bilden.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei. – Zuruf von den Kommunisten: Verbeugung vor dem Faszismus!)

– Es gibt ja auch Länder, in denen Sie (zu den Kommunisten) eine Rolle spielen mit Ihrer Partei, und diese Länder haben sich über schlechte Behandlung durch das Reich auch noch nicht beklagen dürfen. Sie brauchen die Dinge deshalb nicht so einseitig darzustellen.

(Erneute Zurufe von den Kommunisten. – Glocke des Präsidenten.)

---

gehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.“

Präsident Löbe: Meine Herren, ich bitte noch einmal, Ihre Einwände für Ihre eigene Rede vorzubehalten. Diese dauernden Zwischenrufe machen es dem Herrn Reichskanzler unmöglich, sich verständlich zu machen. Ich werde sie als ordnungswidrig rügen. Das Haus will den Reichskanzler jetzt hören.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Meine Herren! Ich darf aber auf das eine hinweisen, was meiner Meinung nach auch gerade von den bayerischen Interessen aus nicht geduldet werden kann. Das ist die **Zügellosigkeit,** in der man dort vielfach in einzelnen Kreisen glaubt Institutionen angreifen zu können, die heraus bleiben müssen aus dem politischen Kampf. Damit meine ich nicht die Reichsregierung als solche. Ich bin Kummer gewohnt und nehme die Dinge nicht immer schwer wie vielleicht Menschen, die nicht im parlamentarischen Leben gestanden haben. Ich nehme aber davon aus den Reichspräsidenten. Der **Reichspräsident** ist die Versinnbildlichung der obersten Spitze des deutschen Volkes. Wer daran denkt, auf Grund der Verfassung einmal dort an dieser Stelle Persönlichkeiten zu sehen, die ihm näher stehen, der sorge zunächst dafür, daß die Institution als solche geachtet werde, gleichgültig, wer der Inhaber dieser Gewalt ist.

(Bravo! in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)

Dann ein Zweites. Ich habe im „Völkischen Beobachter“ einen Aufsatz gelesen[57], der sich gegen den **Chef der Heeresleitung**[58] wendete, der davon sprach, es sei das Unglück des deutschen Volkes, daß es Offiziere gäbe, die an den nationalen Charakter des Generals von Seeckt glaubten. Ich möchte jedoch einmal die Frage stellen: was würde denn die alte bayerische Armee von ihrem alten Standpunkte dazu gesagt haben, wenn man gewagt hätte, in dieser Weise das Vertrauen zwischen Offizier und Befehlshaber zu erschüttern?

---

[57] Der „Völkische Beobachter“ war die Parteizeitung der NSDAP. Der betreffende Artikel war am 27. September 1923 erschienen (VÖLKISCHER BEOBACHTER, Nr. 199 vom 27. September 1923, S. 1; Wiederabdruck u.a. in HITLER-PUTSCH S. 74–76, Anm. 71). – Die dortigen Angriffe auf Stresemann, die Reichswehrführung und insb. Seeckt boten dem Inhaber der vollziehenden Gewalt, Reichswehrminister Geßler, am 28. September 1923 den Anlaß, den Völkischen Beobachter zu verbieten (Text des Fernspruchs nach München u.a. ebd., S. 185–186). Die Nichtdurchführung dieses Verbots durch General von Lossow, den bayerischen Landeskommandanten, der sich auf den Einspruch des bayerischen Generalstaatskommissar Kahr berief (vgl. sein Telegramm an Geßler vom 1. Oktober 1923: ebd., S. 186), führte zur weiteren Eskalation der Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern in der Folgezeit. Vgl. dazu auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 410 mit Anm. 2.

[58] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP).

(Sehr gut! in der Mitte.)

Das ist die Aufgabe jeder Autorität nach alten oder nach neuen Begriffen. Das ist eine unverantwortliche Hetze, der jeder anständige Mensch mit aller Entschiedenheit entgegentreten muß.

(Lebhaftes Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Gegenüber den mancherlei Zersetzungserscheinungen, die sich bei uns zeigen, sollten wir uns ein Beispiel nehmen an der Art, wie im besetzten Gebiet über die Parteien hinaus sich der Gedanke der nationalen Einheit im besten Sinne des Wortes in der großen Kundgebung in Köln[59] gezeigt hat, einer positiven Kundgebung für Deutschland, und in der stillen Abwehr gegen Kundgebungen wie die in Düsseldorf[60]. Ich bedauere so tief, daß der Kampf gegen den Staat geführt wird, weil man die Parteien nicht mehr hat, die zu irgendeiner Zeit etwa den Staat regieren. Welche Parteien regieren, und welche Regierungen da sind, das ist Episode in der Geschichte; aber ob das Deutsche Reich und der Staat bleibt, das wird Epoche sein in der Entwicklung unseres Volkes.

(Beifall.)

Wenn es verbrecherische Naturen gibt, die in der heutigen Zeit glauben, daß das die Gegenwart wäre, in der man gegen diesen Staat anrennen könnte, um ihn aus den Angeln zu heben durch Aufreizung, durch Gewalt, dann lehne ich es ab, darin irgend welche nationalen Beweggründe zu sehen.

(Sehr gut! bei den Vereinigten Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Die Hand unserer Gegner hat uns schwer genug getroffen. Sorgen wir doch dafür, daß wir nicht durch unsere eigenen Hände das Grab weiter schaufeln, das manche schon vor ihrem geistigen Auge sehen, wenn sie sich die Entwicklung vergegenwärtigen, in der wir stehen.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß man auch die Verhältnisse betrachten, die sich beispielsweise in **Küstrin** ergeben haben, die ein **Eingreifen der Reichswehr** erforderten[61]. Ich habe keine Veranlassung, besonders der Reichswehr dieserhalb

---

[59] Am 30. September 1923 hatte in Köln, dem Hauptort der britischen Besatzungszone, eine Kundgebung stattgefunden, bei der die Reichseinheit beschworen wurde (vgl. etwa die Agenturmeldung in der Wiener REICHSPOST, Nr. 269 vom 1. Oktober 1923, S. 1).

[60] Gemeint ist der am 30. September 1923 von Separatisten veranstaltete „Rheinische Tag“ in Düsseldorf; vgl. oben mit Anm. 42.

[61] In Küstrin hatten am 1. Oktober 1923 unter der Anführung des Majors a.D. Bruno Ernst Buchrucker Angehörige der „Schwarzen Reichswehr“ (eine von der Reichswehr ausgestattete und als „Arbeits-

Dank zu sagen; denn es war ihre Pflicht, was sie getan hat. Aber feststellen möchte ich das eine, daß sie damit auch diejenigen zum Schweigen gebracht hat, die oft das Vertrauen zur Reichswehr in Frage stellen zu können glaubten. Das Reichskabinett hat schon früher in einem Ihnen bekannten Befehl des Reichswehrministeriums[62] dieses Vertrauen zum Ausdruck gebracht, und ich möchte wünschen, daß wir alle die Reichswehr, die ein Instrument des Staates ist, unsererseits aus den politischen Kämpfen herauslassen, wie wir erwarten, daß die Reichswehr sich von allen politischen Kämpfen fernhält.

(Zustimmung in der Mitte.)

Daß sie ihre Pflicht tut, wenn ihr der Befehl erteilt wird, das hat sie bewiesen. Damit sollten auch die Angriffe aufhören, die so oft gegen sie gerichtet worden sind. Wir brauchen ein Vertrauensverhältnis der Reichswehr zu allen Parteien. Sie ist Instrument des deutschen Volkes, ist nicht Instrument irgendeiner Partei. Deshalb muß sie aber auch geschützt sein gegen falsche Anschauungen.

(Unruhe und Zurufe bei den Kommunisten.)

– Meine Herren, Sie haben doch kein Recht, überhaupt über Instrumente des Staates mitzureden; denn Sie stehen doch gar nicht auf dem Boden des Staates.

(Bravo! bei den Koalitionsparteien.)

Wir gehen doch von einer ganz anderen Grundlage aus. Sie hätten das Recht, diese Institutionen zu kritisieren, wenn Sie sich auf den Boden stellten, daß Sie überhaupt diesen Staat Ihrerseits wollten.

(Zurufe des Abgeordneten Ledebour. – Gegenrufe bei den Vereinigten Sozialdemokraten. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Ich bitte, solche Auseinandersetzungen zu unterlassen!

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Diejenigen, die dort in Küstrin Aufrührer gewesen sind, werden die Schärfe des Gesetzes fühlen. Das Sondergericht ist eingesetzt. Es

---

kommando“ getarnte, überwiegend aus ehemaligen Freikorps-Männern rekrutierte „Reservearmee“) einen Putschversuch unternommen, der jedoch schnell niedergeschlagen wurde. Vgl. dazu AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 425–426, auch zu der nachfolgend von Stresemann angesprochenen juristischen Verfolgung. – Die den Zusammenhang mit der „Schwarzen Reichswehr“ kaschierende „Amtliche Darstellung“ in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 207–208.

[62] Der betreffende Befehl wurde nicht ermittelt. Möglicherweise steht er aber im Zusammenhang mit der öffentlichen Warnung der Reichsregierung vor Putschversuchen vom 22. September 1923, der mit dem vermutlich im Hinblick auf die Reichswehr zu verstehenden Satz endet, daß sie widrigenfalls die ihr „genügend zur Verfügung stehenden Machtmittel“ einsetzen werde (Text der Erklärung in SCHULTHESS 64 [1923], S. 176).

entspricht der Anwendung des Ausnahmezustandes. Die Vorgänge in Küstrin, die Niederwerfung des Aufstandes, die Einsetzung des Sondergerichtes zeigen, glaube ich, daß die Regierung gewillt ist, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Manche, die in der Presse glaubten, daß ihr diese Energie fehle, die ihre Leitartikel am liebsten mit der Überschrift versahen: Handeln, Nicht reden! – können vielleicht angesichts dieser Tatsachen einmal erkennen, daß die Regierung durchaus gewillt ist, wenn sie davon spricht, daß sie mit der Staatsautorität nicht Schindluder treiben läßt, auch diesem Worte die Tat zur gegebenen Stunde folgen zu lassen.

(Bravo! bei den Koalitionsparteien. – Zurufe von den Kommunisten.)

Meine Herren, ich will mich dann den **inneren Verhältnissen** zuwenden,

(Abgeordneter Koenen[63]: Was machen Sie gegen die bewaffneten Banden in Bayern? – Rufe: Ruhe!)

insbesondere zu den **Fragen der Wirtschaft und der Finanzen.**

(Abgeordneter Koenen: Und die bayerische Frage?)

– Ich nehme an, daß Sie die anschneiden werden; dann gibt sich ja Gelegenheit, darüber zu sprechen. Meine Herren, ich brauche Ihnen keinen ausführlichen Status über die finanziellen Verhältnisse zu geben. Ich darf nur sagen, daß sich in einem so rapiden Ausmaß das Zurückbleiben der Reichseinnahmen gegenüber den Reichsausgaben weiterhin zeigt, auch wenn demnächst die zunächst für die Übergangszeit fortgeführte Unterstützung des besetzten Gebietes fortfällt, daß ohne ganz tiefeingreifende Maßnahmen auf dem Gebiete der Steuern überhaupt gar keine Aussicht für irgendeine Ordnung der Finanzen besteht. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn die Ministerpräsidenten der Länder zum Ausdruck bringen, wie schwer einzelne Steuern ihre Landesgenossen treffen. Aber einmal ist diese Härte der Steuern nicht auf einzelne Länder beschränkt, sondern sie trifft doch alle. Zweitens bitte ich Sie, sich doch einmal in die Seele eines Finanzministers hineinzuversetzen, der davorsteht, daß überhaupt nur ein sehr geringer Bruchteil des Staatsbedarfes durch Steuern aufgebracht wird, und dem man dann zumutet, einigermaßen leichter Hand auf die wichtigsten Steuereinnahmen verzichten zu sollen.

Wir haben durch den Erlaß vom 29. September dieses Jahres[64] ausdrücklich die Berücksichtigung leistungsschwacher Steuerzahler zum Ausdruck gebracht. Ob wir

[63] Wilhelm Koenen (1886–1963), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die USPD 1919–1920, für die KPD 1920–1932).

darüber hinaus zu Erleichterungen oder Aufhebungen kommen werden, das wird sich vor allem dann zeigen, wenn wir uns klar darüber geworden sind, ob wir dem Währungsverfall selbst werden entgegentreten können durch diejenigen Maßnahmen, die Sie kennen, auf die ich im einzelnen nicht eingehe, vor allem durch die Maßnahme der Schaffung eines wertbeständigen Geldes als des schärfsten Mittels gegen die Inflation, in der wir stehen. Ich darf aber in bezug auf das Verhältnis von Ländern und Reich eine weitere Erklärung abgeben, die die Reichsregierung auf Vorschlag des früheren Reichsfinanzministers[65] gebilligt hat, und die ein Problem anschneidet, das neulich auch die „Bayerische volksparteiliche Korrespondenz“[66] in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen gestellt hat. Das Reich ist heute steuerlich in einer ganz einzigartigen Lage. Es hat nicht nur für seine eigenen Ausgaben aufzukommen, sondern auch für einen großen Teil der Ausgaben der Länder und Kommunen, ohne daß es wirksame Kontrollmaßnahmen darüber hat, wie diese Mittel eigentlich verwendet werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nach Auffassung des Kabinetts kann wirkliche Abhilfe nur durch eine **grundlegende Änderung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Kommunen** geschaffen werden.

(Sehr richtig! rechts, in der Mitte und links.)

Das setzt voraus, daß die Länder wieder die volle Verantwortung für ihre Ausgaben allein übernehmen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dazu bedürfen sie der Verfügung über eigene Einnahmequellen. Den Ländern müssen also wieder eigene Steuerquellen erschlossen werden,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

deren Ausschöpfung sie in den Stand setzen wird, ihre Aufgaben zu erfüllen, und das Reich wird sich dann wieder mehr auf die Bearbeitung seiner eigentlichen Staatsaufgaben beschränken können. Bis zur Durchführung dieser grundlegenden Reform

---

[64] Der betreffende Erlaß konnte nicht ermittelt werden.

[65] Rudolf Hilferding (1877–1942), Reichsfinanzminister 13. August – 6. Oktober 1923 und 28. Juni 1928 – 21. Dezember 1929; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1933 (für die SPD). – Zum nachfolgend erläuterten Vorschlag Hilferdings vgl. die betreffende Passage in der Kabinettssitzung vom 1. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 426–427).

[66] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

wird eine Lösung in der Richtung gesucht werden müssen, daß sich die Länder ebenso wie das Reich durch Kontingentierung der von ihnen noch zu verwendenden Mittel zur äußersten Sparsamkeit zwingen. Dazu gehört, daß keine Gesetze mehr verabschiedet werden, die neue Belastungen bringen,

(sehr richtig!)

daß keine neuen Behörden und Beamte eingesetzt werden,

(sehr gut!)

daß keine neue[n] Verwaltungsarbeiten übernommen werden. Dazu gehört ein Abbau der alten Gesetze, dazu gehört ein Abbau der jetzigen Verwaltung und die Beseitigung überflüssig gewordener Behörden.

Meine Herren, das ist die einmütige Auffassung des Kabinetts[67], und ich glaube doch, daß man da, wo man in einer gewissen Verallgemeinerung von liebgewordenen Begriffen von der Berliner Regierung immer nur in Gänsefüßchen spricht und dieser Regierung, wie ich glaube, nicht gerade ein hundertprozentiges Vertrauen entgegenbringt, sachlich und objektiv doch vielleicht anerkennen kann, daß kaum jemals eine Regierung in bezug auf diese Regelung der Dinge sich derartig auf den Standpunkt gestellt hat, eine verloren gegangene Selbständigkeit wieder aufzubauen, wie wir gewillt sind, diesen Weg gemeinschaftlich mit den Ländern zu gehen. Ich sehe hier das wichtigste Moment gerade im Psychologischen. Es geht nicht an, daß jemand Ausgaben machen kann, ohne selbst zu kontrollieren, wie weit seine Verantwortlichkeit das zuläßt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das muß zur Verschwendung, muß auf der anderen Seite zur Aushöhlung des Reiches führen. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinschaftlich gehen, und ich glaube, Sie können durch diesen Weg auch einmal wieder da eine **Mainbrücke** schlagen, wo man manchmal die Empfindung hat, als wenn es Würmer gäbe, die an den Pfeilern nagen, die diese Brücke doch in alle Ewigkeit stützen sollten[68].

(Sehr wahr. – – Zurufe von den Kommunisten.)

---

[67] Zur Entstehung des hier entwickelten wirtschafts- und finanzpolitischen Programms im Kabinett vgl. die betreffenden Teile im Protokoll des Ministerrats vom 1. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 426–428).

[68] Die Bedeutung der von Stresemann hier verwendeten Metapher wurde nicht zweifelsfrei ermittelt. Möglicherweise bezieht sie sich auf den langwierigen und 1923 noch nicht abgeschlossenen Neubau einer Brücke in Frankfurt a.M. anstelle der 1914 abgerissenen „Alten Brücke“. Vielleicht ist aber auch das Volkslied „Die Brücke über den Main“ angesprochen.

– Ich habe die Absicht, sie zu bekämpfen.

(Wiederholte Zurufe.)

Dasjenige, meine Herren, was uns am meisten die ganze Not unserer Verhältnisse vor Augen führt, ist der **Währungsverfall.** Es gibt meiner Auffassung nach keinen erfolgreichen Versuch, ihn durch technische Mittel aufzuhalten.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Gewiß, man kann technische Mittel anwenden, und wir haben sie angewandt. Sie sind angewandt worden bis zu einem Maße, daß unsere Goldreserve auf ein Minimum herabgesunken ist.

(Zuruf von den Kommunisten: Stinnes hat sie gestohlen! – Gelächter.)

Man kann die Abgabe von Devisen fordern, kann versuchen, durch den Devisenerfassungskommissar[69] alle möglichen Maßnahmen im einzelnen durchzusetzen. Das Entscheidende aber ist doch, daß man das Mißtrauen beseitigt einmal in eine Währung, die nicht mehr als Zahlungsmittel nach außen zu halten ist, deren Zahlungskraft nach innen zum mindesten stark vermindert ist. Und das Zweite, das wichtiger ist als dieses Mittel, das wir mit der Schaffung eines neuen Geldes zum Ausdruck bringen wollen, ist der Versuch der Gesundung unserer Wirtschaft selber, um sie zu einer erhöhten Produktivität zu veranlassen.

(Sehr gut! – Zuruf von den Kommunisten.)

– Wenn es sich dabei darum gehandelt hat, die Wehrpflicht des Besitzes durchzuführen, dann werden Sie (zu den Kommunisten), glaube ich, gar keine Veranlassung haben, mich irgendwie jemals als Deserteur von dieser Idee festzustellen. Längst ehe ich an dieser Stelle stand, habe ich mich bemüht, diese Idee zum Ausdruck zu bringen. Die ganzen Vorschläge, die ich für eine einmalige Hergabe des Besitzes an das Reich gemacht habe, um sie zur Grundlage von Reparationsleistungen zu machen[70], waren, glaube ich, das weitestgehende Opfer, das überhaupt jemals dem Besitz als solchem zugemutet worden ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

---

[69] Am 7. September 1923 wurde durch Verordnung das Amt eines „Kommissars für Devisenerfassung mit außerordentlichen Vollmachten“ eingerichtet; vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 201 mit Anm. 2. – Das Amt wurde Hermann Fellinger (1884–1957), Ministerialrat im preußischen Handels- und Gewerbeministerium, übertragen.

[70] Bezieht sich vermutlich auf die im deutschen Memorandum vom 7. Juni 1923 (zum Druckort vgl. oben Anm. 30) den Siegermächten angebotenen Reparationsgarantien und insb. die Haftung der deutschen Privatwirtschaft.

Deshalb sollten Sie mit dieser unsachgemäßen Art aufhören, es so hinzustellen, als wenn Sie allein die Träger von Gedanken wären, die Ihrem Haupte entsprungen wären!

(Große Heiterkeit und Zustimmung.)

Dreierlei, meine Herren, erscheint uns notwendig, und ich will das hier in Kürze zusammenfassen. Einmal unzweifelhaft – wenn ich Ihren Zwischenruf aufnehme, der sich auf eine Äußerung von mir bezog – eine **Wehrpflicht des Besitzes** nach außen und nach innen als Träger dieser Lasten, zum zweiten ein **Eingreifen in die Preisbildung,** die bei uns Formen angenommen hat, die nicht mehr ertragen werden können.

(Lebhafte Zustimmung.)

Was wir brauchen, ist ein Vorgehen gegen eine Monopolpreistendenz,

(sehr gut!)

die uns vielfach mit dazu gebracht hat, daß wir über dem Weltmarktpreise liegen.

(Zurufe von den Kommunisten.)

Es geht nicht an, daß wir durch Konventionen und Syndikate den Wettbewerb des Wirtschaftslebens überhaupt in der Weise ausschalten, wie er ausgeschaltet worden ist.

(Sehr wahr!)

Wir haben zum Teil durch die Verhältnisse des Krieges und der Nachkriegszeit, wo der Bedarf die Produktion weit überstieg, den für die Wirtschaft ganz ungesunden Zustand, daß der Produzent sich nicht mehr zu sorgen braucht um den Absatz seiner Ware. Das ist das Ende des technischen Fortschritts, das ist der Anfang der Stagnation. Wenn dazu das zweite kommt, daß an Stelle der Aufgabe, durch Höchstqualität oder durch ein Minimum von Ausgaben in bezug auf Herstellung der Waren konkurrenzfähig zu sein, wenn an Stelle dieser kaufmännischen Aufgabe die neue tritt, in Konventionssitzungen neue Preise festzusetzen, Entwertungsfaktoren hineinzukalkulieren, dann hört wieder auf, was einst Grundlage der Entwicklung der deutschen Wirtschaft war.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir waren einst beneidet. Mit dieser Preispolitik der Konventionen und Syndikate hätten wir niemals den Weltmarkt erobert und wären niemals vorwärtsgekommen.

(Erneute Zustimmung.)

Das ist um so weniger zu ertragen in einer Zeit, wo wir vor einer Arbeitslosigkeit stehen, die wir in ihren letzten Grenzen noch gar nicht übersehen, in einer Zeit, wo wir an die gesamte Arbeiterschaft infolge unserer innen- und außenpolitischen Lage herantreten müssen, an die gesamte Beamtenschaft, um sie aufzufordern, durch Mehrleistungen, die sie auf sich nehmen – wie wir hoffen, zunächst in freier Vereinbarung –, das zu erreichen, und wichtige Lebensaufgaben des deutschen Volkes zu erfüllen, die notwendig sind, wenn wir nicht sehenden Auges die Verelendung des deutschen Volkes zum Prinzip unserer Staatspolitik machen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Man kann nicht verlangen, daß nur ein Standpunkt durchdringt. Deshalb gehört zu einer solchen Mehrleistung, wo es notwendig ist – –

(Zurufe von der äußersten Linken)

– Ach, Herr Kollege Ledebour, halten Sie mich doch nicht für einen solchen wirtschaftlichen Quintaner, der nur weiß, daß die Arbeit da gestreckt werden kann, wo es notwendig ist. – Wir müssen ein Eingreifen in die Preispolitik fordern. Damit nicht der Mehrleistung eine Ausbeutung durch unberechtigte Preise gegenübersteht, müssen wir die Mehrleistung des Besitzes fordern. In diesem Zusammenwirken sollen sich die Verordnungen bewegen, derentwegen ich eine Ermächtigung von Ihnen fordere. Die Regelung der Frage der Arbeitszeit, die Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen in den Parteien gewesen ist, wird nach denjenigen Grundsätzen erfolgen, über die eine Einigung besteht.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken. – Bravo bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Meine Herren! Kaum jemals hat ein Kabinett die Führung der deutschen Politik in schwererer Zeit und in schwererer Not als jetzt übernommen. Wir wissen, daß wir von Versäumnissen auch in dieser kurzen Zeit nicht frei sind, aber wir haben vor der Frage gestanden, was wichtiger ist: das sofortige Zufassen mit Maßnahmen und Verordnungen oder das Ausarbeiten von einzelnen Gesetzen, was dazu führt, daß die Arbeit Experimente würden. Diejenigen, die Kritik üben, gehen an der Tatsache vorüber, daß man heute häufig Entschließungen in Tagen fordert, wo man früher Monate und Jahre gebrauchte, um die Grundlagen festzulegen, nach denen man handelt. Wir haben eine große Anzahl von Maßnahmen in Aussicht genommen. Das

geht nicht mit dem parlamentarischen Apparat, so wie er aufgezogen ist. Deshalb wenden wir uns an Sie um entsprechende Ermächtigung für die Lösung der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen.

(Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Hört! Hört!)

– Herr v. Graefe, Sie haben so oft nach der illegalen Diktatur gerufen, daß Sie nicht berechtigt sind, „Hört! Hört!“ zu rufen, wo von legaler Diktatur die Rede ist.

(Abgeordneter Ledebour: Er unterstützt Sie ja!)

Ich sage: wir bitten Sie um die Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz angesichts der Not der Zeit und der drängenden Aufgaben, vor denen wir stehen.

(Zuruf von den Kommunisten: Das alles beim Belagerungszustand!)

– Es liegt an den Herren, ob der Ausnahmezustand aufgehoben werden kann.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte. – Zuruf von den Kommunisten: Endlich ist es heraus.)

Wenn Sie sich auf den Boden des Staates stellen wollen – –

(Große Unruhe bei den Kommunisten. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Ich bitte, in Ruhe den Herrn Reichskanzler weiterreden zu lassen.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Meine Herren! Sie sagen: Und das alles unter der Herrschaft des Ausnahmezustandes! Gegen wen ist denn der Ausnahmezustand verhängt worden? Gegen die subversiven Tendenzen, die sich gegen das Reich wenden, und diese subversiven Tendenzen vertreten Sie ebenso wie die Rechtsradikalen in Küstrin. Das ist doch selbstverständlich.

(Erneuter Lärm und dauernde Zwischenrufe von den Kommunisten. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Remmele, ich rufe Sie wegen Störung der Verhandlungen zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen aufmerksam.

(Andauernde Unruhe und Zurufe von den Kommunisten.)

– Herr Abgeordneter Höllein[71], ich muß Sie ebenfalls um Ruhe bitten.

[71] Emil Höllein (1880–1929), Mitglied des Reichstags 1920–1929 (für die USPD 1920, für die KPD 1920–1929).

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Es ist doch ganz klar, daß der Belagerungszustand sich gegen diejenigen richtet, von denen man befürchtet, daß sie eine Gefahr für das Reich bilden. Daß die Rechtsradikalen eine Gefahr sind, habe ich durch meine Ausführung über Küstrin bewiesen. Daß auch Sie (zu den Kommunisten) in ganz unverantwortlicher Weise vielfach gegen den Staat hetzen, werden Sie doch nicht in Abrede stellen.

(Erneute lärmende Zurufe bei den Kommunisten. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Bartz[72], ich bitte Sie, auf Ihren Platz zu gehen und nicht die Verhandlungen zu unterbrechen.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Unsere Lage in allen diesen Beziehungen kann hoffnungslos und verzweifelt aussehen. Trotzdem werden wir nicht untergehen, wenn wir nicht an uns selbst verzweifeln. Wir müssen hin zum Staat und weg von den Parteien, weg von der Ichsucht. Das Reich ist das einzige, was uns geblieben ist in all dem Zusammenbruch, den wir erlebt haben. Es jetzt zu erhalten, ist die Pflicht, die wir zu erfüllen haben nicht nur gegenüber der Gegenwart, sondern auch gegenüber den Generationen, die nach uns kommen!

(Lebhafter anhaltender Beifall bei der Deutschen Volkspartei, in der Mitte und links. – Lärm und lebhafte Rufe: Pfui! auf der äußersten Linken. – Erneuter Beifall und Händeklatschen bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)[73]

---

[72] Wilhelm Bartz (1881–1929), Mitglied des Reichstags 1920– Mai 1924 (für die USPD 1920, für die KPD 1920–1924).

[73] Gegen Anträge der KPD und der Deutschvölkischen Freiheitspartei wurde nachfolgend die Debatte über die Regierungserklärung auf den 8. Oktober 1923 vertagt (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11943–11945).

Reichstagsrede vom 8. Oktober 1923

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11979–11986. – Teildrucke in STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 87–99 [2. Aufl. S. 286–292]; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 236–238.

Verteidigt gegenüber deutschnationalen Angriffen die Regierungsbildung zusammen mit den Sozialdemokraten und das beantragte Ermächtigungsgesetz; nur auf diesem Weg kann verfassungsgemäß regiert werden. Kritisiert die DNVP wegen ihrer Verhinderung der Volksgemeinschaft, auch im Kampf für das Ruhrgebiet und das Rheinland. Westarp riskiert das Chaos in Deutschland, wenn er dazu aufruft, die Bezahlung mit Papiergeld abzulehnen. Die geplante Währungsreform. Der Abbruch des passiven Widerstandes; die englische Haltung dazu und in der Reparationsfrage. Der von der DNVP geforderte Abbruch der Beziehungen zu Frankreich wäre falsch gewesen.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Graf **Westarp**[1] hat in seinen Ausführungen[2] gesagt, es sei für ihn sehr unerfreulich, hier diese **Rede** zu halten, während draußen an Rhein und Ruhr unser Volk noch weiter unter der Gewaltpolitik der Einbruchsmächte stände. Ich stimme in dieser Auffassung mit ihm vollkommen überein. Aber ich möchte sagen, daß ich auch das Bedauern darüber nicht unterdrücken kann, daß in einer solchen Zeit außenpolitischer Bedrückung und innenpolitisch schwerstzuertragender Verhältnisse eine Rede einen so stark parteipolitischen Einschlag erhält wie die, die wir soeben gehört haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Sozialdemokraten und im Zentrum. – Zurufe von den Deutschnationalen.)

Es ist ja kein Zweifel, daß diese Rede gerade in ihrem ersten Teil ganz bestimmt nach außen gerichtet war. Gestatten Sie mir doch, einmal das, was ich hier kritisiere, sofort zum Ausdruck zu bringen.

---

[1] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1925–1928], für die Konservative Volkspartei 1930–1932).

[2] Westarp hatte in der vorangegangenen Verlauf der Reichstagsdebatte über Stresemanns Regierungserklärung vom 6. Oktober 1923 (vgl. diese Edition) diesen scharf angegriffen und insbesondere die fortgesetzte Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung kritisiert (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11968–11979).

Scham und Empörung über die letzte Woche, so sagte Graf Westarp, erfüllen ihn und seine Freunde. Meine Herren, haben Sie (zu den Deutschnationalen) denn nicht in das Feuer hineingeblasen, als der Kampf gegen die Koalitionsregierung geführt wurde?

(Sehr wahr! bei den Vereinigten Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Wenn Sie Ihrerseits Scham und Empörung darüber empfinden, daß man in dieser Zeit, in der die Entscheidung namentlich über die Richtlinien fiel, die nach dem Rhein- und Ruhrlande zu geben waren, überhaupt eine Kabinettskrise entfaltete[3], dann wäre es Ihnen ja durchaus möglich gewesen, durch Ihre Aufrufe und Ihren Agitationsausschuß die Parole auszugeben: laßt die Regierung in dieser Zeit in Ruhe und macht keine Krise!

(Lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Sozialdemokraten, bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei. – Lachen bei den Deutschnationalen.)

Statt dessen haben Sie sich – –

(Anhaltendes lautes Lachen bei den Deutschnationalen.)

– Meine Herren, Sie werden durch Ihr Lachen nicht darüber hinwegkommen, daß Sie selbst sich doch so einstellen, daß, wenn diese acht Tage einen anderen Ausgang genommen hätten, Ihre Kritik eine ganz andere gewesen wäre.

(Erneut lebhafte Zustimmung bei den Vereinigten Sozialdemokraten und in der Mitte. – Fortgesetztes Lachen bei den Deutschnationalen.)

Meine Herren, gerade in dieser Zeit, wo es sich darum handelte, daß wir nicht eine lange regierungslose Zeit hatten, da durfte man nicht jeden Tag mit Parteiaufrufen an das Land herantreten.

(Sehr gut! links und bei der Deutschen Volkspartei.)

---

[3] Das 1. Kabinett Stresemann war am 3. Oktober 1923 wegen Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen Ministern und den Ministern der übrigen Parteien über die Ausgestaltung des zu beantragenden Ermächtigungsgesetzes zurückgetreten. Vgl. dazu das Protokoll der Kabinettssitzung vom 3. Oktober 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I S. 459–462. Stresemann, vom Reichspräsidenten erneut mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt, gelang es in den folgenden Tagen, wieder ein Kabinett der Großen Koalition zu bilden, das am 6. Oktober 1923 zusammentrat und in dem gegenüber der Vorgängerregierung nur die Minister Raumer und Hilferding nicht wieder vertreten waren.

In dieser Zeit kam es darauf an, auch wenn Ihnen die Regierung in ihrer Zusammensetzung nicht wünschenswert erschien, wenn Sie sie bekämpften, alles zu tun, um dafür zu sorgen, daß sie nicht gerade in dieser Zeit der Situation ausgesetzt war, in der sie sich befand. Also sich jetzt hierherzustellen und zu sagen, daß Sie von Scham und Empörung über diese Vorgänge, über das Verhandeln der Fraktionen ergriffen seien, während Sie doch selbst auch verhandelt hätten, wenn es sich um eine andere Kombination, nämlich die Kombination der bürgerlichen Regierung, gehandelt hätte,

(sehr wahr! bei den Vereinigten Sozialdemokraten, im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei)

das ist doch ein vollkommenes Verdrehen der innerpolitischen Verhältnisse.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und links.)

Meine Herren, dann ein Zweites. Der Herr Abgeordnete Graf Westarp hat gesagt: ich hoffe, daß die **Koalition** zusammenbricht an dem Widerspruch in sich in bezug auf das Verhalten zu Frankreich. Meine Herren! Auch vom Standpunkt des Herrn Grafen Westarp, vom Standpunkt der politischen Einstellung seiner Freunde, ist doch dieser Ausdruck der Hoffnung eigentlich etwas ganz Unmögliches.

(Sehr wahr! in der Mitte und links.)

Sie müssen doch von Ihrem Standpunkte hoffen, daß ein Weg gefunden wird, auf dem das ganze deutsche Volk gegenüber einer Fortsetzung der französischen Gewaltpolitik zusammenhält,

(lebhafte Zustimmung und Beifall in der Mitte und links; Zurufe bei der Deutschnationalen Volkspartei)

nicht aber der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Koalition an der Frage Frankreich zusammenfalle, also der Hoffnung, daß hier ein Bruch erfolgen werde, und damit einer neuen Krisis, einer neuen Regierungsbildung, also gerade das, was Sie so scharf kritisieren, wenn Sie den Parlamentarismus angreifen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Endliche Loslösung von sozialdemokratischem Einfluß!)

– Ich komme auf den sozialdemokratischen Einfluß zu sprechen. Glauben Sie mir: ich bin Ihren Gedankengängen ganz richtig gefolgt und bin auch gern bereit, auf Ihre Gedankengänge einzugehen. –

Ich komme zu einem anderen Vorwurf. Sie wenden sich gegen das **Ermächtigungsgesetz[4].** Sie bezeichnen es als unerhört, als unerträglich, daß dieses Ermächtigungsgesetz einer bestimmten parteipolitischen Konstellation gegeben werde[5]. Meine Herren! Ich kann Ihnen darin folgen, daß ich es viel lieber sehen würde, wenn das Ermächtigungsgesetz diese Einschränkung nicht enthielte. Aber Sie selbst sind ja diesen Weg leider vorangegangen. Denn als Sie plötzlich bei Bildung der Koalition, an deren Spitze ich stehe, in Opposition traten gegen die Steuern, die Sie mitbewilligt hatten[6], haben Sie die Parole ausgegeben, die Steuern seien dem Kabinett Cuno[7] bewilligt worden.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links. – Stürmischer Widerspruch bei den Deutschnationalen. – Erregte Rufe zwischen rechts und links. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe[8]: Ich bitte um Ruhe!

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Das ist damals in der Kritik der deutschnationalen Presse ganz stark zum Ausdruck gekommen. Das ist zum Ausdruck gekommen in der Verteidigung der Deutschnationalen Partei gegenüber den Vorwürfen, die sich gegen diese Steuern richteten, die, wie ich zugebe, gerade in der ersten Zeit in bezug auf das Aufeinanderfolgen der Termine, in bezug auf die nach dem damaligen Dollarstande starke Belastung vielleicht zunächst eine gewisse Erregung auslösen

---

[4] Das Kabinett hatte sich nach kontroverser Diskussion, bei der zwischen den Koalitionsparteien insb. der Acht-Stunden-Tag und Rentenkürzungen umstritten waren, am 6. Oktober 1923 auf einen Entwurf für ein Ermächtigungsgesetz geeinigt, das die Regierung zu „Maßnahmen […] auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete“ ermächtigen sollte, die Arbeitszeit- und Sozialrentenfrage davon jedoch ausdrücklich ausnahm (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 499–500). Der Gesetzesantrag lag dem Reichstag am 8. Oktober bereits vor (als Drucksache 6239; vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 380, S. 7530). Die Gesetzesberatung war für den 9. Oktober 1923 vorgesehen.

[5] Die Gesetzesvorlage sah in § 2 vor, daß das Ermächtigungsgesetz außer Kraft treten solle, wenn es einen „Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung“ geben würde.

[6] Am 10. August 1923 hatte der Reichstag umfangreiche Steuervorlagen verabschiedet; vgl. zu den Beratungen und zur Abstimmung VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11798–11834; dazu die Wiedergabe der halbamtlichen Veröffentlichung der wesentlichen Gesetzesinhalte in SCHULTHESS 64 (1923), S. 150–151. – Die Landesverbandsvorsitzenden der DNVP hatten in einem Forderungskatalog vom 29. August 1923 u.a. „die Undurchführbarkeit und die Untragbarkeit der übereilt beschlossenen Steuern“ moniert und „eine sofortige Nachprüfung der Steuergesetze, […] umfassende Stundung“ u.ä. gefordert (URSACHEN UND FOLGEN V, S. 184–185; die Zitate S. 185).

[7] Das Kabinett unter dem parteilosen Wilhelm Cuno (1876–1933) amtierte vom 22. November 1922 bis zum 12. August 1923.

[8] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932.

konnten. Hat doch auch der „Vorwärts“ geschrieben[9], daß sie in einigem vielleicht über das Maß hinausgingen. Wenn Sie sich deshalb auf den Standpunkt gestellt hätten, die Steuern sind als solche insoweit zu hart, daß man Erleichterungen eintreten lassen müßte, dann war das vollkommen diskutierbar. Aber mit einem Male kam der Umschwung. Es hieß: die Steuern sind einer Regierung bewilligt, die wir am Leben erhalten wollten, und der wir darum einen innerpolitischen Erfolg gegeben haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn nun heute von anderer Seite dasselbe gesagt wird: das Ermächtigungsgesetz geben wir nur dieser Koalition, so sage ich von meinem Standpunkt: ich bedauere in beiden Fällen diese Einstellung; denn wir müssen uns daran gewöhnen, daß bei wechselnden Regierungen – und es werden noch manche Regierungen wechseln – die Kontinuität der Verhältnisse nicht in Frage gestellt wird, und wir müssen uns daran gewöhnen, den Staat als solchen als den Träger des Vertrauens anzusehen und nicht die jeweilige Regierungskombination, die gerade an der Spitze steht.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Kommen wir nicht zu dieser Einsicht, sehen wir die Regierung als die Verkörperung gewisser Parteizusammenfassungen an, die uns antipathisch oder sympathisch sind

(Zurufe rechts)

– ach, meine Herren, ich sage Ihnen ja, Sie sind in diesen Dingen vorangegangen –, dann werden Sie es eben durch eine solche Einstellung dahin bringen, daß der Staatsgedanke als solcher Schaden erleidet.

Meine Herren! Es wurde ferner davon gesprochen, dieses **Kabinett** stehe unter der **Vorherrschaft der Sozialdemokratie,** unter marxistischen Einflüssen. Manchmal hat man die Empfindung, als ob das deutsche Volk wirklich von einem Schlagwort zum anderen gehetzt würde,

(Lachen rechts; lebhafte Zustimmung in der Mitte und links)

wenn man jetzt wieder fortwährend von dem Vorherrschen marxistischer Einflüsse hört und liest. Ich wäre dankbar, wenn man einmal definieren wollte, was man denn in der Praxis meint, nicht in der Theorie, was man an diesem Kabinett, an dem, was es Ihnen an Entwürfen vorlegt und an Gesetzen beabsichtigt, als vom marxistischen Geist erfüllt ansieht.

---

[9] Stresemann bezieht sich möglicherweise auf einen Artikel in der SPD-Zeitung VORWÄRTS, Nr. 370 vom 9. August 1923, S. 1, in dem die betreffenden Steuervorlagen kritisch bewertet werden.

(Sehr gut! in der Mitte. – Zuruf von den Deutschnationalen: Aufhebung des Privateigentums!)

– Ach, wer spricht denn von Aufhebung des Privateigentums! Das ist der reine Unfug.

(Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit links und in der Mitte.)

Ich halte eine sehr starke Heranziehung des Privateigentums für die Durchführung der Staatsaufgaben allerdings für notwendig, aus innen- und außenpolitischen Gründen. Aber für eine Aufhebung des Privateigentums haben sich weder dieses Kabinett noch die Parteien dieses Kabinetts ausgesprochen.

Meine Herren! Es ist gesagt worden, von der Verordnung des Reichspräsidenten[10] befürchte man **konfiskatorische Maßnahmen gegen das Eigentum[11].** Ich möchte doch darauf hinweisen, daß alle Befugnisse der Verordnung an ihren Zweck gebunden sind, nämlich an den Zweck, der Sicherheit und der Ordnung zu dienen. Infolgedessen werden auch Eingriffe in das Eigentum nur zu polizeilichen Maßnahmen zugelassen. Die Verordnung begründet dagegen in keiner Weise die Gefahr, daß auf sie irgendeine eigentumsfeindliche Wirtschaftspolitik begründet werden könnte.

(Zurufe von den Deutschnationalen: Abwarten!)

Im übrigen möchte ich Sie doch einmal fragen, ob Sie denn die Fraktionen und Parteien, die diese Koalition bilden, als Träger einer Auffassung ansehen, die das Privateigentum in Deutschland beseitigen will? Von dem Vorherrschen des sozialdemokratischen Einflusses im Kabinett spricht der Herr Abgeordnete Graf Westarp in dem Augenblick, in dem er das Scheitern der Koalition deshalb voraussagte, weil schon auf dem Berliner Bezirksparteitag der Sozialdemokraten sich eine ganz große Mehrheit gegen die Koalition ausgesprochen hätte[12]. Wie bringen Sie das eigentlich beides zusammen? Wenn dieses starke Vorherrschen des sozialdemokratischen

---

[10] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925. – Mit der Verordnung ist offenbar der von Ebert auf der Grundlage von Art. 48 der Reichsverfassung am 26. September 1923 verkündete Ausnahmezustand gemeint; Text der Verordnung u.a. in REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 905–906.

[11] Westarp hatte in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 2) die Befürchtung geäußert, die durch den Ausnahmezustand aufgehobene Unverletzlichkeit des Eigentums werde zu konfiskatorischen Maßnahmen führen.

[12] Westarp hatte sich in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 2) auf den Berliner Bezirksparteitag der SPD vom Vortag bezogen und behauptet, dort seien „nicht einmal Anträge zur Verhandlung [zugelassen worden], in denen die Berliner Sozialdemokraten etwa das Verbleiben der Partei in der großen Koalition gebilligt hätten“. – Vgl. dazu den Bericht über diesen Bezirksparteitag in der Wiener REICHSPOST, Nr. 276 vom 8. Oktober 1923, S. 1–2.

Einflusses bestände, dann müßte doch gerade auch in der Sozialdemokratie eine allgemeine Freude über dieses Vorherrschen sein.

Meine Herren! Eine Koalition verlangt Opfer von jeder einzelnen Fraktion, verlangt Zurückstellung von Dingen, die man, wenn man allein wäre, im Augenblick gewiß zur Durchführung bringen würde. Deshalb brauchen Sie sich bei dieser Koalition nicht darüber zu wundern, daß in den beiden Flügelparteien, in der Sozialdemokratie und in der Deutschen Volkspartei, abweichende Auffassungen zur Sprache kommen, daß die Frage erörtert wird, ob die Parteien als solche die Belastungen tragen können, die damit verbunden sind. Ich habe die Empfindung, daß vielleicht der Gegensatz zwischen Politik und Staatsmannskunst da beginnt, wo man auch Unpopularität auf sich nimmt, um des größeren Zweckes der Zukunft willen,

(sehr gut! in der Mitte)

auch wenn sie in der Gegenwart Parteien und Personen bedroht in dem Ansehen, das sie bis dahin vielleicht gehabt haben.

Meine Herren! Sie pflegen ja gewöhnlich diese ganze **Koalitionspolitik** hinzustellen als eine Kompromißpolitik und damit als eine Politik der Schwäche. Sie ist aber die einzig reale Politik, die in Deutschland getrieben werden kann, solange Sie auf verfassungsmäßigem Boden in Deutschland Politik treiben wollen.

(Zustimmung in der Mitte und links. – Zuruf von den Deutschnationalen: Immer mittanzen!)

– Ach Gott, Sie tanzten, glaube ich, ganz gern mit, wenn Sie eingeladen würden.

(Lebhafte heitere Zustimmung in der Mitte und links. – Widerspruch und Unruhe bei den Deutschnationalen.)

Meine Herren! Herr Abgeordneter Graf Westarp hat erklärt, daß er grundsätzlich das Ermächtigungsgesetz für eine Notwendigkeit halte. Gerade die Deutschnationale Volkspartei, die am stärksten eingestellt ist gegen den Parlamentarismus, muß ja von ihrem Standpunkt aus ein derartiges Ermächtigungsgesetz begrüßen. Nun bitte ich Sie, Graf Westarp, helfen Sie mir doch einmal bei meiner Überlegung, wie Sie denn die Zweidrittelmehrheit für das Ermächtigungsgesetz überhaupt zustande bekommen wollen, wenn Sie jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnen. Dann ist ein Ermächtigungsgesetz in dieser Form überhaupt nicht möglich. Damit müssen Sie die Verfassung überhaupt aufgeben.

(Rufe von den Deutschnationalen: Auflösung!)

– Sie sprechen von der Auflösung des Reichstags. Selbstverständlich muß, wenn die Dinge parlamentarisch nicht mehr zu meistern sind, mit der **Auflösung des Reichstags** gerechnet werden. Aber glauben Sie, daß zu allen Belastungen, die wir in der Gegenwart tragen müssen, auch noch eine Reichstagsauflösung mit ihren Folgen, besonders im besetzten Gebiet, leicht getragen werden kann? Dort sind ja die Herren überhaupt gar nicht in der Lage, die Wahlen durchzuführen. Glauben Sie nicht, daß es besser ist, den Kampf zu vermeiden, wenn er vermieden werden kann?

(Zustimmung in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)

Glauben Sie denn nicht, daß überhaupt jede Möglichkeit einer Entspannung der außenpolitischen Lage in dem Augenblick unmöglich ist, wo die Dinge vollkommen ins Ungewisse getragen werden? Ich habe in diesen letzten sechs Tagen unendlich darunter gelitten, daß wir als Regierung nicht in der Lage waren, dem besetzten Gebiet gegenüber die Autorität auszuüben, die für die Regierung notwendig war. Eine Regierung, deren Schicksal ungewiß ist, kann nicht Befehle herausgeben, die die Autorität in sich tragen. Wenn aber dieser Zustand der Ungewißheit, der jetzt ein Ende gefunden hat, über Wochen eines Wahlkampfes hinübergetragen werden müßte, dann bestände überhaupt keine aktionsfähige Regierung, weder nach innen, noch nach außen.

Nun lassen Sie mich noch einmal zu dem Gesamtbegriff dessen kommen, was Sie für Ihre Stellungnahme ausgeführt haben. Sie lehnen jedes **Zusammengehen mit der Sozialdemokratie** ab. Sie sprechen von einer geraden und ungebrochenen Linie der politischen Entwicklung in Ihrer Partei. Ich sehe diese gerade ungebrochene Linie nicht. Ich entsinne mich der Zeiten, in denen eine Persönlichkeit, die noch heute Ihr Führer ist, sich ganz anders über diese Dinge ausgesprochen hat. Ich denke an die Zeit,

(Unruhe und Zurufe bei den Deutschnationalen)

– in der eine Persönlichkeit, die in Ihren Reihen Achtung und Ansehen genießt, wie der Graf Posadowsky[13], sich zu demselben Standpunkt bekannt hat.

(Zurufe links und in der Mitte: Hergt[14]!)

[13] Arthur Graf von Posadowsky-Wehner (1845–1932), Mitglied der Nationalversammlung 1919–1920 (für DNVP, auch deren Fraktionsvorsitzender). – In seiner Zeit als Staatssekretär im Reichsamt des Innern (1897–1907) hatte er die offene Repressionspolitik gegen die Sozialdemokratie beendet und – zumindest in sozialpolitischer Hinsicht – Zugeständnisse gemacht. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf diesen Aspekt.

– An Exzellenz Hergt habe ich in erster Linie gedacht. – Ich glaube deshalb auch nicht, daß der von dem Herrn Grafen Westarp ausgesprochene Gedanke so vollständig von der Gesamtheit der Partei jederzeit getragen wird, wie er es nach außen zum Ausdruck bringen möchte.

Aber selbst wenn das wirklich immer Ihre Auffassung gewesen wäre, immer Ihre Auffassung bleiben sollte, so lassen Sie doch bitte auch einmal Ihre Blicke über dieses Haus hinaus in das Land da draußen schweifen. Wir haben auch nach dem Kriege den Kampf um deutsches Land geführt. Wir konnten ihn nicht mit den Waffen führen, aber wir haben ihn mit der Einigkeit des deutschen Volksgeistes führen können. Wir haben mit der Waffe der Abstimmung gekämpft, im Osten Deutschlands um das Masurenland, um Oberschlesien, um die Nordmark[15]. Hat denn da, wo es sich darum handelte, die Stimme abzugeben und sich zu deutscher Heimat und zum deutschen Vaterland zu bekennen, die Sozialdemokratie nicht ebenso ihre Pflicht getan wie jede andere Partei? Hat denn damals nicht unbeschadet der Parteizugehörigkeit jeder einzelne das Bekenntnis abgelegt: ich gehöre zu diesem Lande, ich gehöre zu diesem Reiche? Sollte denn das nicht praktisch wichtiger sein – gerade von gesamtnationaler Einstellung aus – als diejenigen Gesichtspunkte und Differenzen, die auf wirtschaftlichem, auf sozialem, auf außenpolitischem Gebiete in der Praxis der Ausführung liegen?

Ich bin gar nicht der Meinung, daß mit der Aufgabe des passiven Widerstandes[16] der Kampf um das Rheinland aufgehört hat. Der Kampf um das Rheinland ist auf der Höhe. Es handelt sich darum, ob der Rhein deutsch bleibt oder nicht. Sie werden mir zugeben müssen, daß Sie diesen Kampf nicht mit den Waffen führen können. Es bleibt Ihnen für die Gegenwart nichts anderes als der nationale Idealismus eines geeinten deutschen Volkes über die Parteien hinweg. In dieser geistigen und nationalen Wacht am Rhein hat die Sozialdemokratie des Rheinlandes genau so ihren Mann gestanden wie irgendeine andere Partei.

---

[14] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Fraktionsvorsitzender bis 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

[15] Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 sah in seinem dritten Teil, der sich mit territorialen Änderungen befaßt, für verschiedene bisher deutsche Gebiete Volksabstimmungen über die künftige staatliche Zugehörigkeit vor, u.a. nach Art. 94 im Abstimmungsgebiet Allenstein („Masuren“), nach Art. 88 in Oberschlesien und nach Art. 109 in Schleswig („Nordmark“) (vollständiger Text des Vertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES). Die betreffenden Volksabstimmungen wurden 1920/21 durchgeführt.

[16] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, wozu die grundsätzliche Entscheidung am 24. September 1923 fiel und die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde (Text u.a. in SCHULTHESS 64 [1923], S. 177–178), vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

(Zuruf rechts: Die des Rheinlandes, nicht des Reichstags! – Unruhe bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)

– Ich weiß nicht, was Sie berechtigt, so zu sprechen. Ich glaube, Sie können mit mir doch darin einig sein: was wir außenpolitisch an der gegenwärtigen internationalen Einstellung durch eigene Kraft zu wenden vermögen, ist verhältnismäßig gering. Wir sind in die Verteidigung gedrängt und müssen sorgen, daß wir nicht noch mehr verlieren, als wir schon verloren haben, und ich kann das eine nicht verstehen, daß gerade diejenigen, die davon sprechen, daß jetzt einmal die Notwendigkeit da sei eines Aufrufes an das Volk zur nationalen Befreiung, eines Kampfes, den wir nur mit Idealismus führen können, daß diese angesichts einer solchen Situation glauben, daß man diesen Kampf führen kann mit einem in einen Rechtsblock und einen Linksblock gespaltenen Volke.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Diesen Kampf können Sie nur führen mit der Idee der Volksgemeinschaft, und in dieser Zeit nationaler Bedrängnis dieser Idee der Volksgemeinschaft auch fraktionell Opfer zu bringen, scheint mir in höherem Maße nationale Politik als lediglich Fraktionspolitik zu treiben.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine Herren, in diesem Sinne einer **Volksgemeinschaft,** die wir nie so nötig hatten als in der gegenwärtigen Zeit, bin ich der Meinung, daß von draußen gesehen – nicht hier parlamentarisch, das sind nämlich zwei verschiedene Dinge,

(Heiterkeit und Zurufe bei den Deutschnationalen)

daß man nicht mit Erfolg gegen die Sozialdemokratie als einem großen, bedeutenden Teil des deutschen Volkes regieren und Erfolge damit erzielen kann. Daß wir hier parlamentarisch ohne Sozialdemokratie regiert haben, und zwar mit Einschluß meiner Fraktion, ist Ihnen ja bekannt, und wenn wir der Meinung wären, daß das unmöglich sei, hätten wir uns ja an dem Kabinett Fehrenbach[17], an dem Kabinett Cuno nicht beteiligt. Aber gerade in jener Zeit hat sich auch gezeigt, daß die großen Blutströme draußen im Lande, von denen Sie (zu den Deutschnationalen) so oft sprechen, die bei Ihnen, um einen Sammelnamen zu gebrauchen, in nationalen Verbänden und auf der anderen Seite in der großen sozialistisch gesinnten Arbeiter-

[17] Das Kabinett unter dem Zentrumspolitiker Konstantin Fehrenbach (1852–1926) als Reichskanzler amtierte vom 25. Juni 1920 bis zum 4. Mai 1921.

schaft vorhanden sind, nicht erlauben, einfach mit dem Gedanken der parlamentarischen Majorität vorzugehen.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Deshalb bleibt keine andere Politik als die Politik der Verständigung. Wenn Sie sagen, die **Einheitsfront,** die auch Sie wollten, sei von den Sozialdemokraten abgelehnt worden, dann darf ich darauf hinweisen, daß die Stellung zu der Einheitsfront, die früher von der Sozialdemokratie auch gegenüber meiner Partei abgelehnt wurde, eben einer anderen Einstellung gewichen ist, weil wir uns nie in die prinzipielle Ablehnung verrannt haben, die Sie augenblicklich zur Schau tragen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und im Zentrum.)

Die Einheitsfront ist nicht dadurch möglich, daß lediglich von einer Seite Konzessionen gemacht werden; sie verlangt, daß das auf beiden Seiten geschieht.

Ich bedauere außerordentlich, daß Herr Graf **Westarp** Worte in bezug auf das Recht der **Zurückweisung des deutschen Papiergeldes** gesprochen hat[18], die geradezu katastrophale Folgen haben können.

(Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.)

– Sie haben gesagt, daß man niemand zumuten könne, sich mit diesem Papiergeld bezahlen zu lassen.

(Hört! Hört! links.)

Herr Graf Westarp, wir müssen vom deutschen Volke verlangen, daß es sich mit Papiergeld bezahlen läßt, sonst haben Sie morgen das Chaos in Deutschland.

(Sehr richtig!)

Die Beamten, die Arbeiter haben es getan, der Kleinhändler hat es getan, die weitesten Kreise des Gewerbes haben es getan. Wir haben volles Verständnis dafür, daß die Landwirtschaft, die nur einmal im Jahre einen großen Umschlag hat, Wert darauf legt, ein wertbeständiges Zahlungsmittel zu erhalten.

(Zurufe rechts.)

– Gewiß ist es eine Notwendigkeit für uns. Aber wenn wir Ihnen hier entgegenkommen, wie haben Sie das Recht, die Parole hinauszuschleudern,

[18] Westarp hatte in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 2) gesagt: „für dieses Papiergeld, das von Tag zu Tag in seinem Wert wechselt, das in einem Tage um Millionen, im Kurse um soundsoviel Prozent an Wert verliert, für dieses Papiergeld kann niemand etwas verkaufen und verkauft eben niemand etwas, […] auch der Händler nicht! Auch der Arbeiter will es ja nicht, er will wertbeständigen Lohn.“

(Widerspruch rechts)

– gewiß haben Sie das getan.

(Zurufe links: Jawohl! – Abgeordneter Graf v. Westarp: Ich habe nur Tatsachen festgestellt!)

– Herr Graf Westarp, Sie haben erklärt, daß man niemand zumuten könne, das Papiergeld weiter als Wertmesser zu nehmen.

(Sehr richtig! in der Mitte und links. – Zuruf rechts.)

Damit haben Sie die Gefahr heraufbeschworen, daß in weite Kreise hinein dieser Gedanke der Zurückweisung des Papiergeldes getragen wird, und daß aus diesem Grunde weitere Verlegenheiten geschaffen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Helfferich[19].)

– Herr Abgeordneter Dr. Helfferich, ich habe niemals verkannt, daß Sie positive Vorschläge gemacht haben; aber ich kann als Kanzler nicht daran vorbeigehen, daß derartige Worte, unwidersprochen von der Regierungstribüne, ins Land gehen,

(Zurufe rechts)

und ich habe mich gerade zum Worte gemeldet, nachdem Graf Westarp diesen Satz ausgesprochen hatte,

(Zurufe rechts)

und Sie werden mit dem einen rechnen müssen – –

(Andauernde Unterbrechungen von den Deutschnationalen.)

– Ich darf Sie vielleicht bitten, mich auch einmal sprechen zu lassen. Sie sind empfindlich gegen Zwischenrufe. Ich spreche nicht mit Ihnen, sondern ich spreche zum Hause!

(Stürmische Zustimmung im Zentrum und links.)

Ich sage: In dem Augenblick, wo wir aus Rücksicht auf die Landwirtschaft mit finanziellen Vorlagen kommen, darf ich die Parole nicht unwidersprochen ins Land hinausgehen lassen, daß gewissermaßen jeder einzelne das Recht habe, das Papiergeld zurückzuweisen. Sonst werden Sie den ganzen noch aufrecht erhaltenen Zirkulationslauf unserer Wirtschaft auch noch zum Zusammenbruch bringen.

(Wiederholte Zustimmung.)

[19] Karl Helfferich (1872–1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP).

Weiter, meine Herren, sprechen Sie davon, daß die auch von uns außerordentlich bedauerte Verzögerung der Vorlage der **Währungsreform** auf marxistische Einflüsse zurückzuführen sei. Ich weiß nicht, ob die Männer der Industrie und Wirtschaft, die dagegen protestiert haben, daß wir irgendeine Zwischenlösung fänden zwischen Papiermark auf der einen und Goldnotenbank auf der anderen Seite, auch schon die Träger der marxistischen Ideen in Deutschland darstellen.

(Sehr gut! und große Heiterkeit im Zentrum und links.)

Wie lagen denn die Dinge? Als uns der Vorschlag der **Roggenmark**[20] zur Verfügung gestellt wurde, sind die allerschärfsten Widerstände gekommen, und zwar gerade von seiten der deutschen Wirtschaft. Erst in der zweiten Phase der Entwicklung haben sich die Führer der Industrie bereit erklärt, diesem Vorschlag zuzustimmen, wenn er einen Zustand von vorübergehendem Charakter schaffe und später durch die Goldnoten abgelöst würde. Ich werde mir übrigens aus diesen Vorgängen zur Lehre nehmen, daß man nicht zuviel Sachverständige fragen soll, wenn man eine Maßnahme dieser Art auszuführen hat;

(sehr gut! bei den Vereinigten Sozialdemokraten)

denn es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Sachverständigen selber immer eine Linie hätten, in der sie die Entwicklung der Dinge sähen. Wenn man sich aber vorstellt, daß wir mit der Schaffung einer neuen Währung schließlich den allergrößten Schritt tun, der überhaupt nur möglich ist vom Standpunkte der Schaffung ganz neuer finanzieller Verhältnisse aus, dann, bitte, haben Sie auch Verständnis dafür, daß eine Regierung, die sich des Risikos bewußt ist, das sie damit übernimmt, einige Zeit braucht, ihrerseits sich klar zu werden über den Weg, den sie zu gehen hat. Daß wir zu lange damit gesäumt haben, habe ich persönlich in meinen Ausführungen ja zugestanden. Aber darüber hinaus lehne ich es ganz entschieden ab, daß irgendwie marxistische Einflüsse und die nur in Ihrer (zu den Deutschnationalen) Phantasie bestehende Vorherrschaft der Sozialdemokratie, die anscheinend dem Kabinett jeden Tag ein Ultimatum schickt,

(große Heiterkeit)

uns gehindert hätten, diese Frage schneller in Ordnung zu bringen.

---

[20] Helfferich hatte bereits im August 1923 den Plan einer durch Sachgüter und insb. Roggen gedeckten neuen Währung („Roggenmark“) entwickelt; vgl. die Aufzeichnung über eine Besprechung der Währungssanierung vom 18. August 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 23–29.

Nun zur **Außenpolitik!** Herr Graf Westarp geht von dem Gedanken aus, daß es das Ziel dieses Kabinetts gewesen sei, durch **direkte Verhandlungen mit Frankreich** eine Lösung der schwebenden Fragen herbeizuführen. Er hat angenommen, daß der Wunsch nach direkten Verhandlungen mit Frankreich die Regierung veranlaßt habe, keinen Protest einzulegen gegen die Gewaltpolitik Frankreichs. Es ist auch von anderer Seite, ich glaube, von bayerischer Seite, zum Ausdruck gebracht worden, daß die Regierung davor zurückgeschreckt sei, die Rechtswidrigkeit des Vorgehens Frankreichs ihrerseits in nachdrücklicher Weise zu betonen[21]. Ich muß beiden Auffassungen aufs schärfste widersprechen. Wir haben keine Besprechung mit Frankreich gehabt, über die nicht die anderen Mächte der Alliierten von uns unterrichtet worden sind. Es ist deshalb eine vollkommen unrichtige Auffassung, wenn Sie glauben, daß aus dieser Einstellung, direkt mit Frankreich zu verhandeln, d.h. eine direkte Lösung mit Frankreich ohne die anderen Alliierten herbeizuführen, sich etwa ein Abreißen der Fäden mit England ergeben hätte. Es würde das ja auch vollkommen im Widerspruch stehen zu der Auffassung, die ich bereits bei meiner ersten Rede[22] hier zum Ausdruck gebracht habe, daß wir nicht die Absicht haben, eine Macht gegen die andere auszuspielen. Das muß ich nach wie vor wiederholen und weiter betonen, was ich schon vorgestern sagte, daß ich mir eine völlige Lösung der Reparationsfrage auf dem Wege einer einseitigen Verständigung nicht vorzustellen vermöchte. Wie sind denn die Dinge mit England gelaufen?

Herr Graf Westarp hat gefragt, welches denn eigentlich die **Erklärungen** wären, die Lord **Curzon**[23] gegeben hat, und Herr Dr. Breitscheid[24] hat eine ähnliche Anfrage an mich gerichtet, speziell in bezug auf das Verhalten, das England früher zum Ausdruck gebracht hat. Die Gegensätze zwischen der englischen und französischen Auf-

---

[21] Der bayerische Ministerpräsident Eugen Ritter von Knilling hatte in einer Besprechung Stresemanns mit den Ministerpräsidenten vom 25. September 1923, in der über den bevorstehenden Abbruch des passiven Widerstandes beraten wurde, gefordert, daß „zugleich die Rechtswidrigkeit des Vorgehens der Okkupationsmächte gebrandmarkt“ werde (vgl. das Protokoll der Besprechung in ebd., S. 349–356; Zitat: S. 355). In einem Aufruf der bayerischen Regierung vom 26. September 1923 (Text in SCHULTHESS 64 [1923], S. 180–181) wurde diese Forderung Knillings öffentlich bekanntgemacht. – Vermutlich bezieht sich Stresemann auf diese Aussage.

[22] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf seine Regierungserklärung (als „erste Rede“ im Rahmen der Debatte) vom 6. Oktober 1923 (siehe diese Edition), in der er eine ähnliche Formulierung gebrauchte.

[23] George Nathaniel, Earl (seit 1921: Marquess) Curzon of Kedleston (1859–1925), britischer Außenminister 23. Oktober 1919 – 22. Januar 1924, Lord President of the Council 1916–1919 und 6. November 1924 – 20. März 1925.

[24] Rudolf Breitscheid (1874–1944), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (1920–1922 für die USPD, danach für die SPD). – Breitscheid hatte in der Debatte zuvor für die SPD gesprochen (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11949–11958).

fassung sind auch seit dem 11. August[25] nicht geringer geworden. Folgte ich Ihren (zu den Deutschnationalen) Darlegungen, müßte ich meinen, daß, nachdem die englische Regierung am 11. August eine starke Offensive gegen die Franzosen unternommen hat, man aus Erregung über den Sturz Cunos oder über die franzosenfreundliche Stellung der neuen deutschen Regierung von diesem Kurse abgekommen sei.

Meine Herren! Es sind verschiedene Punkte, die ich aus dem mir erst jetzt bekannten Wortlaut der Rede[26] des Lord Curzon zum Vortrag bringen möchte. Zunächst hat der englische Minister sich mit aller Entschiedenheit gegen die Idee gewandt, daß Deutschland eine **Zahlung von 132 Goldmilliarden**[27] auferlegt werden könnte. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß kein Mensch mit gesundem Menschenverstande jemals auf den Gedanken sich einstellen könnte, daß Deutschland in der Lage sein würde, eine solche Summe zu zahlen. Er hat sich zweitens mit den Vorschlägen der französischen **Pfänderpolitik** beschäftigt und hervorgehoben, daß die Majorität des Sachverständigenkomitees, das Lloyd George[28] beraten habe, diese Vorschläge für finanziell und wirtschaftlich ungesund erklärt habe. Er hat drittens zum Ausdruck gebracht, er sei weit entfernt, eine extensive Verlängerung der militärischen Okkupationen für richtig zu halten. Er hat ferner die Auffassung Englands unterstrichen, daß England in der Frage der Ruhrbesetzung zwar neutral geblieben sei, daß die britische Regierung aber niemals der Meinung gewesen sei, daß die Okkupation gerechtfertigt sei durch die Bestimmungen des Vertrages, „that the occupation may be justified by the terms of the treaty“.

Er hat weiter die **deutsche Offerte** zum Gegenstand einer Betrachtung gemacht und erklärt, daß Deutschland drei Verpflichtungen auferlegt werden müßten: 1. seine

---

[25] Mit dem Datum ist die britische Note vom 11. August 1923 angesprochen, die an Frankreich und Belgien ging; Text in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,21, S. 467–482; in ihrer ursprünglichen englischen Fassung und in deutscher Übersetzung auch in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 124–140 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); eine Paraphrase in SCHULTHESS 64 (1923), S. 413–415.

[26] Gemeint ist offenbar die Rede Curzons vom 4. Oktober 1923 zur Außenpolitik und zum Fortgang der Reparationsfrage, die er auf der seit dem 1. Oktober 1923 in London tagenden Reichskonferenz von Vertretern Großbritanniens, der Dominions und der britischen Kolonien hielt; eine Paraphrase der Rede ebd., S. 283.

[27] Die 132 Milliarden Goldmark sind die Summe, die von der Reparationskommission im Londoner Zahlungsplan aufgestellt und am 5. Mai 1921 der Reichsregierung ultimativ vorgelegt wurde (der betr. Zahlungsplan u.a. in URSACHEN UND FOLGEN IV, S. 340–344).

[28] David Lloyd George (1863–1945), britischer Premierminister 1916–1922. – Bis zum Ende seiner Amtszeit im Oktober 1922 hatte er sich gegen die Pläne Poincarés ausgesprochen, die deutschen Reparationsleistungen durch „produktive Pfänder“ (also insb. durch die Besetzung des Ruhrgebiets) selbst einzutreiben.

gerechten Schulden zu bezahlen, 2. sich damit einverstanden zu erklären, daß eine Festsetzung seiner Zahlungen „by competent authority“, also durch ein zuständiges Gremium erfolgen zu lassen, und [3.] für die Zahlung, die ein solches Gremium festsetze, auch spezifizierte und adäquate Garantien anzubieten. Das ist also das englische Programm, das erneut zum Ausdruck gebracht wird, das sich durch nichts unterscheidet von der früheren englischen Auffassung. Ich freue mich, daß die englische Regierung bemüht ist, eine solche objektive und den Verhältnissen gerecht werdende Stellung in dem ganzen Reparationsplan einzunehmen.

Dann hat sich der englische Herr Außenminister der Frage zugewandt, was Deutschland hätte tun müssen in bezug auf den **passiven Widerstand,** und da hat er erklärt, es sei klar geworden, daß die deutsche Regierung, selbst wenn sie wollte, nicht in der Lage gewesen wäre, ihre Politik des passiven Widerstandes fortzusetzen, und schließlich habe Herr Stresemann sich zur Aufgabe des Widerstandes entschieden. Ich bin der Meinung – fährt Lord Curzon fort – daß diese Entschließung drei Monate früher hätte gefaßt werden sollen, but it was unwisely and forlishly[29] [!] postponed, es sei töricht, daß man so lange den passiven Widerstand fortgesetzt habe. „Aber“, fährt er fort, „man hat mir immer gesagt und ich fürchte, daß das die Wahrheit ist, daß es keine Regierung gebe, die eine solche Entschließung hätte überleben können.“ Dann fährt er weiter fort: „In diesem Augenblick weiß ich nicht einmal, ob der Reichskanzler Stresemann diesen Beschluß als Politiker und Kanzler überlebt.“

Diese Ausführungen des Lord Curzon sind mir in diesem Moment vorgelegt worden im Wortlaut; daß der passive Widerstand drei Monate hätte früher aufgegeben werden sollen, deckt sich auch vollkommen mit den früheren Beratungen in London zwischen den Vertretern des englischen Auswärtigen Amts und uns. Deutschland hat immer auf dem Standpunkt gestanden – unter der Regierung Cuno und ebenso unter meiner Regierung –, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes eine so große Leistung von Deutschland sei, daß sie von Konzessionen der anderen Seite begleitet werden müsse, wenn nicht in der Reparationsfrage, so doch in all den Ehrenfragen der Vertriebenen, Gefangenen[30] und der Frage der Wiederherstellung unserer Autorität im besetzten Gebiete. Als es sich darum handelte, auf dieser Basis gegen Gegen-

[29] So in der Vorlage; gemeint ist offenbar „foolishly“.

[30] Stresemann bezieht sich auf die geschätzten 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren, sowie auf die von französischen und belgischen Kriegsgerichten zu Haftstrafen Verurteilten.

leistungen den passiven Widerstand aufzugeben – das war die Auffassung des Kabinetts Cuno –, da ist von englischer Seite die Mahnung gekommen: tun Sie es bald; denn sonst werden Sie, da wir genau informiert sind über die Lage der Dinge im besetzten Gebiet, in eine Situation gedrängt werden, bei der Ihnen nicht mehr die Möglichkeit gegeben sein wird, irgendwelche Bedingungen für die Aufgabe des passiven Widerstandes zu stellen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das ist jetzt!)

Das ist die Situation, wie sie sich vom englischen Standpunkt aus ansieht. – Das war nicht jetzt, sondern das ist mehrere Monate her, ehe das Kabinett Stresemann ans Ruder gekommen ist. Diese Erklärungen sind nicht mir, sondern der früheren Regierung gegeben worden. Deshalb bitte ich doch, sich von dieser Illusion, dieser ganz falschen Vorstellung zu befreien, als wenn hier eine Regierung, die lediglich die Augen nach Paris gerichtet hätte, sich dadurch ein englisches Wohlwollen verscherzt hätte, daß die englische Einstellung sich geändert hätte und England jetzt sagte: es lohnt sich nicht, für ein Deutschland einzutreten, das den passiven Widerstand aufgegeben hat.

Meine Herren! Wollen Sie auch die Güte haben, die Dinge in der Welt mit der Realpolitik anzusehen, zu der Sie sich selbst bekennen. Glauben Sie denn, daß die englische Einstellung zu diesem Problem überhaupt eingegeben ist von der Sympathie oder Antipathie gegen deutsche parteipolitische Konstellationen?

(Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Diese Einstellung ist gegeben vom englischen Weltstandpunkt aus, und dieser englische Weltstandpunkt wird sich in Englands Politik immer durchsetzen.

(Sehr wahr! links und in der Mitte.)

Wie können Sie (zu den Deutschnationalen) dann davon sprechen, daß die **Fäden** hier **abgerissen** seien, weil wir uns lediglich an Frankreich gewandt hätten? Ich darf Ihnen doch auch das eine sagen: gerade weil England eine Formel für die Aufgabe des passiven Widerstandes gefunden hat, die gleichzeitig, wenn auch in einer den deutschen Interessen nicht völlig entsprechenden Weise Gegenleistungen vorsah, eine der ersten Erklärungen, die dieses Kabinett in London abgegeben hat, die gewesen, daß es bereit wäre, den passiven Widerstand auf dieser Basis der englischen Einstellung aufzugeben. Ich bleibe bei meiner Meinung, die sich auf realpolitische Erwägungen in der gegenwärtigen Situation gründet, daß augenblicklich durch das

Ausspielen irgendeiner Macht, durch starke Erklärungen irgendeiner Macht oder durch Verständigung mit irgendeiner Macht die Situation nicht geändert werden könnte, die heute am meisten auf uns lastet. Das ist die Situation an der Ruhr und am Rhein. Dort fällt die deutsche Entscheidung, und es so hinzustellen, als wenn man erwarten könnte, daß die stärkste Militärmacht der Welt, die Frankreich gegenwärtig ist, sich durch eine andere diplomatische Einstellung allein bewegen ließe, aus dieser Position herauszugehen, halte ich für eine falsche Auffassung.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein anderes sagen! Glauben Sie mir: wenn es darauf ankommt, Proteste zu erheben, dann stehen mir gewiß auch starke Worte zur Verfügung. Aber ich bin der Meinung, daß gerade derjenige, der an der Spitze eines politisch ohnmächtigen Staates steht, diese Politik der starken Worte am wenigsten treiben sollte.

(Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.)

In dieser Beziehung besteht sogar noch ein großer Unterschied zwischen einem Mitglied des Hauses und dem verantwortlichen Führer der Politik. Was aber gesagt werden konnte – und ich glaube, mit würdigen Worten – gegen Rechtsbruch und Gewalt an Rhein und Ruhr, das ist in dem Aufrufe gesagt worden, mit dem wir den passiven Widerstand abgebrochen haben[31].

(Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Das Echo, das dieser Aufruf in Frankreich gefunden hat – Herr Poincaré[32] kommt fortwährend auf diesen Aufruf zurück – zeigt, daß man dort wohl verstanden hat, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes kein Aufgeben des deutschen Rechtsstandpunktes war.

(Sehr richtig! bei den Koalitionsparteien.)

Weder der Einbruch entsprach dem Recht und dem Vertrag, noch anerkennen wir die französische Regie[33] oder die ganzen Verhältnisse, die sich dort entwickelt haben. An dieser Auffassung wird nicht das geringste geändert.

---

[31] Gemeint ist die Proklamation vom 26. September 1923 (vgl. oben Anm. 16).

[32] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[33] Stresemann bezieht sich hier auf die Anfang März 1923 von den Besatzungsmächten durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) ins Leben gerufene eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten anstelle der deutschen Eisenbahnverwaltung.

Nun sagt Herr Graf Westarp, die Hauptsache sei nicht zum Ausdruck gebracht worden, nämlich die Frage, ob denn der **Abbruch des passiven Widerstandes,** selbst wenn er ihm zustimmte, nicht hätte sofort begleitet sein sollen von einem **Bruch mit Frankreich[34].** Ich habe auch in einer Kritik der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“[35] gelesen, ich hätte hauptsächlich vom Abbruch des passiven Widerstandes gesprochen, über dessen Notwendigkeit doch jedermann einig gewesen wäre. Nein, zunächst ist die öffentliche Meinung darüber durchaus nicht völlig einig gewesen. Dann bin ich weiter der Auffassung, daß dieser Entschluß der Reichsregierung, der doch der Ausdruck einer Phase der Entwicklung ist, in der wir den Verlust einer Position anerkennen müssen, die wir bis dahin gehalten haben, einmal in seiner Wirkung nach innen und außen von so großer Bedeutung sein kann, daß es mir unbedingt notwendig erschien, hier die Gründe, die die Regierung dazu veranlaßt haben, in voller Ausführlichkeit vor der gesamten Öffentlichkeit nicht nur Deutschlands, sondern auch des Auslandes festzulegen. Sie sagen, ich wäre nicht auf den Hauptpunkt eingegangen, nämlich daß die Differenz auch beispielsweise in der **Konferenz der Ministerpräsidenten[36]** und in der Verhandlung mit den Ruhrvertretern[37] gewesen sei, ob man sofort den Bruch mit Frankreich hätte vollziehen sollen oder nicht. Darf ich zunächst über die erste Konferenz etwas sagen. Es ist richtig, daß dieser Gedanke von dem bayerischen Herrn Ministerpräsidenten[38] in der Debatte gestreift worden ist. Ich habe ihm die Gegengründe entgegengehalten, die ich auch hier dargelegt habe. Dasjenige, was als Communiqué[39] über die Konferenz der Ministerpräsidenten her-ausgegangen ist, ist nicht etwa von der Reichspressestelle verfaßt worden, sondern ist in der Konferenz der Ministerpräsidenten unter einmütiger Billigung aller erschienenen Herren Ministerpräsidenten formuliert,

---

[34] Westarp hatte in seiner in Anm. 2 angeführten Rede verlangt, der Abbruch des passiven Widerstandes hätte verknüpft werden müssen mit dem „Abbruch der Beziehungen, der Verhandlungen, der Leistungen Frankreich und Belgien gegenüber“ (S. 11975–11976).

[35] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[36] Zur Besprechung Stresemanns mit den Ministerpräsidenten vom 25. September 1923 vgl. oben Anm. 21.

[37] Stresemann bezieht sich offenbar auf eine Besprechung mit Vertretern des besetzten Gebietes vom 24. September 1923, in der von deutschnationaler Seite die auch von Westarp angesprochene Forderung nach einem Bruch mit Frankreich erhoben wurde (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 334–338, insb. S. 338).

[38] Eugen Ritter von Knilling (1865–1927), bayerischer Ministerpräsident (BVP) 8. November 1922 – 1. Juli 1924.

[39] In dem Protokoll der betreffenden Besprechung (vgl. oben Anm. 21) findet sich am Ende nur eine Zusammenfassung Stresemanns. Eine Zustimmung der Ministerpräsidenten wurde nicht protokolliert.

(lebhafte Rufe links: hört! hört!)

von mir vorgelesen und genehmigt worden.

(Erneute lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)

Ich bedauere, daß etwaige Einwendungen, etwaige Separaterklärungen nicht damals im Anschluß an diese Feststellung abgegeben worden sind.

(Sehr richtig! bei den Koalitionsparteien.)

Ich möchte auch betonen, daß der bayerische Herr Ministerpräsident den Aufruf der deutschen Reichsregierung in einigen Punkten falsch aufgefaßt haben muß; denn er sprach sich aus gegen die in dem Aufruf zum Ausdruck kommende sofortige Verhandlungsbereitschaft, während von einer sofortigen Verhandlungsbereitschaft in dem Aufruf gar nicht gesprochen worden ist. Es ist eine Frage der Nuance, ob man den Rechtsbruch mit diesen oder jenen Worten zum Ausdruck bringen will. Daß er an der Spitze unseres Aufrufes stehen sollte, war von vornherein bestimmt. Von einer Seite wurde ein Bedenken dagegen erhoben; diese eine Seite blieb aber in der Konferenz der Ministerpräsidenten allein.

Was nun die Frage in ihrer praktischen Bedeutung betrifft, so gestatten Sie mir noch eines zu sagen. Bisher hatte sich Frankreich auf den Standpunkt gestellt, es verhandele mit Deutschland nicht, solange der passive Widerstand aufrechterhalten würde. Herr Graf Westarp hat ja selbst loyal anerkannt, daß ich mich den verschiedensten Gruppen gegenüber sehr pessimistisch darüber geäußert hätte, ob auch nach Aufgabe des passiven Widerstandes eine **Verhandlungsbereitschaft Frankreichs** da sein würde. Aber jedenfalls müssen Sie sich doch folgendes vor Augen stellen. Es kann sein, daß der französische Ministerpräsident die Zeit lange hinausziehen will, bis zu der er überhaupt glaubt, anerkennen zu sollen, daß der passive Widerstand beendet sei. Es kann sein, daß Verhandlungen entweder nicht möglich sind oder daß bei Verhandlungen solche Bedingungen gestellt werden, daß man diese Bedingungen nicht mit der Unterschrift einer deutschen Regierung decken kann. Wenn Sie aber vor der Welt und wenn Sie vor den Alliierten – vor allen Dingen beispielsweise gegenüber England und seiner ganzen Einstellung, wie sie in der Rede von Lord Curzon zum Ausdruck kommt – die deutsche Sache verfechten wollen, dann müssen Sie auch den Zeitpunkt abwarten, bis die ganze Situation klar vor der Weltöffentlichkeit liegt,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und Sie dürfen nicht vorher supponieren: es wird doch nichts helfen! – und damit ihrerseits heute eine diplomatische Aktion einleiten, die Lord Curzon überhaupt nicht mehr in die Lage versetzt hätte, die Rede zu halten, die er in London in seinem Parlament gehalten hat[40]. Wie wäre es ihm dann möglich gewesen, die ganze Frage des Zusammentritts einer interalliierten Konferenz, seinen Protest gegen die Ruhrbesetzung, gegen die Fixierung der Summe, seine ganze Anerkennung der Loyalität der deutschen Angebote zu erwähnen und den Wunsch nach einer Lösung dieser Probleme zum Ausdruck zu bringen, wenn Deutschland vorher seinerseits zum Ausdruck gebracht hätte, auf alle Lösungsmöglichkeiten zu verzichten und den Versailler Vertrag[41] als nicht vorhanden anzusehen!

(Erneute Zustimmung in der Mitte und links.)

Meine Damen und Herren! Es wird vielfach das eine vergessen – ich gebe zu, es ist das für die große Öffentlichkeit schwer zu verstehen, aber es ist doch so –: in gewissen Beziehungen ist der **Vertrag von Versailles** gegenüber der seither getriebenen Gewaltpolitik ein Schutz der deutschen Interessen, und es ist deshalb die Formel gar nicht so einfach, die man so oft hört, daß ein Losreißen von diesem Vertrage etwa sofort eine Besserung der deutschen Situation brächte, von allen Konsequenzen abgesehen. Welches ist denn die Differenz zwischen Baldwin[42] und Poincaré? Doch die, daß London hier vor der ganzen Welt sagt und erneut feststellt: mit den Bestimmungen des Vertrages ist euer Einbruch in Ruhr und Rhein nicht vereinbar! Und, meine Damen und Herren, so sehr schließlich die großen realen Prinzipien der Gewalt die Weltpolitik beherrschen, – wenn Sie an die Zukunft denken, vergessen Sie nicht, was auch auf moralischem Gebiete ein solcher Protest, von alliierter Seite ausgesprochen, für die endgültige Lösung bedeutet. Wir haben im Kampfe mit den Waffen, in dem wahrlich Deutschland Heldenmütiges geleistet hat, schwer darunter leiden müssen, daß wir gegen eine öffentliche Meinung der Welt ankämpfen mußten, die zum Teil noch bis heute gegen uns eingestellt ist.

(Sehr richtig!)

---

[40] Eine Parlamentsrede Curzons konnte nicht ermittelt werden; vermutlich meint Stresemann die Rede vor der Reichskonferenz (vgl. oben mit Anm. 26).

[41] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[42] Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923.

Gestatten Sie uns deshalb, daß wir bei unserer Politik darauf Rücksicht nehmen und nicht glauben, mit der bequemen Art, zu sagen: der Vertrag sei zerrissen, die Dingen wenden zu können.

Ich gebe andrerseits dem Grafen Westarp das eine zu: die Verhältnisse können uns eines Tages vor die Frage stellen – und oft genug haben wir vor dieser Frage gestanden –, ob wir noch unseren Namen unter einen Vertrag setzen können, der uns Unmögliches zumutet für unsere Souveränität, für unsere Ehre, für den Bestand des Deutschen Reiches. Ich bin nicht der Meinung, daß man sich unter allen Umständen darauf einstellen soll, alle Forderungen erfüllen zu müssen. Davon kann gar keine Rede sein. Aber wenn Sie (zu den Deutschnationalen) in diese Situation kommen und ein vertragsloser Zustand eintritt, wenn Sie in die Lage kommen, daß wir dieses Nein aussprechen müssen, dann schaffen Sie vorher mit uns die Voraussetzungen, daß dieser Zeitpunkt ein geeinigtes deutsches Volk findet, daß im Sinne der Volksgemeinschaft zusammensteht.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. – Händeklatschen, auch auf den Zuhörertribünen. – Glocke des Präsidenten.)[43]

[43] Am Ende der langen, bis nach Mitternacht dauernden Debatte vom 8. Oktober 1923 sprach der Reichstag der Reichsregierung in nichtnamentlicher Abstimmung mit Mehrheit das Vertrauen aus (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12029).

Erklärung im Reichstag vom 11. Oktober 1923[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12141. – Druck mit geringen Änderungen auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 157.

Weist den Vorwurf zurück, er habe mit der Reichstagsauflösung gedroht, um das Ermächtigungsgesetz durchzudrücken.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Der Herr Abgeordnete v. Graefe[2] hat geglaubt, mir sagen zu können, daß der Reichskanzler die Absicht gehabt hätte, das Haus zu bluffen, indem er mit der Auflösung gedroht hätte[3].

Ich bemerke dazu zunächst das eine: ich habe als Reichskanzler bisher in der Debatte nicht gesprochen. Die Entschlüsse darüber, was die Regierung tut, wenn das Ermächtigungsgesetz[4] abgelehnt wird, stehen fest, stehen wenigstens für mich und für diejenige Stelle fest, die darüber zu entscheiden hat[5].

---

[1] Im Reichstag hatten bei einer (erstmals im Parlament durchgeführten) Probeabstimmung weder das von der Regierung beantragte Ermächtigungsgesetz (wegen Nichtbeteiligung der DNVP an der Abstimmung und der dadurch nicht gegebenen Anwesenheit von zwei Dritteln der Reichstagsabgeordneten) noch ein entgegengesetzter Antrag der DNVP eine Mehrheit gefunden (die Debatte in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12115–12141). Stresemann, der sich im Reichstag, aber außerhalb des Sitzungssaals befunden hatte, kehrte in den Plenarsaal zurück (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 157) und gab diese Erklärung ab.

[2] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DNVP bis 1922, für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender 1922–1924, für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft 1924–1928).

[3] Der Redebeitrag Graefes in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12140.

[4] Das Kabinett hatte sich nach kontroverser Diskussion, bei der zwischen den Koalitionsparteien insb. der Acht-Stunden-Tag und Rentenkürzungen umstritten war, am 6. Oktober 1923 auf einen Entwurf für ein Ermächtigungsgesetz geeinigt, das die Regierung zu „Maßnahmen […] auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete“ ermächtigen sollte, die Arbeitszeit- und Sozialrentenfrage davon jedoch ausdrücklich ausnahm (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 499–500). Über den Gesetzesantrag beriet der Reichstag zunächst am 9. und 11. Oktober 1923 (für die Debatte am 9. Oktober: 12033–12093; für den 11. Oktober: vgl. oben Anm. 1); am 13. Oktober 1923 wurde das Gesetz im Reichstag mit der notwendigen doppelten Zweitdrittelmehrheit verabschiedet (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12149); Text des Gesetzes u.a. in REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 943.

[5] Gemeint ist der Reichspräsident, Friedrich Ebert; er hatte Stresemann bereits am Vortag signalisiert, daß er den Reichstag auflösen werde, falls das Ermächtigungsgesetz keine Mehrheit finden sollte (vgl. die Aussagen Stresemanns in der an die Reichstagssitzung anschließenden Kabinettssitzung vom 11. Oktober 1923: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 543).

Die Frage, wann die Abstimmung darüber sein soll, ist nicht Sache des Reichskanzlers, sondern nur Sache der Parteien. Der Reichskanzler hat an diesem Antrag nicht mitgewirkt[6].

[6] Stresemann bezieht sich hier auf einen Antrag von Wilhelm Marx, die endgültige Abstimmung auf den 13. Oktober zu vertagen, dem der Reichstag in der Folge zustimmte (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12141).

Rede in einer Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder in der Reichkanzlei vom 24. Oktober 1923

Nach AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 713–749.

Rekapituliert aus Sicht der Reichsregierung den bisherigen Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen Bayern und dem Reich. Verteidigt das Verbot des „Völkischen Beobachters“ und die folgenden Berliner Maßnahmen nach dessen Nichtbeachtung. Im Ausnahmezustand ist die Verweigerung eines Befehls unannehmbar; daher hätte Lossow zurücktreten müssen. Bayern hat das Reich in der Auseinandersetzung mit Frankreich geschwächt, weil es die Reichseinheit in Frage gestellt hat. Änderungen im Sinne größerer Selbständigkeit der Länder können nur auf verfassungsmäßigem Weg vorgenommen werden.

[…][1]

Die Sitzung wird um 5 Uhr 20 Minuten durch den Reichskanzler Dr. Stresemann eröffnet.

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Meine Herren! Ich eröffne unsere heutige Sitzung. Sie ist angeregt worden von der württembergischen Staatsregierung, die an die Reichsregierung den Antrag gestellt hatte, den Reichsrat zu berufen, und die heute unter Zurückziehung dieses Antrages gebeten hat, eine Konferenz der Ministerpräsidenten abzuhalten, um über die Differenzen zu sprechen, die in Verfolg Ihnen bekannter Vorgänge zwischen einem der Länder und dem Reiche entstanden sind.

Ich darf vielleicht bitten, daß der Herr Staatspräsident Dr. Hieber[2] die Güte hat, seinerseits den Antrag zu begründen.

[…][3]

---

[1] Die in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 713–714 wiedergegebene Anwesenheitsliste weist die meisten Reichsminister (allerdings nicht Reichswehrminister Geßler, der sich jedoch im späteren Verlauf äußert), einige Staatssekretäre und Ministerialbeamte sowie die Vertreter der deutschen Länder aus.

[2] Johannes Hieber (1862–1951), württembergischer Staatspräsident 1920 – 5. April 1924; Mitglied des Reichstags 1921 – Mai 1924 (für die DDP).

[3] Hieber erläutert im folgenden (ebd., S. 714), daß der ursprünglich Antrag, die Differenzen zwischen dem Reich und Bayern im Reichsrat zu behandeln, wegen der grundsätzlichen Öffentlichkeit von Reichsratssitzungen zurückgezogen worden sei zugunsten einer Besprechung der Ministerpräsidenten. Nach seiner Vorstellung sollten zunächst die Vertreter Bayerns und des Reichs ihre Standpunk-

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Ich bin mit dem Vorschlage des Herrn Staatspräsidenten einverstanden und darf vielleicht bitten, daß zunächst der Herr Gesandte v. Preger[4] die Güte hat, den bayerischen Standpunkt darzulegen.

[…][5]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:** Meine Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich auf die Darlegungen antworte, die der Herr Gesandte v. Preger soeben gegeben hat. Er hat seine Darlegungen damit begonnen, daß Bayern den Konflikt, der entstanden ist, nicht leichtsinnig heraufbeschworen habe. Er hat aber später zum Ausdruck gebracht, daß dieser Konflikt Bayern geradezu aufgezwungen worden sei. Ich möchte die erstere Bemerkung, die er für Bayern ausgesprochen hat, doch voll auch für die Reichsregierung in Anspruch nehmen. Ich glaube, daß der sehr bedauerliche Konflikt von der Reichsregierung nicht nur nicht leichtsinnig heraufbeschworen worden ist, sondern daß die Reichsregierung – ich darf das auch für mich persönlich in Anspruch nehmen – alles getan hat, um ihn in einer Weise zur Erledigung zu bringen, die einen Konflikt selber ausschloß.

Wenn ich auf die Sachdarstellung eingehe und mich genau den Gedankegängen des Herrn Gesandten v. Preger dabei anschließe, dann darf ich zunächst einmal wie er auf die Sitzung zurückgreifen, die wir hier am 26. [!] September 1923 gehabt haben[6]. Sie werden sich entsinnen, daß damals – ich glaube von dem Herrn Preußischen Ministerpräsidenten[7] – bereits die Frage zur Diskussion gestellt worden ist, ob nicht im Anschluß an den Abbruch des passiven Widerstandes[8] sofort der

---

te darlegen. – Zur Genese der Idee, den Reichsrat von Württemberg einberufen zu lassen, nämlich um die Auseinandersetzungen zwischen dem Reich und Bayern im Kreis der Länder zu besprechen, in einem Gespräch zwischen Stresemann und Preger am 21. Oktober 1923 vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 173–174.

[4] Konrad Ritter von Preger (1867–1933), bayerischer Gesandter bei der Reichsregierung 1919–1932.

[5] Preger erläutert im folgenden (ebd., S. 715–727) die bayerische Sicht der Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reich seit dem 26. September 1923, dem Tag, an dem der bayerische und der Reichsausnahmezustand verhängt wurden, und äußert den Wunsch nach einer Lösung des Konflikts.

[6] Gemeint ist offenbar die Besprechung mit den Ministerpräsidenten vom 25. September 1923 (Protokoll in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 349–356), in der Braun sich wie im folgenden angesprochen äußerte (S. 351).

[7] Otto Braun (1872–1955), preußischer Ministerpräsident 1921–1932 (mit kurzer Unterbrechung Januar – April 1925), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

[8] Die Aufgabe des passiven Widerstands wurde durch eine Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben; zur Entscheidung vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135; Text der Proklamation u.a. in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 203–204; SCHULTHESS 64 (1923), S. 177–178.

Reichsausnahmezustand verhängt werden solle. Dagegen ist von anderer Seite Widerspruch erhoben worden. Ich selbst würde es deshalb nicht für richtig erachtet haben, weil in der sofortigen Verhängung des Reichsausnahmezustandes etwas wie ein Schuldbekenntnis der Reichsregierung gelegen hätte nach der Richtung, daß sie glaubte, durch diese Tat des Abbruchs des passiven Widerstandes berechtigte Empfindungen des Volkes verletzt zu haben, daß sie Unruhen von vornherein voraussehen mußte und sich dagegen mit den Mitteln der Gewalt schützen wollte. Das war für mich der Hauptgesichtspunkt, weswegen ich dieser Anregung nicht entsprochen habe bzw. nicht an den Reichspräsidenten[9] dieserhalb herangetreten bin.

Umso erstaunter waren wir, als wir in der Reichshauptstadt, und zwar durch die Presse, Kenntnis davon erhielten, daß in Bayern der Ausnahmezustand verhängt worden sei[10]. Meine Herren, ich komme später auf einige Einzelheiten, die mir zu einer allgemeinen Bemerkung in diesem Kreise, in dem wir doch vertraulich sprechen, Veranlassung geben. Es geht doch meiner Meinung nach nicht an, daß sich in dem Verhältnis zwischen den Ländern untereinander oder zwischen den Ländern und dem Reich die Gewohnheit einbürgert, daß man von offizieller Kenntnisgabe wichtiger und bedeutungsvoller Schritte absieht, und daß man angewiesen ist auf Zeitungsmitteilungen über Entschließungen, die von höchster und weittragendster Bedeutung für das ganze Reich sind. Weder unsere Gesandtschaft in München, die doch leicht zu benachrichtigen gewesen wäre, noch die Reichsregierung direkt hat irgendeine Kenntnis von diesem Schritt der bayerischen Regierung gehabt; sie hat ihn an jenem Abend durch private Pressemitteilungen erfahren. Sie konnte infolgedessen auch gar nicht die Gründe der bayerischen Regierung würdigen. Die Kenntnisgabe erfolgte sehr spät, und sie erfuhr sie in der Form, in der vielleicht die Presse solche Mitteilungen in ihrer Art widergibt, nämlich in der Form, daß dem Herrn Generalstaatskommissar v. Kahr[11] eine Gewalt übertragen worden sei, die ihn zum Diktator Bayerns mache. Die Reichsregierung mußte infolgedessen erwägen, ob eine derartige Tatsache, wenn sie in Deutschland bekannt würde, bei den Beziehungen des Herrn v. Kahr zu den rechts gerichteten Organisationen im Lande, und zwar ge-

[9] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925.

[10] Am 26. September 1923 hatte die bayerische Regierung den Ausnahmezustand für Bayern verhängt und den ehemaligen Ministerpräsidenten von Kahr zum Generalstaatskommissar und Inhaber der vollziehenden Gewalt ernannt; Text der Verordnung u.a. in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 388–389. – Zur Wahrnehmung in Berlin vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 380–382 (mit den dortigen Anm.).

[11] Gustav Ritter von Kahr (1862–1934), Generalstaatskommissar für Bayern September 1923 – Februar 1924; bayerischer Ministerpräsident 1920–1921.

rade auch zu denen, die man als aktive Kampfverbände bezeichnen kann und die es nicht nur in Bayern gibt, nicht etwa wirken könne als eine Aufforderung, nach diesem Vorgehen in Bayern nun auch ihrerseits vielleicht sich zusammenzutun unter dem Gedanken, daß eine derartige Rechtsentwicklung, die sich dadurch in Bayern anbahne, die durch die Persönlichkeit gegeben war, auch in andern Landesteilen durchgeführt werden solle. Ich glaube, die Entwicklung, die seitdem eingesetzt hat, insbesondere die Aufrufe des Herrn v. Kahr, Ausdrücke wie die, die gebraucht worden sind, daß Bayern der Treuhänder des deutschen Volkes wäre[12], auch die ganz bestimmte Differenzierung zwischen nationalem Denken hier und angeblich nichtnationalem Denken in andern Teilen Deutschlands, läßt die damalige Empfindung der Reichsregierung nachträglich als vollkommen berechtigt erscheinen. Wir fragten uns: wie wirkt das etwa auf Pommern und andere Gebiete, wo Organisationen sind, wo Herr v. Kahr auch gewirkt hat, wenn morgen in der Presse steht: Herr v. Kahr zum Diktator von Bayern ernannt? Liegt darin nicht unter Umständen die wirklich gar nicht und wahrscheinlich gar nicht gewollte Anregung von den rechtsradikalen Organisationen in anderen Bezirken Deutschlands, ihrerseits Schwierigkeiten zu machen? Müssen wir dem gegenüber nicht auch unsererseits handeln, etwa um derartigen Schwierigkeiten entgegenzutreten? Das war der Gesichtspunkt, von dem aus wir dazu vorgingen, den Reichsausnahmezustand zu verhängen[13], und wenn infolge des Zwitterzustandes eines Reichsausnahmezustande[s] in Bayern ohne die sofortige Aufforderung an die bayerische Staatsregierung, ihren Ausnahmezustand nunmehr zurückzunehmen, Schwierigkeiten entstanden sind – ein Verhalten der Reichsregierung, das auch der Herr Reichswehrminister[14], wie wir gehört haben, als einen Fehler bezeichnet hat, so ist dieser Fehler entstanden aus einer Rücksichtnahme auf Bayern und nicht aus der Absicht, mit Bayern in einen Konflikt zu kommen[15]. Der

[12] So ausdrücklich in der unten angesprochenen Vereidigungsformel, in der von der bayerischen Staatsregierung „als Treuhänderin des deutschen Volkes“ die Rede ist (vgl. unten mit Anm. 42).

[13] Reichspräsident Ebert hatte am 26. September 1923 auf der Grundlage von Art. 48 der Reichsverfassung eine bereits am Tag zuvor entworfene Verordnung über den Ausnahmezustand im gesamten Deutschen Reich erlassen und die vollziehende Gewalt an den Reichswehrminister übertragen, der sie seinerseits an die Reichswehrkommandeure in den einzelnen Wehrbezirken übertrug; Text der Verordnung u.a. in REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 905–906.

[14] Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die DDP).

[15] Zur ersten Diskussion der Reichsregierung über das Nebeneinander von bayerischem und Reichsausnahmezustand vgl. den betr. Teil im Protokoll der Kabinettssitzung vom 27. September 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 380–385).

Herr Reichspräsident hat damals darauf hingewiesen[16], er wisse, daß der von uns für Bayern in Aussicht genommene Zivilkommissar – meine Herren, die Dinge sind natürlich vorbereitet nach der Richtung, daß man sich für gewisse Eventualitäten die Persönlichkeit[en] vorher überlegt hat, denen man diese Kommissariate überträgt, damit man im gegebenen Moment schnell handeln könne –, daß wahrscheinlich die Persönlichkeit des für Bayern in Aussicht genommenen Zivilkommissars der bayerischen Regierung Schwierigkeiten machen würde, nachdem sie Herrn v. Kahr zum Generalstaatskommissar ernannt hat, und um zum Ausdruck zu bringen, daß die Verhängung des Reichsausnahmezustandes geschehe, um die deutschen Reichsinteressen überall zu sichern, nicht aber ein gegen Bayern geführter Stoß sei, ist davon abgesehen worden, sofort die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes zu fordern, ist weiter davon abgesehen worden, einen Zivilkommissar für Bayern zu ernennen. Es hat sich dabei gezeigt, daß diese Stellung der Reichsregierung – und das gebe ich zu – zu Schwierigkeiten geführt hat, Schwierigkeiten, die aber doch wohl darin lagen, daß von Herrn v. Kahr ein Zusammenwirken mit Herrn v. Lossow[17], das sich wohl hätte ermöglichen lassen bei den Anregungen des Reiches, die nach München gingen, zwischen beiden Teilen besprochen und beiderseitig im Einvernehmen durchgeführt worden wäre, – ich sage, daß sich ein solches Zusammenwirken, das möglich gewesen war, deshalb nicht gangbar erwies, weil es wohl gar nicht in der Absicht des Herrn v. Kahr lag, überhaupt irgendeine Ingerenz des Reiches auf Bayern in dieser Situation zugestehen zu wollen.

Ich habe über den bayerischen Ausnahmezustand am nächsten Tage Kenntnis erhalten durch ein Telephongespräch mit Herrn v. Knilling[18], und dieses Telephongespräch war kurz und für mich schwierig, weil sich bei mir der britische Botschafter Lord d'Abernon[19] befand und ich sehr schwer ein sehr wichtiges Gespräch lange führen und den britischen Botschafter, der sich in einer sehr wichtigen Angele-

[16] Ein entsprechender Hinweis Eberts konnte nicht ermittelt werden. Vgl. aber die Äußerung Eberts im Ministerrat vom 1. Oktober 1923, in dem er sich gegen den Vorschlag wandte, die Auseinandersetzung zwischen dem Reich und Bayern vor den Staatsgerichtshof zu bringen (der betr. Protokollabschnitt ebd., S. 422–425).

[17] Otto von Lossow (1868–1938), Kommandeur der 7. (bayerischen) Division der Reichswehr und Landeskommandant von Bayern 1921–1924.

[18] Eugen Ritter von Knilling (1865–1927), bayerischer Ministerpräsident (BVP) 8. November 1922 – 1. Juli 1924. – Eine Aufzeichnung Stresemanns über das Telefongespräch mit Knilling vom 27. September 1923 abgedruckt in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 132–133.

[19] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] d'Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926.

genheit angesagt hatte[20], lange warten lassen konnte. Damals hat Herr v. Knilling mir zum Ausdruck gebracht die Gründe, die der Herr Gesandte v. Preger auch für die Ernennung des Herrn v. Kahr zum Generalstaatskommissar angeführt hat. Er hat selber in diesem Gespräch gesagt, diese Ernennung habe wahrscheinlich in Berlin befremdet, aber sie sei gerade aus der Rechtseinstellung des Herrn v. Kahr erfolgt, weil man von ihm erwarte, daß er am ehesten in der Lage sein würde, auf die weiter rechts stehenden Organisationen einzuwirken. Ich habe ihn in Kenntnis gesetzt, daß wir auf die Ernennung des Zivilkommissars vorläufig verzichtet hätten, und habe gesagt: Ich hoffe, daß Herr v. Lossow und Herr v. Kahr miteinander arbeiten und sich verständigen würden. Das war das Gespräch, das damals in dieser Form geführt wurde, und auf das ja auch der Herr Gesandte zurückgekommen ist.

Ich darf hier noch einmal feststellen, daß die Befehle, die Telegramme, die vom Reichswehrministerium ausgegangen sind, die ich zum Teil, wie das erste Telegramm[21], erst heute gehört habe, nach einer Richtung doch deshalb entscheidend sind, und daß da ein Irrtum des Herrn Ministerpräsidenten v. Knilling vorliegt, daß der Herr Reichswehrminister erklärt hat, er würde heute keine materiellen Anordnungen treffen, aber nicht erklärt hat, er würde überhaupt keine materiellen Anordnungen treffen, und daß andrerseits zum Ausdruck kam die Anweisung an Herrn v. Lossow, er solle Konflikte mit Bayern vermeiden entsprechend der allgemeinen Einstellung der Reichsregierung, die sicher keinen größeren Wunsch hätte als den, wenigstens im Verhältnis zwischen Reich und Ländern Konflikte zu vermeiden in einer Zeit, in der sie nach anderer Richtung schwer zu tun hatte.

Meine Herren! Nun handelt es sich um jenes Problem gegen den „Völkischen Beobachter“[22], das der Herr Gesandte v. Preger hier in den Einzelheiten dargelegt hat.

---

[20] Eine Aufzeichnung Stresemanns über die Unterredung mit D’Abernon vom 27. September 1923, bei der es um die Aufgabe des passiven Widerstandes ging, abgedruckt in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 417–418, und STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 135–137. Die Unterbrechung durch das Telefonat mit Knilling ist dort erwähnt.

[21] Preger hatte in seinen Ausführungen (vgl. oben mit Anm. 5) u.a. ein Telegramm Geßlers vom 27. September 1923 an Lossow verlesen, in dem der Reichswehrminister den Vorrang des Reichsrechts vor dem Landesrecht betonte und Lossow als Inhaber der vollziehenden Gewalt in Bayern auf seine Pflichten gegenüber ihm als Reichswehrminister hinwies (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 717).

[22] Der „Völkische Beobachter“ war die Parteizeitung der NSDAP. In einem Artikel vom 27. September 1923 waren heftige Angriffe gegen Stresemann, die Reichswehrführung und insb. Seeckt enthalten (VÖLKISCHER BEOBACHTER, Nr. 199 vom 27. September 1923, S. 1; Wiederabdruck u.a. in HITLER-PUTSCH S. 74–76, Anm. 71). Der Artikel bot dem Inhaber der vollziehenden Gewalt, Reichswehrminister Geßler, am 28. September 1923 den Anlaß, den Völkischen Beobachter zu verbieten (Text des Fernspruchs am Lossow u.a. ebd., S. 185–186). Das Verbot wurde von Lossow nicht ausgeführt, der sich dabei auf den Einspruch des bayerischen Generalstaatskommissar Kahr berief und dessen Vorhaben, es bei einer Verwarnung zu belassen (vgl. sein Telegramm an Geßler vom 1.

Ich glaube, man kann diese Dinge hier doch nicht gut lediglich formal erörtern nach der Richtung, ob hier ein Drängen der Reichsregierung in unzulässiger Weise stattgefunden hätte nach der Richtung, ob es Herrn v. Kahr nach der Verwarnung unmöglich gewesen wäre, nachträglich dies Verbot auszusprechen, sondern man muß sich auch nach der materiellen Seite hin fragen, was eigentlich im „Völkischen Beobachter“ gestanden hat. Hier ist die Rede davon, es sei der Reichskanzler – ich weiß nicht: Stresemann – Seeckt[23], der Chef der Heeresleitung, beleidigt worden. Ich will ganz davon absehen – und ich sehe davon ab, das habe ich bereits erklärt –, daß in dem Artikel der Kanzler angegriffen wird, obwohl ich ja fürchte, daß sich die Persönlichkeiten, die sich bereit finden, im Dienste des Reiches zu stehen, bald nicht mehr finden werden, wenn die Zügellosigkeit der Presse in der persönlichen Verunglimpfung aller derjenigen, die sich dem Staate widmen, nicht eine gewisse Grenze allmählich innehält oder ihr aufgezwungen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Aber ich sehe davon ab, daß das der „Völkische Beobachter“ geschrieben hat. Die Überschrift der Nummer lautet: „Ebert und Stresemann gestehen ihre Schande ein!“[24] Das war die Kritik der Aufgabe des passiven Widerstandes, und es war einmal – und da bin ich der Meinung, muß es parteipolitisch ausscheiden – die Person des Reichspräsidenten, und ich weise hier darauf hin: Ganz unbeschadet parteipolitischer Einstellung, der Reichspräsident muß außerhalb der Polemik der Presse bleiben. So wie er sich außerhalb jeder parteipolitischen Einwirkung gestellt hat und wie sie nach außen hin nicht hervortreten darf von dem Präsidenten der Republik, so muß auch seine Person geachtet werden.

Dann das Zweite! Was war denn hier vom Chef der Heeresleitung gesagt? In den Schlußsätzen dieses Aufsatzes des „Völkischen Beobachters“ war gesagt, daß es ein Unglück für Deutschland sei, daß es immer noch viele Offiziere gäbe, die an den nationalen Geist des Chefs der Heeresleitung glaubten. Da gestehe ich, daß ich den Herrn Reichswehrminister, der diesen Aufsatz bis dahin nicht kannte, darauf aufmerksam gemacht und ihm gesagt habe: Wenn in diesen unruhigen Zeiten, in denen die Verhältnisse so labil sind, wie wir sie alle empfinden, jemand versucht, die Offi-

Oktober 1923: ebd., S. 186; ausführlicher in einem Bericht an den Reichswehrminister vom 6. Oktober 1923: ebd., 197–198).

[23] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP).

[24] Die Überschrift der Seite, auf der der betreffende Artikel erschien (vgl. die vorangehende Anm.), lautet tatsächlich: „Ebert und Stresemann verkünden ihre Schande“. Der Artikel trägt dagegen die Überschrift „Die Diktatoren Stresemann – Seeckt“.

ziere der Reichswehr aufzuhetzen gegen ihren obersten Befehlshaber mit dem nach alter und jetziger Offiziersehre schwersten Vorwurf, daß er bar nationaler Gesinnung sei, dann wankt allerdings die feste Grundlage, die wir überhaupt noch haben, nämlich die Disziplin im Heere, und wenn dem gegenüber nicht eingegriffen wird mit einem Verbot, dann möchte ich doch einmal die Frage stellen, wann denn eigentlich mit einem Verbot eingegriffen werden soll, wenn nicht in dem Falle, wo man derartig die Grundlagen des Staates und seiner Macht nach innen und außen offensichtlich und bewußt zu erschüttern versucht. Wie stehen wir denn da mit unseren Maßnahmen gegenüber der Presse in anderen Fragen, wenn für derartige Dinge eine Verwarnung als genügend erachtet wird. Dieses Materielle muß doch, glaube ich, auch einmal in Betracht gezogen werden, um den Standpunkt der Reichsregierung zu verstehen, daß ich in diesem Falle unbedingt auf ein scharfes Eingreifen gegen den „Völkischen Beobachter“ drängte und es für selbstverständlich hielt. Ich darf den Herrn Gesandten daran erinnern, daß er mir einst eine Mitteilung des Herrn Ministerpräsidenten v. Knilling überbrachte, worin er sagte, der Herr Ministerpräsident hielte meine Anregung, daß der „Völkische Beobachter“ verboten werden solle, für verständlich. Dann habe ich auch Herrn v. Preger darauf hingewiesen, daß es doch unmöglich ginge, und als selbstverständlich angenommen, daß die bayerische Regierung von sich aus den „Völkischen Beobachter“ verböte angesichts einer derartigen Kritik, die in ihren Wirkungen schlimmer sein kann als irgendein Angriff auf eine zivile Persönlichkeit.

Meine Herren! Das ist nun nicht geschehen. Man hat geglaubt, diese Darlegung des „Völkischen Beobachters“ mit einer Verwarnung strafen zu können. Man ist zum Verbot später übergegangen, als Herr v. Kahr angegriffen war[25], und das mußte naturgemäß auch weiter die Autorität der Reichsregierung schädigen, als man sah, daß diese sehr scharfen Angriffe, und zwar Angriffe gegen den Chef der Heeresleitung, doch leichter genommen werden als Angriffe oder Kritiken, die sich nachher auf innerbayerische Verhältnisse bezogen.

(Bayerischer Gesandter Dr. **v. Preger:** Der „Völkische Beobachter“ ist wegen des Aufrufs der artilleristischen Verbände verboten worden.)

[25] Kahr verbot am 4. Oktober 1923 das Erscheinen des „Völkischen Beobachters“ für zehn Tage (die entsprechende Weisung an die Polizeidirektion München in HITLER-PUTSCH S. 194), nachdem am gleichen Tag die Zeitung einen Aufruf an „Artilleristen“ veröffentlicht hatte, der mit der Begründung: „Bald wird das Kommando zur Feuereröffnung erschallen!“, diese aufforderte, sich zum Artillerieregiment der SA zu melden (VÖLKISCHER BEOBACHTER, 4. Oktober 1923, S. 6; Wiederabdruck in HITLER-PUTSCH, S. 79, Anm. 77).

– Dann bitte ich um Entschuldigung. In derselben Nummer waren aber, wenn ich nicht irre, auch Angriffe gegen Herrn v. Kahr enthalten. Aber wenn das Verbot speziell auf die Aufforderung an die artilleristischen Verbände sich bezog, dann liegt es so.

Nachdem ich auf das Materielle eingegangen bin, möchte ich hier dann hinweisen auf eine zweite Frage, in der die Autorität der Reichsregierung vollkommen engagiert war. Der Herr Reichswehrminister hatte den „Völkischen Beobachter“ verboten – ich lasse einmal ganz die Frage dahingestellt, ob mit Recht oder Unrecht; aber er hatte das Verbot ausgesprochen. Das Verbot war an die Öffentlichkeit gekommen. Der Reichswehrminister, so hieß es, hat den „Völkischen Beobachter“ verboten. Daraufhin meldete die gesamte Presse: Der vom Reichswehrminister verbotene „Völkische Beobachter“ erscheint. Dieses Spiel ging ungefähr ein, zwei, drei Tage, und die Telegramme, die der Herr Gesandte v. Preger erwähnte, und die hier den Eindruck einer Überstürzung der fortgesetzten Wiederholung eines Befehls machen, erklären sich daraus, daß der Herr Reichswehrminister als Inhaber der obersten vollziehenden Gewalt unmöglich gegenüber der Öffentlichkeit des deutschen Volkes bestehen kann, wenn er ein Verbot ausspricht, das bekannt wird, und wenn das von ihm verbotene Blatt jederzeit weiter erscheint, und man infolgedessen die Empfindung hat, daß es an sich nicht durchgeführt wird.

Meine Herren, nun komme ich auf das Verhältnis des Herrn v. Lossow zu dem Herrn Reichswehrminister mit Bezug auf die an ihn ergangenen Befehle. Es ist mir bekannt, daß Herr v. Lossow einen Offizier[26] nach Berlin entsandt hat, um auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die in diesem Falle oder in bezug auf die Gesamtsituation vorlagen. Diese Einzelheiten sind Angelegenheiten des Reichswehrministeriums, so daß sie in ihren Einzelheiten der Reichsregierung weniger bekannt sind, woraus sich aber auch schon ergibt, daß ebenso wie die ganze Ausübung der vollziehenden Gewalt, nachdem sie einmal in militärische Hände gelegt ist, nicht mehr rein politisch von den einzelnen Regierungen oder
der Reichsregierung behandelt werden könne. Als der letzte Befehl[27] an Herrn v. Lossow kam, der ihn aufforderte, nunmehr eventuell mit Brachialgewalt gegen den

[26] Es handelt sich um Major Hans von Hößlin (1880–1947), 1920–1924 Generalstabsoffizier im Stab des Wehrkreiskommandos 7; seine Entsendung nach Berlin am 29. September 1923 geht aus einer „Materialsammlung“ hervor, die gedruckt ist in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1176–1203 (die betr. Passage S. 1182). Vermutlich handelt es sich dabei um dieselbe Mission, von der der Reichswehrminister ohne Namensnennung in seinen Erinnerungen berichtet (GESSLER S. 265).

[27] Ein entsprechender Befehl über denjenigen vom 28. September 1923 hinaus (vgl. oben Anm. 22) konnte nicht ermittelt werden.

„Völkischen Beobachter“ vorzugehen, und zwar nun nicht mehr lediglich wegen der Beleidigungen des Generals v. Seeckt unter Herabsetzung seiner Person in den Augen der Offiziere, sondern wegen der außerordentlich erschütterten Autorität des Reichswehrministers gegenüber der ganzen übrigen Presse und der Öffentlichkeit, da kam das Telegramm, das Herr v. Lossow hierher sandte[28], und das ich damals zur Kenntnis erhielt.

Nun möchte ich hier bei diesem Telegramm in meiner Auffassung zwischen zwei Teilen seines Inhalts differenzieren. Wenn Herr v. Lossow noch einmal telegraphiert hätte: Ich halte das Verbot für undurchführbar! – das würde bedeuten: Ich kann meine Streitkräfte nicht dafür einsetzen, mir gehorchen die Leute nicht, oder ich komme in Kampf mit der Landespolizei oder anderes, dann wäre das an sich wohl noch erträglich gewesen, namentlich angesichts der Berichte, worin er das des Näheren darlegte[29]. Aber ich muß mit dem Herrn Reichswehrminister, über dessen Unterhaltung mit Baron v. Kreß[30] ich durch den Bericht des Herrn Baron v. Kreß[31] Kenntnis erhalten habe, das Hauptgewicht darauf legen, daß das Telegramm den Satz enthielt, wenn die Ausführungen des Befehls ihn in Konflikt mit der bayerischen Staatsregierung bringen würde, so soll dieser Konflikt von mir unter allen Umständen vermieden werden.

Ich habe damals dem Herrn General v. Seeckt auf Grund der Kenntnis dieses Telegramms gesagt: Ich kann mir nicht denken, daß General v. Lossow sich der Tragweite dieses Satzes bewußt gewesen ist, bitte, warten Sie den Bericht ab, der kommt. – Meine Herren, ich darf doch hier einmal, gerade da die Verhältnisse der verschiedenen Länder zueinander im Vergleich gezogen werden, bitten, auf den Vergleich zurückzukommen, den ich auch einmal bei Betrachtung dieser Sachlage gezogen habe. Wir haben Unruhen gehabt in Sachsen, in Mitteldeutschland[32], an-

---

[28] Welches Telegramm Stresemann hier meint, ist nicht eindeutig zu ermitteln. Möglicherweise bezieht er sich bereits auf die erste Rückmeldung Lossows (nach der Aufforderung Geßlers, den Völkischen Beobachter zu verbieten) vom 1. Oktober 1923 (vgl. oben Anm. 22).

[29] Vgl. etwa den in Anm. 22 genannten Bericht Lossows vom 6. Oktober 1923.

[30] Friedrich Freiherr Kreß von Kressenstein (1870–1948), Generalleutnant im (bayerischen) Wehrkreis 7; 1923–1928 Landeskommandant in Bayern. – Geßler hatte in einem Gespräch mit Kreß am 18. Oktober 1923 dessen Vermittlung ersucht, um Lossow zum freiwilligen Abschied aus dem Dienst zu bewegen.

[31] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf einen Bericht Kreß’ an Lossow [!] vom 20. Oktober 1923 (HITLER-PUTSCH S. 243–245), der ihm zur Kenntnis gekommen sein könnte.

[32] In Sachsen waren am 23. Oktober 1923 Reichswehrtruppen einmarschiert, um kommunistischen Aufstandsvorbereitungen entgegenzutreten (vgl. URSACHEN UND FOLGEN V, S. 492); mit ähnlichen Maßnahmen drohte die Reichsregierung der thüringischen Landesregierung. – Vgl. auch den Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung an den Reichswehrmi-

derwärts. Nehmen wir an, es hätte gar keinen Konflikt in dem Falle Lossow gegeben, aber in irgend einer dieser Situationen hätte einer der dort amtierenden Generäle uns mitgeteilt, er führe einen Befehl nicht aus, weil er in Konflikt mit der dortigen Landesregierung käme, einen Konflikt, der von ihm unter allen Umständen vermieden werden wird, und die Reichsregierung hätte demgegenüber nicht eingegriffen, so bin ich fest überzeugt, daß das die schärfste Kritik gefunden hätte, aber vielleicht in ihrer schärfsten Fassung gerade auch von bayerischer Seite. Und mit Recht! Denn wenn der Inhaber der vollziehenden Gewalt in dem Maße etwa als politischer Beamter angesehen werden soll, daß er bei den Befehlen und Anordnungen, die er von der Zentrale erhält, in jedem Augenblick selbst die Entscheidung darüber hat, ob er das für politisch richtig oder erträglich ansieht, dann, meine Herren, ist eine Zentrale eigentlich nur noch eine beratende Stelle, aber nicht mehr eine solche, von der eine Befehlsgewalt ausgeht, die gerade doch dann zentral sein muß, wenn ein Reichsausnahmezustand besteht, bei dem doch für die verschiedenen Länder und Gebietsteile von einer Seite diejenigen Maßnahmen durchgeführt werden sollen, die notwendig sind, wegen der Wirkung, die vielleicht eine Tat oder eine Unterlassung in einem Lande gegenüber dem anderen hat. Das ist meiner Meinung nach eine ganz unmögliche Konstruktion, hier die einzelnen Inhaber der vollziehenden Gewalt in den Ländern anzusehen als die Politiker, die darüber entscheiden können, ob eine Maßnahme richtig ist. Daß sie den Inhaber der vollziehenden Gewalt in Berlin beraten können, auf Unzuträglichkeiten hinweisen können, auf Dinge, die ihrer Meinung nach unrichtig, unpsychologisch sind, ist vollkommen richtig. Dann kann die Situation kommen, daß der einzelne sich vor die Frage stellt, ob er noch vor seinem politischen Gewissen die Ausführung eines Befehls vertreten kann. Dann ist meiner Auffassung nach die gegebene Konsequenz die, daß er entweder noch einmal darauf hinweist: Das kann ich nicht tun, und dann hinzufügt: Ich muß mein Amt niederlegen, wenn ich dazu gezwungen werde. Das wäre eine Konsequenz der Empfindung: dieser Befehl ist undurchführbar. Ich glaube, daß es eine andere doch militärischerseits überhaupt nicht gibt.

Meine Herren! Nach diesem Telegramm bin ich der Meinung gewesen, daß ohne irgendeinen Schritt des Herrn v. Lossow, der etwa dieses Telegramm erklärte, allerdings der Chef der Heeresleitung in einer völlig unmöglichen Situation ist, dem von

nister über die Lage in Sachsen und Thüringen vom 19. Oktober 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 640–650).

einem Untergebenen ein derartiges Telegramm gesandt wird, falls nicht eine Erklärung von der anderen Seite erfolgt.

Meine Herren, nun sagt der Herr Gesandte v. Preger, was ich bedauere, daß im weiteren Verfolg der Dinge der Konflikt Bayern geradezu aufgezwungen worden sei. Darf ich doch einmal darauf hinweisen, welche lange Zeit vergangen ist zwischen jenem Briefe des Herrn v. Seeckt, in dem er Herrn v. Lossow auffordert, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß er sein Vertrauen nicht mehr besäße, und dem schließlichen Schritt der Kündigung des Verhältnisses des Herrn v. Lossow[33]. In dieser Zeit liegen die verschiedensten Bemühungen, hier zu einer Verständigung zu kommen. Ich habe auf diese verschiedenen Bemühungen auch in meinem Antwortschreiben an den Herrn Ministerpräsidenten v. Knilling hingewiesen[34]. Mit vollem Recht hat der Herr Gesandte v. Preger gesagt, daß der Herr Reichspräsident ihm zugesagt hätte, alles zu tun, um diese Dinge in einer amiablen Art und Weise zu regeln, und als bei einer entscheidenden politischen Abstimmung im Reichstage die Herren von der bayerischen Volkspartei mit mir auch über diese Frage sprachen[35], habe ich ihnen schon damals gesagt, ich würde eine Lösung des Konflikts ohne eine direkte Entlassung des Herrn v. Lossow begrüßen, aber der erste Schritt dazu muß von Herrn v. Lossow getan werden. Auf diesen Standpunkt hat sich auch der Herr Reichswehrminister gestellt.

Nun muß ich eins auf das allertiefste bedauern: das ist nämlich die Stellung der bayerischen Staatsregierung gegenüber dem Augsburger Besuch des Herrn Reichswehrministers[36]. Man hat gewissermaßen diesen Augsburger Besuch als eine ganz starke Verschärfung des Konflikts angesehen, als eine Kampfansage an Bayern, während doch die Situation so liegt: Wenn der Herr Reichswehrminister, soviel ich weiß, durch Vermittlung eines bayerischen Offiziers[37] hier bei der Reichswehr sich an den Herrn v. Kreß [als?] den nächstältesten Offizier wendet, mit ihm eine Un-

---

[33] Seeckt hatte Lossow in Reaktion auf dessen Telegramm vom 6. Oktober am 9. Oktober 1923 nach der Erläuterung, daß Lossow weisungswidrig gehandelt und damit das Vertrauen in die Reichswehr geschwächt habe, aufgefordert, „Folgerungen für Ihre Person zu ziehen“, womit ein Antrag auf Abschied aus der Reichswehr gemeint war (Druck des Schreibens in HITLER-PUTSCH S. 205). Da Lossow auf diesen Weg nicht einging, enthob Geßler ihn am 20. Oktober 1923 seines Kommandos und ernannte Kreß zum Nachfolger (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 198).

[34] Vom 20. Oktober 1923 (Druck nach einem von Stresemann revidierten Entwurf in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 653–659; nach der Ausfertigung in HITLER-PUTSCH S. 245–249).

[35] Wohl anläßlich der Debatte und Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz am 13. Oktober 1923, zu dessen Verabschiedung Stresemann auf die Anwesenheit der BVP-Abgeordneten im Reichstag angewiesen war; vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 567–569.

[36] Geßler war nach Augsburg gefahren, um sich mit Kreß zu besprechen (vgl. oben mit Anm. 30).

[37] Gemeint ist offenbar der oben Anm. 26 genannte Major Hößlin.

terredung unter vier Augen hat, um ihm zu sagen: Wirken Sie auf Herrn v. Lossow ein, daß die Dinge nicht den Weg gehen, daß die Kündigung ausgesprochen wird, ich möchte diesen Weg vermeiden, sehen Sie, daß er selbst diesen Schritt tut, wenn er sich weiter nach allem, was vorangegangen ist, bereit erklärt, mit Herrn v. Lossow persönlich zu sprechen, um zu versuchen, die Dinge persönlich auszugleichen, dann meine Herren, muß man sich fragen, ob das nicht viel zu weit gehend [war] für den Reichswehrminister nach allem, was vorgegangen ist,

(sehr richtig!)

aber man kann doch in diesem Schritt [nicht] einen Versuch sehen, einen Konflikt mit Bayern herbeiführen zu wollen. Und was sich dann an diese Unterredung – die uns nach dem Bericht des Barons v. Kreß hier vorgelesen worden ist – anschloß, hat mich doch im Verfolg dieser Dinge mit am meisten betrübt. Der Herr Gesandte v. Preger hat ja selbst darüber berichtet, daß er mich fragt, ob es richtig ist, daß die Reichsregierung beschlossen hätte, mit den schärfsten Mitteln gegen Bayern vorzugehen, daß angeblich der Herr Reichswehrminister Geßler in Augsburg gesagt hätte – und ich konnte ihn sofort unterbrechen und ihm sagen: Das kann doch der Herr Reichswehrminister gar nicht gesagt haben, denn er gehört ja dem Kabinett an und weiß deshalb ebenso genau wie ich, daß wir solche Maßregeln nicht beschlossen haben. Ich habe weiter, falls es sich etwa um militärische Maßnahmen handelte, in Gegenwart des Herrn Gesandten v. Preger den Herrn Reichspräsidenten angerufen, ihm gesagt: Herr Reichspräsident, ist ihnen irgend etwas davon bekannt, daß der Herr Reichswehrminister Ihnen gegenüber zu scharfen Maßnahmen gegen Bayern aufgefordert oder versucht hat, Sie für solche Maßnahmen zu gewinnen? Der Herr Reichspräsident hat mir sofort gesagt, davon sei ihm gar nichts bekannt. Der Herr Gesandte v. Preger hat seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß ich diese Erklärung abgeben konnte und ich nahm nun an, daß diese Dinge zunächst erledigt seien, und war um so mehr erstaunt und überrascht, als mir am nächsten Morgen jenes Gespräch mitgeteilt wurde, das nachher als Aufzeichnung an mich kam, worin die bayerische Staatsregierung glaubt, daß sie nicht mehr mit dem Herrn Reichswehrminister im Einvernehmen stehen könnte: Ich entsinne mich im Augenblick nicht des Ausdrucks, daß sie glaube, daß ein Verhältnis, wie es wünschenswert wäre, mit dem Herrn Reichswehrminister nicht mehr möglich sei, man also den weite-

ren Verkehr mit ihm ablehnte, weil seine Äußerung eine Kampfansage gegen die bayerische Staatsregierung enthielte[38].

Ich darf doch nun einmal das eine grundsätzlich bemerken. Meine Herren, in welche Situation kommen wir im Reich, wenn auf Grund einer Unterredung unter vier Augen ein Teil berichtet und wenn daraus Konsequenzen für das weitere Verhältnis zu Mitgliedern des Kabinetts gezogen werden, ehe erstens das Kabinettsmitglied selbst sich seinerseits dazu äußern kann, welche Äußerung es gebraucht hat, und ehe die Reichsregierung ihrerseits selbst Gelegenheit hat, zu dieser Äußerung Stellung zu nehmen. Das gegebene wäre doch meiner Meinung nach gewesen, wenn man den Konflikt vermeiden wollte, uns auf die Ausführungen des Herrn Reichswehrministers hinzuweisen, uns zu ersuchen, festzustellen, ob sie gefallen seien, und mitzuteilen, was die Reichsregierung zu tun gedächte, wenn man in diesen Worten eine Kampfansage gesehen hätte. Statt dessen nahm man den Bericht sofort als Tatsache, fragte weder die Reichsregierung noch den Herrn Reichswehrminister und erklärte, daß man gewissermaßen die Beziehungen zu einem Mitgliede des Kabinetts abbräche, also doch schon ein Bruch, der nach außen erscheinen mußte als eine schwere Erschütterung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, das man als das gegebene ansieht. Ich habe damals dem Herrn Gesandten v. Preger noch die Bitte ausgesprochen, daß doch diese Dinge, nicht in die Öffentlichkeit können. Ich habe ihn darauf hingewiesen, daß ich den Herrn Reichswehrminister noch gar nicht gesehen hätte, noch gar nicht hätte sprechen können und daß ich der festen Überzeugung wäre, daß diese Dinge sich würden aufklären lassen. Der Herr Gesandte v. Preger war auch der Meinung, daß es unerwünscht sei, diese Dinge in die Öffentlichkeit zu bringen, ehe wir eine Möglichkeit der Beilegung hätten. Dann, meine Herren, kam eine Meldung von Wolffs Telegraphenbureau aus München, worin diese Dinge mitgeteilt wurden, worin sogar von dem Rücktritt des Herrn Dr. Geßler gesprochen wurde, und – was ich in einem Schreiben an den Herrn Ministerpräsidenten v. Knilling zum Ausdruck gebracht habe – tief bedauert habe ich dabei, daß es im Eingang dieser Wolffdepesche hieß: „Wie über Berlin bekannt wird“, und daß wir auf Anfrage beim Wolffs Bureau erfuhren, daß die Pressestelle der bayerischen Staatsregierung dieses Telegramm in München selbst verfaßt hatte[39],

[38] Vgl. URSACHEN UND FOLGEN V, S. 393.

[39] Stresemann bezieht sich offenbar auf die in HITLER-PUTSCH S. 234, Anm. 100, wiedergegebene Agenturmeldung. Vgl. dazu auch die Äußerung Geßlers in der Kabinettssitzung vom 19. Oktober 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 639.

(hört! hört!)

so daß wir noch mit dem Vorwurf der Indiskretion belastet wurden, während ich mir die größte Mühe gegeben habe, dafür zu sorgen, daß diese Dinge nicht in die Öffentlichkeit kämen, und mir sagte: Der Konflikt muß vermieden werden, und ich will ihn vermeiden. Meine Herren, daß die Vermeidung erschwert war, nachdem diese Dinge in der Öffentlichkeit bekannt waren, das unterliegt doch gar keinem Zweifel. Und gerade wenn man die Frage aufwirft: Hat das Reich den Konflikt gewollt, hat es ihn Bayern geradezu aufgezwungen –, dann bitte ich doch aus dieser meiner Stellungnahme zu diesen Augsburger Verhandlungen zu ersehen, wie sehr wir bemüht gewesen sind, diesen Konflikt nicht ausbrechen zu lassen, und wie unverantwortlich untergeordnete Stellen in München gerade bei dieser Angelegenheit durch die Veröffentlichung gehandelt haben.

Meine Herren, diese Unterredung mit dem Herrn Baron v. Kreß wird ja nun in der bayerischen Darstellung als ein dienstlicher Befehl bezeichnet, der gewissermaßen an den Herrn Baron v. Kreß ergangen ist, sich bei dem Herrn Reichswehrminister zu melden, und deshalb als eine offizielle Angelegenheit, die auch Herrn v. Lossow berechtigt und verpflichtet hätte, sie der bayerischen Staatsregierung weiterzugeben. Wenn ich recht von dem Herrn Reichswehrminister berichtet bin, so hat, wie ich vorhin schon bemerkte, vor dieser Zusammenkunft eine Fühlungnahme darüber stattgefunden, ob Baron v. Kreß zu einer solchen Zusammenkunft bereit wäre. Es hat sich also nicht um einen dienstlichen Befehl zur Aussprache gehandelt, die wohl auch sonst hätte anders stattfinden können, sondern um den Versuch einer gütlichen Beilegung durch Einwirkung auf eine mit Herrn v. Lossow befreundete Persönlichkeit. Dann, muß ich sagen, verstehe ich die Haltung des Offiziers nicht mehr, der diesen Versuch der gütlichen persönlichen Einwirkung als offiziellen Schritt an die Zivilsstelle weitergibt. Das habe ich auch in meinem Schreiben[40] an Herrn v. Knilling in der Richtung zum Ausdruck gebracht, daß ich mir nach dieser Handlungsweise und durch die Folgen, die die bayerische Regierung daraus zog, den Verkehr mit dem Reichswehrminister abzubrechen, – daß ich mir danach eine Lösung der Krise nur noch denken könnte durch einen freiwilligen Verzicht des Herrn v. Lossow auf seine Stellung selbst.

Wir haben dann in einer Kabinettssitzung, nachdem alle diese Dinge bekannt waren, die doch eine sehr starke Belastung der Reichsregierung und ihrer Autorität dar-

[40] Gemeint ist das oben in Anm. 34 nachgewiesene Schreiben vom 20. Oktober 1923.

stellen, von dem Anerbieten eines Kabinettmitgliedes[41] Gebrauch gemacht – nicht offiziell als Vertreter der Reichsregierung –, durch Beziehungen, die er persönlich in München besaß – es handelt sich dabei nicht um Staatsstellen – vielleicht noch eine Lösung des Konflikts nach der Richtung einer Einwirkung auf Herrn v. Lossow herbeizuführen, noch einmal von dem Gedanken ausgehend, der bayerischen Regierung zu ersparen, die Kündigung entgegenzunehmen, die, wie Herr v. Knilling mir mitgeteilt hatte, für sie schwer oder kaum tragbar wäre. Ich sage: Dieser Versuch [durch] Einfluß auf Persönlichkeiten, die etwa nach der Richtung hätten wirken können, ist gescheitert. Es ist dann die Kündigung ausgesprochen. Wenn ich aber den ganzen Weg in meiner Erinnerung durchlaufe, der von uns in dieser langen Reihe von Tagen gegangen worden ist, dann glaube ich doch das eine sagen zu können, daß bis zur letzten Möglichkeit der Verständigung durch Einwirkung auf Herrn v. Lossow versucht worden ist, mindestens den Dingen eine Wendung zu geben, die uns nicht zum Konflikt trieben; und ich finde einen Widerspruch zwischen der Erklärung des Herrn v. Lossow, daß er bereit sei, seinen Abschied zu nehmen, aber daß er die Entscheidung darüber gewissermaßen dem Staatsministerium überläßt. Diese Dinge sind meiner Meinung nach so: Die Antwort ist gegeben durch den Charakter der Persönlichkeit, die solche Entscheidungen selbst zu vollziehen hat. In dem Augenblick, wo das Prestige der bayerischen Staatsregierung engagiert ist, was ich durchaus anerkenne, kann ich nicht von der bayerischen Staatsregierung abhängig machen, ob ich mein Amt niederlege. Dann muß ich der bayerischen Staatsregierung das ersparen und selbst einen Schritt tun, der wohl demjenigen zur Ehre gereicht hätte, der dadurch den Konflikt beseitigt hätte.

Meine Herren, das ist die Entwicklung nach unserer Auffassung bis zum Ausbruch des Konfliktes gewesen. Wirft man uns vor, daß wir zu scharf gewesen seien in bezug auf die Frage des „Völkischen Beobachters“, stellt man die Frage so: Mein Gott, soll wegen des „Völkischen Beobachters“ das Reich einfach bedroht werden? –, so bitte ich demgegenüber doch noch auf das Materielle einzugehen, das ich vorhin noch in den Vordergrund stellte. Der „Völkische Beobachter“ kann uns eigentlich gleichgültig sein in manchem, was er schreibt, genau so wie andere Zeitungen anderer Richtung. Aber ich habe noch nie bisher in Zeitungen den Versuch gelesen, die

[41] Reichsarbeitsminister Brauns hatte sich in der Kabinettssitzung vom 19. Oktober 1923 für einen letzten persönlichen Vermittlungsversuch angeboten (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 639–640) und zwei Tage später in der Ministerbesprechung über seine Reise nach München berichtet (ebd., S. 679–680).

Armee in ihrem wichtigsten Träger aufzuhetzen gegen ihren obersten Chef. Darum handelte es sich, nicht ob das im „Völkischen Beobachter“ in München oder wo anders stand, sondern daß diese Art der Aufhetzung einzigartig in der Agitation ist, um die es sich handelt, und weiter deshalb, weil wir hier vollkommen einig sein mußten, diesen Dingen entgegenzutreten. Daß, nachdem der Herr Reichswehrminister das Verbot erlassen hatte, seine Autorität litt, wenn das Verbot nicht durchgeführt wurde, nachdem Herr v. Kahr sich nicht freiwillig entschließen konnte, trotz der schweren Angriffe den „Völkischen Beobachter“ zu verbieten, bitte ich ebenfalls zu beachten. Ich glaube, man wird nicht von etwas eigensinnigem Urgieren der Reichsregierung sprechen können und wird weiter nicht sagen können, daß die Reichsregierung nicht alles versucht hätte, um die Dinge ohne irgendeinen – ich will das Wort „Bruch“, nicht gebrauchen – ohne irgendwelche starken Differenzen mit Bayern zum Austrag zu bringen.

Damit komme ich zum zweiten Teil der Ausführungen des Herrn Gesandten v. Preger, dessen, was geschehen ist, nachdem die Kündigung des Herrn v. Lossow erfolgte. Der Aufruf der bayerischen Staatsregierung[42] ist ja bekannt. Die Antwort, die die Reichsregierung glaubte erlassen zu müssen[43], ebenfalls. Auch hier ist uns eine Mitteilung nur durch die Presse gekommen. Wir haben von der bayerischen Staatsregierung eine Notifizierung erst erhalten, nachdem die Pressemitteilung bereits in Berlin bekannt war.

Da möchte ich insbesondere meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß mißverständliche Ausdrücke gebraucht worden sind in diesem Aufruf und in manchen Kundgebungen namentlich des Herrn v. Kahr[44], die den Eindruck erwecken

---

[42] Gemeint ist wohl der Aufruf vom 21. Oktober 1923 (Druck u.a. in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 357–358; abweichend im Datum [21. Oktober 1923] auch in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 394–395), mit dem die bayerische Regierung „An das bayerische Volk“ mitteilte, daß die Entlassung Lossows ein Eingriff in die bayerische Polizeihoheit sei, die nicht hingenommen werden könne, und die bayerische Regierung daher „als Treuhänderin des deutschen Volkes“ den bayerischen Teil der Reichswehr in die Pflicht nehmen und Lossow als Kommandierendem unterstellen werde. – Am folgenden Tag, am 22. Oktober 1923, wurden die in Bayern stationierten Reichswehrsoldaten auf die bayerische Staatsregierung verpflichtet (die Verpflichtungsformel u.a. in SCHULTHESS 64 [1923], S. 201).

[43] Die Reichsregierung reagierte auf den in der vorangegangenen Anm. genannten bayerischen Aufruf mit einem Aufruf vom 23. Oktober 1923 (DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 358–359; abweichend im Datum [21. Oktober 1923] auch in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 396–397), in dem der bayerische Schritt als Verfassungsbruch und angesichts der außenpolitischen Situation als „Brandfackel der Zwietracht“ dargestellt und zum Kampf für die Reichseinheit aufgerufen wird.

[44] Vgl. etwa seine Erklärung vor der Presse vom 20. Oktober 1923 (DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 356–357), in der er u.a. darlegte, daß Bayern „im Gegensatz zu marxistischen Einstellungen die nationale und deutsche Richtung im Volk und Reich zu vertreten“ habe.

können und sicher erweckt haben, als wenn es sich hier nicht um einen Konflikt zwischen einer Landesregierung und der Reichsregierung über Kompetenzen handelte, über die man juristisch zweifelhaft sein könne, sondern als wenn es sich in diesem Konflikt um zwei Deutschland handelte, die miteinander kämpften, nämlich um ein national zuverlässiges Deutschland und eine national unzuverlässige Reichsregierung, die nicht geeignet sei, die Geschäfte des deutschen Volks zu führen. Meine Herren, wer wie ich als Kanzler diese letzten 10 Wochen durchlebt hat, der weiß das eine: daß es wohl kaum in schwersten Zeiten der deutschen Geschichte so verzweifelt um uns gestanden hat, wie es gegenwärtig steht: und diese Darlegung, die die nationale Zuverlässigkeit der Reichsregierung anzweifelt, die einen ganz tiefen Bruch innerhalb der Bevölkerung hervorrufen mußte, erschien in einer Zeit, in der wir nach unserer außenpolitischen Einstellung jetzt die große Weltoffensive gegen Poincaré[45] führen mußten. Nachdem der französische Ministerpräsident vollkommen abgelehnt hat, mit uns in Verhandlungen über die Wiederinstandsetzung des Ruhrgebiets einzutreten, nachdem er die unerhörte Äußerung getan hat, er würde ewig im Ruhrgebiet bleiben, solange wir nicht unsere Reparationsverpflichtungen erfüllten[46], hielten wir es für notwendig, durch alle unsere Gesandten, Botschafter und Missionschefs feierlich zu protestieren gegen diese Art, wie das deutsche Volk an Rhein und Ruhr bedrücken [!] würde[47]. Da haben wir an allen Stellen erklärt, daß wir die Mildtätigkeit der Welt für die Hungerkatastrophe anrufen, die im besetzten Gebiet kommt, und daß wir den französischen Ministerpräsidenten verantwortlich machen für all das, was daraus entstände. Und da jetzt die Imperial Conference in London zusammen ist[48] – ich weise Sie auf wichtige Ausführungen hin, die dort gemacht worden sind – und da gleichzeitig von ausländischer, übrigens alliierter Seite uns gesagt worden war, jetzt sei der Moment zu der großen moralischen Offensive, die Frankreich so

[45] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[46] Zu den letzten vorangegangenen Verhandlungen mit Paris vgl. den Bericht Stresemanns in der Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 662–663) sowie den telegraphischen Bericht des Geschäftsträgers in Paris, Hoesch, vom 17. Oktober 1923 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 499–502).

[47] Zum Runderlaß an die deutschen Auslandsvertretungen vom 19. Oktober 1923 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 663, Anm. 4.

[48] Seit dem 1. Oktober 1923 tagte in London die Reichskonferenz von Vertretern Großbritanniens, der Dominions und der britischen Kolonien. Dort hielt u.a. Außenminister Curzon am 4. Oktober eine Rede, die sich auf die Außenpolitik und insbesondere auch die Ruhrbesetzung und den Ruhrkampf bezog (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 283).

isoliere, daß daraus auch politische Konsequenzen folgen sollten[49], war dieser Zeitpunkt gewählt, um mit dieser Offensive zu beginnen. Und dazu, meine Herren, brauchten wir, wenn sie Erfolg haben sollte, das ganze deutsche Volk hinter uns; und wenn gleichzeitig die Reichsregierung dahinter war, dann hätte das seine Wirkungen gehabt. Meine Herren, statt daß man davon sprach, daß die Menschen an Rhein und Ruhr anfangen zu verhungern, statt daß man davon sprach, daß das deutsche Volk verelendet, statt daß man davon sprach, welch ein Verbrechen die Politik Frankreichs ist, und darauf einmal alles einigen konnte, da spricht man davon, daß Deutschland selbst am Zusammenbrechen ist. Diese ganze Weltoffensive ist verpufft. Man spricht vom Streit der Reichsregierung und Bayern, statt daß man von Todeskampf des deutschen Volks spricht und sich selbst für diesen Todeskampf da draußen einsetzt.

Und ich bitte weiter, sich auch einmal das eine vor Augen zu führen. Es kommt doch nicht auf das Formale und Materielle an, welche Autorität soll denn ein Reichskanzler und Außenminister im Ausland haben, in dessen Namen doch schließlich unsere Gesandten wirken, wie soll denn das Auslandsdeutschtum stehen, die Leute, die wir immer Pioniere unseres eigenen Vaterlandes nennen, wenn in dieser Weise der gesamten Reichsregierung undeutsche Handlung, nichtnationales Empfinden vorgeworfen wird? Alle diese Maßnahmen, die getroffen worden sind, betrachte ich nicht unter dem formalen Gesichtspunkt, ob sie unter den Art. 48 Abs. 4[50] zu subsumieren sind. Darüber kann der Staatsgerichtshof entscheiden. Aber ich bitte Sie, wenn Sie einen Ausweg suchen, die Notwendigkeit dieses Auswegs, die unbedingte Notwendigkeit, daß diese Dinge ein Ende nehmen, unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, daß die Geschäfte der Reichsregierung nicht zu führen sind, wenn ihr die Autorität, die sie nach innen und außen haben muß, durch den Ton der Aufrufe, namentlich der Erklärungen des Herrn v. Kahr so unter den Füßen weggezogen wird, wie es hier von einer verantwortlichen Stelle geschieht.

---

[49] Stresemann bezieht sich hier möglicherweise auf ähnliche Äußerungen des südafrikanischen Premierministers Smuts gegenüber dem deutschen Botschafter Sthamer in London; vgl. dessen telegraphischen Bericht vom 19. Oktober 1923 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 509–511.

[50] Die bayerische Regierung hatte sich in einer Erklärung vom 21. Oktober 1923 auf diesen Artikel bzw. Absatz der Reichsverfassung bezogen, als sie die Enthebung Lossows außer Kraft setzte (vgl. u.a. SCHULTHESS 64 [1923], S. 200). Der betreffende Absatz lautet: „Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 [in dem die Ausnahmemaßnahmen aufgezählt sind, die der Reichspräsident vornehmen kann] bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen.“

Meine Herren, es kommt ja nun das Grundsätzliche, auf das Herr v. Preger eingegangen ist, und es kommt das Juristische. Lassen Sie mich darüber hier Ausführungen nicht machen. Ich bin kein Rechtsgelehrter, habe keinen Kommentar zur Reichsverfassung geschrieben. Ich weiß, daß diese Dinge wohl bestritten sind, aber daß die bisherige Auffassung der Auffassung der Reichregierung vollkommen recht gibt[51]. Es hat bisher eine andere praktische Auffassung nicht gegeben. Wünscht man diese Prüfung, so möge sie herbeigeführt werden. Wir haben sie nicht zu fürchten. Aber das eine ist doch klar: Das Verhältnis der 7. Division zu dem gesamten Reichsheer muß doch in Ordnung gebracht werden, und auch hier möchte ich doch auf eine interessante Tatsache hinweisen, die doch zeigt, daß es sich auch bei dem Vorgehen der bayerischen Staatsregierung doch nicht um ein unbedingt konsequentes Vorgehen nach der Richtung handelt, daß sie die Inpflichtnahme der bayerischen Reichswehr als eine selbstverständliche Konsequenz des Vorgehens des Reichswehrministeriums ansähe. Die in Berlin stationierten bayerischen Truppen sind nicht in Pflicht genommen, die hier im Reichswehrministerium amtierenden Offiziere sind nicht in Pflicht genommen. Weshalb denn? Doch wohl aus dem Grunde, weil gewissermaßen durch die ganze Art, in der es dort geschah, sagen wir, das Prestige der bayerischen Staatsregierung erhöht, das Prestige des Reichs herabgedrückt werden sollte, während es hier nicht geschah. Aber unmöglich ist doch die Situation, die sich daraus ergibt. Wir müssen schließlich selbstverständlich doch verfassungsmäßig regieren und unsere Reichswehr verwalten. Ich mache kein Hehl daraus, daß das Reichswehrministerium die Frage aufgeworfen hat, ob es überhaupt noch etatrechtlich in der Lage sei, die Bezüge der 7. bayerischen Division aus Reichsmitteln zu bestreiten, solange nicht Klarheit darüber besteht, in welchem Verhältnis denn diese 7. Division zur Reichswehr steht[52]. Daß diese Situation von uns als eine gespannte angesehen wird, die nicht zu ertragen ist, das hat doch nun ein Vorgang bewiesen, den ich zu den betrüblichsten in der Geschichte der deutschen Armee zähle: und das ist das Funktelegramm des Generals v. Lossow[53].

(Sehr richtig!)

---

[51] Vgl. dazu die Ausführungen des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium, Joël, in der Kabinettssitzung vom 22. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 690–693).

[52] Ein entsprechender Vorschlag Geßlers in der Kabinettssitzung vom 23. Oktober 1923 gelangte nicht zur Abstimmung, weil zuvor die Beratungen mit den Ländern abgewartet werden sollten (vgl. ebd., S. 700).

[53] Vom 22. Oktober 1923 (vgl. u.a. SCHULTHESS 64 [1923], S. 201–202), in dem die bayerische Regierung und Kahr als Gegenpol zur „unter marxistischem Einfluß stehenden Berliner Reg[ierun]g“ bezeichnet wurden, „die mit uns das bedrängte Deutschtum schützen wollen“.

Und darf ich weiter eins sagen. Meine Herren, wenn wir uns in der Reichsregierung einen Vorwurf machen müssen – und dieser Vorwurf ist ja oft auch mir persönlich gemacht worden –, dann ist es vielleicht der, daß ich meiner ganzen Natur nach weit mehr zur Verständigung als zum Kampf neige, wenn der Kampf sich vermeiden läßt. Ich war mir vollkommen einig mit dem Herrn Reichswehrminister darüber, daß dieser Funkspruch nicht bekannt werden würde: Nicht der Reichsregierung wegen, sondern um der Armee in ihrer Gesamtheit willen. Ich habe nach den Mitteilungen des Herrn Reichswehrministers angenommen, daß Vorsorge dafür getroffen sei, daß dieser Funkspruch nicht in Deutschland bekannt würde. Wären wir von dem Standpunkt ausgegangen, Bayern ins Unrecht zu setzen, dann hätten wir ihn veröffentlicht. Es war ein Übersehen, ein Fehler, daß er in einer Zeitung erschien und dadurch den anderen Zeitungen nicht mehr verwehrt werden konnte, ihn zu bringen. Der Befehl war gegeben, ihn überhaupt nicht zu veröffentlichen.

Ich muß das eine sagen: Dieses Funkspruchs habe ich mich geschämt. Es ist doch der Versuch eines Teils der Reichswehr, andere Teile der Reichswehr zum Ungehorsam zu verleiten,

(vielfache Zustimmung; Widerspruch des Gesandten Dr. v. Preger)

indem man – ich kann es nicht anders ansehen, Herr Gesandter v. Preger – zur Reichsregierung gehört auch der Reichswehrminister, zur Reichswehr gehört auch der Reichswehrminister, die Reichsregierung ist es doch schließlich, der die Armee zu dienen hat; Sie selbst stellen sich doch auf den Standpunkt: Diese ganzen Fragen sind auch politisch, sind nicht nur militärisch. Also anerkennen Sie die Ingerenz der Reichsregierung in all diesen Dingen. Wie muß das wirken, wenn in dieser Weise in andere Kreise dieser Kampf, der an sich schon schlimm genug ist, wenn er im Volk ausgefochten wird, direkt in die Reichswehr als solche hineingetragen wird?

Dann darf ich auf ein Letztes hinweisen. Wir haben den bayerischen Aufruf, der, wie Sie mir zugeben werden, keine Schmeicheleien für die Reichsregierung enthielt, und haben sogar die Ausführungen des Herrn v. Kahr, die die stärksten Beleidigungen enthielten, nicht verboten. Sie sind überall abgedruckt worden. Wir haben darauf erwidert. Es ist verboten worden der Abdruck des Befehls des Generals v. Seeckt[54],

[54] Gemeint ist wohl ein Tagesbefehl Seeckts vom 22. Oktober 1922, in dem er die Inpflichtnahme der Soldaten durch die bayerische Regierung als Verfassungsbruch und deren Befolgung als Eidbruch und Ungehorsam der Soldaten darlegte (Text in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 397). – Kahr hatte am 22. Oktober 1923 die Münchner Zweigstellen des Reichspost- und des Reichsverkehrsministeriums angewiesen, alle Telegramme politischen und militärischen Inhalts von außerhalb Bayern zunächst ihm mitzuteilen und erst nach seiner Genehmigung zuzustellen, sowie Telefonate bayerischer

verboten worden, soviel ich weiß, auch der Aufruf der Reichsregierung überhaupt in Bayern.

(Hört! Hört!)

Auch das zeigt doch, in welcher Weise hier die Konfliktsmöglichkeit von uns nicht überspannt, nicht verstärkt wurde, von der anderen Seite aber doch unser Prestige stark herabgemindert wird.

Nun darf ich auf eins hinweisen. Es ist von uns offiziell in der ganzen Sache der Öffentlichkeit gegenüber seit jenem Sonntag [21.10][55] nichts mehr geschehen, an dem ich mit dem Herrn Gesandten v. Preger darüber sprach, ob sich vielleicht die Möglichkeit gäbe, daß diese Dinge im Kreise der Länder selbst einmal besprochen würden. Auch das zeigt unsere Einstellung zu dem gesamten Problem.

Ich muß in diesem Zusammenhang aber, wenn man davon spricht, daß hier auch bei der Reichsregierung vielleicht eine Einstellung des Mißtrauens gegen Bayern wäre, noch auf eine Angelegenheit zurückkommen, die uns vielleicht in mancher Beziehung gewiß dazu geführt hat, etwas mißtrauisch gegen Anordnungen des Herrn Generalstaatskommissars v. Kahr zu sein, eine Angelegenheit, die auch durch unsere Einwirkung der Presse vorenthalten worden ist, auf die ich aber hier doch zurückkommen muß. Ich habe in der Zeit, seitdem der Ausnahmezustand besteht, eines Abends davon Kenntnis erhalten, daß der Abtransport von Gold für die Deutsche Reichsbank, der bereits angeordnet war, durch Eingreifen der bayerischen Landespolizei verhindert worden ist, das bereits in den Wagen befindliche Gold wurde in die Filiale der Reichsbank in Nürnberg zurückgeführt[56]. Ich bemerke, daß die Reichsregierung mit der Sache garnichts zu tun hat. Wir verfügen nicht über das Gold der Reichsbank und wissen nicht – ich wenigstens weiß es nicht einmal –, wo es liegt. Es war eine Anordnung, die ergangen ist, lange bevor es einen Ausnahmezustand gab, die ergangen ist, weil wir wiederholt Gold der Reichsbank zur Stützung des Markkurses benötigten und weil die Reichsbank, wie sie mitteilte, gemünztes Gold anstelle von Barrengold nach Berlin haben wollte, und weiter, weil sie infolge des Anschwellens der Papiermassen auch Raum brauchte und Gold zurücktransportieren wollte.

Reichswehrdienststellen mit außerbayerischen Dienststellen verboten (vgl. HITLER-PUTSCH S. 253–254).

[55] So in der Vorlage.

[56] Vgl. dazu die Schreiben des Reichsbankdirektoriums an Stresemann vom 30. September 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 416–417) sowie an Kahr vom 24. Oktober 1923 (HITLER-PUTSCH S. 260).

Meine Herren, ich frage Sie einmal das eine: wenn Gold, das für die Reichsbank nach Berlin transportiert zu werden bestimmt ist, unter den Augen des Publikums wieder ausgeladen und zurückgebracht wird, – kann man sich einen stärkeren Prestigeverlust des Ansehens der Reichsregierung und der ihr nahestehenden Kreditinstitute denken? Ich freue mich, daß es den Verhandlungen gelungen ist, die Überführung eines Teiles, der Hälfte dieses Goldbestandes nach Berlin inzwischen zu bewirken, frage mich aber auch: Haben diese Dinge mit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in Bayern etwas zu tun, oder sind das nicht auch Einstellungen, die mindestens politisch falsch aufgefaßt werden können und die deshalb auch vielleicht verständlich machen, wenn manchen Anordnungen in der Öffentlichkeit ein tieferer Sinn beigelegt wird, nämlich der Sinn, als wenn es sich hier um einen Konflikt handle, bei dem, wie manche Menschen sagen, die Reichseinheit in Frage stünde.

Nun freue ich mich, daß gerade der Herr Gesandte v. Preger wiederholt Gelegenheit genommen hat, dem entgegenzutreten und zum Ausdruck zu bringen, daß er dankbar sei für jeden Ausweg auf dem Konflikt, eine Äußerung, der ich mich meinerseits namens der Reichsregierung voll inhaltlich anschließe. Der Herr Gesandte hat dem weiter hinzugefügt, daß man ein einseitiges Nachgeben von Bayern nicht erwarten könne; er hat aber auch zum Ausdruck gebracht, daß Bayern erfreut sein würde, wenn der Konflikt sich vermeiden ließe. Er hat die Frage auf das Grundsätzliche gebracht, auf die Überspannung des unitarischen Gedankens, der keinen Segen gebracht hätte. Meine Herren! Gerade die gegenwärtige, von Bayern so stark angegriffene Reichsregierung hat in bezug auf das Bestreben namentlich nach der Richtung einer größeren Selbständigkeit der Länder in bezug auf Erhebung von Steuern nicht nur Erklärungen abgegeben, sondern ist mit Vorarbeiten dafür beschäftigt, die zeigen, daß sie für diesen Gedanken durchaus Verständnis hat. Wenn die bayerische Staatsregierung ihrerseits der Meinung wäre, daß auch in bezug auf ihr Militärkontingent Änderungen der jetzigen Verhältnisse[57] ihr geboten erscheinen, daß sie Rechte wiedererlangen möchte, die sie früher gehabt habe, meine Herren, so ist keinem in Deutschland, vor allem keinem Lande der Weg verwehrt, diese Dinge in Fluß zu bringen und auf verfassungsmäßigem Wege zu erledigen zu versuchen. Vielleicht ist die Zahl derjenigen, die der Meinung sind, daß man den unitarischen Gedanken

[57] Die Weimarer Reichsverfassung sah – im Unterschied zu den Reservatrechten der Verfassung von 1871 – in Art. 79 lediglich die „Berücksichtigung der besonderen landsmannschaftlichen Eigenarten“ vor; in einer Vereinbarung zwischen Preußen, Sachsen, Baden, Württemberg und Bayern und der Reichsregierung vom Juni 1919 waren Einzelheiten dieser „Berücksichtigung“ festgelegt worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Scheidemann, S. 439–443 u. 468).

nicht überspannen soll, sehr groß und gar nicht lediglich auf bayerische Kreise beschränkt. Aber was notwendig ist, ist, daß man zunächst daran gehen muß, den verfassungsmäßigen Zustand selbst wiederherzustellen; denn ohne die Wiederherstellung dieses verfassungsmäßigen Zustandes ist es unmöglich zu regieren, da sonst das, was an einer Stelle geduldet und ertragen wird, von der andern als Selbstverständlichkeit auch für sich in Anspruch genommen wird.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich diese Dinge auch nach der materiellen Seite in solcher Ausführlichkeit hier vorgetragen habe. Aber ich glaube, es war notwendig für die Erklärung der Gesamtsituation. Ich möchte auch am Schlusse das sagen, was Herr v. Preger zu Anfang zum Ausdruck brachte, daß wir der württembergischen Staatsregierung und ihrem Herrn Staatspräsidenten für die Anregung dankbar sind, die er gegeben hat, diese Dinge hier außerhalb der großen Öffentlichkeit ruhig, leidenschaftslos, aber auch der tiefen Verantwortlichkeit gedenkend, die wir alle tragen, zu besprechen, und ich würde mich freuen, wenn aus der Initiative des Reichsrats und der Herren Ministerpräsidenten heraus, sich ein Ausweg aus dieser Krisis, eine Lösung ergäbe, die niemand mehr begrüßen würde als die Reichsregierung.

[…][58]

(Pause).

Die Sitzung wird um 8 Uhr 40 Minuten durch den Reichskanzler wieder eröffnet.

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Meine Herren! Ich eröffne unsere Sitzung wieder. Ich gebe Herrn Staatspräsident von Hieber das Wort.

[…][59]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Meine Herren! Um auf das Letztere zunächst einzugehen, würde ich der Meinung sein, daß man bei einer Veröffentlichung, die ich für unbedingt notwendig halte, weil

[58] Im folgenden versucht Preger, Stresemanns Darstellung des Lossowschen Funkspruchs (vgl. oben mit Anm. 53) abzuschwächen; anschließend versucht Geßler, sein Verhalten im bisherigen Verlauf der Krise zu rechtfertigen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 743–746).

[59] Im folgenden (ebd., S. 746–747) stellt Hieber als zwischenzeitlich erfolgte Einigung der Ländervertreter eine Erklärung vor, in der im Konflikt zwischen dem Reich und Bayern der Reichsregierung Recht gegeben und der Rücktritt Lossows für unerläßlich gehalten wird. Die Länder verlangen die baldige Umwandlung der militärischen in einen zivilen Ausnahmezustand sowie zu geeigneter Zeit Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern mit dem Ziel einer größeren Selbständigkeit der Länder. Er bittet Stresemann, bald mit Bayern in Verhandlungen einzutreten, um den Konflikt aus der Welt zu schaffen, und überläßt ihm die Formulierung, die an die Presse gegeben werden soll. Preger äußert den dringenden Wunsch, die Notwendigkeit der Entlassung Lossows nicht an die Presse zu geben, weil dies eine Verständigung nur erschweren würde.

sonst die wildesten Veröffentlichungen unwahrhaftiger Art morgen das Deutsche Reich in Verwirrung setzen (Zustimmung), vielleicht – ohne dem Standpunkt der Herren Vertreter der Länder vorzugreifen – die Formel fände: Eine Lösung der Personalfrage, die einer solchen Einigung im Wege stehen wird, oder eine ähnliche Formulierung, die nicht schaden kann, aus der aber klar hervorgeht, was in dieser Beziehung gemeint ist. Ich glaube, das läßt sich ermöglichen. Im Augenblick werden wir wohl die Formulierung nicht feststellen können[60].

Im übrigen gestatten Sie mir, im Namen der Reichsregierung Ihnen zunächst zu danken für die Beratungen, die hier gepflogen worden sind aus der Sorge um das Reichsinteresse und im Sinne und mit dem Ziel der unbedingten Erhaltung der Reichseinheit und der Reichsfreudigkeit.

Ich habe bei Beginn der Verhandlungen bei meinen Ausführungen an den Herrn Staatspräsidenten von Hieber den Dank aussprechen dürfen für die Initiative zu dieser Sitzung. Ich möchte ihn ausdrücklich ausdehnen auf alle die Herren Vertreter der Länder, die an der Lösung dieser schwierigen Frage mitgewirkt haben.

Ich darf Ihnen namens des Reichskabinetts erklären, daß wir gern bereit sind, einen Weg der Verständigung zu gehen, um im Sinne derjenigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Reich und Ländern, die die Voraussetzung für jedes gedeihliche Zusammenarbeiten auch mit Bayern sind, den Weg der Einigung zu suchen. Wir sind weiter der Auffassung, die ich vorher bereits zum Ausdruck gebracht habe, daß wir gern, und zwar auch baldigst – der Herr Reichsfinanzminister[61] legt Wert darauf, daß diese Dinge möglichst bald geregelt werden – bereit sind, in Verhandlungen mit den Ländern einzutreten, die dahin führen sollen, die zum Ziele haben sollen die größere Selbständigkeit der Länder auf finanziellem und anderen Gebieten sicherzustellen, wobei natürlich der verfassungsmäßige Weg gegangen werden muß, der auch die Zustimmung der Parlamente dazu zur Voraussetzung hat.

Wir sind gern bereit, sobald die Verhältnisse es irgendwie gestatten, entweder den militärischen Belagerungszustand ganz aufzuheben oder ihn in den zivilen Belagerungszustand überzuführen. Wenn ich diese Erklärung nicht abgeben kann für das Wort „sofort“, so bitte ich Sie in Betracht zu ziehen, daß wir beispielsweise in dieser

---

[60] Die am 24. Oktober 1923 erfolgte „amtliche Mitteilung“ über die Konferenz ist u.a. abgedruckt in SCHULTHESS 64 (1923), S. 204–205; DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 360–362.

[61] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos, ab 1927 Mitglied der DVP.

Stunde vor einer meiner Meinung nach – ich gebrauche das Wort ungern – landesverräterischen Aktion stehen: den Notendruck stillzulegen, um damit politische Forderungen zu erzwingen[62], was, wenn es zur Durchführung käme, gleichbedeutend wäre mit der vollständigen Verelendung und unserem Zusammenbruch in der Zeit, wo die Goldnotenzeichen ausgegeben werden sollen[63], und was, wenn wir nachgäben, zum vollständigen Zusammenbruch der Autorität des Reiches führen würde. In so gespannten Zeiten äußerster Bewegungen müssen wir natürlich den Zeitpunkt besonders uns vorbehalten. Aber ich darf Ihnen namens des Reichskabinetts das eine sagen, daß wir selbstverständlich, sobald die Verhältnisse es irgendwie gestatten – schon aus dem Grunde, den Sie, meine Herren, selbst angeführt haben, um die [!] Fortdauern derartiger Konflikte unmöglich zu machen – am liebsten zur vollkommenen Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes schreiten oder die Umwandlung in den zivilen Belagerungszustand vornehmen werden.

Im übrigen brauche ich nicht zu versichern, wie dankbar wir dafür sind, daß Sie dem Standpunkt, den die Reichsregierung eingenommen hat, ihre Zustimmung gegeben haben. Ich glaube, daß das dazu beitragen wird, uns vielleicht auch dem Ziel zuzuführen, das wir jetzt alle haben müssen gegenüber den ganz schweren Fragen, den ganz schweren Zeiten, denen wir entgegengehen und die uns ja auch veranlassen, heute abend nach Hagen[64] zu fahren, um mit den Vertretern der besetzten Gebiete zu sprechen, um recht bald die Möglichkeit zu haben, das deutsche Volk zu einigen nach außen und dazu herbeizuführen die Einheit im Innern, und ich vertraue auf die Reichstreue Bayerns und ich vertraue auf die staatsmännische Einsicht seiner politischen Führer, daß sie den Weg, der hier gegangen werden soll und den die Reichsregierung zu gehen bereit ist, auch ihrerseits sich anschließen und damit ein Dokument der Einigung der deutschen Stämme nach außen und nach innen geben.

(Lebhafter Beifall.)

Ich darf damit mit herzlichem Dank die Sitzung schließen.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 50 Minuten.)

---

[62] Stresemann spricht damit vermutlich auf den länger dauernden Buchdruckerstreik an, der auch die Reichsdruckerei zu betreffen drohte (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 544–545).

[63] Mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) hatte die Reichsregierung die Voraussetzung dafür geschaffen, neue Goldnotenzeichen auszugeben.

[64] Für den Folgetag war eine Besprechung mit den Vertretern der besetzten Gebiete und eine Rede Stresemanns in Hagen (vgl. diese Edition) vorgesehen

Rede bei einer Besprechung mit den Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen vom 25. Oktober 1923[1]

Nach AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 761–836.

Lehnt die Abtrennung des Rheinlands vom Reich ab. Darstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Reiches, die den Abbruch des Widerstands unvermeidlich machte. Frankreich will durch seine Ablehnung von Verhandlungen die Lage im besetzten Gebiet unerträglich machen; auch seine Haltung bei den Industrieverhandlungen ist politisch motiviert. Solange das Reich dazu in der Lage ist, wird es die besetzten Gebiete finanziell unterstützen. Der Bruch mit Frankreich würde Deutschland außenpolitisch schaden. Unnachgiebigkeit in der Frage der deutschen Eisenbahn. Frankreich würde einen abgetrennten Rheinstaat nicht besser behandeln als jetzt das besetzte Gebiet. Stellt anheim, Gremien aus dem besetzten Gebiet für Verhandlungen mit Frankreich, aber auch mit der Reichsregierung zu bilden. Die Bedingungen weiterer finanzieller Unterstützung des Reichs für das besetzte Gebiet.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 30 Min. durch den Vorsitzenden, Oberbürgermeister **Jarres[2],** eröffnet.

[…][3]

---

[1] Die Reise Stresemanns und der Reichsminister Fuchs und Sollmann sowie des preußischen Ministerpräsidenten Braun nach Hagen ging auf die Initiative von „Männern aus Rhein und Ruhr“ zurück, die um die Besprechung gebeten hatten. Sie wurde in der Kabinettssitzung vom 23. und der Ministerbesprechung vom 24. Oktober 1923 vorberaten (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 693–694, 698 u. 709–713, sowie STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 181).

[2] Karl Jarres (1874–1951), Oberbürgermeister von Duisburg 1914–1923 (während der Ruhrbesetzung von den Besatzungsmächten ausgewiesen) und 1925–1933; Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Mitglied der DVP.

[3] Jarres weist auf die Notwendigkeit zur Vertraulichkeit der Besprechung hin. Er referiert ein Treffen in Barmen vom Vortag, bei dem die Anwesenden einen Überblick über die Gefahr des Separatismus gaben, der zwar bisher wenig Erfolg gehabt habe, aber ein Zeichen von Unsicherheit und Ungewißheit sei. Geheimrat Hagen habe in Barmen die desolate Lage der Versorgung des Rheinlands dargelegt und auf die Dringlichkeit einer Währungsreform im Rheinland gedrängt, die die Rentenbank nicht leisten könne. In politischer Hinsicht seien vier unterschiedliche Lösungen skizziert worden: Moldenhauer habe gebeten, aus der faktischen Lage die Konsequenz zu ziehen und dem besetzten Gebiet weitgehende Vollmachten in wirtschaftlicher Hinsicht und im Hinblick auf Währung, Budget und Steuerrecht zu geben; Adenauer habe gewünscht, daß den Parteiführern des besetzten Gebietes die Vollmacht übertragen werde, mit den Franzosen zu verhandeln; dabei soll eine Herauslösung des Rheinlands aus Preußen angestrebt werden, aber wenn dies nicht akzeptiert werde, ggf. auch eine Loslösung vom Reich, womit vermutlich große französische Konzessionen im Hinblick auf den Versailler Vertrag zu erzielen wären; Falk habe die Einschätzung Adenauers für zutreffend gehalten, möchte allerdings die staatsrechtliche Änderung des Rheinlands als durch Frankreich erzwungene sehen; Jarres selbst ist gegen eine staatsrechtliche Änderung; sollte sie durch Frankreich

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Meine Herren! Ich freue mich, daß ich Gelegenheit habe, hier in Ihrem Kreise über die Fragen zu sprechen, die Herr Oberbürgermeister Jarres soeben berührte. Dabei bemerke ich allerdings, daß ich nur sprechen kann und sprechen werde über die außenpolitische Lage und über die Wirtschaftslage, und daß ich als Kanzler des Deutschen Reiches ganz selbstverständlich jede Diskussion über Trennung von Gliedern des Deutschen Reiches von dem heutigen Reiche ablehne. (Beifall). Das ist für mich vollkommen unmöglich. Wir haben das Rheinland nicht aufgegeben, und infolgedessen können wir auch nicht das Rheinland als irgend einen Teil des Deutschen Reiches ansehen, der sich aus eigenem Entschluß vom Reiche zu trennen vermöchte. (Bravo!) Das wäre die Aufgabe des Rheinlandes, und zu dieser Aufgabe können wir uns nicht entschließen. (Erneuter Beifall).

Meine Herren! Ich will Ihnen ganz offen die Lage darstellen, wie sie ist. Die Folgerungen aus dieser Lage zu ziehen, ist Ihre Aufgabe. Daß die gesamte finanzielle Lage des Reiches trostlos ist, unterliegt gar keinem Zweifel. Ihnen darüber irgend einen Zweifel zu lassen, würde ich für eine Schönfärberei halten. Ich habe in der kurzen Zeit, in der ich an der Spitze des Kabinetts stehe[4], mit[5] vielleicht die größten Feinde dadurch erworben, daß ich von jeder Schönfärberei abgesehen und gesagt habe: Es ist notwendig, die Dinge nicht nur so zu sehen, wie sie sind, sondern sie auch dem Volke so zu zeigen, wie sie sind.

Wir decken gegenwärtig nur einen kleinen Prozentsatz unserer Ausgaben durch die Einnahmen. Wir werden zu vollkommen radikalen Einschränkungen der Ausgaben schreiten. Wir werden beispielsweise in ganz eminentem Maße den Verkehr einschränken und drosseln müssen, weil wir die Zuschüsse an die Bahnen nicht mehr bezahlen und unrentable Linien nicht mehr führen können. Wir werden einen Beamtenabbau vornehmen, der außerordentlich weit geht, und den Sie aus dem Beamten-

herbeigeführt werden, müßte sie von der außenpolitischen Erklärung begleitet werden, daß das Reich solange nicht an den Versailler Vertrag gebunden sei, bis Frankreich wieder vertragsmäßige Zustände herstelle. Alle vorgestellten Projekte seien im wesentlichen von Vertretern des Rheinlands gekommen, während die Vertreter Westfalens eine staatsrechtliche Änderung derzeit nicht für notwendig erachten. – Danach bittet Jarres Stresemann, die Frage zu beantworten, was das besetzte Gebiet wirtschaftlich vom Reich erwarten könne, wenn möglich auch politische Lösungen aufzuzeigen.

[4] Die Ernennung Stresemanns zum Reichskanzler durch Reichspräsident Ebert war am 13. August 1923 erfolgt.

[5] So in der Vorlage. Ein „mir“ wäre näherliegend.

abbaugesetzentwurf[6] wahrscheinlich schon ersehen haben. Wir haben dem Herrn Finanzminister[7] außerordentlich weitgehende Vollmachten innerhalb des Kabinetts nach dieser Richtung hin verliehen. Der Herr Finanzminister hat im Kabinett der Meinung Ausdruck gegeben, daß er bei dem Aufhören aller außenpolitischen Ausgaben glaube in der Lage zu sein, einen auf Gold aufgestellten Etat per ersten Januar nächsten Jahres zur Bilanzierung vorzulegen[8].

Ich kann mich diesem Optimismus nicht anschließen. Ich halte es deshalb für unmöglich, weil es gewisse Ausgaben gibt, an denen das Reich gar nicht vorbeigehen kann. Aber daß wir die Konsequenzen aus unserer Verarmung und Verelendung ziehen müssen, daß wir ganz rücksichtslos, und zwar in der Weise vorgehen müssen, daß einfach ganze Prozentsätze von Ausgaben allgemein gestrichen werden und gesagt wird: Richtet Euch mit dem ein, was da bleibt, das halte ich ebenso für selbstverständlich, als daß auf der anderen [Seite] die Steuerkraft auf das allerhöchste angespannt wird, und daß wir uns sagen, daß wir überhaupt vollkommen zusammenbrechen, wenn wir glauben, uns noch irgendwie weiter auf die Notenpresse[9] oder auf währungstechnische Maßnahmen verlassen zu können. Währungstechnische Maßnahmen bedeuten vorübergehend vielleicht einmal eine Abnahme des Druckes, sie bedeuten niemals eine Lösung; denn die Währung wird nicht bestimmt durch die Technik, sondern letzten Endes durch den wirtschaftlichen Zustand des Landes, dessen Barometer sie gewissermaßen ist.

So liegen die Dinge. Wir haben aus derselben Erwägung, aus der Erkenntnis der Sachlage, den für uns so schweren Schritt tun müssen, zur Aufgabe des passiven Widerstandes zu kommen[10] und dadurch zu erklären, daß wir auch hier am Ende unserer Kraft sind. Ich darf auch hier rückblickend das eine ganz offen sagen, ohne gegen irgend jemanden Vorwürfe zu erheben: Vielleicht sieht man die Dinge retro-

---

[6] Zum Stand der Kabinettsberatungen über ein Beamtenabbaugesetz, das den Wegfall von bis zu 25 Prozent der Stellen vorsah, vgl. die Kabinettssitzungen vom 17. und vom 24. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 608–610 u. 708–709).

[7] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos, ab 1927 Mitglied der DVP.

[8] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf eine Aussage Luthers in der Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923: „Er beabsichtige, mit Einführung der Rentenmark eine Haushaltsrechnung in Gold aufzustellen. Diese Rechung werde in Einnahmen und Ausgaben balancieren. Gerechnet werde dabei mit einem Rumpfdeutschland und ohne Reparationsleistungen.“ (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 668).

[9] Zur Entwicklung der Hyperinflation vgl. die Tabelle ebd., S. 1218–1219).

[10] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, wozu die grundsätzliche Entscheidung am 24. September 1923 fiel und die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

spektiv leichter, als wenn man mitten im Gang der Dinge ist. Ich bin noch heute der festen Überzeugung, er hätte Kompensationsobjekt sein müssen, der passive Widerstand, als er auf der Höhe war, (sehr richtig) als alles zusammengebrochen war an Poincarés[11] Hoffnungen, da hätte man sagen müssen, was gebt Ihr uns, wenn wir davon absehen, diese Waffe gegen Euch weiter zu führen? Als wir ihn übernahmen, da war es eine stumpfe Waffe. Da hat die Waffe sich gegen uns selbst gerichtet. Da sahen wir unseren finanziellen Zusammenbruch so vor Augen, daß wir sehenden Auges in den Abgrund gegangen wären, wenn wir die bequeme Politik fortgesetzt hätten, nichts zu tun, als den passiven Widerstand mit Notendruck zu finanzieren und im übrigen jeden Tag nachzusehen, wie sich die Währung unter diesen Umständen weiter verschlechtert hätte. (Zustimmung).

Das war die Situation, die ich vorgefunden habe. Ich erwähne das hier in Westfalen, weil es ja eines der Hauptorgane von Westfalen gewesen ist, das erklärt hat, daß ich vor den Staatsgerichtshof gehörte, weil ich mich zur Aufgabe des passiven Widerstandes entschlossen habe[12]. Einem Staatsgerichtshof, dem ich jederzeit Rechenschaft über die Beweggründe zu meinem Tun ablegen würde, die lediglich deutsch gewesen sind und im Interesse des deutschen Vaterlandes gelegen haben. (Lebhafte Zustimmung).

Das ist das eine, was ich hier doch auch einmal vor einem Kreise von Rheinländern und Westfalen aussprechen möchte. Wir haben uns noch einmal bemüht, auch diese stumpf gewordene Waffe zu benutzen, um gleichzeitig mit Aufgabe des passiven Widerstandes die Ingangsetzung der Wirtschaft im besetzten Gebiet, die Befreiung der Gefangenen und die Rückkehr der Ausgewiesenen[13] durchzuführen. Es war nicht mehr möglich, und zwar aus dem Grunde, weil die Stumpfheit dieser Waffe den Einbruchsmächten zu klar zum Bewußtsein gekommen war, als daß sie noch die Möglichkeit für uns ersahen, sie als Kompensationsobjekt zu benutzen.

---

[11] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[12] Stresemann bezieht sich vermutlich auf einen Kommentar in der RHEINISCH-WESTFÄLISCHEN ZEITUNG, Nr. 535 vom 30. September 1923, S. 1, in dem es in bezug auf die Aufgabe des passiven Widerstandes und konkret auf Stresemann heißt: „Das deutsche Staatsgericht wird, wenn erst das Volk zur Selbstbesinnung kam, sich auch dieses Ministers zu erinnern haben, an den sich hoffentlich kein Rächer voreilig heranmacht wie an [M. Erzberger,] den Unterzeichner von Compiègne und geistigen Vater der Versailler Unterwerfung“.

[13] Stresemann bezieht sich auf die geschätzten 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren, sowie auf die von französischen und belgischen Kriegsgerichten zu Haftstrafen Verurteilten.

Dadurch ist die Situation entstanden, vor der wir heute stehen. Eine Situation, die uns außenpolitisch nicht weitergebracht und die uns doch vor große Entscheidungen gestellt hat. Eine Situation, die für Sie hier im besetzten Gebiet nach dem Scheitern der Verhandlungen der Industrie[14] größte Arbeitslosigkeit bedeutet, größte wirtschaftliche Verwirrung und die mit vollem Recht die Frage aufwirft: Was kann das Reich demgegenüber für das besetzte Gebiet noch leisten?

Ehe ich auf diese finanzielle Frage komme, die ich bereit bin, Ihnen unter Umständen schriftlich in allen Einzelheiten zu übermitteln, damit gar keine Unklarheit zwischen uns besteht, möchte ich noch auf die letzten Verhandlungen eingehen, die von der Industrie über die Ingangsetzung des Wirtschaftslebens hier im Gebiet geführt worden sind. Ich halte es für falsch, daß denjenigen, die dort verhandelt haben, soweit diese Verhandlungen die Frage der Ingangsetzung der Wirtschaft betrafen, ein Vorwurf gemacht wird. Nachdem wir erklärt hatten, daß wir nicht in der Lage seien, die Kredithilfe und die Lohnsicherungen weiter zu gewähren, mußte es Aufgabe derjenigen sein, die hier in erster Linie in Betracht kamen, sofern die Regierung die Verhandlungen nicht zu führen vermochte, ihrerseits im Einvernehmen mit der Regierung alles zu tun, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Daß damals eine vorherige Aussprache mit der Regierung nicht erfolgte, lag daran, daß wir eine in Demission befindliche Regierung hatten[15], auf Grund von parteipolitischen Erwägungen, die mir sehr klein erscheinen gegenüber dem, was tatsächlich für die Fortführung der Geschäfte in Frage stand. Aber um was es sich handelt, das war das eine: einmal unsere Bemühungen, von Regierung zu Regierung zu verhandeln. Sie sind gescheitert. Sie sind gescheitert, obwohl der französische Ministerpräsident durch seinen Botschafter[16] mir hat erklären lassen[17], daß 24 Stunden

[14] Nach dem Abbruch des passiven Widerstands war es – anfangs gegen den Willen der Reichsregierung – zu direkten Verhandlungen rheinischer Industrieller mit der „Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines“ (MICUM) über die Wiederaufnahme der Arbeit an der Ruhr gekommen. Streitpunkt war anfangs die Frage, ob die Reichsregierung die von den Franzosen weggeführte Kohle („Reparationskohle“) und von ihnen in Anspruch genommene Reichskohlensteuer den Bergwerksbesitzern erstatten würde. Da die Besatzungsmacht auch nach der von seiten des Reiches erfolgten Aufhebung einer Reichskohlensteuer auf deren Bezahlung bestand, waren die Verhandlungen bis zum 25. Oktober 1923 nicht zum Abschluß gelangt. Zum Verhandlungsstand am 25. Oktober 1923 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 760–761. – Daneben verhandelte auch die Stahl-Industrie mit der französischen Besatzung (vgl. ebd., S. 650–653). – Zur Einschätzung dieser Verhandlungen durch Stresemann vgl. ebd., S. 529–534.

[15] Die ersten offiziellen Verhandlungen der sogenannten „Sechserkommission“, gewählter Vertreter der im Bergbau-Verein organisierten Ruhrindustrie, fanden am 5. Oktober statt (Aufzeichnung dieser Besprechung ebd., Stresemann I, S. 474–483), also zu einem Zeitpunkt, nachdem das Kabinett Stresemann I demissioniert hatte und nur noch geschäftsführend im Amt war, und vor dem Zusammentritt des neuen Kabinetts am 6. Oktober 1923.

[16] Pierre Jacquin de Margerie (1861–1942), französischer Botschafter in Berlin 1922–1931.

nach Aufgabe des passiven Widerstandes die Verhandlungen und zwar über das Gesamtproblem in allen Einzelheiten zwischen Frankreich und Deutschland beginnen könnten. (Hört, hört). Sie sind gescheitert, obwohl er dieselbe Erklärung dem Sozialistenführer Thomas[18] abgegeben hat, der ausdrücklich erklärt hat[19], daß Herr Poincaré den schnödesten Wortbruch begangen hätte. Gewiß, der französische Ministerpräsident sagt, er sei nicht wortbrüchig, denn er habe festgestellt, der passive Widerstand sei nicht abgebrochen. Er hat sich hinter alle möglichen Erklärungen verkrochen, daß wir noch weiter an das Rheinland zahlten, daß die pfälzischen Eisenbahner noch drei Monate lang das Gehalt bekämen, und alle möglichen anderen Erklärungen[20], die nur darauf hingingen, die Dinge dilatorisch hinzuziehen, um bei uns die Sache zum Zusammenbruch zu bringen. Das ist die nicht klar ausgesprochene, aber wohl klare Politik, die er seinerseits verfolgt.

Deshalb sind die Verhandlungen mit uns abgelehnt worden. Die Autorität der Regierung soll hier im besetzten Gebiet mit Absicht von der Entente mit Füßen getreten werden, um ihr auch das Ansehen bei der Bevölkerung zu rauben.

Zweitens sucht man durch den Druck, durch das Hinziehen die Bevölkerung so mürbe zu machen, daß sie sich Frankreich an den Hals wirft.

Wir haben erklärt, – damit komme ich auf das Politische, wonach mich Herr Oberbürgermeister Jarres gefragt hat –, daß wir nicht in der Lage seien, die Kohlensteuer zu bezahlen, nicht in der Lage, Reparationskohle zu finanzieren[21]. Beide Erklärungen ergeben sich aus politischen und aus finanziellen Gründen. Zahlten wir heute die Kohlensteuer noch an Frankreich, dann erklärten wir den Einbruch für rechtsgültig, dann würden wir alles, was wir gegen die Rechtswidrigkeit gesagt haben, de facto zurücknehmen. Gewissermaßen ein wirtschaftliches Schuldbekenntnis ausgedrückt

[17] In einem telegraphischen Runderlaß des Staatssekretärs Maltzan vom 27. Oktober 1923 heißt es nach der Erläuterung, daß Stresemann am gleichen Tag die Missionschefs der Siegermächte von der Aufgabe des passiven Widerstands informiert habe, in bezug auf Margerie: „Botschafter bestätigte früher von ihm gemachte Mitteilung, daß Poincaré bereit sei, sofort nach Aufgabe Widerstandes mit Verhandlungen zu beginnen“ (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 422). – Eine Aufzeichnung über das Gespräch selbst konnte nicht ermittelt werden.

[18] Gemeint ist wohl Albert Thomas (1878–1932), französischer sozialistischer Politiker; Generaldirektor der Internationalen Arbeits-Organisation (ILO) 1919–1932.

[19] Eine entsprechende Erklärung Thomas’ konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise erging sie im Zusammenhang einer Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros und des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 3. und 4. Oktober in Brüssel, über die in SCHULTHESS 64 (1923), S. 434 berichtet wird.

[20] Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Hoesch, hatte zuletzt am 17. Oktober 1923 telegraphisch über ein Gespräch mit Poincaré vom gleichen Tag berichtet, in dem der französische Ministerpräsident Regierungsverhandlungen erneut abgelehnt hatte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 499–502).

[21] Vgl. oben mit Anm. 14.

in wirtschaftlicher Steuerzahlung. Selbst wenn wir das Geld hätten, könnten wir das nicht aus politischen Gründen; denn ein zweites Schuldbekenntnis in Bezug auf Ruhr und Rhein wird hoffentlich keine deutsche Regierung und kein deutscher Mann jemals mitmachen. (Bravo!) Ein solches Schuldbekenntnis gibt es nicht. Wenn jemand sich mit der Frage zu beschäftigen hat, ein Schuldbekenntnis abzulegen, dann sind es die Einbruchsmächte und nicht Deutschland. Deshalb mußte schon prinzipiell ein derartiger Gedanke der Nachzahlung der Kohlensteuer von uns abgelehnt werden, von allem finanziellen abgesehen.

Dann kam die zweite Frage der Finanzierung der Lieferung der Reparationskohle. Dabei handelt es sich um ein Verlangen, 1 800 000 t an die Franzosen monatlich zu liefern, falls sie nicht Nachlieferung vielleicht sogar verlangen würden. Diese Lieferungen sollten von uns finanziert werden. Das ist für uns eine völlige Unmöglichkeit. Wenn Sie die heutigen Kohlenpreise zugrundelegen, bedeutet das eine Belastung, die ganz unmöglich vom Reich getragen werden kann, die überhaupt den Begriff des Moratoriums, um den wir gekämpft haben, vollkommen zunichte machen würde.

Darauf haben uns die Bergherren, wenn ich sie so nennen darf, einen Vorschlag unterbreitet, der davon ausging, daß sie bereit seien, diese Zahlungen bis zum 1. April 1924 ihrerseits zu finanzieren, daß sie bereit seien, die Reparationskohle auf ihre Kosten zu liefern und uns das Geld vorzustrecken, rückzahlbar von uns nach Ordnung der deutschen Finanzen, abziehbar zur Gutschrift darauf die Steuern, die sie an Umsatzsteuer und an Körperschaftssteuer zu leisten hätten[22]. Ich übergehe Einzelheiten. Obwohl wir uns sagten, daß auch das falsch gedeutet werden könne, haben wir dem zugestimmt, die Herren zu ermächtigen, nach der Richtung hin zu verhandeln[23], weil wir uns sagten: es kommt alles darauf an, daß jetzt eine Ingangsetzung der Wirtschaft erfolgt. Kein Mensch kann ja die Verantwortung übernehmen für den Hunger und das Elend, die sonst hier ausbrechen.

Die Herren haben auf dieser Basis verhandelt. Sie wollten sich selber ausländische Kredite beschaffen und die Belastung, die doch mehrere hundert Goldmillionen betrug, auf sich nehmen. Diese Verhandlungen sind aber ergebnislos gewesen, weil man von ihnen auch die Kohlensteuer verlangt hat, weil sie nach der Richtung hin abgelehnt haben, weitere Konzessionen zu machen. Ich habe Grund zu der Annah-

[22] Vgl. das Protokoll einer Besprechung Stresemanns und einiger anderer Minister mit den Vertretern der Sechserkommission vom 19. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 630–633).

[23] Vgl. das Schreiben Stresemanns an Stinnes vom 21. Oktober 1923 (ebd., S. 682–683).

me, daß diese Verhandlungen an einem anderen Orte weitergehen. Ob mit einem besseren Ergebnis, das weiß ich nicht. Jedenfalls bitte ich Sie, hieraus zu ersehen, daß wir bereit wären, mindestens in der Zinsenlast, die wir für die Anleihe trugen, die uns ja gewissermaßen gegeben wurde, auch diese Dinge weiter für das Reich zu übernehmen, wenn wir dafür die eine Gegenleistung hätten, daß dadurch das Wirtschaftsleben hier ingang käme und nicht die furchtbare Arbeitslosigkeit ausbräche, die sonst entstehen muß.

Ob diese Verhandlungen noch einmal zum Ziele führen, ich weiß es nicht. Ich nehme an, daß die ganzen Gesichtspunkte der Franzosen gar nicht wirtschaftliche, sondern politische sind und daß deshalb alle unsere Hoffnungen auf die Wirkung wirtschaftlicher Maßnahmen überhaupt vergeblich sind.

Wir haben infolgedessen uns vor die Frage gestellt gesehen, wie denn nun unser Verhältnis zu dem besetzten Gebiet ist, und haben uns dabei im Kabinett[24] einmal vorgestellt die selbstverständlichen Rechte des besetzten Gebietes an das gesamte Deutsche Reich, zweitens die Begrenztheit der finanziellen Mittel, über die wir verfügen und die uns zwingen, uns nach allen Richtungen einzuschränken. Wir haben deshalb festgestellt, daß, solange nicht politische Änderungen eintreten und solange die wirtschaftliche Möglichkeit irgend gegeben ist, selbstverständlich die besetzten Gebiete auch die Zahlungen solcher Leistungen erhalten, die grundsätzlich im ganzen deutschen Staatsgebiet gewährt werden. Als Hauptbeispiel kommt in Betracht die Erwerbslosenfürsorge, Zahlungen an die Reichsbeamten. Dabei ist festgestellt worden, daß in Bezug auf die Parität zwischen diesen Zahlungen zwischen besetztem Gebiet und dem übrigen Reichsgebiet ein Zuschlag von 15% für das besetzte Gebiet gewährt werden soll. Das ist eine Herabsetzung der bisherigen Zuschläge, ist aber noch mehr, als das übrige Deutschland bekommt und ist angesichts der wahrscheinlich außerordentlichen Erwerbslosenfürsorge, die hier eintreten wird, in Bezug auf die Quantität derjenigen, die dieser Erwerbslosenfürsorge anheimfallen, das höchste, wozu das Reich imstande ist. Als selbstverständlich ist festgestellt worden, daß soziale Fürsorgeleistungen, die auf besonderen Einrichtungen beruhen, fortgesetzt werden.

Dann hat der Oberbürgermeister Jarres die Frage gestellt: Wie lange kann das Reich das leisten? Herr Oberbürgermeister Jarres, die Frage kann Ihnen niemand

[24] Vgl. zum folgenden die Ministerbesprechung vom 24. Oktober 1923 (ebd., S. 709–713) und das Schreiben von Reichsfinanzminister Luther an Stresemann vom gleichen Tag (ebd., S. 749–752), aus dem Stresemann hier einzelne Passagen teilweise wörtlich übernimmt.

beantworten, und zwar aus dem Grunde, weil die gesamten Weltverhältnisse gegenwärtig derartig labil sind, daß, glaube ich, niemand von Ihnen überhaupt eine Erklärung abgeben kann, wie das Reich am 1. Februar 1924 aussehen wird. Die Dinge sind nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch derartig im Fluß, daß man nur über die nächste Zeit überhaupt hinwegsehen kann. Ich kann deshalb diese Erklärung nur nach der Richtung geben, daß, solange die Finanzmittel im übrigen Reich, wenn ich diesen Ausdruck leider gebrauchen soll, reichen, selbstverständlich dann auch das besetzte Gebiet als Reichsgebiet Anspruch auf diese Leistungen hat. Das ist, glaube ich, die einfache, klare Formulierung.

Nun gibt es eine ganze Reihe von Zahlen, die sich auf die besonderen Verhältnisse des besetzten Gebietes beziehen und zwar einmal solche Leistungen, die zwar auf der Besatzung beruhen, aber irgendwie unmittelbar der deutschen Bevölkerung zugute kommen. Da sind die Dinge im einzelnen geregelt. So ist die Entschädigung für das Sonderverfahren dahin geregelt, daß Schäden, die vor dem 28. September 1923 eingetreten sind, bis zum 31. Oktober, und Schäden aus dem Oktober bis zum 30. November angemeldet werden müssen. Für Schäden nach dem 31. Oktober wird eine Entschädigung nicht mehr bezahlt. Die Schadensumme ist begrenzt auf 5000 Goldmark. Darüber hinaus werden 50% der Schadenssumme gezahlt. Die Höchstsumme für die Auszahlung ist 200 000 Goldmark. Dabei behält sich das Reich vor, seinerseits Ratenzahlungen zu leisten, und zwar bis zu 20 000 Goldmark im Monat.

Was das Okkupationsleistungsgesetz betrifft, so dürfen für laufende Privatquartiergewährung usw. Beträge bis zu 5000 Goldmark für das Jahr angefordert und ausgezahlt werden. Darüber hinaus wieder 50%. Soweit die Beiträge über 200 000 Goldmark hinausgehen, wird die Auszahlung bis auf weiteres ausgesetzt. Für entgangenen Gewinn oder allgemeine Geschäftsentschädigung wird eine Vergütung nicht mehr gewährt.

Bei künftigen Leistungen beträgt die Ausschlußfrist für laufende Leistungen drei Monate, für einmalige einen Monat.

Dann kommen Entschädigungen für Ausgewiesene. Sie werden dahin entschieden, daß Schäden bis zu 10 000 Goldmark voll ausgezahlt werden, darüber hinaus noch 50%, und zwar in monatlichen Ratenzahlungen von nicht mehr als 40 000 Goldmark. Über 200 000 Goldmark werden Auszahlungen nicht mehr geleistet. Schadensmeldungen sind bei Versäumung des Ausschlusses spätestens vier Wochen nach Bekanntwerden des Schadensfalles mitzuteilen.

Dann sind Bestimmungen getroffen für Bauten, die zugunsten der Bevölkerung errichtet worden sind, z.B. Wohnungsbauten. Mit Rücksicht auf die Quartierbeanspruchung durch die Besatzungsbehörden sollen diese Bauten eingestellt werden, wenn dies wirtschaftlich vertretbar erscheint. Darüber sind Einzelbestimmungen getroffen, wie weit bei den einzelnen Bauten die Möglichkeit besteht, sie einzustellen, wie weit sie weitergebaut werden sollen.

Was die Leistung an die Besatzung anbetrifft, kommt hier in Betracht die Frage von Naturallieferungen, von Lebens- und Futtermitteln – die erfolgen zur Zeit – sowie die Ausführung von Bauten verschiedenster Art im altbesetzten Gebiet. Es wird sich darum handeln, ob durch Verhandlungen mit der Rheinlandkommission[25] unter Umständen eine Entscheidung darüber zu erzielen ist, daß die Markvorschüsse vom Deutschen Reich weiter pro tempore übernommen werden, was aber nur geschehen könnte, wenn auf der anderen Seite Frankreich und Belgien die verbindliche Erklärung abgeben – ich möchte hier einmal offen sagen –, daß das Raubsystem hier in diesen Gebieten aufhört. (Sehr richtig!) Ist darüber eine klare verbindliche Erklärung nicht zu erreichen, so ist es selbstverständlich ausgeschlossen, daß das Deutsche Reich diese Markvorschüsse wieder aufnimmt. Darüber, ob wir und wielange wir überhaupt Leistungen übernehmen können, werde ich nachher im Einzelnen sprechen.

Ich komme damit gleich auf die Frage der außenpolitischen Lage und auf die letzten Ausführungen, die Herr Oberbürgermeister Jarres nach dieser Richtung gemacht hat. Ich habe heute aus der Kölnischen Zeitung ersehen, daß die Note, die wir der Reparationskommission haben übergeben lassen[26], bereits abgedruckt ist. In der

---

[25] Die (Interalliierte Hohe) Rheinlandkommission war die durch das Rheinlandabkommen vom 28. Juni 1919 (Text u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 462–473) etablierte höchste Behörde der Besatzungsmächte mit Sitz in Koblenz; deren Kosten und alle übrigen laut Rheinlandabkommen von Deutschland zu tragenden Besatzungskosten und -lasten wurden üblicherweise durch deutsche Vorschüsse getragen, die später verrechnet wurden. – Nachdem mit der Ruhrbesetzung die Zahlungen an die französische und die belgische Armee eingestellt worden waren, wurde in den Tagen vor der hier wiedergegebenen Rede Stresemanns im Kabinett kontrovers diskutiert, ob auch die Zahlungen an die Rheinlandkommission ausgesetzt werden sollten (vgl. zuletzt die Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 662–673).

[26] Die Reichsregierung hatte am 24. Oktober 1923 der Reparationskommission eine Note übergeben lassen; darin bekundete sie nach Abbruch des passiven Widerstands zwar ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Reparationsleistungen, aber gleichzeitig ihre derzeitige faktische Unfähigkeit zur Finanzierung dieser Leistungen und stellte den Antrag auf eine Prüfung ihrer Leistungsfähigkeit gemäß Art. 234 des Versailler Vertrags (Text des Entwurfs der Note in einem telegraphischen Erlaß Stresemanns an die Botschaft Paris vom 19. Oktober 1923: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 506–508; zur endgültigen Fassung und zur Übergabe vgl. den telegraphischen Erlaß Maltzans an die Botschaft in London vom 24. Oktober 1923: ebd., S. 524–525; vgl. auch URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 59–60). – Die KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 739 vom 25. Oktober 1923, S. 1, veröffentlichte den Wortlaut der Note.

Beurteilung der Maßnahmen der Deutschen Reichsregierung werden vielfach zwei Dinge nicht genügend auseinandergehalten oder miteinander verwechselt. Das ist die Festigkeit in der Sache auf der einen Seite und das ist der Ton nach der anderen Seite. Ich glaube, daß man gar keine Vorwürfe gegen die Deutsche Reichsregierung erheben kann, daß sie in Bezug auf die Sache, auch in Bezug auf die Nichtmehrleistung aus dem Versailler Vertrage[27], nicht eine ganz klare Haltung gegenüber den Alliierten eingenommen hat. Aber ich möchte Ihnen ebenso klar und offen das Eine sagen: solange ich die Verantwortung als Reichskanzler und als Außenminister habe, verwahre ich mich dagegen, daß wir mit derselben Überstürzung etwa einen Bruch mit Frankreich herbeiführen, wie wir seinerzeit die Kriegserklärung im Jahre 1914 herbeigeführt haben[28]. (Sehr richtig!) Damals konnten wir gar nicht schnell genug unsere Kriegserklärungen herausschicken. Wie haben wir darunter gelitten, daß dieser Krieg diplomatisch nicht so vorbereitet war und nachher auch die öffentliche Meinung der Welt nicht auf unsere Seite trat, statt das [!] wir bis heute gegen die Meinung der Welt ankämpfen müssen.

Der Bruch mit Frankreich erscheint mir unabweislich. Ich sehe gar keine andere Lösung, als diesen Bruch mit Frankreich nach der Stellung, die der Herr französische Ministerpräsident eingenommen hat. Aber dann müssen alle offiziellen Formen erfüllt werden, ehe dieser Bruch nach außen von uns klar verkündet wird, und zwar gehörte dazu erstens, daß bei Antritt einer neuen Regierung, ehe noch der passive Widerstand aufgegeben war, versucht wurde, im Wege der Verhandlungen den passiven Widerstand für Konzessionen an Deutschland auszunutzen. Das ist von Frankreich abgelehnt. Dazu gehört zweitens, daß kein Zweifel darüber bestand, daß wir nicht etwa Rhein und Ruhr leichtfertig aufgeben, oder einer Vergewaltigung preisgeben, sondern daß wir bereit wären, die höchsten Opfer dafür zu bringen, daß Rhein und Ruhr frei bei Deutschland blieben. Dem entsprachen die Vorschläge, die ich gemacht habe und die bis heute vom Kabinett aufrecht erhalten worden sind, der größten Be-

[27] Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[28] Der Text der am 3. August 1914 in Paris überreichten Kriegserklärung in: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Hrsg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes. Bd. 3. Vom Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung bis zur Kriegserklärung an Frankreich. Berlin 1919, S. 187–188. – Zuvor, am 31. Juli, hatte Reichskanzler Bethmann Hollweg ein knapp bemessenes Ultimatum an Frankreich gerichtet, wonach Paris seine Neutralität erklären und als Garantie für deren Einhaltung die Festungen Toul und Verdun als Pfänder ausliefern müsse (die telegraphische Weisung des Reichskanzlers an den Botschafter in Paris: ebd., S. 10).

lastung, die vielleicht je ein Volk auf sich genommen hat[29]. Aber unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß unsere Souveränität wieder hergestellt wird, daß das Ruhrgebiet vollkommen frei zu uns gehört, wie es der Versailler Vertrag in sich schließt. Auch diese Vorschläge sind abgelehnt worden.

Kommt jetzt das Dritte, daß wir erklären, die Voraussetzungen, auf denen unsere Leistungen beruhten, nämlich die Verfügung über das Ruhrgebiet und unsere Souveränität im Rheinland besteht nicht mehr. Infolgedessen lehnen wir weitere Zahlungen ab, und zwar alle Zahlungen. Diese Erklärung ist abgegeben worden. Wir haben sie Italien abgegeben, daß wir keine Kohlen mehr liefern[30], wir haben England mitgeteilt, daß wir seine Besatzung nicht mehr bezahlen[31], und zwar weil wir nicht mehr der Staat sind, dem diese Leistungen aufgezwungen sind, weil wir nicht mehr die Voraussetzungen haben, die für diese Leistungen selbstverständlich waren.

Die Wirkung dieser Erklärungen ist zunächst einmal die einer sehr starken Verwarnung in London[32] und in Rom[33] gewesen. Wir müssen den Weg gehen, den wir jetzt gegangen sind, zu sagen: Bitte, Artikel 234[34], prüft unsere Leistungen, unsere Hilfsmittel an Rhein und Ruhr sind uns genommen, deshalb verweigern wir Euch irgendwelche Leistungen. Wir werden einen Termin dafür setzen, bis zu dem wir Antwort verlangen. Wir lassen uns nicht darauf ein, daß uns diese Antwort etwa erst im nächsten Jahre gegeben wird, sondern verlangen, daß die Alliierten erklären, ob sie angesichts dieser Situation Deutschland noch weiter für leistungsfähig halten. Würden wir diesen Artikel 234 als nicht vorhanden ansehen, und einfach sagen: Bruch, wir zahlen nicht mehr, dann würden wir die englische öffentliche Meinung davon befreien, daß sie einmal klar Stellung nimmt, weil sie dann einfach sagen würde: Der

---

[29] Gemeint sind die Vorschläge, Reichs- und Privatbesitz zu mobilisieren und für die Reparationsleistungen fruchtbar zu machen, wie er sie etwa in der Rede beim Empfang des Reichspressechefs in Berlin vom 12. September 1923 (vgl. diese Edition) darlegte.

[30] Am 20. Oktober 1923. Vgl. den telegraphischen Bericht des Botschafters Neurath aus Rom vom gleichen Tag in: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 513–514.

[31] Noch am 20. Oktober 1923 hatte das Kabinett beschlossen, zwar Verhandlungen über die Einstellung der Kosten für die englische Besatzung einzuleiten, die Kosten aber vorläufig weiterhin zu tragen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 672). Ein gegenteiliger Beschluß oder gar die Mitteilung einer solchen Zahlungseinstellung an Großbritannien waren nicht zu ermitteln. Wie aus einer späteren Passage der Rede ersichtlich wird, wo von der weiteren Zahlung der Markvorschüsse an England die Rede ist, muß Stresemann hier nur die Vorbereitung auf eine solche Entscheidung gemeint haben (vgl. unten mit Anm. 69).

[32] Ein entsprechender Bericht aus London war nicht zu ermitteln.

[33] Zur Reaktion Mussolinis vgl. den in Anm. 30 genannten Bericht.

[34] Gemeint ist Art. 234 des Versailler Vertrags; er sieht vor, daß die Reparationskommission „von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und Leistungsfähigkeit Deutschlands“ prüfen soll, dabei Deutschland Gehör gibt und anschließend ggf. Fristen und Formen der Zahlung ändern kann (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 107).

Vertrag ist von Deutschland gebrochen, wir lassen uns auf nichts ein. So muß sie aber gegenüber ihrer öffentlichen Meinung, gegenüber den Äußerungen von Smuts[35] auf der Imperial Conference, gegenüber der Labour Party[36], gegenüber den großen Gruppen auch der Unionisten[37] sich klar bekennen, ob sie so schwach und ohnmächtig ist, die Verhältnisse nicht ändern zu können, und ob sie diese große diplomatische Niederlage einsteckt. Sie muß klar sagen, ob sie nach der Erklärung vom 11. August[38] nunmehr für Deutschland eintritt, oder ob sie Deutschland im Stich läßt. All diese[r] Erklärungen, die die schwerste Belastung auch für das Kabinett Baldwin[39] sind, die die einzige Möglichkeit sind, daß wenigstens die Opposition sich für Deutschland erhebt, hätten Sie das Kabinett Baldwin enthoben, wenn Sie sich an den Vertrag nicht mehr halten. Zu sagen, wir schmeißen den Vertrag hin, er besteht nicht mehr, ist sehr leicht, und im Augenblick eminent populär, wäre aber meiner Meinung nach eminent undiplomatisch. Es würde uns ins Unrecht setzen, wo wir das beste Recht haben, was wohl je ein vergewaltigtes Volk in der Welt gehabt hat. Sie sehen das heute schon daran, daß Smuts davon spricht, der Vertrag sei von Frankreich zerrissen. Wie will sich England gegenüber einer derartigen Äußerung eines der hervorragendsten Vertreter der Dominions auf den Standpunkt stellen, bei Prü-

---

[35] Jan Christiaan Smuts (1870–1950), Premierminister Südafrikas 1919 – 29. Juni 1924 u. 1939–1948. – Smuts, der sich auf der Reichskonferenz in London aufhielt, bei der Vertreter Großbritanniens, der Dominions und der Kolonien berieten, hatte am 23. Oktober 1923 bei einem Festessen eine Rede gehalten, in der er die französische Besetzung des Ruhrgebiets scharf verurteilte, Frankreich des Vertragsbruchs und der Überrüstung bezichtigte und drohte, die anderen europäischen Staaten könnten einem Zerfall Deutschlands nicht tatenlos zusehen (unterschiedliche Paraphrasen der Rede in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 176; SCHULTHESS 64 [1923], S. 284–285). – Zuvor, am 15. Oktober, hatte er im Rahmen der Reichskonferenz vorgeschlagen, die finanzielle Rekonstruktion Deutschlands unter die Aufsicht des Völkerbunds zu stellen und eine demilitarisierte Zone im Rheinland, ebenfalls unter Völkerbundsaufsicht, zu errichten (ebd., S. 284).

[36] Arthur Henderson, einer der Führer der oppositionellen Labour Party, hatte am 13. September 1923 in einer Rede in seinem Wahlkreis als außenpolitisches Programm seiner Partei u.a. den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland, die Wiederherstellung von dessen Souveränität und die Rückführung der Reparationen auf das im Waffenstillstand von 1918 vereinbarte Maß verkündet (vgl. ebd., S. 282).

[37] Vermutlich meint Stresemann hier die britischen Gewerkschaften bzw. den Gewerkschaftsflügel der Labour Party; nach einer in der WIENER ZEITUNG, Nr. 230 vom 6. Oktober 1923, S. 4, wiedergegebenen Agenturmeldung hatten sie sich in einem Kommuniqué scharf gegen die Passivität der englischen Regierung in der Ruhrfrage gewandt und die Forderung nach der „prompten Wiederherstellung des zivilen wirtschaftlichen Lebens des Ruhrgebietes unter der Verwaltung des deutschen Staates“ erhoben.

[38] Text der britischen Note vom 11. August 1923, die an Frankreich und Belgien ging, in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,21, S. 467–482; in ihrer ursprünglichen englischen Fassung und in deutscher Übersetzung auch in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 124–140 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); eine Paraphrase in SCHULTHESS 64 (1923), S. 413–415.

[39] Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923.

fung unserer Leistungsfähigkeit und bei all dem Material, das wir dabei vorbringen, und gegenüber unserer Forderung, nicht zu zahlen, ehe wir nicht unser Recht an Ruhr und Rhein haben, nachdem es selbst die Dinge für rechtswidrig erklärt hat, wie will es sich da den Dingen entziehen! Ich las heute in der Kölnischen Zeitung, daß man auch in Paris gar nicht entzückt ist über das Anrufen der Reparationskommission[40]. Herr Oberbürgermeister Jarres, ich möchte Ihnen das eine sagen, Herr Poincaré hat Herrn v. Hoesch[41] dringend abgeraten, wir sollten uns ja nicht an die Reparationskommission wenden[42]. Das haben wir getan, um noch einmal einen Versuch zu machen, nicht weil wir uns davon viel erhofften, sondern um ihn in Verlegenheit zu setzen, damit er klar auf die Frage antworten muß und sich nicht einfach darauf zurückziehen kann: Die Deutschen haben selbst gesagt, der Vertrag besteht nicht mehr, nun bin ich an nichts mehr gebunden. Denn wie die Dinge heute liegen, gibt uns der Vertrag auch Rechte. Der Vertrag gibt uns zum mindesten das Recht, daß das Ruhrgebiet rechtswidrig besetzt ist, daß für das Rheinland nur das Rheinlandabkommen gilt, aber nicht die Vergewaltigungen, die heute dort bestehen. Kommt einmal irgend eine Situation, in der über diese Dinge, über die Vergewaltigung gesprochen wird – und darüber wird gesprochen werden, solange die Vergewaltigungen andauern –, dann würde ich es für vollkommen falsch halten, den Vertrag als solchen – das sage ich nicht gegen den verehrten Herrn Vorsitzenden[43] – aber wie es manchmal in der Öffentlichkeit gesagt wird, als nicht mehr bestehend zu betrachten, ihn den Franzosen vor die Füße zu werfen, sondern im Gegenteil zu sagen: Selbst gegenüber diesem Vertrage, der das Schwerste ist, was einem Volke auferlegt wird, seid ihr noch wortbrüchig geworden und habt das Recht vor der ganzen Welt gebrochen.

---

[40] Möglicherweise bezieht sich Stresemann hier auf einen Korrespondentenbericht aus Paris, den die KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 739 vom 25. Oktober 1923, S. 1, veröffentlichte und in dem die Chancen der deutschen Note erörtert werden.

[41] Leopold von Hoesch (1881–1936), deutscher Botschaftsrat (seit Januar 1923 als Geschäftsträger) bzw. Botschafter (ab Februar 1924) in Paris 1921–1932.

[42] In seinem telegraphischen Bericht vom 17. Oktober 1923 hatte Hoesch aus einer Unterredung mit Poincaré berichtet, daß dieser die deutsche Wendung an die Reparationskommission für verfrüht und erfolglos halte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 500–501); vermutlich bezieht sich Stresemann darauf. – Zum deutschen Schritt bei der Reparationskommission vgl. oben mit Anm. 26.

[43] Jarres hatte in einer Besprechung Stresemanns mit Wirtschafts- und Beamtenorganisationsvertretern des besetzten Gebiets am 24. September 1923 dafür plädiert, die Reichsregierung solle mit dem Abbruch des passiven Widerstandes zugleich öffentlich erklären „daß sie sich an den Versailler Vertrag nicht mehr gebunden fühle“ (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 343).

Das ist die Situation, in der wir stehen, die Basis die wir uns schaffen müssen, wenn wir die Leistungen aus dem Vertrage ablehnen, die wir nicht mehr zu zahlen gedenken. Wir können die Markvorschüsse lediglich so lange zahlen, als überhaupt noch Leistungen gezahlt werden. Sie werden noch gegeben an Italien, werden noch gegeben an die englische Besatzung. Auch diese sind wir gewillt einzustellen, wenn uns nicht an Ruhr und Rhein unser Recht wird. Wir setzen einen kurzfristigen Termin, bis zu dem wir verlangen, daß die Entente uns Antwort gibt, ob sie unser Recht herstellen will oder nicht; denn wir können unmöglich dulden, daß man Deutschland als offenes Land betrachtet, in das man einmarschiert, wie es einem gefällt, dem man die Eisenbahnen konfisziert, in dessen Hoheitsgebiet man Zölle erhebt usw.

Die Verhandlungen, die mit Frankreich geführt worden sind, haben [!] leider gar keinen Anlaß zu irgend einer Hoffnung auf eine Verständigung. Auch nur auf wirtschaftlichem Gebiet über die hier besetzten Teile. Die Herren verlangen ja nicht nur die französische Regie[44], nicht nur die Herrschaft über unsere Eisenbahnen, die sie bisher gehabt haben. Sie verlangen ja neue Linien hinzu, sie verlangen die Kontrolle über die Linie Wesel–Emmerich, über Frankfurt–Darmstadt, über Worms–Germersheim[45]. Sie haben uns mitgeteilt, daß sie über alle diese Dinge nicht mit uns verhandeln, sondern daß wir das ohne Vorbehalt zu unterzeichnen hätten. Außerdem verlangen sie alle Lokomotiven, die früher hier gewesen wären, aber die Typenauswahl durch die französische Regie. Wir denken garnicht daran, das zu tun. Ich habe das neulich auch meinen Kabinettsmitgliedern ausgeführt[46]. Diese ganze Art und Weise, uns Diktate zu schicken, muß einmal aufhören. (Sehr wahr!) Es muß den Leuten einmal gesagt werden: So läßt sich ein Staat wie das Deutsche Reich nicht behandeln. Sie haben mit uns darüber verhandelt, ob die Eisenbahn wieder in Gang kommt. Lehnen sie das ab, dann sollen sie ihre Lokomotiven aus Frankreich hereinholen, und die Regie damit ausstatten, aber nicht das Material von uns verlangen und uns gleichzeitig erklären, daß sie die Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches

[44] Anfang März 1923 hatten die Besatzungsmächte durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) eine eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten an die Stelle der deutschen Eisenbahnverwaltung gesetzt.

[45] Zu den in Mainz geführten Verhandlungen, bei denen Frankreich die Ausstattung der Regiebahn mit deutschen Lokomotiven und mit Wagenmaterial ebenso forderte wie die Ausschaltung des Reichs aus der Verwaltung der Bahn, vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923 (ebd., Stresemann II, S. 662–673, insb. S. 664, 667). Ausführlicher auch in einem Erlaß des Auswärtigen Amtes an die Botschaft in London (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 515–517).

[46] In der Sitzung vom 20. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 667–668).

seien, daß die Eisenbahn sich substituiere in alle unsere Rechte, die wir bisher gehabt haben. Unterschrieben wir das, dann wäre der Kanzler, der das unterschreibt, vor der Welt belastet mit dem Vorwurf, daß er die deutsche Reichsbahn im besten Gebiete des Deutschen Reiches den Franzosen ausgeliefert hat, daß er Frankreich und die französische Regie als Rechtsnachfolgerin anerkannt hat, wo unser Besitz noch heute vollkommen untangiert ist und rechtlich vollkommen unangreifbar dasteht. Wenn uns nicht einmal gestattet wird, festzustellen, daß das unser Besitz ist, daß diese Dinge nur vorübergehend seien bis zu einer anderen Regelung der Frage, dann ist es ganz ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung auf diesem Gebiete nachgibt. Ich glaube, das liegt nur im Interesse des besetzten Gebietes, weil schließlich Frankreich vor die Verantwortung gestellt werden muß, hier auch einmal, wenn es, wie Herr Professor Moldenhauer[47] die Dinge wohl ganz richtig bezeichnet hat, das Gebiet als französisches Okkupationsgebiet ansieht, auch vor seinem Volke vor seinem Parlament festzustellen, daß es mindestens kein Überschußgebiet für Frankreich ist. Würden wir ihm die Bahnen zur Verfügung stellen mit allem unserem Material, die Frechheit, daß es sich die Typen auswählt, also unsere besten Sachen nimmt und uns die schlechteren zurückschickt, wie wir es bei dem Waffenstillstand erlebt haben[48], so ist das garnicht mehr zu überbieten angesichts dessen, daß das unser Besitz ist, daß wir keinen Krieg verloren haben, der uns zu irgend einer Entschädigung zwingt.

Täten wir das, statteten wir die Regie mit all dem aus, glauben Sie, daß die Franzosen jemals etwas herausgeben, wenn man ihnen derartig entgegenkommt, daß man ihnen die Grundlagen für die Prosperität des Deutschen Reiches noch liefert? Das ist unmöglich, dieser Standpunkt kann von uns nicht eingenommen werden.

Wir waren jetzt auf dem Standpunkte, nicht nur auf Grund eigenen Entschlusses, sondern auch auf Grund von Vereinbarungen mit hervorragenden Persönlichkeiten aus dem alliierten Lager, wenn auch just nicht aus dem französischen, angesichts der letzten Unterhaltung[49] zwischen Poincaré und Herrn von Hoesch, von der unser Herr Geschäftsträger geschrieben hat, daß es seiner äußersten Selbstbeherrschung bedurft hätte, um sie zu Ende zu führen, bei dem das Wort gefallen ist, daß er ewig

[47] Paul Moldenhauer (1876–1947), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DVP); Reichswirtschaftsminister 1929, Reichfinanzminister 1929–1930.

[48] Im Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 verpflichtete sich Deutschland in Art. 7 zur Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen (gekürzter Text des Abkommens in URSACHEN UND FOLGEN II, S. 482–487).

[49] Gemeint ist die Unterredung vom 17. Oktober 1923 (vgl. oben mit Anm. 42).

im Ruhrgebiet bleiben würde, solange nicht die Reparationen bis aufs Letzte bezahlt würden. Wir hatten jetzt die Absicht, allerdings neben der Vorbereitung der Kündigung der Leistungen aus dem Versailler Vertrage durch die Note an die Reparationskommission, auch die große Weltoffensive, wenn ich es so nennen darf, gegen Poincaré in die Wege zu leiten. Wir haben unsere gesamten Botschafter und Geschäftsträger in sämtlichen Staaten der Welt aufgefordert[50], darauf hinzuweisen, daß durch die Politik des französischen Ministerpräsidenten Hunger und Chaos im besetzten Gebiet herbeigeführt würden und daß er die Verantwortung vor der Welt dafür trüge. Wir haben gleichzeitig an das Rote Kreuz und alle caritativen Einrichtungen in all den dafür in Betracht kommenden Staaten appelliert, daß sie ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß hier der Hunger ausbrechen würde, unter Hinweis auf ihre Pflicht, den bedrängten Gebieten zu helfen.

Diese Mitteilungen sowie unsere Veröffentlichungen über die Verhandlungen mit Herrn Poincaré mit seinem ewigen „Es ist mir gleichgültig, ob dies oder jenes geschieht“ haben nicht nur in England, sondern auch in Frankreich, wie wir aus unseren Berichten wissen, einen so starken Eindruck gemacht, daß Herr Poincaré mit eigener Hand eine Berichtigung niederschrieb, in der er behauptete, unser Communiqué sei zurecht gestutzt[51], sei eine neue Emser Depesche[52], so habe er sich nicht geäußert. Ich habe darauf erwidert[53], daß wir bereit seien, den Bericht des Herrn von Hoesch jederzeit im Wortlaut zu veröffentlichen, daß er noch schärfer sei als das Communiqué. Ich wollte mir die letzte Schärfe vorbehalten, bis wir etwa in einen offenen Kampf hineingekommen sind. Ich hatte mir wenigstens das eine davon versprochen, daß diese ganzen Fragen noch einmal nicht nur zwischen uns und der französischen Regierung, sondern auch zwischen dem deutschen Volke, Frankreich und der öffent-

[50] Durch Runderlaß Stresemanns vom 19. Oktober 1923 (vgl. [gegenseitig ergänzend] AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 502, Anm. 14; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 663, Anm. 5).

[51] Zur Auseinandersetzung zwischen Berlin und Paris über das Kommuniqué der Unterredung Hoeschs mit Poincaré vgl. ebd., S. 662–663 mit Anm. 3 u. 4.

[52] Die Pariser Zeitung „Le Temps“ hatte das deutsche Kommuniqué über das Gespräch zwischen Hoesch und Poincaré mit der Emser Depesche verglichen (ebd., S. 665, Anm. 9). – Bismarck hatte im Juli 1870 einen Bericht aus Ems über ein Gespräch zwischen Wilhelm I. und dem französischen Botschafter derart redigiert und gekürzt, daß das Auftreten des Botschafters drängender und seine Zurückweisung durch den König schroffer wirkten als im ursprünglichen Bericht; die Veröffentlichung dieser „Emser Depesche“ trug zur weiteren Verschärfung der Spannungen zwischen Frankreich und Preußen bei, die wenige Tage später in den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 mündeten. Text des ursprünglichen Berichts und Bismarcks redigierter Fassung in synoptischer Darstellung u.a. in: Die Reichsgründung. Hrsg. v. Helmut Böhme. München 1967 (dtv dokumente), S. 250–251.

[53] Nachweisen läßt sich eine solche „Erwiderung“ nur als Äußerung Stresemanns in der Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 663.

lichen Weltmeinung ausgefochten würden. Nicht, weil ich mir davon gegenwärtig einen Erfolg verspreche, wohl aber für die Zukunft, die nicht immer die Züge der Gegenwart tragen wird und zu tragen braucht.

Ich bedauere es auf das tiefste – und das ist das, was mich am meisten in meinem Glauben daran erschüttert hat, daß das deutsche Volk aus eigener Kraft sich einmal aufrichten wird –, daß in dieser Situation, in der alles auf dem Spiele steht und in der die deutsche Regierung veröffentlicht, daß sie einen solchen Schritt in der ganzen Welt tut, da ein Streit in Deutschland ausbrechen kann, der nun wieder die ganze Aufmerksamkeit der Welt von dieser Not ablenkt und auf innerdeutsche Streitigkeiten hinlenkt. (Zustimmung.) Ich habe wirklich die Empfindung, uns fällen am letzten Ende nicht die Feinde, sondern wir fällen uns selber. (Sehr richtig!) Ajax fiel durch Ajax' Kraft[54]. Das wird man einmal auf den Grabstein des deutschen Volkes schreiben, wenn es sich nicht von parteipolitischer Verbissenheit und von Gegensätzen der Stämme, die gar nichts bedeuten, gegenüber den Leiden des ganzen Volkes, frei macht und einmal lernt, das Große groß und das Kleine klein zu sehen. All die Dinge, die zwischen München und Berlin vorgegangen sind[55], sind klein gegenüber dem, daß sie jetzt nicht zum Austrag kommen durften, daß man die Empfindung hat, daß sogar die Reichswehr nicht einmal ein einheitliches Instrument in der Hand des deutschen Reiches wäre. Ich hoffe ja, daß nach den gestrigen Verhandlungen[56] diese Dinge zum mindesten in den Hintergrund treten oder erledigt sein werden.

Hier will ich nur noch darauf hinweisen, daß in Bezug auf Fragen, die Sie sonst erörtert haben, mir eines seltsamlich [!] und utopisch erscheint. Ich spreche hier, wie ich im Anfang gesagt habe, überhaupt nur von einer Theorie, eine andere Art der Diskussion ist für mich unmöglich. Meine Herren, welche Utopie, wenn Sie glauben, – ich bitte, mir das nicht übel zu nehmen – daß irgend eine Entschließung der Bildung eines Rheinstaates die Rheinfrage löst. (Zustimmung.) Auch wenn dieses ganze Gebiet etwa politisch nicht mehr zu uns gehören sollte, dann werden die Drangsalierungen und Sanktionen von Frankreich nicht aufhören. (Sehr richtig!) Dann wird man uns weiter bis aufs Blut zu quälen versuchen, wird weiter versuchen, das von uns zu erpressen, was wir nicht freiwillig geben. Wenn Sie glauben, daß man dann

[54] Ein Zitat aus dem von Friedrich Schiller 1803 geschriebenen Gedicht „Das Siegesfest" (Druck in Schillers Werke. [Nationalausgabe.] Bd. 2, Teil 1. Weimar 1983, S. 189–193), das die Heimkehr der Griechen von Troja beschreibt.

[55] Vgl. dazu und zu Details der Auseinandersetzung die Rede Stresemanns Rede in einer Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder vom 24. Oktober 1923 (in dieser Edition).

[56] Vgl. ebd.

aus Freude darüber, daß sich hier ein Rheinstaat bilde, den Rheinstaat besonders gut behandeln würde, ich glaube, dann verkennen Sie auch die ganze Situation, die ja nach der Richtung geht, daß man Frankreich am Rheine verteidigen will gegen ein wieder erstehendes Deutschland und deshalb hier seine Haupttruppenmacht dauernd halten wird. Sie verkennen die Situation – und das ist ja eigentlich das Gute an den Dingen, wie sie liegen – aus dem Grunde, weil Frankreich das eine ganz genau weiß, daß der Rheinstaat, wenigstens wie er den anständigen Menschen etwa in ihren Erwägungen vorschwebt, doch kein Rheinbundstaat[57] ist, der etwa Hilfstruppen für Frankreich stellt, sondern der, wenn es einmal zum Kampf um die Freiheit käme, mit anderen Deutschen zusammen gegen Frankreich aufträte. (Zustimmung.) Das ist wohl ganz selbstverständlich. An irgend einen Rheinbundstaat zu denken, wäre eine Unmöglichkeit. Denkt man an einen deutschen Rheinstaat, so werden Sie die Besatzung bis zum letzten behalten, weil man Ihnen ebenso mißtrauen wird, wie man uns im übrigen Deutschland mißtraut.

Die Frage ist also nicht so zu lösen, daß man glaubt, dann beginnen die Tage der großen politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Nein, es werden für das besetzte und unbesetzte Gebiet Drangsale und alles andere weitergehen.

Ich sehe auch noch nicht, daß der Rheinstaat nun mit einem Male keine Kohlensteuer, keine Reparationskohle liefern soll. Frankreich hat sich doch wirtschaftlich vollkommen auf diese Dinge eingestellt. Wie soll denn der französische Ministerpräsident vor seinem Parlament plötzlich auf diese Einnahmen verzichten, lediglich weil ein politischer Akt vorgegangen ist, der doch gar nicht damit begründet wäre, daß man sich feindlich gegen das deutsche Reich stellt, sondern, daß man einen Akt der Notwehr vorgäbe, um sich das eigene Leben zu erhalten?

Deshalb muß man von diesen Dingen ausgehen. Der Weg, den wir zu gehen haben, die wir jetzt durch französisch-belgische Vergewaltigung getrennt sind, wird für beide Teile noch sehr lange ein ganz schwerer Weg des Leidens und der Not werden. Wie weit, und in welchem Rahmen wir Ihnen helfen können, dieses Leben an sich erträglich zu gestalten, die Wirtschaft aufrecht zu erhalten, das habe ich Ihnen in aller Offenheit gesagt. Alle Einzelheiten darüber stehen Ihnen zur Verfügung. Ob eine Notwendigkeit sich ergibt, angesichts der Unfähigkeit der Regierung – ich meine

[57] Der Rheinbund von 1806 war ein (später erweiterter) Staatenbund sechzehn deutscher Fürsten, deren Territorien mit seiner Gründung aus dem Reich ausschieden und der durch die Rheinbundakte als Militärallianz mit dem napoleonischen Frankreich verbunden war; bei den weiteren Feldzügen Napoleons stellten die Rheinbundstaaten militärische Kontingente zur Verfügung (Text der Rheinbundakte vom 12. Juli 1806 in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 58 [1804–1806], S. 459–492).

die Unfähigkeit, in die die Regierung durch das Verhalten Frankreichs hineingesetzt ist – Verhandlungen mit Frankreich und Belgien zu führen, etwa nun Ihrerseits, um nicht separatistischen Elementen wie Dorten[58], Smeets[59], Matthes[60] u.a. die Dinge zu überlassen, selber Gremien zu wählen, die diese Verhandlungen führen, das ist eine Angelegenheit, die in Ihren Händen liegt. Je mehr da alle Parteien zusammengehen, umso besser ist es.

So liegt die Gegenwart. Ich habe sie Ihnen ohne jede Beschönigung vorgestellt. Ich habe kein optimistisches Licht aufgesetzt, denn ich sehe für diese Gegenwart kein optimistisches Licht. Die Folgerungen daraus zu ziehen, liegt bei Ihnen. Welche Schritte Sie immer gehen mögen, halten Sie sich aber das eine vor Augen, daß namentlich bei den Schritten, die das Rheinland und das besetzte Gebiet geht, es nur ein einheitliches Vorgehen aller Parteien geben darf und keine Parteien gegeneinander. (Lebhafter Beifall.)

[…][61]

(Darauf tritt eine halbstündige Pause ein, um den Parteien Gelegenheit zur Besprechung zu geben.)

Vorsitzender Oberbürgermeister **Jarres:**

Ich nehme die Verhandlungen wieder auf.

[…][62]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Ich habe eben kurz mit den hier anwesenden Mitgliedern der Reichsregierung und der Staatsregierung gesprochen. Für uns ist es völlig unmöglich, an den Anweisungen irgend etwas zu ändern. In dem Augenblick, wo noch gekämpft wird, wo sich die Schupo totschießen läßt dafür, daß sie die Separatisten bekämpft, können wir nicht

---

[58] Hans Adam Dorten (1880–1963), einer der rheinischen Separatistenführer; im Juni 1919 Präsident der selbst ausgerufenen „Rheinischen Republik“; Oktober – November 1923 Mitglied der „Vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik“ mit Sitz in Koblenz; November – Dezember 1923 Chef einer Regierung für das südliche Rheinland und die Pfalz mit Sitz in Bad Ems.

[59] Josef Smeets (1893–1925), rheinischer Separatistenführer; Gründer und Vorsitzender der Rheinischen Republikanischen Volkspartei; seit dem März 1923 durch ein Attentat schwer verletzt.

[60] Josef Friedrich Matthes (1886–1943), rheinischer Separatistenführer; Vorsitzender der Rheinischen Volksvereinigung; Ministerpräsident der Rheinischen Republik Oktober – November 1923.

[61] In einer längeren Ausführung (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 782–786) verteidigt Adenauer unter Hinweis auf die Erfolge der Putschisten, die auf eine erschöpfte Bevölkerung treffen würden, seinen Vorschlag direkter Verhandlungen von Rheinländern mit der Besatzungsmacht, die eben auch zur Trennung des Rheinlands von Preußen oder gar vom Reich führen könnten.

[62] Die Regierungspräsidenten Adelmann (Köln) und Saßen (Trier) geben einen Überblick über den Stand der separatistischen Bewegung in ihren Regierungsbezirken, weisen auf die Konnivenz der Besatzungstruppen hin und auf die Notwendigkeit, den Beamten im besetzten Gebiet schnell klare Anweisungen zu geben (ebd., S. 768–787).

den Beamten gestatten, unter widerrechtlich mit französischer Beihilfe zur Macht gekommenen Separatisten zu arbeiten[63]. In dem Augenblick ist jeder weitere Kampf ausgeschlossen. Jede Kapitulation vor den Separatisten, mögen sie international oder von den Franzosen anerkannt werden, ist für uns vollständig unmöglich. Diese Anweisungen können weder vom Reich noch von Preußen geändert werden.

[…][64]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Meine Herren! Ich muß sagen, daß ich diese Fragen etwas seltsam finde. Sie können mich ebenso gut fragen, wie ich mir die Entwicklung dieser Dinge im übrigen Deutschen Reich denke. Die ganze Entwicklung der Währungsfrage ist ja nicht nur ein Problem für die Rheinlande, sondern für das gesamte Reich. Wenn wir jetzt eine wertbeständige Währung schaffen[65], so werden wir sie für das besetzte Gebiet zur Verfügung halten können, wenn wir die Sicherheit haben, daß sie nicht beschlagnahmt wird. Das ist die selbstverständliche Voraussetzung, die Sie auch mit uns werden anerkennen müssen. Denn wir können wohl das wertbeständige Geld, das uns jetzt gegeben wird zur Führung der Reichsgeschäfte, für das Rheinland und Ruhr geben, aber unmöglich dafür, daß die Franzosen es uns wegnehmen, und es vielleicht dazu benutzen, um die Währung selber herabzusetzen.

(Oberbürgermeister **Adenauer[66]:** Wenn keine Besatzungskosten gezahlt werden, werden die Gelder beschlagnahmt, und infolgedessen bekommen wir nicht die wertbeständige Währung).

Ich habe Ihnen die Frage ganz klar beantwortet. Wenn wir nicht eine Sicherheit dafür haben, daß die Beschlagnahme nicht erfolgt, wenn wir damit wieder dasselbe erleben wollen, und zwar dann in viel höherem Maße, weil es sich dann um ganz andere Beträge handelt als bei den Papiermarkbeträgen, daß sie uns nicht nur fortge-

---

[63] Adenauer und Adelmann hatten in ihren Ausführungen (vgl. die beiden vorangehenden Anm.) auf Nachrichten verwiesen, daß in Aachen belgische Truppen deutsche Schutzpolizisten erschossen hätten, die gegen die Separatisten vorgegangen seien.

[64] Adenauer betont, daß Verhandlungen rheinischer Politiker mit den Besatzern nur in Frage kämen, wenn dafür das grundsätzliche Einverständnis von seiten Preußens und des Reiches vorliege, und stellt an Stresemann die Frage, wie „er sich die Entwicklung der Lage an Rhein und Ruhr […] und insbesondere die Entwicklung der Ernährungs- und Währungsfrage“ vorstelle (ebd., S. 788–789).

[65] Mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) hatte die Reichsregierung die Voraussetzung dafür geschaffen, neue Goldnotenzeichen und damit eine wertbeständige Währung auszugeben. Basiert war die Rentenbank auf einer Grundschuld der Landwirtschaft und der Belastung von Industrie, Handel und Gewerbe (§ 1, 6, 9). .

[66] Konrad Adenauer (1876–1967), Oberbürgermeister von Köln 1917–1933 u. 1945; Präsident des Preußischen Staatsrats 1921–1933; Kanzler der Bundesrepublik Deutschland 1949–1963.

nommen, sondern vielleicht zu Währungsmanipulationen benutzt werden, um auch das wertbeständige Geld von seiner Parität herunterzubringen und eine Baissespekulation zu machen, dann ist es meiner Meinung nach – ich kann hier zunächst nur für meine Person sprechen – unmöglich, daß dieses wertbeständige Geld in das besetzte Gebiet gesandt wird und damit in Wirklichkeit zur Unterstützung des Feindes dienen würde. Wir sind ja schließlich verpflichtet, da es sich diesmal nicht um reines Reichsgeld handelt, sondern um Geld, für das die Erwerbsstände eine Belastung auf sich genommen haben, die dem Reiche von sich aus sehr große Mittel in Goldmark zur Verfügung stellen, nach der Richtung noch sorgsamer zu verfahren, als wenn es sich um Notendruck des Reiches selber handelte, bei dem die Verluste mit der Entwertung des Geldes selbst vielleicht geringer werden könnten, während hier die Verluste einmal größer sind, und zweitens nicht nur das Reich, sondern auch diejenigen in Betracht kommen, die ihrerseits die Bürgschaft für die Bezahlung übernommen haben.

In Bezug auf die Markvorschüsse an das altbesetzte Gebiet habe ich vorhin erklärt, daß wir darüber mit der Rheinlandkommission zu verhandeln gedenken, daß das von derselben Voraussetzung abhängig ist, daß, wenn uns dort zugesichert wird, daß Requisitionen und Beschlagnahmen nicht erfolgen, wir sie dann bis zu dem Termin leisten wollen, wo wir überhaupt erklären, daß wir unsererseits Leistungen aus dem Versailler Vertrag nicht mehr zu übernehmen gedenken. (Zurufe: Und dann?)

[…][67]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Ich habe davon gesprochen, daß französische Beschlagnahmen dazu benutzt werden könnten, um etwa Baissespekulationen in der neuen Währung vorzunehmen. Nichts anderes habe ich gesagt.

[…][68]

---

[67] Geheimrat Hagen zweifelt daran, daß die Besatzungsbehörden die neue Reichswährung im Besatzungsgebiet tolerieren werden, und weist auf die Dringlichkeit hin, die Möglichkeit einer eigenen Währung im Rheinland und deren politische Folgen zu klären. – Reichsminister Fuchs erklärt, daß die Reichsregierung sich bemühen werde, die Versorgung des Rheinlands mit Lebensmitteln zu gewährleisten. – Hagen erwidert, daß die neue Währung auch dadurch unter Druck geraten werde, daß man zur Lebensmittelversorgung Importe tätigen müsse (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 790–793).

[68] Hagen weist erneut auf die Gefahren der Notwendigkeit hin, eine eigene Währung im Rheinland einzuführen. Adenauer meint, daß ins Rheinland eingeführte neue Reichswährung selbstverständlich beschlagnahmt werde, wenn das Reich keine Besatzungskosten mehr zahlen würde (ebd., S. 794–795).

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Das betrifft gegenwärtig nur das Einbruchsgebiet, da ja die englischen Besatzungskosten fortdauernd weiter bezahlt worden sind. Für das Einbruchsgebiet treffen Ihre Ausführungen zu.

[…][69]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Wir haben darauf hingewiesen, daß wir demnächst im Zusammenhang mit der Gesamteinstellung auch diese Zahlung einstellen werden, ohne einen Termin dabei zu nennen.

[…][70]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Ich kann dem Finanzminister nicht präjudizieren, kann aber das eine erklären: Ich bin der Meinung, daß in solchen Zeiten wie den gegenwärtigen es nicht darauf ankommt, daß bis zum I-Punkt der Wortlaut einer Verordnung befolgt wird, wenn der Sinn der Verordnung befolgt wird. Auf dem Standpunkt habe ich stets im Leben gestanden. Ich werde meinerseits im Kabinett, und ich glaube auch, die hier anwesenden Reichsminister, dafür eintreten, daß, wenn Sie diese Bestimmungen nachholen, Sie selbstverständlich keine Zeit versäumen sollen, Ihrerseits namens des Städtebundes das zu tun, was Sie zur Schaffung eines wertbeständigen Geldes für notwendig erachten.

[…][71]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Meine Herren! Ich habe Ihnen in meinen Ausführungen am heutigen Vormittage ja mitgeteilt, auf welcher Grundlage die Vertreter des bergbaulichen Vereins mit den französischen Behörden verhandelt haben. Es ist mir schon heute während der Pause mitgeteilt worden, daß diese Verhandlungen weitergehen, obwohl sie zunächst wegen der Frage der Kohlensteuer abgebrochen worden sind. Von diesen Verhandlungen wird alles abhängen. Es wird mir soeben telegraphiert, daß Herr Generaldi-

---

[69] Adenauer fragt nach, ob Stresemann nicht zuvor bekundet habe, auch die Zahlung der Besatzungskosten an Großbritannien einzustellen (ebd., S. 795).

[70] Adenauer weist auf die Gefahr hin, daß ohne Schaffung von Notgeld, das möglicherweise nicht den formalen Anforderungen des Reichsfinanzministeriums entspreche, die Lage im Rheinland unkontrollierbar werden könne (ebd., 795–796).

[71] Lensing als westfälisches Mitglied des Reichstags stellt klar, daß es für Westfalen nicht um die Trennung vom Reich oder von Preußen gehe, daß aber die Frage entscheidend sei, ob die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt werde (ebd., 795–796).

rektor Vögler[72] mich heute abend sprechen möchte, daß er wahrscheinlich nach Hagen kommt. Er läßt mitteilen, daß er von dem Verlauf der weiteren Verhandlungen keinen unbefriedigenden Eindruck mitgenommen hätte. Ich kann daraus das eine entnehmen, daß die Verhandlungen[73] und daß vielleicht die Möglichkeit einer Lösung besteht. Daß wir schließlich soweit gegangen sind, mindestens die Verzinsung der Lasten der Lieferung der Reparationskohle bis zum 1. April 1924 auf uns zu nehmen, um das Wirtschaftsleben in Gang zu bringen, habe ich heute vormittag erklärt. Wenn irgendeine Möglichkeit besteht – ich muß ein Fragezeichen dahinter machen, weil ich sehr pessimistisch bin über die politischen Absichten Frankreichs –, das Wirtschaftsleben ingang zu bringen, dann werden wir erstens aus ideellen Motiven alles tun, was dazu notwendig ist, und zweitens auch aus rein praktischen Erwägungen, weil die von uns in Aussicht genommene Weiterzahlung der Erwerbslosenfürsorge innerhalb des Rahmens, den ich angegeben habe, ja auch eine finanzielle Last ist, die uns zu Vergleichen darüber Veranlassung geben würde, ob irgendein Entgegenkommen nach einer anderen Seite an die Industrie vielleicht sogar finanziell leichter zu tragen wäre als diese Erwerbslosenfürsorge, wobei ich im übrigen die Frage der Erwerbslosenfürsorge nicht als eine finanzielle, sondern als eine soziale Frage ersten Ranges ansehe.

[…][74]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Ich möchte das eine sagen: Wenn wir zu dem Entschluß kommen, die Besatzungskosten nicht mehr zu tragen, dann können wir sie nicht indirekt tragen, indem wir sie den Städten vergüten. Sonst wäre das ganze Vorgehen der Reichsregierung ein vollkommener Schlag ins Wasser. Wir warten ja die Entscheidung der Reparationskommission ab. Wenn wir dann im Laufe der nächsten Wochen erklären, wir können nicht mehr zahlen, kann auch logisch der Ersatz an die Städte nicht mehr erfolgen.

---

[72] Albert Vögler (1877–1945), Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Berwerks- und Hütten-AG in Bochum 1915–1926; Vorsitzender des Vereins deutscher Eisenhüttenleute 1917–1936; Mitgründer des Montankonzerns Vereinigte Stahlwerke 1926; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1924 (für die DVP) u. 1933–1945 (als Gast der NSDAP-Fraktion). – Zu seinem Telegramm über die beabsichtigte Wiederaufnahme der Verhandlungen vgl. ebd., S. 773–774, Anm. 27.

[73] So in der Vorlage. Möglicherweise fehlt hier ein Teilsatz.

[74] Reichstagsabgeordneter Esser erbittet Auskunft über die Haltung der Reichsregierung, wenn einige Städte, die unter Druck Verträge mit den Besatzungsbehörden abschließen mußten, nach denen sie ersatzweise für die Besatzungskosten herangezogen werden, tatsächlich diese Leistung erbringen (ebd., S. 796–797).

[…][75]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Dann müssen sie meiner Meinung nach versuchen, politisch auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Besatzungskosten weiter gezahlt werden. Das widerspricht aber vollkommen unserer Einstellung, indem wir sagen: Solange die rechtswidrige Besatzung andauert können sie nicht von uns Bezahlung dafür verlangen. Vorläufig werden diese Dinge ja noch bezahlt. Bedenken Sie aber die Konsequenzen für uns. Übernehmen Sie eine Leistung weiter, dann werden Ihnen andere Lasten aufgedrungen und dann ist das eine Schraube ohne Ende, bei der wir aus einer Politik der Erfüllung des Vertrages nicht herauskommen, an deren letzten Ende die finanzielle Lage [!] des Reiches steht.

[…][76]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Verzeihung. Ich habe auf die Folgerungen hingewiesen, die daraus entstehen. Daß wir für das altbesetzte Gebiet vorläufig weiter zahlen, habe ich vorhin erklärt. Ich sage nur: Die Folgerungen, die sich daraus ergeben, wenn wir diese Zahlungen weiter leisten, sind die, daß dann auch die Zahlungen für die Kasernenbauten, Einquartierungen usw. in dem übrigen besetzten Gebiet ebenso eingetrieben werden, also dem Deutschen Reiche zur Last fallen. Das geht vollkommen über unsere Kraft, weil es die ganze Weiterzahlung in einem Augenblick verlangt, wo doch, wie Sie aus der Situation unserer Währung ersehen, eigentlich ein Tieferschreiten dieser Währung kaum noch möglich ist. Auf diese Folgerungen habe ich speziell hingewiesen.

[…][77]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Ich glaube, die Ausführungen des Herrn Minister Fuchs[78] können nach einer Richtung hin falsch verstanden werden, weil er von der Gründung eines Wirtschaftsaus-

---

[75] Esser weist auf den daraus folgenden finanziellen Zusammenbruch der Stände und Gemeinden hin (ebd., 797).

[76] Esser erwidert, daß es sich nicht um widerrechtliche Besatzung handle, da dies die altbesetzten Städte betreffe (ebd., S. 797).

[77] In längerer Diskussion zwischen den anwesenden Reichsministern und den Regional- bzw. Parteivertretern werden unterschiedliche Standpunkte über den weiteren Gang der Dinge im besetzten Gebiet ausgetauscht, insb. über dessen künftige staatsrechtliche Stellung sowie die Ernährungsfrage (ebd., S. 798–810). U.a. führt Reichsminister Fuchs aus, daß er die Gründung eines Wirtschaftsausschusses aus den besetzten Gebieten begrüßen würde, um konkreter Schwierigkeiten Herr zu werden.

[78] Johannes Fuchs (1874–1956), Reichsminister für die besetzten Gebiete 13. August – 30. November 1923 (bis zur Errichtung des betreffenden Ministeriums vom 24. August mit dieser Aufgabe „betraut“); Oberpräsident der Rheinprovinz 1922–1933; Mitglied des Zentrums.

schusses sprach. Es besteht ja ein Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete, der die speziellen Wirtschaftsfragen mit dem Reich wiederholt behandelt hat. Ich glaube, Herr Minister Fuchs wollte mit seinen Ausführungen sagen, daß neben diesem Wirtschaftsausschuß auch die politischen Parteien nunmehr nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, auch hier in Verhandlungen mit Franzosen und Belgiern vor allen Dingen auf die Verantwortung hinzuweisen, die auch diese Behörden auf sich nehmen, wenn sie sich einer Ingangsetzung der Wirtschaft widersetzen und wenn sie dadurch das ganze Hungerchaos heraufbeschwören, vor dem wir anscheinend sehr bald stehen. Wenn ich in meinen heutigen Vormittagsausführungen davon sprach, daß die politischen Parteien sich auch zu irgend einer Art von Ausschuß oder Direktorium zusammentun sollten, dann hat mir dabei gerade diese Einflußnahme vorgeschwebt. Wenn die deutsche Regierung das international tut, dann sieht es so aus, oder könnte so gedreht werden, als irgend ein diplomatischer Schachzug, um Frankreich ins Unrecht zu setzen. Wir sind schließlich Partei in diesem Kampfe für die Welt da draußen. Wenn die ganzen Parteien von rechts nach links, die hier in diesem Gebiet sitzen, mit diesen Erklärungen hervortreten und fragen: Was tut ihr gegenüber dem Hunger und der Not? Dann müssen die Leute darauf antworten, dann werden sie jedenfalls, die sie sonst stets zwischen den Rheinländern – ich gebrauche den Ausdruck einmal im allgemeinen – und dem übrigen Deutschland differenzieren, wenn sie hier von den Vertretern des rheinischen Volkes selber darauf hingewiesen werden, daß es ein Verbrechen ist, die Wirtschaft nicht in Gang kommen zu lassen, das ganz anders auf sich wirken lassen, als wenn wir das in diplomatischen Noten tun.

Das war mein Gedanke, den ich heute vormittag hier ausführen wollte, daß wir gar kein Bedenken dagegen haben und haben können, daß wir es direkt wünschen müssen, sowie ich gar keine Bedenken dagegen gehabt habe und garnicht haben kann, daß, nachdem man uns von Verhandlungen ausschließt, die übrigen, die über die Bevölkerung zu wachen haben, solche Verhandlungen führen.

Dann ein zweites. Herr Dr. Kaiser[79] hat ausgeführt, daß die Wirkung unserer Maßnahmen sein werde, das Gebiet wegsacken zu lassen. Meine Herren, ich habe Ihnen das, was wir weiter zu tun gedenken und tun können, dargelegt und darauf hingewiesen, daß Ihnen das auch schriftlich zur Verfügung steht. Ich glaube, das ist gar

[79] Wilhelm Kaiser (1877–1961), Stadtrat in Dortmund 1919–1936 (für das Zentrum); Mitglied des Westfälischen Provinziallandtages und des Preußischen Staatsrates 1921–1933.

kein Ausweichen, sondern eine ganz klare Stellungnahme der Reichsregierung. Wenn man nun der Meinung ist, daß das nicht genüge, daß das ein Wegsacken zur Folge haben würde, so ist es meiner Meinung nach Ihre Aufgabe, durch einen Ausschuß, den Sie bilden, Gegenvorschläge zu machen und zu sagen, das sei Ihrer Meinung nach das Mindestmaß. Dann müssen wir sehen, ob wir das können oder nicht. Ich glaube nicht, daß Sie das in dem Gremium tun können, das heute hier zusammen ist. Ich möchte Ihnen sagen – ich bitte, mir das nicht übel zu nehmen –, daß ich bedauere, daß die Mitteilung, die wir zuerst bekamen, daß wir mit einem Kreise von etwa 20 Herren verhandeln sollen[80], sich nicht als richtig erwiesen hat. Ich habe von vornherein in Berlin darauf hingewiesen, daß ich mir ein positives Ergebnis nur versprechen könnte, wenn der Kreis der Eingeladenen so klein als möglich wäre. Das richtet sich nicht gegen irgendjemanden. Das ist meine jahrelange Erfahrung, daß man in einem Kreis von mehr als 25 Personen überhaupt nicht zu Ergebnissen kommt, sondern daß man dort gezwungen ist, sich in manchen Dingen mehr zurückzuhalten, als es in einem engeren Kreise nötig wäre.

Sie müssen deshalb meiner Meinung nach einen Ausschuß bilden. Sie müssen, wenn unsere Vorschläge Ihnen nicht genügen, uns Gegenvorschläge machen und müssen praktisch mit uns verhandeln, wie die Dinge weitergehen sollen. Das ist, glaube ich, das einzige, was heute geschehen kann. Ich bitte, sich diesen Weg nicht zu versperren, sonst würden wir auseinandergehen, ohne zu einem Ergebnis gekommen zu sein. Wir sind doch zusammengekommen, damit wir in enger Fühlung sind und bleiben wollen.

Ich möchte noch auf eines hinweisen. Ich bitte dringend, daß wir nicht wilden Gerüchten über die heutigen Verhandlungen durch unkontrollierbare Meldungen Lauf geben. Ich halte es für notwendig, daß zwischen Ihnen und uns vereinbart wird, was wir an die Presse über die heutigen Verhandlungen geben. Denn wenn die Presse nichts bekommt, dann sucht sie irgend etwas herauszuhören. Manchmal soll es sogar vorkommen, daß etwas erfunden wird. Ich weiß es nur vom Hörensagen, aber es soll möglich sein. Sie hat auch schließlich das Recht, zu wissen, was in einer so bedeutsamen Versammlung verhandelt worden ist, so weit es für die Öffentlichkeit möglich ist, zu publizieren.

[80] Diese Mitteilung war nicht zu ermitteln. Die erste veröffentlichte Nachricht über die Bitte an Stresemann, mit den Reichsministern zu einem Gespräch (zunächst noch für den 24. Oktober 1923 nach Barmen) zu können, findet sich in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 693–694.

Der Herr Vorsitzende hat im Anfang gesagt, daß unsere Verhandlungen an sich vertraulich sind, daß wir aber gemeinschaftlich ein Communiqué über diese Verhandlungen und über die Bildung eines engeren Ausschusses, wie ich hoffe, aus Parteien und Wirtschaftsorganisationen, bekanntgeben[81].

Dann ein Letztes. Herr Oberbürgermeister Adenauer sprach vorhin von der Notwendigkeit, hier ein wertbeständiges Städtegeld herauszugeben. Die Darlegungen, die später gemacht worden sind, haben mich in der Auffassung bestärkt, daß diese Ausgabe eine unbedingte Notwendigkeit ist. Ich würde deshalb der Meinung sein, daß die Zeit, die heute noch zur Verfügung steht, auch dazu benutzt werden sollte, daß, um auch nach dieser Richtung wenigstens eine Beruhigung zu schaffen, in diesem Communiqué ausdrücklich von diesem Ansuchen des Herrn Oberbürgermeisters Adenauer und von der Zustimmung der Reichsregierung gesprochen wird, damit man sieht, daß nach dieser Richtung alle gemeinschaftlich gearbeitet haben und daß die Herausgabe selbst ehestens erfolgt. Denn das muß ich Herrn Geheimrat Hagen[82] sagen: Ich kann, solange ich keine Ablehnung habe, einen anderen Standpunkt mit der Reichsregierung gar nicht einnehmen, für die doch Ruhr und Rhein zum Reich gehören, als daß unsere Verordnungen über die Rentenbank hier anerkannt werden, daß ich jedoch seinen Pessimismus, ob das gestattet wird, innerlich vollkommen teile.

[…][83]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Wir haben mit dem Bergbaulichen Verein in einem Briefwechsel über die Verhandlungen wegen Ingangsetzung der Wirtschaft gestanden[84]. Dieser Briefwechsel ist Gott sei Dank diesmal nicht in die Presse gekommen. Gott sei Dank werden nicht alle Briefwechsel bekannt, die wir führen[85]. Die Herren haben erklärt: Wir haben die Absicht, auf folgender Basis zu verhandeln, wie stellt sich die Reichsregierung dazu,

---

[81] Das betreffende Kommuniqué findet sich als WTB-Meldung u.a. in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 497 vom 26. Oktober 1923, S. 1–2.

[82] Louis Hagen (1855–1932), Kölner Bankier; Präsident der Industrie- und Handelskammer Köln 1915–1932; Mitglied des Preußischen Staatsrates 1921–1930.

[83] Das Mitglied des Reichstags Guérard fragt Stresemann, welche Kompetenzen zu Verhandlungen mit Frankreich der vom Reichskanzler vorgeschlagene Ausschuß haben sollte (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 812).

[84] Gemeint ist ein Briefwechsel zwischen Stinnes als Vertreter des „Bergbaulichen Vereins“ (des Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikats) und Stresemann vom 20. und 21. Oktober 1923 (ebd., S. 659–662 u. 682–683).

[85] Wohl eine Anspielung auf die Veröffentlichung eines Briefes Stinnes’ an den Reichskanzler vom 7. Oktober und wohl auch von dessen Antwort vom 12. Oktober 1923 (vgl. ebd., S. 509, Anm. 2; S. 560–562).

und ist sie bereit, uns zu ermächtigen, im Namen der und der Körperschaft etwas zu tun? Wir haben ihnen erwidert: Wir ermächtigen Sie, das zu tun, und erklären, daß Sie verhandeln können mit folgenden Kompetenzen, und daß ausgeschlossen sind alle Dinge, die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches betreffen.

Ebenso muß das auch hier geschehen, daß hier festgesetzt wird: Die Ermächtigung wird erteilt – die Grenzen können im einzelnen flüssig sein –, über die einzelnen Fragen, die für Ingangsetzung der Wirtschaft in Betracht kommen, mit den Besatzungsbehörden zu verhandeln, daß noch einmal die Stellungnahme der Deutschen Regierung festgesetzt wird. Dann hat der französische Ministerpräsident das einzige Zugeständnis in seiner Unterredung[86] mit dem Herrn v. Hoesch dahin gemacht, daß er sagte: Ich schalte die Reichsregierung gar nicht aus, die Reichsregierung hat die Möglichkeit, die Vertreter, die mit uns verhandeln, mit Instruktionen zu versehen, und ich sehe als selbstverständlich an, daß die Herren, die mit uns verhandeln, nur auf Grund von Instruktionen der Reichsregierung verhandeln.

[…][87]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Ich muß das ganz entschieden zurückweisen. Ich habe Ihnen über die Frage der Erwerbslosenfürsorge ganz bestimmte und formulierte Erklärungen gegeben. Wie können Sie behaupten, daß die Reichsregierung in keinem Falle eine bestimmte Erklärung gegeben hat!

[…][88]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Jedenfalls habe ich Ihnen eine bestimmte Erklärung gegeben. Ob sie ausreicht, ist etwas anderes. Aber ich habe mich nicht um Erklärungen herumgedrückt.

[…][89]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

---

[86] Gemeint ist wohl die Unterredung vom 10. Oktober 1923, über die Hoesch am gleichen Tag telegraphisch nach Berlin berichtete (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 471–473).

[87] Verschiedene Teilnehmer äußern ihre Meinung zur Ausgestaltung des von Stresemann vorgeschlagenen Ausschusses und zu dessen Kompetenzen; als Jarres vorschlägt, die am Vortag besprochene Frage der Lösung des Rheinlands aus Preußen oder dem Reich als erledigt zu betrachten, trifft er auf Widerspruch; Reichstagsabgeordneter Esser moniert, daß es keinerlei bestimmte Erklärungen der Reichsregierung im Hinblick auf das besetzte Gebiet gegeben habe (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 813–817).

[88] Esser hält diese Erklärung für nicht ausreichend (ebd., S. 817).

[89] Esser beharrt darauf, daß gegenüber der Bevölkerung mehr bekanntgegeben werden müsse als lediglich die Bildung eines Ausschusses; das Mißtrauen sei groß, seit Nachrichten in die Presse gelangt seien, die Reichsregierung wolle keine Zahlungen mehr ins besetzte Gebiet leiten (ebd.).

Meine Herren. Wir haben zwei Tage im Kabinett über unsere Stellung zum besetzten Gebiet beraten[90]. Die Beschlüsse sind festgelegt. Ich habe sie Ihnen vorgetragen. Darüber hinaus heute für die Herren Minister Fuchs, Sollmann[91] und mich Erklärungen abzugeben, die dem gesamten Kabinett gegenüber den bisher gefaßten Beschlüssen präjudizieren, bin ich nicht in der Lage. Ich habe nichts dagegen, daß, namentlich wenn solche unverantwortlichen Mitteilungen in die Presse gekommen sind, daß die Reichsregierung überhaupt nichts mehr für das besetzte Gebiet zahlen wolle, die entgegengesetzte Erklärung auf Grund der heute hier abgegebenen Erklärung der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, wie ich überhaupt nicht angenommen habe, daß in dem Kommuniqué stehen soll, es sei ein Ausschuß gebildet. Im Kommuniqué wollte ich ausdrücklich auf die von mir hier abgegebenen Erklärungen der Reichsregierung hinweisen. Die mögen nicht genügen, aber es ist doch etwas ganz anderes als die Mitteilungen, die ich hier vorgefunden habe, die Reichsregierung sage sich vom Rheinlande los. Das kann alles hinein. Aber ich muß ebenso erklären, obwohl ich mich vor keiner Verantwortung scheue: Nachdem wir in zwei Sitzungen ausdrücklich und in allen Einzelheiten schriftlich formuliert einen Kabinettsbeschluß gefaßt haben, bin ich nicht in der Lage, von mir aus hier heute weitergehende Erklärungen sofort abzugeben. Das werden Sie bei meiner Stellung gegenüber dem Kabinett auch verstehen, zumal derjenige Mann, der hier mit entscheidend ist, der Herr Reichsfinanzminister, doch ebenfalls verlangen kann, zu diesen Dingen gehört zu werden.

Es ist etwas anderes, ob der Ausschuß seinerseits heute schon schlüssig über seine Gegenvorschläge wird. Ich pflege nicht lange zu fackeln mit Antworten. Ich werde dann auch veranlassen, wenn ich morgen früh in Berlin zurück bin, Ihnen die Antwort zu geben, sei es daß die Herren einen Gegenbesuch in Berlin machen, worum ich bitten möchte, weil es leider vielerorts in Deutschland brennt und man sich nicht leicht entfernen kann. Sie werden mir aber zugeben, daß ich Kabinettsbeschlüsse von mir nicht aufgeben kann.

[…][92]

---

[90] Gemeint sind vermutlich die Kabinettssitzung vom 20. Oktober und die Ministerbesprechung vom 24. Oktober 1923 (ebd., S. 662–673, 709–713).

[91] Wilhelm Sollmann (1881–1951), Reichsinnenminister 13. August – 3. November 1923; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

[92] Es erhebt sich eine längere Diskussion über die Ausgestaltung und die Aufgaben des von Stresemann vorgeschlagenen Ausschusses und über die Lebensmittelversorgung der besetzten Gebiete; Regierungspräsident Adelmann bittet nachdrücklich um Weisung an die Beamtenschaft für ihr Verhalten gegenüber den Separatisten (ebd., S. 818–825).

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Die Zumutung, ich soll jetzt innerhalb zwei Stunden Weisungen an die eine Stadt geben, wie die Beamten sich verhalten sollen, daß sie sich sofort zur Verfügung stellen, habe ich abgelehnt, weil sich die Situation nicht übersehen läßt. Mitten hinein in diese Kämpfe wurde das verlangt. Das habe ich als unmöglich erklärt, weil ich sagte, daß sei eine Bestätigung des Sieges der Separatisten. Das hat mit den allgemeinen Richtlinien nichts zu tun.

[…][93]

Reichskanzler Dr. **Stresemann:**

Ich habe hier vorhin Äußerungen gehört, die davon sprachen, daß in den nächsten Tagen unter Umständen wichtige Entschlüsse gefaßt werden müssen und wichtige Verhandlungen zu führen seien. Mit scheint es doch ganz unmöglich – verzeihen Sie, wenn ich als Außenstehender das sage – daß Sie hier auseinander gehen und erst auf Benennung von Vertretern warten. Ich meine, soviel Verantwortlichkeitsgefühl müssen die einzelnen Vertreter haben zu sagen: Wir waren in Hagen und haben die Vertreter bestimmt. Wenn die Sache erst wieder an Unterorganisationen geht, was soll dann daraus werden. Nachdem Sie beschlossen haben, den Ausschuß zu wählen, muß er heute konstituiert werden.

[…][94]

Schluß der Sitzung 5 3/4 Uhr.

---

[93] Nach weiterer Diskussion über den von Stresemann vorgeschlagenen Ausschuß einigt man sich auf einen 15er-Ausschuß, in dem alle Regionen und Parteien vertreten sein sollen (ebd., S. 825–831).

[94] Nach einer kurzen Pause werden die je fünf Ausschußmitglieder für Westfalen und die Rheinprovinz nominiert; die Benennung der Vertreter der südlicheren besetzten Gebiete wird den Parteien überlassen. Anschließend wird noch über die Ausgestaltung der Anordnungen für die Beamten in den vom Separatismus betroffenen Gebieten diskutiert (ebd., S. 832–836).

Rede in Hagen vom 25. Oktober 1923[1]

Nach STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 100–115 [2. Aufl. S. 293–301]. – Teildruck in STRESEMANN, Schriften S. 287–295; Auszug mit Abweichungen in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 182–183.

Der Separatismus ist ein Ausschnitt des Drucks, dem Frankreich Deutschland aussetzt. Der passive Widerstand hat gezeigt, daß die Menschen zum Reich stehen. Frankreichs Weigerung, auch nach Abbruch des Widerstands mit Deutschland zu verhandeln, wird nicht dazu führen, daß die Reichsregierung alle französischen Forderungen akzeptiert. Sie wird den besetzten Gebieten helfen, solange sie kann. Sie kann aber derzeit keine Reparationsleistungen erbringen. England und die Welt müssen bald entscheiden, daß Rhein und Ruhr deutsch bleiben. Der Kriegsschuldvorwurf, auf den sich Poincaré stützt, soll Deutschland nur diffamieren. Verurteilt den Separatismus, der Deutschland in seinem Kampf schwächt.

Wir stehen wohl auf dem Höhepunkt des Kampfes um Rhein und Ruhr, eines Kampfes, der mit ungleichen Waffen gekämpft wird. Die Separatisten versuchen jetzt, das Rheinland und andere Gebiete Deutschlands ihrer Gewalt zu unterwerfen[2]. Wenn ihnen dabei in einzelnen Orten französische und belgische Bajonette helfen, so ist das Wortbruch gegenüber all den feierlichen Versicherungen, die international abgegeben worden sind. Was hat die Versicherung der Neutralität zu tun mit der Art der Entwaffnung derjenigen, die gern bereit wären, Deutschland zu verteidigen, und die, wenn man ihnen die Freiheit gäbe, das zu tun, mit dem Karnevalspuk der Separatisten in vierundzwanzig Stunden ein Ende machen würden.

---

[1] Vom späten Vormittag bis in den frühen Abend hinein hatte Stresemann in Hagen eine Besprechung mit Vertretern des besetzten Gebietes im Kreishaus in Hagen geführt (vgl. seine dort gehaltene Rede in dieser Edition). Die hier wiedergegebene Rede hielt er am Abend „im großen Saale der neuen Stadthalle vor Tausenden“ (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 182). Nach einem Bericht in der DEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG, Nr. 497 vom 26. Oktober 1923, S. 2, „erfreute sich [die Versammlung] eines riesigen Besuches seitens aller Kreise der Bevölkerung. Der Eintritt in den Saal war nur gegen besondere Eintrittskarten gestattet, die lediglich an die Verbände und Gewerkschaften ausgegeben worden waren. Bereits vor 7 Uhr war der Saal überfüllt, so daß viele Hunderte unverrichteter Sache wieder abziehen mußten“. – Der Text der Rede Stresemanns wurde noch am gleichen Abend als WTB-Meldung veröffentlicht (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 544, Anm. 2).

[2] In den Tagen zuvor hatten an zahlreichen Stellen des Rheinlands, in Rheinhessen und der Pfalz, teilweise zumindest mit Duldung der französischen und belgischen Besatzung, Separatisten die Macht übernommen; am 21. Oktober 1923 war in Aachen die „Rheinische Republik“ ausgerufen worden. Ein Zeitungsbericht darüber abgedruckt u.a. in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 380–381.

Denen, die trotz angedrohter Entwaffnung, die trotz der erfolgten Ausweisung, die trotz des Verlustes von Gut und Leben in diesem ungleichen Kampf für ihr Vaterland eintraten, kann der Dank nicht heiß genug ausgesprochen werden. Alle Bevölkerungsschichten haben dort keine Partei gekannt, wenn es sich darum handelte, für ihr Deutschtum einzutreten. Sie haben nicht gefragt, wohin sie sonst gehörten. Sie haben das Beispiel der Einheit gegeben. Einen Dank besonders lassen Sie mich hier aussprechen an die wackeren Männer der Schupo, die dort unter unerträglichen Qualen ihre Pflicht bis zum Äußersten getan haben.

Aber das, was dort geschieht, auch der seelische Druck, der da ausgeübt wird auf unsere Beamten, es ist ja schließlich alles nur ein Ausschnitt aus der großen deutschen Not. Denn leider ist das nicht die einzige Not dieser Stunden und dieser Tage. Uns droht das Gespenst einer immer weitergehenden Erwerbslosigkeit, der Preisteuerung, des Währungsverfalls[3]. Dinge, die ineinandergreifen, Dinge, die uns anscheinend unaufhaltsam immer weiter ins Elend treiben.

Wo liegen hier die Ursachen, und gibt es aus diesem Elend einen Weg ins Freie? Ich darf an das anknüpfen, was der Reichsminister Sollmann[4] gesagt hat[5]. Diese Ursachen liegen in der Politik, die Frankreich uns gegenüber betreibt. Ich will keine zu langen Rückblicke auf die letzten Jahre machen, aber eines hier noch einmal feststellen. Der Einbruch in das Ruhrgebiet ist rechtswidrig, ist gegen Gesetz, Vertrag und Recht, gegen das geschriebene und verbriefte Recht und gegen das ungeschriebene Recht der Völker. Wir haben uns dagegen zur Wehr gesetzt im passiven Widerstand. Was hat er gezeigt? Man sagt heute, nachdem er abgebrochen werden mußte, vielfach, er sei eine falsche Waffe gewesen. Das war er nicht. Er hat doch eines gezeigt, was bleiben wird in der Geschichte Deutschlands: Er hat gezeigt, daß alle die Millionen, die unter ihm gelitten haben – denn ein passiver Widerstand ist innerlich schwerer zu tragen als ein aktiver Widerstand –, daß die Menschen, die unendlich schwer daran getragen haben, der Welt bewiesen, wie man seinem Lande die Treue hält, auch wenn es nicht groß und mächtig, sondern wenn es elend und politisch ohnmächtig ist.

---

[3] Zum Fortgang der Hyperinflation vgl. die Tabellen in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

[4] Wilhelm Sollmann (1881–1951), Reichsinnenminister 13. August – 3. November 1923; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

[5] Nach dem in Anm. 1 genannten Bericht der DEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG sprach – vor Stresemann – u.a. Sollmann.

Gegenüber all dem Gerede davon, daß das Rheinland sich nach der Stunde sehne, wo es etwa von Preußen, von Deutschland losgerissen wäre, haben diese Monate gezeigt, was diese Bevölkerung zu dulden gewillt war um dieses Deutschland, um ihres Staates willen.

Wir sind gezwungen gewesen, diesen Widerstand abzubrechen[6]. Wahrlich nicht aus Liebe für Frankreich, wahrlich nicht, um uns die Gunst Herrn Poincarés[7] zu erwerben. Wir haben ihn abbrechen müssen aus Liebe zum deutschen Volke, weil wir uns verbluteten an diesem Widerstand, weil wir uns verbluteten an dem Währungsverfall, der sich daraus ergab, und der uns in Verhältnisse gebracht hat, die dem Menschen in Deutschland an einem Tage nicht mehr die Sicherheit geben, ob er am nächsten Tage noch die Grundlagen des Lebens so hat, wie sie ihm vor vierundzwanzig Stunden gegeben waren. Wir haben ihn abbrechen müssen, um klare Verhältnisse in der internationalen Einstellung der Völker zu schaffen. Ich glaube, die Verhältnisse sind beinahe völlig geklärt für jeden, der sehen will.

Der Herr französische Ministerpräsident hat wiederholt erklärt, daß es lediglich der passive Widerstand sei, der ihn verhindere, in Verhandlungen mit Deutschland einzutreten, einmal über Regelung der Verhältnisse an Ruhr und Rhein, zweitens über den ganzen Komplex des Friedens, den wir ja bis zur Stunde überhaupt nicht haben; denn die ganze Zeit vom Vertrag von Versailles[8] ist kein Frieden gewesen, sondern war die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, um ein Volk zu zermürben und auf die Knie zu zwingen.

Und jetzt, wo die deutsche Regierung die Ordonnanzen zurückgezogen hat, die einst zum Widerstand aufriefen[9], behauptet man, daß der passive Widerstand gar nicht abgebrochen sei, weil wir die Unterstützungen noch bis zum 20. Oktober geleistet hätten, weil wir den Beamten noch die Gehälter weiter zahlten usw. Gewiß haben wir das getan; denn es ist selbstverständlich, daß wir die Menschen nicht einfach hungern lassen und daß wir nicht von einem bis zum anderen Tage diese Unterstützungen preisgeben. Wenn man französischerseits sagt, erst dann sei er wirklich ab-

---

[6] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, wozu die grundsätzliche Entscheidung am 24. September 1923 fiel und die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[7] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[8] Text des Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[9] Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 911) wurden am 27. September 1923 die betreffenden früheren Verordnungen aufgehoben.

gebrochen, wenn der Zustand hergestellt wäre, der vor dem 11. Januar[10] bestanden hätte[11], dann möchte ich fragen, ob es denn überhaupt im französischen Willen liegt, nun seinerseits diesen Zustand herzustellen.

Denn wie waren die Dinge vor dem 11. Januar? Gab es da eine französische Regie[12], oder gab es eine deutsche Reichseisenbahn? Gab es damals eine deutsche Verwaltung oder gab es eine französische Verwaltung? Nein, ich wiederhole hier, was ich kürzlich im Reichstag gesagt habe[13]: Unser ist der Boden, unser ist das Land, unser ist der Besitz an diesen Eisenbahnen, und wir sind nicht gewillt, uns das rauben zu lassen und diesen Raub durch eine Unterschrift von uns irgendwie zu einer legalen Handlung zu machen.

Nicht nur im Ruhrgebiet hat man rechtswidrig unsere Rechte geraubt. Man hat das Rheinland heute in einer Weise verwaltet wie eine französische Militärkolonie, nur daß vielleicht in einer französischen Militärkolonie noch mehr Freiheit bestehen würde, wie heute den Rheinländern gegeben wird. Für das Rheinland besteht das Rheinlandabkommen[14]. Es ist wahrlich Eingriff in deutsche Freiheit genug, aber es kann sich immerhin auf einen Friedensvertrag stützen. Heute aber, wo man sagt, es sollen erst die Zustände hergestellt werden, die vor dem 11. Januar waren, wo de facto der passive Widerstand abgebrochen ist, was hat sich denn an der Politik uns gegenüber geändert? Hat man die einfachsten Menschenrechte geachtet, hat man die Ausgewiesenen zurückgelassen, hat man die Gefangenen freigegeben[15]? Nein, man geht ja weiter vor mit Ausweisungen, man geht weiter vor mit Drangsalierungen.

---

[10] Der 11. Januar 1923 war der Tag des Einmarschs französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet.

[11] Zuletzt hatte Poincaré diese Haltung gegenüber dem deutschen Geschäftsträger in Paris, Hoesch, am 17. Oktober 1923 eingenommen; vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 499–502.

[12] Anfang März 1923 hatten die Besatzungsmächte durch Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission unter dem Namen „Régie des chemins de fer des territoires occupés“ (oft abgekürzt Régie oder Regiebahn) eine eigene Eisenbahnverwaltung in den besetzten Gebieten an die Stelle der deutschen Eisenbahnverwaltung gesetzt.

[13] In der Regierungserklärung vom 6. Oktober 1923 (vgl. diese Edition).

[14] Text des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919, das die Einzelheiten der Besatzung regelte, in französischem und englischem Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 462–473.

[15] Stresemann bezieht sich auf die geschätzten 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren, sowie auf die von französischen und belgischen Kriegsgerichten zu Haftstrafen Verurteilten.

Jetzt wurde uns, wenn Sie es so nennen wollen, ein Vertrag über die französische Regie vorgelegt[16]. Sie wollte sich substituieren, wie der Ausdruck hieß, für alle diejenigen Verhältnisse, in denen bisher die deutsche Reichseisenbahnverwaltung diese Bahnen vertreten hätte. Er verlangte von uns, daß wir nicht nur die Regie weiter anerkannten, sondern er verlangte die Kontrolle über die Bahn von Frankfurt nach Darmstadt, über die Bahn von Worms nach Germersheim, die Kontrolle über unsere Hauptstrecke nach Holland, von Wesel nach Emmerich. Ich frage einmal: Ist das überhaupt noch ein Zustand des Friedens, ist das überhaupt noch ein Zustand irgendeiner Souveränität unseres Reiches? Sind wir denn Freiwild für französische Willkür? Unseren Boden, unsere Grenzen achtet man nicht, über unser Eigentum verfügt man, und einfach nach Laune und Willkür oder vielmehr nach wohldurchdachten Gründen versucht man das Unrecht noch zu häufen, das an sich in der französischen Regie bestand.

Und die weitere Forderung, man könne mit uns darüber nicht verhandeln, es gäbe nur das eine: Annehmen ohne Vorbehalt oder ablehnen. Wir haben uns nicht vierundzwanzig Stunden besonnen und haben erklärt: Wir lehnen ab, wir denken nicht daran, uns in dieser Weise behandeln zu lassen. Ich sage das hier, was ich im kleinen Kreise im Kabinett gesagt habe, und was einmütige Zustimmung aller Kabinettsmitglieder gefunden hat[17]: Es muß einmal die Zeit vorüber sein, in der man glaubt, daß man mit uns auf dem Wege der Diktate weiter sprechen kann. Wir mögen zu schwach sein, um uns zu wehren. Man kann uns vergewaltigen, man kann uns Land und Eigentum rauben, aber man kann uns nicht zwingen, unsere Unterschrift unter Vergewaltigungen zu setzen.

Wir haben das letzte getan, um die Wirtschaft im Ruhrgebiet wieder in Gang zu setzen. Wir haben die Vertreter der Wirtschaft ermächtigt, darüber mit Frankreich zu verhandeln[18], und wir haben uns trotz der dringendsten Finanznot des Reiches – und

---

[16] Zu den in Mainz geführten Verhandlungen, bei denen Frankreich die Ausstattung der Regiebahn mit deutschen Lokomotiven und mit Wagenmaterial ebenso forderte wie die Ausschaltung des Reichs aus der Verwaltung der Bahn, vgl. das Protokoll der Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 662–673, insb. S. 664, 667). Ausführlicher auch in einem Erlaß des Auswärtigen Amtes an die Botschaft in London (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 515–517).

[17] Im Wortlaut war eine solche Äußerung Stresemanns in einer Kabinettssitzung nicht zu ermitteln; vgl. jedoch die Paraphrase im Protokoll der Sitzung vom 20. Oktober 1923: „Ein Diktat werden wir nicht unterschreiben“ (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 667–668).

[18] Nach dem Abbruch des passiven Widerstands war es – anfangs gegen den Willen der Reichsregierung – zu direkten Verhandlungen rheinischer Industrieller mit der „Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines“ (MICUM) über die Wiederaufnahme der Arbeit in den von den Franzosen beschlagnahmten und selbst betriebenen Zechen an der Ruhr gekommen (zur ersten offiziellen

Sie können sich keine Vorstellung davon machen, wie furchtbar diese Finanznot ist – bereit erklärt, für später, nach Ordnung unserer Finanzen, die Verzinsung und Abzahlung der Summe vom Reich aus zu garantieren, die die Wirtschaft mit Hilfe ausländischer Kredite aufbringen wollte, um die Reparationskohle an Frankreich zu liefern. Das Deutsche Reich kann sie nicht bezahlen, wir sind nicht in der Lage, weitere Reparationsleistungen zu machen, wenn das Volk bei uns im Innern hungert und uns nicht selbst das ganze deutsche Gebiet gehört, das uns der Vertrag zugesprochen hat. Aber da wir hier das Elend und die Not sahen, und da die Industrie ihrerseits sagte: Wir wollen lieber Geld vom Ausland aufnehmen, wollen lieber einen Teil unseres deutschen Kapitals oder unseres Besitzes auch an Ausländer geben, nur damit wir nicht das Hungerchaos im Ruhrgebiet haben, haben wir uns bereit erklärt, diese Garantie für die Zeit nach Wiedersanierung unserer Finanzen zu übernehmen, haben uns weiter bereit erklärt, der Industrie zu gestatten, die Umsatz- und Körperschaftssteuer auf diese Leistungen anzurechnen, um über die nächsten Wochen und Monate hinwegzukommen.

Ich weiß nicht, ob diese Verhandlungen, die zunächst zu keinem Ergebnis geführt haben, weil Frankreich darüber hinaus auch noch die Kohlensteuer verlangte – für die ganze Zeit vom 11. Januar und für spätere Zeiten, obwohl wir gar keine Kohlensteuern mehr in Deutschland erheben – und weil die Industrie nicht glaubte, auch das noch auf sich nehmen zu können, Erfolg haben werden. Ich hoffe bis zum letzten, daß die Verhandlungen zu einem guten Abschluß kommen, um des Elendes der Bevölkerung willen, die sich von einem großen Druck befreit fühlen würde, wenn sie, wie Herr Sollmann sagte, aus deutschem Boden und aus deutschen Schätzen uns das geben könnte, was uns gehört, was auf unserem Boden gedeiht. Daß es bisher nicht geschehen ist, daß bisher das reichste Gebiet Europas an Kohlenschätzen und an Rohprodukten nicht für uns mittätig ist, das hat Rückwirkungen gehabt, nicht nur im besetzten Gebiet, aber hier am allerschlimmsten. Ich sehe Hunger, ich sehe Wirrwarr, ich sehe ein gewisses Chaos voraus, wenn diese Dinge nicht gemeistert werden. Es sind 550 000 Bergarbeiter allein mit ihren Familien, die vielleicht in Bälde

Verhandlung vom 5. Oktober 1923 vgl. ebd., S. 474–483). Streitpunkt zwischen Industrie und Reichsregierung war anfangs die Frage, ob Berlin die von den Franzosen weggeführte Kohle („Reparationskohle“) und von ihnen in Anspruch genommene Reichskohlensteuer den Bergwerksbesitzern erstatten würde. Da die Besatzungsmacht auch nach der von seiten des Reiches erfolgten Aufhebung einer Reichskohlensteuer auf deren Bezahlung bestand, waren die Verhandlungen bis zum 25. Oktober 1923 nicht zum Abschluß gelangt. Zum Verhandlungsstand am 25. Oktober 1923 vgl. ebd., S. 760–761. – Daneben verhandelte auch die Stahl-Industrie mit der französischen Besatzung (vgl. ebd., S. 650–653). – Zur Einschätzung dieser Verhandlungen durch Stresemann vgl. ebd., S. 529–534.

ohne Brot stehen. Ich darf mich auf das beziehen, was Herr Reichsminister Sollmann über unsere Tätigkeit vom Reich gesagt hat. Wir sind hierher gekommen, gerade um der Torheit zu begegnen, die davon sprach, wir dächten daran, das Rheinland aufzugeben. Nein, wir haben zum Ausdruck gebracht, daß selbstverständlich das Rheinland Anrecht auf denselben Schutz in allen sozialen Nöten hat wie irgendein anderes Stück deutscher Erde. Aber ich muß auch das eine sagen, unsere Mittel sind begrenzt, sie werden nicht überall reichen. Denn der Hunger wütet überall, wir haben Plünderungen und Hungerkrawalle in vielen Städten[19].

Wir haben die Abschnürung vom besetzten Gebiet zu tragen. Sie hat verhängnisvoll gewirkt, hat dadurch, daß wir aus dem Ausland die Rohmaterialien kaufen mußten, uns gezwungen, Devisen zu kaufen. Unser Goldbestand bei der Reichsbank reicht eigentlich nur noch als eine Hungerreserve. Wir stehen am Ende der wirtschaftlichen Kraft, und das alles unter der Einwirkung rechtswidriger Abschnürung deutschen Landes von deutscher Erde. Das sind, wie ich sagte, die Folgen der Politik, die von Paris aus betrieben wird. Auf Frankreich fällt die Verantwortung für die Hungerkatastrophe von Tausenden und Millionen. Unsere Regierung hat die charitative Hilfe der gesamten Welt wegen der kommenden Hungersnot im besetzten Gebiet angerufen und hat an das Rote Kreuz in allen Staaten appelliert[20], daß sie sich um die hungernden Deutschen kümmern möchten, die es wahrscheinlich sehr bald hier besonders geben wird. Wir hoffen, daß dieser Appell an die Liebe nicht verhallt.

Nun erhebt ja Frankreich Vorwürfe gegen uns, indem es sagt, es sei gezwungen gewesen, die besetzten Gebiete für sich zu einem produktiven Pfand gegenüber dem schlechten deutschen Erfüllungswillen zu machen. Ich glaube das eine sagen zu können: Wir haben bisher vielleicht schon mehr getan, als wir mit Rücksicht auf das deutsche Volk tun durften. Aber wir hätten auch eine weitere Verarmung auf uns genommen für eine freie deutsche Erde. Wenn man uns das Ruhrgebiet wiedergegeben hätte, das Rheinland freigemacht hätte, wenn auch innerhalb der Schranken des Rheinlandabkommens, aber geschützt gegen die heutige Willkür, dann hätte ich mich auf den Standpunkt gestellt und ihn durchgeführt, den ich vor meiner Kanzlerschaft und während meiner Kanzlerschaft vertreten habe: Kein materielles Opfer ist zu hoch, als daß es nicht für die Freiheit des deutschen Volkes gebracht werden

[19] Vgl. dazu die verschiedenen Meldungen ebd., S. 580, Anm. 53, S. 823, Anm. 76.

[20] Durch Runderlaß Stresemanns vom 19. Oktober 1923 (vgl. [gegenseitig ergänzend] AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK, A 8, S. 502, Anm. 14; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 663, Anm. 5).

könnte. Im Kampf zwischen Freiheit und Besitz wird ein ehrliebendes Volk sich für die Freiheit entscheiden und auf seine Tatkraft und auf künftige Zeiten hoffen.

Aber Frankreich will uns ja diese Freiheit nicht gönnen. Wir haben jetzt der Reparationskommission auf Grund des Art. 241[21] des Friedensvertrages mitgeteilt, daß die Verhältnisse in Deutschland durch den Ruhreinbruch und seine Wirkung vollkommen neue Voraussetzungen für die deutsche Leistungsfähigkeit geschaffen hätten, und haben sie aufgefordert, unsere Hilfsmittel und unsere Leistungsfähigkeit zu prüfen[22]. Wir haben das getan, weil wir erklären müssen: Non possumus, wir können nicht mehr, wir können in Zukunft keine Leistungen aus dem Vertrage von Versailles mehr erfüllen, wenn man Ruhr und Rhein von uns abschneidet und uns damit der Wirtschaftskatastrophe überliefert, vor der wir stehen.

Wenn das die eine Frage ist, die finanzielle, so steht mir doch eine zweite Frage ebenso hoch. Es handelt sich auch darum, daß wir gegenüber der Rechtswidrigkeit der Abschneidung von der Ruhr erklären: Wir lassen unser Recht nicht mehr beugen, ohne uns dagegen zu wehren. Wir können nicht zahlen, solange die Ruhrbesetzung anhält, weil sie gegen Recht und Vertrag ist und wir auf die wenigen Rechte Anspruch machen, die uns der Vertrag wenigstens unsererseits gibt.

In der Verurteilung des französischen Einbruchs, in der Beurteilung der Rechtswidrigkeit ist ja ein mächtiger Staat unter den Alliierten, England, mit uns einig. Es hat das zum Ausdruck gebracht einmal in einer offiziellen Kundgebung vom 11. August[23]. Ich lese heute, daß der frühere englische Ministerpräsident, Lloyd George[24],

---

[21] So in der Vorlage. Gemeint ist jedoch Art. 234 des Versailler Vertrags; er sieht vor, daß die Reparationskommission „von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und Leistungsfähigkeit Deutschlands“ prüfen soll, dabei Deutschland Gehör gibt und anschließend ggf. Fristen und Formen der Zahlung ändern kann; Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 107.

[22] Die Reichsregierung hatte am 24. Oktober 1923 der Reparationskommission eine Note übergeben lassen; darin bekundete sie nach Abbruch des passiven Widerstands zwar ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Reparationsleistungen, aber gleichzeitig ihre derzeitige faktische Unfähigkeit zur Finanzierung dieser Leistungen und stellte den Antrag auf eine Prüfung ihrer Leistungsfähigkeit gemäß Art. 234 des Versailler Vertrags (Text des Entwurfs der Note in einem telegraphischen Erlaß Stresemanns an die Botschaft Paris vom 19. Oktober 1923: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 506–508; zur endgültigen Fassung und zur Übergabe vgl. den telegraphischen Erlaß Maltzans an die Botschaft in London vom 24. Oktober 1923: ebd., S. 524–525; vgl. auch URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 59–60).

[23] So in der Vorlage. Gemeint ist vermutlich die britische Note vom 11. August 1923, die an Frankreich und Belgien ging; Text in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I,21, S. 467–482; in ihrer ursprünglichen englischen Fassung und in deutscher Übersetzung auch in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 124–140 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); eine Paraphrase in SCHULTHESS 64 (1923), S. 413–415.

[24] David Lloyd George (1863–1945), britischer Premierminister 1916–1922.

in Chicago eine Rede gehalten hat[25], worin er erklärt hat: Dazu habe England Frankreich nicht vier Jahre lang geholfen, damit Verbrechen, Rachsucht und Ungerechtigkeit sich in Europa verewige. Auf der Konferenz Groß-Englands, Englands mit seinen Kolonien, hat der Vertreter von Südafrika, Smuts[26], in bezug auf den Ruhreinbruch erklärt, kein Zweifel bestände an der Ungesetzlichkeit des französischen Vorgehens. Aber ich muß demgegenüber doch auch die eine Frage aufwerfen: Was tut denn England, um diese Rechtswidrigkeit nunmehr aus der Welt zu schaffen? Schließlich ist doch, wenn man einen Vertrag gemeinsam geschlossen hat, auch die moralische Ehre der gesamten Alliierten engagiert, wenn eine Rechtswidrigkeit gegenüber einem Vertrag geschieht, der die Unterschrift Englands mitträgt. Worte mögen vielleicht trösten, aber ohne praktische Handlungen verewigen sie das Unrecht und die Ungesetzlichkeit, die man selbst anerkennt. Wir betteln nicht um Gnade, aber wir fordern Gerechtigkeit.

Die Entscheidung über die Frage deutscher Leistungen, die Entscheidung darüber, wie wir stehen, ob Rhein und Ruhr uns gehört oder nicht, muß bald fallen. Wir verlangen die Klarheit, wir müssen sie haben vor unserem Volke, und wir wollen sie herstellen vor der Welt.

Meine Herren! Vor kurzem hat der Herr französische Ministerpräsident von dem „Überfall Deutschlands auf Frankreich“[27] gesprochen und damit sein Mißtrauen auch gegen das heutige Deutschland begründet. Darin liegt die Wiederholung des alten Vorwurfs von Deutschlands Schuld an dem Kriege und Deutschland als Urheber des Weltkrieges. Ich weise diese Kriegsschuldlüge mit aller Entschiedenheit zurück. Deutschland hat sich bereit erklärt, vor einem internationalen unparteiischen Gericht

---

[25] Ein Bericht über die Rede Lloyd Georges in Chicago, in dem sich fast wörtlich das von Stresemann wiedergegebene Zitat findet, in der KÖLNISCHEN ZEITUNG, Nr. 737 vom 24. Oktober, S. 1.

[26] Jan Christiaan Smuts (1870–1950), Premierminister Südafrikas 1919 – 29. Juni 1924 u. 1939–1948. – Smuts, der sich auf der Reichskonferenz in London aufhielt, bei der Vertreter Großbritanniens, der Dominions und der Kolonien berieten, hatte am 23. Oktober 1923 bei einem Festessen eine Rede gehalten, in der er die französische Besetzung des Ruhrgebiets scharf verurteilte, Frankreich des Vertragsbruchs und der Überrüstung bezichtigte und drohte, die anderen europäischen Staaten könnten einem Zerfall Deutschlands nicht tatenlos zusehen (unterschiedliche Paraphrasen der Rede in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 176; SCHULTHESS 64 [1923], S. 284–285). – Zuvor, am 15. Oktober, hatte er im Rahmen der Reichskonferenz vorgeschlagen, die finanzielle Rekonstruktion Deutschlands unter die Aufsicht des Völkerbunds zu stellen und eine demilitarisierte Zone im Rheinland, ebenfalls unter Völkerbundsaufsicht, zu errichten (ebd., S. 284).

[27] Dieser Wortlaut war in einer Rede Poincarés nicht zu ermitteln. Allerdings klang bei den verschiedenen Reden im Spätsommer, die Poincaré zur Einweihung von Kriegerdenkmälern hielt, durchweg an, daß die Ursache für die deutschen Zahlungsverpflichtungen in seiner Kriegsschuld begründet liege, zuletzt etwa in einer Rede in Dun-sur-Meuse am 16. September oder im Priesterwald bei Pont-à-Mousson am 23. September 1923 (Text der Reden in DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 39,2 [1923], S. 65–66, 69–70).

die Frage prüfen zu lassen, wie der Krieg entstanden ist[28]. Es hat seine Akten veröffentlicht[29]. Wer ein ebenso gutes Gewissen hat wie wir, der gehe hin und tue erst dasselbe, ehe er seinerseits Deutschland solche Vorwürfe macht.

Der Vorwurf, der gegen uns überall erhoben wird, hat seine sehr gewichtigen Gründe. Er soll das deutsche Volk in der Welt draußen diffamieren. Wohlan, wir haben den Krieg verloren, wir haben die Konsequenzen davon zu tragen. Wir sind ohnmächtig und arm, aber unsere Ehre brauchen wir uns nicht rauben zu lassen. Und gegen ehrenrührige Vorwürfe auf das entschiedenste zu protestieren, ist nicht nur Recht und Pflicht des deutschen Volkes, sondern, wie ich es auffasse, Recht und Pflicht auch der deutschen Reichsregierung.

Meine Herren! Was wird uns die nächste Zeit bringen? Gewiß nur Not und Elend. Man hat gerade der Regierung, an deren Spitze ich stehe, vorgeworfen, sie habe oft undiplomatisch gehandelt, indem sie zu klar habe erkennen lassen, wie trostlos unsere Finanzlage wäre, wie schlecht es um uns stände. Ich muß diesen Vorwurf zurückweisen. Ich habe mir eines vorgenommen, als ich Einblick in die furchtbare Lage erhielt, in der wir standen, und deren Folgen vorauszusehen waren, ich habe mir vorgenommen, lieber der Öffentlichkeit die volle Wahrheit zu sagen, als sie in Illusionen zu wiegen, aus denen das Erwachen nachher nur sehr viel schwerer ist. Was hätten Sie davon, wenn wir Versprechungen machten und Ihnen irgendwie eine Fata Morgana vorzeigten, wo doch tatsächlich die Dinge so liegen, daß weiter nichts als weitere Not, weitere Bedrückung und stärkere Bedrückung unserer wartet. Wir stehen allein. Seien wir uns darüber klar. Blicken wir nicht immer nach einer Hauptstadt oder der anderen Hauptstadt, sondern blicken wir einmal auf unser eigenes Deutschland. Fragen wir uns, welche Kräfte uns denn selbst geblieben sind.

Da darf ich eines hier einmal aussprechen. Unser ganzes Leben, unsere ganze Auffassung steht unter dem Eindruck des Materiellen. Wir sprechen immer nur von Produktion, von Währung, von technischen Mitteln, dies oder jenes zu tun. Verges-

---

[28] Den Vorschlag, die Kriegsschuldfrage von einem internationalen Gremium untersuchen zu lassen, hatte die deutsche Reichsleitung bereits am 29. November 1918, also kurz nach dem Waffenstillstand, den Kriegsgegnern unterbreitet (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN III, S. 331–332); einen ähnlichen Antrag auf eine neutrale Untersuchung enthielten die deutschen Gegenvorschläge vom 29. Mai 1919 zum alliierten Friedensvertragsentwurf (u.a. ebd., S. 356–360).

[29] „Im Auftrage des Auswärtigen Amtes“ war bereits 1919 die vierbändige Edition „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke […]“ veröffentlicht worden; daneben bezieht sich Stresemann hier vermutlich auch auf die seit 1922 ebenfalls im Auftrag des Auswärtigen Amtes im Erscheinen begriffene vielbändige Edition „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes […]“, deren vierzigster und letzter Band allerdings erst 1927 erschien.

sen wir doch darüber das eine nicht: Jeder Wiederaufstieg Deutschlands wird und muß ausgehen vom sittlichen Empfinden des deutschen Volkes. Wenn wir nicht vom sittlichen Empfinden ausgehen und der Geist des Volkes uns den Weg des Wiederaufbaues weist, dann wird ihn uns die Technik, dann wird ihn uns die Wirtschaft nicht weisen. Wir können Gesetze beschließen – und wir sind dazu willens – über Verlängerung der Arbeitszeit; aber wichtiger noch als die mechanische Verlängerung ist der Trieb und die Lust und die Freude an der Arbeit.

Sie können mit uns debattieren über die Frage, ob wir zuviel Beamte haben, ob wir weniger haben können. Nicht das ist das Entscheidende, wie die Bürokratie gestaltet ist. Entscheidend ist, ob im Beamtentum der alte Geist der Pflichterfüllung gegenüber dem Staat ist und im Staat der alte Geist ist, mit dem er sein Beamtentum einst als Träger einer objektiven, über den Parteien stehenden Erfüllung der Pflichten vom Staat gegenüber der Gesamtheit gesehen hat. Es ist nicht entscheidend, ob eine zentrale Arbeitsgemeinschaft bestehen bleibt, die in einer Organisation Arbeitnehmer und Arbeiter[30] vereinigt, das ist formal. Entscheidend ist, ob auf beiden Seiten der Wille steht, daß sie erkennen: Wir gehören zusammen, wir sind in einer Schicksalsgemeinschaft, und daß man auf der einen Seite versteht, daß wir ohne Erhöhung der Produktion nicht leben können, auf der anderen Seite aber auch sich klar darüber ist, daß der einzelne den standard of life, den Lebensunterhalt haben muß, der ihm die Freudigkeit zur Arbeit erst geben kann.

Dann lassen Sie uns doch von einem auch einmal in dieser Stunde sprechen. Wir sind von außen bedrängt wie kaum ein anderes Volk. Sollten wir nicht daraus das eine entnehmen, Einigkeit im Inneren zu halten? Wir sprechen von Parteien. Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen offen das eine sagen: In keiner Zeit waren Parteiprogramme so gleichgültig wie in der gegenwärtigen. Es kommt gar nicht darauf an, ob jemand in irgendeiner späteren Zukunft seine Grundsätze in dem oder jenem Ziel verwirklicht sieht. In dieser Not der Gegenwart nenne ich national denjenigen, der, wenn der Karren im Dreck sitzt, die Hand anlegt, um ihn herauszuziehen, aber nicht denjenigen, der daneben steht und sagt: Es hilft ja doch nichts und Ihr seid nicht die rechten Männer, es zu tun.

---

[30] So in der Vorlage. „Arbeitnehmer und Arbeitgeber“ würde mehr Sinn machen. – Stresemann meint wohl die „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“, die auf dem Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918 (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN III, S. 14–15) beruhte und bis zum Januar 1924 bestand, als der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die Zusammenarbeit aufkündigte.

Eines muß weiter heraus aus unserem politischen Leben: Sie können die Regierung und können die Minister sachlich kritisieren und können sagen, daß sie auf falschem Wege sind. Vielleicht hat diese Kritik recht. Aber eines geht nicht, daß die Männer, die sich in einer solchen Zeit zur Verfügung stellen, und die, als sie es taten, gewußt haben, daß sie ihr ganzes politisches Ansehen auf das Spiel setzen, um in dieser Zeit das Volk zu führen, persönlich in ihrer Ehre in der Weise verunglimpft werden, wie es vielfach in der Gegenwart geschieht.

Haltet Einigkeit! Wie traurig ist es, daß in dem Augenblick, wo unsere gesamten Botschafter und Geschäftsträger in allen Hauptstädten der Welt eine Erklärung über den Ruhrkampf abgeben[31] und sagen, daß wir Frankreich für die Zustände im Ruhrgebiet verantwortlich machen, in dem Augenblick, wo man drüben in London in den Reden von Smuts erklärt, „Deutschland muß geholfen werden, dieses Unrecht muß beseitigt werden“, wir uns im Innern streiten um Stämme und Länder und Reich, und streiten um parteipolitische Einstellungen. Ich habe heute[32] einmal gesagt: Wenn wir zugrundegehen, der Feind kann uns nicht zwingen, wenn wir uns nicht selber bezwingen. Ajax fiel durch Ajax’ Kraft[33]. Das wird vielleicht einmal auf dem Leichenstein des deutschen Volkes stehen, wenn es aus dieser Engherzigkeit, aus dieser engen Einstellung zu den Dingen nicht herauskommt. Lernen wir das eine, daß man in solchen Zeiten das Große groß sieht und das Kleine klein sieht.

Wir erleben geschichtliche Momente weltpolitischer Entwicklungen, die von diesem Winter abhängen. Was bedeuten demgegenüber die Dinge, um die wir oft kämpfen! Ich hoffe nach den gestrigen Verhandlungen der Ministerpräsidenten der Länder[34] auf ein Ende jedes Streites zwischen Bayern und dem Reich, und ich erkläre hier das eine: Im Kampf um die Verfassung, die verfassungsmäßigen Zustände in der Pfalz[35] steht die Reichsregierung Seite an Seite mit der bayerischen Staatsregie-

---

[31] Gemeint ist der in Anm. 20 angeführte Runderlaß, der die entsprechende Aufforderung an die deutschen Vertreter im Ausland enthielt.

[32] In der in Anm. 1 angeführten Rede bei einem Treffen mit Vertretern des besetzten Gebiets.

[33] Ein Zitat aus dem von Friedrich Schiller 1803 geschriebenen Gedicht „Das Siegesfest“ (Druck in Schillers Werke. [Nationalausgabe.] Bd. 2, Teil 1. Weimar 1983, S. 189–193), das die Heimkehr der Griechen von Troja beschreibt.

[34] Vgl. die dort gehaltene Rede Stresemanns (in dieser Edition) sowie AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 713–749.

[35] In der zu Bayern gehörenden linksrheinischen Pfalz gab es neben der offen die Trennung aus dem Reichsverband fordernden separatistischen Bewegung eine vom Sozialdemokraten und ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann geführte Bewegung, die die Trennung der Pfalz von Bayern im Rahmen des Deutschen Reiches anstrebte; sie war in diesem Sinne bei General de Metz vorstellig geworden, der ihr seine Unterstützung zusicherte (vgl. zu den Ereignissen in der Pfalz vom 23. und 24. Oktober 1923: SCHULTHESS 64 [1923], S. 203–204; URSACHEN UND

rung[36]. Es ist selbstverständlich, daß die Pfalz deutsches Land bleiben muß. Wer hier von der Verfassung Gebrauch machen will, um einen eigenen Staat zu gründen, der gehe die Wege, die die Verfassung vorsieht. Niemals aber kann jemand deutsches Wollen aufbauen auf dem Schutz irgendeiner französischen Behörde oder irgendeiner französischen Gewalt. Wer das tut, der stellt sich auf den Weg, den diejenigen gehen, die wir vorhin gekennzeichnet haben. Ich darf betonen, daß die Reichsregierung, nachdem ihr das Verhalten des Generals de Metz[37] bekanntgeworden ist, den Weg gegangen ist, der ihr allein zu gehen übrig blieb, daß sie gegen die so unerhörte und vertragswidrige Einmischung Frankreichs in deutsche Verhältnisse Protest in Paris eingelegt hat[38] und ihn in allen anderen Staaten einlegen wird, und auch dagegen in der Weltöffentlichkeit protestieren wird, wie wir uns daran gewöhnen müssen, von dieser Waffe der öffentlichen Meinung der Welt, gerade, weil wir sonst waffenlos sind, den größten Gebrauch zu machen, den ein Volk nur machen kann.

Ich darf das eine abschließend sagen: Nie war wohl die Gefahr um unsere Zukunft größer als gegenwärtig, nie hat wohl mancher den tiefen, schweren Klang der Worte des alten Kirchenliedes[39] mehr empfunden: Aus tiefer Not schrei ich zu dir. Aber eines ist klar: Gott hilft nur denen, die sich auch selber helfen. Das ist die Voraussetzung dafür, daß auch höhere sittliche Kräfte schließlich Weltenschicksale dadurch mitentscheiden, daß sie sich in die Herzen eines Volkes verpflanzen und ihm den Weg zum Erfolg geben.

Eines möchte ich auch hier sagen: Ich glaube nicht, daß das, was heute besteht, das Weltgericht ist oder bleiben kann. Schließlich kann das Weltgericht nicht darin bestehen, daß wir ein verhungerndes Sklavenvolk werden, was unser Los wäre, wenn es so bliebe, wie es heute ist. Man hat so oft das Wort „Wiedergutmachung“ in

---

FOLGEN V, S. 313; auch die Aufzeichnung des bayerischen Gesandten Preger und des Ministerialrats Kiep vom 25. Oktober 1923: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 837–840).

[36] Zum Telegramm der Reichsregierung an den Kreistag in Ludwigshafen vgl. ebd., S. 837, Anm. 1.

[37] Adalbert François Alexandre de Metz (1867–1946), französischer General; Vertreter der Interalliierten Rheinlandkommission in der Pfalz 1920–1924.

[38] Eine entsprechende an Poincaré adressierte Protestnote, die sich explizit auf das Verhalten von Metz bezog und die der Geschäftsträger Hoesch in Paris übergab, findet sich in NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG S. 9; dort ist die Note allerdings erst auf den 26. Oktober datiert. – Einen allgemeinen Protest gegen die Verletzung der Neutralität durch die Besatzungstruppen angesichts des Separatismus hatte Hoesch im Auftrag des Auswärtigen Amtes bereits am 25. Oktober 1923 im französischen Außenministerium in Form eines Aide-mémoire übergeben; vgl. seinen telegraphischen Bericht in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 528–529.

[39] Gemeint ist das 1523 von Martin Luther in Anlehnung an Psalm 130 geschriebene Kirchenlied „Aus tiefer Not schrei ich zu Dir“. Text u.a. in D. Martin Luthers Werke. Kritische Gesamtausgabe (Weimarer Ausgabe). Bd. 35. Weimar 1923, S. 419–422.

diesen Zeiten gesprochen, Nach allem, was wir erlebt haben, haben wir das Recht zu sagen: Nicht wir sind den anderen, sondern die anderen sind uns eine Wiedergutmachung schuldig des unerhörten Unrechts, das sie am deutschen Volke begangen haben.

Es fragt sich, ob man in dieser Gegenwart von Optimismus sprechen kann. Ich habe Ihnen gesagt: Die Gegenwart ist Not und Elend und Bedrückung. Im Vertrauen auf die Zukunft müssen wir die Gegenwart ertragen. Wir haben, solange wir im alten Deutschland lebten, soweit sein äußerer Glanz und innere Wohlfahrt in Betracht kamen, das auch nicht selbst geschaffen. Wir, die Lebenden dieser Generation, standen auf dem Boden der Arbeit derer, die früher das gesät haben, was wir genossen, als die Bäume aufgeblüht. Wir sind hier diejenigen, die zu kämpfen haben für die, die nach uns kommen. Was wir tun, was wir erleiden, das erleiden wir, um den Samen zu säen, aus dem einst aufgehen soll die große deutsche Zukunft, auf die wir ein Recht haben vor Gott und vor der Geschichte!

Redebeitrag in der Reichstagsfraktion der DVP[1] vom 5. November 1923

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 196, 197.

Auch mit der DNVP ist keine Reichstagsmehrheit erreichbar. Sollte die Reichswehr gegen die Drohung aus Bayern versagen, kommt vielleicht eine deutschnationale Diktatur. Aber er wird seinen Platz nicht freiwillig räumen, sondern sich lieber erschießen lassen. Appelliert an die Fraktion, ihm zu helfen.

Dr. Stresemann: Albrecht[2] ist falscher Meinung, wenn er annimmt, es komme auf parlamentarische Mehrheit an. Sie ist auch nach Eintritt der Deutschnationalen nicht vorhanden. An **Hergt**[3] trete ich nicht heran. Regierung kann in dieser Woche noch nicht vor Reichstag erscheinen. Ich hoffe, daß **Jarres**[4] Inneres und **Emminger**[5] Justiz übernehmen. In dieser Woche wird sich noch entscheiden, ob nationale Verbände Kampf wagen[6]. Bürgerkrieg bedeutet Verlust von Rhein und Ruhr und franko-rhenanische Verbrüderung. Darum erstes Erfordernis: Ordnung im Innern. Regierung hat genügend Reichswehr bei **Koburg,** Reichswehr hat erklärt, daß sie auch jeden Versuch der Anbiederung mit Schießen beantworten würde[7]. Versagt Reichswehr, so

---

[1] In der DVP-Fraktion war es nach dem Auseinanderbrechen der Großen Koalition durch den Austritt der sozialdemokratischen Minister am 2. November 1923 (deren Rücktrittsschreiben an Stresemann in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 954) zu einer Auseinandersetzung über die Kabinettsneubildung gekommen, bei der ein gewichtiger Flügel auf die Einbeziehung der DVNP drängte. Bei dem hier wiedergegebenen Redebeitrag handelt es sich offenbar nicht durchgängig um ein Protokoll, sondern um eine stichwortartige Aufzeichnung (oder eine Disposition) mit Anteilen direkter Rede.

[2] Helmuth Albrecht (1885–1953), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP). Er hatte zuvor den Eintritt der DNVP in die Regierung gefordert, um deren parlamentarische Mehrheit zu gewährleisten (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 196).

[3] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; deren Fraktionsvorsitzender bis 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

[4] Karl Jarres (1874–1951), Oberbürgermeister von Duisburg 1914–1923 (während der Ruhrbesetzung von den Besatzungsmächten ausgewiesen) und 1925–1933; Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Mitglied der DVP.

[5] Erich Emminger (1880–1951), Reichsjustizminister 30. November 1923– 15. April 1924; Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die BVP).

[6] In Berlin waren seit Ende Oktober 1923 Nachrichten eingetroffen, daß es an der Nordgrenze Bayerns zu Thüringen Massierungen von paramilitärischen Verbänden gebe (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 930–931, Anm. 7a; S. 937–938, Anm. 28; S. 967 u. S. 1192; STRESEMANN, Vermächtnis, S. 194).

[7] Eine solche Erklärung der Reichswehr konnte nicht ermittelt werden. Vielmehr ergibt sich aus einer in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II abgedruckten „Materialsammlung“, die später aus dem Tagebuch des Generalmajors Hasse, des Leiters des Truppenamtes im Reichswehrministerium, erstellt wurde, daß Seeckt am 3. November 1923 gegenüber Ebert für den Fall eines Vormarsches

werden diese Gruppen siegen. Dann vielleicht deutschnationale Diktatur[8]. **Ich bin das Hundeleben satt** – Intrigen aus der **D.V.P.** – Stellung des pommerschen Landbundes – Vaterlandsverrat[9]. Wie kann man Lebensmittel nur liefern wollen, wenn Regierung genehm? Wenn die Banden in Berlin eindringen sollten – ich gehe nicht nach Stuttgart[10], dann sollen sie mich niederschießen an dem Platze, an dem zu sitzen ich ein Recht habe. Lassen Sie jetzt Kampf um Zusammensetzung des Kabinetts, helfen Sie mir mit wirtschaftlichem und finanziellem Rat. Mit bayrischer Regierung wäre Verständigung möglich, nicht aber mit Kahr[11] und Vaterländischen Verbänden[12]. Übrigens haben Verband bayrischer Industrieller und Handelskammer München gerade Kahr den Vorwurf marxistischer Methoden gemacht[13]. Mir kann man keine Abhängigkeit von Sozialdemokraten vorwerfen, ich habe Große Koalition gelöst in dem Augenblick, in dem die Sozialdemokraten unannehmbare Forderungen stellten[14].

[…][15]

---

bayerischer Truppen nach Norden den Aufmarsch gegen Bayern abgelehnt haben soll mit der Begründung, daß „wir nicht dazu in der Lage seien, sowohl nach Zahl wie Stimmung unserer Truppen“ (ebd., S. 1192).

[8] Zu den Anfang November 1923 umlaufenden Plänen einer Diktatur oder eines außerkonstitutionellen „Direktoriums“ unter Beteiligung Seeckts vgl. dessen Schreiben an Kahr vom 2. November und an den Botschafter Wiedfeldt in Washington vom 4. November 1923 (ebd., S. 1211–1215, 1215–1216).

[9] Eine entsprechende Erklärung oder Äußerung des pommerschen Landbundes konnte nicht ermittelt werden (in der Kabinettssitzung vom gleichen Tag wies Stresemann lediglich auf „die Bewegung unter den rechtsradikalen Organisationen in Pommern, Brandenburg usw.“ hin: ebd., S. 967). Es kann – aus dem nachfolgenden – daher nur vermutet werden, daß die Androhung eines Lieferboykotts von Lebensmitteln o.ä. gemeint ist.

[10] Offenbar handelt es sich um eine Anspielung Stresemanns auf den Kapp-Putsch vom März 1920, als die Reichsregierung unter Reichskanzler Bauer vor den Putschisten zunächst nach Dresden, dann nach Stuttgart auswich.

[11] Gustav Ritter von Kahr (1862–1934), Generalstaatskommissar für den Freistaat Bayern September 1923 – Februar 1924; bayerischer Ministerpräsident 1920–1921.

[12] Die „Vereinigung Vaterländischer Verbände“ war eine 1922 in Bayern gegründete Vereinigung bayerischer paramilitärischer Wehrverbände. Sie galten als Stütze Kahrs bei seinen gegen Berlin gerichteten Plänen. Bereits im Frühjahr 1923 war die NSDAP aus dieser ihr zu gemäßigt erscheinenden Vereinigung ausgetreten.

[13] In der Wiener REICHSPOST, Nr. 305 vom 6. Oktober 1923, S. 3, findet sich der folgende kurze Bericht aus München vom 5. Oktober: „Der Bayrische Handelskammertag und der Industriellenverband haben die Begutachtung der Grundsätze des Staatskommissärs [Kahr] über die Berechnung der Preise in Festmark abgelehnt. Sie lehnen auch jede Verantwortung für die unausbleiblichen Folgen solcher Wirtschaftsmaßnahmen ab.“

[14] Die Reichstagsfraktion der SPD hatte ihr Verbleiben in der Regierung in einem Forderungskatalog vom 31. Oktober 1923 u.a. davon abhängig gemacht, daß der militärische Ausnahmezustand aufgehoben werde, daß gegen den bayerischen Verfassungsbruch offen vorzugehen sei und daß die Reichsexekution gegen Sachsen nicht weiter durch die Reichswehr, sondern nur durch die Zivilgewalt betrieben werde (Text des Beschlusses in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 501).

[15] Im Fortgang der Diskussion (paraphrasiert in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 196–197) stellt Stinnes in Frage, ob Stresemann als Reichskanzler die Reichseinheit erhalten könne, und beklagt, daß

Dr. Stresemann: Gegen Stinnes[16]. Haben die Bergherren Verlängerung der Arbeitszeit erreicht[17]? Parlamentarisch ist das nicht in kurzer Zeit zu machen. Was Bayern anbetrifft, so würde ich mit Knilling[18] in Ordnung kommen können, aber es sind andere Kräfte außerhalb des Ministeriums am Werk, die Einigung verhindern.

dieser innerhalb seiner ersten 14 Tage als Kanzler nicht „Produktionspolitik" betrieben habe, wodurch Rhein und Ruhr verloren zu gehen drohten, und daß ein Abfall Bayerns die Aufsplitterung des Reiches bedeute.

[16] Hugo Stinnes (1870 – 10. April 1924), Großindustrieller; Mitglied des Reichstages 1920–1924 (für die DVP).

[17] Die Verlängerung der Arbeitszeit über den Achtstundentag hinaus war eine zentrale Forderung der Ruhrindustriellen und des Wirtschaftsflügels der DVP nach dem Abbruch des passiven Widerstands. Ein Versuch der Grubenbesitzer im rheinisch-westfälischen Bergbau, zum 9. Oktober 1923 längere Arbeitszeiten in den Kohlebergwerken einseitig durchzusetzen, war am Widerstand der preußischen Regierung und der Arbeiter gescheitert (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 189; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 562, Anm. 6).

[18] Eugen Ritter von Knilling (1865–1927), bayerischer Ministerpräsident (BVP) 8. November 1922 – 1. Juli 1924.

Redebeitrag in der Reichstagsfraktion der DVP[1] vom 6. November 1923

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 199–200.

Argumentiert gegen die Regierungsbeteiligung der DNVP. Rechtfertigt das Vorgehen in Sachsen und dementiert, daß Seeckt ihm das Vertrauen der Reichswehr aufgekündigt habe.

Stresemann: Darf ich Herrn Dauch[2] daran erinnern, daß der Kollege Heinze[3] im Juni 1920 den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, dem Reichspräsidenten[4] zurückgab, weil die Sozialdemokraten nicht mitmachen wollten[5]? Die Bildung eines Bürgerblocks hängt jetzt nicht allein von uns ab. Marx[6] jedenfalls erklärt, daß das Zentrum nicht daran denke[7]. (Quaatz[8]: Wir wissen das anders. Scholz[9] verweist darauf, daß seine

[1] Am 6. Oktober 1923 tagte die DVP-Fraktion, teilweise in Abwesenheit Stresemanns, und führte die Diskussion vom Vortag über die Kabinettsumbildung fort (vgl. den Redebeitrag Stresemanns vom 5. Oktober 1923 in dieser Edition). Dabei wurde von einigen Teilnehmern die Ablösung Stresemanns als Kanzler gefordert (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 198–200). – Bei dem hier wiedergegebenen Redebeitrag handelt es sich offenbar nicht durchgängig um ein Protokoll, sondern um eine stichwortartige Aufzeichnung (oder eine Disposition) mit Anteilen direkter Rede.

[2] Walther Dauch (1874–1943), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP). – Er hatte zuvor für eine Verschiebung nach rechts plädiert und den DVP-Erfolg von 1920 „auf unser Programm gegen den Marxismus“ zurückgeführt (ebd., S. 199).

[3] Karl Rudolf Heinze (1865–1928), Reichsjustizminister und Vizekanzler 1920–1921; Mitglied der Nationalversammlung (dort Fraktionsvorsitzender) und des Reichstags 1919–1928 (für die DVP).

[4] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925.

[5] Heinze war am 13. Juni 1920 von Ebert mit der Regierungsbildung beauftragt worden, scheiterte jedoch an der grundsätzlichen Ablehnung der SPD, mit der DVP zu koalieren, und gab den Auftrag zurück (vgl. SCHULTHESS 61,I [1920], S. 156–157).

[6] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928).

[7] Eine entsprechende Erklärung Marx’ konnte nicht ermittelt werden. In der Teilveröffentlichung seines Nachlasses finden sich in Erinnerungsfragmenten lediglich zwei Hinweise über die Diskussion in der Zentrumspartei. Im ersten dieser Fragmente schreibt er rückblickend ohne genauere Datumsangabe: „Im Z[entrum] neigten einige dazu, der DNVP die Regierung zu übertragen, damit sie endlich den Beweis ihres besseren Rezepts zur Überwindung der Schwierigkeiten erbringen konnte, andere wollten ein Minderheitskabinett evtl. unter Stresemann.“ (MARX II, S. 25); in einem weiteren Fragment steht (allerdings für einen späteren Zeitpunkt): „Nachmittags [des 10. November 1923] und am 13.11 in der Fraktion Diskussion über Eintritt der DNVP in die R[eichs]R[egierung]; selbst v. Guérard bestritt die darüber im Ausland mit Sicherheit zu erwartenden nachteiligen Wirkungen.“ (Ebd., I, S. 295–296.)

[8] Reinhold Georg Quaatz (1876–1953), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DVP 1920 – Mai 1924, für die DNVP Mai 1924 – 1933).

[9] Ernst Scholz (1874–1932), Reichswirtschaftsminister 1920–1921; Mitglied des Reichstags 1921–1931 (für die DVP; deren Fraktionsvorsitzender August 1923 – 1930, ihr Vorsitzender 1929–1930).

Erklärung sich mit der des Kanzlers vollkommen decke.) Hergt[10] hat mitgeteilt, daß Gedanke einer Beteiligung der Deutschnationalen nicht diskutiert werden könne[11]. Ich müßte Persönlichkeiten für ein unpolitisches Kabinett gewinnen und dann ohne Groll scheiden. Vorläufig für mich noch kein Nachfolger. Wiedfeldt[12] will nicht.

1. Zu Sachsen[13]. Ich höre, daß Gerüchte im Umlauf seien, ich solle Wels[14], Dittmann[15] und Fischer[16] nach Dresden geschickt haben. Das ist eine ganz große Unwahrheit. Die Dinge haben sich so entwickelt: Am 27. Oktober Brief an Zeigner[17], Kandidaten für Reichskommissar: Schulze[18], Dähne[19], Heinze. Ich habe Heinze bestimmt. In Kabinettssitzung tauchte die Frage nach den Kompetenzen des Reichs-

---

[10] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; deren Fraktionsvorsitzender bis 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

[11] Eine persönliche Mitteilung Hergts an Stresemann konnte nicht ermittelt werden; sie erfolgte vermutlich bei dem in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 200–201 geschilderten Treffen. – Vgl. auch die Kundgebung der DNVP-Parteileitung vom 4. November 1923 in SCHULTHESS 64 (1923), S. 210.

[12] Otto Wiedfeldt (1871–1926), deutscher Botschafter in Washington 1922–1924. – Zu Plänen, Wiedfeldt zum Kanzler oder zum Kopf eines außerkonstitutionellen Direktoriums zu machen, vgl. u.a. das Schreiben Seeckts an Wiedfeldt vom 4. November 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1215–1216). Die abschlägige Antwort Wiedfeldts an Seeckt datiert zwar erst vom 24. November 1923 (ebd., S. 1216–1217); möglicherweise hatte er jedoch bereits zuvor Stresemann seine Ablehnung solcher Pläne signalisiert.

[13] Gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923,I S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208).

[14] Otto Wels (1873–1939), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD; deren Mitvorsitzender 1919–1933).

[15] Wilhelm Dittmann (1874–1954), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die USPD 1920–1922, für die SPD 1922–1933).

[16] Welcher Politiker namens Fischer gemeint ist, kann nicht zweifelsfrei ermittelt werden. Nach den beiden vorangehend genannten höherrangigen SPD-Funktionären darf jedoch vermutet werden, daß es sich um Richard Fischer (1855–1926) handelt, Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919 – Mai 1924, Dezember 1924 – 1926 (für die SPD); in Frage käme auch Gustav Adolf Fischer (1866–1925), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1926 (für die SPD).

[17] Erich Zeigner (1886–1949), sächsischer Ministerpräsident (SPD) 21. März – 29. Oktober 1923. – Der Brief Stresemanns vom 27. Oktober 1923 mit der ultimativen Aufforderung zur Demission des sächsischen Kabinetts und widrigenfalls der Androhung einer Reichsexekution in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 860–862.

[18] Robert Alfred Schulze (1878–1929), Leiter der sächsischen Staatskanzlei und Ministerialdirektor im sächsischen Innenministerium 1919–1929. – Seine Ernennung wurde in der Kabinettssitzung vom 27. Oktober 1923 von Reichswehrminister Geßler vorgeschlagen (ebd., S. 854).

[19] Gemeint ist der Leiter des Landesfinanzamts Leipzig, über den nichts Weiteres zu ermitteln war; vgl. ebd., S: 876, Anm. 10.

kommissars auf[20]. Antwort: Ruhe und Ordnung schaffen und verfassungsmäßige Regierung ermöglichen. Wels fragte dann später[21]: Würden Sie rein sozialistisches Kabinett für verfassungsmäßig ansehen? Antwort kann nur sein, daß es auf verfassungsmäßige Wahl des Landtages ankommt. Mehrere Fraktionen schickten Vertreter nach Dresden. Für uns keine Veranlassung dazu. Kaiser[22] hat mich telefonisch gefragt, wie sich Fraktion zum Kabinett Fellisch[23] verhalten solle. Ich habe ihm Entscheidung nach sächsischem Interesse freigestellt und ihm erklärt, die Reichsregierung sei auch dann nicht gefährdet, wenn etwa die Sozialdemokratie ausscheide.

2. Seeckt[24]. Wäre die Äußerung so gefallen[25], dann hätte sie gewisse Folgen nach sich ziehen müssen. Seeckt hat in dieser Besprechung, zu der ich ihn gebeten habe, als seine politische Auffassung geäußert, die erste Aufgabe sei jetzt, den Rechtsradikalismus abzufangen. Vielleicht könne das unblutig geschehen, wenn ein Kabinett auf anderer Basis gebildet werde. Er denke dabei nicht an Parteien[26]. Geßler[27] hat darauf festgestellt, daß diese politische Auffassung des Chefs der Heeresleitung nichts mit der Stellung der Reichswehr zu tun habe. Seeckt hat das bestätigt und auf seinen gestrigen Tagesbefehl[28] verwiesen. Es war also keine Rede davon, daß Seeckt mir das Vertrauen der Reichswehr gekündigt hätte. Ich habe dennoch dem

---

[20] In der Kabinettssitzung vom 29. Oktober 1923 und einer Ministerbesprechung vom gleichen Tag wurde das Vorgehen des Zivilkommissars in Sachsen, insbesondere die Hinzuziehung des Militärs, von den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern kritisiert; vgl. ebd., S. 876–882.

[21] Eine entsprechende Frage Wels' konnte nicht ermittelt werden.

[22] Fritz Kaiser (1877–1956), Mitglied des sächsischen Landtags und Fraktionsvorsitzender der DVP 1919–1929; sächsischer Staatsminister für Volksbildung 1924–1929.

[23] Alfred Fellisch (1884–1973), Mitglied des sächsischen Landtags 1918–1926 (für die SPD); sächsischer Wirtschaftsminister 1921–1924. Er war am 31. Oktober 1923 im sächsischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt worden (vgl. ebd., S. 911–912) und bildete eine rein sozialdemokratische Regierung, die allerdings nur bis zum 4. Januar 1924 amtierte.

[24] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP)..

[25] In der vorangegangenen Diskussion der DVP-Fraktion, die vor dem Erscheinen Stresemanns stattfand, hatten Maretzky und Lersner behauptet, Seeckt habe am Vortag Stresemann zum Rücktritt aufgefordert; Scholz entgegnete, Stresemann habe dies am Telefon dementiert (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 198–199). – Vgl. dazu auch die erinnernde Darstellung in GESSLER S. 299 sowie die in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II abgedruckte „Materialsammlung", die später aus dem Tagebuch des Generalmajors Hasse, des Leiters des Truppenamtes im Reichswehrministerium, erstellt wurde (S. 1197–1198).

[26] Zu Seeckts Reichsdirektoriumsplänen vgl. oben Anm. 12.

[27] Otto Geßler (1875–1955), Reichswehrminister 1920 – 19. Januar 1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die DDP).

[28] Seeckts Tagesbefehl vom 4. November 1923, in dem er die Truppe „auf den Boden von Gesetz und Verfassung" verpflichtete und zum Gehorsam und zur politischen Abstinenz aufrief, u.a. in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 402–404; DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 363–364.

Reichspräsidenten Bericht erstattet und mein Amt zur Verfügung gestellt. Ebert hat mich auf das dringendste gebeten, zu bleiben[29].

[29] Zu einem Gespräch Stresemanns mit Ebert oder einer Korrespondenz in dieser Sache waren keine Nachweise zu ermitteln. Zur Darstellung der Stresemann nicht mehr vertrauenden Haltung Eberts in der in Anm. 25 genannten Materialsammlung vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1197.

Rede in Halle vom 11. November 1923[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 207–211. – Leicht abweichende Fassung in STRESEMANN, Schriften S. 297–302.

Eine Diktatur ist keine Lösung der Probleme; die Reichsregierung hat vielmehr mit ihrer Reaktion auf den Hitlerputsch gezeigt, daß sie handlungsfähig ist. Eine stärkere Föderalisierung ist möglich, aber nur auf dem Verhandlungsweg. Weist den aus Bayern erhobenen Vorwurf zurück, die Reichsregierung habe unter marxistischem Einfluß gestanden.

Die Hoffnungslosigkeit der Lage hat dazu geführt, daß die Menschen nach neuen Formen, nach neuen Persönlichkeiten, nach neuen Ideen suchen.

Der **Ruf nach der Diktatur** erfolgt. Was in ihm liegt, hat den einen berechtigten Kern, daß der gewöhnliche Gang des Parlamentsbetriebes in Zeiten der Not nicht das aufhalten darf, was notwendig ist. Darf ich Sie darauf hinweisen, daß der Artikel 48 der Reichsverfassung[2] weitgehende Rechte dem Reichspräsidenten[3] und den von ihm Beauftragten gibt, die Dinge gegebenenfalls ohne Parlament zu erledigen? Ich sehe ja bereits einer Anklage des Freistaats Sachsen entgegen wegen der Auslegung, die ich dem Artikel 48 gegeben habe[4]. Darf ich Sie darauf hinweisen, daß wir

---

[1] Stresemann hielt die Rede im Anschluß an den Landesparteitag der DVP im Walhalla-Theater in Halle (S.), wo er „von der Versammlung stürmisch begrüßt“ wurde (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 207). – Angesichts des eher kurzen Redetexts kann vermutet werden, daß es sich bei der Druckvorlage um eine gekürzte Fassung handelt.

[2] Die hier in erster Linie angesprochenen Absätze 1 und 2 des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 lauten: „Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.“

[3] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925.

[4] Gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923,I S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208). – Die neugewählte sächsische Regierung unter Ministerpräsident Fellisch hatte am 6. November 1923 beim Staatsgerichtshof die Eröffnung eines Verfahrens gegen Stresemann

angesichts der Schwere der Zeit den Reichsausnahmezustand verhängt haben[5] und auch nicht in der Lage sind, den militärischen Reichsausnahmezustand aufzuheben? Darf ich Sie darauf hinweisen, daß wir die vollziehende Gewalt nach den Vorgängen der letzten Tage[6] dem Chef der Heeresleitung[7] übergeben haben? Alles Maßnahmen, die beweisen, daß wir durchaus gewillt sind, aus den Tatsachen die Konsequenz zu ziehen, daß man in solchen Dingen nicht lediglich mit Fraktionsbeschlüssen und in und mit dem Streit der Parteien weiterkommt. Wenn man aber nun glaubt, mit dem Ruf nach der Diktatur als solcher die Dinge zu bessern, so zeigt das eine sehr große Irreführung insofern, als man nicht Form und Inhalt verwechseln soll. Die Form der Diktatur allein bringt uns absolut nicht weiter: der Diktator als solcher steht ebenso den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gegenüber. Auch bei ihm wird es ankommen auf seine Persönlichkeit, auf seine Idee, auf all das, was ihm vorschwebt.

„Nationale Diktatur“ heißt das neue Wort. Zunächst muß man doch auch fragen, wer sie ausüben soll. Damit, daß man in einem Bürgerbräu-Keller Herrn Adolf Hitler[8] zum neuen Lenker der politischen Geschicke Deutschlands ausruft[9], kann man dem deutschen Volke nicht Hilfe bringen! Den Schaden, den diese Dinge angerichtet haben, den werden wir noch sehr lange zu tragen haben! Ohne Programm und Persönlichkeit ist dieser Ruf ein leeres Schlagwort, und ich bedauere das eine, daß er in Zusammenhang gebracht wird mit dem Begriff „national“, mit einer deutlichen Spitze

---

beantragt; das betreffende Schreiben wurde der Reichsregierung am 8. November 1923 zugestellt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 978–983 mit Anm. 1).

[5] Am 26. September 1926 hatte Reichspräsident Ebert auf der Grundlage von Art. 48 der Reichsverfassung eine Verordnung über den Ausnahmezustand im gesamten Deutschen Reich erlassen und die vollziehende Gewalt an den Reichswehrminister übertragen, der sie seinerseits an die Reichswehrkommandeure in den einzelnen Wehrbezirken übertrug; Text der Verordnung u.a. in REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 905–906. Sie war bisher nicht aufgehoben.

[6] Gemeint ist der Hitlerputsch vom 8./9. November 1923; vgl. dazu unten Anm. 9.

[7] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags (DVP) 1930–1932 (für die DVP). – Ihm hatte Ebert in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1923 bei Bekanntwerden des Münchener Putschversuchs per Verordnung auf der Grundlage von Art. 48 der Reichsverfassung den Oberbefehl über die Wehrmacht und die vollziehende Gewalt übertragen (Text der auf den 8. November 1923 datierten Verordnung in REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 1084).

[8] Adolf Hitler (1889–1945), Vorsitzender der NSDAP 1921–1945 (mit Unterbrechung der Verbotszeit 1924/25); Reichskanzler, ab 1934 mit dem Titel „Führer und Reichskanzler“, 1933–1945.

[9] Am Abend des 8. November 1923 hatte Hitler im Münchener Bürgerbräukeller während einer Rede des Generalstaatskommissars Kahr mit bewaffneten Anhängern die Versammlung besetzt, die Reichsregierung für abgesetzt erklärt und zum Marsch nach Berlin und zur Errichtung einer Diktatur unter seiner Führung und derjenigen Ludendorffs als Reichswehrminister unter Einbindung Kahrs und Lossows aufgerufen (vgl. neben vielen anderen Quellen die Wiedergabe des amtlichen Berichts in SCHULTHESS 64 [1923], S. 212–213; sowie DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 366–367). Nach der Distanzierung Kahrs und der bayerischen Regierung vom Putsch scheiterte am folgenden Vormittag ein von Hitler und Ludendorff angeführter Marsch bewaffneter Teilnehmer zur Feldherrnhalle im Feuer der Polizei.

gegen die heutige Reichsregierung. Ich wäre dankbar, wenn diejenigen, die diesen Ruf ausstoßen, mir die eine Frage beantworten würden, wann die Regierung, die ich führe, jemals in irgendeiner ihrer Maßnahmen etwas getan hat, was man als **nicht national** bezeichnen müßte! Nicht national gewesen zu sein – das weise ich zurück als eine schamlose Verleumdung! Sie wird auch nicht geheilt durch Vorfälle, wie wir sie in Bayern[10] erlebt haben. Man sagt dort gegenüber dem Norden: Autorität der Regierung, straffes Zufassen, Freiheit von den Parteien! Man erklärt, wir seien im Banne des Marxismus und von ihm abhängig. Ich will hier nicht irgendwelche bitteren Worte sprechen, aber ich möchte doch das eine sagen:

Wenn man nicht Organisationen, die neben der Regierung standen, zu mächtig hätte werden lassen und geduldet hätte, daß sie in die Regierung hineinredeten und mindestens versuchten, sie von sich abhängig zu machen, dann wäre es zu den bedauerlichen Vorfällen wahrscheinlich überhaupt nicht gekommen. Wir hatten dort drei Gewalten: die Regierung, den Generalstaatskommissar[11] und die Verbandsorganisationen[12], und dadurch ist Bayern, dadurch konnte das Reich in die größte Gefahr kommen. Es gibt in diesen Dingen für den einzelnen doch nur das eine: den **Mut zur Unpopularität auch gegenüber der eigenen Partei,** auch gegenüber denen, die einen auf den Schild erhoben haben.

Die Dinge, die sich in Bayern zugetragen haben, konnten nach ihrer Entstehung grotesk erscheinen, sie sind in Wirklichkeit größte Tragik, weil sie zeigen, daß der stärkste Feind des deutschen Volkes immer die Uneinigkeit im deutschen Volk gewesen ist. Ich muß sagen, es hat mich auf das tiefste erschüttert, daß ein deutscher Heerführer[13], dessen Name durch die Welt gegangen ist und in der Welt geblieben

---

[10] Seit dem 26. September 1923, als fast zeitgleich im Reich und in Bayern der Ausnahmezustand proklamiert worden war, herrschte Uneinigkeit darüber, ob diese Gleichzeitigkeit zulässig sei. Der Konflikt eskalierte, als sich Lossow, der Kommandeur der 7. (bayerischen) Division der Reichswehr und Landeskommandant von Bayern, in Absprache mit dem bayerischen Generalstaatskommissar Kahr Befehlen aus Berlin widersetzte, von dort für abgesetzt erklärt wurde und im Gegenzug am 22. Oktober 1923 die Soldaten in Bayern unter Hinweis darauf, daß man sich „gegen die unter marxistischem Einfluß stehende Berliner Reg[ierun]g“ schützen müsse, auf die bayerische Regierung als „Treuhänderin des deutschen Volkes“ verpflichtet wurden; die einschlägigen Quellen dazu u.a. in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 388–402.

[11] Gustav Ritter von Kahr (1862–1934), Generalstaatskommissar für den Freistaat Bayern September 1923 – Februar 1924; bayerischer Ministerpräsident 1920–1921.

[12] Gemeint ist in erster Linie die „Vereinigung Vaterländischer Verbände“, eine 1922 in Bayern gegründete Vereinigung bayerischer paramilitärischer Wehrverbände. Sie galten als Stütze Kahrs bei seinen gegen Berlin gerichteten Plänen. Bereits im Frühjahr 1923 war die NSDAP aus dieser ihr zu gemäßigt erscheinenden Vereinigung ausgetreten.

[13] Gemeint ist Erich Ludendorff (1865–1937), Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung 1916–1918. – Er sollte nach der Vorstellung der Putschisten militärisch den „Marsch auf Berlin“ anführen.

wäre wegen dessen, was im Kriege von ihm ausging, daß er sich mißbrauchen und irreleiten lassen konnte zu einem Kriege gegen das Reich. Jetzt sehen wir alles gegeneinander und alles wirr durcheinander dort drüben; eine Bevölkerung, die unter dem allerstärksten seelischen Druck steht, die ihre Pflicht getan hat, die man versucht hat abzubringen von der Pflicht. Lassen Sie mich das eine fragen: Wenn gerade von diesen Menschen um Hitler herum der Ruf kam nach Wiederaufbau des Reiches gegenüber der „schlappen“ Reichsregierung – glauben Sie wirklich, daß diese Kräfte, die nur zerstören konnten, die geeigneten Diktatoren für unser armes Deutschland gewesen wären? Ich glaube, es wird sich mancher diese Frage wohl einmal vorlegen, wenn er sieht, was dort vorgegangen ist! Man hat auf der anderen Seite von uns, von dem Reich und der Reichsregierung gesagt, wir hätten versagt gegenüber Bayern. Man hat mich der Entschlußlosigkeit geziehen, weil ich bei den Differenzen, die vorgelegen haben, das Reich nicht stärker gegen Bayern eingesetzt hätte. Lassen Sie mich demgegenüber das eine sagen: In dem Kampfe um unsere Reichseinheit ist es meiner Meinung nach die Pflicht der Reichsregierung, den Weg zur Verständigung bis zum Letzten zu gehen, solange es sich um Deutsche auf der einen und auf der anderen Seite handelt!

Fragen wir uns nun, was eigentlich der Grund war zu der Krisis, soweit diese Dinge auf sachlichem Gebiete lagen. Einmal, so wird uns gesagt, wäre man im Reiche nicht genügend entgegengekommen dem Wunsche der Länder nach größerer Selbständigkeit, nach dem, was man eine **föderative Reichsverfassung** nennt. Wir stehen in unserer Partei, wie Sie wissen, auf dem Boden weitestgehender Reichsgeltung, aber ich habe keinen Augenblick gezögert, anzuerkennen, daß das Eigenleben der Völker und die Verantwortung der Länder gestärkt werden müsse gegenüber dem jetzigen Verhältnis. Heute übernimmt die Reichsregierung mit der Zusammenfassung der Reichsfinanzen und ihrer Erhebung auch gleichzeitig die Verantwortung für die Besoldung der Beamten der Länder und der Gemeinden. Dadurch ist ein Zustand geschaffen, der Ländern und Gemeinden so wenig gelassen hat an Verantwortung für die Ausgaben, daß das direkt zum Schaden der Reichs und damit letzten Endes mittelbar der Landesinteressen ausgeschlagen ist. Auf diesem Gebiet eine größere finanzielle Selbständigkeit und Verantwortlichkeit zu gewähren, war gerade dieses Kabinett durchaus bereit und hat das zum Ausdruck gebracht auf dem Gebiet des Verkehrswesens. Auf dem vielumstrittenen Gebiete der Auslegung des Artikels 48 bezüglich der Abgrenzung der Rechte der Länder und des Reichspräsidenten soll

ein Reichsgesetz in Angriff genommen werden, und es wird sich auch hier ein Weg finden lassen, der gerade da, wo innere Unruhen in Betracht kommen, auch die Kompetenzen der Länder zu wahren vermag. Aber diese Fragen sollen, sie müssen ausgetragen werden auf verfassungsmäßigem Wege! Will die bayrische Regierung auf diesem Wege zu einer größeren Selbständigkeit kommen und ihre Wünsche vorbringen, so steht ihr die Reichsregierung jederzeit zur Verfügung, und ich würde den Augenblick begrüßen, wo die Streitaxt begraben würde zwischen Bayern und dem Reich. Denn wenn wir irgend etwas brauchen, ist es ein Zusammenstehen nach außen, aber nicht ein Zerfleischen nach innen.

Das zweite Grundsätzliche wäre der große Wesensunterschied der Auffassung zwischen dem nationalen Empfinden im Süden und dem, was man bei uns nennt die Abhängigkeit von dem Geiste des **Marxismus.** Der Generalstaatskommissar v. Kahr wollte ja darüber eine Rede halten. Er hat sie vorher der Presse übergeben, so daß man sie wenigstens lesen kann, auch wenn er sie nicht zu Ende führen konnte[14]. Es ist eine programmatische Kundgebung gegen den Marxismus. Ich muß sagen, daß dies Gedankengänge sind, die kaum bei uns, aber auch kaum in anderen bürgerlichen Kreisen, vielleicht nicht einmal bei allen Sozialisten Ablehnung finden würden. Wenn Herr v. Kahr sagt, daß das Volk nicht allein durch die Wirtschaft gesunden könne, daß es ein marxistischer Gedanke sei, alles auf das Materielle zu stellen, so stimme ich ihm vollkommen zu.

Solange wir nicht von dem Geiste der Wechselstuben und der Likörstuben zu dem Geiste des alten Preußen, der sittlichen Weltverfassung zurückkehren, so lange haben wir kein Recht auf Wiedergeburt und Wiederauferstehung!

Das sind Gedanken, die wirklich nicht allein von München ausgegangen sind, sondern die wir in aller Bescheidenheit doch auch in Preußen zu denken und auszusprechen bereits Gelegenheit gehabt haben. Und wenn man weiter davon spricht, daß es notwendig sei, daß die Persönlichkeit sich durchsetze gegen den Massenwillen: Das ist doch eigentlich das Grundprinzip des Liberalismus; das ist ebenfalls keine neue Entdeckung. Wenn man das alles versteht unter dem Kampf gegen den Marxismus, dann möchte ich glauben, daß man dieserhalb nicht die Wirren über Deutschland zu bringen brauchte, die herausgeboren sind aus diesem Schlagwort,

[14] Gemeint ist wohl die Rede, die Kahr am Abend des 8. November 1923 im Bürgerbräukeller halten wollte, bei der er jedoch von Hitler unterbrochen wurde. Beispielsweise in einem Bericht der Wiener REICHSPOST, Nr. 308 vom 9. November 1923, S. 1 wird die (geplante) Rede teils wörtlich, teils paraphrasiert wiedergegeben.

weil man damit ja nur Gedanken vertreten hat, die vielleicht in zwingenderer Form und auch in praktischerer Arbeit von anderen geleistet worden sind! Wenn ich in den meist so trüben Stunden meiner Kanzlerarbeit einmal eine gewisse innere Freudigkeit gehabt habe, dann war es, als ich las, daß die Spitzenverbände Bayerns und die Handelskammer Augsburg, die Handwerkskammer und andere Organisationen sich gegen Maßnahmen des Diktators Kahr gewandt hatten[15]. Aber ich will nicht auf dieses Intermezzo eingehen, sondern ich möchte einmal die Frage stellen: Wann hat denn das Kabinett, das meinen Namen trägt, in seinen Maßnahmen sich von „marxistischem" Geist leiten lassen? Die militärische Besetzung einzelner Länder, der Abbau des Demobilmachungsgesetzes[16], die Einführung eines Arbeitszeitgesetzes[17], waren das Maßnahmen eines Kabinetts, die von marxistischem Geiste eingegeben gewesen sind?

Gewiß kann man ja politisch darauf hinweisen: Anscheinend bist du doch selbst mit den Sozialdemokraten der Koalition nicht ausgekommen, denn die **Große Koalition** hat sich nicht halten können[18]. Die Große Koalition ist gescheitert, weil die Sozialdemokratie einen Unsicherheitsfaktor in sich hatte seit der Fusion, die sie vollzogen hatte mit der Gesamtheit der unabhängigen Sozialisten[19]. Seit dem Augenblick hatten die verantwortlichen Führer dieser Partei – und ich muß die Verantwortlichkeit hoch anerkennen, mit der sie manche Maßnahmen auf sich genommen haben trotz der gerechtfertigten Besorgnis, daß die Massen ihnen vielleicht entschwänden – ihre

---

[15] Ebd., Nr. 305 vom 6. Oktober 1923, S. 3, findet sich der folgende kurze Bericht aus München vom 5. Oktober: „Der Bayrische Handelskammertag und der Industriellenverband haben die Begutachtung der Grundsätze des Staatskommissärs [Kahr] über die Berechnung der Preise in Festmark abgelehnt. Sie lehnen auch jede Verantwortung für die unausbleiblichen Folgen solcher Wirtschaftsmaßnahmen ab." – Offenbar bezieht sich Stresemann auf diese Vorgänge.

[16] Durch Verordnungen vom 13. und 15. Oktober 1923 hatte die Reichsregierung einzelne Vorgaben früherer Demobilmachungsbestimmungen über die eingeschränkte Entlassung von Arbeitern und Angestellten aufgehoben; Text in REICHSGESETZBLATT 1923,I, S. 945–946, 983–984.

[17] Die Reichsregierung hatte dem Reichstag am 22. Oktober 1923 den vorläufigen Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes zugeleitet, der jedoch während der Amtsdauer der Regierung Stresemann im Reichstag nicht mehr verhandelt wurde (Text in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 380, Anl. 6279).

[18] Die Reichstagsfraktion der SPD hatte ihr Verbleiben in der Großen Koalition in einem Forderungskatalog vom 31. Oktober 1923 u.a. davon abhängig gemacht, daß der militärische Ausnahmezustand aufgehoben werde, daß gegen den bayerischen Verfassungsbruch offen vorzugehen sei und daß die Reichsexekution gegen Sachsen nicht weiter durch die Reichswehr, sondern nur durch die Zivilgewalt betrieben werde (Text des Beschlusses in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 501). Da die übrigen Minister der Reichskabinetts die Forderungen der SPD ablehnten (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 944–947), erklärten die SPD-Minister Schmidt, Radbruch und Sollmann am 2. November 1923 ihren Austritt aus dem Kabinett (ebd., S. 954).

[19] Im Herbst 1920 hatte sich die USPD gespalten, und in der Folge war die größere Zahl der Mitglieder zur KPD übergetreten; im September 1922 vereinigte sich (bis auf wenige Mitglieder, die weiter unter dem Parteinamen USPD firmierten) der verbliebene USPD-Flügel mit der SPD (die sich daraufhin vorübergehend Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands [VSPD] nannte).

Fraktion nicht mehr fest in der Hand, die in beinahe zwei gleiche Flügel zerfiel, die sich gegenseitig aufhoben. Wenn bei der entscheidenden Abstimmung darüber, ob das Ermächtigungsgesetz auch auf sozialpolitische Fragen erstreckt werden sollte[20], schließlich ein Beschluß mit 61 gegen 54 Stimmen, glaube ich, zustande kam, wenn es immer um ganz kleine Stimmenzahlen ungewiß ist, ob die Fraktion ihren Führern folgt, dann kommt dadurch eine Unsicherheit in die Regierung hinein, die auf die Dauer nicht zu ertragen ist. Es waren nicht die Kabinettsmitglieder, die fast in allem einig waren mit allen Beschlüssen, die wir gefaßt haben – es war letzten Endes die Sorge darum, daß in diesen Zeiten der Gärung die Wähler abschwömmen nach der radikalen Seite, und schließlich die Sorge darum, ob man in einer Zeit, die nach neuen Formen drängt, die wesentlich im Widerspruch stehen zu dem, was man früher gelernt hat, das tragen könne mit der großen politischen Partei.

[20] Gemeint ist das am 13. Oktober 1923 vom Reichstag verabschiedete Ermächtigungsgesetz (REICHSGESETZBLATT 1923,I, S. 943), das die Regierung zu „Maßnahmen […] auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete“ ermächtigte, die zwischen den bürgerlichen und den SPD-Ministern strittige Arbeitszeit- und Sozialrentenfrage davon jedoch ausdrücklich ausnahm. – In der SPD-Fraktion war zuvor über die Aufnahme konkreter sozialpolitischer Maßnahmen, also etwa der Arbeitszeitverlängerung, abgestimmt und eine solche mit 61 zu 54 Stimmen abgelehnt worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 458, Anm. 6).

Rede im Zentralvorstand der DVP vom 18. November 1923

Nach NATIONALLIBERALISMUS I, S. 476–487. – Druck auch in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 115 vom 19. November 1923, S. 2–5. Leicht abweichende Fassungen in DIE ZEIT, Nr. 264 vom 20. November 1923; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 226–232.

Der Abbruch des passiven Widerstands war notwendig. Trotz der bisher gescheiterten Verhandlungen mit Frankreich wird Paris zunehmend isoliert. Das besetzte Gebiet kann nicht weiter unterstützt werden, aber Konzessionen an Frankreich kommen dennoch nicht in Frage. Die Währungsreform wurde nicht überhastet, sondern verantwortungsbewußt durchgeführt. Die Vorgänge in Sachsen, Thüringen und Bayern. Verbände und ihre Interessen können nicht zum Maßstab der Politik gemacht werden; auch eine Diktatur würde nicht helfen. Die Rückkehr des Kronprinzen. Wirbt um die Zustimmung der DVP zu seiner Politik.

Ich danke Ihnen für die Begrüßung, die Sie mir zuteil werden lassen[1]. Ich habe Wert darauf gelegt, als Reichskanzler dem Zentralvorstand der Partei, ohne dessen Zustimmung ich mein Amt nicht hätte übernehmen können[2], Bericht über die drei Monate meiner Regierungspolitik zu erstatten. Ich habe Wert darauf gelegt, mich mit meinen Parteifreunden darüber auszusprechen, weil ihre Entscheidung für die Ereignisse der nächsten Tage und ihre Folgewirkungen von größter Bedeutung ist. Es handelt sich darum, ob diese Politik in meiner eigenen Partei Zustimmung oder Ablehnung findet. Das Weitere hängt davon ab: Entweder ist die Partei mit ihrem Kanzler nicht einverstanden, dann hat er die Konsequenzen zu ziehen. Oder aber die Partei steht hinter ihrem Kanzler, dann haben andere die Konsequenzen für ihr Verhalten zu ziehen[3] (Stürmische Zustimmung). Ich lege auch Wert darauf, daß man mit

[1] Nach der Eröffnung der „außerordentlich stark besucht[en]“ Versammlung (NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 115 vom 19. November 1923, S. 1) hatte der zweite Vorsitzende, v. Richter, Stresemann, der von „stürmischem Beifall begrüßt“ wurde, „das Wort „zu seinem Referat über die politische Lage“ erteilt (ebd., S. 2).

[2] Stresemann wurde am 13. August 1923 durch Reichspräsident Ebert zum Reichskanzler ernannt, nachdem er am Tag zuvor mit der Kabinettsbildung beauftragt worden war.

[3] Stresemann war seit Beginn seiner Kanzlerschaft mit der Opposition des rechten Parteiflügels gegen eine Große Koalition und vor allem seit dem Ausscheiden der SPD-Minister am 2. November 1923 mit dessen Drängen auf Hereinnahme der DNVP in die Regierung konfrontiert (vgl. auch NATIONALLIBERALISMUS I, S. 476–477, Anm. 3).

voller Offenheit auf beiden Seiten spricht und daß man dabei alle Fragen berührt, an denen zum Teil heftige Kritik geübt worden ist. Zunächst die Außenpolitik.

Hier kann ich von der Frage ausgehen, in der die Politik des Kabinetts wohl überall Zustimmung gefunden hat. Daß die Aufgabe des passiven Widerstandes[4] eine Notwendigkeit ist, bestreitet niemand. Es wird uns aber vorgeworfen, die Aufgabe sei bedingungslos erfolgt und habe den vollständigen Zusammenbruch unserer Außenpolitik dokumentiert. Demgegenüber wird man zweierlei feststellen müssen. Es bestand natürlich nicht die Absicht, den passiven Widerstand bedingungslos abzubrechen. Wenn man aber Kritik übt und fragt, warum gelang es der Regierung nicht, die Durchführung ihrer Bedingungen zu erreichen, dann muß man auch fragen: Welche Mittel standen der Regierung zur Verfügung? (Lebhaftes sehr richtig!) Machtmittel gab es nicht, und die ideelle Widerstandskraft, auf der der passive Widerstand zunächst aufgebaut wurde, war nicht von unbegrenzter Dauer. Je schwächer der Funke der ursprünglichen Begeisterung wurde, und je schwerer die Ausgaben auf unseren Finanzen lasteten, um so mehr mußten wir uns entschließen, den Widerstand auch ohne Durchsetzung unserer Bedingungen aufzugeben. Uns trotz alledem auf die Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes einzustellen, wäre keine richtige Politik gewesen. Ich habe als Abgeordneter einmal unter Bezugnahme auf den damaligen Außenminister Dr. Simons[5] gesagt, daß kein deutscher Außenminister imstande sei, eine populäre Politik zu treiben, weil immer zwischen dem hochgespannten Nationalgefühl des Volkes und der Politik des Möglichen eine starke Diskrepanz besteht[6].

Der zweite Punkt, der hier in Betracht kommt, sind unsere Verhandlungen mit Frankreich. Man hat gesagt, diese Verhandlungen seien von vornherein aussichtslos gewesen. Es gibt Verhandlungen, die man führen muß, auch wenn man fürchtet, daß sie keine Aussicht bieten. Deshalb mußte versucht werden, ob sich mit Frankreich zu einer Lösung kommen ließe oder nicht, und mich dünkt doch, als ob die Entwicklung, die seitdem auf diplomatischem Gebiet eingesetzt hat, auch wenn sie sich praktisch

---

[4] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, wozu die grundsätzliche Entscheidung am 24. September 1923 fiel und die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[5] Walter Simons (1861–1937), Reichsaußenminister 1920–1921 (parteilos); Präsident des Reichsgerichts und des Reichsstaatsgerichtshofs 1922 – April 1929.

[6] Stresemann bezieht sich auf eine Reichstagsrede vom 28. April 1921 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 349, S. 3462–3471), in der er u.a. ausführte: „Es wird nicht nur für Herrn Dr. Simons, sondern für jeden, der an seiner Stelle steht, eine außerordentliche Schwierigkeit sich daraus ergeben, daß das nach den Leistungen des Weltkriegs mit vollem Recht stark entwickelte Hochgefühl des Volks sich schwer in Einklang bringen läßt mit der Politik, die die machtlose Regierung zu führen gezwungen ist.“ (Ebd., S. 3467).

noch nicht voll auswirkt und erst in späteren Zeiten auswirken kann, doch wohl kein Recht gibt, von einem außenpolitischen Mißerfolg zu sprechen, soweit das Kabinett überhaupt imstande ist, auf diese Entwicklung unmittelbar einzuwirken (Lebhafte Zustimmung). Alle unsere Maßnahmen politischer und diplomatischer Natur haben doch dazu beigetragen, daß in dem zielbewußten Zusammenwirken der beiden angelsächsischen Mächte, in der Trennung Italiens von seinem Nachbarn und in dem Schwanken Belgiens eine Lage für Frankreich eingetreten ist, die dieses Land auf die Dauer nicht so wird tragen können wie bisher[7]. Ich will gar nicht behaupten, daß die Wirkung dieser Politik für uns zunächst unter allen Umständen glücklich sein wird. Die Bedeutung der Entwicklung liegt für uns darin, daß sie vielleicht einen neuen europäischen Geschichtsabschnitt einleitet. Und diese Bedeutung bleibt bestehen, auch wenn die nächste Folge in weiteren Gewalttaten Frankreichs besteht (Lebhafte Zustimmung).

Die Zeit, in der wir leben, trägt alle Merkmale einer fieberhaften Übergangszeit. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir alle Ereignisse beurteilen. Für uns hat sich die Lage praktisch zunächst nicht gebessert. Ich kann keine Hoffnungen machen, daß es in Deutschland in der nächsten Zeit besser werden wird. Wir stehen vor einem furchtbar harten Winter. Wir können auch unserer Wirtschaft nicht sofort aufhelfen und ein weiteres Wachsen der Arbeitslosigkeit[8] nicht verhindern. Hat irgend jemand den Zauberstab, mit dem alle diese Mißstände sich sofort beseitigen lassen, dann trete er hervor; wir sind alle bereit, ihn auf den Schild zu heben. Aber ich glaube, es gibt einen solchen Mann nicht, und wir werden noch durch ein finsteres Tal hindurch müssen (Lebhafte Zustimmung). Hat doch auch Herr von Kahr[9] zu bedenken gegeben, man könne von ihm nicht erwarten, daß er in wenigen Monaten wieder gutmache, was durch Jahre des Krieges und der Revolution zerrüttet worden sei[10].

Es berührt wirklich seltsam, wenn heute in der Presse behauptet wird, der 15. November hätte als der Einführungstag der neuen Währung[11] ein großer Tag sein müs-

---

[7] Zum Versuch der Verhandlungen mit Frankreich und zur Entwicklung der internationalen Lage seit dem Abbruch des passiven Widerstandes vom 26. September 1923 und insb. zur Diskussion über die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch einen Sachverständigenausschuß vgl. die einschlägigen Aktenstücke in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK, A 8 und A 9.

[8] Zum sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit im Spätsommer und Herbst 1923 vgl. die Zahlenangaben in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000, Anm. 12.

[9] Gustav Ritter von Kahr (1862–1934), Generalstaatskommissar für den Freistaat Bayern September 1923 – Februar 1924; bayerischer Ministerpräsident 1920–1921.

[10] Die entsprechende Äußerung Kahrs ist nicht zu ermitteln gewesen.

[11] Nachdem mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige

sen. Das läßt sich in Zeitungsartikeln leicht behaupten; aber wie sehen denn die Dinge in der Praxis aus? Auf dem Papier ist der Etat ins Gleichgewicht gebracht. Ob er sich aber wird durchführen lassen, das muß die Praxis erst ergeben. Man kann heute leider nicht Politik auf lange Sicht machen, weil man gar nicht weiß, wie die Entwicklung auch nur der nächsten Zeit sein wird (Lebhafte Zustimmung). Man spricht auch im Tone des höchsten Vorwurfes von der Programmlosigkeit des Kabinetts. Auf der einen Seite verlangt man von der Regierung Taten, und auf der anderen Seite scheint man zu glauben, daß man unsere ganze Zeit durch Programme heilen könne. Wenn das möglich wäre, dann müßten die Programme der Parteien dieses Wunder längst vollbracht haben. Man stelle sich nur einmal vor, was an ungeheuren Schwierigkeiten alles auf das Kabinett einstürmt, von innen und von außen, und dann frage man sich, ob man das mit einem Programm meistern kann. Wer das glaubt, der kennt unsere Zeit und ihre Notwendigkeiten schlecht (Lebhafte Zustimmung).

Wie stehen die Dinge an Rhein und Ruhr? Frankreich hat die Dinge dahin getrieben, daß die wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Industriellen nicht zum Abschluß gekommen sind[12]. Infolgedessen sind wir gegenüber dem besetzten Gebiet in einer außerordentlich schweren Lage. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir Rhein und Ruhr nicht mehr finanzieren können, ohne daß das ganze Reich zusammenbricht. Man macht sich in der Öffentlichkeit noch nicht die richtige Vorstellung davon, daß wir unter einer inländischen Finanzkontrolle stehen, nämlich der der Rentenbank. Mit den Krediten, die wir von dieser Seite bekommen, müssen wir unbedingt auskommen. Das besetzte Gebiet braucht für 10 bis 14 Tage etwa 100 Millionen Goldmark. Unser Kredit würde also, wenn wir auch noch wenige Wochen weiterzahlen wollten, bald erschöpft sein, und damit wäre alles verloren, was wir mit der Ren-

Währung geschaffen worden war, wurde am 15. November 1923 mit der Ausgabe der neuen Rentenmark begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072).

[12] Nach dem Abbruch des passiven Widerstands war es – anfangs gegen den Willen der Reichsregierung – zu direkten Verhandlungen rheinischer Industrieller mit der „Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines“ (MICUM) über die Wiederaufnahme der Arbeit in den von den Franzosen beschlagnahmten und selbst betriebenen Zechen an der Ruhr gekommen (zur ersten offiziellen Verhandlung vom 5. Oktober 1923 vgl. ebda., S. 474–483). Streitpunkt zwischen Industrie und Reichsregierung war anfangs die Frage, ob Berlin die von den Franzosen weggeführte Kohle („Reparationskohle“) und von ihnen in Anspruch genommene Reichskohlensteuer den Bergwerksbesitzern erstatten würde. Nach der von seiten des Reiches erfolgten Aufhebung einer Reichskohlensteuer wurden die Verhandlungen fortgeführt, waren aber vorläufig noch nicht zu einem Ergebnis gelangt. Zum Verhandlungsstand am 18. Oktober 1923 vgl. ebd., S. 1093–1094.

tenmark erreichen wollten[13]. Wir sind uns gewiß darüber klar, daß das besetzte Gebiet in eine furchtbare Lage kommen wird. Deshalb haben wir auch versucht, wenn irgend möglich, zu einer Verständigung zu kommen, und wir haben uns bereit erklärt, der Industrie gegenüber eine Garantie für die Abmachungen zu übernehmen, die sie mit Frankreich treffen würde. Wir haben uns bereit erklärt, ihr die Auslagen nach der Gesundung unserer Finanzen wieder zurückzuerstatten und ihre Zahlungen auf Steuerkonto gutzuschreiben[14]. Die Verhandlungen, die sie geführt hat, sind mit dem Einverständnis der Regierung geführt worden. Sie sind gescheitert, weil Frankreich die Kohlenlieferungen nicht unserem Reparationskonto gutschreiben, sondern für „andere Verpflichtungen" Deutschlands anrechnen wollte. Wie die Dinge liegen, konnte in dieser Forderung nur der Versuch liegen, uns dazu zu zwingen, den Einbruch in das Ruhrgebiet als legal anzuerkennen und uns mit den Kosten dieses Ruhreinbruches zu belasten. Wir haben deshalb erklärt, daß wir diese Forderung unbedingt ablehnen (Lebhafte Zustimmung)[15], und die Vertreter der Industrie haben demgemäß geantwortet. Die zehnstündige Arbeitszeit, von der Poincaré[16] in seiner letzten Rede spricht[17], hat dabei überhaupt keine Rolle gespielt. Die Entscheidung, die wir haben treffen müssen, ist unendlich schwer und zerreißt die Seele. Trotzdem haben wir sie treffen müssen, weil wir ein nationales Grundrecht Deutschlands nicht preisgeben durften.

Nach vertraulichen Mitteilungen über die Verhandlungen mit den Vertretern des besetzten Gebiets fuhr der Reichskanzler fort: Nun ein Wort zur Währungsfrage. Ich bin der Ansicht, daß der Billionenkurs, zu dem wir gelangt sind[18], die Folgewirkung eines automatischen Prozesses ist. Der Stein macht um so größere Sprünge, je tie-

---

[13] Zu den verschiedenen Besprechungen des Reichskabinetts mit dem Fünfzehnerausschuß und den betroffenen Ministerpräsidenten über die Möglichkeiten weiterer Geldleistungen für das besetzte Gebiet vom 13. und 17. November 1923 vgl. ebd., S. 1042–1049, 1051–1055, 1057–1060, 1104–1124.

[14] Vgl. dazu das Schreiben Stresemanns an die Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins vom 3. November 1923 (ebd., S. 959–960).

[15] Vgl. das Schreiben Stresemanns an die Sechserkommission vom 13. November 1923 (ebd., S. 1061–1063).

[16] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[17] In der Wiener REICHSPOST, Nr. 315 vom 17. November, S. 1, findet sich eine Meldung der Agence Havas, wonach Poincaré in seiner Kammerrede vom Vortag behauptet habe, die deutschen Industriellen hätten bei den Verhandlungen davon gesprochen, „einen Teil ihres Personals zu entlassen und den verbleibenden Arbeitern den zehnstündigen Arbeitstag aufzuerlegen". Offenbar bezieht sich Stresemann auf diese Rede.

[18] Zur Entwicklung der Hyperinflation vgl. die Tabellen in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1218–1223.

fer er fällt. Inzwischen ist der Gedanke einer neuen wertbeständigen Währung durchgeführt worden. Man hat die schärfsten Vorwürfe erhoben, weil diese Durchführung so lange gedauert hat. Demgegenüber möchte ich hervorheben, daß die Einführung des wertbeständigen Geldes ihre besonderen Gefahren hatte, solange der passive Widerstand noch im Gange war. Bei den Ausgaben, die wir während dieser Zeit hatten, wäre das wertbeständige Geld in kurzer Zeit verbraucht worden. Damals brauchten wir noch das Papiergeld (Sehr richtig!). Wenn die Lösung dieses Währungsproblems dann vielen nicht schnell genug gegangen ist, so geben sich alle diese Kritiker keine Rechenschaft darüber, daß auf keinem Gebiete die Ansichten der Sachverständigen einander so sehr widersprachen wie hier. Jeder Sachverständige ist der Ansicht, daß sein Weg allein zum Ziel führt und jeder andere zur Katastrophe. Wenn das Kabinett unter diesen Umständen seine Entschlüsse nicht von einer Stunde zur andern faßt, sondern bei der Auswahl des richtigen Mittels sich seiner Verantwortung bewußt bleibt, so sollte man dafür Verständnis haben. Die Regierung hat so rasch und schnell gehandelt, wie sie unter den gegebenen Voraussetzungen konnte. Dabei gebe ich die Kritik an einzelnen währungstechnischen Maßnahmen der Regierung völlig frei. Manche dieser Maßnahmen sind weder aus wirtschaftlichen oder währungstechnischen Gründen erfolgt, sondern aus rein politischen Gründen. Sie sollten dazu dienen, die Lage zu halten und uns über eine schwierige Übergangszeit hinwegzuhelfen. Dabei mußten wir uns manchmal zu einer Politik auf Tage verstehen. Der politische Grund aber war ausschlaggebend, und wenn es gelungen ist, unter den denkbar schwierigsten Umständen die soziale Ruhe und Ordnung in Berlin und im Reich aufrechtzuerhalten und den Ausbruch einer sozialen Revolution zu verhindern, so sehe ich den Beweis dafür, daß unsere Maßnahmen richtig gewesen sind (Stürmische Zustimmung).

Innerpolitisch haben uns die bayerische und sächsisch-thüringische Frage am meisten beschäftigt. Daß es gelungen ist, die Lösung der sächsischen Frage[19] unter Zustimmung der sozialdemokratischen Minister in Angriff zu nehmen, war die Folge einer Politik, die man doch wohl nicht als einen Fehlschlag bezeichnen kann (Leb-

[19] Gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208).

hafte Zustimmung). Die Regierung konnte erst eingreifen, als die Dinge dazu reif geworden waren. In der Öffentlichkeit hat man es leicht zu sagen: Ach, dieser Zeigner[20]! Für die Regierung aber war er Ministerpräsident eines Landes, und es wäre gefährlich, wenn eine Reichsregierung sich auf den Standpunkt stellen wolle, sie könne nach Belieben gegen eine Landesregierung vorgehen. Um die Grenze zu wahren, wurde im Kabinett Wert darauf gelegt, daß das Einschreiten gegen Sachsen nicht als eine militärische Aktion aufzufassen sei, sondern daß der Reichskanzler die Verantwortung dafür übernehmen müsse. Ich habe diese Verantwortung übernommen, und habe mir die Folgen sehr genau überlegen müssen. Es wäre in Deutschland gefährlich, wenn man den Bogen des Zentralismus überspannen wollte. Was dann in Sachsen nach dem Sturze Zeigners geschah, entzog sich der Kompetenz der Reichsregierung. Ich bin gefragt worden, ob das Reichskabinett eine neue sozialistisch gebildete sächsische Regierung als verfassungsmäßig anerkennen werde. Ich habe diese Frage selbstverständlich bejahen müssen[21]. Die Neubildung der sächsischen Regierung war Sache der sächsischen Landtagsfraktionen. Auch in Thüringen sind die Kommunisten inzwischen aus der Regierung ausgeschieden[22]. In Thüringen hat sich das Ausscheiden der Kommunisten erfreulicherweise ruhig vollzogen. Die Bildung einer neuen thüringischen Regierung ist selbstverständlich Sache der dortigen Landtagsfraktionen. Was die Zustände in Bayern[23] anlangt, so erhielt man von der Linken her den Vorwurf, es sei mit ungleichem Maß gemessen worden. Diese Behauptung trifft nicht das Richtige. Bis zum 9. November lagen die Dinge in Sachsen und Bayern nicht gleich. In Bayern waren Leben und Eigentum nicht bedroht. Der Kampf spielte sich in Bayern auf dem Gebiet bundesstaatlicher Forderun-

[20] Erich Zeigner (1886–1949), sächsischer Ministerpräsident (SPD) 21. März – 29. Oktober 1923.

[21] Eine entsprechende Frage und die Antwort Stresemanns konnten in den veröffentlichten Akten nicht ermittelt werden. Vermutlich bezieht er sich auf eine Anfrage von Wels, wie er in der Rede in der Reichstagsfraktion der DVP vom 6. November 1923 (vgl. diese Edition) näher ausführte. – Henry BERNHARD berichtet daneben in seinem offiziösen Rückblick auf das Kabinett Stresemann (S. 20–21) von einem Telefonat in der Nacht vom 30. auf den 31. Oktober 1923 zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der sächsischen DVP und Stresemann, in dem die betreffende Frage erörtert wurde.

[22] Auch in Thüringen war am 16. Oktober 1923 eine Regierung aus SPD und KPD gebildet worden; am 6. November marschierte die Reichswehr in Thüringen ein und zwang am 12. November 1923 die kommunistischen Minister zur Abdankung (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 994–1006 mit den dortigen Anm. sowie SCHULTHESS 64 [1923], S. 216).

[23] Gemeint sind die Wochen zwischen dem 26. September 1923, als gleichzeitig im Reich und in Bayern der Ausnahmezustand proklamiert wurde; in der Folge kam es zu Auseinandersetzungen über die Frage des Nebeneinanderexistierens beider Ausnahmezustände und über die Weisungsbefugnis von Reichsstellen gegenüber dem in Bayern stationierten Militär; vgl. dazu insb. die Rede Stresemanns in einer Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder in der Reichkanzlei vom 24. Oktober 1923 mit den dortigen Anm.

gen gegenüber der Zentralgewalt ab, ohne daß dabei die Notwendigkeit eines direkten Eingreifens vorlag oder sich erkennen ließ. Daß Bayern im alten Reich Reservatrechte hatte[24], war Bismarcksche[25] Politik, und daß diese Rechte im Sturme der Revolution preisgegeben worden sind, hat in Bayern, wie man verstehen kann, nachgewirkt. Es war das Recht Bayerns, zu versuchen, die alten Rechte wiederzuerlangen. Die Reichsregierung hat auch dagegen niemals Front gemacht, sobald der Versuch auf verfassungsmäßigem Wege erfolgte. Man muß allerdings unter den heute gegebenen Verhältnissen zwischen militärischen und anderen Fragen unterscheiden. Die einzelnen Teile der Reichswehr müssen unbedingt unter einer zentralen Leitung zusammengefaßt sein (Lebhafte Zustimmung). In der Frage der militärischen Gewalt handelt es sich allerdings um eine grundsätzliche Frage. Ist es tatsächlich so, wie behauptet worden ist, daß man den Gedanken der Befehlsgewalt überspannt hat? Man kann dabei die Angelegenheit des „Völkischen Beobachters“[26] ausschalten, obgleich kein Zweifel möglich ist, daß dieses Blatt, wenn es den General von Seeckt[27] als unnational hinstellte, eine wüste Hetze entfaltet hat. Aber von diesem Einzelfall abgesehen: Ich bin doch der Ansicht, daß ein militärischer Befehl, der gegeben worden ist, auch ausgeführt werden muß (Stürmische Zustimmung). Gewiß konnte der Befehlsempfänger[28] der Ansicht sein, er könne den Befehl nicht ausführen, dann aber mußte er sein Amt niederlegen (Lebhafte Zustimmung). Inzwischen haben die Dinge in Bayern eine neue Entwicklung eingeschlagen. Es ist dort ein Zusammenbruch von Charakteren und Persönlichkeiten erfolgt, wie ihn wohl niemand für möglich gehalten hatte. Und welches ist der politische Schluß, den man daraus ziehen muß? Es wird der Reichsregierung immer zugerufen: „Taten!“ Nun, dort in München

---

[24] Nach der Reichsverfassung von 1871 standen einzelnen Bundesstaaten und insbesondere Bayern zahlreiche Sonderrechte, etwa im Bereich des Eisenbahn- und Postwesens, zu.

[25] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[26] Der „Völkische Beobachter“, die Parteizeitung der NSDAP, hatte am 27. September 1923 einen Artikel veröffentlicht, der heftige Angriffe auf Stresemann, die Reichswehrführung und insbesondere Seeckt enthielt (VÖLKISCHER BEOBACHTER, Nr. 199 vom 27. September 1923, S. 1; Wiederabdruck u.a. in HITLER-PUTSCH S. 74–76, Anm. 71). Dies bot dem Inhaber der vollziehenden Gewalt, Reichswehrminister Geßler, am 28. September 1923 den Anlaß, den Völkischen Beobachter zu verbieten (Text des Fernspruchs u.a. ebd., S. 185–186). Die Nichtdurchführung dieses Verbots durch General von Lossow, den bayerischen Landeskommandanten, der sich auf den Einspruch des bayerischen Generalstaatskommissar Kahr berief (vgl. sein Telegramm an Geßler vom 1. Oktober 1923: ebd., S. 186), führte zur weiteren Eskalation der Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern in der Folgezeit. Vgl. dazu auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 410 mit Anm. 2.

[27] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP).

[28] Gemeint ist Otto von Lossow (1868–1938), Kommandeur der 7. (bayerischen) Division der Reichswehr und Landeskommandant von Bayern 1921–1924.

waren die „Tatmenschen“. Wie soll man sich aber die Politik denken, wenn sie von solchen Tatmenschen gemacht wird? (Sehr richtig.)

Was im übrigen gegen die Persönlichkeiten des neunten November[29] zu tun ist, das muß Sache des Reichsanwalts sein[30]. Woher sind diese Verhältnisse in Bayern gekommen? Dort bestanden drei Regierungen, die des Generalstaatskommissars[31], die der verfassungsmäßigen Regierung[32] und die der nationalen Verbände[33]. Es gibt viele, die behaupten, die Parteien seien tot und die Regierung müsse sich auf die nationalen Kraftquellen des Landes stützen. Gewiß sind die Parteien nicht die einzigen Kraftquellen, es gibt auch sehr starke Kräfte des Volkslebens, die sich außerhalb der Parteien auswirken. Aber was diese Bestrebungen, wie die der erwähnten Verbände, so bedenklich macht, ist das eine: geistige Kraftquellen sieht man nicht. Man sieht nur Wirtschaft und die angeblich alleinige Versinnbildlichung des nationalen Gedankens und nationalen Verbandes. Wenn sich eine Regierung allein darauf stützen wollte, so wäre eine solche Diktatur die abhängigste Regierung, die sich denken läßt. Dann hat man eine Diktatur, die ausgeübt wird von gewissen Führern des Wirtschaftslebens und von den nationalen Verbänden, und der Inhalt der Regierungspolitik richtet sich dann danach, was diese Verbände als nationale Politik ansehen. Glaubt man, daß auf diese Weise überhaupt eine vernünftige Politik möglich ist? (Stürmische Zustimmung). Und hat jemals eine verfassungsmäßige Regierung keine Rücksicht auf die Wirtschaft genommen?

---

[29] Am Abend des 8. November 1923 hatte Hitler im Münchener Bürgerbräukeller während einer Rede des Generalstaatskommissars Kahr mit bewaffneten Anhängern die Versammlung besetzt, die Reichsregierung für abgesetzt erklärt und zum Marsch nach Berlin und zur Errichtung einer Diktatur unter seiner Führung und derjenigen Ludendorffs als Reichswehrminister unter Einbindung Kahrs und Lossows aufgerufen (vgl. neben vielen anderen Quellen die Wiedergabe des amtlichen Berichts in SCHULTHESS 64 [1923], S. 212–213; sowie DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 366–367). Nach der Distanzierung Kahrs und der bayerischen Regierung vom Putsch scheiterte am folgenden Vormittag ein von Hitler und Ludendorff angeführter Marsch bewaffneter Teilnehmer zur Feldherrnhalle im Feuer der Polizei.

[30] Tatsächlich wurden die Teilnehmer am Hitler-Putsch nicht vom Oberreichsanwalt vor dem Reichsgericht angeklagt, sondern infolge des bayerischen Widerstandes vor dem Volksgericht in München.

[31] Gustav Ritter von Kahr (1862–1934), Generalstaatskommissar für den Freistaat Bayern September 1923 – Februar 1924; bayerischer Ministerpräsident 1920–1921.

[32] Die Regierung unter Eugen Ritter von Knilling (BVP) hatte mit der Proklamation des bayerischen Ausnahmezustands am 26. September 1923 Kahr zum Generalstaatskommissar und Inhaber der vollziehenden Gewalt ernannt; Text der Verordnung u.a. in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 388–389.

[33] Die „Vereinigung Vaterländischer Verbände“, die Stresemann hier wohl in erster Linie meint, war eine 1922 in Bayern gegründete Vereinigung bayerischer paramilitärischer Wehrverbände. Sie galten als Stütze Kahrs bei seinen gegen Berlin gerichteten Plänen. Bereits im Frühjahr 1923 war die NSDAP aus dieser ihr zu gemäßigt erscheinenden Vereinigung ausgetreten.

Die Art, wie manche Teile des Landbundes vorgehen, weise ich zurück[34] (Stürmische Zustimmung). Man läßt von dieser Seite immer durchblicken, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen Landwirtschaft und Regierung für die Volksernährung unerläßlich sei. Gewiß, aber ich bin der Ansicht, daß es unter allen Umständen Pflicht der Landwirtschaft ist, für die Ernährung des deutschen Volkes zu sorgen (Stürmische Zustimmung). Wenn der Landbund das abhängig macht von der Zusammensetzung der Regierung, dann gibt er damit den Beamten und Arbeitern ein böses Beispiel. Dann kann dasselbe schließlich auch von links verlangt werden, dann können auch die Notendrucker verlangen, daß ein Kommunist Wirtschaftsminister sein soll, wenn sie dem Deutschen Reiche die Noten drucken sollen. Schließlich produzieren doch nicht nur diejenigen, die sich Produzenten nennen, auch die geistigen Arbeiter, die am Wiederaufbau des Vaterlandes arbeiten, sind Produzenten (Stürmische Zustimmung). Deshalb warne ich vor dem Wege, den diejenigen gehen wollen, die sich lediglich auf die wirtschaftlichen Kraftquellen stützen, und was die nationalen Verbände anlangt, so haben die „Münchener Neuesten Nachrichten“[35] sehr zutreffend an die Politik des Freiherrn vom Stein[36] vor hundert Jahren erinnert. Es ist ganz natürlich, daß die Jugend überschäumt, aber es ist ebenso verständlich, daß die Geschicke des Staates nicht ihr anvertraut werden können. Das hat man der verantwortlichen Regierung zu überlassen (Lebhafte Zustimmung). Das Richtige trifft diejenige Regierung, die in vernünftigen Bahnen das ganze Volk zum nationalen Denken erzieht, die nicht ängstlich wird, wenn die Begeisterung einmal überschäumt, die sich aber dadurch in ihrem Wege nicht beirren läßt und das tut, was sie für notwendig hält. Wenn man die Regierung nur noch in Wirtschaftsverbänden befragen und die Parteien ausschalten will, so liegt darin die Auslöschung des Idealismus im politischen Leben, so ist die Folge, daß man alles Geistige beiseite schiebt und nur noch das Materielle zur Geltung kommen läßt. Und das wäre das Ende. Denn nicht vom Materiellen, sondern vom Geistigen muß der Wiederaufstieg kommen (Stürmischer Beifall).

---

[34] Der Reichslandbund unter seinem Präsidenten Hepp (zugleich Mitglied der DVP-Fraktion im Reichstag) hatte in der Währungsfrage eine andere Haltung als die Reichsregierung eingenommen, die hohe Steuerlast beklagt und die Zusammensetzung des Kabinetts kritisiert (vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 483, Anm. 19).

[35] In einem die Münchner Ereignisse der vorangegangenen Tage kommentierenden Artikel der MÜNCHNER NEUESTEN NACHRICHTEN, Nr. 307 vom 12. November 1923, S. 2, heißt es u.a.: „Der Freiherr vom Stein, der von allen Deutschen als Retter aus der größten Not gepriesen wird, hat jahrelang einen schweren, ihn fast zermürbenden Kampf kämpfen müssen, gegen übereifrige, nationale Kreise, die seine kluge Zurückhaltung, sein sorgfältiges Abwägen der Machtmittel ihm zum Vorwurf machten, ja ihn sogar einer vaterlandslosen Gesinnung ziehen.“

[36] Karl Freiherr vom und zum Stein (1757–1831), preußischer Politiker und Reformer; Finanz- und Wirtschaftsminister 1804–1807, Staatsminister 1807–1808.

Ein Kabinett, das sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt, ist im Deutschen Reichstag von vornherein durch keine Kombination zu erzielen. Das gegenwärtige Kabinett hat diese Mehrheit gewiß auch nicht[37]. Es muß sich die Mehrheit suchen, und wenn es die Mehrheit nicht findet, so wird die Frage akut werden: Soll nun der Reichstag aufgelöst werden oder soll das Direktorium kommen[38], das sich unter Ausschaltung der Parteien auf die wirtschaftlichen Verbände stützt? Vor diesem zweiten Wege warne ich, warne ich nicht aus persönlichen Gründen, da ich persönlich den Augenblick begrüßen würde, der mich von der Amtsbürde befreit. Wenn ich aber im Amte bleiben und die bisherige Politik weiter vertreten soll, dann kann ich es nur, wenn mir in der eigenen Fraktion keine Schwierigkeiten gemacht werden (Stürmischer, immer wieder einsetzender Beifall). Eine Abkehr von der jetzigen verfassungsmäßigen Regierungspolitik ist nicht [nur] innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch verhängnisvoll. Käme die Diktatur, so würden wir die außenpolitische Mehrbelastung, die daraus erwächst, nicht mehr tragen können. Wir haben außenpolitisch viele Belastungsproben aushalten müssen, die Fortführung der Militärkontrolle[39] haben wir ablehnen müssen. Wir haben eine Belastung zu tragen, die uns die Vorgänge in München außenpolitisch verursachte.

Man wirft uns die Rückkehr des Kronprinzen[40] vor und droht uns mit neuen Sanktionen[41]. Ich halte es aber doch für besser, neuen französischen Brutalitäten ausge-

---

[37] Stresemann leitete seit dem Ausscheiden der SPD-Minister aus der Großen Koalition am 2. November 1923 ein Minderheitskabinett.

[38] Zu den Anfang November 1923 umlaufenden Plänen einer Diktatur oder eines außerkonstitutionellen „Direktoriums“ unter Beteiligung Seeckts, Wiedfeldts und ggf. des im Oktober 1923 aus der Leitung des Stinnes-Konzerns ausgetretenen Industriellen Friedrich Minoux vgl. u.a. die Schreiben Seeckts an Kahr vom 2. November und an den Botschafter Wiedfeldt in Washington vom 4. November 1923 (ebd., S. 1211–1215, 1215–1216).

[39] Die Botschafterkonferenz hatte bereits am 3. Oktober 1923 in einer Note an die deutsche Regierung gefordert, die Interalliierte Militärkontrollkommission (zur Überprüfung der deutschen Abrüstung) ihre Arbeit in Deutschland wieder aufnehmen zu lassen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 452–456), und am 3. November auf die gravierenden Folgen einer deutschen Ablehnung hingewiesen (vgl. ebd., S. 619 mit Anm. 1). Maltzan hatte daraufhin den Geschäftsträger Hoesch in Paris mit Weisung vom 9. November 1923 beauftragt, der Botschafterkonferenz eine Antwortnote zu übergeben, in der die Wiederaufnahme der Militärkontrolle unter Verweis auf die innenpolitischen Folgen in Deutschland abgelehnt wurde (ebd., S. 619–620).

[40] Wilhelm von Preußen (1882–1951), ehem. Kronprinz des Deutschen Reiches. – Stresemann hatte dem seit 1918 im niederländischen Exil weilenden Kronprinzen die Rückkehr nach Deutschland ermöglicht, die am 15. November 1923 erfolgte, ihn aber gleichzeitig zur politischen Enthaltsamkeit verpflichtet (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 215–224; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 521–523).

[41] Die Botschafterkonferenz hatte bereits im Vorfeld der Rückkehr, am 9. November 1923, vor deren Folgen für Deutschland gewarnt (vgl. ebd., S. 631, Anm. 1), und auch Curzon warnte noch am 14. November 1923 Sthamer, den deutschen Botschafter in London, vor diesem „Akt äußerster Torheit“ (der Bericht Sthamers ebd., S. 631–632, Zitat: S. 632). Am folgenden Tag berichtete Hoesch aus Paris, daß Poincaré die Rückkehr (zusammen mit der Militärkontrollfrage) dazu nutzen könnte, um

setzt zu sein, als dem Vorwurf, daß der letzte Deutsche aus dem Weltkriege noch im Auslande fern von seiner Familie weilen muß (Stürmische Zustimmung). Alle diese Belastung ist außenpolitisch von uns zu tragen. Man wird uns voraussichtlich die Forderung stellen, den Kronprinzen auszuliefern, und wir werden diese Forderung selbstverständlich ablehnen (Stürmischer Beifall). Wir stehen in Verhandlungen über ausländische Kredite[42]. Diese Verhandlungen können nur zum Erfolg führen, wenn Deutschland sich von inneren Krisen frei hält. Diese Forderung wird von allen ausländischen Finanzkreisen erhoben, weil sie der Ansicht sind, daß nur bei ruhiger und stetiger politischer Entwicklung eine Gesundung unserer Wirtschaft möglich ist. Dafür zu sorgen, ist unsere Sache. Für die Mehrleistung und Mehrproduktion wird die Regierung die Voraussetzung schaffen. Die Regelung der Arbeitszeit wird ungefähr in dem Sinne erfolgen, wie sie durch das Arbeitszeitgesetz vorgesehen war[43]. Daß es hier mit dem einfachen Diktieren nicht getan ist, haben die Erfahrungen im Ruhrgebiet bewiesen. Die Verminderung des Beamtenapparates, die Aufhebung der Ausfuhrkontrollen, die Führung von Kreditverhandlungen und alles, was an Regierungstätigkeit vor Augen liegt, wird Ihnen zeigen, daß das Kabinett es an Arbeit, Aktivität und Verantwortungsfreudigkeit nicht hat fehlen lassen. Ob seine Tätigkeit in allen Punkten ein Erfolg ist, wird sich erst später zeigen können. Eins aber ist heute schon klar: Sie haben das Recht, Sie hier im Zentralvorstand und Sie hier in der Fraktion, ein Urteil darüber zu fällen, ob der Weg, den wir gegangen sind, richtig war oder nicht. Sie können aber von dem Führer Ihrer Partei nur verlangen, daß er das Opfer bringt, diesen Weg weiterzugehen, wenn er seine eigene Partei hinter sich hat (Stürmischer, sich immer wieder erneuernder Beifall. Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und bereiten dem Reichskanzler eine stürmische Ovation).

[…][44]

Reichskanzler Dr. Stresemann antwortete im Laufe der Aussprache besonders auf die angeregten Wirtschaftsfragen. Eine glatte Lösung derselben gebe es nicht, alle Vorschläge finden sogleich auch ihre Widersprüche. Die Regierung ist aber nicht et-

aus der Isolation gegenüber Großbritannien herauszutreten und letzteres zu einer Kollektivdemarche in Berlin zu bewegen (ebd., S. 633–634).

[42] Vgl. dazu STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 233–236.

[43] Die Reichsregierung hatte dem Reichstag am 22. Oktober 1923 den vorläufigen Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes zugeleitet, der jedoch während der Amtsdauer der Regierung Stresemann im Reichstag nicht mehr verhandelt wurde (Text in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 380, Anl. 6279).

[44] In der anschließenden Diskussion prallen die Meinungen derjenigen, die eine Regierungsbeteiligung der DNVP verlangen, und der Gegner dieser Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen, die also Stresemanns Standpunkt unterstützen, aufeinander; vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 485–486.

wa ohne Rat und Entschluß, sondern sie führt Verhandlungen, von denen die Möglichkeit abhängt, die schwere Zeit des kommenden Winters zu ertragen. Verhandlungen mit dem Ausland können aber nicht dadurch gefördert werden, daß alle Monate ein neues Kabinett und neue Leute als Kontrahenten auftreten. Innenpolitisch mag ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen Vorteile und Erleichterungen bringen, außenpolitisch aber sind, wie ein bekannter Großindustrieller[45] sagte, die Deutschnationalen kein Exportartikel. Das Wort von dem Primat der äußeren Politik gilt ganz besonders für ein schwaches und getretenes Land. Bisher haben die Deutschnationalen nicht diejenige Art der Politik getrieben, durch die man zur gemeinsamen Arbeit kommen kann. Durch Aufrufe und Angriffe schärfster Art haben sie gegen unsere Partei Stimmung gemacht und die Autorität der Regierung zu untergraben gesucht. Herrn Abgeordneten Dr. Heinze[46] erinnert er daran, daß gerade er der erste nationalliberale Ministerpräsident einer großen Koalition war, nämlich im Königreich Sachsen[47], und daß er im Jahre 1920 den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurückgegeben habe, als die Sozialdemokraten ihm die Mitarbeit versagten[48]. Er, Dr. Stresemann, habe aber entschlossen das Kabinett weitergeführt, als vor kurzem die Sozialdemokraten ausgeschieden sind[49].

---

[45] Wie sich aus dem Protokoll der Kabinettssitzung vom 19. November 1923 ergibt (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1131), meint Stresemann hier Hugo Stinnes (1870 – 10. April 1924), Großindustrieller und Mitglied des Reichstages 1920–1924 (für die DVP). – Die genauere Herkunft des nachfolgenden Zitats konnte nicht ermittelt werden.

[46] Karl Rudolf Heinze (1865–1928), Reichsjustizminister und Vizekanzler 1920–1921; Mitglied der Nationalversammlung (dort Fraktionsvorsitzender) und des Reichstags 1919–1928 (für die DVP).

[47] Heinze, der in der vorangegangenen Diskussion (vgl. Anm. 44) die Beteiligung der SPD an der Regierung abgelehnt und die Aufnahme der Deutschnationalen propagiert hatte, war vom 26. Oktober bis zum 13. November 1918 der letzte königlich-sächsische Ministerpräsident als Regierungschef einer Koalition unter Beteiligung der Sozialdemokraten gewesen.

[48] Heinze war am 13. Juni 1920 von Ebert mit der Regierungsbildung beauftragt worden, scheiterte jedoch an der grundsätzlichen Ablehnung der SPD, mit der DVP zu koalieren, und gab den Auftrag zurück (vgl. SCHULTHESS 61,I [1920], S. 156–157).

[49] Nach längerer Debatte findet eine Entschließung mit 206 gegen 11 Stimmen eine große Mehrheit, die Stresemann das volle Vertrauen ausspricht und damit indirekt seine Ablehnung der Hereinnahme der DNVP in die Regierung befürwortet (NATIONALLIBERALISMUS I, S. 486–487; vgl. auch SCHULTHESS 64 [1923], S. 217–218).

Reichstagsrede vom 22. November 1923[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12180–12196. – Druck auch in STRESEMANN, Reichstagsreden S. 155–206. Teildrucke in STRESEMANN, Vermächtnis I S. 237–243; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 264–268; SCHULTHESS 64 (1923), S. 219–221.

Die politische Radikalisierung in Deutschland ist die Folge der französischen Politik. Trotz des gescheiterten Versuchs zu Verhandlungen mit Frankreich nach Abbruch des passiven Widerstandes ist die Reparationsfrage wieder auf der internationalen Tagesordnung. Dankt für die ausländische karitative Hilfe, insbesondere aus Österreich. Die Industriellen-Verhandlungen der Industrie mit Frankreich. Die Haltung der Reichsregierung zu weiteren Finanzleistungen für die besetzten Gebiete ist kein Ausdruck einer neuen Politik, sondern Frankreich läßt keine andere Politik zu. Der Hitler-Putsch in München, die Vorgänge in Sachsen und deren negative Rückwirkungen im Inland und auf das Ausland. Die mögliche Föderalisierung der Reichsverfassung. Verteidigt das Vorgehen der Reichswehr in Sachsen und Thüringen. Die Fortdauer des Ausnahmezustands. Die Ausgabe wertbeständigen Geldes und die Möglichkeit einer Auslandsanleihe. Die Idee der Volksgemeinschaft, die sich in der Großen Koalition ausdrückte, sollte durch die Überbrückung großer innerer Gegensätze die Krisen überwinden helfen. Die Krankheiten des Parlamentarismus in Deutschland sind die Rache für die Entwicklungen des vorangegangenen Jahrhunderts; das kann aber nicht durch Bürgerkrieg gelöst werden.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Die Herrn Abgeordneten Hergt[2] und Wels[3] haben ihr Befremden darüber ausgesprochen[4], daß der

[1] Der Reichstag debattierte seit dem 20. November 1923 unter dem Tagesordnungspunkt „Politische Aussprache“ über die Stellung der Regierung. Die Debatte war am 20. November von Präsident Löbe zunächst unter- und dann abgebrochen und auf den 22. November 1923 vertagt worden, weil sich der KPD-Abgeordnete Remmele trotz Ausschluß aus der Sitzung weigerte, den Saal zu verlassen. Dadurch war Stresemann, dem bereits das Wort erteilt war, am 20. November 1923 nicht mehr zu Wort gekommen (vgl. ebd., Bd. 361, S. 12175–12177; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 237). Zwischenzeitlich, nämlich datiert auf den 22. November 1923, gingen drei unterschiedlich motivierte Mißtrauensanträge der DNVP, der SPD und der KPD gegen die Regierung Stresemann ein (Text der Anträge in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 380, S. 7624 u. 7625 [Drucks. 6344, 6346, 6349]). – Zur Vorberatung der Debatte und der Rede Stresemanns im Kabinett vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1130–1136 u. 1160–1163.

[2] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; deren Fraktionsvorsitzender bis 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

Reichskanzler diese Debatte nicht selbst eröffnet hätte, und daraus gewissermaßen die Folgerung gezogen, als wenn die Reichsregierung dadurch, daß sie nicht eine Erklärung abgäbe, sondern sich an einer politischen Aussprache beteiligte, etwa die Absicht hätte, sich der **Vertrauensfrage** zu entziehen, die für die Fortdauer einer Regierung die Grundlage bildet. In bezug auf das Recht des Parlaments, Vertrauens- oder Mißtrauensvoten zu erteilen, besteht kein Unterschied zwischen einer politischen Aussprache und einer Erklärung der Regierung. Die Reichsregierung weicht dieser Entscheidung nicht aus, sondern sie sucht sie. Sie hat auch heute den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß diese Entscheidung sobald als möglich erfolge, da es notwendig ist, daß das Land, die Regierung und das Parlament vor klare Verhältnisse gestellt werden. Ich werde darüber noch später sprechen.

Gestatten Sie mir aber zunächst, mich mit Fragen der **Außenpolitik** zu beschäftigen. Der Herr Abgeordnete Wels hat sie an die Spitze auch seiner Ausführungen gestellt. Er hat von der Politik gesprochen, die sich an den Namen des französischen Ministerpräsidenten[5] knüpft. Schlimmeres an Unerträglichkeiten hat wohl nie eine Politik mit sich gebracht als die, deren Träger bis zur Gegenwart der französische Ministerpräsident ist, die in fortgesetzter Konsequenz schließlich die Grundlage der gesamten politischen und sozialen Zerrüttung Deutschlands ist.

(Sehr richtig!)

Der französische Ministerpräsident hat kürzlich die Aufmerksamkeit der deutschen Reichsregierung auf die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland gelenkt[6] und seiner Besorgnis über radikale Tendenzen, die sich in Deutschland ausbreiten, Ausdruck gegeben, und zwar, wie es wohl genannt war, über radikale Tendenzen nationalistischer Art. Es wäre töricht, leugnen zu wollen, daß die Entwicklung in Deutschland dem Extrem zutreibt. Das zeigen neben den Erscheinungen des öffentlichen Lebens auch die Wahlen, die stattgefunden haben, die überall ein Zuströmen des

---

[3] Otto Wels (1873–1939), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD; deren Mitvorsitzender 1919–1933).

[4] Die Reden von Wels und Hergt vom 20. November 1923 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12158–12167 u. 12167–12175.

[5] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[6] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf ein Gespräch am 9. November 1923 mit dem französischen Botschafter Margerie, der entsprechende Äußerungen Poincarés mitteilte (vgl. die Aufzeichnung Stresemanns in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 617–619). Die Reichsregierung veröffentlichte den wesentlichen Inhalt des Gesprächs am 10. November 1923 (SCHULTHESS 64 [1923], S. 214–215).

Volkes zu diesem Extrem erkennen lassen[7]. Aber Art und Ursache dieser Entwicklung liegen auch vollkommen klar. Wenn der Herr französische Ministerpräsident und die französische Politik aufrichtig den Wunsch hätten, die Stabilität der deutschen Verhältnisse auf der Basis konstitutioneller Demokratie zu sichern, so läge es in ihrer Hand am ehesten, einer Entwicklung zum Extrem und zum Radikalismus in Deutschland den Boden zu entziehen.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Welches sind denn schließlich die Grundlagen dieser Erscheinungen? Das Elend der Verhältnisse treibt die Menschen zum Extrem. Der Kommunismus zieht seine stärksten Stützen aus dem sozialen Elend, und der Rechtsradikalismus zieht seine stärksten Stützen aus der Politik fortgesetzter nationaler Demütigungen, denen dieses Deutsche Reich und denen bisher jede deutsche Regierung, unbeschadet ihrer politischen Einstellung, ausgesetzt gewesen ist.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Bisher ist jede deutsche Regierung gegenüber dem Volksempfinden an dieser Politik gescheitert. Ich habe mich einmal, als ich als Abgeordneter an dieser Stelle stand und ein neuer Mann – es war Herr Dr. Rathenau[8] – das Außenministerium übernahm, über die Stellung eines Außenministers und Leiters der auswärtigen Politik gegenüber dem Empfinden des deutschen Volkes geäußert[9]. Ich habe damals zum Ausdruck gebracht und nehme das heute für mich in Anspruch, daß meiner Auffassung nach stets eine starke Diskrepanz bestehen wird zwischen dem Leiter einer Politik, der lediglich der Leiter eines ohnmächtigen Deutschland ist und sich dieser Politik Frankreichs gegenübersieht auf der einen Seite und dem mit Recht hochgespannten Nationalgefühl eines Volkes von dieser Vergangenheit, von diesen Leistungen und von diesem Leiden und Dulden in der Gegenwart.

(Stürmische Zustimmung.)

---

[7] Die Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen vom 10. Juni in Oldenburg, vom 8. Juli in Mecklenburg-Strelitz und vom 18. November 1923 in Bremen hatten durchweg Kräfteverschiebungen zugunsten der extremen Parteien ergeben (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 113, 128, 218).

[8] Walther Rathenau (1867–1922), Reichsminister für Wiederaufbau 1921; Reichsaußenminister 1922.

[9] Für die ersten zwei Monate der Amtszeit Rathenaus, also bis Ende März 1922, wurde eine entsprechende Reichstagsrede Stresemanns nicht ermittelt. Wahrscheinlich verwechselt Stresemann hier Rathenau mit Außenminister Simons und bezieht sich auf seine Reichstagsrede vom 28. April 1921 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 349, S. 3462–3471), in der er u.a. ausführte: „Es wird nicht nur für Herrn Dr. Simons, sondern für jeden, der an seiner Stelle steht, eine außerordentliche Schwierigkeit sich daraus ergeben, daß das nach den Leistungen des Weltkriegs mit vollem Recht stark entwickelte Hochgefühl des Volks sich schwer in Einklang bringen läßt mit der Politik, die die machtlose Regierung zu führen gezwungen ist.“ (Ebd., S. 3467.)

Wenn man deshalb jetzt auch in den Reihen der Alliierten und wenn man in der französischen Regierung die Empfindung hat, daß das konstitutionelle Leben in Deutschland etwa in der Auflösung begriffen sein könnte, daß Deutschland sich dem Radikalismus in die Arme wirft, so liegen die Grundlagen zu dieser Entwicklung in der Politik, die von außen gegen uns getrieben worden ist, in der Politik, auf deren Wegstrecke die einzelnen Etappen der wirtschaftlichen und sozialen Verwüstung Deutschlands gelegen sind.

(Wiederholte lebhafte Zustimmung. – Zurufe von den Kommunisten. – Gegenrufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Hergt hat nun an der Politik, die die Reichsregierung – –

(Zuruf von den Kommunisten. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe[10]: Herr Abgeordneter Höllein[11], ich bitte, den Herrn Reichskanzler nicht zu unterbrechen und zu überschreien. Ich müßte Sie sonst zur Ordnung rufen.

(Unruhe und Zurufe bei den Kommunisten.)

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Hergt hat die auswärtige Politik – –

(Zurufe von den Kommunisten.)

– Ja, das Parlament hat es herrlich weit gebracht durch die Art, wie Sie es diskreditieren und es in der Öffentlichkeit bloßstellen.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wer davon spricht, daß wir konstitutionelles Leben in Deutschland aufrechterhalten wollen, der muß damit beginnen, daß an der Spitze der Konstitution die Achtung vor dem Parlament selber steht. Sonst kann es keine Achtung nach außen beanspruchen.

(Wiederholter lebhafter Beifall. – Zurufe von den Kommunisten. – Erregte Rufe: Ruhe!)

Der Herr Abgeordnete **Hergt** hat in seiner Kritik gesagt, die **auswärtige Politik der Regierung** sei ein einziger Mißerfolg gewesen. Später hat er die auswärtige **dip-**

[10] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932.

[11] Emil Höllein (1880–1929), Mitglied des Reichstags 1920–1929 (für die USPD 1920, für die KPD 1920–1929).

lomatische Lage gekennzeichnet und doch hier und da etwas Erfreuliches darin gesehen. Die innere Lage – so sagte er, und ich gebe ihm darin vollkommen recht –, die innere Lage ist trostlos, und ich bemerke Ihnen mit aller Offenheit, meine Herren, ich sehe auch keinen Weg, vorläufig diese trostlose Lage zu bessern.

(Hört! Hört! und Lachen von den Kommunisten.)

– Meine Herren (zu den Kommunisten), wenn Sie in der Lage sind, diesen Weg zu zeigen, so bitte ich Sie, machen Sie aus Ihrem Herzen keine Mördergrube und zeigen Sie uns den Weg, auf dem Sie uns zu besseren Verhältnissen führen wollen!

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich sehe gegenwärtig, daß diese innere wirtschaftliche Lage trostlos ist. Wenn aber der Herr Abgeordnete Hergt daraus die Folgerung zieht, eine Regierung müsse sich beurteilen lassen nach den Erfolgen, gleichgültig ob sie im einzelnen in der Lage war, diese Dinge zu meistern oder nicht, dann ist es mindestens inkonsequent, wenn Sie auf der einen Seite diese Folgerung aus der innenpolitischen Lage ziehen und darauf der Regierung Ihr Mißtrauen bekunden, auf der anderen Seite aber, wo Sie erklären, die diplomatische Lage hätte sich gebessert, dann hinzufügen: daran hat aber die Regierung keinen Anteil.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Entweder muß in beiden Fällen der Erfolg entscheiden oder in beiden Fällen muß die sachliche Prüfung eintreten.

(Wiederholte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Herren! Gestatten Sie mir deshalb über einige wenige Fragen der Entwicklung der deutschen Außenpolitik und der Tätigkeit dieses Kabinetts hier einige Ausführungen zu machen. Ich habe neulich im Auswärtigen Ausschuß darauf hingewiesen[12], daß der „Vorwärts“[13] tadelt, daß man in Kreisen der Reichsregierung **Optimismus** in bezug auf **Verhandlungen mit Frankreich** gezeigt habe. Man kann mit vollem Recht die Frage stellen: Warum habt Ihr mit Frankreich zu verhandeln ver-

[12] Auf welche Sitzung des Auswärtigen Ausschusses Stresemann sich hier bezieht, war nicht sicher zu ermitteln. Die letzte Sitzung des Ausschusses vor der vorliegenden Rede fand wohl am 19. November 1923 statt (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 237). Hinweise auf eine Erwähnung des „Vorwärts“-Artikels durch Stresemann finden sich in den spärlichen veröffentlichten Quellen jedoch nicht (vgl. beispielsweise DIE ZEIT, Nr. 264 vom 20. November 1923, und die Wiener REICHSPOST, Nr. 318 vom 20. November 1923, wo sich kurze Berichte über die Sitzung finden).

[13] Stresemann bezieht sich hier möglicherweise auf einen Leitartikel im VORWÄRTS, Nr. 533 vom 14. November 1923, S. 1, in dem zwar nicht explizit dieser Vorwurf erhoben, aber das drohende Imstichlassen des besetzten Gebiets durch die Reichsregierung kritisiert wird.

sucht? Wart ihr euch nicht der Aussichtslosigkeit dieser Verhandlungen von vornherein bewußt? Auch wenn man sich der Aussichtslosigkeit dieser Verhandlungen bewußt gewesen wäre, hätte man meiner Meinung nach den Versuch dieser Verhandlungen machen müssen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Rhein und Ruhr sind viel zu bedeutungsvoll, als daß man nicht das Letzte an Verhandlungen über sie hätte erschöpfen müssen, ehe man andere Konsequenzen zieht.

(Erneute Zustimmung.)

Dabei bin ich durchaus nicht von einem grundlosen Optimismus ausgegangen. Ich darf die Herren darauf aufmerksam machen – ich glaube, daß eine große Anzahl Mitglieder dieses Hauses an jenem Nachmittag im großen Saale des Reichskanzlerhauses[14] anwesend gewesen sind –, daß ich bei Aufgabe des passiven Widerstandes[15] meiner großen Skepsis darüber Ausdruck gegeben habe, ob dieses Aufgeben des passiven Widerstandes uns erträglichere und bessere Verhältnisse im besetzten Gebiete in absehbarer Zeit bringen wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Ich habe auch dringend davor gewarnt, zu glauben: nun ist der passive Widerstand aufgegeben, nun kommen bessere Zeiten. Ich habe meiner tiefen Skepsis auch damals Ausdruck gegeben – und ich möchte sie auch hier zum Ausdruck bringen –, daß wir namentlich alle Möglichkeiten erschöpft haben, die Aufgabe des passiven Widerstandes zu verbinden mit Gegenleistungen von der anderen Seite. Wir haben nicht planlos gewirtschaftet, sondern wir haben uns ganz bestimmte Vorschläge für die Ingangsetzung des Lebens im besetzten Gebiet gemacht, haben uns eingesetzt für die Gegenleistungen in bezug auf die Gefangenen und Ausgewiesenen[16], in be-

[14] Welchen Tag Stresemann hier genau meint, ist nicht ganz ersichtlich; vermutlich bezieht er sich auf die verschiedenen Besprechungen vom 24. oder vom 25. September 1923, die schließlich im Entschluß zum Abbruch des passiven Widerstands mündeten und die offenbar überwiegend in der Reichskanzlei stattfanden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 334–372; auch STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133).

[15] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, wozu die grundsätzliche Entscheidung am 24. September 1923 fiel und die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend ebd., S. 133–135.

[16] Stresemann bezieht sich auf die geschätzten 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren, sowie auf die von französischen und belgischen Kriegsgerichten zu Haftstrafen Verurteilten.

zug auf das ganze Verkehrswesen, haben darüber verhandelt mit den Besatzungsmächten und den übrigen alliierten Mächten. Diese Verhandlungen und dieser Appell sind vergeblich gewesen, und zwar aus dem Grunde, wie man uns später gesagt hat, wie es in der Rede Lord Curzons[17], die ich in der letzten Sitzung, als ich hier sprach, zitierte[18], zum Ausdruck gekommen ist, weil man der Meinung sei, daß die ideellen und materiellen Kräfte dieses passiven Widerstandes zu sehr erschöpft waren, als daß die deutsche Regierung in einem Stadium des Widerstandes sie noch benutzen kann, um damit Gegenleistungen zu erlangen. Vielleicht war eine andere Ausnutzung dieser großen glühenden Begeisterung möglich, solange wir auf der Höhe der ideellen und materiellen Kräfte des passiven Widerstandes standen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Und daß dieser Zeitpunkt versäumt worden ist, gab die Gelegenheit zur englischen Kritik, die ich hier angeführt habe.

Worin bestand der weitere Versuch der Verhandlungen der Regierung? Sie haben sich nicht lediglich beschränkt und bezogen auf die Frage der Aufgabe des passiven Widerstandes, sie haben versucht, eine Garantie zu bieten, die Lösung des Reparationsproblems auf der Grundlage weitgehender **Belastung deutscher Sachwerte** nur in der Form, in der das Memorandum der deutschen Regierung vom Juni dieses Jahres[19] sie zu lösen versuchte, sondern in einer unmittelbaren Haftung dieser Sachgüter für die Leistungen, die daraus hervorgehen sollten. Den Herrn Abgeordneten Wels, der gestern gefragt hat, worin denn eigentlich der Gedanke dieser Besteuerung bestanden habe, darf ich daran erinnern, daß sowohl in der Grundlage der Rentenbank[20] als in diesen Vorschlägen der Regierung wie in dem Memorandum von Juni als auch in den von mir nicht nur in Reden, sondern auch in angebahnten

[17] George Nathaniel, Earl (seit 1921: Marquess) Curzon of Kedleston (1859–1925), britischer Außenminister 23. Oktober 1919 – 22. Januar 1924, Lord President of the Council 1916–1919 und 6. November 1924 – 20. März 1925. – Gemeint ist offenbar die Rede Curzons vom 4. Oktober 1923 zur Außenpolitik und zum Fortgang der Reparationsfrage, die er auf der seit dem 1. Oktober 1923 in London tagenden Reichskonferenz von Vertretern Großbritanniens, der Dominions und der britischen Kolonien hielt; eine Paraphrase der Rede in SCHULTHESS 64 (1923), S. 283.

[18] Vgl. (in dieser Edition) die Reichstagsrede Stresemanns vom 10. Oktober 1923.

[19] Das deutsche Memorandum vom 7. Juni 1923, das von den deutschen diplomatischen Vertretern bei den Siegermächten übergeben wurde, in NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 29–30 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]).

[20] Mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) hatte die Reichsregierung die Voraussetzung dafür geschaffen, neue Goldnotenzeichen und damit eine wertbeständige Währung auszugeben. Basiert war die Rentenbank auf einer Grundschuld der Landwirtschaft und der Belastung von Industrie, Handel und Gewerbe (§ 1, 6, 9).

diplomatischen Fühlungnahmen vertretenen Gedanken des Reparationsproblems zum Ausdruck gekommen ist. Es war der Versuch, diese Sachwerte als Grundlage zu gewinnen zur Erringung der deutschen Freiheit. Vielleicht ist dieser Versuch noch einmal möglich, wenn eine internationale Sachverständigenkonferenz käme, wo das Reparationsproblem auch unsererseits zur Lösung käme. Wir begrüßen das erneute **Interesse der Vereinigten Staaten**[21]**,** an diesen Dingen teilzunehmen, und damit den großen Einfluß, der hinter ihnen steht, um darauf zu dringen, daß nicht Weltwirtschaft und Weltvölker leiden unter der Fortdauer der Verhältnisse, die gegenwärtig bestehen. Auch diesem Verlangen, diesem Sichanbieten von neuen Kräften zur Lösung dieser Frage, ist die Opposition entgegengestellt worden, die bisher jede Lösung dieser Fragen verhindert hat. Trotzdem wird diese Frage nicht ruhen. Deutschland ist die offene Wunde im Körper Europas, und so, wie Deutschland in Gefahr steht, an der Wunde von Rhein und Ruhr zu verbluten, die von Frankreich aufrecht erhalten wird, wird Europa verbluten, wenn das Reparationsproblem nicht gelöst wird.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Wels hat von dem Gedanken der **Vereinigten Staaten von Europa** gesprochen. Ich glaube, dieser Gedanke ist zu eng gefaßt. Auch Europa ist nicht ein Gebilde, das für sich leben könnte. Europa ist nur möglich innerhalb der Welt und innerhalb der Weltwirtschaft. Wenn in diesem Europa vom Rhein bis zum Ural nur kaufarme Völker leben, muß dies Rückwirkungen haben auf die Weltwirtschaft, die sich auf die gesamten Weltvölker erstreckt.

(Sehr wahr!)

Die Erhöhung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung ist nicht nur eine deutsche Sorge; es ist eine Angelegenheit der Aufrechterhaltung normaler Beziehungen der Weltwirtschaft. Jede Leistungsfähigkeit Deutschlands ist nur möglich, wenn Deutschland innerhalb dieser ganzen weltwirtschaftlichen Verhältnisse zu atmen und zu kon-

[21] Seit einigen Wochen liefen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, über die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses, der die deutschen Reparationsleistungen prüfen solle (vgl. den telegraphischen Bericht von Botschaftsrat Dieckhoff aus Washington vom 24. Oktober [AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 530–531] sowie das Privatdienstschreiben des Botschafters Wiedfeldt an Maltzan vom 6. November 1923 [ebd., S. 600–602]), die allerdings am 9. November 1923 wegen der französischen Bedingungen für diese Konferenz festgefahren schienen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 392). Statt dessen drohten die Vereinigten Staaten, nun an Frankreich heranzutreten, um die Frage von dessen Schulden gegenüber Washington zu thematisieren (vgl. die betr. Agenturmeldung in der WIENER ZEITUNG, Nr. 266 vom 22. November 1923, S. 5).

sumieren vermag. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland seinen Markt, sobald es selbst zur Gesundung gelangt ist, auch in fairer Konkurrenz der Welt und ihren Produkten öffnet. Der Versuch der Regierung, zu einer stabilen Währung zu gelangen, ist ja doch gleichzeitig der beste Beweis dafür, daß Deutschland nicht, wie vielfach behauptet worden ist, etwa bewußt Träger eines Dumping-Systems ist, mit dem es andere Völker niederzukonkurrenzieren versucht hat. Alle diese fortgesetzten Versuche, uns gegenüber zu behaupten, die deutsche Reichsregierung, die Wirtschaft und einzelne Parteien trieben mit Bewußtsein eine Verschlechterung der deutschen Währungsverhältnisse, um darauf irgendeinen künstlichen Export aufzubauen, zerschellen an der Frage, daß wir selbst unter Anstrengungen stärkster Art versuchen, aus eigener Kraft zu diesem stabilen Währungsverhältnis zu kommen.

(Zuruf von den Kommunisten: Und Stinnes[22]?)

– Wenn Sie sich mit Herrn Stinnes unterhalten wollen, so haben Sie ja Gelegenheit, an anderer Stelle mit ihm zu reden.

(Zuruf von den Kommunisten: Aber Sie treiben seine Politik!)

– Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ scheint nicht dieser Auffassung zu sein. Wenigstens nach dem, was ich über mein Kabinett und über die Führung dieses Kabinetts lese[23], scheinen da noch Divergenzen der Anschauungen vorhanden zu sein.

(Sehr gut!)

Meine Herren! Es ist eine falsche Auffassung, wenn man sagt, daß die deutsche Politik England in ihre Interessen verstricken wolle. Nein, die Entwicklung, die wir vor uns gesehen haben, und die ich kürzlich in einer Rede vor meinen Parteifreunden gekennzeichnet habe[24], daß erfreulicherweise – leider hervorgerufen durch die Trostlosigkeit unserer Verhältnisse, die sich nunmehr der ganzen Welt aufdrängt – auch alle diejenigen, die Träger dieses weltwirtschaftlichen Gedankens sind, sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, diese Dinge nicht weiter hingehen zu lassen. In diesem Sinne habe ich davon gesprochen, daß die Vereinigten Staaten mit England und Ita-

[22] Hugo Stinnes (1870 – 10. April 1924), Großindustrieller; Mitglied des Reichstages 1920–1924 (für die DVP).

[23] Es muß offenbleiben, ob sich Stresemann hier auf einen konkreten Artikel oder auf die in den vorangegangenen Tagen insgesamt kritische Einstellung der DEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG gegenüber seinem Kabinett bezieht; für eine solche kritische Einstellung vgl. etwa Nr. 538 vom 19. November 1923, S. 2, wo im Kommentar zur Rede Stresemanns im Zentralvorstand der DVP vom 18. November 1923 (vgl. diese Edition) dem Kanzler Taktik statt Strategie vorgeworfen und eine Ablösung des Kabinetts nahegelegt wird.

[24] Gemeint ist die in der vorangegangenen Anmerkung genannte Rede.

lien zusammen und auch ein gewisses Verständnis, das uns Belgien neuerdings zeigt, eine Politik Belgiens, die erkennen läßt, daß es auch seinerseits versteht, was die offene Wunde an Rhein und Ruhr für uns bedeutet, uns zu einer **neuen diplomatischen Konstellation** geführt haben. Nicht etwa – das nehme ich nicht für mich in Anspruch, Herr Kollege Hergt – durch eine Politik der deutschen Regierung ist sie herbeigeführt worden, wohl aber durch die Verhältnisse, die hier entstanden sind, und wohl auch dadurch, daß in der Politik der Regierung jeder Illusionsfärberei entgegengetreten worden ist. Das allerdings halte ich für ein Verdienst, daß man von vornherein nicht das eigene Volk und nicht die Welt getäuscht hat über den Grad der Armut, des Elends und der Zerstörung aller Kräfte, unter denen wir stehen.

Meine Herren! Wir haben uns aus diesem Grunde auch wenden müssen an die **karitative Hilfe der Welt**[25] für das, was wir nicht nur jetzt und seit dem letzten Beschluß des Kabinetts[26], sondern seit langer Zeit an Entwicklungsmöglichkeiten im Ruhrgebiet vorausgesehen haben. Diese karitative Leistung anderer Völker kann das Elend der deutschen Gegenwart nicht lösen. Aber trotzdem möchte ich allen herzlichen Dank sagen, die sich der deutschen Not angenommen haben,

(bravo!)

sowie denjenigen, die sich bereit erklärt haben, das weiter zu tun.

(Lebhaftes Bravo. – Zurufe von den Kommunisten. – Abgeordneter Malzahn[27]: Schamlose Gesellschaft! – Unruhe. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Malzahn, ich rufe Sie wegen dieses Zwischenrufs zur Ordnung.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Das gilt für die skandinavischen Länder, das gilt für Holland, Schweiz, Spanien, für die Vereinigten Staaten von Amerika, das gilt für viele südamerikanische Staaten, es gilt insbesondere aber auch für die Deutsch-Amerikaner in diesen Gebieten.

(Lebhaftes Bravo.)

---

[25] Gemeint ist vermutlich der Runderlaß Stresemanns vom 19. Oktober 1923 (vgl. [gegenseitig ergänzend] AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 502, Anm. 14; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 663, Anm. 5).

[26] Stresemann hatte in der Kabinettssitzung unmittelbar vor der Reichstagsrede noch einmal den in den verschiedenen Sitzungen zuvor gereiften Entschluß zusammengefaßt, daß das Reich die Lasten der durch die ergebnislosen Verhandlungen mit Frankreich nach wie vor anhaltenden Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten nicht mehr finanziell ausgleichen könne (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1161).

[27] Heinrich Malzahn (1884–1957), Mitglied des Reichstags 1920–1924 (für die USPD 1920, für die KPD 1920–1924).

Es gilt vor allem – und das möchte ich mit ganz besonderer Genugtuung hier feststellen – für alle Parteien und für das ganze Volk in Deutsch-Österreich.

(Erneutes lebhaftes Bravo.)

Was dort an Hilfsbereitschaft geschehen ist, die Art und Weise, wie man sich dort insbesondere bemüht, auch dem geistigen Deutschland zu Hilfe zu kommen, muß von uns in erster Linie dankbar anerkannt werden.

(Lebhafte Zustimmung.)

Denn mit diesen geistigen Kreisen geht in Deutschland gegenwärtig das zugrunde, was einst Deutschland an diesen Kräften der Welt draußen gegeben hat.

(Sehr richtig!)

Was der Bundeskanzler Dr. Seipel[28], was die Abgeordneten Bauer[29] und Dinglhofer [!][30] über deutsche Not im österreichischen Parlament gesprochen haben[31], indem sie es begrüßten, daß wir vom Bruderkrieg befreit worden sind und indem sie die herzlichsten Wünsche für die Weiterentwicklung der deutschen Verhältnisse zum Ausdruck brachten, alles das wird bei uns, auch wenn wir staatlich getrennt sind, ein brüderliches Echo finden in diesen Zeit der Not.

(Lebhaftes Bravo.)

Aber nicht ausländische Hilfe allein kann die Lösung bringen. Es wird im wesentlichen auf die eigene Kraft des deutschen Volkes ankommen.

Nun darf ich mich den Vorwürfen zuwenden, die davon sprechen, was ja auch vorhin in dem von dem Herrn Präsidenten zurückgewiesenen Zwischenruf zum Ausdruck kam, als wenn eine deutsche Reichsregierung nicht das Recht hätte, ausländische Hilfe anzurufen, indem man ihr den Vorwurf macht, daß sie selbst nicht das Letzte getan hätte, um dieser Not zu steuern. Ich darf demgegenüber ein **Bild der Entwicklung** geben, wie sie sich **seit der Aufgabe des passiven Widerstandes**

---

[28] Ignaz Seipel (1876–1932), österreichischer Bundeskanzler 31. Mai 1922 – 20. November 1924, 20. Oktober 1926 – 4. Mai 1929.

[29] Otto Bauer (1881–1938), Mitglied der österreichischen Nationalversammlung bzw. des Nationalrats 1919–1933 (für die SPÖ).

[30] Franz Dinghofer (1873–1956), Mitglied der österreichischen Nationalversammlung bzw. des Nationalrats (und dessen Präsident) 1918–1928 (für die Großdeutsche Vereinigung 1919–1920, für die Großdeutsche Volkspartei 1920–1928); Vizekanzler 1926–1927; Justizminister 1927–1928.

[31] Stresemann bezieht sich vermutlich auf die Regierungserklärung Seipels vom Vortag im österreichischen Nationalrat und die Debatte darüber, in der Seipel, Bauer und Dinghofer sich ähnlich dem von Stresemann paraphrasierten Sinn äußerten (vgl. WIENER ZEITUNG, Nr. 266 vom 22. November, S. 1–4; SCHULTHESS 64 [1923], S. 244).

vollzogen hat. Als der passive Widerstand aufgegeben war, haben wir erwartet, daß zur Wiederingangsetzung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet Verhandlungen von Regierung zu Regierung stattfinden würden. Ich bemerke auch von dieser Stelle aus: wir haben ein Recht darauf gehabt, das anzunehmen; denn ausdrücklich und offiziell ist erklärt worden[32], daß die Verhandlungen zwischen den Regierungen über alle Fragen 24 Stunden nach Aufgabe des passiven Widerstandes beginnen würden.

(Sehr richtig! und Hört! Hört!)

Man hat versucht, sich von dieser Zusage dadurch freizumachen, daß man plötzlich die Fiktion aufstellte, der passive Widerstand sei gar nicht aufgegeben, daß man plötzlich davon sprach, wir hätten die Beamten in der Pfalz noch auf drei Monate hinaus unterstützt, wir erfüllten noch weiter Leistungen an das besetzte Gebiet für Arbeitslose usw. Es war ganz selbstverständlich, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes nicht gleichbedeutend sein konnte mit Aufgabe finanzieller Hilfe für das besetzte Gebiet.

(Lebhafte Zustimmung.)

Diese Einwendungen konnten in keiner Weise Frankreich berechtigen, nun das abzulehnen, was es vorher zum Ausdruck gebracht hatte.

(Sehr richtig!)

Wenn ein großer Wirrwarr eingetreten ist, dann sind in erster Linie dafür diejenigen verantwortlich, die es ablehnen, mit den Instanzen Verhandlungen zu führen, die doch schließlich dazu da sind, durch ihre Verwaltung Dinge in Ordnung zu bringen, wenn sie zusammengestürzt sind.

(Sehr wahr!)

Nun sagt man uns, wir hätten Zeit versäumt, um schnell diese Dinge zu regeln. Wir haben zunächst um diese Idee der Aufgabe des passiven Widerstandes kämpfen müssen. Wir haben den Nachweis erbracht, daß die Verordnungen zurückgezogen seien. Wir haben immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß wir zu Verhandlungen bereit seien; wir haben verlangt, daß wir bei den Verhandlungen gehört würden. Als wir damit nicht durchkamen und bis heute nicht durchgekommen sind,

[32] In einem telegraphischen Runderlaß des Staatssekretärs Maltzan vom 27. Oktober 1923 heißt es nach der Erläuterung, daß Stresemann am gleichen Tag die Missionschefs der Siegermächte von der Aufgabe des passiven Widerstands informiert habe, in bezug auf Margerie: „Botschafter bestätigte früher von ihm gemachte Mitteilung, daß Poincaré bereit sei, sofort nach Aufgabe Widerstandes mit Verhandlungen zu beginnen“ (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 422). – Eine Aufzeichnung über das Gespräch selbst konnte nicht ermittelt werden.

(hört! hört!)

– meiner Meinung nach ist es unerhört in den Beziehungen der Völker zueinander,

(lebhafte Zustimmung)

in dieser Weise die verantwortliche Regierung, die für ihr Volk zu sprechen und zu verhandeln hat, von der Möglichkeit auszuschalten, ihrem Volke zu helfen –,

(sehr wahr!)

als diese Dinge nicht weiter gingen, da mußten wir den Weg gehen, einzelne Kreise der dortigen Bevölkerung zu beauftragen, ihrerseits die Verhandlungen zu führen, die wir unmittelbar nicht mehr führen konnten. Damit haben diejenigen Verhandlungen begonnen, die vorgestern der Herr Abgeordnete Wels hier erörtert, die er vielfach kritisiert hat und die er vielfach falsch kritisiert hat. Das sind die **Verhandlungen,** die geführt worden sind **von Vertretern der Wirtschaft mit Vertretern der französischen Behörde[33].** Der Herr Abgeordnete Wels sprach von dem Halbdunkel dieser Verhandlungen. Herr Kollege Wels, ich bin sehr gern bereit, diese ganzen Verhandlungen dem Reichstag zur Verfügung zu stellen in allen den Protokollen, die darüber gewechselt worden sind, sowie wir ja auch die Briefe, die wir an die Herren geschrieben haben, in der Presse veröffentlicht haben.

(Zuruf von den Kommunisten.)

Es wird davon gesprochen, daß hierbei insbesondere die **Frage der Arbeitszeit** etwa im Mittelpunkte gestanden habe oder für diese Verhandlungen wesentlich gewesen sei. Ich habe mich gegen die Äußerungen des Herrn Klöckner[34], die in der ersten Verhandlung mit Degoutte[35] erfolgten[36], bereits in der „Kölnischen Zeitung“ in

---

[33] Nach dem Abbruch des passiven Widerstands war es – anfangs gegen den Willen der Reichsregierung – zu direkten Verhandlungen rheinischer Industrieller mit der „Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines“ (MICUM) über die Wiederaufnahme der Arbeit in den von den Franzosen beschlagnahmten und selbst betriebenen Zechen an der Ruhr gekommen. Streitpunkt zwischen Industrie und Reichsregierung war anfangs die Frage, ob Berlin die von den Franzosen weggeführte Kohle („Reparationskohle“) und von ihnen in Anspruch genommene Reichskohlensteuer den Bergwerksbesitzern erstatten würde. Nach der von seiten des Reiches erfolgten Aufhebung einer Reichskohlensteuer wurden die Verhandlungen fortgeführt, waren aber vorläufig noch nicht zu einem Ergebnis gelangt. Zum Verhandlungsstand vgl. das Schreiben Stresemanns an die Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins vom 21. November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1155–1156, sowie den telegraphischen Erlaß Schuberts vom 22. November 1923 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 25–26.

[34] Peter Klöckner (1863–1940), rheinischer Industrieller; Vorstand der Klöckner-Werke AG.

[35] Jean Marie Joseph Degoutte (1866–1938), französischer General; Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen im Rheinland 1919–1925 und im Ruhrgebiet 1923–1925.

[36] Zu den Äußerungen Klöckners über die Arbeitszeit in der ersten Besprechung der Sechserkommission mit Degoutte vom 5. Oktober 1923 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 475–476.

einem Interview gewandt[37]. Aber für die weiteren Verhandlungen, für die Paraphierung der Verträge hat die Frage der Arbeitszeit gar keine Rolle gespielt, und ich habe in dem ersten Antwortschreiben, das ich den Herren gab, zum Ausdruck gebracht, und zwar ganz unmißverständlich: für die Regelung der Arbeitszeit gelten die deutschen Gesetze[38].

(Zuruf von den Kommunisten.)

Damit war diese Frage überhaupt aus den Verhandlungen ausgeschaltet. – Was geht mich denn Herr Degoutte an! Glauben Sie, daß mich das interessiert, was Herr Degoutte in bezug auf diese Dinge seinerseits zu sagen hat?

(Bravo! – Zuruf von den Kommunisten: Aber Ihre Unterhändler haben das Degoutte angeboten. – Gegenrufe.)

Wenn jene ersten Verhandlungen der ersten Tage keine Instruktionen der Regierung für Einzelheiten vorsahen, so möchte ich hier doch auch einmal in aller Offenheit sagen, daß ich die Verantwortung dafür ablehne. Damals befand sich das Kabinett in Demission[39], und wenn diese ganzen Verhältnisse, die Kabinettskrisen und Demissionen zur Dauereinrichtung in Deutschland werden lassen, fortdauern, dann müssen diejenigen Folgerungen daraus gezogen werden, die sich daraus ergeben, daß Regierungen nicht verhandlungsfähig sind.

(Zustimmung in der Mitte.)

Wir waren damals nicht verhandlungsfähig, Instruktionen zu geben, weil wir selbst nicht wußten, ob wir unsererseits nicht anderen dadurch präjudizierten.

(Abgeordneter Wels: Das müssen Sie den Herren um Stinnes sagen, die die Krisen herbeigeführt haben!)

– Möge es sich jeder gesagt sein lassen, der da glaubt, daß es ihn trifft.

(Sehr gut!)

Als dann die Regierung ihrerseits in der Lage war, Instruktionen zu geben, sind diese Instruktionen auf folgender Grundlage gegeben worden: wir haben uns bereit erklärt, trotzdem die Reparationsleistungen Deutschlands ruhen, die Garantie für die

---

[37] Vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 162.

[38] Stresemann bezieht sich vermutlich auf sein Schreiben an Stinnes vom 12. Oktober 1923 (ebd., S. 163–164), in dem sich der betreffende Passus sinngemäß findet.

[39] Gemeint sind die Tage nach dem 3. Oktober 1923, als Stresemann gegenüber den Kohlesyndikat-Vertretern unter Hinweis auf die Demission seines Kabinetts die Ausgabe von Richtlinien ablehnte (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 513, Anm. 2).

Kohlenlieferungen der Industrie an Frankreich und an die Besatzungsmächte zu übernehmen. Wir haben uns bereit erklärt, in Garantie einzutreten für die Kohlensteuern, die dort aufgebracht werden. Wir haben das angesichts der Finanzlage des Reiches nur getan auf der Grundlage, daß diese Leistungen nach Sanierung der deutschen Reichsfinanzen erfolgten, und haben nur zugegeben, daß gewisse Steuern darauf angerechnet werden konnten. Wenn man nun immer sagt, die Reichsregierung habe kein Interesse mehr für das besetzte Gebiet gehabt, so möchte ich einmal diese einzelnen Tatsachen feststellen. Während wir uns alle darüber klar sind, und selbst der Herr Ministerpräsident Poincaré davon gesprochen hat[40], daß Deutschland ein Moratorium und eine internationale Anleihe brauche, haben wir uns bereit erklärt, hier unsererseits noch einmal in Garantie zu treten, weil wir uns für moralisch verpflichtet hielten, das Wirtschaftsleben des Rheinlandes wieder in Ganz zu bringen, nachdem es zum Stillstand gekommen war, weil diese Menschen, getreu den Gesetzen auch des Reichs, ihrerseits diesen Stillstand herbeigeführt hatten. Zu diesem Gedanken habe ich mich bekannt, zu diesem Gedanken bekenne ich mich, und deshalb haben wir, trotz der trostlosen Finanzlage des Reichs, diese Verpflichtungen auf uns genommen, und ich glaube, das ist doch das wesentliche, daß man auch vor dem Rheinlande einmal sagen sollte, daß dasselbe Deutschland, das nicht mehr in der Lage ist, irgendwelche anderen Reparationsleistungen zu machen, sich hier bereit erklärt hat, mit dem Rest seiner Leistungskraft einzutreten, um das Wirtschaftsleben dort in Ganz zu bringen.

(Bravo! und sehr richtig!)

Dann das Zweite! Der Herr Abgeordnete Wels sagt in seiner Kritik: Ja, das Ingangkommen des Wirtschaftslebens, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist das Wesentliche und Essentielle, und deshalb dürfe und durfte man seitens der Reichsregierung diese Verhandlungen nicht an einer politischen Frage scheitern lassen. Wir sind uns der Verantwortung wohlbewußt, und Sie können mir das eine glauben: wenn der Tag käme, an dem ich die telegraphische Nachricht erhielte, daß diese Verhandlungen beendet seien und daß diese ganze große hunderttausendköpfige Belegschaft der Bergarbeiter und der anderen Arbeiter wieder zur Arbeit zurückkehren könnte –, ich glaube, das würde für jeden, der überhaupt ein Herz im Leibe hat,

[40] Stresemann bezieht sich vermutlich auf eine Rede Poincarés bei einer Denkmalseinweihung in Sampigny am 28. Oktober 1923 (SCHULTHESS 64 [1923], S. 319; vgl. dazu auch den Bericht Hoeschs vom 30. Oktober 1923: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 558–561).

ein Tag tiefster innerer Befriedigung und der Wegnahme einer Last unerhörter Verantwortlichkeit sein.

Aber wie stehen denn die Dinge in bezug auf die **politische Frage?** Wir alle haben hier sehr oft an dieser Stelle und anderwärts gesehen, was sich in der Weltgeschichte aus dem Schuldbekenntnis in Versailles[41] ergeben hat.

(Lebhafte Zustimmung.)

Sollen wir hier irgendwie durch eine Unterschrift der deutschen Reichsregierung auch den Ruhreinbruch legalisieren? Soll darauf später aufgebaut werden, daß alles, wozu wir schließlich die Bevölkerung mit aufgefordert haben[42], nicht auf dem Boden Deutschlands gestanden habe? Wenn ich jetzt anerkenne, daß diese Kohlenlieferungen nicht auf Reparationskonto, sondern auf Bezahlung des Ruhreinbruchs angerechnet werden, dann legalisiere ich als Chef der Reichsregierung den Ruhreinbruch. Und das ist ausgeschlossen!

(Stürmischer Beifall.)

Wenn eine solche Anerkennung durch die deutsche Reichsregierung erfolgte, dann würde das weiter eine Illoyalität gegenüber den alliierten Mächten sein. Wir stehen nicht einem Gläubiger gegenüber, wir stehen einer Gemeinschaft von Gläubigern gegenüber.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Es dürfen nicht mit Zustimmung der deutschen Reichsregierung Leistungen, die unerhört hoch sind, in die Kassen einer Macht fließen, die selbst von einem ihrer Verbündeten des rechtswidrigen Einmarsches in das Ruhrgebiet beschuldigt ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Infolgedessen hatten wir die Verpflichtung, diese Zumutung zurückzuweisen, die in letzter Stunde kam, nachdem man sich über alle Punkte geeinigt hatte. Nicht die Deutschen haben die politische Frage in diese Angelegenheit hineingeworfen, wie behauptet worden ist. Nachdem wir bis zum letzten, bis zum Aussaugen der letzten deutschen finanziellen Kräfte auf allen wirtschaftlichen und finanziellen Gebieten nachgegeben hatten, da kam in zwölfter Stunde die politische Frage: wir rechnen

[41] Gemeint ist der Artikel 231 („Kriegsschuldartikel“) des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919; Text des Vertragswerks im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[42] Nämlich durch das Verbot der Auslieferung von Kohlen an die Besatzungsmächte Frankreich und Belgien (URSACHEN UND FOLGEN V, S. 22–23) und durch die Weisung an die Beamten des besetzten Gebiets, Befehle der Besatzungsbehörden nicht zu befolgen (ebd., S. 42).

euch das nicht auf Reparationskonto an! Daß wir da nicht ja sagten, sondern daß wir da unsere Rechte wahrten, daß wir dann auch diejenigen diplomatischen Schritte[43] unternahmen, um zu veranlassen, daß diese Dinge im Sinne des Versailler Vertrags und der Verhandlungen der Alliierten untereinander bereinigt werden, das waren wir Deutschland schuldig, auch wenn dadurch noch weitere Tage dieser furchtbare Zustand der Arbeitslosigkeit anhielt. So leicht dürfen Unterschriften nicht gegeben werden in Fragen, die noch auf lange Zukunft hinaus nachwirken können!

(Lebhafte Zustimmung.)

Nun wird Herr Abgeordneter Wels vielleicht sagen, daß man sich mit einem Protest hätte begnügen können, daß nach dieser Richtung hin Deutschlands Rechts hätten gewahrt werden können. Meine Herren, wir haben schon früher – ich erinnere an Verhandlungen in Spa[44] – lange eingehende Debatten[45] gehabt, inwieweit bei Anerkennung von Verhältnissen auf der einen Seite ein Protest allein eine Rechtsgrundlage schafft. Zum mindesten mußten wir, nachdem diese Dinge erst in den letzten Tagen vorgebracht wurden, auch diejenige Fühlungnahme suchen, auf die ich hingewiesen habe, und die doch auch nicht ohne Einfluß und Eindruck geblieben ist, und die die Reparationskommission wird veranlassen müssen, sich klar zu der Frage zu äußern, ob irgendwelche Leistungen der deutschen Wirtschaft benutzt werden können, unter Hintansetzung anderer Alliierter, auch solcher, die, wie Italien, selbst an Kohlenlieferungen beteiligt sind, hier diese einseitige Entscheidung zu treffen.

Wir kämpfen bei allen diesen Fragen auch um die Freiheit dessen, was uns an Rheinflotte und Rheinschiffahrt noch geblieben ist[46]. Auch hier hat man unser Angebot der frachtfreien Beförderung der Kohle bis zur Grenze nicht angenommen, und diese Bestrebungen gehen unzweifelhaft darauf hinaus, die Abtretung eines großen Teils auch dieser Rheinflotte durch Beschlagnahme, die unterminiert ist, zunächst herbeizuführen, so daß im Deutschen Reich nicht einmal auf dem Rhein, nicht einmal auf diesem Strome die deutsche Flagge wehen darf.

---

[43] Vgl. den in Anm. 33 genannten Erlaß Schuberts, wonach Großbritannien und Italien darauf hingewiesen werden sollten, daß das französische Vorgehen nicht ihre Reparationsansprüche schädigen dürfe.

[44] Zu den Verhandlungen auf der Konferenz von Spa vom Juli 1920 vgl. URSACHEN UND FOLGEN III, S. 284–294.

[45] Der Reichstag debattierte über die Ergebnisse der Konferenz von Spa vom 26. bis zum 28. Juli 1920 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 344, S. 254–266, 269–306, 310–353).

[46] Stresemann hatte am 13. November 1923 in einer Sitzung von Reichskabinett und beteiligten Ländern auf die französische Forderung verwiesen, „60% der Rheinflotte“ für den Abtransport der von den Ruhrindustriellen zu liefernden Kohle zur Verfügung gestellt zu bekommen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1043).

(Bewegung.)

Bei dem Kampf um diese Dinge geht es nicht darum, um den Tag zu gewinnen, die Zustimmung zu geben; da gilt es, die Grundsätze für eine große Zukunft festzulegen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Von diesem Gesichtspunkt aus hat die Reichsregierung gehandelt, von diesem Gesichtspunkt aus haben wir finanziell alles getan, haben uns aber politisch unser Recht gewahrt, um das wir noch weiter kämpfen. Käme der Tag bald – und ich hoffe, daß sich Formeln dafür finden lassen, die unser Recht wahren –, an dem dann durch Unterzeichnung diese Dinge in Ordnung gebracht werden können, dann wird damit auch für uns selbst die größte Erleichterung in der Rhein- und Ruhrfrage kommen.

(Unruhe und Zurufe bei den Kommunisten.)

– Ach Gott, der Zuruf ist so –

(lebhafte Zurufe: dumm!)

– so daß ich keinen parlamentarischen Ausdruck finde, um Ihnen darauf zu antworten. Wie kann man denn diese Frage Kapitulation und Widerstand als etwas Gegensätzliches hinstellen? Die Aufgabe des passiven Widerstandes war wieder der Schlüssel zu dem Tor der freien Wirtschaft im Ruhrgebiet, und daß man dann um diese freie Wirtschaft kämpft, ist das Logische und nicht der Widerspruch, den Sie sich konstruieren wollen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Ich darf dann zu der **grundsätzlichen Einstellung der Reichsregierung zu der Rhein- und Ruhrfrage kommen.** Der Reichsregierung ist vorgeworfen worden, daß sie eine grundsätzlich neue politische Einstellung hier vorgenommen habe. Ich habe mit großem Interesse, wie das selbstverständlich ist, den Reden gelauscht, die die Führer zweier großer, außerhalb der Regierung befindlicher Parteien hier gehalten haben[47]. Aber ich bin mir nicht recht klar daraus geworden, wie denn eigentlich die Dinge mit der Regierungseinstellung liegen. Der Abgeordnete Wels hat gesagt: das ist ein ganz neuer Kurs, der gesteuert wird; der Abgeordnete Hergt hat gesagt: es steht ja fest, daß sich gar nichts geändert hat.

(Heiterkeit.)

Also auch in dieser Richtung scheinen die Auffassungen verschieden zu sein.

[47] Gemeint sind die Reden von Wels und Hergt (vgl. oben Anm. 4).

Darf ich hier aber einmal die Genesis der Entwicklung der Rhein- und Ruhrfrage zum Ausdruck bringen. Wenn davon gesprochen wird, daß hier eine grundsätzlich neue Einstellung stattfinde, so darf ich doch darauf hinweisen, daß ich bereits in der Zeit, in der die Herren der Sozialdemokratie dem Kabinett angehörten[48], in einer Rede in Hagen[49] ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß unsere Mittel begrenzt seien und nicht reichten, um der **Hungerkatastrophe** wirksam entgegenzuwirken, daß auf Frankreich die Verantwortung für diese Hungerkatastrophe fiele. Ich darf darauf hinweisen, wenn man weiter sagt, wir hätten ganz plötzlich die Bevölkerung vor eine Entschließung der Reichsregierung gestellt, daß ich in einer **Unterredung mit der „Magdeburgischen Zeitung“[50],** die an die ganze deutsche Presse gegeben worden ist, vom 9. November dieses Jahres folgendes gesagt habe:

> Unsere finanzielle Leistungsfähigkeit hat ihre Grenzen. Angesichts der gegenwärtigen Situation muß ich in allem Ernst im Einverständnis mit dem Kabinett das eine erklären: wir sind am Ende unserer Kraft, über eine kurze Zeit hinaus können wir die riesenhaften Summen für die Millionen Erwerbslosen und ihre Angehörigen nicht mehr aufbringen. Wenn infolge des Versagens unserer Kräfte Hungersnot und Anarchie in diesen Gebieten ausbrechen, wenn eine fleißige Bevölkerung gezwungen wird, die Hände ruhen zu lassen, und unser Wirtschaftsleben weiter bis in den Rest zerstört wird, so tragen dafür die Verantwortung diejenigen französischen Behörden, die etwa die jetzt noch geführten Verhandlungen weiter gefährden.
>
> (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. – Zuruf von den Kommunisten: Die Kapitalisten, die nichts bezahlen wollen! – Lachen und Zurufe in der Mitte.)

Meine Herren, wenn Verhandlungen geführt werden, bei denen 40 Prozent der Produktion an eine andere Macht abgegeben werden, wenn die Reichsregierung die Garantie übernimmt, diese Summen ihrerseits zu ersetzen, sobald ihre Finanzen saniert sind – und ich sehe diese Sanierung noch nicht –, wenn diese Industriellen ausländische Kredite aufnehmen müssen, die sie bis jetzt vergebens in der Höhe ge-

[48] Gemeint ist der Zeitraum vom Beginn der Kanzlerschaft Stresemanns am 13. August bis zum Austritt der sozialdemokratischen Minister am 2. November 1923.

[49] Am 25. Oktober 1923 (vgl. diese Edition).

[50] Die nachfolgende Passage ist ein leicht abgewandelter Auszug aus einem größeren Interview mit Stresemann, das die MAGDEBURGISCHE ZEITUNG, Nr. 566 vom 9. November 1923, S. 1, veröffentlichte.

sucht haben, in der sie zahlen sollen – 15 Millionen Dollar allein der Bergbauliche Verein –, wie töricht und aufhetzend demagogisch ist es dann, davon zu reden, diese Verhandlungen kämen nicht zustande, weil die Kapitalisten nicht zahlen wollen!

(Lebhafter Beifall.)

Das ist nichts anderes als Demagogie! Das ist nichts anderes als Unterstützung der Politik, die uns vor aller Welt hier ins Unrecht setzen will, während wir die Welt anrufen wollen zur karitativen Hilfe für eine Hungersnot, die durch französische Maßnahmen herbeigeführt wird.

(Stürmischer Beifall. – Zurufe von den Kommunisten. – Gegenrufe rechts: Ruhe! – Fortgesetzte Zurufe von den Kommunisten. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Ich bitte, den Herrn Reichskanzler nicht fortgesetzt zu unterbrechen.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Nur von Zeit zu Zeit!

(Heiterkeit.)

Ich sage: Es geht ein ganz gerader Weg von der Rede in Hagen über die Erklärung der „Magdeburgischen Zeitung“ zur letzten Erklärung der Reichsregierung[51].

Nun lassen Sie mich zu dieser Erklärung und zu den geführten Verhandlungen zu unserer grundsätzlichen Einstellung noch einige Worte hier sagen. Es klingt auch hier durch die Debatte hindurch immer der eine Vorwurf, als fehle es uns an einer gerechten Einschätzung der ideellen Kräfte, als seien wir vielleicht als Wirtschafter vollkommen in finanziellen Erwägungen befangen. Darf ich, wenn diese Kritik von links geübt wird, daran erinnern, daß es der frühere Reichsfinanzminister Hilferding[52] gewesen ist, der einmal sagte, was ich leider unterschreiben muß, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die **Politik** vielfach zu einem **Objekt der Währungsentwicklung** geworden ist. Wer will denn daran zweifeln, daß nicht nur große soziale und wirtschaftliche, sondern auch politische Folgerungen einfach davon abhängig sind, ob es uns gelingt, irgendwie zu stabilen Währungsverhältnissen zu kommen!

(Sehr richtig! in der Mitte.)

---

[51] Gemeint ist vermutlich die in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1097, Anm. 10, u. S. 1109 wiedergegebene Erklärung, die der Bevölkerung des besetzten Gebiets die notwendigen Vollmachten erteilte, zur Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit eigene Maßnahmen zu treffen, ohne daß damit staatsrechtliche Veränderungen sanktioniert würden.

[52] Rudolf Hilferding (1877–1942), Reichsfinanzminister 13. August – 6. Oktober 1923 und 28. Juni 1928– 21. Dezember 1929; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1933 (für die SPD).

Nun habe ich damals am 9. November bereits auch auf die neue Situation hingewiesen, die von dem Augenblick an käme, in dem die **Rentenmark**[53] herbeigeführt würde. Wir haben die Tage hier durchgemacht, in denen namentlich auch von der Preußischen Staatsregierung auf den Ernst der Lage in der Reichshauptstadt hingewiesen wurde, in der die Verzweiflung der Menschen über die Unbeständigkeit des Lebens durch die Unbeständigkeit der Währungsverhältnisse ihren Höhepunkt erreicht hatte. Wenn jetzt nicht dieser Übergang zur Wertbeständigkeit eine Fiktion sein soll, eine Illusion, irgend ein Traum, der zusammenbricht und der dann die Verzweiflung aber vervielfacht, dann muß eine Reichsregierung von diesen finanziellen Verhältnissen abhängig sein und muß sich in ihrer ganzen Wirtschafts- und Finanzpolitik von diesen Dingen in erster Linie leiten lassen. Wir haben als selbstverständliche Folge der Schaffung der Rentenmark die Bilanzierung des Haushaltsplans. Wir haben den Haushaltsplan auf Gold gestellt. Wir müssen suchen, daß er bilanziert; denn Sie können keine Währung halten, wenn Sie nicht den Etat im Gleichgewicht haben.

(Sehr wahr! in der Mitte und links.)

Sonst geht die ganze Entwicklung wieder an, die einstmals mit der Papiermark begonnen hat. Das Parlament und die Parteien müssen sich auf diese Tatsache einstellen und ihre Folgerungen daraus ziehen in bezug auf die Wünsche, mit denen sie an die Regierung herantreten.

(Lebhafte Zustimmung.)

Herr Hergt verlangt auf der einen Seite Ordnung der Finanzen und kritisiert auf der anderen Seite den Beamtenabbau[54]. Beides geht nicht.

(Erneute Zustimmung in der Mitte. – Zurufe rechts.)

Eines oder das Andere! Es muß auch in dieser Beziehung die Folgerung gezogen werden.

(Unterbrechungen rechts.)

---

[53] Nachdem mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war, wurde am 15. November 1923 mit der Ausgabe der neuen Rentenmark begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072).

[54] Am 27. Oktober 1923 wurde eine umfängliche „Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reichs“ veröffentlicht (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010), die in erster Linie dem Abbau der Zahl der Beamten diente und dazu u.a. die Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand vorsah.

– Daß Herr Hergt den Beamtenabbau kritisiert hat, unterliegt doch keinem Zweifel. – Wir werden in dieser Beziehung ganz entschieden – und ich sage das auch mit aller Offenheit – vielleicht mit Brutalität gegenüber dem einzelnen vorgehen müssen. Aber hier handelt es sich darum, den Staat zu erhalten, der nicht zu retten ist, wenn auch diese Währung in den Abgrund versinkt.

(Zuruf von den Kommunisten: Ist ja schon!)

– Es scheint beinahe eine gewisse Genugtuung aus diesem Zwischenruf herauszuklingen.

(Widerspruch bei den Kommunisten.)

Es scheint, als wenn der Herr Abgeordnete Wels nun angenommen hat, daß die **Rentenbank** und ihr **Verwaltungsrat** ein Verhör mit dem Reichskanzler angestellt hätte, ein gewisses Katechisieren, ob er auch den richtigen volkswirtschaftlichen und sozialen Glauben hätte, ob er das Vertrauen der Rentenbank genieße. Nein, Herr Abgeordneter Wels, so haben sich die Dinge nicht vollzogen. Daß die Herren des Verwaltungsrats den Wunsch hatten, an jenem 15. November, an dem die Rentenmark ins Leben trat, mit dem Reichskanzler zu sprechen[55], so wie leider viel zu viele Deputationen solche Wünsche gegenüber jedem Reichskanzler aussprechen, und daß bei der Gelegenheit die Herren sich ebenso über ihre Wünsche aussprechen, wie das Gewerkschaften, Beamtenorganisationen, Industrielle, Vertreter der Landwirtschaft sonst bei solchen Gelegenheiten tun, darüber kann man sich doch nicht wundern.

Aber das eine gebe ich Ihnen zu: wir sind der Auffassung, daß wir verpflichtet sind, der Rentenbank gegenüber unsere Kredite zu begründen. Ich glaube, daß es ganz gut ist, wenn sich jede Reichsregierung diese Fessel selbst auferlegt, um nicht gegenüber ihrer finanziellen Verantwortlichkeit zu weit getrieben zu werden. Denn der Verwaltungsrat der Rentenbank ist doch auch seinerseits verantwortlich für die ganze Parität des von ihm ausgegebenen Geldzeichens, für seine Rentenbriefe, für diejenige Verhaftung des Grund und Bodens, die doch dafür in Gang gesetzt ist. Sie gilt nicht nur dem Reich, sie ist auch der Wirtschaft gegeben.

Daß also bei dieser Gelegenheit die Herren den Wunsch hatten, auch über Wirtschaftsfragen mit dem Reichskanzler zu sprechen, ist verständlich. Im übrigen ist das

[55] Zu dem von Wels in seiner Rede (vgl. oben Anm. 4) angesprochenen Treffen Stresemanns mit dem Verwaltungsrat der Rentenbank, das ausweislich seines Terminkalenders am 15. November 1923 stattfand (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1087, Anm. 23), konnte nichts weiter ermittelt werden.

Kommuniqué[56] nicht von der Reichsregierung herausgegeben, sondern von der Rentenbank. Dann hat auch der Reichskanzler nicht allem zugestimmt, was dort gesagt ist. Es ist ausdrücklich im Kommuniqué auch gesagt, daß er in wesentlichen Grundlagen mit den Herren übereingestimmt hätte. Sie (zum Abgeordneten Wels) erwähnten zum Beispiel die Abschaffung des Achtstundentags. Gesprochen haben die Herren vom **Arbeitszeitgesetz.** Daß es notwendig ist – das sage ich hier mit aller Offenheit –, daß eine Gesundung der Wirtschaft ohne baldige Lösung der Arbeitszeitfrage überhaupt undiskutierbar ist, dazu brauche ich nicht den Verwaltungsrat der Rentenbank zu hören[57].

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte.)

Das ist meiner Meinung nach eine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf von den Kommunisten: Bei Millionen Arbeitslosen!)

– Welch eine quartanerhafte volkswirtschaftliche Anschauung ist es, anzunehmen, daß eine Erhöhung der Arbeitszeit die Zahl der Arbeitslosen unbedingt vermehren müßte! Es kommt darauf an, ob Sie Aufträge erhalten oder in bestimmter Frist liefern können und ob überhaupt im Auslande in bezug auf Finanzkredite die Empfindung besteht, daß die Produktivität der Wirtschaft bei uns gesichert ist.

(Zustimmung in der Mitte.)

Das sind die Gesetze des volkswirtschaftlichen Handelns.

Nun weiter die Frage der Leistungen, die wir gegenüber dem besetzten Gebiet zu übernehmen haben. Man hat uns vor allen Dingen zum Vorwurf gemacht, daß wir erklärt haben[58], daß wir nur noch begrenzte Zeit hindurch die Leistungen übernehmen könnten für Anforderungen im besetzten Gebiet. Wenn wir bei dieser Gelegenheit insbesondere auch auf die Frage der **Erwerbslosenunterstützung** hingewiesen haben, so ist es aus dem Grunde geschehen, um gerade dadurch auch die politische Verantwortlichkeit Frankreichs vor der ganzen Welt kundzutun. Es ist keine volkswirtschaftliche Arbeitslosigkeit, die dort herrscht. Auch die Verhältnisse in Deutschland, so schlimm sie sind, würden nur eine viel geringere Zahl von Arbeitslosen an

[56] Das Kommuniqué konnte nicht ermittelt werden.

[57] Zu den Beratungen innerhalb der Regierung über die Änderung der Arbeitszeit auf dem Weg der Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vgl. die Ministerbesprechung vom 15. November 1923: ebd., S. 1083–1085.

[58] In verschiedenen Sitzungen hatte die Reichsregierung beschlossen, lediglich noch 100 Millionen der neuen Rentenmark in die Erwerbslosenfürsorge in den besetzten Gebieten fließen zu lassen (vgl. etwa zuletzt die Kabinettssitzung mit den Ministerpräsidenten, deren Gebiet besetzt ist, vom 17. November 1923: ebd., S. 1104–1108).

Ruhr und Rhein sehen, wenn nicht durch das politische Diktat von Paris in bezug auf diese politische Frage die Aufnahme der Arbeit überhaupt unmöglich gemacht würde.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Und daß wir uns dagegen wehren, daß wir diese politische Verantwortlichkeit klarmachen wollen, daß wir erklären – und das entspricht den Tatsachen, daß wir am Ende unserer finanziellen Kraft sind, daß sie begrenzt ist nach denjenigen Ziffern, die wir genannt haben, weil sonst eben alles andere ins Schwanken kommt, – ja meine Herren, das sind Abhängigkeiten, die heute bestehen, Abhängigkeiten, die sich nur ändern können, wenn wir ausländische finanzielle Hilfe bekommen, Abhängigkeiten, die bestehen werden für jede einzelne Regierung, gleichgültig, wie sie zusammengesetzt ist.

Man hat nun vom politischen Gesichtspunkt aus gesagt, daß hierin die Kriegserklärung an Frankreich läge, daß diese ganze Aktion lediglich der Auftakt wäre und nur als solche anzusehen sei, um darauf das **Zerreißen des Vertrags von Versailles** aufzubauen. Ach nein, das Zerreißen des Vertrags von Versailles geschieht von ganz anderer Seite.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das geschieht von seiten derjenigen, die auch die wenigen Rechte, die dieser furchtbare Vertrag uns gibt, uns gegenüber nicht zur Anwendung bringen, und das geschieht mittelbar von denen, die es dulden, daß wir uns gegen Recht und Gesetz in der Lage befinden, in der wir sind.

(Lebhafte Zustimmung.)

Nein, wir haben nicht gesprochen vom deutschen Zerreißen des Vertrags, aber vom Ruhen der Leistungen aus diesem Vertrag dann, wenn wir nicht mehr in der Lage sind, dem rheinischen Gebiet selber Mittel zu geben. Das eigene Volk hungern zu lassen und dem Gegner zu zahlen trotz rechtswidriger Besetzung, das ist eine Politik, die ich allerdings meinerseits niemals mitmachen werde.

(Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Das ist der Zusammenhang zwischen Rhein- und Ruhrpolitik und dem Ruhen der Leistungen. Wenn die Leistungen ruhen müssen gegenüber dem Rheinlande, können Sie nicht die Leistungen aufrecht erhalten gegenüber Frankreich, zumal nicht in einer Zeit, in der die Pfänderpolitik in der Weise produktiv von Herrn Poincaré ge-

macht wird, wie er das jetzt versucht bei den Verträgen[59], aus denen doch herausgeholt wird, was nur herauszuholen ist und in denen die monatliche Kohlenleistung bereits auf 160 000 Tonnen doch wieder von ihm verlangt wird.

Wenn man deshalb diese ganze Entwicklung hinstellt als eine **Rechtsentwicklung der Reichsregierung,** seitdem die Sozialdemokratie aus der Reichsregierung ausgeschieden ist,

(Abgeordneter Wels: Und Herr Jarres[60] hineingekommen ist!)

– und Herr Jarres hineingekommen ist, so darf ich doch auf das eine hinweisen, Herr Kollege Wels – ich tue das lediglich, um die politische Situation zu kennzeichnen –, daß die deutsche Reichsregierung bei ihren Maßnahmen, die Sie so heftig kritisiert haben, die Ihre Presse – und das hat mich auf das tiefste verletzt – hingestellt hat als irgendeine auch nur mittelbar geduldete Unterstützung von separatistischen Bestrebungen, die volle Unterstützung des preußischen Staatsministeriums unter der Führung ihres Fraktionskollegen Braun[61] gehabt hat.

(Hört! Hört! in der Mitte.)

Wenn man deshalb diese Meinung für falsch hält, so mögen Sie sie bekämpfen. Aber politische Konsequenzen daraus zu ziehen, als wenn in dieser Auffassung sich zeige, daß eine Rechtsentwicklung, ein schwankendes Verhalten, eine irgendwie nicht geradlinige Politik, die sich daraus ergebe, daß der Kanzler in einer anderen Umgebung andere Ansichten hätte, eingetreten wäre, das weise ich zurück.

(Sehr gut! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich habe in einer Zeit mich eingesetzt für weitere Leistungen an das Rheinland und die besetzten Gebiete, als die Preußische Staatsregierung glaubte, diese Politik nicht mehr verantworten zu können[62].

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

---

[59] Gemeint sind die bis zu diesem Zeitpunkt von der MICUM den Ruhrindustriellen vorgelegten Vertragsentwürfe (vgl. oben mit Anm. 33).

[60] Karl Jarres (1874–1951), Oberbürgermeister von Duisburg 1914–1923 (während der Ruhrbesetzung von den Besatzungsmächten ausgewiesen) und 1925–1933; Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Mitglied der DVP.

[61] Otto Braun (1872–1955), preußischer Ministerpräsident 1921–1932 (mit kurzer Unterbrechung Januar – April 1925), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

[62] Vgl. etwa das Protokoll einer Sitzung von Reichskabinett und Vertretern der beteiligten Länder des besetzten Gebiets vom 13. November 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1051–1055).

Daraus bitte ich das eine zu ersehen, daß es hier nicht auf politische Einstellungen ankommt, sondern darauf, daß eben diejenigen, die verantwortlich sind für die Weiterentwicklung der Finanzen, die quälende Verantwortung unserer finanziellen Not an sich fühlen und daraus auch Folgerungen ziehen müssen, die manchmal politisch wirklich schwer zu ertragen sind. In dem Augenblick – und noch hoffe ich, daß dieser Augenblick kommt –, an dem die Verhandlungen zwischen den Industriellen und den französischen Behörden, die, wie ich noch einmal wiederhole, genau geführt werden nach den Instruktionen der deutschen Reichsregierung, zu einem Ergebnis geführt haben und wo infolgedessen volkswirtschaftlich wieder die gleichen Verhältnisse hergestellt sind, daß nicht eine politisch erzwungene Arbeitslosigkeit dauernd dort bleibt, werden wir selbstverständlich Rhein und Ruhr mit dem übrigen Deutschland gleich behandeln müssen, und zwar bis zum Ende unserer Kraft. Und wenn dieses Ende eintritt, dann muß unter Umständen im ganzen Deutschland abgebaut werden, wenn eben infolge der furchtbaren Zahl derjenigen, die keine Arbeit finden, unsere Kraft zur Unterstützung zu gering ist, um überhaupt dem Einzelnen irgendwie helfen zu können.

(Lebhafte Zurufe und Unruhe bei den Kommunisten. – Zustimmung bei den übrigen Parteien.)

Ich kann das Eine sagen, daß wir alles getan haben, um diesen Verträgen zur Annahme zu verhelfen. Es sind auch einzelne Verträge geschlossen worden; in bezug auf andere gehen die Verhandlungen Tag für Tag weiter.

(Zuruf bei den Kommunisten.)

– Im übrigen werde ich keiner Frage aus dem Wege gehen, welche politischen Konsequenzen sie auch für mich hat. Darauf kommt es nicht an, ob man geht oder nicht, sondern darauf, ob man mit Ehren geht oder nicht. Ich sage das Eine: diese ganzen Verträge bedingen, daß im besetzten Gebiet **weit mehr gearbeitet wird als bisher,** sonst sind die Produktionskosten nicht aufzubringen.

(Zuruf bei den Kommunisten: Stinnes!)

– Was geht mich Herr Stinnes an. Ich habe von ihm keine Marschroute entgegenzunehmen, habe es nie getan und werde es auch nie tun. Nicht Herr Stinnes ist der Führer der Partei, ich bin es und habe das bisher stets unabhängig zum Ausdruck gebracht. Hier handelt es sich um ganz andere Dinge. Wenn Sie sich auf den Stand-

punkt stellen, daß nicht mehr gearbeitet wird als bisher, dann kommt die Wirtschaft im Ruhrgebiet überhaupt nicht in Gang.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Wenn Sie wollen, daß die Wirtschaft in Gang gebracht wird, dann muß bei Abgabe von 40 Prozent an den Feind wenigstens die Produktion selber sich lohnen, sonst ist nach den volkswirtschaftlichen Gesetzen eine solche Produktion nicht in Gang zu bringen. Wenn mir mitgeteilt wird, daß es große Zechen gibt, in denen bei doppelter Belegschaft die Produktion 80 Prozent des Friedens beträgt, so sind das eben Dinge, die nicht ertragen werden können, die unmöglich sind und das Land zugrunde richten.

(Zuruf bei den Kommunisten.)

Gerade wenn die Produktivität gesichert ist, kann sich die Lohnpolitik auf einer Basis aufbauen, die dem Arbeiter das gibt, worauf er ein Anrecht hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte. – Zurufe und Unruhe bei den Kommunisten. – Heiterkeit. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Ich bitte um Ruhe.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Wenn im übrigen Verhandlungen stattgefunden haben zwischen der Reichsregierung und Vertretern des besetzten Gebietes über die **Vertretung der Belange der Bevölkerung des besetzten Gebietes**[63]**,** so bitte ich auch das nicht anzusehen als eine Auffassung der Reichsregierung, daß sie sich trennen oder irgendwie Abschied vom besetzten Gebiet nehmen wolle. Meine Herren, ich muß immer auf den Ausgangspunkt zurückkommen. Der Regierung wird das Verhandeln unmöglich gemacht. Sollen wir nun den Einzelnen schuldig werden lassen, weil seine Regierung ihm nicht helfen kann? Sollen wir den Einzelnen auf sich selbst stellen oder sollen wir der Bevölkerung dieses okkupierten Gebietes nicht die Möglichkeit geben, daß bestimmte Gremien, soweit Verhandlungen in Betracht kommen, die wir nicht zu führen vermögen, ihrerseits sich für die Bevölkerung einsetzen? Glauben Sie, daß dieser Abschied von der Ausübung der Reichssouveränität uns sicher nicht leicht fallen würde. Er ist aber auch vor der Welt das flagrante Beispiel dafür, wie das Recht gegenüber Deutschland im besetzten Gebiete gebeugt worden ist.

[63] Vgl. insbesondere die Protokolle zweier Sitzungen von Reichskabinett, beteiligten Ländern und Fünfzehnerausschuß über Fragen des besetzten Gebiets vom 13. November 1923 (ebd., S. 1042–1049, 1057–1060).

(Sehr gut! in der Mitte.)

Denn was ist das besetzte Gebiet heute? Es ist in Wirklichkeit im Zustande eines bekriegten Okkupationsgebietes ohne die Rechte, die ein bekriegtes Okkupationsgebiet nach dem Völkerrecht hat.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das ist das, was aus Rhein und Ruhr unter den Peitschenhieben der französischen Politik und unter dem französischen Imperialismus geworden ist.

Wenn wir nun sehen, wie gequält dieses Volk ist, wenn wir diese fortwährenden Versuche sehen, uns zur Hilfe zu bewegen, wenn uns versagt wird, für die Leute einzutreten, wenn wir dann nach einem Wege suchen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, für die Bevölkerung einzutreten, so ist das doch wahrlich nicht ein Regieren gegen das besetzte Gebiet, sondern ein Eingehen auf die Not des besetzten Gebiets.

(Sehr wahr! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

In welcher Form das im einzelnen erfolgt, mit welchen Kompetenzen, das ist bis zur Stunde nicht abgeschlossen, und darüber zu sprechen, muß ich mir deshalb versagen, weil der Wunsch aller Parteien des besetzten Gebietes nach dieser Richtung an mich gerichtet worden ist. Einen Appell aber möchte ich hier auch an die Länder richten, die an den besetzten Gebieten beteiligt sind. Wenn uns der Atem finanziell ausgeht, dann muß auch versucht werden, daß Kraftquellen, die hier noch im Länderbesitz liegen, unter allen Umständen mitbenutzt werden;

(sehr richtig! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

denn wir sind in unserer Kraft begrenzt, wir werden um so mehr in dem Kampfe, der sich ja einmal über Ruhr und Rhein entscheidet – und wir sind ja auf dem Höhepunkt dieses Kampfes, wir denken nicht daran, diesen Kampf auch nur einen Augenblick aufzugeben –, ich sage, wir werden um so eher darauf rechnen können, daß er uns nicht nur das Land, sondern die Herzen der Bewohner zurückbringt, wenn hier von allen Seiten das letzte getan wird, um diesem Lande zu helfen.

(Sehr richtig! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Herren, ich darf nachher auf die Frage kommen, ob noch eine Möglichkeit wirtschaftlich finanzieller Hilfe auf anderen Gebieten besteht; ich darf das im Zusammenhang mit den Finanzfragen erörtern.

Ich wende mich dann denjenigen Fragen der inneren Politik zu, die neben der Rhein- und Ruhrfrage das meiste Interesse für sich beanspruchen.

(Zurufe von den Kommunisten: Belagerungszustand!)

– Jawohl, der ist auch dabei, denken Sie, darauf bin ich sogar selbst gekommen.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, unter diesen Fragen steht zunächst die Frage der **Vorgänge in Bayern.** Ich glaube, es gibt niemand, der nicht mit tiefster Erschütterung die Vorgänge betrachtet hat, die sich am 8. und 9. November in München vollzogen haben[64]. Allerdings ist der Herr Abgeordnete Hergt ja sehr schnell mit dem Problem fertig geworden, indem er festgestellt hat: Die Reichsregierung ist daran schuld,

(Heiterkeit in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

daß diese Verhältnisse gekommen sind. Die Zustände der Reichsregierung hätten schließlich diese Explosion herbeigeführt. Ja, darf ich da einmal das eine sagen: Was ist denn das erste Erfordernis der Reichsregierung? Das ist, glaube ich, Autorität nach innen. Daran mag es uns fehlen; aber ich glaube, soviel Autorität, wie die verfassungsmäßige Regierung in Bayern, hat die Reichsregierung auch gehabt.

(Sehr gut! und Heiterkeit in der Mitte.)

Soviel Ruhe und Ordnung wie in Bayern ist in anderen Ländern zum mindesten auch gewesen. Bedauerlich ist meiner Meinung [nach], daß diejenige Regierung, die verfassungsmäßig dazu da war, um Bayern zu vertreten, sich in eine Abhängigkeit begeben hat von Organisationen, die nicht die Staatsverantwortlichkeit hatten

(sehr richtig! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei)

und deshalb nicht geeignet waren, sich zum Protektor einer Regierung aufzuwerfen, die sie belassen oder die sie stürzen konnten.

(Sehr gut! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich warne andererseits, den Weg zu gehen, den man bis zu diesem Punkte in Bayern hat kommen lassen.

(Sehr gut! in der Mitte.)

---

[64] Am Abend des 8. November 1923 hatte Hitler im Münchener Bürgerbräukeller während einer Rede des Generalstaatskommissars Kahr mit bewaffneten Anhängern die Versammlung besetzt, die Reichsregierung für abgesetzt erklärt und zum Marsch nach Berlin und zur Errichtung einer Diktatur unter seiner Führung und derjenigen Ludendorffs als Reichswehrminister unter Einbindung Kahrs und Lossows aufgerufen (vgl. neben vielen anderen Quellen die Wiedergabe des amtlichen Berichts in SCHULTHESS 64 [1923], S. 212–213; sowie DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 366–367). Nach der Distanzierung Kahrs und der bayerischen Regierung vom Putsch scheiterte am folgenden Vormittag ein von Hitler und Ludendorff angeführter Marsch bewaffneter Teilnehmer zur Feldherrnhalle im Feuer der Polizei.

Es handelt sich darum, daß diese illegalen Einflußnahmen auf eine verfassungsmäßige Regierung schon im Entstehen zurückgewiesen werden, sonst überschatten sie nachher die verfassungsmäßige Regierung selbst.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Wenn man sagt, die Reichsregierung sei gegenüber diesen Vorgängen hilflos gewesen, so darf ich doch darauf hinweisen, daß die Gegenmaßnahmen, die die Reichsregierung am Abend des 8. November getroffen hat[65], ganz klar und eindeutig gewesen sind. Wenn nicht die Vorgänge in der Nacht des 9. November gekommen wären, die am nächsten Tage zu der Erklärung in Berlin geführt haben, daß in Bayern die verfassungsmäßige Regierung wieder im Vollbesitz ihrer Macht wäre[66],

(Lachen bei den Kommunisten)

dann wären selbstverständlich auch alle Folgerungen aus den Maßnahmen der Regierung selbst gezogen worden. Wenn man ihr weiter vorwirft, sie habe in den darauffolgenden Tagen nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete, sondern auch auf anderen Gebieten, auch auf politischem, auf Bayern eingewirkt, so übernehme ich dafür durchaus die Verantwortung, und zwar aus zwei Gründen. Einmal hatten wir meiner Meinung nach alle Veranlassung, die verfassungsmäßige Regierung in Bayern zu stützen. Ob sie uns politisch freundlich oder unfreundlich gegenübersteht, hat mit dieser sachgemäßen Einstellung einer Reichsregierung nicht das geringste zu tun.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Der zweite Grund ist das politische Moment: in dem Augenblick, in dem diejenigen, die für diese Vorgänge des 9. November verantwortlich waren, mit gegenseitigen Beschuldigungen auftraten, die die Hoffnung aufkommen ließen, daß alle die illegalen Organisationen damit ein Ende finden würden oder wenigstens die Führerschaft einzelner, die bis dahin dem Ganzen das Gestänge gegeben hat, wäre es direkt politisch falsch gewesen, von hier aus in diese Auseinandersetzung eingreifen zu wollen.

(Zurufe von den Kommunisten.)

---

[65] Reichspräsident Ebert hatte Hans von Seeckt, dem Chef der Heeresleitung, in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1923 bei Bekanntwerden des Münchener Putschversuchs per Verordnung auf der Grundlage von Art. 48 der Reichsverfassung den Oberbefehl über die Wehrmacht und die vollziehende Gewalt übertragen (Text der auf den 8. November 1923 datierten Verordnung in REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 1084).

[66] Stresemann bezieht sich vermutlich auf die als Agenturmeldung verbreitete Amtliche Mitteilung über den Zusammenbruch des Putsches vom 9. November 1923 (URSACHEN UND FOLGEN V, S. 442), die allerdings nur der Hoffnung Ausdruck gibt, daß der Putsch bald niedergeschlagen sein wird.

– Ich komme auch auf Sachsen, denn ich habe angenommen, daß Sie auch dafür Interesse haben!

(Abgeordneter Ledebour[67]: Sie haben es dazu kommen lassen! Sie haben Lossow[68] unterstützt!)

– Herr Ledebour, ich glaube, Sie stehen den Dingen neuerdings etwas fremder gegenüber, sonst würden Sie solche Zwischenrufe nicht machen. Die Unterstützung des Herrn v. Lossow durch die Reichsregierung ist bisher in Bayern noch nicht behauptet worden. Ich glaube auch nicht, daß der Herr Kollege Leicht[69] dieser Meinung sein wird.

(Wiederholte Zurufe des Abgeordneten Ledebour. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Ledebour, ich bitte, die Zwischenrufe nicht so oft zu wiederholen.

(Abgeordneter Ledebour: Aber genügend oft werde ich sie schon machen!)

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Meine Herren! Diese bayrischen Vorgänge haben eine sehr bedauerliche **Rückwirkung** gehabt, die weit in die Gegenwart hineinreicht. Ich sprach vorhin von **Rhein und Ruhr.** Es ist sehr bedauerlich, daß derartige Vorgänge in einer Zeit möglich waren, in der dort die Bevölkerung um ihr nacktes Leben kämpft, in der sich dort alle Bevölkerungsteile gegen Separatistenbewegungen einsetzen, in der dort das Volk mit seinem Leben gegen eine Bedrückung kämpft, die nun schon Jahre währt, kämpft für ein einiges Deutschland, und dann sehen muß, wie dieser Gedanke des einigen Deutschlands durch derartige Putsche, durch derartige Aufrufe und durch eine derartige Zerreißung des einheitlichen deutschen Volkskörpers kaputtgeschlagen wird. Die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb ihrerseits[70]:

---

[67] Georg Ledebour (1850–1947), Mitglied des Reichstags 1920–1924 (für die USPD; auch deren Vorsitzender).

[68] Otto von Lossow (1868–1938), Kommandeur der 7. (bayerischen) Division der Reichswehr und Landeskommandant von Bayern 1921–1924. – Als Lossow Ende September 1923 die Berliner Anordnung eines Verbots des „Völkisches Beobachters“ unter Verweis auf den Einspruch des bayerischen Generalstaatskommissars Kahr nicht ausführte und danach von Reichswehrminister Geßler abgesetzt worden war, hatte sich die Auseinandersetzung zwischen dem Reich und Bayern über das Nebeneinander zweier Ausnahmezustände verschärft.

[69] Johann Leicht (1868–1940), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die BVP; deren Fraktionsvorsitzender 1920–1933).

[70] Der betreffende Artikel war nicht zu ermitteln.

> Aus der tiefen Not am Rhein rufen wir es nach Bayern und nach Sachsen mahnend und eindringlich: Bändigt Euer Ungestüm! Indem ihr das Gefüge des Reiches lockert, zertrümmert Ihr hier das Vertrauen. In Bayern wird jetzt an dem Grabe geschaufelt, in das der deutsche Westen versinken könnte.

Das ist eine Auffassung aus dem besetzten Gebiet, die, glaube ich, das wiedergibt, was ohne Unterschied fast alle Parteien im besetzten Gebiet angesichts dieser Vorgänge empfinden.

(Sehr richtig!)

Die zweite bedauerliche Rückwirkung dieser Vorgänge ist die **Wirkung auf das Ausland.** Das Ausland leidet an sich schon unter einem Zerrbilde, das von Deutschland gemacht worden ist. Das geht bis weit in die Zeit des Friedens hinein und das hat sich verstärkt und vervielfacht im Kriege. Wir haben uns bemüht, diesem Zerrbild die richtigen Züge zu geben. Aber, meine Herren, wenn Sie sich einmal vorstellen, wie derartige Vorgänge auf das Ausland wirken müssen, und wie alle diejenigen, die sich bemühen, Deutschland als nicht kreditwürdig, als doch dem Untergang geweiht hinzustellen, solche Dinge auszunutzen vermögen, dann werden Sie einen Begriff davon bekommen, wie lange Zeit es dauern wird, um solche Rückwirkungen wieder in Ordnung zu bringen.

> (Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten. – Zurufe von Kommunisten: Und den Kronprinzen[71] haben Sie wieder hereingelassen!)

– Gewiß habe ich das zugelassen! Dazu bekenne ich mich, und dafür übernehme ich auch die Verantwortung. Aber was haben denn diese Dinge miteinander zu tun? Und schließlich ist das auch eine Frage der Menschlichkeit!

(Lachen bei den Kommunisten.)

Wenn wir jahrelang um die letzten Gefangenen in Avignon gekämpft haben[72], dann haben wir auch ein Recht, für die **Heimkehr des deutschen Kronprinzen** zu kämpfen.

---

[71] Wilhelm von Preußen (1882–1951), ehem. Kronprinz des Deutschen Reiches. – Stresemann hatte dem seit 1918 im niederländischen Exil weilenden Kronprinzen die Rückkehr nach Deutschland ermöglicht, die am 15. November 1923 erfolgte, ihn aber gleichzeitig zur politischen Enthaltsamkeit verpflichtet (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 215–224; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 521–523).

(Stürmischer Beifall rechts.)

Für mich und für die Reichsregierung ist der deutsche Kronprinz ein deutscher Staatsbürger wie jeder andere, der genau das gleiche Recht auf diejenigen Freiheiten hat, die jeder andere Bürger besitzt.

(Andauernde Zurufe von den Kommunisten.)

– Herr Präsident, ist es wirklich nicht möglich, daß ich Ruhe bekomme?

(Wiederholte Unterbrechungen von den Kommunisten.)

Ich habe nicht die Absicht, in einer kommunistischen Fraktionssitzung zu sprechen, sondern die Absicht, zum Deutschen Reichstag zu sprechen!

(Lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und links. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Meine Herren (zu den Kommunisten), ich werde also genötigt sein, bei weiter fortgesetzten Unterbrechungen gegen Sie einzuschreiten!

(Zustimmung.)

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Es ist ein Mann der alten Armee, der Herr General v. Hurt[73], der in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ geschrieben hat[74]: „Die **Münchener Vorgänge** waren ein politisches Abenteuer und eine unverzeihliche Torheit“, und ein Mann wie Timm Klein[75] hat für das, was dort vorgegangen ist, die wirklich guten Worte gefunden:

Ihr habt bei Nacht und Nebel gekriegt,
Und Euer Feind – er lag besiegt.
Doch als ihr die Leiche bei Licht erkannt,
War es das eigene Vaterland.

Wenn man davon spricht, die deutsche Reichsregierung habe nichts dagegen getan, dann darf ich doch sagen: ohne die Beschlüsse der deutschen Reichsregierung

---

[72] Die letzten fünf deutschen Kriegsgefangenen waren nach jahrelangen Verhandlungen – allerdings aus Fort Lamalgue bei Toulon – erst am 22. Dezember 1922 nach Deutschland entlassen worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Kabinett Cuno, S. 40, Anm. 4). – Der mögliche Irrtum Stresemanns erklärt sich vielleicht daraus, daß 1921 die zuvor in Avignon Gefangengehaltenen nach Toulon überführt worden waren (vgl. Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags 1919–1928. […] Reihe 3. Völkerrecht im Weltkrieg. Bd. 3. Verletzungen des Kriegsgefangenenrechts. Halbbd. 2. Berlin 1927, S. 710).

[73] Friedrich von Hurt (1859–1941), bayerischer General.

[74] In einem Leitartikel „Wo bleibt die Disziplin?“, in MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN, Nr. 309 vom 14. November 1923, S. 1–2.

[75] Tim [!] Klein (1870–1944), Schriftsteller und Feuilletonist; Schriftleiter bei den „Münchner Neuesten Nachrichten“ 1920–1920. – Das nachfolgende Gedicht ebd., S. 2.

am Abend des 9. November[76] wären wahrscheinlich diese Vorgänge nicht auf München beschränkt geblieben. Es gab genug Herde, die vielleicht ähnlich in Feuer hätten aufgehen können. Als sie am Morgen die Proklamation der deutschen Reichsregierung fanden und sahen, daß die entsprechenden Maßnahmen getroffen waren, hat sich doch mancher überlegt, ob er denjenigen folgen sollte, die hier vorgegangen sind. Wenn also das Feuer nicht ein allgemeines geworden ist, dann ist das deshalb schließlich einigermaßen auch dem zuzuschreiben, was von uns hier geschehen ist.

Wichtiger aber als der Rückblick auf diese Vorgänge ist die unbedingte **Notwendigkeit der Rückkehr Bayerns zu verfassungsmäßigen Zuständen.** Man hat der Reichsregierung vorgeworfen, daß sie in bezug auf die Forderungen, die von dem Chef der Heeresleitung[77] gestellt worden seien, den Bogen überspannt habe. Meiner Meinung nach zerbricht das Instrument der **Reichswehr,** wenn die Autorität der Befehlsgewalt sich nicht durchsetzen kann, ebenso wie das Instrument der Reichswehr zerbrechen würde, wenn sie von irgend jemand zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden könnte. Was sie geworden ist, das ist sie geworden in einer Arbeit von vier Jahren, für die wir denjenigen Dank schulden, die an ihrer Spitze gestanden haben.

(Beifall.)

Alle diese Arbeit wäre vergeblich, wenn einmal die Autorität zerbricht und irgendein Zweifel an der Verfassungstreue der Reichswehr möglich wäre.

Meine Herren, es bestehen da Differenzen. Deshalb wird bei Verhandlungen, die zwischen Bayern und dem Reich, wie ich sagen zu können glaube, bevorstehen, das eine selbstverständlich die Grundlage jedes Verhandelns sein: die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen in bezug auf die Reichswehr und die unbedingte Unterstellung der Reichswehr unter die Befehlsgewalt, zu der sie gehören.

(Zustimmung.)

Das ist eine Auffassung, die sich inzwischen auch in weitesten Kreisen Bayerns selbst durchaus durchgesetzt hat und, wie ich glaube, auch mit der Auffassung weitester Kreise der 7. Division selbst übereinstimmt. Andere Bestrebungen, die sich auf bayerische Wünsche beziehen, gehen ja nach anderer Richtung. Es sind föderative Bestrebungen, und sie haben ihren Niederschlag in Anträgen gefunden, die die Bay-

[76] So in der Vorlage; gemeint ist wohl der 8. November (vgl. oben mit Anm. 65).

[77] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP).

erische Volkspartei hier im Reichstage eingebracht hat[78]. Ich will nicht zu allen Einzelheiten dieser Anträge Stellung nehmen; aber ich darf das eine mitteilen, daß eine Besprechung innerhalb der Reichsregierung auch darüber bereits stattgefunden hat[79], inwieweit **Änderungen der jetzigen Verfassung gegenüber den Ländern** – denn das ist nicht nur eine bayerische Frage – möglich sind.

(Zuruf von den Kommunisten.)

– Nein, nicht nur Bayerns allein, sondern die Forderungen werden auch von anderer Seite erhoben; sie haben im übrigen mit Verfassungstreue gar nichts zu tun.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Das Recht, die Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege zu ändern, ist jedem Politiker und jedem anderen gegeben. Das ist ein Volksrecht der deutschen Reichsverfassung. Art. 48 der Reichsverfassung[80] ist eine Quelle von Streitigkeiten bei der Auslegung. Das angekündigte Reichsgesetz ist bis heute nicht erlassen. Sie haben auch den Ländern hier die Möglichkeit gegeben, auf Grund dieses Artikels der Reichsverfassung ihrerseits die Verhältnisse in den Ländern zu regeln.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

– Gewiß gilt das für alle Länder. Warum soll die Staatsgewalt der Länder ausgeschaltet werden? Das zweite ist die Frage einer größeren Dezentralisierung in allen Verkehrsfragen, und drittens sind es die Fragen der Steuern und der Finanzen,

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Den Herrn Abgeordneten Malzahn und auch die anderen Herren bitte ich, sich auf die Plätze zu begeben.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: – die ich mir allerdings ohne eine Oberaufsicht des Reiches nicht denken kann. Über diese Fragen zu verhandeln und den Versuch

---

[78] Dem Reichstag lag ein Antrag der BVP-Fraktion vom 20. November 1923 vor (Text in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 380, S. 7621, Drucks. 6330), wonach die Reichsregierung aufgefordert werden sollte, einen Gesetzentwurf zur umfassenden Revision der Reichsverfassung „in föderalistischem Sinne“ vorzulegen.

[79] Ein entsprechendes Protokoll konnte nicht ermittelt werden. Allerdings geht aus einem Schreiben des Reichsfinanzministers an den Reichsarbeitsminister vom 21. November 1923 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1156–1158) hervor, daß auf einer Chefbesprechung am 16. November, deren Protokoll jedoch nicht überliefert ist, eine Änderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, insbesondere im Bereich der Gesetzgebung und der Verwaltung, thematisiert worden sein muß.

[80] Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 ermächtigte zum einen den Reichspräsidenten zu Notstandsmaßnahmen, bei „Gefahr im Verzuge“ aber auch die Länder. Er sah vor, daß ein Reichsgesetz die Einzelheiten regeln solle; dieses Reichsgesetz kam jedoch nie zustande.

zu machen, hier zu einem Einverständnis zu kommen, ist die Reichsregierung durchaus bereit. Ich glaube nicht, daß in einem solchen Eingehen auf Wünsche, die von dieser Seite geäußert werden, irgendwelche Schwäche der Regierung etwa läge. Bismarck[81] hat einmal von dem Verhältnis der germanischen Stämme zueinander gesagt: Ich glaube, man soll sich in germanischen Staaten nicht fragen, was kann, sondern was muß gemeinsam sein, und was nicht gemeinsam zu sein braucht, soll man der speziellen Entwicklung überlassen[82]. Und er hat einst davon gesprochen, daß man ihn als einen dummen Kerl bezeichnet hätte, der angesichts der Machtfülle, die er in der Hand gehabt habe, nicht mehr herausgeholt habe, und daß er tatsächlich trotzdem richtig gehandelt habe, die Konzessionen zu machen, die er damals gemacht hat[83]. Das sind nicht Verfassungsfragen, die das Volk aufzuregen brauchen, sondern rein sachliche Fragen, die in aller Ruhe behandelt werden können und mit denen die Rechts- und Linkseinstellung nichts zu tun habe. Ich bin der Meinung, daß es besser ist, daß die Länder sich im Reiche glücklich fühlen, als daß in allen Punkten an dem festgehalten wird, wenn Zeiten besonderer politischer Konstellation entstehen. Voraussetzung ist aber die Achtung vor der Verfassung, die man ändern will.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

In dieser Beziehung wird auch das bayerische Volk, das nicht zu identifizieren ist mit den Putschisten vom 9. November, sich mit der Reichsregierung auf diesem Boden zusammenfinden.

(Sehr gut! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich darf das eine sagen, wenn ich auf die Vorgänge vom 9. November zurückkomme, daß ich mit Genugtuung und Dank unterstreiche, was Herr Hergt gestern[84] hier zum Ausdruck gebracht hat: Die **Achtung der Konfessionen untereinander.** Ich glaube, es würde gut sein, wenn der Herr Abgeordnete Hergt diese seine Auffas-

---

[81] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[82] So (von Stresemann leicht abgewandelt) in einer Rede im Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 16. April 1869 (Text in [Otto von] Bismarck. Die gesammelten Werke. Bd. 11: Reden 1869–1878. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. 2. Aufl. Berlin 1929, S. 37–47; Zitat: S. 45).

[83] So (von Stresemann leicht abgewandelt) in einem vom Moritz Busch aufgezeichneten Gespräch mit den Mitarbeitern am 23. November 1870 in Versailles, bezogen auf die Konzessionen an Bayern (Text ebd., Bd. 7: Gespräche. 1. Bd.: Bis zur Errichtung des Deutschen Reiches. Bearb. v. Willy Andreas. 2. Aufl. Berlin 1924, S. 414–416; Zitat: S. 415).

[84] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf Hergts Reichstagsrede zwei (!) Tage zuvor (vgl. oben Anm. 1 u. 4). Hergt hatte zwar die Vorgänge in München „vom Rechtsstandpunkte aus“ verurteilt, aber auf die „große deutsche Linie“ Bayerns verwiesen und Kahr und die nationalen Verbände gelobt (S. 12175).

sung auch zum Ausdruck bringen würde gegenüber den üblen Ausschreitungen der Münchener Studentenschaft[85].

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Es geht nicht an, wenn man den Kardinal Faulhaber[86] hochverräterischer Tendenzen bezichtigt, daß man Wunden aufreißt, die nach dem Kriege mehr geschlossen waren als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt deutscher Geschichte, und daß man konfessionelle Gegensätze dort aufrichtet, wo wir alle glaubten, daß wir auf diesem Gebiete zu einem Frieden im Deutschen Reiche gekommen wären.

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Ich glaube, daß der Mahnruf zu diesem Frieden im Volk allerdings die höchste Beachtung verdient, und gerade auch der Mahnruf, den der Kardinal Faulhaber mit voller Absicht 48 Stunden vor den Vorgängen in München erließ[87], die er mit seinen mahnenden Worten verhindern wollte und leider nicht verhindern konnte.

Meine Herren! Das ist das, was ich im Zusammenhang mit den Vorgängen in Bayern hier auszuführen habe. Ich komme nunmehr zu den Anklagen, die gestern[88] von dem Herrn Abgeordneten Wels gerichtet worden sind wegen der **Vorgänge,** die sich in **Sachsen** abgespielt haben sollen, angesichts der – ich habe ihn so verstanden – Inschutzhaftnahme von Personen durch die Reichswehr[89]. Es ist die Frage

---

[85] Aus einem Bericht der Wiener REICHSPOST, Nr. 311 vom 13. November 1923, S. 1, geht hervor, daß am Vortag an beiden Münchner Universitäten auf einer Vollversammlung aufgerufen wurde, die nationalen Verbände zu unterstützen, daß die Studierenden danach auf die Straße gingen und von der Reichswehr auseinandergetrieben wurden; daraufhin wurde die Universität für drei Tage geschlossen.

[86] Michael von Faulhaber (1869–1952), Erzbischof von München und Freising 1917–1952, seit 1921 Kardinal.

[87] Faulhaber hatte in einem Schreiben an Stresemann vom 6. November 1923 (Faksimile in STRESEMANN, Vermächtnis I, nach S. 128; kritisch edierter Text auch in FAULHABER I, S. 318–320) seine Ablehnung des drohenden Bürgerkriegs deutlich gemacht und sich damit gegen die umlaufenden Putschpläne gewandt. Der Inhalt des Schreibens war durch eine WTB-Meldung schnell an die Öffentlichkeit gelangt (vgl. etwa WIENER ZEITUNG, Nr. 255 vom 7. November 1923, S. 2–3). – In München liefen in der Folgezeit Gerüchte um, Faulhaber habe Kahr zum Abrücken von Hitler bewegt und damit den Putsch zum Scheitern gebracht (vgl. ebd., Nr. 261 vom 16. November 1923, S. 1); sie wurden jedoch umgehend dementiert (vgl. die Wiener REICHSPOST, Nr. 314 vom 16. November 1923, S. 3; auch die „Kundgebung des Zentralkomitees der Katholiken Münchens“, abgedruckt ebd., Nr. 318 vom 20. November 1923, S. 2–3) und in der Folge auch von Kahr in einem Briefwechsel mit Faulhaber für unzutreffend erklärt (vgl. FAULHABER I, S. 320–321 mit Anm. 1).

[88] Offenbar bezieht sich Stresemann auch hier auf Wels' Reichstagsrede zwei (!) Tage zuvor (vgl. oben Anm. 1 u. 4). Wels hatte in seiner Rede verschiedene Übergriffe der Reichswehr in Sachsen angeprangert (S. 12162–12163).

[89] Gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923,I S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum

gestellt worden, was denn überhaupt in Sachsen vorgekommen sei, und es wird so hingestellt, als wenn eigentlich bis dahin eine idyllische Ruhe dort geherrscht habe, wo die Reichswehr eingerückt sei. Ich glaube, die Akten des Reichsministeriums des Innern sprechen eine beredte Sprache über alle die Vorgänge, die sich dort abgespielt haben. Ich habe von dem ersten Tage meiner Reichskanzlerschaft[90] an in der Zeit, als Herr Dr. Zeigner[91] noch Ministerpräsident in Sachsen war, wiederholt Veranlassung gehabt, mit ihm zusammen zu sein und ihn auf diese Vorgänge hinzuweisen und aufs dringendste zu ersuchen, vom Standpunkt der sächsischen Regierung gegen die **Terrorakte,** die vorgekommen sind, gegen die Unterbrechungen des wirtschaftlichen Lebens, die dort erfolgt sind, einzuschreiten.

(Zurufe von Kommunisten: Die demokratischen Zeitungen haben diese Vorgänge widerlegt!)

– Wenn eine einzelne Zeitung in der Lage ist, diese Dinge zu widerlegen, wäre das ja sehr einfach.

(Erneute Zurufe von den Kommunisten.)

– Dann zeigen Sie mir doch die Organisationen, die diesen Beweis bringen.

(Erneuter Zuruf von den Kommunisten: Nennen Sie doch solche Terrorakte!)

– Ich brauche Sie nur an Werdau[92] zu erinnern, an alle die Dinge, die in den Akten vorliegen und die zu veröffentlichen wir durchaus gern bereit sind. Ich darf auch auf das eine hinweisen: die **Entsendung der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen[93]** ist in den Zeiten der großen Koalition[94] erfolgt, und sie wäre doch wohl nicht

---

Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208).

[90] Die Ernennung Stresemanns zum Reichskanzler durch Reichspräsident Ebert erfolgte am 13. August 1923 (Faksimile der Ernennungsurkunde in STRESEMANN, Vermächtnis I, nach S. 88). Am Tag zuvor war er von Ebert mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt worden.

[91] Erich Zeigner (1886–1949), sächsischer Ministerpräsident (SPD) 21. März – 29. Oktober 1923.

[92] Der Militärbefehlshaber für Sachsen, General Müller, hatte in einem Schreiben vom 13. Oktober 1923 an die sächsische Regierung auf die Agitation der „Proletarischen Hundertschaften“ u.a. in Werdau hingewiesen und die Hundertschaften verboten (URSACHEN UND FOLGEN V, S. 486–476). Ob sich Stresemanns Äußerung hierauf oder auf andere nicht zu ermittelnde Ereignisse in Werdau bezieht, konnte nicht geklärt werden.

[93] Neben Sachsen war auch in Thüringen die Reichswehr einmarschiert, und zwar am 5. November 1923, um Aufstände zu verhindern, die aus der Regierungsbeteiligung der KPD und deren Aufruf zur Bildung bewaffneter Verbände drohten; unter dem dadurch aufgebauten Druck traten die kommunistischen Minister am 12. November 1923 aus der Regierung aus (vgl. AKTEN DER REICHSKANZ-

erfolgt, wenn man nicht in allen Parteien der Meinung gewesen wäre, daß dort eben Verhältnisse waren, die unbedingt Remedur verlangten.

Wenn jetzt im Zusammenhang mit dem Auftreten der Reichswehr in Sachsen an deren Vorgehen Kritik geübt wird, so ist es Sache des Reichswehrministeriums, sich dazu zu stellen. Es ist zweitens unsere Aufgabe, dem nachzugehen, und ich darf darauf hinweisen, daß meines Wissens bereits vor der Rede des Herrn Abgeordneten Wels von der dazu zuständigen militärischen Stelle ein Befehl ergangen ist[95], worin sie sich mit aller Entschiedenheit dagegen wendet, daß hier in einer Weise vorgegangen werde, die entweder gegen die Gesetze verstößt oder aber auf Willkür beruht. Etwas anderes ist vorläufig nicht zu tun, als wenn solche Beschwerden nach dieser Richtung eine derartige Anordnung erfordern, diese vorzunehmen. Ich wüßte nicht, ob Sie Ihrerseits in der Lage wären, die Inhaftierten sofort freizusetzen, nur wenn eine Beschwerde kommt, die Sie im einzelnen noch gar nicht zu prüfen vermögen. Ich darf dabei das eine sagen: das Verhältnis zwischen Reichswehr und der Bevölkerung würde wahrscheinlich ein zu keiner Unruhe Veranlassung gebendes sein, wir hätten manche bedauerlichen Vorgänge überhaupt nicht erlebt, wenn nicht die **kommunistische Agitation** in Thüringen systematisch **gegen die Reichswehr** gehetzt hätte.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und rechts. – Fortdauernde Unruhe und lärmende Zurufe auf der äußersten Linken. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Thomas[96], ich rufe Sie zum erstenmal zur Ordnung, weil Sie die übrigen Mitglieder des Reichstags verhindern, die Rede des Kanzlers anzuhören.

LEI, Stresemann II, S. 966–968; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 502; SCHULTHESS 64 [1923], S. 211 u. 216).

[94] Von seiner Ernennung zum Reichskanzler am 13. August bis zum Austritt der sozialdemokratischen Minister am 3. November 1923 hatte Stresemann einer Regierung der Großen Koalition aus DVP, Zentrum, SPD und DDP vorgestanden.

[95] Welchen Befehl genau Stresemann hier meint, ist nicht recht zu ermitteln; vgl. jedoch das Schreiben des Befehlshaber im Wehrkreis IV, Generalleutnant Müller, an den Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörsing, vom 16. November 1923 (KRISENJAHR 1923, S. 139–142), in dem er die Rechte und Pflichten des Militärbefehlshabers erläutert, dem die ausübende Gewalt übertragen wurde, und den rechtlichen Umgang mit Inhaftierten.

[96] Wendelin Thomas, (geb. 1884), Mitglied des Reichstags 1920 – Dezember 1924 (für die USPD 1920, für die KPD 1920–1924)

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Uns haben die kommunistischen Flugblätter vorgelegen, in denen in unerhörter Weise gegen die Reichswehr und gegen die Reichsregierung gehetzt worden ist,

(andauernder Lärm bei den Kommunisten)

und auf Grund dieser Flugblätter ist unser Einschreiten erfolgt.

(Fortgesetzte lärmende Unterbrechung bei den Kommunisten. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Thomas, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung wegen fortgesetzter Störung der Verhandlungen und mache Sie darauf aufmerksam, daß ich bei Fortsetzung dieser Unternehmungen Maßnahmen gegen Sie ergreifen werde.

(Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte. – Zurufe von den Kommunisten.)

Sie können ja nachher sagen, was Sie sagen wollen. Sie dürfen aber den Herrn Reichskanzler nicht stören.

(Erneute lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Ich beziehe mich auf das Material, das mir vorliegt. Ich beziehe mich darauf, daß ich dieses Material mit dem sächsischen Ministerpräsidenten und mit dem sächsischen Gesandten[97] besprochen habe und daß von keiner Seite ein Einspruch dagegen erfolgt ist, daß durch die Kommunistische Partei, daß durch die kommunistische Betriebsrätezentrale von dem Augenblick an, in dem die Reichswehr nach Sachsen kam, in einer Weise gegen sie gehetzt und ihre Autorität untergraben wurde, daß das gerade der Ausgangspunkt derjenigen Aktion der Reichsregierung war, die wir gemeinschaftlich geführt haben.

(Andauernde Zurufe von den Kommunisten. – Abgeordneter Thomas: Und das sächsische Volk hat keine Autorität!)

– Das sächsische Volk ist ja nicht repräsentiert durch die kommunistische Partei in Sachsen.

(Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte. – Erneute Zurufe von den Kommunisten.)

[97] Georg Gradnauer (1866–1946), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1924 (für die SPD); Reichsinnenminister 1921; sächsischer Gesandter in Berlin und Vertreter zum Reichsrat 1921–1932.

– Es ist in bezug auf das sächsische Volk genau so wie hier im Reichstag. Während Sie (zu den Kommunisten) in der Minderheit sind, lärmen Sie, als wenn Sie den ganzen Reichstag verträten. Von Sachsen sagen Sie, Sie wären das sächsische Volk, während Sie auch dort eine Minderheit sind. Das ist Ihre ganze Taktik. –

Ich habe mich dann in erster Linie den wirtschaftlichen Fragen zuzuwenden, vor allem der Frage der Ordnung der Finanzen. Man hat gegen die Reichsregierung namentlich deshalb Vorwürfe erhoben – – Oder ich will zunächst noch eine andere Frage behandeln. Verzeihen Sie diese Unterbrechung. Es ist ja nicht ganz einfach, den Faden zu behalten, wenn es unmöglich ist, überhaupt in der Weise zu reden, auf die sonst jeder Parlamentarier und vor allen Dingen wohl der Chef einer Regierung im Parlament Anspruch hätte.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich wollte im Anschluß an das, was ich bisher ausgeführt habe, über die Frage des Reichsausnahmezustandes[98] sprechen. Mir ist von Parteien der Arbeitsgemeinschaft[99] die Frage vorgelegt worden, ob der **Reichsausnahmezustand** nicht in denjenigen Teilen, in denen Ruhe herrsche, durch den zivilen Ausnahmezustand oder, wie ich hinzufügen möchte, durch eine Aufhebung des Reichsausnahmezustandes selbst ersetzt werden könne. Ich darf auch hier auf die Entwicklung der Dinge hinweisen. Die Verhängung des Reichsausnahmezustandes erfolgte im Einverständnis mit allen Parteien der großen Koalition und dem preußischen Staatsministerium[100].

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Sie erfolgte damals aus guten Gründen, wie ich auch bereits festgestellt habe, nämlich um zunächst von vornherein im Anschluß an die bayerischen Vorgänge etwa erfolgende Übergriffe in Norddeutschland im Keime ersticken zu können.

---

[98] In Reaktion auf verschiedene Putschgerüchte hatte Reichspräsident Ebert am 26. September 1923 auf der Grundlage von Art. 48 der Reichsverfassung eine bereits am Tag zuvor entworfene Verordnung über den Ausnahmezustand im gesamten Deutschen Reich erlassen und die vollziehende Gewalt an den Reichswehrminister übertragen, der sie seinerseits an die Reichswehrkommandeure in den einzelnen Wehrbezirken übertrug; Text der Verordnung u.a. in REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 905–906.

[99] Im Herbst 1922 hatten sich – in Reaktion auf die Vereinigung der SPD mit einem Flügel der USPD – die bürgerlichen Parteien DVP, Zentrum, DDP und BVP zur „Arbeitsgemeinschaft der (verfassungstreuen) Mitte“ zusammengeschlossen, was sich organisatorisch in erster Linie in gemeinsamen Parteiführerbesprechungen äußerte. Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf diese „Arbeitsgemeinschaft“.

[100] Vgl. die Besprechung mit den Ministerpräsidenten vom 25. September 1923, in der der preußische Ministerpräsident vorschlug, die Verhängung des Ausnahmezustands zu erwägen (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 349–356, insb. S. 351 u. 354).

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Im Charakter des Ausnahmezustandes liegt, daß er begrenzt ist; er ist eigentlich dazu da, um aufgehoben zu werden und Ausnahme zu bleiben. Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten[101] habe ich die Erklärung abgegeben, daß die Reichsregierung den Reichsausnahmezustand aufheben würde, sobald sich die Verhältnisse beruhigt hätten. Man sagt nun heute, seitdem sei aber eine lange Zeit vergangen, und seitdem sei in dieser Beziehung nichts geschehen. Die Vorgänge des 9. November haben doch wohl das eine gezeigt, daß es unrichtig gewesen wäre, von dem Reichsausnahmezustand abzugehen.

(Sehr richtig! in der Mitte. – Zuruf von den Kommunisten: Was ist denn geschehen in Bayern?)

– Daß in Norddeutschland nichts geschehen ist, das ist vielleicht mit die Wirkung des Reichsausnahmezustandes gewesen.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Sie (zu den Kommunisten) stellen Ihre Frage falsch. –

Ich darf ein Zweites sagen. Sowohl in bezug auf die Erregung von links wie von der äußersten Rechten ist das Bestehen des Reichsausnahmezustandes doch wohl als eine Verstopfung der Quelle der Erregung anzusehen, und der Reichsausnahmezustand mußte, solange die Dinge sich nicht selbst gesetzt hatten, auch aufrecht erhalten werden. Ich habe mit dem Herrn Reichspräsidenten[102] erneut die Frage geprüft, ob in absehbarer Zeit, in kurzer Zeit, die Aufhebung oder Ersetzung des Ausnahmezustandes erfolgen könne. Dies kann meiner Meinung nach aber nur in den Gebieten geschehen, in denen tatsächlich Ruhe herrscht und die Gewähr gegeben ist, daß diese Ruhe nicht erneut gestört wird.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Es kann nicht allgemein geschehen, sondern nur partiell. Ich halte daran fest sowohl gegenüber der Kritik von links wie von rechts; denn ein Antrag, den Reichsausnahmezustand aufzuheben, ist ja auch von deutschnationaler Seite gestellt worden[103].

(Hört! Hört! in der Mitte.)

---

[101] In seiner Rede in einer Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder vom 24. Oktober 1923 (vgl. diese Edition).

[102] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925.

[103] Ein formeller Antrag der DNVP im Reichstag zur Aufhebung des Reichsausnahmezustands konnte in den Tagen zuvor nicht ermittelt werden.

Es wird sich darum handeln, da, wo tatsächlich ruhige Verhältnisse gewesen sind und bis heute sind und wo vielfach das Bestehen des Ausnahmezustandes auch zu Divergenzen zwischen Zivilbehörden und Militärbehörden geführt hat, den Ausnahmezustand aufzuheben, ihn da aber bestehen zu lassen, wo die Verhältnisse ganz labil sind und wo man auch damit rechnen muß, daß Explosionen erfolgen können.

Meine Damen und Herren! Ich wende mich nun den wirtschaftlichen Fragen zu. Man hat gegen die Reichsregierung den Vorwurf erhoben, daß viel zu spät von ihr die Vorlage **wertbeständigen Geldes** erfolgt wäre[104]. Der Herr Reichsfinanzminister Hilferding ist ja vielen Vorwürfen ausgesetzt gewesen, und ich bin nicht in der Lage, ihn in allem zu decken, was er getan hat. Aber ein Argument von ihm ist durchaus richtig. Er hat wiederholt darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, mit der Ausgabe wertbeständigen Geldes doch mindestens so lange zu zögern, bis die allergrößten Ausgaben, die ins besetzte Gebiet gingen, zum Beispiel bis zur Zeit, wo der passive Widerstand fortdauerte, ihr Ende gefunden hätten,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und zwar aus dem Grunde, weil sonst bei einer starken Belastung der Reichsausgaben die Wertbeständigkeit dieses Geldes sich gar nicht hätte halten lassen können. Man war also nach dieser Richtung durchaus gezwungen, sogar in gewisser Beziehung zu zögern. Dieses Argument hat Herr Dr. Hilferding auch Herrn Dr. Helfferich[105] damals vorgetragen, als ich die beiden Herren miteinander bekannt gemacht hatte, um, auf dem Wege – damals, glaube ich – der Rentenbank die Möglichkeit einer Übergangswährung zu schaffen, die uns den Weg zur Goldwährung freimachen könnte. Herr Dr. Hilferding hielt es damals gerade für seine Pflicht, von dem Zustande der Reichsfinanzen diejenigen zu überzeugen, die die Pfänder für dieses wertbeständige Geld geben sollten, und zweitens auch diese Frage zu erörtern.

Wenn man sagt, die Technik habe versagt, man verstehe überhaupt nicht, daß die Note nicht wenigstens zur richtigen Zeit dagewesen wäre, so darf ich Ihnen das eine sagen: als Laie in diesen Fragen habe ich diese Vorwürfe innerlich geteilt, und ich

---

[104] Mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) hatte die Reichsregierung die Voraussetzung dafür geschaffen, neue Goldnotenzeichen auszugeben. Tatsächlich wurde mit der Ausgabe der neuen Rentenmark jedoch erst am 15. November 1923 begonnen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072).

[105] Karl Helfferich (1872–1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP). – Helfferich hatte bereits im August 1923 den Plan einer durch Sachgüter und insbesondere Roggen gedeckten neuen Währung („Roggenmark“) entwickelt; vgl. die Aufzeichnung über eine Besprechung der Währungssanierung vom 18. August 1923 ebd., Stresemann I, S. 23–29.

kenne bis heute nicht die tatsächliche Begründung für die Verzögerung, habe aber eines jetzt bei den Verhandlungen mit den Vertretern aus den besetzten Gebieten gesehen: daß da, wo nicht die Regierung die Sache in der Hand hat, sondern die Banken, die doch solche Dinge zu meistern verstehen, sich mit der Frage der Errichtung einer Goldnotenbank in Köln befaßt haben, ebenfalls erklärt worden ist, daß zwei oder drei Monate vergehen würden, ehe die erste Goldnote in den Verkehr gebracht werden könnte[106].

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir haben jetzt zwei Aufgaben vor uns: das ist einmal die Aufrechterhaltung der Parität der Rentenmark, das ist die ganze Umstellung des Budgets und der Zahlungen auf wertbeständiges Geld, das ist die Bilanzierung des Budgets, das ist, wenn die Löhne und Gehälter auf Goldmark oder Rentenmark gestellt werden, andererseits auch ein Einfluß auf die Preise durch das Kartellgesetz[107], das im Wirtschaftsministerium vorliegt und das Hand in Hand mit dem Arbeitszeitgesetz gehen muß, das hoffentlich in einer ganz kurzen Zeit verabschiedet werden kann, da sonst ein modus procedendi gesucht werden müßte, der die Möglichkeit gibt, die Zeit auszufüllen, bis die parlamentarische Erledigung des Gesetzes erfolgt ist. Wir haben in allen diesen Dingen auch keinen Tag mehr zu verlieren.

(Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Wir müssen diese Dinge nach allen diesen Richtungen hin zusammen vornehmen.

Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin darauf hingewiesen, alle diese Fragen können vielleicht von uns allein nicht gelöst werden, wenn das Reich nicht auch von anderer Seite, vom Auslande her, unterstützt wird. Der Herr Abgeordnete Hergt hat das zum Anlaß genommen, hier einige Ausführungen zu machen, die ich bedaure, indem er davon gesprochen hat, daß immer, wenn eine Kabinettskrise wäre, in der „Vossichen Zeitung“ oder anderswo Mitteilungen ständen, die davon sprächen, daß Deutschland **ausländische Kredite** angeboten seien. Ich habe nichts in der „Vossischen Zeitung“ über diese Dinge einst gelesen. Das aber, was jetzt vorgegangen ist, was in der Presse von Verhandlungen mit einigen namentlich genannten amerikani-

[106] Über einige Wochen hinweg war im Oktober und November zwischen Reichsregierung und Vertretern des besetzten Gebiets die Errichtung einer eigenen („rheinischen“) Goldnotenbank in Köln kontrovers diskutiert worden; der preußische Ministerialdirektor Bail wies in der Sitzung von Reichskabinett und beteiligten Ländern am 13. November 1923 auf diese lange Frist hin (vgl. ebd., Stresemann II, S. 1051–1055, insb. S. 1053–1054).

[107] Die Kartellfrage war zuletzt durch Verordnung vom 2. November 1923 geregelt worden (vgl. ebd., S. 906 mit den dortigen Anm.).

schen Finanziers über amerikanische Weizenkredite usw. steht, ist offiziell an die deutsche Regierung nicht herangetreten. Es handelt sich um das Angebot von ausländischen Finanzleuten, übermittelt durch den Vorsitzenden des Reichsgrundbesitzerverbandes[108] an den Reichskanzler, uns einen Währungskredit von mindestens einer Milliarde Goldmark zur Verfügung zu stellen, und die Aufforderung an uns, darüber in Verhandlungen einzutreten[109]. Daß dieses Angebot die Klausel enthält, dieser Kredit werde der gegenwärtigen Reichsregierung gegeben, ist nicht von der Reichsregierung veranlaßt worden. Ich bedaure aber das eine, daß das langsame Fortschreiten dieser Verhandlungen, von denen die ausländische Seite gehofft hatte, daß sie bis zum heutigen Donnerstag fertig sein könnten, sich dadurch erklärte, daß die von mir wiederholt verlangte Erklärung, daß ich die Gewähr für die Stabilität der Regierung geben sollte, selbstverständlich von mir nicht gegeben werden konnte.

(Hört! Hört! in der Mitte.)

Ich stehe mit derselben Gruppe in Verhandlungen über Kredite für Lebensmittel, ich stehe in Verhandlungen über Kredite für industrielle Rohstoffe. Wenn Sie, Herr Abgeordneter Hergt, der Meinung sind, daß bei uns eine Rechtsentwicklung wie in Italien und anderwärts einen sehr guten Eindruck machen würde, so muß ich Sie auf das eine hinweisen: in jenen Kreisen, auf die es hier ankommt – man kann sie so oder so einschätzen –, ist jedenfalls eine Rechtsentwicklung die am wenigsten wünschenswerte Grundlage für den Fortgang einer solchen Verhandlung.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist ganz selbstverständlich, daß auch im Falle eines Sturzes des Kabinetts es die Aufgabe derjenigen Mitglieder des Kabinetts ist, die diese Beziehungen haben – ich halte das für ganz selbstverständlich –, das alleräußerste zu tun, um zu veranlassen, daß diese Offerte auch der anderen Regierung gemacht wird. Gegenwärtig aber besteht dieser Zustand, den ich dargelegt habe. Diese Verhältnisse sind es gewesen, die es uns nicht möglich gemacht haben, bisher bei diesen Dingen weiterzukommen.

Andere Verhandlungen irgendwelcher Art kenne ich nicht; andere Verhandlungen sind uns amtlich nicht bekannt. Ich erwähne das deshalb, weil ganz abstruse Mitteilungen über eine ganze Reihe von Einzelangeboten in die Presse gekommen sind, die angeblich an uns gelangt sein sollen.

---

[108] Vermutlich ist gemeint Franz Joseph Fürst zu Isenburg(-Birstein) (1869–1939), der wohl zu dieser Zeit Vorsitzender des Reichsgrundbesitzerverbandes war.

[109] Vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 233–234.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

– Ich glaube, Herr Abgeordneter Hergt, daß das Plenum des Reichstags im Anfang solcher Verhandlungen wohl nicht der richtige Ort ist, um über Einzelheiten solcher Angebote und Verhandlungen zu sprechen.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte.)

Sie haben es übrigens sehr einfach, sich darüber Auskunft zu holen; Sie brauchen sich nur mit denjenigen Herren in Verbindung zu setzen, die die Träger der Übermittlung dieser Offerte gewesen sind. Ich darf Ihnen das eine sagen: ob dieser Weg des Kredits wegen der Rentenmark, der von der anderen Seite vorgeschlagen worden ist, gegangen werden kann, oder andere Garantien gegeben werden, ist eine andere Frage. Die Kreise des Reichsgrundbesitzerverbandes haben sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Wenn eine Möglichkeit bestände, solche Verhandlungen zum glücklichen Abschluß zu bringen – diese oder andere –, so wäre das aus dem Grunde wünschenswert, weil nämlich in der deutschen Öffentlichkeit leider wieder, unterstützt durch ausländische Spekulationen, Kräfte vorhanden sind, die sich bemühen, die Rentenmark in irgendeine Bewegung hineinzubringen, die vielleicht irgendjemand wieder Inflationsgewinne möglich macht. Wir müssen eine starke Fundierung haben. Das, war uns hier zur Verfügung steht, wird für die notwendigsten Reichsbedürfnisse so knapp werden – und hier komme ich auf das zurück, was ich vorhin sagte –, daß eine Ergänzung dieser Dinge gerade durch ausländische Kredite hier als eine Notwendigkeit erscheint, um eine dauernde Hebung der deutschen Wirtschaft sicherzustellen. Wir müssen hier den Appell an diejenigen richten, die sich der Bedeutung Deutschlands für die Stabilität der Weltwirtschaft bewußt sind, sich auch bewußt zu sein, daß es unsere Kräfte übersteigt, das noch allein für die Dauer zu tun nach all dem, was man aus dem deutschen Volke herausgepreßt hat seit diesem Frieden, der nichts anderes gewesen ist als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln gegenüber Deutschland.

(Lebhafte Zustimmung.)

In die Debatte über Wirtschafts- und Finanzfragen ist auch die deutsche **Reichsbank** hineingezogen worden. Ich habe hier, als ich zuletzt als Abgeordneter sprach[110], schon einmal zum Ausdruck gebracht, daß das Verhältnis der Autonomie

[110] Gemeint ist Stresemanns letzte Reichstagsrede vor der Ernennung zum Reichskanzler, die er am 9. August 1923 hielt (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 11771–11778; der Passus zur Reichsbank S. 11776).

der Reichsbank gegenüber der Reichsregierung eine Anomalie der Verhältnisse schafft dann, wenn nicht auf beiden Seiten das gleiche Zielstreben, der gleiche Wille besteht. Es hat vielleicht nicht an dem gleichen Zielstreben, an dem gleichen Willen gefehlt; aber vielleicht war auch hier eine Diskrepanz zwischen den stürmenden Ereignissen des Tages auf der einen Seite und einer mehr konservativen Grundrichtung auf der anderen Seite, die sich an all die Erscheinungen des Währungsverfalls nicht gewöhnen konnte. Hat das zu Differenzen auch mit dem Leiter der Reichsbank geführt[111], so stehe ich doch nicht an, hier das eine zu erklären: daß mit dem Tode von Exzellenz **Havenstein**[112] eine Beamtenlaufbahn ihr Ende gefunden hat, die nichts anderes als selbstlose Hingabe an den Staat und an die Pflicht gewesen ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das werden auch alle diejenigen dankbar in Erinnerung behalten und anerkennen, die in Einzelheiten der Auffassung nicht übereinstimmten; und auch in diesen Einzelheiten der Auffassung glaubte derjenige, der sie vertrat, mit Zähigkeit und Festigkeit den von ihm zu schützenden Interessen seines Instituts und den von ihm zu schützenden Interessen des Reichs zu dienen. Ihm den Dank hierfür auszusprechen, glaube ich auch an dieser Stelle mir nicht versagen zu können.

(Lebhafte Rufe: Bravo!)

Meine Herren, gestatten Sie mir auf die Frage der inneren Politik einzugehen. Der Herr Abgeordnete Hergt hat gestern[113] am Schluß seiner Ausführungen – und nicht nur am Schluß, sondern eigentlich von Anfang an bis zum Schluß seiner Ausführungen – erklärt: die Politik des Kanzlers hat Schiffbruch erlitten, der Erfinder und der Fanatiker des Gedankens der großen Koalition muß mit ihr stehen und fallen. Er hat in diesem Zusammenhang von der Vertrauensfrage gesprochen und sich stark auf parlamentarisches Denken eingestellt, das ja diese Vertrauensfrage in sich schließt. Meine Herren, ich habe nicht die Absicht, dieser Auseinandersetzung irgendwie auszuweichen. Lassen Sie mich hier mit zwei Gedanken mich auseinandersetzen, dem parlamentarischen und dem außerparlamentarischen der großen Koalition.

---

[111] Zu den Differenzen zwischen der Reichsregierung und Havenstein vgl. u.a. das Protokoll der Kabinettssitzung vom 5. November 1923, Tagesordnungspunkt 4 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 973–974 mit Anm. 12–14).

[112] Rudolf Havenstein (1857 – 20. November 1923), Präsident der Reichsbank 1908–1923.

[113] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf Hergts Reichstagsrede zwei (!) Tage zuvor (vgl. oben Anm. 1 u. 4).

Ich habe kürzlich auch aus den Kreisen der eigenen Partei den Satz gehört: die Romantik des Gedankens der **Volksgemeinschaft** ist ausgeträumt. Was ist denn eigentlich der Gedanke dieser Volksgemeinschaft? Was ist denn die tiefste Quelle aller Krisen, in denen wir in Deutschland stehen, die durch eine Politik der Volksgemeinschaft überwunden werden sollten? Es ist der verlorene Krieg und der verlorene Friede! Wir sind jetzt erst eigentlich in die Liquidation des verlorenen Krieges eingetreten.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben uns jahrelang über die Folgen des verlorenen Krieges getäuscht,

(sehr wahr!)

und wir sehen jetzt mit einem Male all diese Folgen in großer Furchtbarkeit vor uns.

(Sehr wahr!)

Die Politik Frankreichs, so wie sie bisher geführt worden ist, will das junge, werdende und wachsende Volk dieses neuen Deutschlands für ewige Zeiten zu Frondiensten verurteilen. Demgegenüber gibt es nur eine Waffe: das ist die Solidarität des deutschen Volkes.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das ist das einzige große Aktivum der inneren und Außenpolitik, das eine ohnmächtige Regierung, wie es die deutsche Regierung ist, überhaupt hat.

(Sehr richtig!)

Das war der Sinn der Volksgemeinschaft.

(Zurufe von den Kommunisten.)

– Ach, Sie haben sich ja nie zu diesem Gedanken der Volksgemeinschaft bekannt! Sie haben ihn ja zerstört nach jeder Richtung hin.

(Widerspruch und Lärm bei den Kommunisten.)

Meine Herren, wenn jemals dieser Gedanke aufgegeben würde, wenn er ersetzt würde durch den Gedanken des Kampfes zwischen zwei Richtungen, die ihrerseits erst im Innern bis zum Weißbluten kämpfen wollen, ehe sie sich wieder die Hände reichen, dann können dazwischen Ereignisse eintreten, bei denen sie schwere Verluste dadurch erleiden, daß sie eine Solidarität des deutschen Volks nicht haben.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das ist der eine große Gedanke der Volksgemeinschaft. Nichts Romantisches, obwohl ich darauf hinweisen möchte, daß ein Scharnhorst[114] Friedrich Wilhelm III.[115] eine sehr gute Antwort gegeben hat. Als er zuerst den großen Gedanken der allgemeinen und der freiwilligen Wehrpflicht hat in einer Note an den König hingeschrieben, hat dieser ihm darauf erwidert: als Poesie gut. Und Scharnhorst hat ihm geantwortet, es seien nicht immer die stehenden Heere gewesen, die Thron und Altar gestützt hätten, sondern es wären die großen ideellen Quellen der Liebe und des Freiheitsgeschehens des Volkes gewesen[116].

(Sehr richtig!)

Es ist auch diese Romantik vielleicht manchmal das Reale, wie diejenigen sich überhaupt täuschen, die glauben, daß sie an diesen ideellen Quellen vorübergehen könnten, nur daß wir die Ideale in anderer Weise sehen, als sie Herr Hergt seinerseits sieht.

Nun darf ich das eine sagen. Wenn er mich schon als den Erfinder und Fanatiker dieses Gedankens hinstellt, so würde ich es nicht als Beleidigung ansehen, wenn es so wäre. Aber diese Abhebung auf mich ist doch nur in einer gewissen Absicht erfolgt. Da möchte ich doch darauf hinweisen, daß in den Tagen, in denen man sich in den wie in allen Parteien zunächst etwas wild zusammengekommen Massen der Deutschen Volkspartei darauf besann, was einen denn einen sollte und was man für die Zukunft niederlegen wollte, dieser Gedanke der Volksgemeinschaft einer der großen Gesichtspunkte des Leipziger Programms der Deutschen Volkspartei[117] schon damals gewesen ist.

---

[114] Gerhard von Scharnhorst (1755–1813), preußischer General und Heeresreformer.

[115] Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), König von Preußen 1797–1840.

[116] Offenbar verwechselt Stresemann hier Scharnhorst mit Gneisenau. Gemeint ist nämlich vermutlich nicht die von Scharnhorst vor dem 31. August 1807 in Memel konzipierte Denkschrift „Vorläufiger Entwurf der Verfaßung der Reserve Armee“ (Druck u.a. in Gerhard von Scharnhorst: Private und dienstliche Schriften. Bd. 4. Generalstabsoffizier zwischen Krise und Reform (Preußen 1804–1807). Hrsg. v. Johannes Kunisch […]. Köln [u.a.] 2007, S. 637–641), für die eine Überlieferung über eine Unterredung oder Korrespondenz zwischen Friedrich Wilhelm III. und Scharnhorst nicht ermittelt werden konnte (vgl. jedoch zur eher ablehnenden Reaktion des Königs: Max Lehmann: Scharnhorst. Bd. 2. Seit dem Tilsiter Frieden. Berlin 1887, S. 98–99). – Vielmehr reagierte Friedrich Wilhelm III. auf eine Denkschrift Gneisenaus, in der dieser für den Volksaufstand und entsprechende Kanzelpredigten plädierte, mit der Randbemerkung „Als Poesie gut“, woraufhin Gneisenau auf die ideelle Basis hingewiesen habe: „Mit Poesie ist die Sicherheit der Throne gegründet.“ (vgl. Wilhelm Dilthey. Gesammelte Schriften. Bd. 12: Zur preußischen Geschichte. […]. 3. Aufl. Stuttgart 1964, S. 98).

[117] Gemeint ist das Grundsatzprogramm der DVP, das am 19. Oktober 1919 in Leipzig beschlossen wurde; Text des Programms u.a. in TREUE S. 127–135.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, die Deutsche Volkspartei würde sich selbst aufgeben und ihrer Bestimmung untreu werden, wenn sie eine Rückentwicklung mitmachen wollte, die etwa dahin führen wollte, wieder grundsätzlich zwischen nationalen und antinationalen Parteien zu unterscheiden und damit irgendwie nach dieser Richtung hin Differenzierungen herbeizuführen.

(Sehr wahr!)

Nicht Restauration und nicht Gegenrevolution, sondern Evolution und Zusammenführung, das müssen die Grundgedanken der großen Richtlinien der Politik sein.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Seien wir uns doch über das eine klar: eine machtpolitische Lösung ist auch im Inneren auf die Dauer nicht möglich. Sie kann zeitweilig möglich sein, aber nicht auf die Dauer. Sie haben kaum irgendwo sonst ein Land, das so zerklüftet ist durch politische, wirtschaftliche und soziale Gegensätze. Nur in einer Überbrückung dieser Gegensätze kann dauernd die Gesundung liegen.

(Zustimmung in der Mitte.)

Wie weit sich dies parlamentarisch auswirkt, das ist eine Frage, die zeitweilig verschieden beantwortet werden wird. Die **große Koalition** war nicht Selbstzweck, aber sie war doch auch mehr als nur irgendein taktisches Manöver. Wenn sie zusammengebrochen ist, was ich bedaure, wobei ich mich übrigens in Übereinstimmung befinde mit Herrn v. Kahr[118], der seinerseits das Bedauern aussprach, als er die neue Regierung als bayerischer Ministerpräsident bildete, daß es ihm nicht gelungen sei, die Sozialdemokraten zur Mitwirkung zu gewinnen,

(Heiterkeit)

so bin ich doch nicht der Meinung, daß die Idee einer Zusammenfassung dieser Kräfte überall und in allen Parlamenten sich nun gleichmäßig schematisch auswirken mußte. Deshalb braucht man diese Idee nicht aufzugeben, wenn andere Konstellationen kommen, sei es, daß der einzelne dabei in der Regierung, sei es, daß er wieder im Parlamente wirkt.

[118] Gustav Ritter von Kahr (1862–1934), Generalstaatskommissar für den Freistaat Bayern September 1923 – Februar 1924; er war bayerischer Ministerpräsident 1920–1921 gewesen.

Es wundert mich, daß heute die Angriffe gegen den Gedanken von Seiten kommen, die damals vielfach zugestimmt haben, als der Gedanke parlamentarisch seine Verwirklichung fand. Am 28. August schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“[119]:

> Viele kritisieren die Zustimmung der neuen Regierung, in die einzutreten die Sozialdemokraten sich entschlossen haben. Blind waren, blind sind die allemal.

– Nämlich diejenigen, die das kritisieren. –

> Sollten wir Anstoß nehmen, daß unter den Wärtern des Reichs auch Sozialisten sind? Sollten wir uns nicht darüber freuen, daß in einem so entscheidenden schweren Augenblick Vertreter der größten Arbeiterpartei praktisch mithelfen? Für solche politische Denkart haben wir kein Verständnis.

(Hört! Hört! in der Mitte.)

Das ist dieselbe Zeitung, die jetzt schreibt[120]: Es muß klar entschieden werden zwischen rechts und links, es gibt keine Verkleisterung der Gegensätze.

(Hört! Hört!)

Ich bin der Meinung, daß dieser Gedanke, zu dem ich mich auch erneut bekenne gegenüber dem Gedanken Rechtsblock gegen Linksblock, der einzige ist, der auch einen Auseinanderfall des Reichs auf die Dauer verhindern kann.

Damit wende ich mich den parlamentarischen Verhältnissen zu. Da ist manche Kritik, die Herr Hergt geübt hat, gewiß nicht zu Unrecht geübt. Er sagt, das Volk sei noch nicht reif für das **parlamentarische System.** Ein gewisser Kern der Berechtigung liegt in dieser Kritik. Man kann sogar das Wort „Volk“ vielleicht noch durch andere ersetzen.

(Heiterkeit.)

Aber man muß sich auch über eines klar sein, daß das parlamentarische System in Deutschland alle Kinderkrankheiten durchmacht, die ein völlig neues System eben in einem Lande durchzumachen hat. In diesen Krisen, in diesen Entwicklungen rächt

---

[119] In einem Leitartikel in der DEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG, Nr. 395 vom 28. August 1923, S. 1 (wobei Stresemann in dem nachfolgenden Zitat den Text leicht abwandelt).

[120] Offenbar bezieht sich Stresemann auf einen Artikel ebd., Nr. 524–34 vom 16. November 1923, S. 2, wo es heißt: „jetzt ist nur noch ein Linkskurs oder ein Rechtskurs, aber kein Mittelkurs mehr denkbar“.

sich eben die ganze **deutsche Entwicklung seit Anfang des vorigen Jahrhunderts.**

(Zustimmung in der Mitte.)

Es ist ein Mann, der aus Ihren (nach rechts) Reihen hervorgegangen ist, wenn ich annehme, daß Sie sich noch zu der alten konservativen Partei rechnen, es ist der Fürst Bülow[121], der seinerzeit in seiner „Deutschen Politik“ das einmal zum Ausdruck gebracht hat[122], indem er sagte, daß der Schritt zum verfassungsmäßigen Leben in Deutschland in der Zeit von Stein[123] und Hardenberg[124] hätte gemacht werden müssen. Er sagt:

> Als dann 33 Jahre zu spät der große Schritt getan wurde, da war das Mißtrauen zwischen Volk und Obrigkeit schon zu tief eingefressen, hatte das Ansehen der Regierung im Verlaufe der revolutionären Erhebungen zu schweren Schaden genommen, als daß die modernen Staatsformen unmittelbar hätten Segen bringen können.

Die größten Männer, die Preußen und Deutschland als Staatsmänner wohl jemals gehabt haben, das waren die Männer, die nach dem Niedergang Preußens im Jahre 1807 gewirkt haben, und zwar deshalb, weil sie wie kein anderer in kurzer Zeit dem großen Quell ideeller Volkskräfte den Weg zum staatlichen Denken erzwangen. Sie warteten nicht, bis die Entwicklung kam, sondern sie gingen der Entwicklung voraus. Daß sie im Stich gelassen wurden, nachdem sie das neue Preußen aufgebaut hatten, das war der erste Schlag, den die Entwicklung bekam. Jedes Menschenleben beruht auf Tradition, und jede Entwicklung ruht auf Tradition. Wenn der englische Parlamentarismus als Muster und Vorbild dient, so nicht, weil die Parteien, die Leidenschaften der Menschen dort andere wären, sondern weil Hunderte von Jahren eine Tradition geschaffen haben, die als ungeschriebenes Gesetz wirklicher und lebenspendender ist als irgendwelche Form neuer geschriebener Gesetze.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

---

[121] Bernhard Fürst von Bülow (1849–1929), Reichskanzler 1900–1909.

[122] Stresemann zitiert im folgenden – mit leichter Abwandlung – aus [Bernhard] Fürst von Bülow: Deutsche Politik. Berlin 1916, S. 7.

[123] Karl Freiherr vom und zum Stein (1757–1831), preußischer Politiker und Reformer; Finanz- und Wirtschaftsminister 1804–1807, Staatsminister 1807–1808.

[124] Karl August Fürst von Hardenberg (1750–1822), preußischer Außenminister 1804–1806, leitender Minister 1807 und Staatskanzler 1810–1822.

Wir haben damals, im Jahr 1813, diesen Fehler gemacht. Wir haben überhaupt – die „Münchner Neuesten Nachrichten“ haben neulich darauf hingewiesen[125] – in Zeiten, in denen es sich damals auch darum handelte, einen Staat aufzurichten nach einem verlorenen Kriege, Verhältnisse gehabt, die mit beinahe photographischer Treue an diese Gegenwart erinnern. Darf ich Sie daran erinnern, daß es die Stände von Teltow-Storkow-Lebus waren, die damals gegenüber Steuergesetzen des preußischen Ministerpräsidenten davon sprachen, daß der König das alte Deutschland in einen modernen Judenstaat umwandeln werde, wenn er sich diesem Jakobiner verschriebe[126]. Dieser Jakobiner hieß Freiherr vom Stein und war ein Mann, der wirklich die konservative Gesinnung in gutem Sinne an sich gehabt hat.

Wir haben damals, sage ich, diese Tradition nicht schaffen können. Dann sind andere Zeiten gekommen. Wir haben Zeiten gehabt, in denen ein parlamentarisches System aus den Verhältnissen erwuchs. Da kam die zweite geschichtliche Tragik, das war der vergebliche Kampf, den Bismarck geführt hat, um das preußische Parlament für seine weitsichtige Außenpolitik zu gewinnen[127]. An diesem Kampfe zerschellte wieder einmal der Gedanke des Zusammenwirkens, und dann überragte die Genialität dieses Staatsmannes die Entwicklung der Parlaments derart, daß das Parlament nicht daran dachte, sich eine andere Stellung zu schaffen, und in guter Hut zu sein glaubte im Schoße der Regierung, auch als der Mann längst gegangen war, dem dieses Vertrauen mit Recht gegeben wurde.

Und wenn nun durch Krieg und Revolution jetzt ein neues System nach westlichem Vorbild gebildet wurde, aber ohne diejenigen Hemmungen, die andere Staaten der Demokratie sich in einer zweiten Kammer gegeben haben, da mußte naturgemäß die Öffnung aller Schleusen bei einem politisch bis dahin ziemlich unerzogenen

---

[125] In einem Artikel der MÜNCHNER NEUESTEN NACHRICHTEN, Nr. 307 vom 12. November 1923, S. 2, werden die Verhältnisse zu Zeiten des Freiherrn vom Stein mit der Gegenwart verglichen; vermutlich bezieht sich Stresemann auf diesen Artikel.

[126] Stresemann bezieht sich hier auf die Bittschrift der Stände von Lebus, Storkow und Bresow [!] an König Friedrich Wilhelm III., die unter dem Titel „Die neuen Jacobiner in den preußischen Staaten. […] o.O., 1811“ veröffentlicht wurde. Darin heißt es u.a.: „sobald also das Grund-Eigenthum so in seinem Werthe gesunken sein wird, daß es für sie [die Juden] mit Vortheil zu acquiriren ist, wird es so fort in ihre Hände übergehen, sie werden als Grundbesitzer die Haupt Präsentation des Staates und so uns altes ehrwürdiges Brandenburgisches Preußen ein nomadischer Juden-Staat werden“ (S. 32–33). – Da die Denkschrift jedoch aus dem Jahr 1811 datiert, kann sie sich kaum mehr – zumindest im unmittelbaren zeitlichen Bezug – auf den 1808 als Minister entlassenen Freiherrn vom Stein beziehen, wie Stresemann im folgenden äußert.

[127] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf die Jahre des preußischen Verfassungskonflikts (1862–1866).

Volke – denken Sie an die ganze Frauenwelt, die der Politik überhaupt fernstand[128] – damit die großen außen- und innenpolitischen Belastungen mit sich bringen, bei denen es unverständlich gewesen wäre, wenn sie sich nicht auch in krisenhaften Erscheinungen ausdrücken sollten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Deshalb ist der Stab noch nicht gebrochen über die Entwicklung und Erhaltung des Systems, daß es nicht auch [zu] Verbesserungen durchaus fähig ist. Jedenfalls soll man etwas – ich sage, nicht das Gute, das Bestehende – so lange nicht aufgeben, ehe man nicht sagt, was man Besseres an die Stelle zu setzen hat. Ich glaube, daß der Bolschewismus nach russischem Muster oder der unter einer ganz andere Sonne unter der Führung eines genialen Staatsmannes[129] geschaffene Faszismus in Italien nicht die Vorbilder sind, die plötzlich an die Stelle dieses Systems in Deutschland treten könnten, ohne Deutschland zu zerreißen. Unser deutscher Volkskörper ist fieberkrank und verträgt nicht die Eisenbartkur eines neuen Bürgerkrieges. Und wer den Bürgerkrieg und das Chaos vermeiden will auch durch Konzessionen, auch gelegentlich durch Hinhalten und hinziehende Politik, auch gelegentlich durch ein Gehenlassen der Dinge, der treibt nicht feige Kompromißpolitik, sondern verantwortliche Staatspolitik.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Nun ein Letztes. Herr Abgeordneter Hergt sprach von den **lebendigen Kräften der Nation,** und er sprach von seiner Einstellung zur Wirtschaft gegenüber meiner Einstellung, von seiner Einstellung zur Jugendbewegung gegenüber der meinigen. Nein, Herr Abgeordneter Hergt, nicht darin unterscheide ich mich von Ihnen, daß ich etwa die geistige Bedeutung wirtschaftlicher Arbeit geringschätze. Ich weiß, wieviel Geistiges in dieser Technik steckt, obwohl ich Ihnen ebenso offen sage, daß, wenn die Konzern- und Trustbildungen bei uns so weitergehen, die Persönlichkeiten immer geringer werden in der Wirtschaft, die Träger dieser geistigen Entwicklung sind.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

---

[128] Offensichtlich bezieht sich Stresemann hier auf die Einführung des Frauenwahlrechts, das – vom Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 verkündet (vgl. URSACHEN UND FOLGEN III, S. 11–12) – bereits für die Wahl zur Nationalversammlung vom Januar 1919 galt und im gleichen Jahr in der Weimarer Reichsverfassung festgeschrieben wurde.

[129] Benito Mussolini (1883–1945), auf der Machtbasis seiner „Faschistischen Partei“ zunehmend diktatorisch regierender Ministerpräsident Italiens 1922–1945.

Aber selbstverständlich liegt hier ein starkes geistiges Moment. Aber wovon wir sprechen, ist ja nicht die geistige Arbeit des einzelnen, sondern es sind die Organisationen als solche, die hier eingefügt werden sollen an Stelle der Parteien. Und wer jemals auch in friedlichen Zeiten Kämpfe um Handelsverträge und um Handelspolitik mitgemacht hat und die Eingaben der Interessentenverbände gelesen hat, der weiß das eine: hier handelt es sich um Einstellungen auf materielle Gesichtspunkte; denn die einzelnen Interessentenverbände haben nicht so sehr die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft im Auge, sondern glauben, von ihrer privaten Fachgruppe aus Politik machen zu können.

(Sehr richtig! bei den Vereinigten Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Wenn ich deshalb davon gesprochen habe, es stecke in den Parteien Idealismus – ich habe nicht gesagt, das Parlament sei das Symbol meiner Auffassung von Idealismus, davon hat mich der vorgestrige Tag schon gründlich geheilt, und der heutige war nicht dazu angetan, diese Auffassung zu ändern –, so ist eins unzweifelhaft: die Parteien balancieren wenigstens die Kräfte aus. Da steht neben dem Interessentenvertreter der Mann der freien Berufe. Das sind schließlich diejenigen, die führend sind, die Männer der großen Zusammenhänge, die versuchen zu erkunden, wo das Staatswohl den Weg weist, und sie sind mir als Träger des Idealismus doch lieber als irgendein Aufgehen in einer wirtschaftlichen Interessenvertretung, bei der ich diese Linie durchaus vermisse.

(Sehr richtig!)

Wenn der parteipolitische Kampf seine Gehässigkeit zeigt – und wem hatte er sie nicht gezeigt –, so seien Sie doch über das eine klar: letzten Endes entscheiden über das Schicksal der Parteien nicht die aktuellen Tagesfragen und nicht die Magenfragen, sondern letzten Endes und auf die Dauer gesehen entscheiden auch bei ihnen die Ideen. Der Sozialismus wäre in Deutschland nie so groß geworden, wenn das saturierte Bürgertum der Friedenszeit seiner Idee eine andere große Idee als solche entgegengesetzt hätte.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Heute haben wir, aus der Not geboren, die eine große Idee, die alle erfaßt, die **Idee der nationalen Selbstbehauptung.** Sie nicht auszubilden als Kernstück und Paradestück einer einzelnen Partei, sondern sie wirken zu lassen in alle Parteien des deutschen Volkes hinein, ist die Aufgabe der Gegenwart.

(Bravo!)

Ein Zweites. Sie sprachen von Ihrer Stellung zur **deutschen Jugend.** Sie sprachen von dem Deutschland von morgen. Ich verstehe vollkommen die Gedankengänge der deutschen Jugend. Ich habe an sie vor allem gedacht, als ich vorhin davon sprach, daß die nationalen Demütigungen die beste Wurzel wären für das, was wir erleben. Deshalb habe ich auch niemals so einstimmen können in das Verdammungsurteil über diejenigen, die hier Irrwege gehen, weil ich mir sage: ich verstehe dieses Überschäumen des Jugendlichen als solchen. Aber bei demjenigen, der für die Führung der Jugend verantwortlich ist, verstehe ich es nicht. Er hat die Pflicht, wenn er es auch versteht, daß der Becher überschäumt, schließlich dafür zu sorgen, daß der Staat nicht Schaden leidet.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Derselbe General Hurt, den ich vorhin erwähnte, hat auch das eine gesagt[130]: wer Führer unserer deutschen Jugend sein will, muß sie zur Zucht und Ordnung erziehen. Das geschieht nicht in schönen Phrasen, sondern durch das Beispiel. So war es die Tradition der alten Armee.

(Sehr gut!)

Mich dünkt, als wenn dieses Beispiel manchmal fehlte, als wenn man die Politik des Unmöglichen als möglich und die Staatsmänner, die nur das Mögliche können, als diejenigen hinstellt, die feige und nicht national genug waren.

(Lebhafte Zustimmung.)

Die Wiederaufrichtung Preußens ist nicht durch den Tugendbund[131] und nicht durch Schill[132], sondern durch Stein und Hardenberg geschehen, auch wenn die Erinnerungen an all die anderen immer bleiben wird [!].

(Sehr wahr! in der Mitte und rechts.)

So, glaube ich, brauchen wir auch eine Jugend, die gerade daraufhin erzogen werden muß, nicht zwischen rechts und links zu unterscheiden. Denn wenn das Schicksal uns vielleicht noch einmal dazu zwingt, um unser nacktes Leben zu kämpfen,

---

[130] In dem oben in Anm. 74 genannten Zeitungsartikel.

[131] Der „Tugendbund“ war ein 1808 in Königsberg gegründeter Verein, der bis 1809 existierte; er setzte sich u.a. die Pflege des Patriotismus, insbesondere auch in der Jugend, zum Ziel und wollte insgeheim die französische Dominanz über Preußen nach dem Tilsiter Frieden von 1807 bekämpfen.

[132] Ferdinand von Schill (1776–1809), preußischer Offizier, der 1806/07 und 1809 als Freikorpsführer die französischen Besatzungstruppen bekämpfte; er war Mitglied des „Tugendbunds“.

wenn man vielleicht das Deutsche Reich aufteilen will und Pläne nährt, mit denen man hofft, daß wir im Bürgerkrieg zerfleischt werden, können Sie doch überhaupt nur **ein** Volk haben und **eine** Idee, aber nicht eine nationale Partei auf der einen und Parteien, die man nicht national nennt, auf der anderen Seite.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist die Aufgabe, in der ich die Jugenderziehung sehe, und ich glaube, daß diese Auffassung des Nationalen sich durchaus behaupten kann gegenüber jeder anderen, die ihr vielleicht das Nationale abspricht.

Nun darf ich zuletzt noch eingehen auf die Kritik, die speziell Herr Hergt als Chef einer neuen Regierung an der alten Regierung geübt hat.

(Große Heiterkeit. – Zuruf bei den Deutschnationalen.)

– Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter Hergt, Sie haben sich direkt hingestellt und uns erzählt, was die neue Regierung tun würde, es muß Sie doch jemand beauftragt haben, Ihr Programm hier vorzutragen. Ich habe in der deutschnationalen Presse so oft die **Kritik** an **der Programmlosigkeit des heutigen Kabinetts** gelesen. Meine Herren, ich bin allerdings der Meinung, daß Sie mit Programmen die kranke Zeit nicht heilen können.

(Sehr richtig! in der Mitte. – Abgeordneter Graf Westarp[133]: Mit Worten auch nicht!)

– Nein, mit Worten gewiß nicht, Herr Graf Westarp! Ich glaube aber, in diesen drei Monaten ist genug geschehen auch an Taten seitens der Regierung, seien sie nun falsch oder richtig. Jedenfalls haben wir uns vor der Verantwortung nicht gescheut, wenn es sich darum handelte, Taten zu unternehmen.

(Sehr richtig! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn es aber ein Fehler der Regierung ist, daß sie nicht ein festes Programm hat, nun, das Programm, das ich vorgestern gehört habe, schien mir auch keine Grundlage zu sein, um daraufhin auch nur zu einer der wirklich akuten Fragen Stellung zu nehmen.

(Sehr richtig! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

[133] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1925–1928], für die Konservative Volkspartei 1930–1932).

Der Herr Abgeordnete Hergt hat uns versichert, er wolle keinen Weltbrand entfachen – hoffentlich auch keinen Hausbrand!

(Heiterkeit.)

Jedenfalls ist das eine rein negative Feststellung, die ja wohl selbstverständlich ist; denn wenn irgendein Volk den Wunsch haben muß, im Frieden zu leben, ist es wohl das deutsche Volk in seiner heutigen Situation.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Der Herr Abgeordnete Hergt hat uns weiter gesagt, daß keine sofortige Wiederherstellung der Monarchie in Betracht käme. Er hat Kritik an Einzelheiten geübt, insoweit der Beamtenabbau über die Rechte des Beamten hinweggegangen sein soll; er hat andererseits eine geordnete Finanzwirtschaft verlangt. Aber sonst habe ich an positiven Gedanken für das, was wenn nun auf anderem Wege Besseres geschehen soll, fast alles vermißt.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Herren, ich habe gar kein Hehl daraus gemacht, wie schwer der Weg überhaupt ist, ich sehe ihn auch noch gar nicht, und wenn jemand da ist, der den Weg klar und sicher sieht, und wenn die Persönlichkeiten und die Parteien da sind, die sie stützen, und wenn sie die ruhige Sicherheit und Grundlage haben für das verfassungsmäßige Leben dieses Kabinetts, dann haben sie nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, dieses Kabinett an die Stelle des heutigen zu setzen.

Der Herr Abgeordnete Hergt hat gesagt, ich selbst hätte ausgesprochen, eine **Kabinettskrise** solle nicht länger als 24 Stunden dauern. Gewiß, das ist durchaus meine Auffassung, und wenn durch eine Demission des Kabinetts die Lösung der Krise in 24 Stunden da wäre, wäre sie wahrscheinlich schon erfolgt, wenn die Voraussetzungen erfüllt wären, von denen ich sprach. Heute aber sind die Dinge so, daß ich das eine einmal offen sagen muß – denn ich wünsche hier offen und frei zu sprechen –, daß mir scheint, es besteht mehr eine Parlamentskrise als eine Kabinettskrise; denn die Ersetzung eines Kabinetts durch ein anderes setzt doch voraus, daß das Kabinett des Vertrauens da ist, von dem man in den Zeitungen seit vier Wochen spricht.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie, meine Herren, haben das Recht und die Pflicht, Ihr Verdikt zu sprechen, Sie haben das Recht, die Pflicht und die Verantwortung, zu den Dingen Stellung zu neh-

men, und ich habe den Herrn Präsidenten dieses Hauses am Dienstag gebeten, und ich habe ihn heute wieder gebeten, diese Entscheidung nicht aufzuschieben, sondern sie herbeizuführen; denn nichts schadet mehr als ein Zustand, bei dem feste Grundlagen überhaupt nicht gegeben sind.

Meine Herren, der Reiz des Ministeramtes im heutigen Deutschland ist sehr gering.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Als der Herr Reichskanzler Dr. Cuno[134] sich am 13. August von mir verabschiedet hat, sagte er zu mir: Ich verlasse dieses Haus[135] gern, in dem ich keine glückliche Stunde meines Lebens verlebt habe. Was uns veranlaßt hat, die Geschäfte zu führen, das war die Verantwortung vor dem Lande. Wir haben die Pflicht, Ihnen unsere Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Ich habe sie Ihnen vorgelegt ohne jede Verschönerung, ohne jede Vertuschung, ohne jeden Willen, hiermit irgendwie Beifall zu erwecken. Schließlich gibt es eins, das über uns allein entscheidet: das ist unser Gewissen, und wir haben die Überzeugung, daß wir gewissenhaft unsere Pflicht gegenüber Volk und Reich getan haben.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei. – Händeklatschen auf den Tribünen. – Glocke des Präsidenten.)[136]

[134] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. – Vor bzw. nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag.

[135] Gemeint ist offenbar die Reichskanzlei. Ein „Abschied Cunos“ wird in den Tagesnotizen Stresemanns vom 13. August 1923 erwähnt (STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 88). Näheres dazu konnte nicht ermittelt werden.

[136] Nach zahlreichen weiteren Redebeiträgen wurde die Debatte – und damit die Abstimmung über die Mißtrauensvoten – auf den Folgetag vertagt (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12233).

Erklärung im Reichstag vom 23. November 1923

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12240–12241. – Druck auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 244; Teildruck in STRESEMANN, Schriften S. 302.

Er will ein eindeutiges Vertrauensvotum des Parlaments und nicht nur weiterregieren, weil sein Kabinett vielleicht die unterschiedlich motivierten Mißtrauensanträge übersteht.

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Der Antrag Müller[1] (Franken) und Genossen spricht ein Mißtrauensvotum gegenüber der Regierung aus, das im einzelnen motiviert ist mit der Haltung der Reichsregierung in einzelnen politischen Fragen[2]. Diese Motivierung des Mißtrauensvotums ergäbe parlamentarisch-taktisch die Möglichkeit, daß die eingegangenen Mißtrauensvoten[3] aus ganz verschiedenen Beweggründen etwa abgelehnt würden. Die Reichsregierung hat nicht die Absicht, ihre Geschäfte fortzuführen auf Grund einer durch solche parlamentarische Arithmetik herbeigeführten Entscheidung.

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Ich wünsche eine klare unzweideutige Entscheidung darüber, ob die Regierung das Vertrauen des Parlaments besitzt oder nicht. Deshalb richte ich an die Fraktionen, die der Regierung nahestehen, die Bitte, durch Einbringung eines solchen Vertrauensvotums eine klare Entscheidung herbeizuführen[4].

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

---

[1] Hermann Müller[-Franken] (1876–1931), Reichskanzler 1920 und 28. Juni 1928 – 1930; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1931 (für die SPD; deren Fraktionsvorsitzender 1920–1931).

[2] Die SPD-Fraktion hatte – datiert auf den 22. November 1923, aber offenbar nach der Reichstagssitzung des Vortags (vgl. diese Edition) – einen Antrag eingebracht, der das beantragte Mißtrauensvotum des Parlaments mit der unterschiedlichen Behandlung des Ausnahmezustands gegenüber Sachsen und Thüringen auf der einen und Bayern auf der anderen Seite begründete (Text des Antrags in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 380, S. 7625 [Drucks. 6349]).

[3] Neben dem Antrag der SPD lagen dem Reichstag nicht weiter begründete Mißtrauensanträge der DNVP und der KPD gegen die Regierung Stresemann vor (Text der Anträge ebd., S. 7624 u. 7625 [Drucks. 6344 u. 6346]).

[4] In Reaktion darauf erging ein Antrag der Fraktionen von DVP, Zentrum und DDP, der Regierung das Vertrauen auszusprechen (Text ebd., S. 7628 [Drucks. 6352]).

[…][5]

Dr. **Stresemann,** Reichskanzler: Es hat mir vollkommen ferngelegen, der Sozialdemokratischen Partei einen Vorwurf zu machen. Ich weise aber darauf hin, daß in der deutschen Presse die ganz falsche Unterstellung zum Ausdruck kommt, als ob die Regierung den Wunsch gehabt hätte, durch Ausspielen einer Fraktion gegen die andere und durch Herbeiführung einer solchen Situation sich politisch am Leben zu halten. Dagegen richteten sich meine Worte, nicht gegen das selbstverständliche Recht einer Fraktion, ein motiviertes Mißtrauensvotum auszusprechen[6].

[5] In den nachfolgenden Redebeiträgen verliest Scholz den in der vorangegangen Anm. genannten Antrag der Regierungsfraktionen (ebd., Bd. 361, S. 12241); daraufhin erklärt Müller als Erwiderung auf die Worte Stresemanns, der Mißtrauensantrag der SPD sei nicht mit der Absicht gestellt worden, Unklarheit herzustellen; man habe es jedoch für nötig gehalten, Gründe zu benennen, um nicht mit denjenigen Parteien in einen Topf geworden zu werden, deren Mißtrauensanträge aus ganz anderen Gründen erfolgt seien (ebd.).

[6] Nach weiteren Redebeiträgen und einer Sitzungsunterbrechung erbrachte die Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von DVP, Zentrum und DDP, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, keine Mehrheit: 155 Abgeordnete stimmten dafür, 230 dagegen (vgl. ebd., S. 12290). – Stresemann und das Kabinett reichten noch am gleichen Abend dem Reichspräsidenten ihre Demission ein, blieben jedoch bis zum 30. November 1923 geschäftsführend im Amt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1163).

Rede vor ausländischen Pressevertretern vom 23. November 1923

Nach STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 245–247. – Teildruck in STRESEMANN, Schriften S. 302–303.

Seine Regierung ist die erste, die „in offener Feldschlacht fiel". Aber eine Regierung ohne Reichstagsmehrheit wäre zu schwach gewesen, zumal angesichts der Fraktionierung der Parteien. Hofft auf die Möglichkeit einer späteren Zusammenarbeit mit der SPD. Die Not treibt die Menschen in die Arme der Rechten. Verteidigt die Rückkehr des Kronprinzen. Der Ton gegenüber Deutschland in der alliierten Note erschwert jeder deutschen Regierung die Arbeit.

Ich drängte selbst zur Entscheidung, stellte die Vertrauensfrage und **verlangte** ein Vertrauensvotum, obwohl ich wußte, daß es abgelehnt werden würde[1].

Ich tat dies aus zwei Gründen. Vor allem: ich hatte die Empfindung, daß meine Parlamentsmehrheit für die wichtigen außenpolitischen Verhandlungen und Entscheidungen der nächsten Zeit nicht mehr ausgereicht hätte. Es bestand für mich die Gefahr, daß ich in der Zukunft nicht genügend Rückendeckung haben könnte, die Gefahr, daß Verhandlungen scheitern könnten. Schon aus diesem Grunde mußte ich Klarheit haben.

Auf der anderen Seite ist das parlamentarische System in Deutschland noch sehr jung und hat fast gar keine Tradition. **Es ist das erstemal in der Geschichte der deutschen Republik, daß eine Regierung in offener Feldschlacht fiel.** Alle anderen Regierungen traten nach langwierigen Fraktionsverhandlungen zurück. Ihr Schicksal wurde in Verhandlungen mit den Fraktionen und mit den Parteiführern entschieden. Dieses Parlament hat noch niemals die Verantwortung für eine Kabinettskrise getragen. Es glaubte stets, daß die Verantwortung lediglich beim Reichspräsidenten[2] liege, weil die Aufgabe, einen neuen Reichskanzler zu finden und zu

[1] In der Reichstagsrede unmittelbar zuvor (vgl. diese Edition) hatte Stresemann gefordert, daß er nicht nur auf der Basis der Ablehnung der unterschiedlich motivierten Mißtrauensvoten von DNVP, SPD und KPD im Amt bleiben wolle, sondern durch ein eindeutiges Vertrauensvotum. Daraufhin stellten die Fraktionen von Zentrum, DVP und DDP den Antrag auf ein Vertrauensvotum, das jedoch bei einem Abstimmungsergebnis von 155 zu 230 keine Mehrheit fand (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 361, S. 12290). Stresemann und das Kabinett reichten noch am gleichen Abend dem Reichspräsidenten ihre Demission ein, blieben jedoch bis zum 30. November 1923 geschäftsführend im Amt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1163).

[2] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925.

ernennen, dem Reichspräsidenten obliegt. Das Parlament mußte endlich sehen, daß es selbst die Verantwortung tragen müsse dafür, eine Regierung in schwierigster Situation aus nichtigen innerpolitischen Gründen gestürzt zu haben. Von rechts nach links sind **illegale** Kräfte am Werk, die Regierung auf illegale Wege zu drängen. Sie wissen das genau so wie ich. Und das Werk dieser illegalen Kräfte wäre sicherlich leichter gewesen, wenn sie einer Regierung gegenübergestanden hätten, die über keine genügende parlamentarische Rückendeckung verfügt. Die bevorstehende Debatte über das Arbeitszeitgesetz[3] hätte eine neue Krise für meine Regierung bedeutet.

Vier Jahre sind eine lange Zeit für eine Legislaturperiode. Überall haben sich scharfe Differenzen herausgebildet, persönliche Meinungsverschiedenheiten haben sich vertieft, durch alle Fraktionen dieses Reichstages geht ein scharfer Riß. Wie soll man mit den Führern der Parteien Entscheidungen treffen können, ob ihre Fraktionen hinter ihnen stehen? Jede Fraktion hat heute einen rechten und einen linken Flügel. Die Meinungsverschiedenheiten sind selbst innerhalb der einzelnen Fraktionen groß geworden, scharfe Risse zeigen sich bei den Demokraten und Sozialdemokraten genau so wie bei meiner eigenen Partei. Bekommen wir ein neues Parlament, dann wird sich vielleicht wieder die Möglichkeit ergeben, mit den Sozialdemokraten zu arbeiten, denn diese Zusammenarbeit halte ich für unerläßlich.

Wir leben inmitten von fieberhaften Zuständen. Aber wenn Sie über diese Zustände nach dem Auslande berichten, so halten Sie auch die Gründe vor Augen. Die **Not** treibt die Menschen ins Extreme, und jene Politik, die ich in meiner Rede gestern[4] die Politik der nationalen Demütigungen nannte, treibt einen großen Teil unseres Volkes, vor allem unsere Jugend, in die Arme der Rechten. Ich will Ihnen eine Episode erzählen: In einem Berliner Theater brach vor einigen Tagen das Publikum in eine spontane Kundgebung aus[5], nur weil das Orchester einen alten Militärmarsch spielte – übrigens nicht einmal einen deutschen, sondern einen österreichischen, den RadetzkyMarsch. Glauben Sie nicht, daß dies eine Stimmung für den Revanchekrieg bedeutet. Keine Rede davon. Aber das Militärische, die Soldatenspielerei liegt in der Tradition des deutschen Volkes seit hundert Jahren, und der ist der schlechteste

[3] Zum Stand der Frage der Arbeitszeitänderung vgl. die Ministerbesprechung vom 15. November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1083–1085.

[4] Gemeint ist Stresemanns Reichstagsrede vom 22. November 1923 (vgl. diese Edition).

[5] Dazu und zum folgenden konnte nichts weiter ermittelt werden.

Menschenkenner, der da glaubt, daß man eine solche Tradition ausrotten könne, wenn man einem Volke vertraglich befiehlt, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen.

Ich kenne den **Kronprinzen**[6] sehr genau. Ich will nicht daran erinnern, daß er seit dem Kriege ein gereifter Mann ist, ein Mann, der die Last der Verantwortung wohl kennt. Ich will nicht daran erinnern, daß er seinen Vater[7] bei der Marneschlacht bat, Frieden zu schließen[8]. Ich will nicht von seiner weiteren Rolle während des Krieges sprechen. Ich sage Ihnen nur, daß vielleicht von keinem anderen Manne in ähnlicher Stellung die Welt ein mehr verzerrtes Bild bekommen hat als von ihm. Ich verbürge mich für ihn. Die Geschichte lehrt, daß man niemals einen künftigen Herrscher nach seiner Kronprinzenzeit beurteilen darf. Was für ein merkwürdiges Bild wäre für die Welt von Eduard VII.[9] übriggeblieben, wenn er als Kronprinz gestorben wäre? Und welchen Unterschied zeigt der König Friedrich der Große[10] gegenüber dem Kronprinzen Friedrich? Der Flötenspieler und Freund der Seidenkleider hat in dem Augenblick, wo er die Verantwortung übernehmen mußte, gezeigt, welcher Kern in ihm steckte. Ich sage Ihnen nochmals, ich kenne den Kronprinzen und weiß, daß er für die rechtsradikalen Bestrebungen eher ein Hindernis als eine Förderung bedeutet. Und wegen der Rückkehr dieses Mannes[11] sandte uns die Entente eine Note[12], die jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben mußte. Sie fragt uns, wie wir erlauben konnten, daß ein deutscher Mann in seine Heimat zu seiner Frau und seinen Kindern zurückkehren konnte. Da müssen wir antworten, daß das unsere Sache ist und niemanden außer uns etwas angeht.

Und der Ton, in dem man mit uns spricht! Das ist jene Politik der nationalen Demütigungen, die bis jetzt jeder demokratischen deutschen Regierung, die verständigungsbereit und verhandlungsbereit war, die Arbeit unmöglich macht. Ist Deutsch-

---

[6] Wilhelm von Preußen (1882–1951), ehem. Kronprinz des Deutschen Reiches.

[7] Wilhelm II. (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918.

[8] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf die „2. Marneschlacht“ vom Sommer 1918 und dabei vermutlich auf die Ende Juli 1918 vom Kronprinzen dem Kaiser vorgelegte Denkschrift, die in den im Jahr 1923 erschienenen Kriegserinnerungen des Kronprinzen (Meine Erinnerungen in Deutschlands Heldenkampf. Berlin 1923, S. 344–345) teilweise veröffentlicht ist.

[9] Edward VII. (1841–1910), König von Großbritannien 1901–1910.

[10] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786.

[11] Stresemann hatte dem seit 1918 im niederländischen Exil weilenden Kronprinzen die Rückkehr nach Deutschland ermöglicht, die am 15. November 1923 erfolgte, ihn aber gleichzeitig zur politischen Enthaltsamkeit verpflichtet (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 215–224; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 521–523).

[12] Vom 21. November 1923; vgl. SCHULTHESS 64 (1923), S. 421.

lands Bestehen für Europa notwendig, ist das Bestehen Europas notwendig für die Welt, so muß eben eine andere Atmosphäre um uns herum entstehen.

Rede vor dem Verein Berliner Presse vom 16. Dezember 1923[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 595 vom 17. Dezember 1923. – Teildruck auch in STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 245–247; STRESEMANN, Schriften S. 302–303.

Auch fünf Jahre nach Friedensschluß ist kein Friede und Deutschland nicht frei. Selbst jetzt noch besteht Poincaré als Bedingung für deutsch-französische Verhandlungen auf der Wiederaufnahme der Militärkontrolle, die Deutschland doch nur aus Rücksicht auf die Gefahr für die Kontrolleure ablehnt. Deutschland beharrt jedoch auf einer Regelung für das Ruhrgebiet, weil sonst die internationalen Sachverständigenausschüsse die deutsche Leistungsfähigkeit gar nicht prüfen könnten. Für seine weitere Entwicklung benötigt Deutschland Frieden und Souveränität. Unverzichtbar ist jedoch auch ein ideeller Aufschwung.

Wir haben zu erklären, daß wir auf uns nehmen und auf uns genommen haben wie kein anderes Volk Entbehrungen und Not, um die Pflichten des Vertrages von Versailles zu erfüllen, aber die Aberkennung der moralischen Ehrenrechte unsererseits zu erfüllen, das lehne ich ab, und das wird auch jede deutsche Regierung ihrerseits ablehnen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir hoffen mit dieser Publikation[2] **ein Beispiel zu geben auch für andere Staaten und Regierungen.**

Heute ist bereits ein halbes Jahrzehnt vergangen, seitdem der Weltkrieg zu Ende geht. Man muß doch fragen: Ist denn in Deutschland Friede? Sie sehen deutsches Land besetzt, auch solches deutsche Land, für das Besetzungsgründe nicht im Versailler Vertrag[3] stehen. Sie sehen Deutsche gefangen, die das Weihnachtsfest in der Gefangenschaft im fremden Lande verbringen müssen, Sie haben Ausgewiesene,

---

[1] Nach dem Bericht in der VOSSISCHEN ZEITUNG fand dieser Empfang vor dem Verein Berliner Presse im Reichstag statt. Reichspräsident, Reichstagspräsident, Reichskanzler und zahlreiche Minister waren anwesend. Nach einer kurzen Rede des Reichskanzlers Marx leitete Stresemann „seine Rede mit einem Hinweis auf die große Aktenpublikation des Außenministeriums ein“ (vgl. die folgende Anm.).

[2] Stresemann bezieht sich hier auf die seit 1922 im Auftrag des Auswärtigen Amtes im Erscheinen begriffene vielbändige Edition „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes […]“. – Nach einem Bericht der Wiener REICHSPOST, Nr. 344 vom 17. Dezember 1923, S. 2, bezog sich Stresemann konkret auf „die soeben erfolgte Veröffentlichung der zweiten Serie“ der Edition, also auf das Erscheinen der Bände 7 bis 12.

[3] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

die nicht wissen, ob sie überhaupt je ihre Heimat wiedersehen werden[4]. Wir sehen auf deutschem Boden eine fremde Verwaltung, wir sehen deutschen Besitz von anderen ausgenutzt, wir sehen im besetzten Gebiet eine Unterdrückung der öffentlichen Meinung, wie sie ohne Beispiel in der Geschichte dasteht. Dazu sehen wir eine wirtschaftliche und finanzielle Not, so stark, daß man fragen muß, wie lange sie überhaupt noch zu ertragen ist. **Ist das Friede? Ist das Freiheit?**

Trotzdem macht man den Versuch, uns auch hierfür die Schuld aufzubürden. Der Reichskanzler[5] hat darauf hingewiesen, daß bald ein Jahr vergangen ist, seitdem der Ruhrkampf begann. Wirft man diese Frage auf, ob dieser Ruhrkampf eine Notwendigkeit war, so bitte ich Sie, nicht nur die Zeit des 11. Januar[6] zu bedenken, sondern auch die Zeit, die jetzt ein Jahr zurückliegt. Damals waren internationale Konferenzen, die entscheiden sollten, ob nicht im Wege internationaler Verständigung das große Problem des Weltkrieges gelöst werden könne. Die damalige Reichsregierung hat alles getan, um zu einer Verständigung zu kommen, sie ist den Weg der Verständigung gegangen bei der Londoner Konferenz, später bei der Konferenz in Paris[7]. Sie hat nicht nur den Gedanken erörtert, wie weit die große finanzielle Frage gelöst werden könnte, sie hat auch versucht, sich einzufühlen in den Gedanken der Sicherheiten Frankreichs gegen einen deutschen Angriff, sie hat den Gedanken des sogenannten Rheinpaktes sich zu eigen gemacht und sich bereit erklärt, über jeden anderen Vorschlag dieser Art zu diskutieren[8]. Trotzdem erfolgte der Einmarsch in

---

[4] Stresemann bezieht sich auf die geschätzten 120 000 bis 150 000 Menschen, die als Reaktion auf ihren passiven Widerstand im Zuge der Auseinandersetzung im Ruhrgebiet und im besetzten Rheinland von den Besatzungsbehörden in das unbesetzte Gebiet ausgewiesen worden waren, sowie auf die von französischen und belgischen Kriegsgerichten zu Haftstrafen Verurteilten.

[5] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928).

[6] Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet mit der Begründung, dem Schutz der entsandten Ingenieure zu dienen, die nun selbst die Beschaffung der ausstehenden Reparationsleistungen an Holz und Kohle vor Ort in die Wege leiten sollten (vgl. die betr. Note der französischen Regierung vom 10. Januar 1923 in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18); nach dem Einmarsch wurde der Belagerungszustand verkündet (ebd., S. 18–20), was zusammen mit dem passiven Widerstand von deutscher Seite zum nachfolgenden „Ruhrkampf“ führte.

[7] Zu den Reparationskonferenzen in London vom 9. bis 11. Dezember 1922 und in Paris vom 2. bis 4. Januar 1923 vgl. die einschlägigen Aktenstücke in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6 und 7.

[8] Stresemann meint mit Rheinpakt offensichtlich den von Reichskanzler Cuno in einem Erlaß nach Washington vom 13. Dezember 1922 im Hinblick auf das französische Sicherheitsbedürfnis entwickelten Vorschlag, wonach England, Frankreich, Deutschland und Italien sich gegenüber den Vereinigten Staaten „feierlich verpflichten möchten, für ein Menschenalter ohne besondere Ermächtigung

das Ruhrgebiet. Die letzten Kammerdebatten in Paris haben ersehen lassen, daß man **Deutschland die Kenntnis der Einmarschabsicht geflissentlich vorenthielt[9].**

Soll man wirklich glauben, daß das Fehlen von Holz- und Kohlenlieferungen das einzige Moment war, das zu diesem Einmarsch führte? Heute sagt man mit einer neuen Anklage gegen Deutschland, daß dieses selbe Deutschland, das davon spricht, daß es keine Mittel besitze, daß dieses selbe Deutschland keinen Augenblick gezögert habe, viele Milliarden Goldmark für den Widerstand an der Ruhr herzugeben und dadurch den deutschen Wohlstand zu vernichten. Alle diese Ziffern sind nicht zu berechnen, in dieser Höhe bewegen sie sich nicht, aber unzweifelhaft ist ein großer Teil des Volkswohlstandes, der uns nach dem Frieden von Versailles noch geblieben war, in diesem einen Jahr zerstört worden, und die Zerstörung geht weiter in die Zukunft, die vor uns liegt. Haben wir auch nicht während dieses Kampfes die Hand zum Frieden geboten, hat nicht die Regierung Cuno[10] in ihrem ersten Angebot[11] sich bereit erklärt, durch internationale Verständigung das Problem anzufassen? Hat nicht dieselbe Regierung, als dieses Angebot abgelehnt wurde, in einem deutschen Memorandum[12] weitgehende Verpflichtungen unter Verpfändung von Eisenbahn, Grundbesitz, deutscher Wirtschaft sich bereit erklärt, auf der Basis weitgehender Goldleistungen eine Lösung des Problems herbeizuführen? Ist es in der Geschichte der Völker erhört, daß ein großes Volk, ein großer Staat auf diese Angebote nicht einmal einer Antwort gewürdigt wurde? Als dann auf die Verständigungsnote Deutschlands eine Antwort nicht erfolgte, als dann dem Kabinett, dem ich vorstand[13],

---

durch Volksabstimmung keinen Krieg gegeneinander zu führen“ (Text des Erlasses ebd., A 6, S. 559–560; das Zitat S. 560).

[9] Auf welche Debatte der französischen Abgeordnetenkammer und welche Rede Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Die letzte nachweisbare Sitzung vor Stresemanns Rede fand am 23. November 1923 statt (eine Paraphrase der Rede Poincarés bei dieser Gelegenheit in SCHULTHESS 64 [1923], S. 320–321).

[10] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. – Vor bzw. nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag.

[11] Gemeint ist das in einer Note der Reichsregierung vom 2. Mai 1923 an die Siegermächte übermittelte Angebot; veröffentlicht u.a. im Weißbuch ANGEBOTE UND VORSCHLÄGE, S. 107–109 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6138 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]).

[12] Das deutsche Memorandum vom 7. Juni 1923, das von den deutschen diplomatischen Vertretern bei den Siegermächten übergeben wurde, u.a. im Weißbuch NOTENWECHSEL DER ALLIIERTEN S. 29–30 (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 379 [dort als Anl. Nr. 6204 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]).

[13] Stresemann leitete als Reichskanzler die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt.

die schwere Aufgabe zuteil wurde, den Widerstand im Ruhrgebiet zu beendigen[14] und dazu auch der Bevölkerung dort, die so unendlich viel materiell gelitten hat, vielleicht das Schwerste seelisch aufzuerlegen, da haben wir der Meinung gelebt, daß dieser Entschluß der Regierung, der Abbruch des Kampfes, der Anbruch internationaler Verhandlungen sein würde. Das ist nicht erfolgt. Das hat uns erneut zu Opfern veranlaßt. Die Tatsache, daß heute ein Vermögen des Reiches nicht mehr vorhanden ist, daß das deutsche Volksvermögen dauernd im Rückstand ist, und daß der Kampf an der Ruhr mit schuld daran ist, diese Tatsache sollte dazu führen, einen neuen Weg internationaler Verständigung zu gehen.

Zu meinem Bedauern sind noch nicht feste Aussichten dazu gegeben, und die Demarche der deutschen Regierung[15] bei dem französischen Ministerpräsidenten[16] hat zu dem Einwand geführt, der passive Widerstand sei immer noch nicht beendet, da die Militärkontrolle[17] in Deutschland noch nicht wieder eingeführt sei. (Tiefe Bewegung.)

Daß die deutsche Abrüstung in einem Maße durchgeführt ist, wie noch nie bei irgendeinem Volke, daß wir weniger in der Lage sind, uns zu wehren als manches kleine Volk, das steht so fest für jeden, der sehen will, daß wirklich an dieser Tatsache kein Zweifel erlaubt ist. Wenn wir heute in voller Ueberzeugung unserer Verantwortung uns **gegen die Wiederaufnahme der Kontrolle gewehrt** haben, und zwar aus dem Grunde des Schutzes derjenigen, die diese Kontrolle vorzunehmen haben, so darf man auf der anderen Seite fragen: Ist denn bei euch die Erregung des Volkes so groß, daß wir nicht mehr in der Lage sind, solche Kontrollhandlungen vorzunehmen? Ich müßte nach Pflicht und Gewissen darauf antworten: Jawohl, die Erregung

---

[14] Zur Aufgabe des passiven Widerstands, wozu die grundsätzliche Entscheidung am 24. September 1923 fiel und die mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[15] Stresemann bezieht sich offenbar auf ein Gespräch des Geschäftsträger in Paris, Hoesch, mit Poincaré am 15. Dezember 1923 (vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 152–154).

[16] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[17] Die Botschafterkonferenz hatte bereits am 3. Oktober 1923 in einer Note an die deutsche Regierung gefordert, die Interalliierte Militärkontrollkommission (zur Überprüfung der deutschen Abrüstung) ihre Arbeit in Deutschland wieder aufnehmen zu lassen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 452–456), und am 3. November auf die gravierenden Folgen hingewiesen, die aus einer deutschen Ablehnung erwachsen würden (vgl. ebd., S. 619 mit Anm. 1). Maltzan hatte daraufhin den Geschäftsträger Hoesch in Paris mit Weisung vom 9. November 1923 beauftragt, der Botschafterkonferenz eine Antwortnote zu übergeben, in der die Wiederaufnahme der Militärkontrolle unter Verweis auf die innenpolitischen Folgen in Deutschland abgelehnt wurde (ebd., S. 619–620). – Eine zusammenfassende Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Moraht vom 13. Dezember 1923 über die Entwicklung der Frage seit April 1922 ebd., A 9, S. 124–129.

ist so groß, daß wir die Verantwortung für Leben und Sicherheit derjenigen, die die Kontrolle vornehmen, heute nicht übernehmen können. Ich schmiede darauf keine Anklage gegen das deutsche Volk, ich bewundere vielmehr die Besonnenheit des deutschen Volkes nach den Demütigungen, die man ihm jahrelang zugefügt hat, wie keinem anderen Volke. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Daß wir trotz dieser uns bekannten Auffassung als verantwortliche Regierung, angegriffen von jenen, die oft unverantwortlich uns kritisieren, den Weg der Verständigung durch direkte Verhandlungen gehen wollen, haben unsere letzten Schritte bewiesen. Wir sind diesen Weg gegangen, weil wir uns dazu in erster Linie gegenüber unseren Volksgenossen an Rhein und Ruhr verpflichtet fühlen. Die besetzten Gebiete sind im Zustande des okkupierten Kriegsgebiets, sie sind es ohne die Rechte, die das okkupierte Kriegsgebiet auch nach dem geltenden Völkerrecht hat; wenn sie okkupiertes Kriegsgebiet vorläufig bleiben, so haben sie doch ein Anrecht auf Regelung ihrer Verhältnisse. Ich verstehe nicht, wie man der deutschen Regierung, die ihrerseits doch die Führerin des deutschen Volkes innerhalb der Grenzen ist, die auch der Versailler Vertrag uns läßt, die Möglichkeit nehmen will, diese Dinge von sich aus zu regeln. Wir müssen auch aus einem anderen Grunde zu einem modus vivendi für das Ruhrgebiet kommen.

Demnächst tagen **zwei internationale Kommissionen[18].** Eine dieser Kommissionen will die deutsche Leistungsfähigkeit prüfen. Wie soll irgendeine Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit möglich sein, wenn nicht vorher Klarheit darüber besteht, wie es an Rhein und Ruhr steht. Unser Rechtsstandpunkt ist vollkommen klar. Wir haben niemals die Legalität des Ruhreinbruchs anerkannt und können und werden sie nicht anerkennen. Ich wiederhole auch hier das Wort, das ich als Reichskanzler gesprochen habe: Unser ist das Land, unser ist der Boden, unser ist das Eigentum an dem Staatsbesitz, der sich dort befindet. (Beifall.) Unser ist das Recht auf eine deutsche Verwaltung im deutschen Lande. Und wer sich gegen die Gesetze vergangen hat, gehört vor die deutschen Gerichte. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wir wollen uns diesen klaren Rechtsstandpunkt in keiner Weise vor der Weltöffentlichkeit irgendwie verwischen lassen. Die Welt vergißt so leicht und beugt sich

[18] Am 29. November 1923 hatte die Reparationskommission die Einsetzung von zwei internationalen Sachverständigen-Ausschüssen beschlossen; der erste Ausschuß war „zur Prüfung [der] Kapitalflucht“ eingesetzt; der zweite Ausschuß sollte eine „Lösung [des] gesamten Reparationsproblems versuchen“ (so Stresemann in einem telegraphischen Erlaß an die Botschaft in Washington vom 3. Dezember 1923: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 83–84; vgl. auch SCHULTHESS 64 [1923], S. 417).

den Tatsachen, wenn wir nicht Protest erheben gegen eine gewaltsame Aenderung der Tatsachen. Ich hoffe, daß diese Kommission sich gründlich überzeugt von dem Stand der deutschen Finanzen. Ich kann im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister[19] erklären, daß wir unsere Bücher vollkommen offen legen werden, daß wir kein Geheimnis haben in finanzieller Beziehung.

Wenn diese Kommission unserer Unterstützung sicher sein soll, so gilt das ebenso von der zweiten Kommission, die gebildet worden ist und sich beschäftigt mit den Fragen der **Kapitalflucht aus Deutschland.** Es wird oft so dargestellt in der öffentlichen Meinung, und diese Auffassung ist weit verbreitet, als ob es große deutsche Vermögen gäbe, die sich der Besteuerung im Inland entzogen hätten, die in der Form von Beteiligungen im Ausland oder in irgendwelchen Depots im Ausland steuerfrei lägen. Ich glaube, daß die Vorstellungen, die man von diesen Kapitalien hat, bei weitem übertrieben sind. Aber, wenn es solche Kapitalien gibt – und unzweifelhaft gibt es sie – dann wird, glaube ich, niemand dankbarer sein für die Aufzeigung eines Weges zu ihrer internationalen Erfassung als die deutsche Reichsregierung und der Reichsfinanzminister. (Beifall.) Ich habe erklärt, daß wir jeden Weg – etwa durch internationale Vereinbarung die Banken zu veranlassen, das Geheimnis ihrer Konten aufzuheben – von unserem Standpunkt durchaus begrüßen werden. Denn, wenn das deutsche Volk hier Not leidet, darbt und hungert, haben wir keine Rücksicht zu nehmen auf solche Elenden, die ihr Vermögen ins Ausland gebracht haben, um sich von der Notgemeinschaft des deutschen Volkes zu trennen. (Erneuter Beifall.) Nicht an uns wird es liegen, wenn diese Arbeit nicht zum Erfolge führt.

Aber über eins möge man sich klar sein, über ein großes volkswirtschaftliches Gesetz, das sich nicht aus der Welt schaffen läßt: Das beste Mittel für die weitere Zukunft nicht nur das entflohene Kapital, sondern vor allen Dingen auch fremdes Kapital – und das brauchen wir, um unsere Wirtschaft in Gang zu bringen, und Brot und Nahrung zu geben – nach Deutschland zu ziehen, ist die Sicherheit des Friedens, der Ruhe und der Entwicklung Deutschlands durch eine vernünftige Außenpolitik derjenigen, die uns bisher zu dieser Ruhe, zu diesem Frieden und dieser sicheren Entwicklung nicht haben kommen lassen. Wie will man denn erwarten, daß man draußen in der Welt Vertrauen zu einer gesunden Entwicklung Deutschlands hat, da wir doch den Begriff des Staates beinahe verloren haben? Zum Staat gehört eine feste

[19] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos, ab 1927 Mitglied der DVP.

Grenze. Wo ist unsere Grenze? Zum Staat gehört die Ausübung souveräner Macht. Wo ist unsere Souveränität an Rhein und Ruhr? Heut wissen wir nicht, wie weit der Bereich der deutschen Eisenbahnen geht. Zum Staat gehört Souveränität nach innen und außen. Jede deutsche Regierung wird angegriffen, weil sie nicht genügend Autorität zum Ausdruck bringe. Wie soll sie Autorität nach innen haben, wenn sie von außen fortwährend so gedemütigt wird, daß sie nicht in der Lage ist, ihre Autorität im eigenen Gebiet gesetzmäßig auszuüben? Wenn man uns diese ruhige Entwicklung von außen garantiert, werden wir im Inneren ruhigeren Zeiten entgegengehen.

Es ist mir eine angenehme Aufgabe, als deutscher Reichsaußenminister hier, vor dieser großen Oeffentlichkeit, den Dank auszusprechen für all das, was in der ganzen Welt sich regt in einem Sicherinnern an Menschenpflicht gegenüber dem, was Deutschland durchmacht. Ich begrüße es mit besonderer Freude, daß rein aus der eigenen Initiative fremder Länder heraus Summen zu uns kommen mit der Bestimmung „für das geistige Deutschland“. Vergessen wir nicht, wenn wir soviel und mit Recht von der Masse sprechen, daß die Masse eine Gefahr für den Staat ist, wenn sie **nicht verantwortliche geistige Führer** hat, die ihr den Weg zeigen. Vergessen wir nicht, daß, wenn wir von einer Schuld des alten Deutschland sprachen, ich die eine Schuld anerkenne, daß wir in der Zeit der größten wirtschaftlichen Entwicklung zu sehr das Volk des Materiellen wurden und das Geistige zu sehr vergaßen, das einst der beste Teil unserer Nation gewesen ist. (Beifall.) Wir sehen in der ganzen Entwicklung des großstädtischen Kulturlebens doch einen Hang zum Niederziehenden, der uns manchmal an dem geistigen Deutschland verzweifeln ließ. Und wenn dazu kam das Dahinsiechen derjenigen, die die Lastträger gewesen sind all des vom Staate verübten Unrechts, das der Staat verüben mußte, um am Leben zu bleiben, so werden wir das nicht ertragen, wenn wir nicht dafür sorgen, daß zwischen den großen Mühlsteinen von Kapitalismus und Proletariat ein geistiges Deutschtum sich erhält, das sich von seinem Pflichtgefühl leiten läßt und noch, Gott sei Dank, seinen Himmel des Idealismus sich bewahrt hat. Sonst haben wir überhaupt kein Recht auf Wiederaufrichtung und auf Wiederauferstehung. Die Wiederaufrichtung in Deutschland wird nicht ausgehen von der Außenpolitik, nicht vom deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen[20], wenn sie nicht ruht auf der sittlichen Grundlage des geistigen Aufstiegs der Nation selbst. (Bravo und Händeklatschen.)

[20] Am 23. November 1923 war nach langen Vorverhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Vertrag über die Wiederaufnahme der deutschen Kohlelieferungen zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64

Ich habe neulich ein gutes Wort gelesen, das aus dem englischen politischen Leben stammt: „Wenn der Außenminister spricht, so spricht er für die ganze Nation.“[21] Ich möchte das eine hoffen, daß ich nicht vergeblich an Sie appelliere, unbeschadet der Parteistellung des einzelnen, wenn ich Sie bitte, in all den schweren Tagen, denen wir außenpolitisch entgegensehen, in dem Kampf uns zur Seite zu stehen. Nachdem uns das Schwert zerschlagen ist, ist uns nur die geistige Waffe der öffentlichen Meinung geblieben. Wir müssen sie doppelt anwenden, wenn uns andere Kraftquellen fehlen. Ich will hoffen, daß dann mit durch Ihre Unterstützung Deutschland trotz aller Not und alles Elends der Gegenwart einmal wieder einer besseren Zukunft entgegengeht. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

[1923], S. 222). – Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf diesen Vertrag und ähnliche Abmachungen anderer deutscher Industrien mit den Besatzungsbehörden.

[21] Ein Nachweis des Zitats war nicht möglich.